Christoph Brüll
Belgien im Nachkriegsdeutschland
Besatzung, Annäherung, Ausgleich (1944–1958)

KLARTEXT

Christoph Brüll

Belgien im Nachkriegsdeutschland

Besatzung, Annäherung, Ausgleich (1944–1958)

Die Titelabbildung zeigt [???]

Zugl. Diss. Phil., Universität Jena, 2008

1. Auflage [??? November 2009]
Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
Umschlaggestaltung: Volker Pecher, Essen
Druck und Bindung: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
© Klartext Verlag, Essen 2009
ISBN 978-3-8375-0252-7
Alle Rechte vorbehalten

www.klartext-verlag.de

Inhalt

Einleitung 7

Teil I
Eine belgische Präsenzpolitik im besetzten Deutschland

1. Die letzten Kriegsmonate 25
1.1 Belgische Pläne für ein Nachkriegseuropa mit dem Fokus auf der Zukunft Deutschlands 25
1.2 Schritte zur Konkretisierung: auf dem Weg zum Eden-Spaak Abkommen vom November 1944 37
1.3 Die belgische Beteiligung an der Besetzung Deutschlands 44

2. Die Reparationsfrage (1945–1947) 57

3. Die militärische Präsenzpolitik im besetzten Deutschland 99
3.1 Eine belgische Unterbesatzungszone in der britischen Besatzungszone . . 99
3.2 Die Besatzungsarmee als Garant der belgischen Interessen in Deutschland 116

4. Die belgischen Reparationsforderungen in der Diskussion von Diplomaten und Grenzbevölkerung 151
4.1 Die Alliierten und die belgischen Forderungen 151
4.2 An der Grenze 165

5. Um die deutsche Westgrenze (1948–1949) 185
5.1 Die Pariser Besprechungen 185
5.2 Diskussionen an und um die deutsche Westgrenze 192
5.3 Entscheidungen im Westen 214
5.4 Die Auftragsverwaltung in den »übertragenen Gebieten« 234

6. Fazit 247

Teil II:
Die »Europäisierung« der deutsch-belgischen Beziehungen

1. Belgiens Platz im neuen Besatzungsstatut 255
1.1 Truppenstatut, bilaterale Abkommen, Stationierungsverträge 255
1.2 Von der »Belgischen Besatzungsarmee« zu den »Belgischen Streitkräften in Deutschland« 276

2. Auf dem Weg zu einer schwierigen Normalisierung 291
2.1 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Belgien und der Bundesrepublik 291
2.2 Erste bilaterale Grenzverhandlungen: ein möglicher Ausgleich? 299

3. Belgien und die Westintegration der Bundesrepublik 319

4. »Im europäischen Geist«: Der deutsch-belgische Ausgleichsvertrag vom September 1956 343
4.1 Ein langer Vorlauf 343
4.2 Auf dem Weg nach Brüssel: Die Verhandlungsphase (November 1955 bis August 1956) 350
4.3 Von Brüssel nach Bildchen: Unterzeichnung und Ratifizierungsprozess . . 366

5. Fazit 381

Schluss 383

Dank 395

Quellenverzeichnis 397
Literaturverzeichnis 405
Personenverzeichnis 431
Abkürzungen 433
Über den Autor 435

Einleitung

Am 24. September 1956 unterzeichneten der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak und sein deutscher Amtskollege Heinrich von Brentano in Brüssel den deutsch-belgischen Ausgleichsvertrag. Mit diesem Dokument regelten die beiden Nachbarländer ihre vordringlichsten Nachkriegsprobleme – darunter die Grenzziehung. Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer wohnte der Zeremonie im Grünen Salon des Außenministeriums bei. Dabei handelte es sich um die erste Visite eines deutschen Regierungschefs in Belgien seit der Staatsgründung 1830. Staatssekretär Walter Hallstein und Botschafter Carl Friedrich Ophüls vervollständigten die deutsche Delegation. Auf belgischer Seite waren Premierminister Achille van Acker, Unterrichtsminister Léo Collard und der Botschafter in Bonn, Hervé de Gruben, anwesend.[1] Spöttisch hatte der Verfasser eines Vorberichts im *Germinal* das Gefühl vieler Belgier auf den Punkt gebracht, als er einerseits seine Erleichterung darüber ausdrückte, dass sich Adenauer wohl kaum so verhalten werde wie ehedem Kaiser Wilhelm II. bei einem Besuch im Jahr 1912, sich auf der anderen Seite jedoch von Seiten des Bundeskanzlers das nötige Taktgefühl erhoffte, den Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, in Bonn zurückzulassen.[2] Letzterer hatte während der Besatzungszeit als Oberkriegsverwaltungsrat in Brüssel amtiert. Die in der Sonntagsausgabe der sozialistischen Tageszeitung *Le Peuple* formulierte Bitte war erhört worden. Die Zwiespältigkeit jedoch, auch in anderen Presseorganen greifbar, war eine ständige Begleiterin der deutsch-belgischen Annäherung, zumal bei den seltenen Gelegenheiten, zu denen diese öffentlich zur Schau gestellt wurde.

Die beiden Weltkriege, die für Belgien innerhalb eines Vierteljahrhunderts zwei Besatzungen durch deutsche Truppen bedeutet hatten, waren als Kontext der deutsch-belgischen Beziehungen der 1950er Jahre selbstverständlich allgegenwärtig. Daran änderte die nunmehr gleichsam vertraglich fixierte Annäherung ebenso wenig etwas, wie die europäische Rhetorik, die ihr innewohnte und die Kanzler Adenauer bei einer Grundsatzrede am nächsten Tag bekräftigen sollte – wohl wissend und kalkulierend, dass die europäische Integration zwingend für die politische Souveränität der Bundesrepublik war. Der Erste Weltkrieg mit dem blutigen Monat August 1914 hatte tiefe Spuren hinterlassen. Der Streit um die Franktireur-Psychose und die Zuschreibung Belgiens als »Märtyrernation« belasteten das Verhältnis in der Zeit nach 1918 in schwerwiegender

1 *Grenz-Echo*, 25.9.1956, S. 1 und 5.
2 *Germinal*, 23.9.1956.

Weise.[3] Nur vor diesem Hintergrund sind auch die belgischen Reaktionen auf die zweite Besatzungszeit zwischen 1940 und 1944 zu verstehen.[4]

Noch während des Ersten Weltkriegs waren in Kreisen belgischer Nationalisten Annexionsforderungen auf deutsche Gebiete formuliert worden.[5] Auf den Friedenskonferenzen hatte die belgische Regierung sich wesentliche Teile dieser Ansprüche zueigen gemacht.[6] Letztlich wurden neben dem seit 1815 von Preußen und den Niederlanden (seit 1830 Belgien) verwalteten Neutral-Moresnet die beiden preußischen Kreise Eupen und Malmedy nach einer im Versailler Vertrag festgelegten und von belgischen Beamten durchgeführten Volksbefragung belgisch.[7] Die wirtschaftlichen Reparationen sollten auch durch die Präsenz belgischer Truppen im Rheinland und später auch im Ruhrgebiet gesichert werden.[8] Wenn auch die Abtretung Eupen-Malmedys an Belgien in Bezug auf Fläche und Bevölkerung gegenüber den anderen Gebietsverlusten kaum ins Gewicht fiel, bildete die Region doch ein Objekt deutscher Rückgabeforderungen, die von der deutschen Volkstumsforschung in der Zwischenkriegszeit unterstützt wurden.[9]

3 Vgl. John Horne und Alan Cramer, *German Atrocities 1914. A History of Denial*, New Haven/London, 2001.

4 Vgl. in der deutschsprachigen Literatur: Benoît Majerus, Von von Falkenhausen (Ludwig) zu von Falkenhausen (Alexander). Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen – Brüche, Kontinuitäten und Lernprozesse, in: Günter Kronenbitter, Markus Pöhlmann und Dierk Walter (Hg.), *Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn u.a., 2006, S. 131–133; ders., Vorstellungen von der Besetzung Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande (1933–1944), in: Jörg Echternkamp und Stefan Martens (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn, 2007, S. 35–43.

5 Vgl. Maria de Waele, *Naar en groter België! De belgische territoriale eisen tijdens en na de Eerste Wereldoorlog*, unveröffentl. Diss., Universität Gent, 1989; Dies., België en Nederland tussen twee Wereldoorlogen. Nationale gevoelen en botsende ambities, in: *CHTP/BEG*, 1 (1996), S. 199–205.

6 Robert Devleeshouwer, L'opinion publique et les revendications territoriales belges à la fin de la Première Guerre mondiale, in: *Mélanges offerts à G. Jacquemyns*, Brüssel, 1968, S. 207–238.

7 Vgl. Christoph Brüll, Un passé mouvementé: l'histoire de la Communauté germanophone de Belgique, in: Katrin Stangherlin (Hg.), *La Communauté germanophone de Belgique – Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens*, Brüssel, 2005, S. 17–47, hier: S. 22–24. Dort auch weitere Literaturverweise.

8 Vgl. Rolande Depoortere, *La question des réparations allemandes dans la politique étrangère de la Belgique après la première guerre mondiale, 1919–1925*, Brüssel, 1997; Laurence van Ypersele, Belgien und die Ruhrbesetzung: Wagnisse und Erwartungen, in: Gerd Krumeich und Joachim Schröder (Hg.), *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 69), Essen, 2004, S. 99–118.

9 Vgl. Carlo Lejeune, »Des Deutschtums fernster Westen«. Eupen-Malmedy und die deutschen Dialekt redenden Gemeinden um Arlon und Montzen und die Westforschung, in: Burkhard Dietz u.a. (Hg.), *Griff nach dem Westen. Die Westforschung und die völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*, Bd. 1, Münster, 2003, S. 493–538.

Die Schockwirkung des Ersten Weltkriegs und seiner Auswirkungen auf das Verhältnis zweier Länder, die sich bis dahin eher als wohlwollende Nachbarn präsentiert hatten, hat auch die Historiker nicht losgelassen. Dass Forschungen für die Entwicklung der deutsch-belgischen Beziehungen in der Zeit nach 1945 dahingegen bisher kaum vorhanden sind, bildet den Ausgangspunkt für die folgenden Seiten. Am Anfang stand dabei nicht zuletzt die Beobachtung eines deutschen Historikers: »Nach dem Krieg schien sich das Jahr 1918 im Rheinland wiederholen zu wollen. Wiederum gab es, diesmal unter englischem Oberbefehl, belgische Besatzungssoldaten, wurden deutsche Kriegsverbrecher bestraft und wurden materielle und territoriale Reparationsforderungen erhoben«.[10] Wie wurden nach 1945 zum zweiten Mal innerhalb eines Vierteljahrhunderts die Kriegsfolgen im deutsch-belgischen Verhältnis bewältigt? In der Schilderung dieser Aspekte und in der Betrachtung des politischen Annäherungsprozesses mit der neu gegründeten Bundesrepublik liegen die Schwerpunkte dieser Studie.

Themen und Zäsuren, Fragen und Methode

Der betrachtete Zeitraum erstreckt sich von 1944 bis 1958. Die Befreiung Belgiens von der Okkupation bildet einen Ausgangspunkt, der keiner längeren Erörterung bedarf – auch wenn zunächst der Blick auf die belgische Exilregierung in London während der Kriegsjahre notwendig ist. Die Antwort auf die Frage des *terminus ad quem* gestaltet sich schwieriger. Der deutsch-belgische Ausgleichsvertrag und der anschließende Ratifizierungsprozess, der sich über zwei Jahre bis 1958 hinzog, lassen sich als Endpunkte jedoch rechtfertigen, gaben doch beide Seiten vor, mit dem Dokument die letzten aus der Kriegszeit resultierenden Probleme regeln zu wollen. Diese Zäsur fällt zudem in den Zeitraum, in dem aus den bilateralen Beziehungen zunehmend ein zwischenstaatliches Verhältnis in einem multilateralen Kontext wurde. Die Einbettung der deutsch-belgischen Beziehungen in den Kontext der europäischen Integration erreichte dann mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Frühjahr 1957 eine neue Qualität.

Eine bekannte Tatsache ist die Beteiligung von kleineren mit den Alliierten verbündeten Armeen bei der Besetzung Deutschlands im Jahr 1945.[11] Einige dieser Armeen partizipierten außerdem weit über das Kriegsende hinaus an der nachfolgenden Besatzung. Hierbei stellten die belgischen Truppen das größte Kontingent. Sechzig Jahre

10 Klaus Pabst, Belgien und Rheinland-Westfalen seit dem 19. Jahrhundert. Beziehungen zweier Nachbarländer, in: *GiW*, 1990, 1, S. 26–37, hier S. 35.

11 Vgl. beispielsweise Jan Rydel, *Die polnische Besatzung im Emsland 1945–1948*, Osnabrück, 2003.

lang blieben sie zwischen 1945 und 2005 im Rheinland und in Westfalen stationiert. Die Ursprünge reichen in die Kriegsjahre und führen geradewegs zu den Nachkriegsplänen der belgischen Exilregierung. Letztere beinhalteten schon früh die Fragestellungen nach der Rolle eines besiegten Deutschland in der zu schaffenden Nachkriegsordnung, aber auch die Formulierung von Reparationsforderungen an die Besiegten.

Die Schritte zur Konkretisierung, die nach der Befreiung Belgiens im September 1944 erfolgten, wurden in erheblichem Maße von der komplizierten innenpolitischen Situation bestimmt. Die Rolle als alliierte Basis, die mangelnde Durchsetzung staatlicher Autorität und der Streit um die Rückkehr des Staatsoberhaupts, König Leopold III., dominierten diese Zeit. Die Auswirkungen der innerbelgischen Situation auf die Außenpolitik – mithin auch auf die Deutschlandpolitik kann kaum überschätzt werden. Die Erarbeitung der Regierungsposition gegenüber Deutschland und die gleichzeitig auftauchenden Forderungskataloge nationalistischer Bewegungen spiegeln diese Beobachtungen. Gleichzeitig galt es, in Verhandlungen mit den Alliierten die belgischen Interessen in Deutschland zu verteidigen. Eine besondere Bedeutung kam dabei den belgisch-britischen Beziehungen zu, da die belgischen Truppen in der britischen Zone stationiert worden waren. Diese mitunter heftig erschütterte Partnerschaft setzte der belgischen Politik in Deutschland Rahmenbedingungen. Der Ost-West-Konflikt setzte dabei die Verfechter einer auf Reparationen gestützten Nachkriegspolitik unter Druck. Bei der Betrachtung dieser Vorgänge liegt der Fokus auf dem Spannungsverhältnis zwischen belgischer Innenpolitik, der Situation in der britischen Besatzungszone und der Lage der internationalen Politik.

Indikator und »Problemzone« der deutsch-belgischen Beziehungen war der Grenzraum. Hier lag das belgische Interessengebiet in Deutschland. In dieser strukturschwachen Region lebten die von den politischen Entscheidungen direkt Betroffenen. Sie erlebten während der ersten Nachkriegsjahre nicht nur die britische oder belgische Besatzung, sondern auch die Unsicherheit, ob sie und ihre Gebiete deutsch bleiben würden. Ein solcher Blickwinkel eröffnet einer politikgeschichtlichen Darstellung gleichzeitig die sozialgeschichtliche Perspektive und erlaubt einen Fokus auf diejenigen, die von der belgischen Deutschlandpolitik letztlich am direktesten tangiert wurden. Die Grenzregion lässt zudem am deutlichsten die gegenseitige Perzeption und ihren Einfluss auf das politische Handeln deutlich werden.[12] Diese war von belgischer Seite eine Wahrnehmung »der Deutschen« als einer kollektiven Gruppe, während die deutschen

12 Vgl. programmatisch: Gottfried Niedhart, Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: Wilfried Loth und Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München, 2000, S. 141–157, besonders S. 152–153.

Protagonisten einzelne Belgier sahen und weniger ländertypische Stereotype benutzen. Letzteres lässt sich leicht mit dem geringen Platz, den Belgien im deutschen Wahrnehmungshorizont einnimmt, erklären.

Es braucht nicht eigens betont zu werden, dass die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 völlig neue Voraussetzungen schuf. An die Stelle von Besatzungsstellen und Bundesländern trat nunmehr die Bundesregierung, die trotz ihrer außenpolitisch beschränkten Mittel schnell zu einem Gesprächspartner für die belgische Seite avancierte. Dazu trugen auch gewisse Entscheidungen in Brüssel bei, die einen gemäßigten Kurs in der Reparationsfrage festschrieben. Etliche Debatten um den Verlust des nationalen Prestiges gingen damit einher, machten jedoch den Eintritt in ein neues Zeitalter nur umso deutlicher. 1949 bildet somit eine Zäsur innerhalb der Arbeit. Für die belgische Präsenzpolitik in Deutschland war das Ende gekommen. Fortan waren Annäherung, Normalisierung und Europäisierung die Schlagworte.

Wie man aus Besatzungstruppen innerhalb kurzer Zeit Bündnistruppen machen sollte, die nunmehr unter NATO-Mandat, aber weiterhin unter britischem Befehl in Deutschland agieren würden, verlangte nach neuen Lösungen. Dabei war die Rücksichtnahme auf die belgische Öffentlichkeit, die immer wieder als Vorbehalt gegen eine Liberalisierung der Beziehungen zur deutschen Zivilbevölkerung angeführt worden waren, auch zu Beginn der 1950er Jahre noch sehr präsent.

Letztlich führte die – recht passive – Skepsis der belgischen Öffentlichkeit jedoch nie zu einem Kurswechsel in der belgischen Deutschlandpolitik. Überzeugt von der Notwendigkeit der Integration Westdeutschlands in den antikommunistischen Block, des sicherheitspolitischen Zusammenschlusses in Westeuropa und angetrieben von ökonomisch-pragmatischen Überlegungen war der gewählte Rhythmus politischer Zusammenarbeit überraschend schnell. Dabei sind jedoch, wie zu zeigen sein wird, die Frühgeschichte der europäischen Integration und die beschriebenen bilateralen Prozesse zunächst deutlich voneinander zu trennen. Dies änderte sich mit dem Scheitern der EVG im Sommer 1954. Der Druck, in schwierigen Zeiten nicht politische Zusammenarbeit an nachgeordneten Politikfeldern scheitern zu lassen, nahm stetig zu. Die schon erwähnte zeitliche Nähe zwischen Ausgleichsvertrag und Römischen Verträgen hatte kaum noch etwas von einem Zufall.

Schon in der Anlage der Arbeit stellte sich heraus, dass eine reine diplomatiegeschichtliche Herangehensweise – selbst in einer Form »neuer Politikgeschichte«[13] –

13 Vgl. programmatisch Ulrich Lappenküper, Primat der Außenpolitik! Die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963, in: Ders., Eckart Conze und Guido Müller (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln u. a., 2004, S. 45–63. Vgl. auch Eckart Conze, »Moderne Politikgeschichte«.

nicht ausreichend sein würde. Pointiert gesagt: Es sollte keine Geschichte der politischen Rolle der Beteiligung belgischer Soldaten an der Besatzung Deutschlands geschrieben werden, ohne dabei die Interaktion mit dem Verhältnis der Soldaten zur deutschen Zivilbevölkerung zu untersuchen; es sollte nicht die Geschichte der diplomatischen Behandlung der Grenzfragen geschildert werden, ohne sich für deren Aus- und Rückwirkungen auf das Leben im betroffenen Grenzraum zu interessieren. Die makrohistorische Perspektive der Einbettung der belgischen Deutschlandpolitik in einen internationalen Kontext musste demnach mit regional-, ja lokalgeschichtlichen Perspektiven verbunden werden. Regierungshandeln und Empfindungen des Eifelbauern haben in einer solchen Darstellung beide ihren Platz. Dies spiegelt sich vor allem im ersten Teil der Arbeit wider. Im zweiten Teil galt es, aus den Quellen Grundlagenforschung zu leisten, was eine stärkere Fokussierung auf politikgeschichtliche Ansätze nach sich zog.

Unterschiedliche Perspektiven verlangen nach unterschiedlichen methodischen Annäherungen. Im Bereich der Untersuchung bilateraler Beziehungen wie im gesamten Bereich der internationalen Geschichte sind keinesfalls ausschließlich Regierungskontakte und -verhandlungen zu betrachten.[14] Wirtschaftliche und kulturell-gesellschaftliche Beziehungen müssen ebenfalls in den Blick des Historikers gelangen. Die Untersuchung der Beziehungen zweier Staaten birgt den Vorteil, unterschiedliche Standpunkte und Beobachtungsmaßstäbe einnehmen zu können.[15] Auch die Wechselbeziehungen zwischen multilateraler und bilateraler Aktion kann so noch schärfer herausgearbeitet werden. Dies gilt besonders für die Verhandlungen um EGKS, EVG und EWG/Euratom in den 1950er Jahren.

Bei der Betrachtung der Regierungspolitik kristallisieren sich drei Ebenen heraus, die Lappenküper schon für das deutsch-französische Verhältnis ausgemacht hat.[16] Auf globaler Ebene galt es, den Einfluss des Kalten Kriegs auf das deutsch-belgische Verhältnis zu messen. Dabei ist zu fragen, welche Rolle dem Antikommunismus zukam. Daraus ergab sich recht rasch eine Fokussierung der Arbeit auf die westlichen Besatzungszonen und die Bundesrepublik. Die SBZ und später die DDR fanden in den Reihen der

Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hg.), *Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe*, Stuttgart 1998, S. 19–30; Heinz Gerhart Haupt und Ute Frevert (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt, 2005.

14 Vgl. Eckart Conze, Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte, in: Osterhammel/Loth, *Internationale Geschichte*, S. 117–140, besonders S. 124–125.

15 Vgl. Thomas Gomart, La relation bilatérale: un genre de l'histoire des relations internationales, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, 65–66 (Januar-Juni 2002), S. 65–68.

16 Vgl. für das Folgende die Konzeption bei: Lappenküper, Primat, S. 46–47.

belgischen Politiker und Diplomaten, aber auch in den Spalten der Presse nur wenig Beachtung. Die zweite Ebene ist die zwischenstaatliche Ebene, die nach kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren der Staatenbeziehungen fragt. Schließlich gilt es, die innerstaatliche Ebene zu betrachten. In welchem Kontext und mit welchen Handlungsspielräumen wird Außenpolitik formuliert? Die traditionell dominante Rolle der Exekutive in der belgischen Außenpolitik wird dabei auch in der Deutschlandpolitik deutlich.[17] Aus diesem Grund sind die jeweiligen Außenminister und ihr Umfeld besonders in den Blick zu nehmen, zumal sie durchaus als die »starken Männer« in ihren Parteien bezeichnet werden können. Im behandelten Zeitraum amtierte der Sozialist Paul-Henri Spaak von 1939 bis 1949 (zwischen 1947 und 1949 auch als Premierminister) und von 1954 bis 1957. Der Christlichsoziale Paul van Zeeland, ebenfalls ein ehemaliger Premierminister, übte das Amt zwischen 1949 und 1954 aus.

Auf deutscher Seite kommt der regionalen Komponente eine besondere Bedeutung zu. Belgien, das war für Deutschland nach 1944: vor allem die Kontakte mit den belgischen Soldaten in Deutschland, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rhein und Ruhr und der belgischen Industrie sowie die Grenzfrage. Belgien war in Deutschland – wobei mit Deutschland vorrangig das 1946 gegründete Nordrhein-Westfalen gemeint war. Die geographische Nähe zur neuen Bundeshauptstadt Bonn erleichterte nach 1949 ganz sicher die Kontakte, wobei auch schon vor der Gründung der Bundesrepublik die persönlichen Beziehungen, die Konrad Adenauer zu einigen flämischen Christlichsozialen pflegte, von besonderer Relevanz waren.

Der gewählte methodische Zugriff einer Mehrebenenuntersuchung schlägt sich auch in der Darstellungsweise wieder. Kapiteln, die die belgische Deutschlandpolitik in ihrem internationalen Kontext situieren, stehen Kapitel mit grenzgeschichtlichem Ansatz gegenüber. Darüber hinaus sollte die Studie auch dem mit den belgischen politischen Gegebenheiten kaum oder gar nicht vertrauten Leser zugänglich sein. So wurde im Zusammenhang mit der Schilderung innenpolitischer Vorgänge besonderer Wert auf Klarheit gelegt. Hier kommt zudem dem Vergleich eine besondere Rolle zu. Auch wenn es sich nicht um eine systematisch komparative Studie handelt, wird die belgischen Politik, wann immer dies notwendig und plausibel erschien, mit der niederländischen oder – in minderem Maß – der französischen Deutschlandpolitik verglichen. Ebenfalls von Bedeutung ist der diachrone Vergleich mit der belgischen Deutschlandpolitik nach 1918, ohne den, wie bereits zu Anfang angedeutet, keine Studie zum Zeitraum nach 1945

17 Vgl. Wichard Woyke, *Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten 1947–1969*, Bochum, 1985, S. 52–55; Rik Coolsaet, *La politique extérieure de la Belgique. Au cœur de l'Europe, le poids d'une petite puissance*, Brüssel, 2002, S. 7–8.

auskommen kann. Ziel der Darstellung war nicht zuletzt ein Höchstmaß an Anschaulichkeit auf der Basis einer dichten empirischen Annäherung an das Thema. Die Studie ist also aus den Quellen heraus geschrieben, was auch den Blick für das Detail beinhalten sollte. Dem Bemühen um einen klaren, nüchternen Stil stand jedoch auch der Wille, die Atmosphäre der Nachkriegszeit zumindest in Teilen fassbar zu machen, gegenüber.

Der französische Historiker Marc Bloch schrieb in seinem Schlüsselwerk zur Rolle der Historiker: »Wer […] ständig urteilt, der verlernt mit der Zeit das Erklären«.[18] In diesem Sinne ist auch diese Studie zuvorderst der Versuch zu verstehen und zu erklären. Dabei wird der Standpunkt des Verfassers – vielleicht auch seine autobiographische Verankerung in den beschriebenen Beziehungen und der untersuchten Region – wohl durchaus deutlich. Doch soll daraus nur die Motivation des Verfassers deutlich werden, nicht jedoch eine für den Historiker schädliche Voreingenommenheit.

Quellengrundlage und Forschungsstand

An der vor mehr als einem Jahrzehnt von dem Düsseldorfer Historiker Hein Hoebink getroffenen Feststellung, dass es für die Forschung nicht eben evident sei, sich in deutscher Sprache über die politische Geschichte Belgiens kundig zu machen, muss man auch zur Zeit trotz einiger jüngerer Veröffentlichungen noch festhalten.[19] Es gibt überdies nur eine Darstellung, die sich mit den deutsch-belgischen Beziehungen im 20. Jahrhundert in einer längerfristigen Perspektive befasst, dabei geht es allerdings um die Kulturbeziehungen.[20] Die politischen Beziehungen Deutschlands zu seinem Nachbarland 1945 bilden dabei nicht nur keine Ausnahme, sondern dürfen als unterbelichtet gelten. In Nachschlagewerken oder Überblicksaufsätzen zur belgischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg nimmt das Verhältnis der beiden kerneuropäischen Nachbarländer wenn überhaupt nur einen Nebenplatz ein. Dabei liegen die Schwerpunkte

18 Marc Bloch, *Apologie der Geschichtswissenschaft oder der Beruf des Historikers*, hg. von Peter Schöttler, Stuttgart, 2002, S. 157 (frz. Erstausgabe 1949).

19 Vgl. Hein Hoebink, Blick über die Grenze. Der Wiederbeginn der deutsch-belgischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das alte Erzbistum Köln*, 198 (1995), S. 183–199, hier: S. 183. Neuerer Überblick zur belgischen politischen Geschichte bei Johannes Koll, Geschichtlicher Überblick, in: ders. (Hg.), *Belgien. Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft*, Münster, 2007, S. 5–44; in politikwissenschaftlicher Perspektive, s. Frank Berge und Alexander Grasse, *Belgien – Zerfall oder föderales Zukunftsmodell? Der flämisch-wallonische Konflikt und die Deutschsprachige Gemeinschaft*, Opladen, 2003.

20 Carlo Lejeune, *Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980. Wege zur europäischen Integration?*, (= Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, 3), Köln/Weimar/Wien, 1992.

einerseits auf der Artikulierung der belgischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit,[21] vor allem ökonomischen Gesichtspunkten[22] oder bei der Feststellung der rapiden Annäherung zwischen 1945 und 1956, ohne diese jedoch detaillierter nachzuvollziehen.[23] Über die Unterzeichnung der Römischen Verträge gehen nur wenige Arbeiten hinaus.[24] In den großen Darstellungen, die die Rolle Belgiens im transatlantischen Bündnissystem analysieren, finden die deutsch-belgischen Beziehungen trotz ihrer bedeutenden sicherheitspolitischen Implikationen kaum einmal Erwähnung – mit Ausnahme der Forschungen des amerikanischen Historikers Jonathan E. Helmreich.[25] Die Verortung des Themas in der Geschichte der europäischen Integration beruht hauptsächlich auf im Umfeld des Neulöwener Instituts für Europäische Studien entstandenen Arbeiten sowie auf den von der Verbindungsgruppe der Historiker bei der Europäischen Kommission herausgegebenen Sammelbänden.[26] Es verwundert nicht, dass dabei auch Persönlich-

21 Vgl. Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 44 ff.

22 Vgl. Ginette Kurgan-Van Hentenryck, La Belgique et le relèvement économique de l'Allemagne 1945–1948, in: *Relations internationales*, n°51, 1987 (automne), S. 343–363.

23 Vgl. Michel Dumoulin, L'Allemagne et l'Europe vues par les Belges: De la défiance à la méfiance constructive (1949–1957), in: Müller, *Deutschland und der Westen*, S. 193–202; Dirk Martin, Belgian-German relations, in: Dieter K. Buse und Juergen C. Doerr (Hg.), *Modern Germany. An Encyclopedia of History, People and Culture, 1871–1990*, New York/London, 1998, S. 90–91; ders., Belgien und Deutschland: Zwei Neuankömmlinge in der internationalen Politik (1830–1955), in: Klaus Schwabe und Francesca Schinzinger (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, Teil 2: *Deutschland und Westeuropa*, (= HMRG Beihefte, 11), Stuttgart, 1994, S. 195–211.

24 Vgl. Georgi Verbeeck, In de Spiegel van de internationale Politiek. België en het »Duitse Vraagstuk«, in: Mark Van den Wijngaert und Lieve Beullens (Hg.), *Oost West West best. België onder de Koude Oorlog*, Tielt, 1997, S. 86–91; John Fitzmaurice, Belgium and Germany: An Enigmatic Relationship, in: Dirk Verheyen und Christian Søe (Hg.), *The Germans and Their Neighbors*, Boulder/San Francisco/Oxford, 1993, S. 83–104; Horst Lademacher, Belgien als Objekt und Subjekt europäischer Außenpolitik. Historische Fallstudie zu den politischen Determinanten und Möglichkeiten eines kleinen europäischen Landes, in: *RBHC*, 2005, Nr. 4, S. 457–502.

25 Vgl. Jonathan E. Helmreich, *Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy*, Mouton/The Hague/Paris, 1976; Frans Govearts, Belgum, Holland and Luxemburg, in: Omer de Raeymaeker (Hg.), *Small Powers in Alignment*, Löwen, 1974, S. 293–389; Cees Wiebes und Bart Zeeman, *Belgium, the Netherlands and Alliances 1940–1949*, Diss. Phil., Universität Leiden, 1989.

26 Um dem Anmerkungsapparat eine gewisse Straffheit zu belassen, seien hier nur die wichtigsten Titel aufgeführt. Auf weitere Werke wird an entsprechender Stelle und im Literaturverzeichnis verwiesen. Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts de la construction européenne. De la guerre aux traités de Rome*, Neu-Löwen, 1987; ders., Geneviève Duchenne und Arthe Van Laer (Hg.), *La Belgique, les petits Etats et la construction européenne*, Brüssel/Bern/Frankfurt a.M., 2003; Gilbert Trausch (Hg.), *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Baden-Baden u.a., 1993. Vgl. auch Wilfried Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur

keitskonstellationen verstärkt ins Blickfeld rücken. Die biographischen Studien zu den Hauptprotagonisten auf belgischer Seite wurden selbstverständlich berücksichtigt, wenn auch hier die Deutschlandpolitik allenfalls gestreift wird.[27]

Die Geschichte der alliierten Besatzung Deutschlands nach dem Kriegsende 1945 steht heutzutage fast nur noch aus kulturgeschichtlicher Perspektive auf der Forschungsagenda.[28] Ist es daher noch angebracht, die Geschichte der belgischen Besatzungstruppen unter primär politischen Gesichtspunkten abzuhandeln? Dazu gilt zuerst die schiere Tatsache, dass dies bisher auf wissenschaftliche Art und Weise noch kaum erfolgt ist und dass quellennahe Grundlagenforschung zunächst eine simple Notwendigkeit darstellte. Klaus-Dietmar Henkes Ansatz einer Totalgeschichte der amerikanischen Besetzung und der Einrichtung der Besatzungszone bot hier große Inspiration, der der Verfasser versucht hat, in den entsprechenden Kapiteln zu folgen.[29] Die Geschichte der belgischen Soldaten in Deutschland bildet zudem nicht nur einen wesentlichen Gegenstand der deutsch-belgischen Beziehungen, sondern muss zuerst in ihrem Entstehungszusammenhang, d.h. den belgisch-britischen Beziehungen betrachtet werden. Die Studien des Brüsseler Historikers Pascal Deloge bilden hier den unumgänglichen Ausgangspunkt. In seiner Dissertation untersuchte er die Sicherheitsbeziehungen zwischen Belgien und seiner engsten traditionellen Garantiemacht am Beginn des Kalten Kriegs.[30] Diese For-

Deutung der Europäischen Integration, in: ders. und Wolfgang Wessels (Hg.), *Theorien europäischer Integration*, (= Grundlagen für Europa, 7), Opladen, 2001, S. 87–106.

27 Vgl. Paul-F. Smets (Hg.), *Les Pères de l'Europe. 50 ans après*, Brüssel, 2001; Michel Dumoulin und Vincent Dujardin, *Paul van Zeeland*, Brüssel, 1997; Michel Dumoulin, *Spaak*, Brüssel, 1999. Über Spaak und sein Verhältnis zu Deutschland liest man mit Gewinn die biographischen Bemerkungen bei Klaus Pabst, Paul Henri Spaak und die Deutschen, in: Walter Mühlhausen u.a. (Hg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster, 1998, S. 249–264.

28 Vgl. u.a Heide Fehrenbach, »Ami-Liebchen« und »Mischlingskinder«. Rasse, Geschlecht und Kultur in der deutsch-amerikanischen Begegnung, in: Klaus Naumann (Hg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg, 2001, S. 178–205; dies., Of German Mothers and »Negermischlingskinder«, in: Hanna Schissler (Hg.), *The Miracle Years. A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton, 2001, S. 164–186; Atina Grossmann, A Question of Silence: The Rape of German Women by Occupation Soldiers, in: Robert G. Moeller (Hg.), *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, 4. Aufl., Ann Arbor, 2000, S. 33–52; Sandra Maß, *Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964*, Köln/Weimar/Wien, 2006.

29 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besatzung Deutschlands*, (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 27), ^{2}München, 1996.

30 Vgl. Pascal Deloge, *Une coopération difficile: Belgique et Grande-Bretagne en quête de sécurité à l'aube de la guerre froide*, (= Travaux du Centre d'Histoire Militaire, 34), Brüssel, 2000.

schungsergebnisse bilden gleichsam das Fundament, auf dem die vorliegende Arbeit aufbaut. Dort, wo Deloge nach der Bedeutung der Entwicklungen in Deutschland für die Beziehungen zwischen London und Brüssel fragt, geht diese Untersuchung ihrer Bedeutung für die politischen und sozialen Kontakte zwischen Deutschen und Belgiern nach; dasselbe Quellenmaterial wird somit auf unterschiedliche Weise befragt.

Reparationsforderungen gehören zu den klassischen Elementen jeder Nachkriegsordnung. Für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts sind es vor allem die territorialen Verluste, die die deutsche Öffentlichkeit bis in die 1960er Jahre hinein beschäftigt haben. Vanessa Conze identifiziert zwei Stoßrichtungen der Historiographie. Zum einen die klassischen außenpolitischen Darstellungen, die Regierungshandeln untersuchen, »dabei aber gesellschaftliche Zusammenhänge und Rückwirkungen dieser Grenzdebatten außer Acht lassen«. Zum anderen die Forschungen zu Raumkonzepten, die die außenpolitischen Aspekte nur oberflächlich tangieren.[31] Die Untersuchung der deutsch-belgischen Grenzfrage nach 1945 unternimmt den Versuch, diese Forderungen einzulösen. Dabei kommt der Schilderung der Debatten an der Grenze und ihrer Rückwirkung auf das Regierungshandeln ein markanter Stellenwert zu. Die mentalen Dispositionen der Akteure beiderseits der Grenze sollen jedoch auch in den Blick geraten.[32] Mit Ausnahme der Saarfrage[33] gehören die Veränderungen an der deutschen Westgrenze nach 1945 nicht zum Kanon historischen Wissens über die Geschichte der Bundesrepublik.[34] Die Arbeit soll jedoch zeigen, dass sie nicht nur als Indikatoren für das Verhältnis zu den jeweiligen Nachbarländern gesehen werden können, sondern dass sie auch einiges

31 Vanessa Conze, Die Grenzen der Niederlage. Kriegsniederlagen und territoriale Verluste im Grenz-Diskurs in Deutschland (1918–1970), in: Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Dieter Langewiesche und Friedrich Lenger (Hg.), *Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen*, Berlin, 2004, S. 163–184, hier: S. 163–164 Fn. 1. Zur zunehmenden Bedeutung der Beschäftigung mit Grenzräumen vgl. Etienne François, Jörg Seifarth und Bernhard Struck (Hg.), *Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M, 2007; Christoph Duhamelle, Andreas Kossert und Bernhard Struck (Hg.), *Grenzregionen. Ein europäischer Vergleich vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M, 2007.

32 Vgl. als erste archivgestützte Skizze des Verfassers: Christoph Brüll, Annexion, réparation, rectification? Le problème de la frontière belgo-allemande après la Seconde Guerre mondiale (1945–1949), in: *CHTP/BEG*, n°16 (2005), S. 91–131.

33 Als jüngstes Beispiel vgl. Reiner Hudemann u. a. (Hg.), *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch,* Saarbrücken, 2007.

34 Vgl. Bettina Blank, *Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik*, München, 1995; Detlev Hüwel, *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal, 1980; Horst Lademacher, Deutschland und Belgien, in: Walter Först (Hg.), *Beiderseits der Grenzen*, Köln, 1987, S. 81–120; Klaus Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, in: Walter Först (Hg.), *Entscheidungen im Westen*, Köln/Berlin, 1979, S. 147–176.

über das Selbstverständnis der deutschen Akteure aussagen. Ihre Einordnung in das politische Handeln der Ministerpräsidenten der Westzonen und in die außenpolitischen Konzeptionen in der frühen Bundesrepublik soll dazu beitragen.

Der Ansatz einer Mehrebenenuntersuchung der deutsch-belgischen Beziehungen schlägt sich naturgemäß in der Provenienz der benutzten Quellen nieder. Sowohl in den Archivalien als auch in den Periodika sollten Regierungshandeln und Situation vor Ort, sowie deren Rückbindungen erkennbar sein. Der übergroße Teil der benutzen Dokumente stammt aus dem Archiv des belgischen Außenministeriums in Brüssel und dem Hauptstaatsarchiv des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Dies liegt in der zentralen Funktion des Außenministeriums in der Deutschlandpolitik begründet, in der sich auch zahlreiche Dokumente mit verteidigungspolitischem Inhalt befinden.[35] Die nordrhein-westfälische Staatskanzlei organisierte die deutsche Reaktion auf die Gebietsforderungen der westlichen Nachbarn vor der Gründung der Bundesrepublik und beteiligte sich auch während der Verhandlungen der 1950er Jahre mit zahlreichen Gutachten. Zu diesen Verhandlungen wurden dann auch die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes herangezogen – mit den Berichten der Botschafter in Brüssel. Von herausgehobener Bedeutung für die Studie waren die zahlreichen Lagebeurteilungen zur Situation an der Grenze, die sich auf deutscher Seite vor allem in den Beständen des Regierungspräsidiums Aachen finden, die ebenfalls in Düsseldorf aufbewahrt werden. So ermöglichten diese Dokumente eben nicht klassische diplomatiegeschichtliche Schilderung der Regierungsaktivitäten und der dortigen Entscheidungsprozesse, sondern gaben ebenfalls Einblick in die Wahrnehmung der Grenzproblematik in Brüssel und Düsseldorf, aber eben auch in der Grenzregion.

Die Rolle der belgischen Besatzungsarmee in Deutschland ließ sich durch die Konsultation der Akten des Kabinetts des Verteidigungsministers in Brüssel erschließen. Allerdings ist eine Durchsicht der Dokumente einzelner Einheiten bisher aus archivrechtlichen Gründen noch nicht möglich. Dies wird jedoch durch die Tatsache kompensiert, dass Zwischenfälle bzw. Berichte zur Lage der deutschen Bevölkerung im so genannten *Centre d'administration des territoires occupés* zentralisiert wurden, das sie automatisch an das Verteidigungsministerium weiterleitete. Vervollständigt wurden diese Angaben auch durch britische Dokumente aus den *National Archives* in Kew, die die Sicht der britischen Generalität auf das Verhalten der belgischen Truppen in Deutschland beinhalteten. Die zentrale Rolle der Stadt Köln für die belgische Besat-

35 Eine große Anzahl der von uns gesichteten Dokumente sind in der Zwischenzeit in die Reihe der veröffentlichten diplomatischen Dokumente Belgiens in einen Band zur Deutschlandpolitik aufgenommen worden. Vgl. *Documents Diplomatiques Belges 1941–1960*, Bd. VI: Der Status Deutschlands, bearb. von Paul de Visscher und Yves Lejeune, Brüssel, 2009.

zung in Deutschland ließ eine Durchsicht der dortigen Akten notwendig erscheinen, die einen lokalen, manchmal mikroskopischen Blick auf diese Entwicklungen möglich machen.

Der kleinteilige Blick auf das Besatzungsgeschehen auf Basis der Akten wird ergänzt durch Zeitzeugenbefragungen. Diese wurden zwar nur punktuell durchgeführt und betreffen vor allem den Zeitraum 1945–1948, sie verschafften jedoch durchaus einen Einblick in die Atmosphäre dieser Periode. Es ging in diesem Zusammenhang nicht darum, den Beweis zu führen, dass *oral history* sich besonders gut eignet, um die Besatzungsrealitäten zu schildern. Vielmehr interessierte den Verfasser die politische Sozialisation der jungen Belgier, die sich freiwillig zum Dienst nach Deutschland gemeldet hatten oder als junge Wehrpflichtige in eine für sie unbekannte Welt kamen.

Die internationale Perspektive auf die deutsch-belgischen Beziehungen wird durch die Benutzung der Sammlungen der diplomatischen Dokumente beispielsweise der USA, aber auch Frankreichs ermöglicht. Die verschiedenen deutschen Editionsprojekte zu Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik schufen hier ebenso eine breite Grundlage. Diesen Beständen kann man die Dokumente des Deutschen Büros für Friedenfragen (Bundesarchiv Koblenz) für die Zeit vor 1949 und die Dokumente des Amtes Blank für die junge Bundesrepublik an die Seite stellen (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg).

Die persönlichen Nachlässe einiger Hauptbeteiligter wurden ebenso erschlossen. Dazu gehören gedruckte Editionen wie diejenigen Konrad Adenauers und Archivbestände verschiedener Institutionen, denen diese Akteure ihren Nachlass vermacht haben. So wurden die Akten der beiden belgischen Außenminister Spaak und van Zeeland, aber auch der Nachlass der Annexionsbefürworter Pierre Nothomb und Jean de Lannoy berücksichtigt. Auf deutscher Seite erwiesen sich die Nachlässe der CDU-Landespolitiker Leo Schwering und Josef Hofmann als hilfreich. Der Nachlass des Leiters der belgischen Militärmission in Berlin, George Goethals, enthält für die Nachkriegsjahre und den Beginn des Kalten Kriegs in der »Frontstadt« Berlin einen gut informierten nicht-alliierten Blick auf die Ereignisse.

Während auf deutscher Seite der Archivzugang unproblematisch verlief, musste der Verfasser in belgischen Archiven mit den zahlreichen Widrigkeiten der Archivgesetzgebung kämpfen. Diplomatische Akten und Militärische Dossiers wurden zum Zeitpunkt der Archivforschungen auch nach über fünfzig Jahren nicht automatisch für die Forschung freigegeben. Dass Historiker bei ihrer Arbeit vom (zum Glück zumeist) guten Willen der Archivare abhängen, dass die Archivierungsbedingungen in einigen Archiven für ein modernes Land beschämend sind, spricht nicht für Forschungsfreundlichkeit in einer Gesellschaft, die sich ihrer Vergangenheit bewusst

wäre.[36] In der Zwischenzeit hat das Parlament jedoch ein neues Archivgesetz verabschiedet, das eine Verringerung der Sperrfrist für diplomatische und militärische Quellen auf dreißig Jahre vorsieht. Dies sollte zumindest in diesem Bereich die Forschungsarbeit signifikant erleichtern.[37]

Zeitgeschichte ohne die Berücksichtigung der Medien und damit im vorliegenden Fall der Presse verschenkt eine entscheidende Dimension. Schließlich bildet die Presse eben nicht bloß das Handeln der politischen Akteure ab, sondern bildet durchaus einen eigenständigen Faktor.[38] Dies umso mehr, als gerade in Belgien bis in die 1960er Jahre hinein das Phänomen des schreibenden Politikers weit verbreitet war. Zahlreiche Akteure der Außenpolitik griffen regelmäßig selbst zur Feder, um die Öffentlichkeit über ihre Standpunkte zu informieren. Die belgische Regionalzeitung *Grenz-Echo* spielte dabei insofern eine wichtige Rolle, als sie zwar mit den deutschsprachigen Belgiern nur einen sehr begrenzten Leserkreis besaß, anderseits jedoch sowohl die belgische als auch die deutsche Presse in ihre Artikel integrierte, was nicht ohne Rückwirkungen auf deren Berichterstattung blieb. Auf deutscher Seite erübrigte sich die systematische Durchsicht der wichtigste regionalen und überregionalen Presseorgane durch die Presseschau, die das Presse- und Informationsamt der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Grenzfragen regelmäßig zusammenstellte.

Die in der Presse veröffentlichten Karikaturen sind für die Studie nicht von bloß illustrativem Wert. Vielmehr beinhalten sie eine ikonographische Aussage zur Haltung der Belgier gegenüber der deutschen Bevölkerung und den deutschen Politikern. Es kam zwar nicht oft vor, dass Letztere die Titelseiten belgischer Blätter schmückten, die Darstellungsweise lässt jedoch recht tief in die belgische Psyche blicken.

Lektürehinweise

Die Studie ist in zwei Hauptteile aufgeteilt. Im ersten Teil wird die belgische Präsenzpolitik in Deutschland zwischen 1944 und 1949 beschrieben. Im zweiten Teil, einsetzend mit der Gründung der Bundesrepublik, werden Annäherungsprozesse bis hin zum Ausgleichsvertrag behandelt. Um die Fülle der Informationen zu gliedern, enden beide Teile

36 Vgl. Pieter Lagrou, *Mémoires patriotiques et Occupation nazie*, Brüssel, 2003, S. 19–22; Rudi van Doorslaer, Emmanuel Debruyne, Frank Seberechts und Nico Wouters, *La Belgique docile. Les autorités belges et la persécutions des Juifs en Belgique durant la Seconde Guerre mondiale*, Bd. 1, Brüssel, 2007, S. 15–19.

37 *Belgisches Staatsblatt*, 10.5.2009 (NUMAC 2009202053).

38 Vgl. Conze, Zwischen Staatenwelt, S. 131.

jeweils mit einem kurzen Fazit, das der zusammenfassenden Strukturierung dienen soll. Der Aufbau der Arbeit erfolgt dabei weitgehend chronologisch. Klarheit und Lesbarkeit standen im Vordergrund dieser Konzeption.

Als schwierigstes Problem bei der Darstellung erwies sich die Benutzung der zahlreichen französischsprachigen Quellen. Um die Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wurden letztlich alle fremdsprachigen Zitate übersetzt. Da es aus Platzgründen nicht ratsam erschien, den Anmerkungsapparat mit den Originalzitaten zu überfrachten, muss der Leser den Übersetzungen des Verfassers vertrauen. Im Anmerkungsapparat wurde bei präzisen Titeln von Vermerken und Memoranden der Originaltitel beibehalten. Bei Ortsnamen wurde bis auf wenige Ausnahmen die deutsche Bezeichnung benutzt.

Das militärische Jargon zeichnet sich bekanntlich durch seine ständige Benutzungen von Abkürzungen aus. Insofern diese in der Darstellung verwendet worden sind, sind sie im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Arbeiten zu Grenzräumen und Territorialforderungen leben selbstverständlich auch von der Nutzung von Kartenmaterial. Es handelt sich dabei zumeist um die Originalkarten, wie sie in den Dokumenten der verschiedenen Behörden enthalten sind. Diese wurden nicht in einem Anhang platziert, sondern befinden sich in der Studie an den entsprechenden Stellen. Die Verwendung von Karikaturen, auf die im Text angespielt wird, wurde ebenfalls auf diese Art gehandhabt.

Der Anmerkungsapparat wurde möglichst straff gehalten, was größtmögliche Präzision selbstverständlich nicht ausschließen sollte. Sekundärliteratur wird bei der ersten Nennung im Volltitel verzeichnet, bei jeder weiteren Nennung wird ein Kurztitel benutzt.

Teil I
Eine belgische Präsenzpolitik im besetzten Deutschland

1. Die letzten Kriegsmonate

1.1 Belgische Pläne für ein Nachkriegseuropa mit dem Fokus auf die Zukunft Deutschlands

Am 6. Dezember 1944 hielt der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak in Brüssel vor den Abgeordneten der Kammer seine erste große – später oftmals zitierte – außenpolitische Rede nach der im September erfolgten Befreiung des Landes. Er präsentierte seinen Entwurf einer zukünftigen Friedens- und Sicherheitspolitik, die er durch das Bild eines Gebäudes mit drei Etagen veranschaulichte. »Diejenige, welche dominiert und die beiden anderen deckt, heißt: kollektive Sicherheit. Das Zwischengeschoss könnte folgendermaßen bezeichnet werden: europäische Allianz, und das andere Stockwerk: regionale Bündnisse.«[1] Das Bild des dreistöckigen Hauses und die Ideen der Friedenssicherung nach einem zu erringenden Sieg über Nazi-Deutschland sind oft analysiert und kommentiert worden.[2] An dieser Stelle interessiert uns vor allem die Entwicklung der Vorstellungen über die Zukunft eines besiegten Deutschlands vor dem Hintergrund des zweifellos tiefgreifendsten Wandels in der belgischen Außenpolitik seit 1830. Aus dem neutralistischen, auf seine Unabhängigkeit bedachten Königreich wurde während der Kriegsjahre ein Staat auf der Suche nach geeigneten Bündnissystemen für die Zukunft. Hierbei spielte Spaak, der von 1936 bis 1949 mit kürzeren Unterbrechungen die Verantwortung für die belgische Diplomatie trug, verständlicherweise eine Hauptrolle.

Der zweite deutsche Überfall auf Belgien innerhalb eines Vierteljahrhunderts im Mai 1940 hatte für die belgische Außenpolitik ein Fiasko bedeutet. Die nach nur achtzehn Tagen erzwungene Kapitulation demonstrierte den politischen Protagonisten das Scheitern der so genannten Unabhängigkeitspolitik. Gravierender jedoch waren die fundamentalen Divergenzen zwischen König und Regierung, den beiden Hauptorganen der Exekutive, über die Bedeutung der Kapitulation für das politische Handeln. Für das Staatsoberhaupt brachte die militärische Niederlage das Ende des Krieges für Belgien. Die Mitglieder der Regierung manifestierten hingegen ihre Entschlossenheit, den Kampf an der Seite Frankreichs und Großbritanniens fortzusetzen. Leopold III. wurde

1 Paul-Henri Spaak, *La pensée européenne et atlantique de Paul-Henri Spaak. Textes réunis et présentés par Paul-F. Smets*, Bd. 1, Brüssel, 1980, S. 52–63, Zitat S. 59.

2 Vgl. Michel Dumoulin, La Belgique et les débuts de la construction européenne: zones d'ombre et de lumière, in: ders. (Hg.), *La Belgique et les débuts de la construction européenne. De la guerre aux traités de Rome*, Louvain-la-Neuve, 1987, S. 11; Ders., *Spaak*, S. 276, 378 ff.

zum »ersten Kriegsgefangenen« in Schloss Laeken bei Brüssel, während Premierminister Pierlot und seine Kollegen sich zunächst nach Frankreich zurückzogen. In diesen Ereignissen liegt – sehr grob skizziert – die Ursache für die so genannte »Königsfrage«, die das politische Leben im Belgien der Nachkriegszeit dominieren sollte.[3] Einer der Hauptstreitpunkte, der letztlich zum Bruch zwischen dem König und seiner Regierung führen sollte, lag in der Frage, ob die Folge der militärischen Hilfe Frankreichs und Großbritanniens während des Achtzehn-Tage-Feldzugs das Verbleiben Belgiens im Krieg sein sollte. Indem diese Frage von König und Regierung unterschiedlich beantwortet wurde, tat sich der Graben immer weiter auf zwischen zwei Organen, deren Spaltung in der Verfassung nicht vorgesehen war.[4] Die Wege hatten sich unwiderruflich getrennt.

Zahllose Wirren bestimmten die Monate zwischen der Flucht der Regierungsmitglieder aus Belgien, deren Aufenthalt in Frankreich und der Bildung der Exilregierung in London im Oktober 1940. Nach der französischen Niederlage waren etliche Minister in eine tiefe Resignation verfallen, in der jedes Beharren auf einer Fortsetzung des Kampfes sinnlos schien. Nur durch das entschiedene Handeln des nach London entsandten Ministers für die Kolonien, Albert de Vleeschauwer, und später des Finanzministers Camille Gutt wurden überhaupt die Voraussetzungen für eine Exilregierung geschaffen. Letztlich entscheidend war jedoch ein neu aufflammender Kampfeswille bei den beiden zentralen Figuren der Regierung, Hubert Pierlot und Paul-Henri Spaak.[5] Die Mitglieder der belgischen Regierung in London, die in den Kriegsjahren immer wieder erweitert wurde, hatten dort jedoch einen schwierigen Stand. Die britische Regierung, insbesondere Premierminister Churchill, empfand tiefe Verachtung für das

3 Verlässliche Werke in der Fülle der Literatur, die unterschiedlichen Standpunkte auch in der Beurteilung der Historiker prägnant darstellend: Jean Stengers, *Léopold III et le gouvernement. Les deux politiques belges de 1940*, überarbeitete Neuauflage, Brüssel, 2003 (Erstausgabe: Paris/Gembloux, 1980); Jean Vanwelkenhuyzen, *Quand les chemins se séparent. Aux sources de la Question Royale*, [2]Brüssel, 2001; Jan Velaers und Herman van Goethem, *Leopold III. De Koning, het land, de oorlog*, Tielt, 1994; Jules Gérard-Libois und José Gotovitch, *Léopold III. De l'an 40 à l'effacement*, Brüssel, 1991; Michel Dumoulin, Marc Van den Wijngaert und Vincent Dujardin (Hg.), *Léopold III*, Brüssel, 2001. Neuerer Forschungsbericht bei Michel Dumoulin, Léopold III, les enjeux d'une controverse, in: *Cahiers d'Histoire du Temps présent*, n°10, 2002, S. 199–213.

4 Es handelt sich hier um den grundlegenden damaligen Artikel 64 (heute Artikel 105–106) der belgischen Verfassung, der vorsieht, dass politische Äußerungen des Königs immer von einem Minister mit seiner Verantwortlichkeit gedeckt werden müssen. Zur Konstellation im Mai 1940, s. Jean Stengers, *L'action du Roi en Belgique. Pouvoir et influence*, [2]Brüssel, 1996, S. 9–31, 45–47, 282–283, 287–296.

5 Für eine packende Schilderung der Ereignisse von Juni bis Oktober 1940, s. Stengers, *Léopold III*, S. 69–128 (zitiert nach der Erstausgabe).

Verhalten Leopolds III. während des Frühjahrs 1940 und der deutschen Invasion.[6] In Großbritannien, vor allem aber auch in den USA erhoben sich bedeutende Stimmen, welche die Ereignisse von Mai und Juni 1940 zum Anlass nahmen, die Schwäche und Wehrlosigkeit der kleineren Länder hervorzuheben. Diese Staaten würden immer wieder den Appetit der Großen wecken und durch ihre bloße Existenz eine Stabilisierung der internationalen Beziehungen verhindern. Am bekanntesten sind hier vielleicht die Pläne des damaligen US-Präsidenten.

Franklin D. Roosevelt hat für die Nachkriegsordnung eine Umgestaltung der politischen Landkarte Europas in diesem Sinne angedacht.[7] Im April 1942 kritisierte Paul-Henri Spaak solche Gedankenspiele vehement: »Nach dem Kriegsende Staaten zu zerstören, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, die sich für sie opfern, hat keinen Sinn. Was man kombinieren muss, sind ein sicheres Wiederaufflammen des Nationalismus und ein unabdingbarer Internationalismus. Und dies ist nicht unmöglich«.[8] Für Belgien bedeutete dies konkret, dass alles unternommen werden musste, um zukünftige Aggressionen zu verhindern, indem Bündnisse mit Staaten mit gleichgelagerten Interessen geschlossen werden sollten, möglichst mit einer oder mehreren Großmächten.[9] Das herausragendste Beispiel für einen Zusammenschluss kleinerer Staaten war denn auch ein Kind von Exilregierungen in London. Benelux entstand als eine Zollunion der drei westeuropäischen Nachbarländer, die am 5. September 1944 in London unterzeichnet wurde.[10] Obwohl als Grundlage der Verhandlungen hauptsächlich wirtschaftspolitische Erwägungen eine Rolle spielten, war es die politische Rolle dieses Organismus, der in den Nachkriegsjahren eine wesentliche Bedeutung zukam.

Die Großmacht, nach der die belgische Politik ausgerichtet werden sollte, hieß Großbritannien.[11] Bis zur Befreiung Belgiens im September 1944 bildete der Versuch einer engen Anlehnung an die britische Politik eines der Hauptziele der Exilregierung. Pascal Deloge hat in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der belgischen Konzeptionen der Kriegsjahre von zwei Hauptakteuren, Außenminister Spaak sowie dem Generalsekretär des Außenministeriums, Fernand

6 Churchill äußerte sich selbst im Mai 1944 noch in diese Richtung (Dumoulin, *Spaak*, S. 271).

7 Pascal Deloge, Belgique et Grande-Bretagne en quête de sécurité, in: *Jours de paix*, Brüssel, 2001, S. 298.

8 Zitiert nach Michel Dumoulin, Introduction, in: Ders. (Hg.), *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947*, Brüssel u.a., 1995, S. 9.

9 Vgl. Deloge, Belgique et Grande Bretagne, S. 299.

10 Vgl. Thierry Grosbois, La naissance du Benelux (1941–1944), in: *Cahiers du CREHSGM*, n°15, 1992, S. 53–100; Ders., Les négociations de Londres pour une union douanière (1941–1944), in: A. Postma u.a. (Hg.), *Regards sur le Benelux. 50 ans de coopération*, Brüssel, 1994, S. 39–68.

11 Vgl. Deloge, *Coopération*

Vanlangenhove, zu linear dargestellt worden ist.[12] In der Rückschau der beiden Verantwortlichen spiegelten sich die Auseinandersetzungen und das Ringen um einen neuen außenpolitischen Kurs kaum wider.[13] Viele Belgier zeigten wenig Verständnis für die Haltung ihres »Gastgebers« in der Frage der Ereignisse von 1940. Vor allem in den Reihen der belgischen Armee in Großbritannien, auf die im folgenden Kapitel einzugehen sein wird, spielte dieser Konflikt eine kaum zu überschätzende Rolle.[14] Die Mitglieder der Regierung hatten jedoch ihre Wahl getroffen. Am 12. Januar 1941 verkündete Premierminister Pierlot, Belgien werde einer Sicherheitspolitik seine Unterstützung geben, die von Großbritannien ausgehe.[15] Auch Spaaks Auffassung war eindeutig und klar. Großbritannien müsse eine engagierte Rolle auf dem Kontinent einnehmen, postulierte er in einem Memorandum von Mai 1941. Er pochte dort auf ein siegreiches England, das stark bleiben und sich in der Zukunft tatsächlich um Europa kümmern müsse. Sollte dies nicht der Fall sein, malte der Minister ein Bild drastischer Konsequenzen an die Wand. »Wenn England kein klares Bewusstsein für seine Aufgabe gegenüber Europa hat, wenn es keine Politik hat, die aus ihm den Anführer macht, dann muss es damit rechnen, bald über den Preis seiner jetzigen Anstrengungen frustriert zu sein. Europa wird sich ohne England organisieren und, wie ich wage vorauszusagen, gegen es, und es wird Deutschland sein, selbst ein besiegtes, das sein Leader sein wird.« Nur gemeinsam mit England könne eine auf Kooperation setzende westeuropäische Politik ein solches Szenario verhindern. Die Voraussetzungen für eine enge Kooperation seien hier durch eine Gemeinschaft politischer, rechtlicher und moralischer Prinzipien gegeben.[16] Auch sein Parteigenosse Louis de Brouckère, ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, teilte diese Meinung und forderte die Integration eines besiegten Deutschlands in eine zu schaffende regionale Allianz.[17]

12 Vgl. Pascal Deloge, Les plans militaires de l'après-guerre, in: *Jours de Londres*, Brüssel, 2000, S. 333–335; mit nahezu identischem Inhalt in englischer Sprache: Ders., Belgian military plans for the post-war period, in: Martin Conway und José Gotovitch (Hg.), *Europe in Exile. European Exile Communities in Britain 1940–45*, New York/Oxford, 2001, S. 112–113.

13 Vgl. Paul-Henri Spaak, *Memoiren eines Europäers*, Hamburg, 1969; Fernand Vanlangenhove, *La sécurité de la Belgique. Contribution à l'histoire de la période 1940–1950*, Brüssel, 1971.

14 Vgl. Deloge, Les plans militaires, S. 326.

15 Vgl. Vanlangenhove, *Sécurité*, S. 30.

16 FPHS, 61/1239, *Note sur les rapports entre la Belgique et l'Angleterre et sur les desiderata actuels du gouvernement belge de Londres*, S. 9–12, zitiert nach Dumoulin, *Spaak*, S. 270. Vgl. auch: Thierry Grosbois, *Pierlot 1930–1950*, Brüssel, 2007, S. 208.

17 Vgl. Louis de Brouckère, Quelques problèmes de l'Occident, in: *France*, 14.5.1942, zitiert nach José Gotovitch, Perspectives européennes dans la Résistance et à Londres durant la guerre, in: Dumoulin (Hg.), *La Belgique et la construction européenne*, S. 50.

Einer der großen Vordenker in diesen Fragen war der ehemalige Premierminister und Wirtschaftswissenschaftler Paul van Zeeland, der Spaak 1949 als Außenminister beerben sollte.[18] Van Zeeland präsidierte die *Commission pour l'étude des problèmes d'après-guerre*[19], welche die belgische Regierung zur Vorbereitung der Nachkriegszeit initiiert hatte. Wie Spaak war van Zeeland ein glühender Verfechter der Unabhängigkeitspolitik gewesen; wie dieser erkannte er, dass auf deren Trümmern nunmehr eine ganz neue Politik entworfen werden musste, die man als Interdependenzpolitik gekennzeichnet hat.[20]

Einer der ersten Schritte auf diesem Gebiet war die belgische Unterstützung der Erklärung der Vereinten Nationen zum 1. Januar 1942. Dadurch verpflichtete sich das Land, alle Ressourcen zu mobilisieren, um letztlich die Achsenmächte besiegen zu können, und zur Zusammenarbeit mit den anderen Unterzeichnerstaaten. Außerdem verbot die Erklärung die separate Aushandlung von Waffenstillstand und Friedensverträgen. Belgien trat somit auch der Atlantik-Charta bei, in der Roosevelt und Churchill im August 1941 die politischen Prinzipien einer Nachkriegsordnung formuliert hatten. In einem Rundschreiben an die diplomatischen Vertretungen Belgiens, in dem er sie über die Erklärung der Vereinten Nationen unterrichtete, hatte Spaak Ende Januar 1942 auch noch einmal die Hauptaufgabe der belgischen Politik angesprochen, die Befreiung des Landes, der alle anderen Betrachtungen unterzuordnen seien.[21]

Bereits ein Jahr früher hatte die Regierung jedoch angedeutet, dass es bei der Teilnahme an der Befreiung des Landes nicht bleiben werde. Sie erwog ebenfalls ein belgisches militärisches Mitwirken an der zu erfolgenden Besetzung Deutschlands an der Seite der Alliierten, um Briten und Amerikanern nicht den Eindruck zu lassen, der Krieg sei für Belgien mit der Befreiung des Landes zu Ende.[22] In den folgenden Kapiteln wird von den konkreten Schritten, dieses Unterfangen zu realisieren, die Rede

18 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 279.

19 Vgl. Diane de Bellefroid, The Commission pour l'Etude des Problèmes d'Après-Guerre (CEPAG) 1941–1944, in: Conway und Gotovitch, *Europe in Exile*, S. 121–133; Brigitte Henau, Shaping a new Belgium: the CEPAG 1941–1944, in: M.L. Smith und P.M.R. Stirk (Hg.), *Making the new Europe. European unity and the Second World War*, London/New York, 1990, S. 112–132.

20 Die Nominierung des zwar parteilosen, aber der Katholischen Partei nahe stehenden van Zeeland war gleichzeitig ein Schachzug, um diesen nicht in die Regierung aufnehmen zu müssen. Zur Biographie van Zeelands, siehe Dumoulin und Dujardin, *van Zeeland*, hier besonders S. 121–127. Pointierter Überblick zur (europa-)politischen Prägung Spaaks und van Zeelands durch den Zweiten Weltkrieg bei Michel Dumoulin, Paul-Henri Spaak et Paul van Zeeland, in: Paul-F. Smets (Hg.), *Les Pères de l'Europe. 50 ans après*, Brüssel, 2001, S. 166–169. Zur Haltung des damaligen Premiersministers Pierlot, vgl. Grosbois, *Pierlot*, S. 221–223.

21 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 253.

22 Vgl. Deloge, Les plans militaires, S. 324.

sein. Hier soll uns die Frage beschäftigen, welchen Platz Deutschland – seine Niederlage selbstverständlich immer vorausgesetzt – in einer Nachkriegsordnung einnehmen sollte. In einem Memorandum vom 5. Januar 1941 propagierte die Regierung eine eher moderate Haltung: finanzielle Reparationsforderungen sollten ebenso unterbleiben wie Annexionen gegen den Wunsch der betroffenen Bevölkerung, dafür könne es aber Hilfeleistungen für das deutsche Volk geben.[23] In dieser Note tritt der Tenor der zukünftigen Auffassungen Spaaks und seiner Umgebung in der deutschen Frage zutage: Determination in der Frage der Verhinderung eines erneuten Aufflammens des deutschen Militarismus, generell jedoch eine gemäßigte Haltung, im Bewusstsein der Bedeutung Deutschlands für die belgische Wirtschaft. In einer Konferenz im Belgischen Institut in London erklärte Spaak am 9. April 1942 unter dem Titel »Der Friede, den ich mir wünsche«: »Man muss das Gegenteil von dem tun, was in Versailles gemacht worden ist. Man muss unbarmherzig in den militärischen und politischen Klauseln des Vertrags sein, dafür aber vernünftig und sogar generös in den wirtschaftlichen Klauseln.«[24] In einem Brief an den britischen Außenminister Eden aus dem Sommer 1943 sticht ein Satz hervor: »Möge die Niederlage Deutschlands nicht die Niederlage eines ganzen Kontinents sein.«[25]

Ähnliche Gedanken wurden auch im besetzten Belgien geäußert. In der Untergrundzeitschrift *La Voix des Belges* findet sich ein flammendes »pro-europäisches« Plädoyer des *Mouvement National Belge*, einer Gruppierung der *Résistance*, deren Zusammenhalt vor allem durch den Anti-Kommunismus geprägt war. Mit großer Emphase und einem Inhalt, der den Europa-Diskurs der Nachkriegszeit antizipierte, hieß es dort: »Dieser Krieg muss der letzte der europäischen Kriege sein. Deutschland und seine Verbündeten werden besiegt, wir müssen jedoch, schon jetzt, unseren Sieg kontrollieren, genug Vernunft besitzen, um unsere Gefühle zu beherrschen, genug Intelligenz zeigen, um dem besiegten deutschen Volk zu sagen: lasst uns jetzt Europa machen. Wir Belgier sind seit dem Mittelalter Europäer gewesen. Das ist unser europäischer Geist, verkörpert durch Rubens …«[26] Die Suche nach weiteren Zeugnissen mit ähn-

23 Ebenda

24 *Pensée* …, Bd. 1, S. 25. Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen bei der Beurteilung der deutsch-belgischen Beziehungen wird deutlich bei Kurgan-Van Hentenryck, La Belgique et le relèvement économique, S. 343–344; vgl. auch Hein Hoebink, Katalysatoren auf europäischem Feld. Zur Rolle der Benelux-Staaten auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz 1948, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, nº5/6, 1994/95, S. 75–78.

25 FPHS, 61/1228, Spaak an Eden, 20.7.1943, zitiert nach Dumoulin, *Spaak*, S. 276.

26 *La Voix des Belges*, nº1, 10.8.1941, zitiert nach Gotovitch, Perspectives européennes, S. 42. Zum Widerstand, vgl. auch die synthetisierenden Bemerkungen bei Etienne Verhoeyen, *La Belgique occupée. De l'an 40 à la libération*, Brüssel, 1994, S. 333–348.

lichem Inhalt würde sich allerdings schwierig gestalten. Im Allgemeinen lehnten die verschiedenen Widerstandsgruppen jedwelcher Tendenz ein Engagement Belgiens für einen regionalen Zusammenschluss sowie eine zukünftige Integration Deutschlands in ein solches Bündnis ab. Während sich Ersteres vor allem durch einen in Kriegszeiten im Widerstand weit verbreiteten und intensiven Patriotismus erklären lässt, traten bei Letzterem alle Ressentiments gegen den Besatzer und Kriegsgegner hervor. Der Begriff »Europa« korrelierte hier mit dem *Ordre Nouveau*, gehörte mithin zum Vokabular aus dem Spracharsenal der Besatzer. Der Diskurs der Konservativen wurde in den ersten Jahren der Besatzung vor allem von einem Gefühl dominiert: »Von jetzt an entsteht eine innere Armee des Hasses!« Nach Kriegsende sollte niemals mehr ein Deutscher seinen Fuß auf belgischen Boden setzen dürfen.[27] In sozialistischen Kreisen herrschte die Meinung, Deutschland müsse endgültig unschädlich gemacht werden.[28]

In London wiederum war der belgische Botschafter bei der Regierung Seiner Majestät, Baron Emile Cartier de la Marchienne, zwar ein eifriger Befürworter einer Allianz der kleinen Staaten, gehörte jedoch in der Frage der Behandlung eines besiegten Deutschlands zweifellos zu den Hardlinern der belgischen Exilgemeinschaft. Seine Schreiben an Spaak lassen jedenfalls eine Affinität zu den Ideen Lord Vansittarts erkennen. Vor allem aber trieb ihn die Sorge, die großen Alliierten könnten sich zu großzügig gegenüber den Deutschen verhalten.[29] Im Juni 1942 wetterte er gegen »linksextreme« Gruppen in Großbritannien, die »trotz 1919« dem Irrglauben verfallen seien, ein sozialistisches und republikanisches Deutschland könne ein gutes Deutschland sein. Nach dem Putschversuch vom 20. Juli 1944 befürchtete Cartier, die Sieger würden sich einer auf diesem Weg zur Macht gelangten deutschen Regierung gegenüber zu wohlwollend verhalten. Die Härte in der Behandlung der Deutschen sei ein wesentliches Element bei der Verhinderung eines erneuten Aufflebens des Militarismus.[30] Letzterer beschäftigte die belgischen Diplomaten während des gesamten Krieges. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass die belgischen Politiker und Diplomaten vor allem in der Zeit vor 1944 nur sehr spärliche Informationen über die Ansichten Großbritanniens und der USA zu diesem Thema besaßen. Dies erschwerte die Erarbeitung einer belgischen Position ungemein, ja machte sie beinahe unmöglich. So verlegte man sich darauf, die Gründe für die deutschen Aggressionen zu analysieren und allgemeine Aussagen dar-

27 Gotovitch, Perspectives européennes, S. 40–41. Das Zitat stammt aus: *La Libre Belgique resuscitée en 1940*, n°40, Oktober 1942.

28 *Le Peuple*, 4.9.1944, zitiert nach Gotovitch, Perspectives européennes, S. 46.

29 Deloge, Plans militaires, S. 324. Zu Vansittart s. Jörg Später, *Die Anklage einer Nation. Lord Vansittart, der Vansittartismus und die deutsche Frage*, Göttingen, 2003.

30 Deloge, Plans militaires, S. 324.

über zu treffen, wie eine Wiederholung der Ereignisse von 1914 und 1940 zu verhindern sei. Diese Vorgehensweise zeigte sich hauptsächlich in den verschiedenen Noten Fernand Vanlangenhoves. Im Juni 1941 entwickelte der Diplomat und Spaak-Vertraute zwei Thesen zur Bekämpfung deutscher Hegemonialbestrebungen auf dem europäischen Kontinent. Entweder werde der Militarismus zerstört oder eine der pazifistischen Mächte müsse immer überlegen sein, um jede gewaltsame Veränderung der Weltordnung zurückdrängen zu können. Zwar stellte der Diplomat für den Fall der Niederlage Deutschlands eine Schwächung des Militarismus in Aussicht, dessen »jüngster Ausdruck das national-sozialistische Regime« sei, doch könne man nicht auf dessen dauerhafte Zerstörung zählen. Dies sei die Lehre von 1918.[31]

Im Kern ging es also um die eine Frage: Wie ließe sich nach dem Kriegsende der europäische Kontinent dauerhaft befrieden? Zur Erhellung der Konzepte Spaaks und seiner Umgebung sowie der von der *Résistance* zu diesen Fragen entwickelten Thesen soll im Folgenden ein Vorfall näher betrachtet werden, der die belgische Exilgemeinschaft im Frühjahr zeitweise in helle Aufregung versetzte, der sich aber letztlich als ein »Sturm im Wasserglas« (José Gotovitch) entpuppen sollte. Er berührte jedoch Fragen nach der Zukunft Europas im Allgemeinen und der Deutschlands im Besonderen und verdient deshalb das Interesse eines jeden Historikers, der sich mit dem belgischen Blick auf Deutschland beschäftigt. Am Anfang stand ein mit »Ajax« unterzeichneter Aufsatz vom 2. März 1942 in der von der belgischen Regierung herausgegebenen Zeitschrift *Belgium*.[32] Hinter dem Pseudonym verbarg sich niemand anders als Baron Hervé de Gruben, Botschaftsrat in Washington und enger Vertrauter van Zeelands, der nach dem Krieg als Direktor der Politischen Abteilung und Generalsekretär des Außenministeriums sowie als Botschafter in Bonn maßgeblich an der belgischen Politik gegenüber Deutschland beteiligt sein sollte.[33] De Gruben präsentierte unter dem Titel »Schema einer internationalen Organisation Europas« sein Projekt eines europäischen Bundesstaats, das enge Verbindungen zu den Ideen seines Freundes Richard Coudenhove-Calergi aufwies. Am 2. April 1942 erschien, wiederum in den Spalten von *Belgium*, eine

31 Vanlangenhove, *Sécurité*, S. 36–37.

32 Das nicht ganz vollständige Dokument bei: José Gotovitch, Views of Belgian Exiles on the Postwar Order in Europe, in: Walter Lipgens (Hg.), *Documents on the History of European Integration*, Bd. 2, Berlin/New York, 1986, S. 424–427. Die von mir benutzte französische Neuübersetzung bei Thierry Grosbois (Hg.), *L'idée européenne en temps de guerre 1940–1944*, Louvain-la-Neuve, 1994, Dok. n°5, S. 93–100.

33 Der Hergang der Auseinandersetzungen bei: Thierry Grosbois, Les projets des petites nations de Benelux pour l'après-guerre 1941–1945, in: Dumoulin, *Plans des temps de guerre*, S. 107–112; Gotovitch, Perspectives européennes, S. 48–49.

vernichtende Replik aus der Feder von Staatsminister Frans Van Cauwelaert, einem der führenden katholischen Politiker Flanderns.[34] Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach der Daseinsberechtigung der kleineren Staaten, die der ehemalige Präsident des Abgeordnetenhauses im Hinblick auf deren kulturelle Leistungen bejahte. Zwei weitere Überlegungen führten zur rigorosen Ablehnung der Pläne de Grubens. Van Cauwelaert, der seit den 1920er Jahren im Briefwechsel mit Konrad Adenauer stand, postulierte in seinem Aufsatz, eine europäische Föderation, die sich auf den Kontinent beschränke, werde immer eine dominierende Macht hervorbringen. Und diese Macht könne nur Deutschland sein, dem der Verfasser keine Chance einräumte, eine friedliebende Nation zu werden. Des Weiteren könne die Sicherheit des europäischen Kontinents nur durch eine von den USA und Großbritannien dominierte Staatenliga garantiert werden. Die europäische Idee war für Van Cauwelaert eine Illusion, die nur zur Unterwerfung der Kleineren führen werde. Die Prinzipien, die eine neue Ordnung schaffen würden, könnten nur die der Atlantischen Charta sein.

Die Auseinandersetzung zwischen dem Diplomaten und dem Politiker hatten vor allem eine Konsequenz: Sie führten der Regierung vor Augen, dass sie selbst noch überhaupt kein konkretes Projekt für die Zukunft Europas besaß. Zwar waren etliche Prinzipien für eine Nachkriegsordnung entwickelt worden, aber eine Gesamtvision existierte nicht. Der beste Beleg hierfür waren die Versuche Spaaks, die Antwort de Grubens auf die Replik Van Cauwelaerts nicht veröffentlicht zu sehen. Sowohl Fernand Vanlangenhove als auch Spaak selber standen zu diesem Zeitpunkt einer europäischen Föderation äußerst skeptisch gegenüber. In einer Rede vom 11. Januar 1943, die allen diplomatischen Vertretungen als ministerielles Rundschreiben zuging, bemerkte er: »Diejenigen, die an den Wiederaufbau Europas denken, dürfen nicht vergessen, dass Deutschland durch seine Besatzung, durch die Qualen, die es den provisorisch eroberten Völkern zugefügt hat, ein Potenzial von Hass hervorgerufen hat, ein Rachegefühl, das in gewissem Maße ein Gerechtigkeitsgefühl ist, und das es in jedem Fall unmöglich macht, dass der föderale Geist sich auf Deutschland erstreckt. Eine Föderation ohne Deutschland würde Europa jedoch weder Sicherheit noch Wohlstand garantieren.«[35] Nur zwei Dinge erschienen dem belgischen Außenminister sicher: die schon früh beschlossene Anlehnung Belgiens an Großbritannien und die Daseinsberechtigung der kleineren Staaten. Er bezweifelte den Realitätssinn der Zukunftsentwürfe, von denen seiner Ansicht nach wohl jeder – ob Professor oder Politiker – mehrere in der Schublade habe. Andererseits konnte sich

34 Text bei Gotovitch, Views, S. 427–431.

35 Grosbois (Hg.), *L'idée européenne*, Dok. n°10, S. 131–138. Grosbois merkt zu Recht die pikante Tatsache an, dass weder Spaak in seinen Memoiren noch Paul-F. Smets in seiner Sammlung der Reden Spaaks ein Wort über diese Rede verlieren.

Spaak auch nicht für eine – vom holländischen Außenminister van Kleffens im Mai 1942 ins Spiel gebrachte – Atlantische Allianz erwärmen, da er eine feindliche Reaktion der Sowjetunion erwartete.[36]

Im Juni 1943 beendete de Gruben seine Replik auf Van Cauwelaerts Anmerkungen, die jedoch nie veröffentlicht werden sollte. Spaak und Vanlangenhove, die den Text selbstverständlich kannten, wollten unter keinen Umständen die Verhandlungen zur Benelux-Union belasten. Von Belang sind hier die Reaktionen de Grubens auf die Befürchtungen, dass eine europäische Föderation notwendigerweise einer deutschen Hegemonie unterliegen werde.[37] »Eine Europäische Föderation […] wäre keine Verteidigungslinie gegen ein aus der Staatengemeinschaft verbanntes Deutschland.« Für de Gruben gab es zwei Möglichkeiten: entweder Deutschland werde aus der internationalen Gemeinschaft ausgestoßen oder auf der Basis nicht näher definierter Vorkehrungen reintegriert. Für de Gruben war nur die zweite Alternative zukunftsträchtig. Eine strikte Besatzung sei aber notwendig, um ein geordnetes System der Beziehungen zu Deutschland und den Deutschen zu schaffen. An dieser Stelle trafen sich dann wieder die Analysen de Grubens mit denen von Vanlangenhove. Vor dem Hintergrund der steigenden Wahrscheinlichkeit eines Sieges der Alliierten beschäftigte sich dieser mit der Besatzung Deutschlands, an der auch Belgien seinen Anteil zu haben wünschte. Die Bemühungen der kleineren Länder wie Belgien, Luxemburg, Niederlande und Norwegen im Frühjahr 1944 können so eingeordnet werden, da sie forderten, bei den Beratungen der großen Alliierten in Sachen Waffenstillstand zumindest konsultiert zu werden.[38] Im Hinblick auf eine Besatzung äußerte Vanlangenhove im Juli 1944 die Meinung, ein Zwangsregime für Deutschland sei unabdingbar, um die notwendigen Maßnahmen wie Bestrafung der Kriegsverbrecher oder auch territoriale Fragen zu klären. Er wünsche zudem eine kurze Besatzung.[39]

Die Gelegenheit, ihren Forderungen in Bezug auf den Waffenstillstand Gehör zu verleihen, erhielten die zukünftigen Benelux-Staaten am 26. August 1944, als sie der *European Advisory Commission* eine 42-seitige Broschüre mit ihren diesbezüglichen Vorstellungen zukommen ließen. Während das Hauptaugenmerk auf der Zerstörung des deutschen Aggressionspotentials lag, befasste sich ein großer Teil auch mit der Frage der Repatriierung der Kriegsgefangenen und der Bergung wirtschaftlicher Ressourcen, welche die Deutschen während der Besatzungszeit nach Deutschland überführt hatten. Die belgischen Sonderbemerkungen umfassten nur eine Seite. Die Regierung forderte

36 Vgl. Grosbois, Les projets des petites nations, S. 113.
37 Text bei Grosbois (Hg.), *L'idée européenne*, Dok. nº 18, S. 207–218.
38 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 284.
39 Vgl. Vanlangenhove, *Sécurité*, S. 70.

dort die Wiederherstellung der Landesgrenzen in ihrem Verlauf vor dem Beginn der deutschen Invasion und die sofortige Rückkehr König Leopolds III., den die Deutschen im Juni 1944 gezwungen hatten, Belgien zu verlassen.[40] Zwei Wochen nach der Übergabe des Memorandums war Belgien befreit.

Deutschland blieb zwar der Feind, dem großes Misstrauen entgegenschlug. Aber niemand schien sich vorstellen zu können, dass es in näherer Zukunft noch einmal eine wirkliche Gefahr darstellen könnte. Immer größeres Misstrauen gegenüber der Sowjetunion schlich sich ein.[41] Offiziell unternahm die belgische Politik zwar nichts, was den großen Alliierten aus dem Osten hätte verstimmen können, doch die Gefahr der Bildung zweier Blöcke in der Nachkriegszeit wurde auch von belgischen Regierungskreisen erkannt. Im Ministerrat vom 4. Mai 1944 hatte Spaak in einer außenpolitischen tour d'horizon vor der Blockbildung gewarnt, die »nur das Spiel Deutschlands begünstigen würde, das die Blöcke gegeneinander ausspielen würde«.[42]

Die Wochen nach der Befreiung waren kaum geeignet, Grundsatzüberlegungen zum Umgang mit Deutschland voranzutreiben. Erst mit der eingangs erwähnten Rede vom 6. Dezember 1944 kam die Gelegenheit, die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Regierung vorzustellen. In den diesbezüglichen Passagen ging Spaak zum ersten Mal etwas ausführlicher auf die Problematik ein. »Belgien verlangt gegenüber Deutschland einen harten Frieden, es hat dazu jedes Recht – hart in politischen Belangen, hart in wirtschaftlicher Hinsicht. Das zu erreichende Ziel ist eindeutig: Wir müssen diesmal um jeden Preis die Wiederkehr der doppelten Tragödie, die wir 1914 und 1940 erlebt haben, verhindern. Dies ist für uns im wahrsten Sinne des Wortes eine Frage von Leben oder Tod.« Hier zeigt sich der unbedingte Wille, eine Wiederholung der Ereignisse von 1914 und 1940 zu verhindern. »Ich kann heute noch nicht präzise und detailliert erläutern, was ich unter einem harten Frieden verstehe. Die Ereignisse sind im Moment beschleunigt und die Vorsicht will es, dass Belgien derzeit noch nicht die Grenze seiner Forderungen festlegt. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass die hoffnungslose Art, in der Hitler-Deutschland derzeit den Kampf fortführt, und die Mentalität der Bandenchefs, die heute bei den Führern des Dritten Reichs vorherrscht, eine Konsequenz haben werden: Deutschland wird aus diesem Krieg unendlich geschwächter hervorgehen als aus dem letzten. Die deutsche Niederlage wird diesmal vollständig sein, so vollständig, dass sich daraus immense Folgen ergeben können. […] Wenn Westdeutschland eines Tages vom Reich abgetrennt wird oder sich von ihm abtrennt, wären die gewöhnlichen

40 Vgl. Ebenda, S. 150–151.

41 Zur Frage des Umgangs mit der Sowjetunion: Vgl. Deloge, Belgique et Grande-Bretagne, S. 294 ff.

42 *Ministerratsprotokolle*, 4.5.1944, S. 6.

Gegebenheiten unserer Politik verwandelt und wir müssten bereit sein, unsere Rechte geltend zu machen. Ich würde mich nicht gerne an einer Politik der künstlichen Zerstückelung Deutschlands beteiligen, wenn jedoch die Folgen des Krieges – und dies ist möglich – so sein sollten, dass Deutschland zerstückelt aus ihm hervorgeht, dann dürfen wir diese Gelegenheit, unsere Sicherheit für lange Zeit zu garantieren, nicht verstreichen lassen.«[43] Diese Rede war in vielerlei Hinsicht ein »typischer Spaak«, dessen rhetorische Fähigkeiten selbst vom politischen Gegner immer wieder gerühmt wurden. Aber auch inhaltlich war so mancher Kunstgriff feststellbar. Spaak hielt eine Rede, in der eindeutig das Bestreben erkennbar war, das gesamte Plenum für seine Position zu gewinnen. Er machte klar, dass es sich zu diesem Zeitpunkt, als der Krieg noch nicht zu Ende war, schwierig gestaltet hätte, konkreter zu werden. Andererseits ließ die Wortwahl auch den Hardlinern, die sich, wie noch zu zeigen sein wird, insbesondere in den Reihen der frankophonen Christdemokraten befanden, die Gelegenheit, sich in dem Gesagten wiederzuerkennen. Der Text war jedoch auch nachhaltig von den damaligen Entwicklungen beeinflusst. Gerade in der Frage der Zerstückelung Deutschlands schlugen auf diplomatischer Ebene die Wogen zum Zeitpunkt der Rede sehr hoch, doch darauf wird noch an anderer Stelle einzugehen sein. Die persönliche Auffassung Spaaks in dieser Problematik erschließt sich wohl am deutlichsten aus dem schon zitierten Londoner Vortrag des Jahres 1942. »Unser Ideal muss ein Deutschland sein, das am wirtschaftlichen Wohlstand der neuen Welt teilhat, bei dem aber Schnabel, Krallen und Zähne endgültig unschädlich gemacht worden sind.«[44] Doch Spaak hat sich auch als ein pragmatischer Politiker erwiesen, der es liebte, mehrere Optionen in der Hinterhand zu haben. Dies sollte sich gerade auch in der deutschen Frage immer wieder zeigen.

So blieb zu diesem Zeitpunkt die Formulierung konkreter belgischer Forderungen recht vage. Die Regierung machte jedoch in der Person ihres Außenministers klar, dass sie in der Beteiligung an den Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands eine ihrer vordringlichsten Aufgaben sah. Die Mitwirkung an der Besatzung Deutschlands durch die Alliierten, eine der frühesten Entscheidungen der Exilregierung, wurde trotz aller Unwägbarkeiten als eine Garantie für die Berücksichtigung der von Belgien am Kriegsende zu erhebenden Forderungen gegenüber Deutschland betrachtet. Deshalb verdient der Aufbau der belgischen Truppen in Großbritannien eine gesonderte Betrachtung.

43 *APC*, 1944–1945, 6.12.1944, S. 91.
44 *Pensée*, Bd. 2, S. 25.

1.2 Schritte zur Konkretisierung: Auf dem Weg zum Eden-Spaak-Abkommen vom November 1944

Der von der belgischen Exilregierung bekundete Wille, den Krieg nach der Befreiung des Landes fortsetzen und an der Besetzung Deutschlands teilnehmen zu wollen, stieß von Beginn an auf ein großes Hindernis. Eine Armee, die diesen Namen verdient hätte, besaß Belgien zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Die Regierung war sich allerdings bewusst, dass ihr neuer außenpolitischer Kurs ohne eine einsatzfähige Truppe nicht glaubwürdig sein konnte, geschweige denn eine Realisierung erfahren würde.[45] Oberst BEM Raoul Defraiteur, zu diesem Zeitpunkt Offizier bei den belgischen Streitkräften in Großbritannien und nach dem Krieg Verteidigungsminister, konstatierte rückschauend dazu in einem Memorandum aus dem Jahre 1946: »Im Krieg sind es jedoch im Allgemeinen die militärischen Anstrengungen, mit denen man die Rechte eines Landes auf die Vorteile, die der Sieg verschafft, misst.«[46] Diese Auffassung kann auch zweifellos als Leitfaden für das Denken der Mitglieder der Londoner Exilregierung betrachtet werden.

Vereinzelte Offiziere und Soldaten hatten vor, während und nach der Kapitulation der Streitkräfte vom 28. Mai 1940 Großbritannien erreicht. Ein weitaus größerer Teil befand sich zum Zeitpunkt der Kapitulation und in den Wochen danach auf französischem Boden.[47] Das Schicksal dieser Truppen war aufs Engste mit dem Durchhaltevermögen der französischen Armee gegenüber der Wehrmacht verknüpft. Die belgischen Soldaten in Großbritannien, die unter der Führung von Generalleutnant Victor van Strydonck de Burkel standen, wurden am 24. Mai 1940 an die walisische Südküste verlegt.[48] Der Ort Tenby wurde dann auch zum Geburtsort der belgischen Streitkräfte in Großbritannien.[49] Ein Embryo, das schon kurze Zeit nach seinem Auftauchen durch die Ereignisse auf der anderen Seite des Ärmelkanals bedroht wurde. Nach der französischen Niederlage vom 22. Juni ordnete die belgische Regierung nämlich eine Demobilisierung der

45 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 259 ff.

46 Raoul Defraiteur, *Les accords militaires conclus avec les Alliés depuis 1943*, handschriftliche Note, März 1946, S. 2, zitiert nach Deloge, *Coopération*, S. 49–50.

47 Vgl. Francis Balace, Une armée oubliée: les troupes belges en France, in: *Jours de défaite II*, (Jours de Guerre, Bd. 4), Brüssel, 1991, S. 114–129.

48 Vgl. Luc de Vos, The reconstruction of Belgian military forces in Britain, 1940–1945, in: Gotovitch und Conway (Hg.), *Europe in Exile*, S. 91.

49 Vgl. Luis Angel Bernardo y Garcia, Tenby ou la genèse des forces de terre belges en Grande-Bretagne, in: *Jours de Londres*, (Jours de Guerre, Bd. 16–18), Brüssel, 2000, S. 79–108, hier 81–89. Vgl. W. Allen, *Churchill's Guests. Britain and the Belgian Exiles during World War II*, (Contributions to the Study of World History, 104), Westport/London, 2003.

Streitkräfte an, die in einem späteren Stadium eigentlich auch die Truppen in Großbritannien betreffen sollte.[50] Wie ernst es der Regierung mit dieser Maßnahme war, zeigte die Tatsache, dass belgischen Piloten, die nach England gelangt waren und für die *RAF* flogen, in Abwesenheit der Prozess wegen Desertion gemacht wurde.[51] Es war dies die Zeit tiefer Resignation, in der die Regierung den Kampf eigentlich schon aufgegeben hatte. Die Belgier auf der Insel, deren Anzahl in den Sommermonaten noch anstieg, sahen dies naturgemäß anders. Sie hielten am 21. Juli, dem belgischen Nationalfeiertag, eine Parade ab und erhielten kurze Zeit später sogar neue Uniformen. Am 10. August wurde die *Unité Combattante Belge* aus der Taufe gehoben, die aus ungefähr hundert Soldaten bestand. Am 12. August eröffnete der Militärattaché der Londoner Botschaft ein Rekrutierungsbüro.[52] So konnten im September 1940 – inzwischen hatte auch die Regierung den Willen wiedergefunden, den Kampf fortzusetzen – zwei Kompanien in Wales stationiert werden. Zu mehr reichte es noch nicht.

Problematisch wurde die Situation durch die Ankunft einer ganzen Reihe von Männern, die aus dem besetzten Belgien nach London gelangten und die das Verhalten Leopolds III. in einem Manifest vom 10. November vehement verteidigten.[53] Die Attacken gegen die Regierung konnten nur durch die Entscheidung des Finanzministers Gutt, der in der Exilregierung zunächst auch den Posten des Verteidigungsministers bekleidete, den Wortführer der Kritiker, Louis Legrand, zu seinem Kabinettschef zu machen, abgemildert werden. Dieser wurde zu einer treibenden Kraft in der Frage der Schaffung einer kleinen Armee.[54] Im Oktober 1940 konnte man das erste Bataillon der UCB gründen, das zum Jahresende 823 Soldaten umfasste. Am 31. Oktober erging ein Mobilisierungsaufruf der Regierung an alle wehrtauglichen Männer der Klassen 1935–1941, die in freien Ländern lebten, die diplomatische Beziehungen zu Belgien unterhielten. Im Dezember wurde die Mobilmachung auf die Klassen 1925 bis 1934 ausgeweitet. Auf diese Weise wuchsen die belgischen Streitkräfte um ungefähr 100 Mann pro Jahr. Am 23. Februar 1942 konnte ein zweites Bataillon geschaffen werden.[55] Die Stimmung innerhalb dieser Truppen wurde allerdings zusehends schlechter. Die Anhänger Leopolds III.

50 Vgl. Francis Balace, Les militaires belges en Grande-Bretagne, in: *Jours de Londres*, S. 109 ff. Dort auch das Folgende.

51 Vgl. de Vos, Reconstruction, S. 86.

52 Ebenda, S. 83–85.

53 Zum Einfluss der Auseinandersetzungen über das Verhalten des Königs auf die Soldaten in Großbritannien, vgl. Francis Balace, Psychologie de l'officier belge face à la défaite. Juin 1940 – Automne 1941, in: *Actes du Colloque d'Histoire Militaire Belge (1830–1980). Bruxelles, 26–28 mars 1980*, hg. Musée Royal de l'Armée et d'Histoire Militaire, Brüssel, 1981, S. 339–361.

54 Vgl. de Vos, Reconstruction, S. 85.

55 Vgl. Ebenda, S. 87.

gewannen in Militärkreisen immer mehr die Oberhand. Die Gründe lagen vor allem an einer eklatanten Führungsschwäche auf militärischem Gebiet, der die Regierung recht hilflos gegenüber stand. Dazu kam der immer noch unerfüllte Wunsch, endlich an der Seite der Alliierten ins Kriegsgeschehen eingreifen zu können. Ein Indiz für diese Beobachtungen liefert beispielweise der Zwischenruf eines jungen Offiziers anlässlich einer Rede Gutts im Februar 1942: »Im Namen Gottes: Jetzt gebt uns doch endlich ein Schlachtfeld!«[56]

Premierminister Pierlot hatte einen Plan aufgestellt, um dem Einsatz belgischer Truppen auf dem Schlachtfeld näher zu kommen. Ein erster Schritt bestand in einer Kontaktaufnahme zum *War Office* am 16. März 1942. London sollte Hilfestellung leisten, um belgischen Soldaten die Teilnahme an der Befreiung ihres Landes zu ermöglichen. Belgische Gegenleistungen auf militärischem Gebiet sollte es dafür nicht geben. Die Regierung hätte hier wohl auch kaum viel zu bieten gehabt. Gleichwohl ging das *War Office* auf die belgischen Wünsche ein. Eine belgische Einheit sollte von den Briten ausgebildet und ausgerüstet werden, die Kosten dafür trugen die Belgier selbst. Die Gründe für die britische Bereitschaft zur Zusammenarbeit sind vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen. Schon im Februar 1941 hatte die belgische Regierung einen Kredit von 300 Millionen Golddollar zugunsten Großbritanniens genehmigt, außerdem erhielt die Regierung Seiner Majestät Zugang zu den Rohstoffen in Belgisch-Kongo. Eine solche Klausel fand sich dann auch in dem von Spaak und Eden unterzeichneten Abkommen vom 4. Juni 1942, das die militärische Zusammenarbeit besiegelte.[57] Im Ministerrat sorgte man sich ständig um die zu geringe Zahl belgischer Soldaten, die eigentlich nur eine Zerstreuung auf britische Einheiten erlaubt hätte.[58] Langfristig sollten nach der Befreiung unter anderem 6 Infanteriebataillone rekrutiert werden, um an der Besetzung Deutschlands zu partizipieren. Sowohl *War Office* als auch *SHAEF* erteilten diesem Projekt im Laufe des Jahres 1944 ihre Zustimmung.

Im Sommer 1942 erschien die Konkretisierung jedoch noch in schier unerreichbarer Ferne. Symptome der Krise gab es, wie gezeigt, zuhauf. Eine Wende deutete sich erst mit dem Rücktritt von Verteidigungsunterstaatssekretär Henri Rolin an. Entscheidend war jedoch die im Dezember 1942 erfolgte Ernennung von Major Jean-Baptiste Piron zum Kommandeur der jetzt 2.300 Soldaten umfassenden belgischen Truppen. Piron war unbestreitbar ein militärischer Führer par excellence, der die Stimmung und Disziplin

56 Ebenda, S. 88.

57 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 50 und S. 67ff.; Ders., Economie et sécurité extérieure. L'implication britannique dans l'armée belge au lendemain de la Seconde Guerre mondiale, in: *CHTP/Beg*, 7 (2000), S. 249–250.

58 Vgl. *Ministerratsprotokolle*, 6.8.1942, S. 5.

der Truppe innerhalb kurzer Zeit nachhaltig verbesserte. Zudem stellte sich nach dem Winter 1942 immer mehr heraus, dass Belgien und mithin seine Regierung »die richtige Seite« – die der Alliierten – gewählt hatte. Somit erhielt die Regierungspolitik zunehmend deutlichen Rückenwind aus den Reihen der Armee. Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg der Beteiligung an Kampfhandlungen wurde im Januar 1943 mit der Schaffung der *First Belgian Independent Group* gemacht.[59] Überhaupt prägte der Wiederaufbau einer regulären Armee das Frühjahr 1943. Im Januar 1943 beauftragte Minister Gutt den Generalinspekteur der Streitkräfte, hierfür einen Zeitplan zu erstellen. Ein halbes Jahr später kontaktierte Pierlot den Chef der Britischen Verbindung zu den Alliierten, Generalleutnant Grassett, um ihn über das bisherige belgische Vorgehen zu informieren. Der technische Teil seiner Intervention basierte zu einem großen Teil auf einem Vermerk von General Delvoie, ein weiterer Teil beinhaltete die belgischen Gründe einer weiteren Beteiligung am Kampf gegen das Dritte Reich. Das Image Belgiens sei – so der Regierungschef – durch die Ereignisse von 1940 stark belastet, mithin würden die Alliierten wohl kaum Verständnis für belgische Tatenlosigkeit aufbringen. Die Teilnahme an Befreiung und Besetzung öffne erst die Tür zur Durchsetzung der legitimen Interessen des Landes. In den Augen der belgischen Regierung könne Großbritannien außerdem jeden zusätzlichen Mann gebrauchen. Ebenfalls werde eine Beteiligung belgischer Soldaten an der Befreiung des Landes das nationale Prestige vor allem auch im Inland stark verbessern.

Es gilt mit Deloge zu konstatieren, dass diese Truppen eigentlich nur existieren sollten, um Deutschland zu besetzen und die dortigen belgischen Interessen durchsetzen zu helfen. Auffallend ist, dass kein einziger Grund auf rein militärischer Notwendigkeit beruhte.[60] Dies bedeutete jedoch nicht, dass nicht auch die Armeeführung Überlegungen in der Frage der Besatzung Deutschlands anstellte. Schon im Juni 1942 war General Delvoie vom belgischen Vertreter im Interalliierten Waffenstillstandsausschuss, Kaeckenbeeck, damit beauftragt worden, die militärischen Aspekte des Umgangs mit einem besiegten Deutschland zu studieren.[61] So entstand ein weit ausgreifender Vermerk, der auf die Erfahrungen von 1919 rekurrierte und das Ziel formulierte, den Deutschen endgültig die Möglichkeit des Angriffskrieges zu nehmen. Anfangs wollte man gar die Waffen des Feindes beschlagnahmen und nicht zerstören, damit Belgien den Anteil erhalten könne, der proportional zu den deutschen Beschlagnahmen stehe. Diese Überlegung wurde jedoch schnell wieder fallen gelassen. General Delvoie entwickelte eben-

59 Vgl. de Vos, Reconstruction, S. 93–94.
60 Vgl. Deloge, Plans militaires, S. 319–320.
61 Ebenda, S. 324–325. Dort auch das Folgende.

falls konkrete Vorstellungen im Hinblick auf die belgische Beteiligung an der Besatzung Deutschlands. Das Gebiet zwischen belgischer Grenze, Rhein und Mosel bis zu einer Linie, die durch Neuss und Mönchengladbach führte, sollte von belgischen Truppen besetzt werden. Damit Deutschland schwach und Belgiens Grenze stärker werde, müsse Belgien vom Rhein geschützt werden. Da der Fluss jedoch selbst verteidigt werden müsse, schlug der Offizier die Besatzung der rechten Rheinseite vor. Diese Vorstellungen sollten bis zu den Verhandlungen mit den Briten über den belgischen Beitrag an der Besatzung Deutschlands im November 1945 die Richtschnur für die Planungen in Verteidigungsministerium und Generalstab bleiben.

Je näher der Sieg der Alliierten rückte, desto stärker wurde der Wille der belgischen Soldaten, endlich in das Geschehen eingreifen zu können. Viele von ihnen erlebten jedoch im Sommer 1944 eine herbe Enttäuschung, als sie feststellen mussten, dass der entscheidende Vorstoß auf die Küsten der Normandie, die alliierte Landung vom 6. Juni, ohne ihre Beteiligung stattgefunden hatte. Sollte ihre Rolle vielleicht nur die einer »Prätorianergarde sein, welche der Regierung bei ihrer Rückkehr Deckung geben sollte«?[62] In Wirklichkeit handelte es sich um eine sowohl von britischer als auch von belgischer Seite wohl abgewogene Entscheidung, die belgischen Truppen nicht zu früh in Kämpfe zu verwickeln. Man male sich nur die verheerenden Folgen aus, wenn die ohnehin eher symbolische Präsenz belgischer Soldaten in den Reihen der Alliierten bei den riskanten Operationen in Frankreich zerstört worden wäre. Erst zu Beginn des Monats August war es dann soweit. Unter der Führung Pirons gehörte die belgische Brigade zu den alliierten Verbänden, die in Richtung Belgien vorstoßen sollten. Einen Monat später kam der Moment der Befreiung, auf den Regierung und Militärführung während der Londoner Jahre hingearbeitet hatte. Der Einzug der Briten wurde bejubelt, die belgische Brigade, auch »Brigade Piron« genannt, in den Straßen Brüssels frenetisch gefeiert.[63]

Die Regierung, die am 8. September 1944 zurückkehrte, hatte in den Monaten zuvor durch verschiedene Absprachen mit den Briten versucht, die für die nach der Befreiung vorgesehene Fortsetzung des Kampfes notwendigen Schritte einzuleiten. Priorität genossen dabei die Verwaltung, die rechtliche Stellung der alliierten Truppen auf belgischem Boden und der Aufbau eines funktionierenden Rekrutierungswesens zur Aushebung neuer Truppen, die an der Besetzung Deutschlands teilnehmen sollten. Seit dem 1. September taten die in Großbritannien ausgebildeten Verbindungsoffiziere ihren Dienst in den verschiedenen alliierten Einheiten.[64]

62 de Vos, Reconstruction, S. 94.

63 Vgl. Ebenda, S. 94–95; Francis Balace, La nuit la plus courte … La libération de Bruxelles, in: *Jours libérés*, Brüssel, 2000, S. 54–79.

64 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 69–70.

Das langsamere Vorrücken der Alliierten im Herbst 1944 verschaffte den Belgiern etwas Zeit für weitere Planungen. Nachdem auch *SHAEF* eine Intensivierung der belgischen Bemühungen forderte, wurde Außenminister Spaak im Oktober 1944 in London vorstellig. Ziel war es, die Schaffung belgischer Kampfverbände voranzutreiben. Im *Foreign Office* zeigte man Bereitschaft, mit den Belgiern zu verhandeln. Schützenhilfe erhielten die Belgier auch vom *SHAEF*-Kommandeur der Abschnitte Belgien und Luxemburg, General Erskine, der den Plan, an der Besatzung Deutschlands zu partizipieren, verteidigte. Nach einigem Zögern beschleunigten sich die Dinge schließlich, zumal auch in Whitehall die Überzeugung von der Nützlichkeit einer belgischen Aktivität in Deutschland propagiert wurde. Skepsis herrschte dagegen im *War Office*, so dass Unterstaatssekretär Harrison am 28. Oktober 1944 im Namen Churchills nochmals insistieren musste: »Herr Churchill versteht, dass, vom Standpunkt der direkten Kriegsanstrengungen aus gesehen, wenig Vorteile in der Annahme der belgischen Bitten liegen würde. Wichtige politische Betrachtungen – sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht – müssen jedoch beachtet werden. Zuerst ist es zweifellos von Vorteil, wenn die belgische Regierung uns bei der Ausrüstung ihrer Truppen um Hilfe ersucht. Mit der Rückkehr der Regierung nach Brüssel und der Übernahme effektiver Kontrolle in Belgien ist die Frage der Ausrüstung der Truppen akut geworden und wenn wir ihren Forderungen nicht begegnen, könnte sie sich an anderen Orten umschauen. Zudem liegt es in unserem Interesse, wenn belgische Truppen sich an der Besatzung Deutschlands beteiligen. Wenn sie dies tun, sind die Grundausbildung und Ausrüstung einer eigenen belgischen Armee wichtig. Zuletzt gibt es eine dringende politische Betrachtung. Die Armeeführung wird wissen, dass die Situation in Belgien nach vier Jahren Besatzung ziemlich konfus ist.«[65] In diesem Text sind alle wesentlichen Elemente enthalten, die erklären, warum die britische Regierung sich der belgischen Bitte annahm und schließlich am 9. November 1944 in einem Memorandum konkretisierte. Inhaltlich handelte es sich um die britische Zusage, drei belgische Divisionen – beginnend mit sechs Brigaden – sowie eine kleine Luftwaffe innerhalb von zwei Jahren mit zusammenzustellen und auszurüsten.[66]

In Belgien ist dieses Memorandum bis zum heutigen Tag unter dem Namen »Eden-Spaak-Abkommen« bekannt. Faktum ist jedoch, dass es diesen Namen nicht wirklich verdient. Es trug nicht einmal die Unterschriften der beiden Außenminister. Es war in den Augen der Briten nichts anderes als eine Hilfszusage im Gewand eines Memorandums. Sichtet man jedoch die belgischen Akten, findet man regelmäßig die Bezeich-

65 CEGES, FO 371/38884A, Vermerk Harrison an War Office, 28.10.1944.

66 Zu den Verhandlungen s. Deloge, *Coopération*, S. 73–80.

nung »Eden-Spaak-Abkommen«. In den Augen Londons ordnete sich die belgische Armeepolitik den britischen Interessen unter; dies war der Grund, auf die belgischen Bitten einzugehen. Mit der belgischen Bezeichnung sollte diese Sichtweise wohl aus Prestigegründen verschleiert werden. Vanlangenhove sah auch später in seiner Analyse der damaligen Ereignisse keine Veranlassung, den realen Gehalt des Dokuments zu präzisieren.[67] Ebenso nie erwähnt wurde der eigentliche Initiator des Memorandums: Premierminister Pierlot, der seit 1942 auch als Verteidigungsminister amtierte.[68] Die Regierung ließ dabei auch die Öffentlichkeit und das Parlament im Unklaren über die Form des britischen Engagements.[69]

Dies führt uns zu einigen grundsätzlichen Überlegungen zur belgischen Militärpolitik der Kriegsjahre und somit auch zu Fragestellungen, die für den weiteren Verlauf der Ereignisse und ihrer Interpretation eine erhebliche Rolle spielen. Allgemein gesprochen kam den verschiedenen Entscheidungen technischer Natur, welche die belgische Exilregierung in London zu treffen hatte, eine große Bedeutung für die spätere Entwicklung während der Besatzung in Deutschland zu. Niemand in London konnte während der Kriegsjahre eine Vorstellung davon haben, wie die belgische Industrieinfrastruktur zum Zeitpunkt der Befreiung aussehen würde. Wissen konnte man jedoch, dass es Belgien traditionell an Material mangelte, um Panzer und Flugzeuge zu produzieren. Um an diese für eine moderne Armee unentbehrlichen Waffen und Geräte zu gelangen, war ausländische Hilfe notwendig. Von wem, wenn nicht von Großbritannien, hätte man diese Hilfe erhalten können?[70] Um ihre Ziele zu erreichen, entwickelte die Regierung eine Politik, die darauf bedacht war, einerseits das nationale Prestige wiederherzustellen, andererseits den Alliierten jede mögliche Garantie zu liefern. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Abkommen der Londoner Jahre zu betrachten, in deren Mittelpunkt immer wieder die Ressourcen der Kolonie standen. Es ist kein Zufall, dass eines der ersten Abkommen nach der Rückkehr in Belgien Lieferungen von Uran an die angelsächsischen Alliierten vorsah, ohne dass von diesen dafür eine konkrete Gegenleistung zu erbringen gewesen wäre.[71] Die belgischen Kriegsanstrengungen, die

67 Vgl. Vanlangenhove, *Sécurité*, S. 128–133.

68 Vgl. Grosbois, *Pierlot*, S. 301.

69 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 78–79.

70 Vgl. Deloge, Economie et sécurité, S. 249; Guy Vanthemsche, *La Belgique et le Congo*, (= Nouvelle Histoire de Belgique, 4), Brüssel, 2007, S. 125–142; Jonathan E. Helmreich, *Gathering Rare Ores. The Diplomacy of Uranium Acquisition, 1943–1954*, Princeton, 1986; Pierre Buch und Jacques Vanderlinden, *L'Uranium, la Belgique et les Puissances. Marché de dupes ou chef d'œuvre diplomatique?*, Brüssel, 1995.

71 Vgl. Deloge, Economie et sécurité, S. 250.

in den Augen ihrer Protagonisten vor allem durch die komplizierten Entstehungsbedingungen einen hohen Stellenwert hatten, waren rein numerisch gesehen nur symbolisch. Mit der Zeit musste sich erweisen, ob die Vorstellungen der politischen und militärischen Führung, nach denen es das militärische Engagement sei, das den Einfluss auf die Durchsetzung der belgischen Forderungen gegenüber Deutschland legitimieren würde, realistisch waren.[72] Im nächsten Kapitel wird davon zu reden sein, wie aus den 8.000 belgischen Soldaten in Großbritannien, die man vielleicht einmal in Bezug zu jenen 20.000 Belgiern setzen müsste, die in Reihen der Wehrmacht gekämpft haben[73], 75.000 Soldaten wurden, die sich zum Zeitpunkt der Kapitulation vom 8. Mai 1945 auf deutschem Boden befanden.

1.3 Die belgische Beteiligung an der Besatzung Deutschlands

»Wir wollten endlich mit den Deutschen abrechnen!«[74] Diese Worte des Lütticher René Vincent beschreiben wohl treffend die Gefühle vieler junger Männer, die nach der Befreiung des Landes als Freiwillige die belgische Uniform trugen. Während der Herbst- und Wintermonate 1944/45 meldeten sich Tausende von ihnen, um am bevorstehenden Einmarsch nach Deutschland teilzunehmen. Der belgischen Regierung gab diese Entwicklung Argumente in die Hand, bei den Briten auf den schnellen Wiederaufbau einer regulären Armee zu drängen. Auch würde eine Beteiligung bei der militärischen Niederwerfung des Dritten Reichs die Einflussmöglichkeiten Belgiens auf die politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen über die Zukunft eines besiegten Deutschlands verbessern. Die Briten sahen die Sache nüchterner: für sie war die hohe Zahl der belgischen Freiwilligen eine willkommene Ergänzung ihrer »manpower«. Im Erskine-Demets-Abkommen vom 1. Dezember 1944 schuf man dazu die *Liberated Manpower Units*. Die Aufgaben dieser Einheiten lagen vor allem im Bereich der Friedenssicherung hinter den Frontabschnitten.[75]

Im Folgenden soll in Kürze der Einmarsch der belgischen Truppen in Deutschland bis in den Sommer 1945 hinein beschrieben werden. Es geht an dieser Stelle nicht um eine detaillierte Beschreibung der Operationen[76], vielmehr soll der in den Berich-

72 In diesem Sinne auch Deloge, *Coopération*, S. 55 und Ders., Plans militaires, S. 305.
73 Vgl. de Vos, Reconstruction, S. 96.
74 Mündliche Auskunft von Herrn René Vincent.
75 Vgl. Deloge, *Une coopération difficile*, S. 80; Ders., Belgique et Grande-Bretagne, S. 304.
76 Im Stile veralteter »Schlachtengeschichte«, vgl. Lucien Champion, *La chronique des 53000*, Brüssel, 1973.

ten verschiedener Verbindungsoffiziere enthaltene »belgische Blick« auf die Ereignisse skizziert werden. In diesem Zusammenhang ist hier nach der geistigen Disposition der Soldaten zu fragen, zugespitzter formuliert nach ihrem Deutschlandbild. Wenn auch die Antworten auf diese Frage allgemein ausfallen – Untersuchungen über die soziologische Zusammensetzung der belgischen Truppen fehlen völlig –, enthalten sie doch ein Erklärungsmuster für mancherlei Zwischenfälle auf deutschem Boden, an denen belgische Soldaten in dieser Zeit beteiligt waren. Ebenso stellt sich die Frage nach ihren Aufgaben, die sehr schnell über das für die Alliierten primäre Ziel der Friedenserhaltung hinausgingen und stark von nationalen Interessen geprägt wurden. Hier werden dann Aspekte angerissen, welche die maßgeblichen Fragestellungen beinhalten, denen in den folgenden Kapiteln vertieft nachzugehen sein wird: die Artikulation der belgischen Forderungen gegenüber Deutschland und die Politik zu deren Durchsetzung, die eng mit der dauerhaften Präsenz belgischer Truppen im besiegten Nachbarland zusammenhingen.

Dazu ist jedoch zunächst ein Blick auf die Verhältnisse im befreiten Belgien am Jahresende 1944 zu werfen. Die Beziehungen zwischen Befreiern und Befreiten gestalteten sich sehr schwierig, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Dazu kam das extrem heikle Problem der Entwaffnung der verschiedenen Gruppen der *Résistance*, beziehungsweise deren Überführung in die reguläre Armee. Oft fehlte es den belgischen Behörden an Autorität und Durchsetzungskraft gegenüber diesen Gruppierungen, was zu Spannungen mit den Alliierten führte, die vor allem an einer störungsfrei funktionierenden Basis für die nachfolgenden Operationen interessiert waren.

Während die wirtschaftlichen Spannungen vor allem in den Industriezentren des wallonischen Landesteils zunahmen, verursachte die Entwaffnung der Widerstandsgruppen bedeutende Probleme im Bereich der deutsch-belgischen Grenze. Dort nahmen verschiedene Gruppierungen im Gebiet von Eupen-Malmedy ihre eigene »politische Säuberung« vor und machten Jagd auf tatsächliche und angebliche Kollaborateure. Vor dem Hintergrund der schwierigen Situation der Bewohner schlugen sich die Amerikaner sehr oft auf deren Seite und ernteten dafür zunehmend Unverständnis. Eupen-Malmedy gehörte erst seit 1920 zu Belgien und die Zeit zwischen den Weltkriegen war von einer tiefen Auseinandersetzung zwischen Pro-Belgiern und Pro-Deutschen geprägt worden. Nach dem deutschen Einmarsch im Mai 1940 war das Gebiet per Führererlass vom Deutschen Reich annektiert worden. Die anfängliche Freude großer Teile der Bevölkerung über die »Befreiung« und die Rückkehr in das Deutsche Reich war mit der Zeit großer Ernüchterung gewichen, zumal 8.700 junge Männer in die Wehr-

macht eingezogen worden waren.[77] War die Befreiung des Gebietes durch die Alliierten im Herbst 1944 mit großer Vorsicht aufgenommen worden, vergifteten die in ihrem Gefolge eintreffenden selbst ernannten »Säuberungskommandos« das gesellschaftliche Klima in erheblichem Ausmaß.[78]

Neben diesen gnadenlosen und oft von Unkenntnis der Situation der Grenzbevölkerung geprägten Säuberungsaktionen führte der Weg der Widerstandsgruppen auch immer häufiger über die Grenze. Dort kam es dann zu Plünderungen, die zu einer erheblichen Anzahl von Verhaftungen durch die amerikanischen Truppen im November und Dezember 1944 führten. Schlimmer noch, auch die neugebildeten regulären Einheiten, die sich aus den ehemaligen Mitgliedern der *Résistance* zusammensetzten, waren beteiligt: »Ein Verbindungsoffizier bei den Alliierten gab mir zu verstehen, dass viele Männer der Inlandstruppen die Grenze übertreten im Beisein ihrer Chefs, mit der offensichtlichen Absicht zu plündern. Einige von ihnen sind verhaftet worden und derzeit mit deutschen Gefangenen eingesperrt. Solche Handlungen werfen ein schlechtes Licht auf die Inlandstruppen und bringen sie gegenüber den alliierten Truppen in Misskredit. Sie sind der Ausdruck schwerer Undisziplinierheiten. Das muss aufhören!«[79] Die Unübersichtlichkeit der Situation in der Grenzregion, in der es den belgischen Behörden schwer fiel, staatliche Autorität neu zu installieren, bot die Gelegenheit. Der massenhafte Raub von belgischem Industriematerial durch die ehemaligen Besatzer – zum zweiten Mal innerhalb dreier Jahrzehnte – lieferte die Rechtfertigung.

Das britisch-belgische Abkommen vom 1. Dezember 1944 sah vor, dass Belgien für Rekrutierung und Ausstattung der neu geschaffenen Einheiten zuständig sein sollte. Was die Truppenbewegungen anging, sowohl im Inland als auch im Ausland, sollten sie jedoch unter britischem oder amerikanischem Befehl stehen.[80] So wurde die »Brigade Piron«, deren Teilnahme an der Befreiung Belgiens bereits erwähnt wurde, im März 1945 in die britische 21st Army Group eingegliedert.[81] Die im Winter 1944 auftretenden Probleme waren jedoch erheblich. Kasernen gab es fast keine mehr, die Soldaten

77 Vgl. Peter M. Quadflieg, *»Zwangssoldaten« und »Ons Jongen«. Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg*, Aachen, 2008.

78 Vgl. Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 1. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, s. den Überblick bei Christoph Brüll, Un passé mouvementé, S. 17–47.

79 CEGES, *Papiers Martin*, n°9, Generalmajor Gérard an Sektorkommandeure (außer Brabant), 7.11.1944. Weitere Beispiele: Ebenda, Hauptmann Martin an Generalleutnant van Strydonck te Burkel, 21.11.1944; Martin an Generalmajor Gérard, 4.12.1944.

80 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 80–81.

81 Deloge, Belgique et Grande-Bretagne, S. 309. Dazu auch den die Ereignisse allerdings romantisierenden Erlebnisbericht bei Armand Vanwelde, *Histoire de la création de la Police Militaire Belge (CMP) au sein du 21st Army Group British Liberation Army (BLA 1945)*, Brüssel, 1983 und

wohnten bei Privatleuten. Waffen gab es ebenfalls kaum, so dass oftmals ohne Waffen ausgebildet wurde. Die Frage nach der Kampfkraft beschied man mit dem Hinweis, die Einheiten seien nur zur Bewachung der hinteren Linien vorgesehen.[82] Die Schwäche und »Führungslosigkeit« der Armee wurde auch in einer Note beklagt, die Generalmajor Gérard, Chef der Belgischen Militärmission bei den Briten in Brüssel, im Dezember 1945 zuging. »Belgien ist keinem Land unterlegen, was Männer von Qualität angeht. […] Aber ist es noch erstaunlich, dass der schönste Enthusiasmus zerstört wird? […] Was machen eigentlich unsere Verantwortlichen?«[83]

In London waren diese Schwierigkeiten durchaus bekannt. Hierüber brach dann auch erneut der Gegensatz zwischen *War Office* und *Foreign Office* aus. Während Ersteres an belgischen Soldaten interessiert war, die in Deutschland unterstützende Aufgaben wahrnehmen sollten, bestanden die Diplomaten zum wiederholten Mal darauf, auch die politische Bedeutung der belgischen Beteiligung ins Kalkül zu ziehen, was konkret zur schnellen Bildung einer Infanteriedivision führen sollte.[84] Greifbarstes Resultat der Gespräche zwischen Belgiern und Briten sowie zwischen den britischen Stellen war die Organisation von Ausbildungs- und Trainingslehrgängen für belgische Freiwillige in Irland.[85] Die so ausgebildeten Soldaten sollten für das Frühjahr 1945 operationsbereit sein. Das vorerst wichtigste Ziel blieb die Schaffung einer Infanteriedivision, die jedoch immer wieder verzögert wurde.[86] Großbritannien stieß zunehmend an logistische Grenzen, schließlich war Belgien nicht das einzige Land, das seine militärische Ausrüstung von britischer Seite erhielt.

Die Freiwilligen, die auf belgischem Gebiet ausgebildet werden sollten, waren nach Sprache und Provinzen geordnet worden. Der Großteil der belgischen Einheiten wurde zwischen Dezember 1944 und Februar 1945 einem alliierten Truppenteil zugeteilt. Einige von ihnen wurden während der Ardennenoffensive zum erstenmal in Kampfhandlungen verwickelt – enger wohl als dies von den Alliierten vorgesehen war. Nach der Zurückschlagung des letzten deutschen Aufbäumens im Westen war der Weg nach Deutschland im Gefolge von Amerikanern und Briten nun auch für »einfache« belgische Sol-

den Zahlen und operative Details referierenden Aufsatz von Henry de Pinchart, Les opérations du 21e Groupe d'Armée britannique 1944–1945, in: *Le Combattant 1940–1945*, X–XII, 1978, S. 1–11.

82 Vgl. Deloge, Belgique et Grande-Bretagne, S. 304.

83 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, BMM Civil Affairs an Kommandeur BMM, 6.2.1945.

84 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 104–109.

85 Vgl. Serge Fillot, A l'origine des brigades d'Irlande. Septembre – décembre 1944, in: *Cahiers Belges d'Histoire Militaire*, nº1, 2001, S. 139–168.

86 Vgl. Deloge, Plans militaires, S. 322.

daten frei. Verschiedene belgische Verbindungsoffiziere bei den alliierten Armeen waren schon an der Einnahme Aachens beteiligt gewesen.

Über die Aufgaben der Verbindungsoffiziere gibt ein Vermerk des Hohen Kommissariats für die Staatssicherheit vom 12. Mai 1945 Aufschluss. Ihre Aufmerksamkeit sollte der Suche nach belgischen politischen Gefangenen und Arbeitern, der Suche nach Kollaborateuren und dem Aufspüren belgischen Materials gelten.[87] Die verlässlichste Quelle für die Aktivitäten der Verbindungsoffiziere bildet der Nachlass von Hauptmann Georges Martin, der dem VII. Amerikanischen Armeekorps zugeordnet war. In seinem Briefwechsel mit Generalmajor Gérard finden sich zahlreiche Verweise auf seine Erfahrungen. So hatte er schon im Dezember 1944 die Frage nach der Rückführung belgischen Materials aufgeworfen, nachdem in Aachen eine große Anzahl belgischer Fahrzeuge gefunden worden war. »Es ist unzweifelhaft, dass deren integrale oder partielle Rückführung für die belgische Wirtschaft von größtem Interesse wäre.«[88] Nachdem belgische Truppen Ende März 1945 den Rhein überquert hatten, griff Generalmajor Gérard diesen Gedanken auf und schlug in einem Schreiben an Verteidigungsminister Demets die Bildung einer Militärischen Untersuchungskommission zur Sicherung belgischer Wirtschaftsinteressen im besetzten Deutschland vor.[89] Martin gewann seiner Aufgabe jedoch auch klassisch militärische Aspekte ab. So informierte er die Brüsseler Stellen im Hinblick auf die Neubildung der belgischen Streitkräfte auch über die Funktionsweise der alliierten Armeen.[90]

Die überwiegende Mehrheit seiner Berichte befasste sich jedoch mit der Suche nach belgischen DPs oder Kriegsgefangenen. Diesbezügliche Informationen wurden ebenfalls von in Deutschland operierenden Agenten der belgischen Staatssicherheit gesammelt. Dazu wurden noch im Februar 1945 Anwerbungen vorgenommen, für die die Kenntnis der deutschen Sprache ein Hauptkriterium war.[91] Mitte März 1945 befand sich Georges Martin in Köln, wo er in einem Lager ungefähr hundert Belgier auffand, »glücklich, einem Offizier und Landsmann zu begegnen, und ungeduldig, endlich nach Hause zu kommen«.[92] Für den Raum Bonn war in den Berichten von zwölf Belgiern die Rede, im

87 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/21, Vermerk des Hohen Kommissariats für Staatssicherheit, 12.5.1945.

88 CEGES, *Papiers Martin*, n°20, Hauptmann Martin an Generalleutnant van Strydonck de Burkel, 17.12.1944.

89 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Generalmajor Gérard an Verteidigungsminister, 29.3.1945.

90 CEGES, *Papiers Martin*, IV, Martin an Chef BMM/US forces in Belgium; ebenda, Vermerk über das Funktionieren eines HQ/US Army während einer Kampagne, April 1945, 6 S.

91 CEGES, AA620, *Papiers Devroye*, 79–102, Vermerk MDN 2e direction, Bezirk Lüttich, 13.2.1945.

92 CEGES, *Papiers Martin*, IV, Martin an Chef Civil Affairs BMM, 12.3.1945.

Raum Marburg waren es knapp vierzig.[93] Mehr und mehr Gefangene und DPs schlugen sich zu diesem Zeitpunkt jedoch schon auf eigene Faust durch Deutschland nach Westen durch. Allein für den Raum Marburg schienen davon 800 Belgier betroffen.[94] Mit dem weiteren Vorrücken nach Osten sah Martin im Lager Nordhausen auch zum erstenmal Schreckensbilder. Dort befanden sich beim Eintreffen der amerikanischen Truppen noch ungefähr 1.000 Belgier. »Ich habe dort 2.000–3.000 Leichen in einem denkbar unwürdigen Zustand gesehen. Dies geht nicht spurlos an einem vorbei, wenn man bedenkt, dass viele unserer Landsleute hier ihr Leben und ihre Leiden dem Vaterland geopfert haben.«[95] Doch Zeit, das Gesehene zu verarbeiten, blieb nicht. Das VII. Amerikanische Armeekorps rückte auf Leipzig vor, wo in den ersten Maitagen 1945 der Zusammenschluss mit den sowjetischen Truppen stattfand. Martin war auch hier zuerst mit dem Schicksal der in der Region befindlichen Belgier beschäftigt. Deren Anzahl war mit 4.000–5.000 ungleich höher als in den bisher durchquerten Gebieten. Darüber hinaus galt es zu unterscheiden zwischen denen, die als Zwangsarbeiter in die Region gekommen waren[96], und denen, die sich freiwillig zum Arbeitseinsatz in Deutschland gemeldet hatten und dementsprechend als Kollaborateure zu betrachten waren.[97]

Die Repatriierung der ungefähr 300.000 Belgier[98], die sich gegen Ende des Kriegs auf deutschem Boden befanden, lag in den Händen des *Commissariat belge au Rapatriement*. Es war noch in London am 27. Juni 1944 gegründet worden. Zunächst wurde es durch den sozialistischen Politiker Max Buset geleitet; er wurde jedoch im Oktober 1944 durch den ehemaligen Premierminister Paul van Zeeland abgelöst. Letzterer wollte damit seine Rückkehr auf die politische Bühne beschleunigen.[99]

Das Belgische Kommissariat zur Repatriierung verfügte erst ab den Sommermonaten 1945 über 400 Verbindungsoffiziere in Deutschland. Vorher waren es die Verbindungsof-

93 Ebenda, Martin an Chef Civil Affairs BMM, 24.3.1945; ebenda, Martin an Chef BMM 12th Army Group, 5.4.1945.

94 Ebenda.

95 Ebenda, Martin an Chef BMM US forces in Belgium, 12.4.1945.

96 Zum Thema Rückkehr der »Zwangsarbeiter«: Pieter Lagrou, De terugkeer van de weggevoerde arbeiders in België en Nederland, 1945–1955. Myten en taboes rond de verplichte tewerkstelling, in: CEGES (Hg.), *Le travail obligatoire en Allemagne 1942–1945. Actes du symposium tenu à Bruxelles les 6 et 7 octobre 1992*, Bruxelles, 1993, S. 191–242

97 CEGES, *Papiers Martin*, IV, Martin an Chef BMM, 6.5.1945.

98 Zahlenmaterial zu den belgischen »Fremdarbeitern«, bei: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn, 1999, S. 11, 293, 296 und 316.

99 Vgl. Patrick Nefors, Les officiers de liaison belges et les missions de rapatriement, in: *Jours de Londres*, S. 285–287.

fiziere bei den alliierten Truppen, wie Martin, die sich für die Rückkehr der belgischen Staatsbürger einsetzten. Neben Martin stach hier besonders Oberstleutnant van Oost, der Chef der Belgischen Militärmission bei der 21. britischen Armeegruppe, hervor. In der Unübersichtlichkeit der Ereignisse – der Krieg war noch in vollem Gange – baten ihn die Briten im April 1945, sich um die belgischen DPs zu kümmern. Dies führte zu etlichen Spannungen mit van Zeelands Behörde, da die Verbindungsoffiziere oftmals aus der Situation heraus eigenmächtige Entscheidungen treffen mussten.[100] Im Sommer 1945 sahen sich die Amerikaner zum Einschreiten gezwungen. Neben den Verbindungsoffizieren bei den alliierten Truppen und dem Kommissariat mischte nämlich auch die Staatssicherheit kräftig in der Repatriierungsfrage mit. Das Urteil des Kriegskorrespondenten Paul M.G. Lévy, der die Befreiung der Lager Dachau und Buchenwald erlebte, war vernichtend: »Die Verbindungen waren nicht vorbereitet. Als sie dann bereit waren, wussten sie zuerst nicht, was sie tun sollten, und als sie es dann wussten, stellte man fest, dass man vergessen hatte, bei den Alliierten die nötigen Dokumente zu beantragen.«[101]

Die Zahlen sprechen hingegen eine positivere Sprache. Trotz aller organisatorischer Defizite und widriger Umstände waren am 5. Juni 1945 schon 74 Prozent aller Belgier aus den westlichen Zonen Deutschlands repatriiert – gegenüber 75 Prozent Franzosen und nur 54 Prozent Holländern.[102] Es gelang dem Kommissariat dagegen erst im November 1945, eine Mission in die sowjetische Zone zu schicken. Dies war von Hauptmann Martin früh vorausgesehen worden, als er am 7. Mai die schnelle Evakuierung aller Belgier östlich der Weser forderte, »da das dortige Gebiet wohl von Russen besetzt werden wird, was die Schwierigkeiten bei der Heimführung noch vergrößern wird«.[103] Gerüchte beförderten diese diffusen Befürchtungen. Sowohl in Belgien, als auch in Frankreich und den Niederlanden war die Rede von ehemaligen KZ-Gefangenen, die sich nunmehr statt in der befreiten Heimat in sowjetischen Lagern wieder finden würden.[104]

Als der Krieg am 8. Mai 1945 in Europa zu Ende war, befanden sich nach britischen Angaben 75.000 belgische Soldaten auf deutschem Boden. Im Osten gelangten verschiedene Soldaten bis Prag, im Norden taten belgische Soldaten in der Gegend von Hamburg Dienst. Die Soldaten waren auf 142 verschiedene Einheiten verteilt: Füsiliere,

100 Ebenda, S. 289–290; vgl. auch Jean-Christoph Ghenne, *Le rapatriement des prisonniers politiques belges des camps de concentration*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 2002, S. 34–43.

101 Zitiert nach Nefors, Les officiers, S. 296–297.

102 *Ebenda*.

103 CEGES, *Papiers Martin*, Martin an Chef BMM, 8.5.1945.

104 Lagrou, *Mémoires patriotiques*, S. 258.

Pioniere, Transport …[105] Zwischen der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 und dem 5. Mai 1945 wurden 361 belgische Soldaten verwundet, getötet oder vermisst.[106] General Erskine, einer der wenigen britischen Verfechter eines schnellen Wiederaufbaus der belgischen Armee, würdigte in seinem Abschlussbericht der Belgischen *SHAEF*-Mission (September 1944 – Juli 1945) die belgischen Anstrengungen: »Belgien war, proportional zu seiner Größe, bei weitem das vitalste und am härtesten arbeitende Glied in den alliierten Kommunikationsstrukturen.«[107]

Wie bereits erwähnt handelte es ich bei den meisten der jungen Soldaten um Freiwillige, die sich nach der Befreiung des Landes bei den zuständigen Stellen gemeldet hatten. Was bedeutete diese freiwillige Meldung für diese Männer? Was ging in ihren Köpfen vor? Ging es tatsächlich nur darum, »mit den Deutschen abzurechnen«? Ging es darum, für zwei Besatzungen innerhalb eines Vierteljahrhunderts Rache zu nehmen? Niemand wird bestreiten können, dass solche Gedankengänge nur allzu verständlich gewesen wären. Genau so wird man nicht bestreiten können, dass es sie gegeben hat. Neben Rache gab es jedoch auch andere Gründe, warum man den Weg nach Deutschland suchte. Die Suche nach belgischen Kollaborateuren, die sich freiwillig zum Arbeitseinsatz gemeldet hatten, nach Männern, die sich als *Oostfronters* oder in der *Légion Wallonie* in SS und Wehrmacht engagiert hatten[108], konnte dies Engagement motivieren; genau wie die Suche nach vermissten Familienmitgliedern und Freunden. Hauptmann Martin suchte in deutschen DP-Lagern nach seinem Schwager, der spätere belgische Außenminister Pierre Harmel suchte als Offizier im 14. Füsilierbataillon[109] nach seinem Bruder, einem von den Deutschen verschleppten Priester, der im April 1945 im Lager Blankenburg sein Leben ließ. Sein Biograph, Vincent Dujardin, beschreibt die Kriegserfahrung Harmels als Schlüsselereignis für sein Eintreten in das politische Leben. Nach dem Tod seines Bruders und der in seiner Einheit erlebten Kameradschaft sei in Harmel die Auffassung gewachsen, die »Gesellschaft auf eine neue Basis stellen zu wollen«.[110]

Die Bewegungen und Garnisonierungen der belgischen Einheiten sind andernorts detailliert aufgelistet, die Erfahrungen der Soldaten in zahlreichen Erlebnisberichten für

105 Deloge, *Coopération*, S. 80. Skizzen bei: Jean-Léon Charles, *Les forces armées belges 1940–1945*, (= Notre passé), Brüssel, 1970, S. 93–102.

106 De Pinchart, Les opérations, S. 10.

107 CEGES, WO 202/702, Abschlussbericht der belgischen SHAEF-Mission (für die Periode September 1944 – Juli 1945), zitiert nach Deloge, *Coopération*, S. 80.

108 Zur Frage der belgischen Kriegsfreiwilligen in der Wehrmacht: Vgl. Bruno De Wever, *Oostfronters. Vlamingen in het Vlaams legioen en de Waffen SS*, Tielt, 1984; Martin Conway, *Degrelle. Les années de collaboration*, [2]Brüssel, 2005.

109 Vgl. Jean Jamart, *Historique du 14e Bataillon de Fusiliers*, Brüssel, 1977.

110 Vincent Dujardin, *Pierre Harmel*, Brüssel, 2004, S. 65–71 (Zitat: S. 71).

die Nachwelt erhalten worden.[111] Selbst wenn man dabei jedoch die Tatsache in Rechnung stellt, dass viele belgische Soldaten keine Fremdsprache, geschweige denn die deutsche Sprache beherrschten, ist es erstaunlich zu konstatieren, wie die Deutschen in ihren Erzählungen der Monate nach der Befreiung überhaupt nicht vorzukommen scheinen. Allenfalls wird in den Vorworten die Versöhnung mit dem ehemaligen Feind beschworen, wird das nationale Prestige hervorgehoben, für das man damals nach Deutschland gegangen sei, doch über die ersten Kontakte mit den Deutschen in den Frühlings- und Sommermonaten des Jahres 1945 herrscht Stillschweigen. Die vorhandenen Quellen ermöglichen uns jedoch, eine Skizze zu dieser Frage anzufertigen. Dass die Thematik des Verhaltens der belgischen Soldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung von entscheidender Wichtigkeit war, davon zeugen allein schon die offiziellen Dokumente.

Im Februar 1945 erkundigte sich Verteidigungsminister Demets bei der Brüsseler *SHAEF*-Mission, ob eine belgische Beteiligung an den *Psychological Warfare Divisions* erwünscht werde. »Die *Psychological Warfare Division* bei *SHAEF* enthält eine Abteilung, welche für die Kontrolle und Orientierung des intellektuellen Lebens in Deutschland zuständig ist. Als Deutschlands direkter Nachbar betrachtet Belgien dieses Problem mit besonderem Interesse und würde gerne an seiner Realisierung teilnehmen.«[112] Die Verantwortlichen des *SHAEF* leiteten die Anfrage an ihre jeweilige Regierung weiter[113], wo sie jedoch ohne Folgen blieb bzw. der Frage einer belgischen Beteiligung an der Militärregierung zugeordnet wurde.

Die Brüsseler Behörden betrachteten die Deutschen nüchtern als »Objekte«, mit denen jede Fraternisierung undenkbar war. »Die belgischen Soldaten wissen zur Genüge, welche Leiden unserem Volk durch die Deutschen zugefügt worden sind, aber auch welche Sabotagemittel es gegen eine Besatzungsarmee gibt, so dass sie die Regeln des Alliierten Oberkommandos in jedem Fall befolgen werden«, verlautete es in einem Schreiben des Generalinspekteurs der Truppe an die Kommandeure der Füsilierbataillone.[114] Die Militärpresse versuchte ebenfalls, den Soldaten »Orientierung« zu geben.

111 Vgl. Henry de Pinchart, Historique des Bataillons de Fusiliers belges du plan SHAEF 1944–1945, überarbeitete Neuauflage, o.O., [1995]; ders., Historique des unités belges du plan SHAEF 1941–1945, Brüssel, 1975; ders., Les opérations; Vanwelde, *Histoire de la création*; Champion, *53000*; Raymond Lensen, *La roue du destin*, Lüttich, 1981, S. 149–163.

112 AMAEB, 12302, Oberstleutnant de Fraiteur an SHAEF Mission – Belgien, 12.2.1945.

113 Ebenda, Generalmajor Erskine an belgischen Verteidigungsminister, 23.2.1945.

114 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/21, Generalinspekteur der Truppe an Kommandeure der Füsilierbataillone, 25.5.1945. Zu den Fraternisierungsbefehlen der Alliierten, s. Klaus-Dietmar Henke, *Amerikanische Besatzung*, S. 185–204. Vgl. auch: Ullrich Schneider, »Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung 1945«, in: Josef Foschepoth und Rolf Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn, 1985, S. 49 ff.

So erschienen in der *Gazette du Soldat* im Sommer 1945 wochenlang fettgedruckte Kästchen mit drastischem Inhalt: »Belgische Soldaten in Deutschland, erinnert euch an die Leiden und Qualen, die die Nazis unseren Gefangenen und unserem Volk zugefügt haben! Und wenn euch Germania in Form einer charmanten Blondine erscheint, dann fraternisiert nicht mit einem Volk von Mördern!«[115] Einige Wochen später: »Gütig sein, nobel sein, Mitleid haben, das ist sehr gut. Wisst jedoch, dass dies Gefühle sind, die das deutsche Volk nicht versteht. Gütig sein, nobel sein, Mitleid haben, bedeutet, Schwäche zu zeigen. Lasst euch nicht von den ›Boches‹ erweichen, deren Herz aus Stein ist. Seid gerecht, aber nicht schwach! Fraternisiert nicht!«[116] Die Militärbehörden glaubten sogar, darauf verzichten zu können, die britische Broschüre *Your future occupation* an die verschiedenen Einheiten weiterzuleiten. »Alle ihre Ratschläge basieren auf den Erfahrungen der Mitglieder des belgischen und niederländischen Widerstands.« Stattdessen sollte der Erziehungsdienst der Armee selber Dokumente mit Vergleichen zwischen den belgischen demokratischen Institutionen und den »Nazi-Methoden« anfertigen.[117] Dieses Schreiben belegt exemplarisch eine in belgischen Offizierskreisen weit verbreitete Auffassung: Belgien als direktes Nachbarland, das zweimal innerhalb kurzer Zeit von deutschen Truppen okkupiert worden war, brauche keine alliierten Ratschläge zum Umgang mit den besiegten Deutschen. In der Einschätzung der deutschen Psyche fühlte sich die belgische Militärführung den Alliierten allemal überlegen. Ob allerdings die Soldaten das so in sie gesetzte geradezu patriotische Vertrauen rechtfertigten, erscheint sehr zweifelhaft.

Die Wut der in aller Kürze ausgebildeten Freiwilligen auf alles Deutsche stand der geforderten soldatischen Disziplin in vielen Fällen entgegen. Im Zuge des Vorrückens der alliierten Truppen sahen zahlreiche Mitglieder der Füsilierbataillone das Grauen der Lager. So erlebte das 6. Füsilierbataillon die schon von Martin beschriebene Befreiung des Lagers Nordhausen. Mancher belgische Gefangene hat später ebenfalls über diese Erlebnisse berichtet. So schildert der deportierte Lütticher Neuzeithistoriker und Erasmus-Spezialist Léon-E. Halkin seine Freude darüber, dass sich unter den belgischen Freiwilligen sein Schüler Etienne Hélin befand.[118] Solche Miniaturen von »Befreier-Glück« blieben jedoch die Ausnahme.

Wir verfügen nur über sehr wenige zeitgenössische Berichte des Vorrückens der belgischen Truppen in Deutschland. Deshalb soll an dieser Stelle ein Artikel aus der

115 *Gazette du Soldat*, 1945, nº8, S. 1.

116 Ebenda, nº12, S. 2.

117 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/14, Vermerk von Generalleutnant Beernaert, Generalinspekteur der Truppe, für Verteidigungsminister De Fraiteur, 21.6.1945.

118 Léon-E. Halkin, *A l'ombre de la mort*, Gembloux, 1965, S. 173.

Gazette du Soldat länger zitiert werden, der die geistige Verfassung des »einfachen« Soldaten im April 1945 einzufangen versucht. In dem mit »Einer des 10. Füsilierbataillons« gezeichneten Bericht heißt es: »Nachdem wir in Deutschland waren, haben wir uns zunächst erstaunt angeschaut. Wer hätte das gedacht? Sicher, während vier Jahren Unterdrückung war dies unsere Hoffnung, aber trotzdem …! Wir sprechen alle gleichzeitig, ein Gemisch aus Erklärungen und Versprechen: ›Sie werden mir mein zerstörtes Haus bezahlen‹, ›Ich will alles zurück, was die Schweine mir gestohlen haben‹«. Über die Deutschen: »Die *Boches*, die wir als so stolz und arrogant kennen, haben sich stark verändert. Sie kriechen jetzt vor uns wie Regenwürmer, sie dienen uns gehorsam und nehmen oft unsere Wünsche schon vorweg.« Über den Umgang mit den Besiegten: »Wir sind keine Teutonen, die Menschen wie Vieh behandeln. Wir sind weit von den Gestapo-Methoden entfernt. […] Wir behandeln sie menschlicher, als sie uns behandelt haben. Was wir benötigen, nehmen wir uns; aber wir sind nicht hier, um zu plündern oder zu stehlen, was uns ohnehin gehört.«[119] Die Realität der Sommermonate 1945 sah dann jedoch ganz anders aus, indem eben doch zahlreiche Soldaten während der Okkupation erlittene eigene materielle Verluste durch Plünderungen »ausgleichen« wollten.[120] Im Juni 1945 forderte Generalleutnant Beernaert die Kommandeure der Einheiten im besetzten Deutschland auf, den Plünderungen ein Ende zu bereiten.[121] Es waren jedoch nicht nur die »einfachen« Soldaten, die sich Verfehlungen leisteten. Auch unter den Verbindungsoffizieren des Kommissariats für Repatriierung gab es etliche schwarze Schafe, denen man Schmuggelaktivitäten nachweisen konnte.[122]

Als ein Problem bei der Bekämpfung dieser Missstände erwies sich die sehr zögerliche Organisation einer Gerichtsbarkeit für die in Deutschland aktiven Soldaten. Aus einem Schreiben von Verteidigungsminister de Fraiteur geht hervor, dass diese so genannten Militärauditorate erhebliche Schwierigkeiten mit der Bearbeitung der zahlreichen Fälle von Plünderungen hatten, was zu Nachlässigkeiten bei der Bestrafung der Täter geführt habe.[123]

Das Problem der Plünderungen beschäftigte die Verantwortlichen in Brüssel vor allem aus Prestigegründen. Die Bemühungen um die Erhaltung einer eigenen Besatzungszone mit Militärregierung durften keinesfalls durch Disziplinlosigkeit der Trup-

119 *Gazette du Soldat*, 1945, n°7, S. 2.

120 Ein frühes Beispiel für Plünderungen durch belgische Soldaten beschreibt: Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besetzten Deutschland 1944/45*, München, 2001, S. 256.

121 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/14, Generalleutnant Beernaert an Piron, Juni 1945.

122 Nefors, Les officiers, S. 303–304.

123 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/14, Verteidigungsminister De Fraiteur an Generalauditor, 25.8.1945.

pen konterkariert werden.[124] Dies war dann auch der Leitfaden der Rundschreiben der Armeeführung an die Offiziere auf deutschem Boden.[125]

Weitaus gravierender waren jedoch Zwischenfälle mit tödlichem Ausgang. Diese beschäftigen offensichtlich die Armeeführung zum damaligen Zeitpunkt in geringerem Maße, hatten später jedoch häufig langwierige Prozesse in Belgien zur Folge. Zu den Hauptaufgaben der belgischen Einheiten zählten die Bewachung von Gefangenenlagern und die Ausübung von militärpolizeilichen Befugnissen. In mindestens einem Fall kam es zur Erschießung von deutschen Gefangenen durch belgische Soldaten. In einem Bericht über die Ereignisse, die sich wohl Ende Juli oder Anfang August 1945 zugetragen hatten, analysierte die Britische Militärmission in Brüssel die Gründe und kam zu dem Schluss, dass »die starken anti-deutschen Gefühle« der Soldaten und ihr Wille, unbedingt einen »Deutschen in die Finger zu bekommen«, entscheidend gewesen seien. »Der Stab des 18. Füsilierbataillons hat die geeigneten Schritte unternommen, die Befehle zu verbreiten, scheint jedoch nicht in der Lage gewesen zu sein, die Notwendigkeit zu erkennen, seine Männer davon zu überzeugen, dass, selbst wenn der Gefangene ein Deutscher ist, die Erschießung eines wehrlosen Gefangenen ein unentschuldbares Verbrechen darstellt.«[126] Die Soldaten hatten hier zu den Mitteln der Selbstjustiz gegriffen, in einer Geisteshaltung, die sich von Kollektivschuldvorwürfen nährte – die in der belgischen Militärpresse ja durchaus propagiert wurden.

Hass und Wut auf Deutsche wurden wohl nur noch von der Wut auf Kollaborateure übertroffen. Beispielhaft sei hier die Erschießung von fünf Belgiern erwähnt, die am 7. Mai 1945 in Babbenhausen in der Gegend von Bad Oeynhausen stattfand. Beim Transport von so genannten »Unbürgerlichen«[127] zum Verhör sei es – laut späteren Aussagen beteiligter Soldaten – zu einem Fluchtversuch gekommen, in dessen Verlauf die Beschuldigten erschossen worden seien. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Soldaten unter Alkoholeinfluss töteten.[128]

124 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/0, Verteidigungsminister De Fraiteur an Generalinspekteur der Truppe [geheim], 11.9.1945.

125 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/14, Generalleutnant Fromont, Chef des Generalstabs, an Kommandeure der Einheiten im besetzten Deutschland, 1.10.1945.

126 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/14, Oberstleutnant Williams-Thomas, British Military Mission Belgium, an Hauptmann Martin [vertraulich], 10.8.1945.

127 So die in der deutschsprachigen belgischen Rechtsterminologie gebräuchliche Übersetzung von »*Incivique*«, der juristischen Bezeichnung für eine Kategorie von Kollaborateuren, deren Taten oft mit dem Entzug der bürgerlichen Rechte bestraft wurden.

128 Privatarchiv Balace, Militärauditorat Brüssel, Verhöre vom 9.10.1948, 16.11.1948, 31.5.1949 zur Untersuchung des Mordes an fünf Unbürgerlichen am 7. Mai 1945.

Von Plünderungen und gravierenderen Zwischenfällen findet sich in der Memoirenliteratur keine Spur.[129] Stattdessen werden die ehrenvollen Erwähnungen der Einheiten in den alliierten Tagesbefehlen aufgelistet.[130] Im Mittelpunkt stand dabei das nationale Prestige, das durch die Beteiligung an der militärischen Niederwerfung und Besetzung Deutschlands eine Aufwertung erfahren sollte. In seiner Regierungserklärung vom 6. August 1945 bekräftigte der sozialistische Premierminister Achille Van Acker die belgischen Ziele: »Die Regierung erklärt, dass Belgien ein Recht darauf hat, bei der Benutzung deutscher Reichtümer seinen Teil zu erhalten, um seine rechtmäßige Entschädigung für die vergangenen Leiden und die durch das Land gebrachten Opfer zu bekommen.« Dazu werde »die belgische Armee an der Besatzung Deutschlands teilnehmen«.[131]

Konkret sollte die belgische Politik zu einer Konzentration der belgischen Truppen zunächst in der britischen Zone[132] und schließlich im deutsch-belgischen Grenzgebiet führen. Dort sollten den Streitkräften dann auch die Aufgaben einer Militärregierung übertragen werden.[133] Außerdem sollte die Benutzung deutscher Rohstoffe in diesem Gebiet Belgien als Reparation für die Schäden der Besatzungszeit dienen. Erste Ansätze erfolgten hier durch die britische Erlaubnis, das Holz aus den Wäldern um Monschau und Schleiden zu nutzen.[134]

Im Sommer 1945 befanden sich nahezu alle verfügbaren belgischen Streitkräfte auf deutschem Boden. Ihre Rolle und die Dauer ihrer Präsenz mussten in Verhandlungen mit den Briten geklärt werden. Eins sollten sie jedoch mit Sicherheit sein und bleiben: ein entscheidendes Instrument zur Durchsetzung belgischer Interessen in und gegenüber Deutschland.

129 Wenn man von den vergleichsweise harmlosen Zwischenfällen bei Jamart, *Historique du 14e*, S. 26 einmal absieht. Die Schilderung eines deutschen Fahrzeugs, das von belgischen Soldaten von der Straße getragen wird, um ihrem Lkw die Durchfahrt zu erlauben, diente wohl eher der »Gewissensberuhigung«.

130 Vgl. De Pinchart, *Historique des Bataillons*, passim.

131 *APC*, 1945, 6.8.1945, S. 630.

132 *DDB*, 1941–1960, II, n°35, S. 136–137, Major Gilliard, Verbindungsoffizier beim Außenministerium, an Deutschlandabteilung, 20.6.1945.

133 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, Verteidigungsminister De Fraiteur an Generalmajor Gérard [vertraulich], 24.7.1945. »Es versteht sich von selbst, dass die Militärregierung den belgischen Behörden übertragen werden muss.«

134 Vgl. Deloge, Economie et sécurité, S. 245. De Pinchart, *Historique des unités*, S. 18 spricht für das Jahr 1945 von 68782 m^3, die aus diesen Kreisen nach Belgien transportiert wurden. Zur Frage des Raubs von Holz durch die deutschen Besatzer in Belgien, siehe: M. Simon, *L'industrie du bois sous l'occupation allemande*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Wirtschaftswissenschaften, Universität Lüttich, 1985.

2. Die Reparationsfrage (1945–1947)

Ein diplomatisches Rendezvous

Am 31. Januar 1947 präsentierte der Direktor der Politischen Abteilung des belgischen Außenministeriums, Baron Hervé de Gruben, vor dem Rat der Stellvertreter der alliierten Außenminister die Ansichten seiner Regierung zur Zukunft Deutschlands.[1] Sein Exposé basierte auf drei Dokumenten, die den Alliierten im November 1946 und im Januar 1947 überreicht worden waren. In einem ersten Memorandum vom 14. November 1946 waren auf eine entsprechende Bitte der Alliierten die territorialen Forderungen Belgiens unterbreitet worden.[2] Ihm folgten am 17. Januar 1947 zwei weitere Memoranden mit den Überschriften »Betrachtungen der belgischen Regierung zur Politik der alliierten Mächte gegenüber Deutschland«[3] und »Die Forderungen Belgiens gegenüber Deutschland«[4]. Somit ergab sich für die Brüsseler Regierung erstmals die Gelegenheit, den Alliierten offiziell die belgischen Vorstellungen in diesen Fragen darzulegen. Die Dokumente definierten damit in aller Deutlichkeit die belgische Regierungslinie, wie sie sich seit 1944 entwickelt hatte.

»Die belgische Regierung befürwortet die Errichtung eines föderalen Politiksystems in Deutschland, sie fordert dessen wirtschaftliche Einheit, eine allgemeine Kontrolle über die Entwaffnung, eine begrenzte militärische Besatzung und eine internationale Kontrolle über das Ruhrgebiet.«[5] Neben diesen allgemeinen Prinzipien wurden auch materielle Forderungen erhoben. Diese waren hauptsächlich wirtschaftlicher Natur und umfassten die kostenlose Lieferung von Rohstoffen und Transportmaterialien auf der Basis der Vorkriegsimporte sowie die Wiederherstellung und Verbesserung der Verbin-

1 Vgl. Küsters, *Integrationsfriede*, S. 300–312. Zur Rolle Hervé de Grubens in der belgischen Diplomatie dieser Zeit s. Marten Van Alstein, Wat betekende de Koude Oorlog? Belgische diplomaten en de vijandige bipolarisering: Edouard Le Ghait en baron Hervé de Gruben, in: *CHTP/BEG*, nº20 (2008), S. 103–143.

2 AMAEB, 12886 und 12891-I, Mémorandum du gouvernement belge du 14 novembre 1946. Vgl. *FRUS*, 1946, II, S. 1234–1235; *DDB*, VI, nº47, S. 98–102.

3 AMAEB, 12891-I, Considérations du gouvernement belge sur la politique des puissances alliées à l'égard de l'Allemagne, 17.1.1947; *DDB*, VI, Nº58, S. 119–126.

4 AMAEB, 12891-I, Revendications de la Belgique à l'égard de l'Allemagne, 17.1.1947; *DDB*, VI, Nº57, S. 113–119.

5 Considérations, S. 2.

dungen mit dem Ruhrgebiet.[6] Außerdem sollte ein von den Deutschen zu bauender Tunnel den in der deutschen Eifel gelegenen Rursee mit dem belgischen Flüsschen Weser (Vesdre) verbinden, um die Wasserreserven im Osten Belgiens zu vergrößern.[7] Die Forderung nach der Rückgabe von geraubten Archivdokumenten und Kunstwerken vervollständigte das Memorandum.

Die im November-Memorandum enthaltenen territorialen Forderungen Belgiens zielten vor allem auf ein Verschwinden der Anomalien des 1922 festgelegten Grenzverlaufs ab, der während der Zwischenkriegszeit zu zahlreichen Komplikationen geführt hatte.[8] Die »Unsinnigkeit« dieses Grenzverlaufs war während der 1920er Jahre von deutscher Seite geradezu angestrebt worden, um den Belgiern die Sinnlosigkeit der Angliederung Eupen-Malmedys vor Augen zu führen.[9] Eine Neufestlegung der deutsch-belgischen Grenze erschien vor diesem Hintergrund als eine schiere Notwendigkeit. Die belgische Regierung reklamierte die Angliederung des Vorsprungs von Hergenrath (50 ha), der Straße von Raeren nach Aachen, »wo der Schmuggel in großem Ausmaße blüht«, der Straßen von Roetgen nach Fringshaus sowie von Fringshaus nach Lammersdorf und Konzen und des Eisenbahnteilstücks von Raeren nach Kalterherberg mit den westlich gelegenen deutschen Enklaven Münsterbildchen, Roetgen, Lammersdorf, Konzen, Mützenich und Ruitzhof. Südlich davon forderte man die Talsohle von Sourbrodt (7 ha) und die Enklave Hemmeres. Nach den offiziellen Regierungszahlen sollte Belgien so um 30 km² mit 3.850 Einwohnern vergrößert werden.[10] Im Memorandum war ausdrücklich nicht von Annexionen oder Gebietsabtretungen die Rede, sondern von »Grenzberichtigungen«.

In diesem Zusammenhang erschien ein Passus aus dem Memorandum vom Januar 1947 besonders interessant: »Die [im Memorandum von November 1946] erwähnte Grenzberichtigung ist derzeit die einzige Forderung, die Belgien in territorialer Hinsicht zu stellen hat. Die Regierung nimmt sich jedoch das Recht, zusätzliche Forderungen für den Fall zu erheben, in dem andere Alliierte von territorialen Vergrößerungen und/oder

6 Revendications, S. 2 ff. Vgl auch: Kurgan-Van Hentenryk, Relèvement économique, S. 351–352.

7 Revendications, S. 8.

8 Zum Grenzverlauf der Zwischenkriegszeit s. Klaus Pabst, Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*, Bd. 77, 1966, S. 203–205. Von unbefriedigender Qualität ist hingegen Sally Marks, The belgo-german border, 1914–1956, in: Christian Baechler und Carole Fink (Hg.), *L'établissement des frontières en Europe après les deux guerres mondiales. Actes des colloques de Strasbourg et de Montréal (juin et septembre 1995)*, Bern/Berlin, 1996, S. 117–129.

9 Carlo Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 283.

10 Mémorandum du 14 novembre 1946

Zum Umfang der territorialen Forderungen, vgl. auch Pascal Deloge, *Coopération*, S. 151.

entsprechenden wirtschaftlichen Vorteilen profitieren würden.« Dieser Abschnitt stellte eine direkte belgische Reaktion auf die wesentlich umfassenderen Reparationsforderungen der luxemburgischen, vor allem aber der niederländischen Regierungen dar. Sollte deren Position zum Erfolg führen, würde auch Belgien neue Forderungen erheben.

De Gruben war sich der maßvollen Position seiner Regierung durchaus bewusst, als er in London vor die alliierten Vertreter trat. Schnell wurde klar, dass er dort nur den sowjetischen Vertreter Gusev, der als humorlos und undiplomatisch verschrien war[11], zum Gegner hatte. Der ausgewiesene Deutschlandexperte de Gruben, der schon während der 1920er Jahre Delegierter in der Hohen Interalliierten Kommission für das Rheinland gewesen war, schlug als Alternative zu den Demontagen jährliche Abgaben der Industrie vor, um das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands zu gewährleisten. Als Gusev die Möglichkeit einer politischen Dezentralisierung und einer wirtschaftlichen Einheit in Zweifel zog, bemühte de Gruben die Geschichtsbücher und verdeutlichte seine Ansichten am Beispiel Deutschlands, der Vereinigten Staaten, des Britischen Empires und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion. Gusev kritisierte alsdann die Haltung Brüssels in der Ruhrfrage, indem er Belgien vorwarf, nichts aus dem Versailler Vertrag gelernt zu haben. Hier war es der französische Diplomat und spätere Außenminister Maurice Couve de Murville, der de Gruben beisprang und die belgische Seite in Schutz nahm. Ansonsten drehte sich das Gespräch hauptsächlich um die Frage der Bedingungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der für Belgien zu früh komme, weshalb Brüssel einen Vertrag der Alliierten zum zukünftigen Statut Deutschlands bevorzuge.[12]

Die beiden großen westlichen Alliierten waren von de Grubens Exposé durchaus angetan. Das *Institute of International Affairs* bot ihm im Rahmen einer Konferenz die Gelegenheit, die belgischen Ansichten zum Friedensvertrag vorzustellen.[13] Aus Washington übermittelte Botschafter Silvercruys den sehr guten Gesamteindruck, den das *State Department* gewonnen hatte.[14]

Im Folgenden soll der Weg nachgezeichnet werden, den die belgischen Forderungen gegenüber Deutschland seit der Befreiung des Landes im September 1944 genommen

11 Vgl. Wolfgang Benz, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, [3]München, 1994, S. 35.

12 Vgl. Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 351–352. Der Grundton von de Grubens Exposé wurde dann den belgischen diplomatischen Vertretungen übermittelt: AMAEB, 12891-I, *Circulaire d'information n°7,* Exposé du baron de Gruben, délégué de la Belgique, devant les représentants des ministres des Affaires étrangères, à Londres, le 31 janvier 1947, 13.2.1947.

13 *FRUS*, 1947, II, S. 42–43. Vgl. Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 352.

14 AMAEB, 11858, Silvercruys an Spaak, 20.2.1947.

hatten. Wie war die Regierung zu ihren Auffassungen gelangt? Auf welche Informationen stützte sie sich? Welche innenpolitischen Konstellationen waren zu berücksichtigen? Wer waren die Akteure in der »deutschen Frage«? Wie sind diese Entwicklungen in den belgisch-britischen, den belgisch-französischen und den belgisch-niederländischen Beziehungen zu verorten? Welche Rolle sollte Deutschland in Zukunft spielen? Die Antworten auf diese Fragen fallen selten eindeutig aus, denn wir haben es mit einer Entwicklung zu tun, die keinesfalls linear, sondern kurven- und spannungsreich verlief.

Erste Regierungsforderungen

Die Wiederherstellung der territorialen Integrität Belgiens und damit der deutsch-belgischen Grenze der Vorkriegszeit war schon im der European Advisory Commission überreichten Benelux-Memorandum vom 26. August 1944 enthalten gewesen.[15] Dieses beinhaltete konkret die Zurücknahme der Annexion des Gebietes von Eupen-Malmedy, das am 18. Mai 1940 per Führererlass dem Reich angegliedert worden war, sowie zehn weiterer altbelgischer Gemeinden, die ein Verwaltungserlass vom 29. Mai 1940 ins Deutsche Reich eingegliedert hatte.[16] Über die Frage der völkerrechtlichen Gültigkeit dieser Annexion entbrannte in den Monaten der Befreiung eine heftige Diskussion. Die Auswirkungen bestimmten auf Jahre hinweg die politischen und juristischen Maßnahmen, die der belgische Staat gegenüber den Bewohnern Eupen-Malmedys ergreifen sollte. So wurden als wichtigste Konsequenz ihrer letztlichen Nichtanerkennung dieselben Regeln und Kriterien für die politischen Säuberungen wie im Landesinneren angewandt, unter fataler Verkennung der tatsächlichen politischen, sozialen und sprachlichen Gegebenheiten.[17] Diese Diskussion fand auch in der Historiographie immer wieder ihren Niederschlag, zumal als der Löwener Historiker Luc De Vos im Jahr 1994 behauptete, die belgische Regierung habe nicht nur nie gegen die Abtretung Eupen-

15 Fernand Vanlangenhove, *Sécurité* …, S. 150–151. Zur EAC, s. Hans-Günter Kowalski, Die »European Advisory Commission« als Instrument alliierter Deutschlandplanung (1943–1945), in: *VfZ*, 19 (1971), S. 261–293.

16 Dazu immer noch: Martin R. Schärer, *Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg*, [2]Frankfurt a.M., 1978.

17 Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 1, S. 63–75. Vgl. Christoph Brüll, Un passé mouvementé, S. 34–35 und 37–40. Grundlegend: Freddy Cremer, Von den ›Inciviques‹ zu den ›Modellbelgiern‹. Als man den aufrechten Gang wieder lernen musste, in: ders., Andreas Fickers, Carlo Lejeune (Hg.), *Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert*, Büllingen, 2001, S. 99–116.

Malmedys protestiert, sondern diese sogar gebilligt. Neuere Erkenntnisse zur Haltung der belgischen Exilregierung in dieser Frage erhärten diese Vermutungen.[18]

Für die amerikanische Nachkriegsplanung war die Wiederherstellung der deutsch-belgischen Grenze der Vorkriegszeit selbstverständlich. Schon im Mai 1944 hatte das *Committee on Post-War Programs* festgehalten, es gebe keine überzeugenden Gründe für gegenteilige Maßnahmen. »Obwohl die Belgier das Plebiszit[19] missbraucht haben, haben sich die Bewohner des umstrittenen Landes doch der belgischen Autorität unterstellt.«[20] Dies war zwar ganz sicher keine zutreffende Wertung der Verhältnisse der Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy, in der sich spätestens seit Ende der 1920er Jahre ein pro-deutscher und ein pro-belgischer Block erbittert gegenüber gestanden hatten[21]; die amerikanische Schlussfolgerung, das Gebiet wieder an Belgien zurückzugeben, erschien jedoch selbstverständlich.

Während die Regierung nach ihrer Rückkehr nach Belgien mit der Stabilisierung der politischen Situation in dem von den Alliierten als Basis genutzten Land zu tun hatte und schnell in eine Krise geriet, die im Februar 1945 zu einer Neubildung unter dem sozialistischen Premierminister van Acker und unter Beteiligung der Kommunistischen Partei führte, begannen verschiedene Persönlichkeiten und Gruppierungen, sich mit der Frage der von Deutschland zu fordernden Reparationen zu beschäftigen. Die Prämissen, die diesen Überlegungen zugrunde lagen, waren dabei denen der ehemaligen »Londoner« sehr ähnlich: Die Zerstörung des deutschen Militarismus und die Kontrolle über die Industrieregionen im Westen. An den konkreten Maßnahmen, diese Ziele zu erreichen, sollten sich in den nächsten Monaten und Jahren jedoch die Geister scheiden. Auf parlamentarischer Ebene begann dies mit den Repliken auf Spaaks Rede am 6. Dezember 1944. Der christlichsoziale Abgeordnete Léon Porta akzeptierte zwar die Abneigung des sozialistischen Außenministers gegen eine Angliederung von »Millionen

18 Luc De Vos und Thibaut Vandamme, Der Verzicht Belgiens auf die Ostkantone im Jahre 1940, in: *Zwischen Venn und Schneifel*, 1995/7, S. 119–122. Vgl. Lejeune, *Säuberung*, Bd. 1, S. 71–73, Jacques Wynants, La situation des cantons de l'est 1940–1944, in: *Bulletin d'information du Centre Liégeois d'Histoire et Archéologie Militaires*, Bd. IX, Heft 1, März 2004, S. 15–26.

19 Heinz Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahr 1920*, Bonn, 1966. Zur Bedeutung der »Volksbefragung« für die Geschichte der deutschsprachigen Belgier: Freddy Cremer, ›Verschlusssache‹ Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: *Spuren in die Zukunft* …, S. 9–26.

20 *FRUS*, 1944, I, S. 302.

21 Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*, Bd. 76, 1964, (Sonderdruck), S. 205–515.

von Deutschen«, wollte aber eine Annexion deutschen Gebietes in der Grenzregion keinesfalls ausgeschlossen sehen.[22]

In Regierungskreisen war man hingegen zurückhaltend, was die Formulierung konkreter Forderungen gegenüber Deutschland betraf. Dies lag primär daran, dass man über die Pläne Großbritanniens und Frankreichs nicht informiert worden war bzw. diese nur teilweise und unregelmäßig nach Brüssel durchsickerten. Außerdem waren zahlreiche politische Akteure hin- und hergerissen zwischen den sich intensivierenden Beziehungen zu Großbritannien, die realpolitisch notwendig erschienen, und einer emotionalen Bindung an den großen südlichen Nachbarn, der zahlreiche französischsprachige Belgier viel Bedeutung zumaßen.[23] So versuchte die Brüsseler Regierung in dieser Zeit den »Bindestrich« zwischen Paris und London zu spielen, was vor allem von der niederländischen Regierung immer wieder misstrauisch beäugt wurde.[24]

Im Januar 1945 stellte der Generalsekretär des Außenministeriums, Fernand Vanlangenhove, in einem für Spaak bestimmten Arbeitspapier längere Überlegungen zur Zukunft des rheinisch-westfälischen Raums an, der in jeder belgischen Analyse dieser Zeit den eindeutigen Schwerpunkt bildete. Er bemerkte einleitend, der Mangel an Informationen erschwere jede Problemlösung. Lediglich die Franzosen schienen konkretere Vorstellungen zu haben, das linke Rheinufer auf keinen Fall mehr einem deutschen Staat oder seinem Nachfolger zuschlagen zu wollen.[25] Das »rheinisch-westfälische Problem« sei zuerst ein Problem der Sicherheit Westeuropas. Frankreich sei alleine zu schwach, um die Besetzung eines solchen Gebietes gewährleisten zu können und jeden deutschen Versuch, einen Geist des Revanchismus aufleben zu lassen, zu unterbinden.

22 *APC*, 1944–1945, 6.12.1944, S. 97.

23 Vgl. Catherine Lanneau, *Où va la France? L'image de la France et de sa puissance en Belgique francophone (1944–1951)*, Diss. Phil., 8 Bde., Universität Lüttich, 2006. Diese umfangreiche Dissertation wurde in Teilen publiziert. S. dies., *L'inconnue française. La France et les Belges francophones 1944–1945*, Frankfurt a.M./Brüssel, 2008.

24 Johan W.L. Brouwer, *Divergences d'intérêts et mauvaises humeurs. La France et les pays du Benelux devant la construction européenne, 1942–1950*, Diss. Phil., Universiteit Leiden, 1997, S. 76–80.

25 Die französischen Vorstellungen dieser Zeit sind in unzähligen Studien behandelt worden. Vgl. den kursorischen Überblick bei: Raymond Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden, 1983, S. 17–22. Außerdem verschiedene Beiträge in: Stephan A. Schuker (Hg.), *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, München, 2000. Ergänzend dazu, ausgetretene Pfade in der Einschätzung der Position de Gaulles verlassend: Dietmar Hüser, Das Rheinland in der französischen Besatzungspolitik. Realität und Rhetorik der Abtrennungsforderung 1943–1948, in: Tilman Koops und Martin Vogt (Hg.), *Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919–1930 und 1945–1949*, (= Materialien aus dem Bundesarchiv, 2), Koblenz, 1995, S. 103–128.

Die Unterstützung Großbritanniens sei notwendig, wenn Frankreich nicht in direkte Abhängigkeit Russlands gelangen solle. »Frankreich und England müssen sich in den wesentlichen Punkten einig sein«, denn Deutschland »kann nicht dauerhaft in einem Zustand der Machtlosigkeit belassen werden«. Was Belgien angehe, so bestünden seine Interessen »in der Teilhabe an jeder Maßnahme, die eine Lösung des rheinisch-westfälischen Problems und eine dauerhafte Verständigung zwischen den Großmächten Westeuropas sichert. Die Lösung, die zu einer Autonomie des Gebietes unter internationaler Garantie tendiert, scheint derzeit die besten Chancen zu besitzen, ein solches Resultat zu erzielen. Doch Belgien beginge einen Fehler, würde es zu früh Stellung für eine präzise Lösung beziehen.«[26]

Im selben Monat erstellte ein Berater des Außenministeriums, Hubert Carton de Wiart, einen ausführlichen Bericht, in dem er verschiedene zu ihm durchgedrungene alliierte Pläne zur Zukunft Deutschlands analysierte. Der bekannteste Vorschlag war dabei der »Morgenthau-Plan«; diskutiert wurden jedoch auch noch einige andere angelsächsische Pläne.[27] Diese Pläne seien jedoch mittlerweile »von den jeweiligen Regierungsvorstellungen weit entfernt«. Fest stehe nur der lange Atem, dessen es für den Wiederaufbau und die Neuordnung Deutschlands bedürfe. »Es ist sehr wahrscheinlich, dass man den Worten ›bedingungslose Kapitulation‹ […] auch ›Wiederaufbau unter Bedingungen‹ hinzufügen muss.«[28] Für die Verantwortlichen im belgischen Wirtschaftsministerium bedeutete dies zu diesem Zeitpunkt die Erhaltung eines Wirtschaftsniveaus in Deutschland, das Handelsbeziehungen garantieren, Konzentration und Zentralisierung aber in jedem Fall vermeiden sollte.[29]

Während junge belgische Soldaten mit den Alliierten in Deutschland einmarschierten, schienen die politischen Ziele dieser Besatzung für Belgien mithin noch sehr allgemein. Am konkretesten erschienen hier noch Spaaks prinzipielle Zustimmung für eine Beteiligung Belgiens an der von Frankreich im Februar 1945 vorgeschlagenen Internationalisierung des Ruhrgebiets[30] und der vom Außenhandelsministerium im März 1945 beim SHAEF vorgetragene Wunsch, einen Vertreter in das Rheinland entsenden zu dürfen.[31] Im Ministerrat beklagte sich Spaak über die britische Passivität in der Frage einer französischen Besatzung Kölns oder gar Düsseldorfs. Obwohl er im Dezember

26 FPHS, F117, D2678, Vanlangenhove an Spaak, 17.1.1945; *DDB*, VI, n°2, S. 39–40.
27 Zu den angelsächsischen Plänen: Klaus-Dietmar Henke, *Amerikanische Besetzung*, S. 37–147; Benz, *Potsdam*, S. 25–118.
28 FPHS, F117, D2683, Carton de Wiart an Spaak, 31.1.1945.
29 Kurgan-van Hentenryck, Relèvement économique, S. 344.
30 Ebenda, S. 345.
31 CEGES, FO 123/592, Generaldirektion Außenhandel an SHAEF, 19.3.1945.

noch eine »künstliche Zerstückelung Deutschlands« abgelehnt hatte, brachte er nun selbst einen rheinisch-westfälischen Pufferstaat ins Spiel, der von Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Belgien gemeinsam kontrolliert werden sollte. In der Diskussion äußerte er jedoch selbst Zweifel an der Lebensfähigkeit eines solchen Staates.[32] Finanzminister Gutt war dort kategorischer, indem er argwöhnte, ein solcher Staat sei nur eine »ausgedünnte Annexion«.[33] In Anbetracht der Unklarheit über die britischen Pläne war Spaak anlässlich einer Paris-Reise Anfang Februar 1945 denn auch nicht bereit, ein konkretes Engagement gegenüber Frankreich einzugehen.[34]

Das »Belgische Rheinkomitee« (CBR)

Noch vor der Befreiung des Landes erschien zu Anfang September 1944 in Brüssel eines der ersten Werke, die sich mit der Nachkriegsordnung befassten. Das anonyme Werk trug den programmatischen Titel *La Sécurité de la Belgique à l'Est. La création d'une Rhénanie indépendante*.[35] Hierin argumentierte der Verfasser, nur ein Rheinstaat könne die Rolle eines Pufferstaates zwischen Belgien und dem deutschen Militarismus ausfüllen. Darin kam eine der zentralen, traditionellen Auffassungen hauptsächlich gebildeter Belgier zum Ausdruck: die Wesensgleichheit von Belgiern und Rheinländern.[36] Es sei deshalb ebenfalls möglich, die Frage zu stellen, ob nicht alle Bewohner des linken Rheinufers, die keine rheinische Abstammung bis 1815 nachweisen könnten, deportiert werden sollten. Schließlich habe Deutschland selbst solche Deportationen »erfunden«. Der Verfasser setzte dem jedoch selbst den »zutiefst pazifistischen Charakter der meisten Rheinländer« entgegen, »die uns durch Blut, Geschichte und Sitten so nahe sind«. Die »einzig logische« Lösung sei die Unabhängigkeit des rechten und linken Rheinufers, »ohne dass jedoch die Ruhr im neuen Staat einbegriffen sein sollte«. Die Sympathien für das Rheinland und seine Bevölkerung, denen starke anti-preußische Ressentiments gegenübergestellt werden müssen, kamen nicht von ungefähr. Der rheinische Separatismus der Zwischenkriegszeit hatte in Belgien viele Anhänger besessen[37], von denen

32 *Ministerratsprotokolle*, 2.2.1945, S. 3.

33 Ebenda, p. 4–5.

34 Vgl. Lanneau, *Où va la France?,* Bd. 3, S. 726.

35 *La Sécurité de la Belgique à l'Est. La création d'une Rhénanie indépendante*, Brüssel, 1944.

36 Hilfreich beim Verständnis dieser Mentalitätsstrukturen: Hermann von der Dunk, *Der deutsche Vormärz und Belgien*, Wiesbaden, 1966. Überblick zu diesem kaum beachteten Thema bei: Klaus Pabst, Belgien und Rheinland-Westfalen seit dem 19. Jahrhundert, in: *GiW*, 1990, 1, S. 26–38.

37 Vgl. Klaus Reimer, *Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland*, Frankfurt a.M., 1979, S. 57–59 und 198–204.

viele nunmehr ihre Träume unter dem Vorzeichen einer erneuten deutschen Niederlage wieder aufleben ließen. Hier wurden also Gedanken propagiert, wie sie auf deutscher Seite kurze Zeit später von Splitterparteien wie der RVP oder der Rheinischen Union vertreten wurden. Die Versuche dieser Gruppierungen, Kontakte nach Frankreich zu knüpfen, sind hinlänglich bekannt. Doch sollten sie auch in belgischen Kreisen Verbündete für ihre Sache suchen.

Der anti-französische Tenor – die »Niederlande« [die Benelux-Länder; C.B.] sollten sich gegen den »lächerlichen Imperialismus« einer »arroganten« Republik stellen – veranlasste die französische Regierung schließlich, über die SHAEF-Mission in Brüssel die weitere Verbreitung der Broschüre zu verhindern. Eine modifizierte Neuauflage unter leicht verändertem Titel erschien im Februar 1945.[38] Diesmal war sie gezeichnet. Der Verfasser war Paul A. Oudenne, ehemaliger Sekretär des *Comité de Politique Nationale* und ehemaliges Mitglied von *Verdinaso*[39].

Im September 1944 war einer der ersten Empfänger der Broschüre von Oudenne der katholische[40] Politiker Baron Pierre Nothomb. Nach dem Ersten Weltkrieg war Nothomb Gründer und Galionsfigur des *Comité de Politique Nationale* gewesen.[41] Dieses Komitee hatte im November 1918 Unterschriften gesammelt, mit denen 275.000 Belgier (unter ihnen der Historiker Henri Pirenne) ihren Forderungen nach einer erheblichen territorialen Erweiterung Belgiens Ausdruck verliehen hatten. Der »Großbelgische Traum« erstreckte sich auf deutsches, luxemburgisches und niederländisches Gebiet.[42] Letztlich hatte sich Belgien jedoch mit der Angliederung der beiden deutschen Kreise Eupen und Malmedy sowie des ehemaligen Neutral-Moresnet (heute: Kelmis) begnügen müssen. Nothomb war ein reaktionärer Nationalist, der in den 1920er Jahren Kon-

38 Paul A. Oudenne, *La sécurité à l'est*, Brüssel, 1945.

39 Verdinaso = Verbond van Dietsche Nationaal Solidaristen. Diese von Flamen dominierte Gruppierung stand ebenso in einer »burgundischen Tradition«. Sie vertrat die Forderung nach einer korporatistischen Staatsform mit starker Exekutive. Vgl. Jules Gérard-Libois und José Gotovitch, *L'an 40. La Belgique occupée*, [3]Brüssel, 1971, S. 49–51; P. Janssens, *Les Dinasos wallons 1936–1941*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1982; Romain Vanlandschoot, [Art.] Verbond van Dietsche Nationaal Solidaristen, in: *Nieuwe Encylopedie van de Vlaamse Beweging*, Tielt, 1998, S. 3192–3204.

40 Die Bezeichnung katholisch ist hier politisch zu verstehen und bezeichnet die Mitglieder der ehemaligen Katholischen Union/Partei der Zwischenkriegszeit, die sich im Laufe des Jahres 1945 im *Parti Social-Chrétien/Christelijke Volkspartij* (PSC/CVP) organisierten.

41 Vgl. Francis Balace u.a. (Hg.), *Pierre Nothomb et le nationalisme belge, 1914–1930*, Arlon, 1980; Maria de Waele, *Naar en grooter België*; Jean Beaufays, Aspects du nationalisme belge au lendemain de la Grande Guerre, in: *Annales de la Faculté de Droit de Liège*, 1971, S. 105–174.

42 Vgl. Freddy Cremer und Werner Mießen, *Spuren*, S. 8–9.

takte zu den rheinischen Separatisten ebenso pflegte wie Beziehungen zu Mussolinis Faschisten. Während des Krieges hatte der auch als Schriftsteller bekannte Senator in einer Art »inneren Emigration« gelebt. Kurz vor der Befreiung Belgiens schrieb er unter einem Pseudonym eines seiner wichtigsten Werke, »Der Prinz von Olzheim«, das als eine Art Schlüsselroman gelesen werden könnte.[43] Das real existierende Eifelörtchen Olzheim wird darin zu einer Art Kleinstaat, dessen Fürst sich gegen die mächtigen Nachbarn zur Wehr setzen muss. Deutlich finden sich in diesem Werk Anklänge an Lothringen, das Mittelreich, das aus dem Vertrag von Verdun von 843 hervorgegangen war, sowie an die burgundische Zeit der »Siebzehn Provinzen« unter Philipp dem Schönen, dem Vater Karls V. Im Vorwort der ersten Nachkriegsausgabe hieß es: »Wenn auch manche Fakten heute besser bekannt sind, manche Beschreibung heute ungenügend erscheint, manche Krise so nicht mehr denkbar scheint, wenn auch das ganze Werk bis in manche stilistische Vorkehrung hinein die Markierung seiner Entstehungszeit trägt, so wollten sie [Verfasser und Verleger; C.B.] nichts an einem Buch ändern, das die Entwicklung der Welt – nicht der Belgier – vor Deutschland und der Entdeckung seiner Verbrechen beschreiben sollte.«[44] Romantisierende Vorstellungen und bildhafte Sprache charakterisierten auch die politische Sprache Nothombs, der sich regelmäßig in den Spalten konservativer Tageszeitungen, beispielsweise *La Libre Belgique*, zu außenpolitischen Themen äußerte. Gerade in der Rheinlandfrage mussten Nothomb und Oudenne schon wegen ihres Geschichtsbildes auf Konfrontationskurs zu den Teilen der öffentlichen Meinung geraten, die eine Annäherung der belgischen Politik an Frankreich forderten.[45]

Als am 5. Februar 1945 in Brüssel das *Comité belge du Rhin*[46] gegründet wurde, gehörte Nothomb genauso zu den Gründungsmitgliedern wie Prinz Louis de Mérode, der die Präsidentschaft übernahm, und der Autor François Drion de Chapois, der das Amt des Schriftführers bekleidete. Ersterer hatte durchaus persönliche Interessen an einer Erweiterung Belgiens auf deutsche Gebiete – der Stammsitz seiner Familie lag nahe der deutschen Stadt Düren.[47] Letzterer war ein Vertreter der so genannten *Europe médi-*

43 Henri Créange [Pierre Nothomb], *Le Prince d'Olzheim*, Brüssel, 1944.

44 Ebenda, S. 7.

45 Lanneau, *Où va la France?*, Bd. 3, S. 742–745.

46 Vgl. Bénédicte Maccatory, *Le Comité belge du Rhin et les problèmes européens en 1945–1949*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Katholische Universität Neu-Löwen, 1989.

47 AMAEB 12885, Prinz Louis de Mérode an den Vorsitzenden der Kammer, 12.4.1947. Mérode hatte die Gründungsmotivation des CBR in einem Artikel vom Mai 1945 geschildert: Vgl. Louis de Mérode, Le point de vue national dans la question du Rhin, in: *L'Actualité Politique*, n°2 (August 1945), S. 5–19.

ane, einer von dem flämischen Nationalisten Lucien Jottrand (1804–1877) inspirierten Bewegung, die eine Annäherung der westeuropäischen Nationen anstrebte und sich dabei, ähnlich wie Nothomb, auf mittelalterliche und neuzeitliche historische Vorbilder berief.[48] Im Gründungskommuniqué des CBR hieß es: »Auf Initiative der drei traditionellen Parteien und wirtschaftlicher und militärischer Kreise wurde ein […] belgisches Rheinkomitee gegründet. Sein Ziel ist, das Recht und die Pflicht Belgiens zu betonen, möglicherweise gemeinsam mit den Niederlanden und Luxemburg und im Einverständnis mit den Großmächten, eine Einfluss- und Sicherheitspolitik in den rheinischen Gebieten, die an unserer Ostgrenze liegen, zu haben.«[49] Trotz seiner Bestrebungen, in allen Parteien Mitglieder zu rekrutieren, sollte das CBR eine Ansammlung vorwiegend im rechten – katholischen wie liberalen – Lager zu verortender Politiker bleiben.

Wenige Tage nach der Gründung des Rheinkomitees wurde Senator Pierre Nothomb, Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, von Außenminister Spaak brieflich kontaktiert. Zwar behauptete der sozialistische Politiker, es sei »notwendig, dass die belgische Öffentlichkeit sich für die Probleme interessiert, die sich bei den Diskussionen um einen Friedensvertrag stellen könnten, besonders für das Problem des Rheins«. Das Schreiben spiegelte jedoch ansonsten Spaaks unverhohlene Skepsis wider.[50] Auch in Kreisen, die Nothomb näher standen, herrschte Vorsicht. So forderte Oudenne Nothomb auf, eine Mitgliederliste zu veröffentlichen, um die Verankerung des Komitees in allen politischen Parteien zu belegen, da das Gerücht entstanden sei, das Komitee sei nur ein »neues *Comité de Politique Nationale*, ein Komitee Nothomb, dem keine Bedeutung beizumessen sei nach den Misserfolgen und Übertreibungen von 1919 […]«.[51] Nothomb versuchte solche Befürchtungen zu zerstreuen und insistierte in einem Schreiben an Spaak auf dem Ziel des CBR, »Ihnen die Unterstützung einer aufgeklärten und handelnden Öffentlichkeit zu geben, von der die belgischen Außenminister viel zu selten die Wohltaten wahrgenommen haben«. Außerdem denke niemand daran, »irgendeine Verwirrung« zwischen der Politik des Außenministers und der des Komitees zu stiften.[52] Spaak gab sich mit diesen Versicherungen jedoch keinesfalls zufrieden und übte Druck auf die sozialistischen Mitglieder des CBR aus. Bei einem Gespräch mit Nothomb am 27. Februar 1945 gab er denn auch zu, der kurz zuvor erfolgte Rückzug der Sozialisten aus dem CBR sei auf seinen Rat hin geschehen. Der Senator reagierte

48 Vgl. Arnaud Peters, *Lucien Jottrand et l'Europe médiane. Les théories européennes de deux Belges*, 2 Bde., unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 2001.

49 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: notes diverses, Nothomb an unbekannten Empfänger, 5.2.1945

50 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: correspondance officielle, Spaak an Nothomb, 5.2.1945.

51 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: généralités (C.52), Oudenne an Nothomb, 12.2.1945.

52 FPHS, F117, D2684, Nothomb an Spaak, 7.2.1945.

frustriert und hielt dem Minister die »Nachteile für die belgische Politik und auch für seine eigene Politik« vor.[53]

Den Hauptgegenstand der Diskussion bildete jedoch die Frage nach dem französischen Engagement in Deutschland und die damit verbundene belgische Angst, im Fall einer französischen Vorherrschaft über das Rheinland von Frankreich eingekreist zu werden. Nothomb berichtete in diesem Zusammenhang von einem Gespräch, das er gemeinsam mit CBR-Präsident de Mérode mit dem französischen Botschafter in Brüssel, Raymond Brugère, und Jules-Albert Jaeger, einem langjährigen Kämpfer für die Belange des Elsass und Präsidenten des *Comité d'études européennes de Strasbourg*, geführt hatte.[54] Brugère stellte Jaeger, gleichzeitig Attaché beim Stab von General Jean de Lattre de Tassigny, als »den Mann Frankreichs vor, der am besten das Rheinproblem kennt«. Nothomb merkte gegenüber Spaak an, er habe an dieser Stelle die Auffassung vertreten, Deutschland müsse zerstückelt werden. Eine gemeinsame belgische Politik mit Frankreich sei hingegen nur möglich, wenn die USA und vor allem Großbritannien einverstanden seien.

Dem CBR war es somit auch gelungen, Kontakte mit dem Ausland zu knüpfen. Schon wenige Tage nach der Gründung hatte Fernand L'Huillier, der Präsident des *Comité d'études pour les frontières françaises de l'est et le problème de l'Allemagne occidentale* sein Interesse für eine Zusammenarbeit bekundet.[55] Es ist zu vermuten, dass auf diesem Wege ebenfalls die Kontakte zur französischen Botschaft in Brüssel als Vermittlerstelle entstanden. Raymond Brugère galt den Briten als ein rotes Tuch. Zu offensichtlich war in ihren Augen sein allzu kämpferisches Eintreten für die französische Rheinpolitik, das soweit gehen konnte, den englischen Diplomaten Knatchbull-Huggessen im Vorfeld von Spaaks Paris-Reise zu bitten, Großbritannien möge den belgischen Minister nicht beeinflussen, damit er in aller Unvoreingenommenheit eine belgische Haltung definieren könne.[56]

Spaak zeigte sich von Nothombs Bericht beeindruckt, beklagten sich seine Diplomaten doch immer wieder über den Mangel an Informationen über die Vorstellungen der Alliierten.[57] Im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Senats gestand Spaak, es sei sehr schwierig, die Meinung der Briten zum Rheinproblem und zu den einseitigen

53 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: notes diverses, Note sur mon entretien avec Spaak, 27.2.1945.

54 FPHS, F117, D2685–2686, Nothomb an Spaak, 27.2.1945.

55 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: généralités (C.52), Fernand L'Huillier an Louis de Mérode, 8.2.1945. Diese Kontakte sollten jedoch sehr schnell abbrechen, wobei Brugère auch seine Hände im Spiel gehabt haben könnte. Vgl. Lanneau, *Où va la France?*, Bd. 3, S. 752–753.

56 Ebenda, S. 726–727.

57 FPHS, F117, D2678, Vanlangenhove an Spaak, 17.1.1945.

französischen Ambitionen im Rheinland zu erhalten. Alle Mitglieder des Ausschusses teilten Nothombs Meinung, ein »rheinisches Kondominium oder ein Rheinstaat könnte mit britischer Präsenz und somit britischer Vorherrschaft eine Wunschlösung für Belgien bedeuten. Jede französische Vorherrschaft an unseren Grenzen würde für uns ein Risiko bedeuten und eine echte Phobie der Einkreisung entstehen lassen.«[58] Die belgischen Befürchtungen, von Frankreich »eingekreist« zu werden, hatte Kammerpräsident Frans Van Cauwelaert im Februar 1945 gegenüber dem britischen Geschäftsträger in Brüssel, Knatchbull-Hugessen, am prägnantesten zum Ausdruck gebracht: »Um Gottes Willen, lassen Sie es auf keinen Fall zu, dass die Franzosen das gesamte linke Rheinufer besetzen.«[59] Die Übereinstimmung zwischen Ausschuss und Minister in der Bewertung der französischen Absichten sollte in der Deutschlandpolitik jedoch die Ausnahme bleiben. Meistens kam es während der Sitzungen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Nothomb und Spaak, der dem CBR weiter sehr ablehnend gegenüberstand und mehr und mehr den Willen erkennen ließ, Außenpolitik am Parlament vorbei zu machen. Als er sich Ende März dennoch über mangelnde Unterstützung bei der Vorbereitung der Konferenz von San Francisco beklagte, konterte ein sichtlich verärgerter Nothomb: »Warum schenkt der Minister dem CBR dann keine Beachtung?«[60]

Nothomb wurde in dieser Zeit zum Anlaufpunkt für all jene, die umfassende Forderungen gegenüber Deutschland erhoben und sich damit gegen die ihrer Ansicht nach zu passive Politik der Regierung und hier vor allem des Außenministeriums stellten. So forderte der junge Brüsseler Marcel Vanderstraeten, der kurze Zeit später zu den belgischen Besatzungstruppen in Deutschland gehören sollte, Nothomb auf, die »nationalen Interessen« zu verteidigen. Außenminister Spaak, den er als eine »Marionette« bezeichnete (dabei aber offen ließ, an wessen Strippen diese hänge), habe nur »das Ohr der Annexionismusgegner«. »Wir müssen unseren Alliierten klarmachen, dass wir territoriale Kompensationen wünschen.« Sollte Belgien sich mit Grenzberichtigungen begnügen, wären die »wahren Belgier« damit niemals zufrieden und würden berechtigterweise die Frage stellen, ob sie diese »Demütigung« ihrem »Feigling von Staatsmann« oder dem schlechten Willen der Alliierten zu verdanken hätten.[61] Es ist heute kaum noch möglich, die Verankerung solcher Gedanken in der belgischen Gesellschaft des Jahres 1945 zu eruieren. Vanderstraeten benutzte jedoch einen Begriff, der die Haltung zahlreicher Belgier gegenüber Deutschland (und sich selbst?) widerzuspiegeln scheint. »Wie steht

58 UCL, *Papiers Nothomb*, 5116, Vertrauliche Notiz, 2.3.1945.

59 Zitiert nach: Horst Lademacher, Belgien und Deutschland, S. 115–116.

60 UCL, *Papiers Nothomb*, 5117, Procès-verbal de la Commission des affaires étrangères du Sénat, 29.3.1945.

61 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: études et suggestions, Vanderstraeten an Nothomb, 29.3.1945.

es um unser Prestige gegenüber der Grenzbevölkerung und bei unseren Schwarzen in Afrika?« Auch die historischen Reminiszenzen, wie sie sich schon bei Oudenne fanden, tauchen bei Vanderstraeten auf, allerdings zur Rechtfertigung dezidiert annexionistischer Positionen: »Auf keinen Fall dürfen wir ihnen [den Deutschen; C.B.] Aachen lassen, wo unser Karl der Große ruht. Es ist die unseren Grenzen am nächsten gelegene Stadt, welche weltweit einzigartigen archäologischen Reichtum birgt.« Neben Aachen forderte er ebenfalls die Angliederung des Eifelstädtchens Monschau an Belgien.[62]

Andere Mitglieder des CBR blieben ebenfalls nicht untätig und erstellten im Frühjahr 1945 verschiedene Studien zum Rheinproblem und zu eventuellen Reparationsforderungen. Das greifbarste Resultat war ein Schreiben des Obersten BEM i.R. Jean de Lannoy vom 20. April 1945. Adressaten waren General Tilkens, Chef der *Maison Militaire* des Königs, Pierre Nothomb, Prinzregent Charles und König Leopold III. Letzterer befand sich jedoch zu diesem Zeitpunkt noch in deutscher Gefangenschaft. Dass sein Name als Adressat auftauchte, diente somit nur der Wahrung der Form. Die Aufgaben des Staatsoberhauptes hatte das Parlament seinem Bruder Charles am 20. September 1944 übertragen, während Leopold III. sich seit dem 28. Mai 1940 in einer vom Parlament festgestellten »Unmöglichkeit zu herrschen«[63] befand. Oberst de Lannoy war alles andere als ein unbeschriebenes Blatt. Als hoher Offizier hatte er in den 1920er Jahren an der Rheinlandbesetzung teilgenommen und dort nachweislich separatistische Strömungen unterstützt, was letztlich zu seiner Abberufung geführt hatte.[64] Mehr als zwanzig Jahre später schlug er in seiner Studie vor, »Deutschland [solle] eine Verlängerung des Albert-Kanals von Lanaeken bis zum Rhein bauen, nach unseren Plänen, direkt nördlich von Köln, mit einem belgischen Hafen mit Rheinzugang.« Er forderte die Angliederung der Kohlebecken nördlich und östlich von Aachen, ihrer Blei-, Eisen- und Kupfervorkommen sowie »eventuell« des Braunkohlebeckens zwischen Aachen und Köln.[65]

Kurze Zeit später formulierte der Ingenieur Emile Duquesne, ebenfalls Mitglied des CBR, weitere Forderungen. Duquesne plädierte für eine Zerstückelung Deutschlands und »eine Berichtigung der Grenzen der neuen deutschen Staaten, von der ihre Nachbarn, die Opfer, profitieren sollen«. Konkret sollte dies für Belgien die Angliederung des linken Rheinufers zwischen dem Breitengrad von Leidenborn im Süden und

62 Ebenda.

63 Es handelt sich um den heutigen Artikel 93 (zu dieser Zeit Artikel 82) der belgischen Verfassung. Zu den damaligen Umständen, siehe: Stengers, *L'action du Roi*, S. 287–296.

64 Vgl. Reimer, *Rheinlandfrage*, S. 251–266.

65 AMAEB, 12891-I, Avantages économiques à nous faire octroyer en pays rhénan, 13.4.1945 (Der Brief trägt das Datum vom 20.4.1945).

dem Breitengrad von Viersen, nördlich von Mönchengladbach, im Norden beinhalten. Außerdem solle ein »Protektorat Westfalen« errichtet werden, an dessen Verwaltung Belgien beteiligt sein müsse, »um ihm für die Zukunft den steigenden Kohlebedarf zu sichern, im Verhältnis zum Verschwinden unserer eigenen Vorkommen. Dies ist für Belgien eine Frage von Leben und Tod.«[66]

Hinter der strategischen Argumentation des ehemaligen Berufsoffiziers und der wissenschaftlichen Beweisführung des Ingenieurs verbergen sich – soweit heute bekannt ist – die umfassendsten Forderungen, die belgische Staatsbürger an das besiegte Deutschland gerichtet haben. Zerstörung des deutschen Militarismus und Unschädlichmachung bzw. Nutzung deutscher Industrieinfrastruktur waren auch hier die Antriebskräfte. Das Resultat wäre die Angliederung hunderttausender Deutscher und immenser Rohstoffreserven gewesen. Es wäre freilich zu einfach, ausschließlich anti-deutsche Ressentiments als Erklärung für solch weitgehende Forderungen vorzubringen. Vielmehr muss dazu ein wesentlicher innenpolitischer Aspekt hinzugezogen werden, die so genannte Kohleschlacht. Dieser kommt für die direkte Nachkriegszeit vor allem symbolische Bedeutung zu.[67] Es ging vor allem um die relative Überalterung der Infrastruktur zur Kohleförderung in Belgien, die auf lange Sicht keine Befriedigung der Nachfrage mehr hätte gewährleisten können.[68] In diesem Zusammenhang erschien es Männern wie de Lannoy, Duquesne und anderen Mitgliedern des CBR nur recht und billig, Forderungen auf deutsche Ressourcen zu erheben. Ähnlich dachte auch der Eupener Bürgermeister Hugo Zimmermann, dem es allerdings um das Wasser der deutschen Nachbarregionen ging. Sein Ziel war weniger eine großflächige Annexion als eine Umleitung der Abflüsse des Rursees, wodurch »die wichtigsten Industrien von Düren nach Eupen verpflanzt« würden. Die Einbeziehung dieser Gebiete in eine belgische Besatzungszone sei dafür jedoch unabdingbar.[69]

Die belgischen Forderungen entsprangen somit vor allem wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die nach zwei Okkupationen während der beiden Weltkriege fast schon ein moralisches Gebot darzustellen schienen. Die internationale Situation, die Rolle der Alliierten oder die Konsequenzen der Angliederung umfassender deutscher Gebietsteile für die betroffene Bevölkerung wurden in den CBR-Studien vernachlässigt. Umso

66 AMAEB, 12891-I, Emile Duquesne, *La Belgique et l'Allemagne*, 18.7.1945.

67 Vgl. Xavier Mabille, *La Belgique depuis la Seconde Guerre mondiale*, Brüssel, 2003, S. 58–59.

68 Für unseren Zusammenhang von besonderem Interesse: Philippe Sunou, *Les prisonniers de guerre allemands en Belgique et la bataille du charbon, 1945–1947*, (= Travaux du Centre d'Histoire militaire, 15), Brüssel, 1980; Alan S. Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, Berkeley/Los Angeles, 1992, S. 46–64.

69 CEGES, AA 1882, Z 238–9-7, *Note relative au relèvement économique de la ville d'Eupen*, 18.11.1945.

herausragender war der Stellenwert, der diesen Aspekten in den Überlegungen des Außenministeriums zukam.

Die Erarbeitung einer Regierungsposition im Brüsseler Außenministerium

In einem Bericht vom 7. April 1945 informierte John G. Winant, US-Botschafter in London, Außenminister Marshall über die von seinem belgischen Botschafterkollegen vor dem *EAC* vorgebrachten Forderungen zu Änderungen an der deutsch-belgischen Grenze. Neben der angestrebten Wiederherstellung des Vorkriegsgrenzverlaufs enthielt er neue Elemente: »Eine vertiefte Betrachtung hat die Regierung dazu gebracht, kleinere Berichtigungen am Grenzverlauf zu fordern, so wie er auf der Basis […] des Versailler Vertrags entstanden war.« Im Kern ging es um die Enklaven, die durch den Verlauf der belgischen »Vennbahn« über deutsches Gebiet entstanden waren. Belgien erwäge die Möglichkeit, seine Reparationen zu sichern, indem ihm gewisse in Grenznähe gelegene natürliche Ressourcen übertragen werden sollten. Derartige Reparationen könnten die zeitweilige oder definitive Angliederung benachbarter Territorien auch außerhalb des Kreises Monschau betreffen.[70]

Die Quellenlage ermöglicht es nicht, den genauen Entstehungszusammenhang der in London aufgeführten Vorschläge zu ermitteln. Ein Zusammenhang mit der gleichzeitig durch die belgischen Truppen in Deutschland durchgeführten Suche nach geraubtem belgischem Material und der damit verbundenen Sicherstellung von Reparationsleistungen in kleinerem Umfang (Holz- und Kohlelieferungen) erscheint jedoch wahrscheinlich. Ende März 1945 hatte General Gérard eine wirtschaftliche Erkundungsmission im besetzten Teil Deutschlands angeregt.[71] Kurze Zeit später warb er für eine stärkere belgische Präsenz im Raum Aachen; Franzosen und Niederländer seien dort in wesentlich größerer Anzahl vertreten, um ihre Interessen zu wahren.[72] Bei der von Niederländern und Franzosen im Rheinland durchgeführten »Propaganda« dürfe Belgien nicht abseits stehen.[73] Im Kabinett des Verteidigungsministers verhielt man sich in dieser Beziehung jedoch abwartend.

In einem Vermerk vom 8. April skizzierte der Verbindungsoffizier beim Außenministerium, Major Gilliard, die wichtigsten Elemente der belgischen *Präsenzpolitik* in Deutschland. In Bezug auf die Besetzung Deutschlands solle Belgien eine ähnliche Rolle spielen wie 1919 – dies bildete die Grundlage für die Forderung nach einer eigenen

70 *FRUS*, 1945, III, S. 220–221.
71 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Gérard an Verteidigungsminister (Kabinett), 29.3.1945.
72 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Gérard an Verteidigungsminister (Kabinett), 7.4.1945.
73 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Gérard an Verteidigungsminister (Kabniett), 9.4.1945.

Besatzungszone. Politisch sei außerdem eine Beteiligung an allen Kontrollinstanzen unabdingbar, ein Zustand der Unterlegenheit gegenüber Frankreich und den Niederlanden solle vermieden werden, gegenüber den Deutschen solle man deutlich als Sieger auftreten. Und als ob es noch weiterer Belege für das Prestigedenken, das hinter solchen Überlegungen stand, bedurft hätte, bemerkte Gilliard schließlich, das gesamte Auftreten in und gegenüber Deutschland müsse »von der großen Vitalität Belgiens zeugen«.[74]

Nach diesen doch sehr allgemeinen Aussagen wurde Gilliard konkreter, indem er den schnellen Zugang zum deutschen Markt propagierte. Zum einen dachte er dabei an die Einfuhr deutscher Rohstoffe, die für die belgische Industrie wesentlich seien, wie das Holz der Eifelwälder, die Aachener Kohle und das Wasser der Urfttalsperre. Zum anderen sollten die Verkehrsverbindungen des »rheinisch-westfälischen Beckens« mit dem Antwerpener Hafen verbessert werden. Um dies zu erreichen, forderte er die Einbeziehung aller Regionen, deren Angliederung erwogen werde, in eine belgische Besatzungszone, sowie der Gebiete, »bei denen die Möglichkeit besteht, ihre Exporte in Richtung unserer Industrie und unserer Verkehrsverbindungen zu orientieren«.[75]

Mit diesen Forderungen befand sich der Offizier in Einklang mit den Vorstellungen, die der Diplomat Robert Fenaux in einem längeren Vermerk für Außenminister Spaak entwickelte. Es handelt sich um das erste Dokument, in dem das Außenministerium detaillierte Überlegungen anstellte, welche territorialen Reparationen anzustreben seien.[76] Grundsätzlich sei »das historische Argument im modernen Öffentlichen Recht nur noch von begrenztem Wert. […] Das Argument einer Reparation der erlittenen Kriegsschäden hat also wesentlich mehr Gewicht […].« Aufgrund seiner Ausführungen entwarf Fenaux schließlich bestimmte territoriale Reparationsansprüche. Die Enklaven der bereits erwähnten Eisenbahnstrecke, die Wälder zwischen Mérode und Prüm, das Mittelstück der Eisenbahnstrecke Köln-Luxemburg und die Talsperren von Rur und Urft bildeten die weitestgehenden Forderungen, die im Außenministerium auf deutsches Territorium nach dem Zweiten Weltkrieg erhoben wurden. Die Gebiete sollten entweder zeitweilig oder auf der Grundlage eines nicht näher erläuterten Sonderregimes an Belgien angegliedert werden. Fenaux wies in seiner Schlussfolgerung außerdem darauf hin, eine Wiederholung der Ereignisse der Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy müsse um jeden Preis vermieden werden.

Bei einer Begegnung mit dem Geographen Pierre de Béthune ließ sich Fenaux die Schlüssigkeit seiner Forderungen bestätigen. Ziel müsse es sein, die einzugliedernden

74 *DDB*, II, n°33, S. 132–134.

75 Ebenda.

76 AMAEB, 12887, Note schématique résumant les arguments par lesquels la Belgique peut justifier les revendications territoriales qu'elle formulera au dépens de l'Allemagne vaincue, 13.4.1945.

Regionen wirtschaftlich nach Lüttich zu orientieren, »was eine wesentlich intelligentere Regierungspolitik als nach dem Ersten Weltkrieg voraussetzen würde, als Eupen-Malmedy weiter Richtung Aachen orientiert gewesen sei«.[77] Das Beispiel der nach dem Ersten Weltkrieg eingegliederten Gebiete hatte augenscheinlich seine Spuren hinterlassen.

Das Außenministerium hatte im April 1945 die Federführung in der Reparationsfrage übernommen und drückte jetzt aufs Tempo.[78] Zu den alliierten Besprechungen über die Zukunft Deutschlands, die dem Kriegsende folgen würden, sollte eine belgische Position her. Zudem wurde von den Militärs jeder Schritt von Franzosen und Niederländern im besetzten Teil Deutschlands zum Anlass genommen, Druck auf die Diplomaten in Brüssel auszuüben.[79] Der Kommandeur der *SHAEF*-Mission in Belgien, General Erskine, musste die Regierung in ihrem Eifer bremsen, indem er ihr in Erinnerung rief, dass er der alliierte Kommunikationskanal in der Frage wirtschaftlicher Reparationen sei.[80]

Am 24. Mai 1945 befasste sich erstmals der Ministerrat mit der Frage der territorialen Reparationen. Spaak präsentierte Forderungen, die »eher wirtschaftlichen als historischen Gesichtspunkten entspringen. Das Gebiet, das wir fordern würden, würde 60.000 ha Wald, zwei Talsperren und einige Eisenbahnstrecken beinhalten. Es wären 100.000 Deutsche betroffen.« Wirtschaftsminister de Smaele und der für Versorgung zuständige kommunistische Minister Edgar Lalmand brachten die Befürchtung vor der Entstehung einer »Irredenta« zum Ausdruck. »Das Gebiet, das Belgien annektieren würde, stellt doch keine Reparation für die erlittenen Schäden dar. Das ist gerade einmal eine Vorspeise, für jemanden mit großem Appetit.«[81] Von größerem Interesse als die Anmerkungen der Ministerkollegen ist jedoch die Vorgehensweise des Außenministers. Man wird feststellen dürfen, dass er sich die Überlegungen von Robert Fenaux, der dem wirtschaftlichen Argument große Bedeutung zukommen ließ, zu Eigen gemacht hatte. Andererseits ließ er den Ministerrat über konkrete Forderungen im Unklaren und erläuterte nur deren Umfang. Offensichtlich lagen hier nicht alle Karten auf dem Kabinettstisch.

Nur einen Tag später hatte Spaak die Gelegenheit, seine Ansichten gegenüber dem französischen Botschafter Brugère darzulegen. Dort machte er keinen Hehl aus sei-

77 AMAEB 12891-I, Note sur une conférence donnée par le Baron Prof. Pierre de Béthune intitulée »Les frontières de la Belgique«, 19.4.1945.

78 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Protokoll einer Versammlung im Außenministerium [geheim und vertraulich], 18.4.1945. Ebenda, Versammlung des Koordinationsausschusses, 28.4.1945.

79 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Vermerk für den Ministerrat, 24.4.1945.

80 CEGES, *Papiers Gérard*, IV-1a, Erskine an Premierminister Van Acker, 22.5.1945.

81 *Ministerratsprotokolle*, 24.5.1945, S. 5–6.

ner Ansicht, dass von »Deutschland keine substantiellen Reparationen in Form von Geldleistungen und selbst in Form von Naturalien« zu erwarten seien. Belgien wolle deshalb einige in der Nähe der Grenze gelegenen natürlichen Ressourcen durch Annexion erwerben, um seine »legitimen Ansprüche« zu befriedigen. In seinem Bericht nach Paris teilte Brugère mit, diese »Grenzberichtigungen« sollten »nach den Vorstellungen des Ministers« in keinem Fall die Frage einer Annexion von feindlicher oder unassimilierbarer Bevölkerung aufwerfen.[82]

An dieser Stelle herrscht Klärungsbedarf in Bezug auf Spaaks Haltung. Auf der einen Seite erschien ihm die Eingliederung von Teilen deutscher Bevölkerung alles andere als ein erstrebenswertes Ziel zu sein. Auf der anderen Seite präsentierte er im Ministerrat und – wenn auch noch wesentlich weniger handfest – gegenüber dem französischen Botschafter Ansprüche, welche die Eingliederung tausender Deutscher mit sich gebracht hätten. Sollte dies eine gemäßigte Position sein? Hatte Spaak im Frühjahr 1945 tatsächlich größere Annexionspläne, als es uns heute unter Kenntnis der folgenden Entwicklungen erscheinen will? Dass der innenpolitische Druck erheblich war, ist unbestreitbar. Eine moderate Politik gegenüber Deutschland erschien vielen Parlamentariern quer durch alle Parteien kaum ratsam. In einer Versammlung des »Verbandes der Ehemaligen der Rheinlandbesetzung« behauptete der sozialistische Senator Crabbe, Belgien sei »in der Zukunft nicht hinlänglich gegen einen erneuten Angriff geschützt«. Ein anderer Redner bemerkte, »ganz Deutschland sei an den Verbrechen der Nazis mitschuldig und müsse dafür bezahlen«. Der unumgängliche Pierre Nothomb erhielt wieder einmal Gelegenheit, seine Vorstellungen in Bezug auf die Annexion deutscher Gebiete und die Bildung eines Rheinstaates zu verbreiten. Alle Teilnehmer riefen zum Schluss zur »nationalen Einigkeit« auf.[83]

Es scheint angebracht, auf die ziemlich unklare Situation hinzuweisen, die diese Monate bestimmte. Anti-deutsche Ressentiments, die sich auf sehr emotionale Weise äußerten, und nationales Prestigedenken schufen eine Atmosphäre, der sich wohl auch der Außenminister – trotz seiner oft wochenlangen Abwesenheiten wegen internationaler Verpflichtungen[84] – auf Dauer nicht entziehen konnte, wollte er einen möglichst breiten Konsens in der Deutschlandpolitik erreichen. Dass er dabei jedoch das Heft des Handelns in der Hand behalten wollte, belegen schon die eher unscharfe Information seiner Ministerkollegen und die faktische Nichteinbeziehung des Parlaments – zumal des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten – in die Entscheidungsfindung.

82 *DDF*, 1945, I, n°376, S. 690–691.
83 *Grenz-Echo*, 31.5.1945, S. 1.
84 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 375–405.

Die Konferenz von Potsdam stellte einige Wochen später entscheidende Weichen für die Zukunft Deutschlands. In der Frage der Reparationen konnte jedoch keine Regelung erzielt werden. Dies veranlasste Spaak, den »Außenminister eines zu kleinen Landes«[85], zu einer Neueinschätzung der Situation. Er zeigte sich enttäuscht und spielte wiederum gegenüber dem französischen Botschafter Brugère »unter anderem auf die Region von Aachen an: ohne dass sie definitiv an Belgien oder Holland fallen sollte, könnte sie […] mit einem Regime ausgestattet werden wie jenes, das 1919 im Saarland eingerichtet worden war«.[86] Dieser ebenso originelle wie eigenwillige Vorschlag hat jedoch im Regierungshandeln keine weiteren Spuren hinterlassen und muss wohl als eine spontane Äußerung der Enttäuschung eingestuft werden. Man kann vermuten, dass Spaak ihn aus annexionistischen Kreisen übernommen hatte, tauchte er doch in einer Verlautbarung des CBR im November 1946 wieder auf.[87]

Spuren hinterließen jedoch die niederländischen Territorialforderungen – und zwar bei den Mitgliedern des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. In einem ziemlich aufgepeitschten Klima waren im nördlichen Nachbarland sehr viel stärkere annexionistische Haltungen offenbar geworden, die im Gegensatz zu Belgien bis in die Regierung hineinreichten.[88] Der Sozialist Piérard erwähnte die niederländischen Ansprüche, um festzustellen, dass »man in Belgien im Allgemeinen gegen Annexionen sei, doch sei man günstig gestimmt«, die Kreise Monschau und Schleiden mit ihren Waldungen und ihren Wasserreserven an Belgien anzugliedern. Spaak wohnte dieser Sitzung bei, äußerte sich aber nicht recht deutlich zur Frage einer »Verschiebung der belgischen Ostgrenze«.[89]

Es ist heute nicht mehr nachzuweisen, wie Spaak zwischen Königsfrage und UNO (um nur zwei Hauptprobleme zu nennen) im August 1945 über die deutsche Frage und die belgische Haltung gedacht hat. Die Quellen lassen uns hier im Unklaren. In einer Plenarsitzung des Senats am 30. August 1945 trat jedenfalls ein anderer Spaak auf, dessen Vorstellungen vielleicht keine konkretere Form angenommen hatten, dessen Überlegungen sich nunmehr jedoch auf einer anderen – internationaleren – Grundlage bewegten. Pierre Nothomb hatte eine Interpellation »zu den Defiziten der Außenpolitik der Regierung in Bezug auf die Probleme der Reparationen und der Sicherheiten, die

85 »Ich bedauere es manchmal, der Außenminister eines zu kleinen Landes zu sein«. Spaak an Simonne Dear, 2.5.1945, zitiert nach: Dumoulin, *Spaak*, S. 386.

86 *DDF*, 1945, II, n°91, S. 235–236.

87 *Grenz-Echo*, 29.11.1946, S. 1.

88 Frieso Wielanga, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster, 2000, S. 36–46.

89 *Grenz-Echo*, 7.8.1945, S. 1.

wir von Deutschland verlangen sollten« angemeldet. »Ich wundere mich, dass man es nicht wagt, in einem bedrohten Land wie dem unseren, einem Land ohne natürliche Grenzen, von dem man sagen kann, dass es nur durch seine Seele zusammengehalten wird, das seit Jahrhunderten Widerstand leistet, ohne dass ihm die Natur eine materielle Sicherheit gegeben hätte, von der Notwendigkeit zu sprechen, solide Grenzen zu haben.«[90] Nach diesen Betrachtungen, die sicher das Geschichtsbild zahlreicher Belgier quer durch fast alle politischen Lager in dieser Zeit widerspiegelten, erklärte Nothomb, dass »unsere sicherste Reparation – zusammen mit unserer Sicherheit – die territoriale sein muss. […] Ich sage Ihnen gleich, mich interessieren nur die Talsperren, die Wälder und die Minen, man muss keinen Deutschen nehmen. Dazu haben wir keine Lust und wir haben es auch nicht nötig.«[91] Die Interpellation schloss mit dem nunmehr schon bekannten Vorwurf, der Minister ignoriere das CBR und schwäche damit seinen Rückhalt in der Öffentlichkeit. Indem der Minister die Zusammenarbeit verweigere, im Gegensatz zu seinen niederländischen Kollegen, trage er die Verantwortung für die Konsequenz: »Wir sind noch nirgendwo!«[92]

Spaak war an diesem Tag erkennbar gut vorbereitet (was sonst eigentlich nicht zu seinen Stärken gehörte[93]) und in rhetorischer Hochform. Die Replik auf Nothombs Interpellation kam zunächst im Plauderton daher: »Ich habe keine großen Annexionsprojekte, und das Beispiel, nicht etwa der niederländischen Regierung, sondern verschiedener Gruppierungen, die so manche Broschüre und so manche Karte publizieren, lässt mich Ihnen Folgendes sagen: – Herr Nothomb, ich denke, Sie verstehen die Anspielung – wer hat nicht, nach einem Krieg, sein kleines *Comité de Politique Nationale*?«[94] Nachdem sich die – im Bericht verzeichnete – allgemeine Heiterkeit gelegt hatte, gab nun der Staatsmann seine Visitenkarte ab: »Die niederländische Regierung ist weise genug, sich nicht auf eine Politik einzulassen, die für die Zukunft Europas wahrscheinlich heute nur schwer abzuschätzende Konsequenzen haben könnte, die aber wohl kaum glücklich sein würden. Was mich betrifft, so sind meine Annexionswünsche doch eher begrenzt. Es handelt sich um Grenzberichtigungen und, wenn möglich, die Nutzung mancher Reichtümer, Holz, Wälder und Talsperren, die direkt in unserer Reichweite liegen. Aber wir sollten uns keine Illusionen machen. Ich habe genau geprüft, was dies wirtschaftlich bedeutet: es ist interessant, aber nicht beträchtlich, und es ist sicher nicht genug.«

90 *APS*, 1944–1945, 28.8.1945, S. 614.
91 Ebenda, S. 616.
92 Ebenda, S. 618.
93 Vgl. Jean Stengers, *Léopold III*, S. 196–197.
94 *APS*, 1944–1945, 30.8.1945, S. 666.

Wenn auch der Umfang der geforderten Grenzberichtigungen sich nicht verändert zu haben scheint, so gibt es doch ein wesentliches neues Element. Spaak bringt zum erstenmal die Zukunft Europas ins Spiel, die von einer prononcierteren Annexionspolitik in gefährlicher Weise betroffen sein könnte. War hier schon der »überzeugte Europäer« Spaak am Werk? Wahrscheinlich nicht. Eher schon hat man es mit einem belgischen Außenminister zu tun, der während der zahlreichen Begegnungen mit alliierten Politikern, die der Gründung der Vereinten Nationen und dem Kriegsende in Europa folgten, zu einer pragmatischen Einschätzung der dortigen Korridorgespräche gelangte. Während die niederländische Seite ihre Haltung gegenüber dem besiegten Deutschland vor allem auf wirtschaftspolitischer Basis reflektierte, spielten für die belgische Seite auch sicherheitspolitische Betrachtungen eine gewisse Rolle. Für einen großen Teil der Öffentlichkeit blieb Deutschland auch nach seiner Niederlage der Hauptfeind, gegen dessen Aggressionen man in Zukunft noch besser geschützt sein müsse. Den wichtigsten Unterschied in der Vorgehensweise bildete jedoch der Wille der Brüsseler Regierung, Deutschlandpolitik unbedingt auf der Grundlage eines französisch-britischen Einverständnisses betreiben zu wollen.[95] Vor dem Hintergrund der zunehmenden Aussichtslosigkeit der französischen Konzeptionen im Sommer und Herbst 1945 erwies sich eine solche Politik jedoch zunehmend als unrealistisch und ließ Belgien de facto immer stärker in die Nähe britischer Deutschlandpolitik rücken. Die Potsdamer Konferenz hatte außerdem den Wunsch der Benelux-Länder, an der Regelung der Zukunft Deutschlands beteiligt zu werden, sehr unwahrscheinlich werden lassen.[96] Und dies trotz der Klausel, die betroffene und interessierte Staaten einlud, den »Großen Vier« ihre Positionen in der Frage der Nachkriegsregelungen mitzuteilen. Es sollte bis zur Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948 dauern, bis man sich direkt Gehör verschaffen konnte.

Vorerst musste man sich in der Frage der Reparationen weiter mit der Ausarbeitung einer belgischen Position begnügen. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob eine Sicherung der wirtschaftlichen Reparationsforderungen nur durch gewisse Territorialforderungen zu gewährleisten sei. Im September 1945 erstellte das Außenministerium eine Aufstellung mit dem »wirtschaftlichen Wert« der deutschen Grenzkreise Schleiden und Monschau, aus der hervorging, dass »die betrachtete Region Ressourcen an Holz, Wasser, Strom und Kohle beinhaltet, die für die belgische Wirtschaft in höchstem Grade interessant sind«. So weit scheinbar nichts Neues … Entscheidend war jedoch ein Zusatz: »Der Teil der örtlichen Produktion, der Belgien angegliedert werden könnte,

95 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 102.

96 Als Beispiel: PRO/FO, 1086/31, Belgische Botschaft in London an *Foreign Office*, 28.9.1945.

ohne der normalen wirtschaftlichen Struktur der Industrieregion von Aachen, Düren, … in ernsthafter Weise zu schaden, scheint jedoch sehr begrenzt zu sein.«[97] Abgesehen von der immer wiederkehrenden Frage der Annexion deutscher Bevölkerungsteile an Belgien, wurde hier erstmals über die konkreten Folgen der belgischen Forderungen für das betreffende deutsche Gebiet nachgedacht. Die scheinbar simple, pragmatische Frage nach der Realisierbarkeit der Ansprüche rückte im Herbst 1945 immer mehr in den Vordergrund. Die direkte Folge war, dass im Außenministerium die Forderung nach der Annexion größerer Gebietsteile etwa im Aachener Industriebecken endgültig vom Tisch war. Künftig sollte es in den Überlegungen nur noch um die Grenzkreise Aachen-Land, Monschau und Schleiden gehen.

Unterdessen erfuhr auch die Öffentlichkeit durch Zeitungslektüre erstmals Genaueres zum Umfang der belgischen Forderungen gegenüber Deutschland. Das *Grenz-Echo*, die einzige belgische Tageszeitung deutscher Sprache, zeigte sich gut informiert und stellte Betrachtungen darüber an, wie die wirtschaftlichen Reparationen zu sichern seien. »Als sicher darf gelten, dass Belgien nicht den geringsten Wunsch hat, sich größere Teile der deutschen Bevölkerung einzuverleiben.«[98] Redaktionsleiter Henri Michel besaß mit Kurt Grünebaum[99] einen großen Deutschlandkenner als Parlamentsberichterstatter in Brüssel, der ihm Informationen aus dem Kreis des Auswärtigen Ausschusses des Senats zukommen ließ. Im Grenzgebiet hatte Michel, ehemaliger Häftling des KZ Sachsenhausen, mit seiner Zeitung eine monopolartige Stellung inne. Er nutzte seine Brückenfunktion zwischen der Presse im Landesinneren, die seine Einschätzungen oft wiedergab, und den Zeitungen im Aachener und Kölner Raum konsequent und erreichte so eine Wirkung, die weit über den naturgemäß eher kleinen Leserkreis des *Grenz-Echo* hinausging. Aber auch ein anderer Mann spielte eine wichtige politische Rolle: Der beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen stand wie kein Zweiter für die Regierungspolitik im ehemaligen Eupen-Malmedy, das nun häufig als »Ostkantone« bezeichnet wurde.[100] Der »starke Mann der Ostkantone«[101] stand für eine konsequente Neuorientierung der dortigen Bevölkerung in Richtung Brüssel, jede Möglichkeit zu

97 AMAEB, 12887, Valeur économique des Cercles de Montjoie et de Schleiden (avec empiètement sur les cercles d'Aix-la-Chapelle et Düren au Nord, de Prüm et Daun au Sud), September 1945.

98 *Grenz-Echo*, 20.9.1945, S. 1.

99 Zur Biographie Grünebaums, eines der großen Kenner der Beziehungen zwischen seinem Geburtsland und seinem Gastland, s. Roland Baumann, Kurt Grünebaum, entre l'Allemagne et la Belgique, in: Ders. und Hubert Roland (Hg.), *Carl Einstein in Brüssel: Dialoge über Grenzen. Carl-Einstein-Kolloquium 1998*, Frankfurt a.M./u.a., 2001, S. 277–292.

100 Vgl. Gerd Kleu, *Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945–1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith*, Essen, 2007, S. 37ff.

101 Cremer/Mießen, *Spuren*, S. 27; Lejeune, *Säuberungen*, Bd. 2, S. 31–35.

einer Orientierung gen Deutschland sollte unterbunden werden. Im Dezember 1945 äußerte sich Hoen in einem Bericht an das Außenministerium zur Grenzfrage und regte die Annexion des Kreises Monschau und des bewaldeten Teils des Kreises Schleiden an. Was die Reparationen anbelange, so könne man mit Hilfe der belgischen Besatzungstruppen deutsche Ressourcen auf dem Schienenweg nach Belgien transferieren.[102]

In der Zwischenzeit musste im Außenministerium in der Frage der wirtschaftlichen Reparation jedoch eine klarere Position bezogen werden. Hervé de Gruben hatte dazu festgestellt, dass der deutsche Markt in der Vorkriegszeit »ungefähr zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Gesamtheit des Außenhandels ausmachte«. Damit sollte endgültig klar gemacht werden, dass Belgien an einer stabilen (west-)deutschen Wirtschaft interessiert sei. Dazu könne man einer Internationalisierung des Ruhrgebiets zustimmen.[103] Gegenüber der amerikanischen Seite betonte Spaak bei einer Zusammenkunft im *State Departement*, Belgien könne eine französische Präsenz im Grenzgebiet und im Kölner Raum nicht akzeptieren und bestehe auf der Nutzung deutscher Ressourcen im Grenzgebiet als Reparationsleistungen.[104] Eine erste Entscheidung in dieser komplizierten Angelegenheit fiel auf einer interalliierten Konferenz, die vom 9. November bis zum 21. Dezember 1945 in Paris tagte. Belgien erhielt Anrecht auf 4,5 Prozent der Ausstattung, die Deutschland im Hinblick auf die Zerstörung seiner Kriegsindustrie entnommen werden sollten. Außerdem standen ihm 2,7 Prozent der Reparationsmasse zu, die aus deutschem Besitz im Ausland und gewissen Überschüssen der laufenden Produktion gebildet werden sollte. Diese Quoten wurden ab 1946 von der Brüsseler Interalliierten Reparationsagentur überwacht.[105] Damit sollte das Problem der wirtschaftlichen Reparationen vorerst von der Bildfläche verschwinden. Die territorialen Fragen nahmen demgegenüber an Bedeutung zu.

Vom Willen mitzureden. Entwicklungen der Deutschlandpolitik im Jahr 1946

Das Jahr 1946 stand für die belgische Außenpolitik ganz im Zeichen der Forderungen nach einer Beteiligung an der Nachkriegsregelung für Deutschland. Wenn auch die Potsdamer Beschlüsse diesen Wunsch entscheidend lähmten und die Verhandlungen mit den Briten über die Rolle der belgischen Truppen in Deutschland einen weiteren

102 AMAEB, 12891-I, Henri Hoen an Außenministerium, 5.12.1945.

103 AMAEB, 11837, Vermerk von de Gruben, 31.10.1945.

104 AMAEB, 11858, Compte rendu de la réunion au Département d'Etat le 1er octobre 1945, 2.10.1945. Vgl. Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 346–347.

105 Vanlangenhove, *Sécurité*, S. 217. Vgl. Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 347; Benz, *Potsdam*, S. 161.

Hemmschuh bildeten, so ließ man doch nicht locker. Langsam reifte die Erkenntnis, dass eine solche Beteiligung, wenn überhaupt, dann nur gemeinsam mit der niederländischen Regierung erzielt werden konnte. Mit vereinten Kräften konnten die Benelux-Länder eine kritische Masse bilden, die in Einzelfällen ihre eigentliche Bedeutung im »Konzert der Großen« würde weit übertreffen können.[106] Doch wurden niederländisch-belgische Konsultationen, die eigentlich im Herbst 1945 zunächst wohl auf belgisches Betreiben angeregt worden waren, immer wieder vertagt. In den Augen der Regierungen schien die internationale Situation eine klare Stellungnahme noch nicht zuzulassen. Warten auf britische und französische Entscheidungen hieß das Gebot der Stunde, zumal das Risiko eines Scheiterns unbedingt vermieden werden sollte.[107]

Hier sollte sich dann besonders deutlich der belgische Wille zeigen, zwischen den Konzeptionen Frankreichs und Großbritanniens zu vermitteln. Anfang Januar 1946 entwickelte de Gruben seine Vorstellung einer »Internationalisierung aller Probleme«, die Deutschland betrafen, durch Organisationen, »in denen jedes Land in Hinsicht auf seine Interessen vertreten« sein soll. Ein »Hoher Rat der vier Alliierten« sollte diese Organisationen überwachen.[108] Brouwer bemerkt wohl zurecht, diese der Vermittlerposition geschuldeten allzu abstrakten Gedankengänge hätten kaum Überzeugungskraft gehabt.[109]

Gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Brüssel, Admiral Kirk, legte Spaak am 16. April 1946 die vorläufige belgische Haltung dar. Um das deutsche Kriegspotential zu vernichten, sei eine Internationalisierung der Ruhrwirtschaft unabdingbar; eine politische Internationalisierung sei hingegen genau so völlig undenkbar wie eine Regelung, die das Rheinland zum ausschließlich französischen Einflussbereich machen würde. Außerdem solle die UdSSR an einer Regelung der Ruhrfrage beteiligt werden.[110] Diese klare Abgrenzung von der französischen Position, die man, trotz eindeutig gegenläufiger Interessen, immer wieder in die Pläne und Vorstellungen einzubeziehen versucht hatte, war eine direkte Reaktion auf ein Treffen Spaaks mit dem britischen Außenminister Bevin.

106 Vgl. Wichard Woyke, *Erfolg*.

107 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 104.

108 AMAEB, 11839, Esquisse d'une conciliation des intérêts divergents des puissances occidentales sur la rive gauche du Rhin, 5.1.1946. Zum Kontext, siehe auch: Beate Dorfey, *Die Benelux-Länder und die internationale Ruhrkontrollbehörde. Kontrolle oder europäische Integration?*, Essen, 1999, S. 18–20.

109 Vgl. Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 104.

110 FRUS, 1946, II, S. 63–64. Vgl. Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 348.

Anfang April 1946 hatte dieser seinen belgischen Kollegen über die britischen Vorstellungen zur Zukunft des Rhein-Ruhr-Gebiets in Kenntnis gesetzt. Überhaupt waren die Briten dem Ansinnen von Niederländern und Belgiern noch am freundlichsten zugetan. So sicherte das *Foreign Office* dem britischen Botschafter in Den Haag, Sir Neville Bland, zu, die Briten hätten »versprochen, Belgien und die Niederlande zu einer gewissen Etappe ins Spiel zu bringen im Hinblick auf die Ruhr und die Westgrenze, wahrscheinlich, bevor eine endgültige Entscheidung erreicht wird«. Der Zeitpunkt sei hingegen nicht abzusehen.[111]

Bekanntlich wurden im *Foreign Office* zu dieser Zeit zwei konkrete Möglichkeiten erwogen, die sich eigentlich noch nicht einmal ausschlossen. Zum einen stand ein Ruhr-Konsortium im Raum, an dem die Benelux-Länder, Frankreich, Großbritannien und vielleicht die Sowjetunion beteiligt sein sollten. Zum anderen plante man die Errichtung einer neuen »Provinz« an Rhein und Ruhr.[112] Der 17. April 1947 sorgte schließlich in Brüssel für große Erleichterung. An diesem Tag wies die britische Regierung offiziell die französischen Pläne einer Abtrennung des Ruhrgebiets zurück und garantierte mithin eine weitere britische Präsenz in Deutschland.[113]

Damit war in den niederländisch-belgischen Bemühungen der Bann gebrochen. Von nun an sollte auf konkreteren Grundlagen diskutiert und eine gemeinsame Konzeption entwickelt werden. Den Startschuss bildeten belgisch-niederländische Regierungskonsultationen in Den Haag am 17. und 18. April 1946.[114] Für die Konferenz von Paris, die am 25. April beginnen sollte, strebte man eine Einladung für den Fall einer Erörterung der rheinisch-westfälischen Frage durch die Vertreter der Alliierten an.[115] Spaak gelang es im Parlament überraschend leicht, sich die vollständige Handlungsfreiheit für die Verhandlungen zu sichern.[116] Es entstand bei ihm jedoch schnell der Eindruck, der Gegensatz zwischen Großbritannien und Frankreich, das eine belgisch-niederländische

111 PRO/FO, 371/55726, Foreign Office an Sir Neville Bland, 14.3.1946.

112 Ebenda. Vgl. Rolf Steininger, Großbritannien und die Gründung Nordrhein-Westfalens, in: Kurt Düwell (Hg.), *Nordrhein-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3, Wuppertal, 1984, S. 214–231; Beate Dorfey, *Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945–1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung*, Köln, 1993, S. 140–165.

113 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 103 und 105; Deloge, *Coopération difficile*, S. 141.

114 *AdG*, 1946, n°16, S. 728–729.

115 AMAEB 11853, Vermerk P (Direktor der Politischen Abteilung), 21.3.1946; Vermerk des Generalsekretärs Vanlangenhove über ein Gespräch Spaaks mit dem niederländischen Premierminister Schemmerhorn und seinem Außenminister van Roijen, 17.4.1946. Zum Verlauf der Verhandlungen: Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 105–107; Dorfey, *Kontrolle*, S. 20–22; Deloge, *Coopération*, S. 141–142; Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 349–350.

116 *APC*, 1946, S. 152 ff.

Beteiligung mittlerweile ebenfalls in Aussicht gestellt hatte, behindere die Bemühungen der kleinen Länder. Vor allem die französische Intransigenz stieß mehr und mehr auf Unverständnis. »Die Franzosen glauben«, so Spaak noch im November 1946 gegenüber Premierminister Huysmans, »dass es eine deutsch-französische Frage gibt, so wie nach dem anderen Krieg [gemeint ist der Erste Weltkrieg; C.B.]. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass die deutsche Frage heute ein Element der Beziehungen zwischen den Angelsachsen und den Russen ist.«[117]

Während der Verhandlungen im Mai und Juni 1946, die an dieser Stelle nicht nachgezeichnet zu werden brauchen, kristallisierten sich recht schnell entscheidende Gegensätze zwischen den Regierungen Brüssels und Den Haags heraus. Die Belgier reklamierten weiterhin die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, forderten ansonsten jedoch eine starke Dezentralisierung. Die einzelnen Provinzen sollten nur wirtschaftliche Bande knüpfen können. Diese Position stieß in den Niederlanden auf wenig Gegenliebe und wurde als unnötiges Zugeständnis an die französische Seite betrachtet. Der neue Außenminister van Boetzelaar, zuvor Direktor der Politischen Abteilung im Außenministerium, trat für eine föderalistische Staatsform ein. Trotz beidseitiger Ausdrücke des Bedauerns wurden die Gespräche im Juni 1946 abgebrochen. Ein gemeinsames Kommuniqué kam dennoch zustande, in dem man, neben einer Wiederholung der Forderung nach Beteiligung am Entscheidungsprozess, auf die generelle Schwierigkeit hinwies, »das Interesse der Alliierten, Deutschland durch eine Teilung zu schwächen, mit dem Nationalgefühl der Deutschen, das sie die Beibehaltung der Einheit erhoffen lässt, zu verbinden«.[118]

Neuen Schwung in die Angelegenheit brachte erst die Byrnes-Rede in Stuttgart im September 1946.[119] Vor allem die Botschaft, den Deutschen wieder mehr Verantwortung in Verwaltung und Politik übergeben zu wollen, stieß in Brüssel nicht auf taube Ohren. Für die belgische Regierung war es nunmehr klar, dass die Franzosen sich früher oder später würden beugen müssen. Die Vermittlerposition war somit obsolet geworden, was Spaak und das Kabinett im Dezember 1946 bewog, die britische Position zum alleinigen Maßstab der belgischen Vorstellungen zu machen.[120] Dies belegten dann die drei Memoranden zur Jahreswende 1946/1947.

117 Spaak an Huysmans, 29.11.1946, zitiert nach: Dumoulin, *Spaak*, S. 399.

118 *DDB*, II, nº5–8, S. 80–85.

119 Wolfgang Benz, *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*, München, 1999, S. 52.

120 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 107.

Seismische Aktivitäten: Das CBR und seine internationale Zusammenarbeit

Trotz aller Vorbehalte der Rheinkomitee-Mitglieder um Pierre Nothomb gegenüber der französischen Deutschlandpolitik hatte sich das Brüsseler Komitee schnell um Kontakte mit Gleichgesinnten im Ausland bemüht. In einem gemeinsamen Schreiben wandten sich das CBR und das *Nederlandsche Comité voor Gebiedsuitbreiding* am 1. April 1946 an ihre jeweiligen Regierungen. Wenn Russen und Polen ohne vorherigen Friedensvertrag deutsche Grenzen verschöben, sollte es doch normal sein, dies auch mit dem Rheinland und dem Emstal durchführen zu können, so der Tenor.[121] Für das CBR war das gemeinsame Vorgehen der beiden Komitees auch eine Möglichkeit, wieder einmal auf die vermeintliche Passivität der belgischen Regierung bezüglich ihrer Forderungen gegenüber Deutschland hinzuweisen. Schließlich galt die niederländische Regierung gegenüber den Argumenten der verschiedenen Druckgruppen als aufgeschlossener.

Wesentlich nachhaltigeren Eindruck hinterließ jedoch die Zusammenarbeit des CBR mit dem französischen *Comité de la rive gauche du Rhin* (CRGR). Dessen Präsident Albert Mallez, gleichzeitig Ehrenvorsitzender der *Association française de la Sarre*, sprach im Februar 1946 gegenüber Prinz Louis de Mérode die Einladung aus, an der Prüfung der Rhein-Ruhr-Frage teilzunehmen. So sollte »eine gemeinsame Aktion bei unseren Regierungen« erreicht werden.[122] Nachdem CBR-Sekretär Drion du Chapois das Angebot angenommen hatte, fand im Mai 1946 ein Treffen in Paris statt.[123] Am 26. Juni 1946 wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht.[124] Belgien sollte im Süden Teile der Kreise Prüm und Daun erhalten, außerdem »den Teil des Distrikts [sic] Aachen, der diese verlängert, bis einschließlich der Höhen, die die Rheinebene dominieren«. Von »Annexionen« keine Spur, es handele sich um »Grenzberichtigungen«. Dazu sollte das Rheinland »vollständig und endgültig von Deutschland abgetrennt werden«. Außerdem sei es »wichtig, die Ruhr und das Rheinland sowohl wirtschaftlich als auch militärisch dem deutschen Zugriff zu entziehen und die Wirtschaft dieser Länder zu internationalisieren«. Das *Nederlandsche Comité voor Gebiedsuitbreiding* beglückwünschte die beiden Bruderkomitees im August 1946 zu ihrem Standpunkt, verzichtete jedoch

121 AMAEB, 12891-I, CBR an Außenministerium, 1.4.1946.

122 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: correspondance avec le Comité de la rive gauche du Rhin, Mallez an de Mérode, 20.2.1946.

123 UCL, *Papiers Nothomb*, CBR: correspondance avec le Comité de la rive gauche du Rhin, Gesprächsprotokoll, 22.5.1946.

124 *AdG*, 1946, n°16, S. 790.

auf eine Unterzeichnung, um in der Ruhrfrage nicht die niederländische Öffentlichkeit gegen sich aufzubringen.[125]

Inhaltlich hatten in der französisch-belgischen Verlautbarung die Hardliner das letzte Wort gehabt. Neben *La Sécurité à l'Est* des im Herbst 1945 verstorbenen Oudenne sollten diese im Jahr 1946 eine neue »Bibel« erhalten. *Le sens de la guerre* [Der Sinn des Krieges] von Renaud de Briey, ebenfalls Mitglied des CBR, erneuerte die Forderungen auf eine vollständige Zähmung des »preußischen Militarismus« und erging sich in historischen Betrachtungen über das Rheinland und die Mittlerrolle Belgiens in Westeuropa.[126] Wenn auch nicht alle Rechtskonservativen diese Auffassungen und die daraus abgeleiteten Forderungen gegenüber Deutschland teilten, so wurde hier einmal mehr das Geschichts- und Belgienbild dieses Teils des politischen Spektrums deutlich. Hier wurde noch in der Terminologie des großen Historikers Henri Pirenne über die *civilisation belge* reflektiert.[127]

Erstmals stößt man im Zusammenhang mit dem Kommuniqué der beiden Komitees auf deutsche Reaktionen in Bezug auf eine mögliche Verschiebung der Westgrenze. Die Berichte, die das Außenministerium im Sommer 1946 erreichten, stammten aus Berlin. Dort hatte die belgische Regierung beim Alliierten Kontrollrat einen Verbindungsoffizier akkreditiert. General Georges Goethals erwies sich als Idealbesetzung.[128] Er war bis zum 10. Mai 1940 belgischer Militärattaché in der Reichshauptstadt gewesen und kannte mithin die deutschen Verhältnisse. Noch wichtiger aber war, dass es ihm sehr schnell gelang, exzellente Verbindungen zu den Alliierten zu knüpfen. Seine Berichte an Spaak bilden eine ergiebige Quelle zu den Anfängen des Kalten Kriegs in der »Frontstadt Berlin«.

Nur einen Tag nach der Veröffentlichung des Kommuniqués in der deutschen Presse warnte Goethals Spaak, der Text »hat manchen Leser glauben gemacht, es würde sich um ein Abkommen zwischen den Regierungen handeln und dass Belgien hier offiziell seine territorialen Forderungen formulieren würde. Etliche ausländische Beobachter

125 UCL, *Papiers Nothomb*, 5128, Vorsitzender des *Nederlandsche Comité voor de Gebiedsuitbreiding* an Albert Mallez, 8.8.1946.

126 Renaud de Briey, *Le sens de la guerre*, Brüssel, 1946.

127 Das belgische Geschichtsbild in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist wohl von keinem Werk so geprägt worden wie von Henri Pirenne, *Histoire de Belgique*, 7 Bde., Brüssel, 1900–1932. Die Entstehung der »belgischen Nation« wird hier weit in das Mittelalter und die Neuzeit verlegt. Die Auswirkungen auf die belgische Politik nach dem Ersten Weltkrieg resümierend: Pabst, Eupen-Malmedy, S. 224–254; Brüll, Un passé mouvementé, S. 24–25; Cremer/Mießen, *Spuren*, S. 8–9; Carlo Lejeune, »Des Deutschtums fernster Westen«, S. 494–499.

128 Stijn Polus, *Generaal G. Goethals: een biografische studie*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Sozial- und Militärwissenschaften, Königliche Militärschule, Brüssel, 1999.

haben mich dazu befragt. Es fiel mir leicht, ihnen verständlich zu machen, was das CBR ist und welche die Auswirkungen seiner Pläne sind. Wie dem auch sei, die Öffentlichkeit, die das nicht weiß, kann sich leicht irren, was die Natur dieses Dokuments betrifft. Es scheint mir, dass die Verfasser seinen Ursprung deutlicher hätten herausstellen sollen. Man muss jedoch hinzufügen, dass bisher noch keine deutsche Zeitung einen Kommentar zum Kommuniqué veröffentlicht hat.«[129] Im Bericht für den Monat Juli musste Goethals jedoch schon konkreter werden. »Die deutsche Öffentlichkeit ist überzeugt«, so der Verbindungsoffizier, »dass diese Annexionspläne von den Regierungen Frankreichs und Belgiens ausgehen«. Die Vertreter aller politischen Lager, von den Kommunisten über die SPD bis hin zu CDU und Zentrum, seien sich einig, dass »eine Zerstückelung Deutschlands der europäischen Einheit schaden und Unordnung schaffen würde, die ähnliche Reaktionen provozieren würde wie die, die zum Nationalsozialismus geführt haben«.[130] Neben dem Argument »Wiederkehr des Nationalsozialismus« ist hier die Anspielung auf die »Einheit Europas« hervorzuheben, die in den nächsten Jahren als ebenso vages wie redundantes (und letztendlich wirkungsvolles?) Argument der deutschen Seite in der Frage eventueller Gebietsabtrennung im Westen vorgebracht werden sollte.

Das Vorpreschen des CBR und die Reaktionen hatten der Regierung vor Augen geführt, welche Auswirkungen bei der Formulierung von offiziellen belgischen Forderungen auf deutsches Gebiet zu erwarten waren. In gewisser Weise durfte Spaak sich bestätigt fühlen, zielte sein Kurs doch darauf ab, das Thema mit Zurückhaltung zu behandeln, weshalb er auf Erörterungen in der Presse gerne verzichtete. In diesem Punkt muss wohl auch eine weitere Erklärung für die bereits erwähnte faktische Nichteinbeziehung der Parlamentsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten zu suchen sein.

Auf dem Weg zu den Memoranden

Bei der Lektüre der belgischen Berichte sticht vor allem ins Auge, wie sehr die Brüsseler Diplomaten sich bemühten, die sowjetische Position in ihre Analysen zu integrieren. Zwar schien schon eine gewisse Skepsis gegenüber deren Verhalten durch, doch war die Hoffnung auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik der »Großen Vier« immer präsent.[131] Während der Pariser Konferenz im Sommer 1946 gab Spaak sich eher skeptisch: »Solange die UdSSR rätselhaft bleibt, ist kein Frieden möglich, [denn] diese große

129 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/2, 11–15, Goethals an Spaak, 27.6.1946.
130 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/2, 11–15, Goethals an Spaak, 6.8.1946.
131 *DDB*, II, n°70, S. 200–202.

unbekannte Macht liegt schwer auf der Welt.«[132] Ihm selbst lag die Zuschauerrolle schwer im Magen und er fragte sich im November 1946 während der Generalversammlung der Vereinten Nationen, ob man nicht in San Francisco einen »schweren Fehler« begangen habe, indem man versucht habe, »eine Welt auf gemeinsamen rechtlichen und moralischen Prinzipien zu begründen, obwohl heute zwei verschiedene Welten existieren«.[133]

Am Rande der Pariser Konferenz hatte de Gruben den britischen Diplomaten Sir Oliver Harvey um ein Gespräch gebeten.[134] Ohne Umschweife gestand Harvey, dass es in Paris nicht mehr zu einer Erörterung der Belgien interessierenden Angelegenheiten kommen werde. Dafür würden sich aber bei der New Yorker Konferenz der Außenminister im November Möglichkeiten eröffnen, die Nachbarländer Deutschlands einzubeziehen. Während Frankreich und die USA den britischen Standpunkt teilen würden, habe sich die Sowjetunion noch nicht geäußert. Er könne sich jedoch nicht vorstellen, dass sie es Polen und der Tschechoslowakei verwehren würde, sich zur Zukunft Deutschlands zu erklären. So würden in New York vor allem die langfristigen Vorstellungen der diversen Regierungen erwartet. In der Folge bestätigte de Gruben, Belgien teile die Meinungen Großbritanniens in der Ruhrfrage und sehe ebenfalls die Vorteile, die sich aus der Gründung einer neuen »Provinz« [gemeint ist Nordrhein-Westfalen; C.B.] ergeben könnten. Im Gegenzug versicherte Harvey, die britische Regierung werde die belgische Seite weiterhin über ihre Schritte unterrichten, wie sie es im Übrigen auch mit Frankreich und den Niederlanden tue. Zum Abschluss verwies de Gruben noch einmal auf die schwierige Lage der belgischen Außenpolitik, die durch ihren Widerstand gegen die französischen Pläne immer wieder Gefahr laufe, von der Öffentlichkeit als »dem britischen Lager zugehörig« bezeichnet zu werden.

Kurze Zeit später lieferte der britische Botschafter in Brüssel, Knatchbull-Hugessen, seine Impressionen nach der Lektüre des Harvey-Berichts.[135] Auch wenn die belgische Regierung ihre den Briten sehr ähnliche Haltung sicher nicht mehr modifizieren werde, sei es doch eine Genugtuung festzustellen, »dass die belgische Öffentlichkeit im Allgemeinen nicht doch die französische Position bevorzugen« würde. Die zwei Okkupationen seien noch sehr präsent im Gedächtnis der Belgier, »die deshalb wohl auch eher von den Deutschen als von Deutschland sprechen. […] Außerhalb der offiziellen Kreise gibt es nur sehr wenige Belgier (und dies eher bei Flamen als bei Wallonen), die fähig sind zu würdigen, dass Deutschland ein Problem darstellt, das nicht einfach durch

132 Spaak an Simonne Dear, 22.8.1946, zitiert nach: Dumoulin, *Spaak*, S. 396.
133 Spaak an Simonne Dear, 18.11.1946, zitiert nach: ebenda, S. 397.
134 PRO/FO, 371/55912, Vermerk von Sir Oliver Harvey, 8.8.1946.
135 PRO/FO, 371/55912, Knatchbull-Hugessen an Attlee, 19.8.1946.

das Töten von Deutschen gelöst werden kann oder dadurch, dass man aus Deutschland eine Wildnis macht«. Dieses sehr strenge Urteil, das überspitzt, jedoch wohl zutreffend die Meinung etlicher Belgier beschrieb, stellte auch die – in den Augen des britischen Vertreters – »vernünftige« Haltung der belgischen Regierung heraus. Außerdem sei zu beobachten, dass die belgische Presse sich bemüht habe, von der Pariser Friedenskonferenz in besonnenen Artikeln zu berichten. Dies könne zur Aufklärung der öffentlichen Meinung beitragen; insbesondere den besser informierten Belgiern müsse klar sein, welche Gefahr entstünde, würden sich »die Deutschen in die Arme der Russen werfen«.

Es mögen solche Gedanken gewesen sein, die auch den belgischen Außenminister während der Sommermonate des Jahres 1946 beschäftigt haben. Jedenfalls reifte in diesen Wochen die Entscheidung in der Frage der belgischen Forderungen gegenüber Deutschland. Er teilte seine Überlegungen zunächst seinem sozialistischen Parteikollegen, Premierminister Camille Huysmans, in einem Brief vom 13. September 1946 mit.[136] Der Ministerrat müsse sich bald zu den belgischen Forderungen äußern, deshalb müsse man wissen, »ob wir, außerhalb der notwendigen Grenzberichtigungen, gewisse Annexionen für uns reklamieren werden. Von britischer und amerikanischer Seite hat man uns zu verstehen gegeben, dass, wenn dies unser Wunsch ist, jetzt der Moment gekommen ist, ihn darzulegen.« Er habe in dieser Frage eine Unterhaltung mit dem niederländischen Außenminister van Boetzelaer gehabt, der ihm die Vorstellungen seiner Regierung mitgeteilt habe. Die Haager Regierung sei gespalten zwischen zwei Projekten. Das eine beinhalte die Annexion von 700.000, das andere die Angliederung von 400.000–500.000 Deutschen. Noch einmal zum Vergleich: Bei der von Robert Fenaux im April 1945 entwickelten Maximalforderung der belgischen Regierung wären 100.000 Deutsche betroffen gewesen. Spaak präsentierte dem belgischen Premierminister seine Sicht: »Ich habe lange nachgedacht, ich habe, denke ich, alle Argumente für und wider die Annexionen abgewogen. Meine Schlussfolgerung ist, dass wir auf eine Annexionspolitik verzichten müssen. Auf den ersten Blick scheint es gewisse wirtschaftliche Vorteile zu geben, die im Übrigen bescheiden sind. Auf lange Sicht ist es eine Politik, die nur zu Unruhe in Westeuropa führen kann und die aus diesem Grund unterlassen werden muss.« Spaak ermunterte Huysmans, über diese »wichtige Entscheidung« nachzudenken. In einem Brief an seinen niederländischen Amtskollegen teilte er seine Entscheidung mit und warnte noch einmal nachdrücklich davor, in dieser Frage verschiedene Ansichten zu vertreten.[137] Brouwer hat die niederländische Politik als

136 FPHS, *Allemagne*, F159, 3374, Spaak an Huysmans, 13.9.1946; *DDB*, VI, n°38, S. 84–85.

137 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 101–102; Horst Lademacher, Belgien als Objekt, S. 493–494.

»taktisch« bezeichnet; die Niederländer hätten viel gefordert, um wenig zu erhalten.[138] Diese Einschätzung hatte der belgische Premierminister Huysmans schon während der Erörterung der Memoranden vor dem Ministerrat geäußert.[139]

Im Oktober 1946 teilte Generalsekretär Vanlangenhove dem Foreign Office in der Person von Harvey mit, wie die belgischen Forderungen aussehen würden. Kernstück war die Beseitigung der Anomalien am bisherigen Grenzverlauf. Im Gegensatz zur Frage der Zukunft Deutschlands sei die öffentliche Meinung in Belgien in Bezug auf die territorialen Forderungen zurückhaltend. Es herrsche die Meinung vor, dass Belgien keine annexionistische Politik betreiben oder deutsche Ressourcen ausnutzen solle. Vanlangenhove führte weiter aus, die Belgier hätten »ihre Lektion aus Eupen-Malmedy gelernt, dessen Annexion nach dem letzten Krieg nicht gerade eine Quelle belgischer Stärke gewesen sei«.[140]

Mit Spaaks Entscheidung gelangt man zum bereits vorgestellten belgischen Memorandum vom 14. November 1946. Jeder maximalistischen Forderung wurde eine Absage erteilt. Auch der Ministerrat stellte sich hinter die Auffassungen Spaaks. Dies war um so bemerkenswerter, als Spaak in den entscheidenden Wochen abwesend war. In New York stand die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf dem Programm, der er präsidierte. Am Rande fand dann vom 4. November bis zum 11. Dezember auch die Konferenz der alliierten Außenminister statt, bei der diesen die Memoranden der Niederlande und Luxemburgs am 3. November und schließlich das belgische Memorandum übergeben wurden. Die Abwesenheit des Hauptprotagonisten machte sich jedoch in Brüssel bemerkbar, indem die »Regierung den Anschein gibt«, so Huysmans vor dem Ministerrat, »sie sei durch die Parlamentsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten gesteuert«.[141] Eine wenig erfreuliche Diagnose, wenn man bedenkt, dass die expansionistischen Milieus in den Ausschüssen vertreten waren oder letztere sich zum Sprachrohr der ersteren machten.[142] Immer wieder hätten Senatoren die Haltung der Regierung mit derjenigen der Niederlande verglichen und mehr Entschiedenheit angemahnt.[143] Doch Huysmans wollte eine klare Position: »Die Haltung der Nieder-

138 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 101.

139 *Ministerratsprotokolle*, 21.11.1946, S. 4.

140 PRO/FO, 55726, Vermerk von Sir O.C. Harvey für das German Department, 9.10.1946.

141 *Ministerratsprotokolle*, 21.11.1946, S. 4.

142 Beispielsweise: AMAEB 12891-I, Oberst de Lannoy an Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, 12.4.1946.

143 Als flagrantes Beispiel die Rede des christlich-sozialen Senators Paul Struye anlässlich der Haushaltsdiskussion für das Außenministerium am 19. Juni 1946. *APS*, 1946, S. 339. Vgl. auch *La Libre Belgique*, 30.10.1946, S. 2 (Artikel: Les revendications territoriales de la Hollande) und

lande in der Frage der Territorialforderungen ist zum Scheitern verurteilt und Belgien möchte eine solche Lösung um jeden Preis verhindern. Im Prinzip ist Belgien gegen jede Annexion, da diese innere und internationale Gefahren birgt. Belgien akzeptiert Grenzberichtigungen, lehnt aber Annexionen ab.« Falls jedoch die niederländische Regierung Erfolg habe, dann müsse auch Belgien sein weiteres Vorgehen nochmals überdenken.[144] Hier lag dann der Ursprung der entsprechenden, schon zitierten Klausel aus dem Memorandum vom 17. Januar 1947. In einem Brief aus New York hatte Spaak sich und seine Kollegen schon am Vorabend der Übergabe des belgischen Dokuments beglückwünscht: »Ich glaube weiter daran, dass wir zu Recht mit mehr Bedacht und mehr Augenmaß vorgegangen sind. Wir haben außerdem alle Vorbehalte klar gemacht, und wenn wir unsere Haltung modifizieren müssten, könnten wir das dann auch immer noch tun.« Spaak selbst glaubte aber nicht an einen Erfolg der Niederländer, denn jede annexionistische Politik »würde auf einen radikalen Widerstand der USA und einen ernsthaften Widerstand Großbritanniens stoßen«.[145]

Zunächst gilt es jedoch einen scheinbaren Widerspruch aufzuklären. Denn zwischen Spaaks so gemäßigten Worten und den eingangs erwähnten wirtschaftlichen Forderungen des Memorandums vom 17. Januar 1947 bestand eine offensichtliche Diskrepanz. Die Forderung nach der kostenlosen Lieferung von Rohstoffen oder nach Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur auf deutsche Kosten stellten beträchtliche Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur der deutschen Grenzgebiete dar. Im Außenministerium war man sich dessen bewusst, doch sah man dort kaum Möglichkeiten, die Belgien zustehenden Reparationen zu erhalten, wenn man nicht gänzlich auf Forderungen verzichten wolle.[146] Auch hier scheint es angebracht, die niederländische Position zu bemühen, die, obwohl man in Den Haag deutlicher noch als in Brüssel an einer funktionierenden deutschen Wirtschaft interessiert war, von größerem Umfang war. Spaaks Biograph Jacques Willequet ging so weit zu behaupten, der belgische Außenminister habe die wirtschaftlichen Reparationsforderungen »nur lustlos verteidigt«.[147] Spaak habe in dieser Materie aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung und auf die Benelux-Partner gehandelt. Aus Gesprächen, die belgische Diplomaten mit britischen und amerikani-

Grenz-Echo, 30.10.1946, S. 1 (Artikel: Aachen wird nicht holländisch! Eine offizielle belgische Erklärung).

144 *Ministerratsprotokolle*, 21.11.1946, S. 4–5.

145 FPHS, *Allemagne*, F159, 3375, Spaak an Vos, Erziehungsminister und Außenminister a.i., 13.11.1946; *DDB*, VI, n°46, S. 96–97.

146 AMAEB, 12891-I, *Note sur la situation frontière* [Verfasser unbekannt], 10.12.1946.

147 Jacques Willequet, *Paul-Henri Spaak. Un homme des combats*, Brüssel, 1975, S. 144–146.

schen Kollegen führten, kommt Deloge zum gleichen Schluss.[148] Wie dem auch sei, es scheint zumindest, dass man im Laufe des Jahres 1947 das Interesse an deutschen Reparationen in Form von Ressourcen verlor. Die Gründe waren innenpolitisch – die »Kohleschlacht« hatte einiges von ihrer Prägnanz verloren und ging einer Lösung entgegen – und außenpolitisch – die Ankündigung des *European Recovery Program* spielte hier eine entscheidende Rolle.

Das wichtigste Resultat der Londoner Konferenz sorgte für große Unzufriedenheit in Brüssel und Den Haag: Es blieb den Regierungen verwehrt, sich direkt an den Gesprächen über die Nachkriegsregelung zu beteiligen. Stattdessen erging eine Einladung, Vertreter zu benennen, die die jeweiligen Regierungsforderungen vor einer Konferenz der Stellvertreter der Außenminister, die ab dem 14. Januar 1947 in London zusammentreten sollte, darlegen sollten. Zu diesem Zweck entstanden letztlich die beiden Januar-Memoranden der belgischen Regierung, die de Gruben dann am 31. Januar 1947 in der britischen Hauptstadt erläuterte. Die belgische Botschaft in Washington wies darauf hin, dass »eine Anhörung der belgischen Delegierten ohne eine effektive Beteiligung an der Diskussion und an der Examinierung der Fragen, die für Belgien von direktem Interesse waren, nicht dazu angetan sei, den Desiderata der belgische Regierung gerecht zu werden«. Gegenüber der französischen Regierung bemerkte Brüssel allerdings auch, derzeit keine wirksame andere Lösung in petto zu haben.[149] In London bekräftigte de Gruben nochmals den Willen seiner Regierung, an den Gesprächen beteiligt zu werden, und gab zu verstehen, dass man in Brüssel bisher enttäuscht über das von den Alliierten gewählte Prozedere sei.

Was eine Zusammenarbeit mit der niederländischen Regierung betraf, so hatte man darauf verzichtet, gemeinsame Forderungen zu präsentieren, obwohl sich die Standpunkte seit dem Scheitern der Gespräche im Sommer 1946 deutlich angenähert hatten. Im Januar 1947 lag man in den Fragen, die eine Lösung für die generelle Zukunft Deutschlands anbelangten, nur noch in wenigen Punkten auseinander. Strittig war immer noch der Grad der politischen Dezentralisierung, wenn auch die belgische Regierung mittlerweile ein föderales Politiksystem, das allerdings immer noch deutliche Kennzeichen einer Konföderation zeigte, bevorzugte. Die Aspekte des »bilateralen« Verhältnisses zu Deutschland, zu denen dann auch die Grenzfragen gehörten, wurden von diesen Gesprächen abgetrennt, die Unterschiedlichkeit der Standpunkte wurde als fait acquis angenommen.[150]

148 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 153.
149 Ebenda, S. 143.
150 Vgl. Brouwer, *Divergences d'intérêt*, S. 107.

Reaktionen der belgischen Öffentlichkeit vor und nach den Memoranden

Die Haltung der belgischen Öffentlichkeit gegenüber der Deutschlandpolitik der Regierung ist nicht ganz leicht zu eruieren. Es ist oft postuliert worden, der 10. Mai 1940 habe nicht die gleiche starke Wirkung auf das Deutschlandbild der Belgier gehabt wie der 4. August 1914.[151] Die britische Botschaft in Brüssel teilte die Belgier in Bezug auf ihre Haltung gegenüber Deutschland jedenfalls noch im Dezember 1947 in zwei Gruppen ein. Die erste Gruppe sei tief von der Furcht vor einer erneuten deutschen Aggression geprägt und glaube daher, »der beste Deutsche ist ein toter Deutscher«. Die zweite Gruppe, die zahlreicher sei und mehr Gewicht habe, sei pragmatischer: »Man kann kein Geld mit toten Deutschen verdienen.«[152] Was besagten die damaligen Meinungsumfragen, die erstmals vom neu eingerichteten Brüsseler *Institut universitaire de l'information sociale et économique* durchgeführt wurden? Bemerkenswert waren die Ergebnisse einer im Sommer 1946 durchgeführten Studie mit der Frage: »Glauben Sie, dass die Politik der Großmächte einen dauerhaften Frieden sichern kann?« Während immerhin 37,9 Prozent der Befragten ohne Meinung waren, äußerten sich nur 10 Prozent optimistisch. Die große Mehrheit von 52,1 Prozent war skeptisch.[153] Den Befragten wurde die Gelegenheit gegeben, ihr Urteil zu begründen. Unter den Skeptikern stach ein Punkt besonders hervor: »Weil man nicht genügend auf die kleinen Länder hört.«[154] In ähnlicher Weise äußerte ein Befragter: »Der Frieden mit Deutschland wird von Ländern gemacht, die noch nie von deutschen Horden überfallen worden sind. Die kleinen Nachbarn wissen, welch unangenehmer Nachbar Deutschland ist. Man hört sie nicht an.«[155] Typische Äußerungen der damaligen Zeit. Obwohl keine Klassifizierung der Befragten nach Alter oder sozialer Provenienz vorliegt, fällt auf, dass die Befragten exakt jene Meinung äußerten, die ja auch unter hohen Offizieren vorherrschend war. Der Glaube daran, als betroffenes Nachbarland besser darüber urteilen zu können, wie zukünftig mit den Deutschen umzugehen sei, war konstitutiver Teil vieler belgischer Ideen zur Zukunft Deutschlands.

Auch das Urteil von Nürnberg – der Prozess war immerhin von über 62 Prozent der Befragten mehr oder weniger verfolgt worden – wurde von 46 Prozent der Befragten als zu mild empfunden. Hier glaubten jedoch auch 40 Prozent, es sei gerecht oder gar

151 Vgl. Kurgan-van Hentenryck, Relèvement économique, p. 362–363; Michel Dumoulin, Opinion publique et politique extérieure en Belgique de 1945 à 1962, in: *Res Publica*, 1985, nº1, S. 12.

152 PRO/FO, 64470, Rendel an Foreign Office, 1.12.1947.

153 *Insoc*, nº3–4, Juli-Oktober 1946, S. 65.

154 Ebenda, S. 70.

155 Ebenda, S. 71.

zu hart gewesen.[156] Insgesamt hatte der Prozess jedoch keine große Rolle gespielt, da keiner der Angeklagten in direktem Bezug zu Belgien (die Regierung ließ sich sogar von Frankreich vertreten) gestanden hatte – im Unterschied zu den Niederlanden, denen sich in der Person des Angeklagten Arthur Seyss-Inquart die Möglichkeit bot, die Besatzungszeit vorzubringen.[157]

Einen Begleitaspekt bildeten die 64.000 deutschen Kriegsgefangenen, die zwischen 1945 und 1947 vorwiegend in belgischen Minen zum Arbeitsdienst festgehalten wurden. In seinem Standardwerk beschreibt Sunou detailliert den Wandel im Verhalten der mit diesen in Kontakt stehenden Belgier. Die Verantwortlichen hatten sehr schnell jene Gefangenen, die im Gebiet von Eupen-Malmedy eingesetzt waren, verlegen lassen. Dort war der Empfang wohl zu freundlich gewesen und damit der »Belgien-Orientierung« der Bevölkerung abträglich. Die anfängliche Härte mutierte jedoch auch im Rest des Landes schnell zu Sympathiebekundungen. Waren zu Beginn Steinwürfe und Hasstiraden noch an der Tagesordnung, kam es bald zu Fraternisierungsszenen.[158] Sunou verzeichnet in dieser Hinsicht eine zögerlichere Entwicklung in der Presse als bei den Betroffenen. Zu bemerken ist allerdings, dass nur relativ wenige Belgier in Kontakt mit den deutschen Gefangenen standen; ihr Schicksal beschäftigte den Rest des Landes kaum.[159] Die Nachfolger der deutschen Arbeitskräfte in der belgischen Schwerindustrie waren im Übrigen die ersten italienischen Immigranten, die in den folgenden Jahrzehnten nach Belgien gelangten.

Man wird kaum fehl gehen, wenn man annimmt, dass es für den Großteil der Belgier wichtig war, das belgische Prestige gegenüber Deutschland hochzuhalten. Dies galt für die Soldaten, die sich auf deutschem Boden befanden, wie für die Zeitungsleser, das »politisch interessierte« Publikum. Es sollte keine Schwäche gezeigt werden. Immer wieder wurde dabei auf die Zeit nach 1918 rekurriert und es scheint wahrscheinlich, dass man diejenigen, die sich für die Frage der Zukunft Deutschlands interessierten, auch in zwei andere Lager würde teilen können. Die erste Gruppe bestünde dann aus denjenigen, die noch in den Kategorien der Zeit nach 1918 dachten, eine Minderheit, die man jedoch sowohl im christlichen (französischsprachigen) Lager finden konnte als auch bei den Sozialisten, und die Zugang zu Presseorganen hatten, die ihre Ideen

156 *Insoc*, n°2, April-Juni 1946, S. 74–75.

157 Vgl. Pieter Lagrou, Eine Frage der moralischen Überlegenheit? Die Ahndung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien, in: Norbert Frei (Hg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, IV), Göttingen, 2006, S. 326–350 hier: S. 332.

158 Sunou, *Les prisonniers de guerre*, S. 76–77.

159 Ebenda, S. 87.

verbreiteten. Zur zweiten Gruppe müsste man die Pragmatiker zählen, die entweder für sich feststellten, dass die Situation nach 1945 nicht mit der »ersten Nachkriegszeit« vergleichbar war, oder den belgischen Außenhandel in den Vordergrund stellten.

In einem CBR-Meeting in der letzten Novemberwoche 1946 wurde beschlossen, Außenminister Spaak ein Telegramm nach New York zu senden, in dem die Forderungen, auf die sich das Komitee geeinigt hatte, nochmals zusammengefasst waren. Darin wurde festgehalten, Belgien dürfe nicht »durch längeres Schweigen den Anschein erwecken«, es interessiere sich nicht für eine Frage, »die im Gegenteil lebenswichtig für uns erscheint«. Das CBR sei der Ansicht, dass die belgischen Reparationswünsche »die Kreise Monschau, Schleiden und Prüm umfassen müssen, die reich an Wäldern, Wasserkraft und Erzen sind und deren wenig zahlreiche Einwohner in der Mehrzahl ehemalige Belgier sind. Außerdem müssten die Gruben im Kreise Aachen abgetrennt werden. Die Stadt selber muss von Deutschland abgetrennt und unter das gemeinsame Protektorat von Benelux gestellt werden.«[160] Zu diesem Zeitpunkt war in parlamentarischen Kreisen die Übergabe des Memorandums vom 14. November 1946 noch nicht bekannt.[161] Inhaltlich hätte der Umfang der geforderten Gebiete keinen größeren Kontrast bieten können. Die Begründungen differierten ebenfalls in hohem Maße. Während im Außenministerium das »historische Argument« keine Rolle spielte, sprach man beim CBR von »ehemaligen Belgiern«. Damit untermauerte man den nach dem Ersten Weltkrieg geäußerten Wunsch nach der Eingliederung aller Gebiete, die bis zur französischen Zeit (1795–1815) zu Entitäten gehört hatten, die seit 1830 den belgischen Staat bilden.

Die anwesenden Mitglieder der Parlamentsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten nutzten die Gelegenheit, zum wiederholten Male auf die Haltung der niederländischen Nachbarn hinzuweisen und deren wesentlich umfangreichere Forderungen, die auch in Belgien schon bekannt waren, zu betonen. Was blieb den Parlamentariern anderes übrig, als immer dieselbe Klaviatur zu bedienen? Über den Inhalt des Memorandums konnten auch sie zu diesem Zeitpunkt nur spekulieren.

Als der diensttuende Außenminister Vos Anfang Dezember 1946 schließlich den Inhalt des Memorandums zu den territorialen Forderungen präsentierte, brach ein Proteststurm los. Spaak musste sich vorwerfen lassen, das Parlament bewusst ignoriert zu haben.[162] *La Libre Belgique* mokierte sich über den Außenminister, der vor lauter »Schmeichelei«, die ihm in den internationalen Versammlungen zuteil werde, wohl froh

160 *Grenz-Echo*, 28.11.1946, S. 1; *La Libre Belgique*, 29.11.1946, S. 2.

161 Noch am 30. November 1946 verweigerte das Außenministerium jede Information bezüglich der Übergabe des Memorandums. Vgl. *La Libre Belgique*, 30.11.1946, S. 1.

162 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Rapport de la commission sénatoriale des Affaires étrangères, 11.12.1946.

darüber sei, dass »Belgien weit, ja so weit weg« sei.[163] Die Härte der Auseinandersetzungen veranlasste den persönlichen Sekretär des Prinz-Regenten, André de Staercke, »in aller Freundschaft und vertrauensvoll« einen Brief an den »Chef der Opposition«, den Abgeordneten August de Schryver, zu richten, in dem er den Außenminister verteidigte, »der regelmäßig und gewissenhaft den Prinz-Regenten über die Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten und mit Ihm die vielschichtigen Aspekte besprochen hat«. De Staercke – nach 1950 jahrelang Ständiger Vertreter Belgiens bei der NATO – teilte die Einschätzung des Ministers, wonach die »Atmosphäre zwischen den Großen Vier und in der internationalen Öffentlichkeit« gegenüber den Forderungen der Niederlande und Luxemburgs sehr negativ eingestellt sei.[164]

Unterstützung erhielt die Politik des Außenministeriums ebenfalls aus den Reihen des neu gegründeten *Comité liégeois pour l'étude du problème allemand* (CLEPA). Dieses war am 9. Dezember 1946 in Lüttich ins Leben gerufen worden. Zu den bekanntesten Mitgliedern gehörten der Gouverneur der Provinz Lüttich, Joseph Leclercq, der Verfassungsrechtler und sozialistische Politiker Fernand Dehousse, der 1954 die Überwachung des Saarreferendums leiten sollte, und der liberale Abgeordnete und spätere Minister Jean Rey, der 1967 zum Präsidenten der EG-Kommission aufstieg.[165] Anlässlich einer Diskussion vom 23. Dezember 1946 wurde die Annexion deutscher Bevölkerung von allen Mitgliedern verworfen. Wenn auch gewisse Nuancen in der Beurteilung der anzustrebenden wirtschaftlichen Reparationen im Falle einer Akzeptanz der niederländischen Forderungen auftauchten, so wurde doch Wert auf die Unterscheidung zwischen dem CLEPA und dem CBR gelegt. In einem Schreiben an Pierre Nothomb informierte der Sekretär des Lütticher Komitees den Senator über die Neugründung sowie über die von den Mitgliedern geteilte Ablehnung von Annexionen. Das CLEPA wünsche eine enge Zusammenarbeit der Benelux-Länder mit Frankreich, da eine solche »Verbindung der westeuropäischen Länder nur glückliche Ergebnisse auf diplomatischer Ebene erzielen könnte«.[166] Man kommt nicht umhin, ein Paradox zu konstatieren: Das Brüsseler Komitee, mit seinen Ressentiments gegenüber Frankreich und der Angst vor einer Einkreisung, teilte in der Rhein-Ruhr-Frage die Meinung des südlichen Nachbarn,

163 *La Libre Belgique*, 5.12.1946, S. 2.

164 FPHS, *Allemagne*, F117, D2690, de Staercke an de Schryver, 3.12.1946; *DDB*, VI, n°51, S. 106–107. In seinen Aufzeichnungen über diese Zeit geht de Staercke auf die Deutschlandpolitik nicht ein: André de Staercke, *»Tout cela a passé comme une ombre«. Mémoires sur la Régence et la Question royale*, hg. von Jean Stengers und Ginette Kurgan-van Hentenryk, Brüssel, 2003.

165 AMAEB 12891-I, CLEPA an Außenministerium, 9.12.1946.

166 UCL, *Papiers Nothomb*, 5128, Bare an Nothomb, 3.1.1947.

wohingegen die traditionell frankophilen Lütticher Milieus jede Abtrennung größerer deutscher Gebietsteile ablehnten.

Einige Tage zuvor hatte Dehousse in einem Vermerk für Spaak seine Ansichten verdeutlicht. Die Pläne für Annexionen deutscher Gebiete durch das CBR, das der Jurist als »Gruppierung nationalistischer Tendenz« bezeichnete, das »in gewisser Hinsicht das verblichene *Comité de Politique Nationale* von Herrn Nothomb wieder erstehen lässt«, würden für Belgien doch keine Vorteile mit sich bringen. Als Gründe zählte er auf: die Gegnerschaft der Alliierten, die dünne Argumentationsbasis für eine solche Politik, die Tatsache, dass »eine militärische Aktion sie uns nur allzu leicht wegnehmen würde«, und die Nachteile der Eingliederung von Deutschen, »die unsere Politik in den Ostkantonen gefährden würde«.[167] Diese Sicht der Dinge bestätigte Bare gegenüber Spaak nochmals zu Beginn des Jahres 1947.[168]

Die »Unzufriedenheit«[169] der Ausschussmitglieder über die bescheidenen Forderungen der Regierung konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb der Annexionsbefürworter durchaus große Meinungsunterschiede gab. Der christlich-soziale Senator Struye kritisierte in einem Kommentar mit dem vielsagenden Titel »Keine Megalomanie … aber auch keine Schwäche!« die Regierungshaltung. Jeder habe erwarten dürfen, dass die Regierung eine Politik der »gerechten und gerechtfertigten Reparationen« verfolgen würde. Die Grenzberichtigungen im Bereich der Vennbahn seien keine »Annexionen«, sondern »höchstens ein Nachbarschaftsabkommen«. Die Politik der Alliierten sei Belgien nicht gerade entgegengekommen – eine Beteiligung an den alliierten Entscheidungen sei weiter entfernt denn je – und die Reparationen der Pariser Konferenz von 1945 seien unzureichend. »Unsere Regierung würde deshalb ihre Pflicht vernachlässigen und die Bevölkerung enttäuschen«, wenn sie darauf verzichten würde, die »Rückgabe eines Gebietsstreifens zu fordern, der uns Jahrhunderte gehört hat und kaum bevölkert ist«.[170] Ein großer Teil der Senatoren akzeptierte jedoch schließlich die Regierungsposition, wie sie letztlich in den Januar-Memoranden festgehalten wurde,

167 AMAEB, 12891-I, F.D. an Spaak, 23.12.1946.

168 AMAEB, 12891-I, Bare an Spaak, 6.1.1947. Zu den Zielen des CLEPA, vgl. *Pourquoi pas?*, n°1496, 24.1.1947, S. 217.

169 *Grenz-Echo*, 6.12.1946, S. 3.

170 *La Libre Belgique*, 6.12.1946, S. 1. Auch Nothomb formulierte seine Kritik an der passiven Haltung der Regierung in einem Artikel, der noch einmal alle Argumente beinhaltete, von denen bereits berichtet wurde: Pierre Nothomb, La Belgique et le problème allemand, in: *Revue générale belge*, 1946–1947 (13–18), S. 656–666.

aufgrund der Klausel, die eine Neuformulierung für den Fall eines niederländischen Erfolgs vorsah.[171]

Die wohl treffendste Schilderung der konkurrierenden Haltungen lieferte das *Grenz-Echo* nach der Überreichung der Memoranden vom 17. Januar 1947.[172] Dort ermittelte man »zwei Thesen in der belgischen Deutschlandpolitik«, einen »Meinungskampf«, der »nicht parteigebunden« sei: »Es gibt sowohl unter den Christlich-Sozialen Persönlichkeiten, die – sagen wir – die Spaaksche Theorie der gemäßigten Forderungen übernommen haben, es gibt aber auch Sozialisten, die mit den christlich-sozialen Senatoren Van Overbergh und Nothomb einig gehen, was zum Beispiel das Problem der Grenzberichtigungen anbetrifft.« Der Verfasser des Artikels betonte die »selbständige Politik, die das Außenministerium bis jetzt in dieser Angelegenheit geführt [hat]. Solange keine politischen Beschlüsse gefasst werden, kann seine politisch-diplomatische Haltung keine besonders schwerwiegenden Reaktionen auslösen.«

Nach der Übergabe der Memoranden und der Präsentation der belgischen Ansichten durch de Gruben wäre es nun an den Alliierten gewesen, die Dinge voranzutreiben. Der auch von Belgien vorgebrachte Wunsch, trotz aller unterschwelligen Bedenken gegenüber der sowjetischen Haltung eine Einigkeit der »Großen Vier« in der deutschen Frage zu erreichen, wurde in diesen Wochen und Monaten von der Realität dementiert.

Das Frühjahr 1947 brachte für die belgische Politik entscheidende Entwicklungen. Im März verließen die Kommunisten die Regierung, der sie seit 1945 angehört hatten. Zwar spielten hier innenpolitische Gründe eine weit größere Rolle als beim Austritt der Kommunisten aus den Regierungen Frankreichs und Italiens im Mai 1947, aber auch in Brüssel herrschte zunehmend eine »anti-sowjetische« Stimmung vor.[173] Bemerkenswert war jedoch auch die neue Zwei-Parteien-Koalition. Während die Sozialisten in der Regierung verblieben und Spaak neuer Premierminister wurde – er blieb gleichzeitig Außenminister –, gehörten die Christlichsozialen erstmals seit 1945 wieder dem Kabinett an. In pathetischem Ton kommentierte der neue Regierungschef: »Diese Allianz […] habe ich immer gewollt. Die Allianz zwischen dem christlichen Denken und der sozialistischen Gerechtigkeit, dies ist heute die Synthese, auf der Europa begründet

171 Dazu der Bericht einer Inspektionsreise des Auswärtigen Senatsausschusses im Grenzgebiet in *La Libre Belgique*, 17.12.1946, S. 1.

172 *Grenz-Echo*, 20.1.1947, S. 1.

173 Vgl. Abraham Boxhoorn, *The Cold War and the rifts in the governments of national unity*, (= Amsterdamsche Historische Reeks, 25), Amsterdam, 1993, S. 64 ff.; Pascal Delwit, L'anti-communisme comme instrument de mobilisation du parti socialiste belge de 1945–1954, in: Ders. und José Gotovitch (Hg.), *La peur du rouge*, Brüssel, 1996, S. 128–130.

werden muss. […].«[174] Wie würde Spaak Außenpolitik in einer Mehrheit gestalten, von der ein Teil gerade in der Frage der Zukunft Deutschlands scheinbar so gar nicht mit seinem Politikansatz übereinstimmte? Mit Justizminister Paul Struye saß einer der größten Kritiker nunmehr sogar mit am Kabinettstisch.

Auch außenpolitisch ergaben sich neue Weichenstellungen. Um es mit dem Titel eines bekannten Werks zur belgischen Außenpolitik dieser Zeit zu formulieren: »Belgien tritt in den Kalten Krieg ein.«[175] Damit ist eine Verlagerung des Schwerpunkts der Brüsseler Politik gemeint. Seit 1940 hatten die Belgier in Großbritannien die entscheidende Macht auf dem europäischen Kontinent gesehen. Im Frühjahr 1947 und ganz sicher im Zuge des Marshall-Plans rückte die Regierung näher Richtung Washington. Das Brüsseler Koordinatensystem verschob sich ein weiteres Mal. Neben den allgemeinen internationalen Entwicklungen spielten auch hier deutschlandpolitische Aspekte eine Rolle. Viele belgische Politiker fühlten sich von Großbritannien in der Frage der Rolle der belgischen Truppen in Deutschland hingehalten. Die Präsenz dieser Soldaten auf eine politische und rechtliche Basis zu stellen, hätte nur durch Zusammenarbeit mit London erfolgen können. Doch was seit 1945 geschehen war, stellte in Brüssel nur die wenigsten zufrieden. Das »nationale Prestige« schien in Gefahr.

174 Spaak an Simonne Dear, 19.3.1947, zitiert nach: Dumoulin, *Spaak*, S. 338.

175 Jules Gérard-Libois und Rosine Lewine, *La Belgique entre dans la guerre froide et l'Europe 1947–1953*, Brüssel, 1992.

3. Die militärische Präsenzpolitik im besetzten Deutschland

3.1 Eine belgische Unterbesatzungszone in der britischen Besatzungszone

Der Garant für die Durchsetzung der belgischen Interessen gegenüber Deutschland war schon seit 1942 bekannt: die Armee. Die Truppen, die während der Kriegsjahre bis zur Befreiung Belgiens im September 1944 und selbst im Frühjahr 1945 auf deutschem Boden im Einsatz waren, genügten diesem Anspruch jedoch keinesfalls. Hier sollten die Vereinbarungen mit den Briten Abhilfe schaffen. Vom »Eden-Spaak-Abkommen« im Dezember 1944, das eigentlich nur eine britische Hilfszusage im Gewand eines Memorandums darstellte, wurde bereits berichtet. Priorität genoss die schnelle Formierung einer Infanteriedivision nach der Niederwerfung Deutschlands. Schwierigkeiten begegneten den britischen Geburtshelfern in der Frage der eventuellen Aufstellung einer zweiten Division, die nach den Planungen kurze Zeit später das Licht der Welt erblicken sollte.

Im Folgenden soll dargelegt werden, wie die belgische Nachkriegsarmee entstand: als eine Besatzungsarmee. Hierzu sind freilich die alliierten Diskussionen über die Bildung der Besatzungszonen ebenso in den Blick zu nehmen wie die belgischen militärischen und deutschlandpolitischen Diskussionen über die Stationierung der Truppen in Deutschland. Was versprach man sich konkret von diesem Einsatz? Wie und wo prallten belgische Nachkriegsvorstellungen und alliierte Planung aufeinander? Welche diplomatischen und militärischen Regelungen wurden getroffen? Wie betrachteten die Partner das belgische Engagement?

Belgien und die Besatzung Deutschlands

In einem Schreiben an das britische Hauptquartier bemerkte der britische Kommandeur der *SHAEF*-Mission in Belgien, General Erskine, im Februar 1945: »Ich denke, ich sollte Sie warnen, dass es zu bitterer Enttäuschung führen würde, wenn aus den Brigaden nicht bei nächster Gelegenheit eine Division gebildet würde. Ein Aspekt des Problems ist, dass die Belgier schnellstmöglich einen Abschnitt der Front für sich wollen. Der zweite Aspekt ist, dass sie nach dem Ende des Krieges als eine Armee an der Besatzung Deutschlands teilnehmen wollen und nicht bloß als Hilfstruppen. […] Ich kenne nicht die Pläne für die Besatzung Deutschlands, sofern sie Belgien betreffen, aber ich kann sagen, dass es zu großer Genugtuung führen würde, wenn man Belgien

gewisse Gebiete zuteilen würde.«[1] Dass Erskine den Belgiern eher positiv zugetan war, wurde bereits an früherer Stelle deutlich. Mit seinen Einschätzungen der belgischen Gefühlslage zum »zweiten Aspekt« lag der zukünftige britische Gouverneur Palästinas zweifelsohne richtig.

Den Verantwortlichen in London erschloss sich zu diesem Zeitpunkt allerdings der Stellenwert der belgischen Truppen für die Besatzung nicht so deutlich. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in London, John G. Winant, ließ Sir William Strang durchblicken, Großbritannien erwäge, die Belgier »unter britischem Kommando in einem Gebiet nahe der belgischen Grenze« als Hilfskontingent einzusetzen.[2] Zwar war das *Foreign Office*, oftmals gegen Widerstände aus dem *War Office*, eigentlich die treibende Kraft bei der Förderung der belgischen Bemühungen gewesen, doch schien auch dort eine Eigenständigkeit der belgischen Armee offensichtlich nicht zur Debatte zu stehen. In Wirklichkeit spiegelte diese Einstellung nur die Ergebnisse der Konferenz von Jalta wider. Der belgische Botschafter in London, de Cartier de Marchienne, hatte dazu nach Brüssel berichtet: »Im Gegensatz zu den Großmächten würden wir keine eigene Besatzungszone bekommen und eine Vertretung im Kontrollorganismus [der Alliierte Kontrollrat; C.B.], der in Berlin tagen [soll], erscheint nur schwierig zu erhalten, da sie die Teilnahme aller interessierten Staaten nach sich ziehen und diesen Kontrollorganismus zu schwerfällig machen würde.«[3]

Auf rein militärischem Gebiet zögerte sich die Formierung der 1. Infanteriedivision immer weiter hinaus und noch zwei Monate nach Kriegsende erklärte das *War Office*, sie könne derzeit nicht gebildet werden.[4] Daran konnten letztlich auch mehrere Demarchen der belgischen Regierung nichts ändern, wobei ein zaghaftes Entgegenkommen des *War Office* erreicht wurde. Die Briten garantierten schließlich, sich an die Vereinbarungen vom November 1944 zu halten, die eine Formierung der 1. DI für November 1945 vorsahen. Dies hatte das *War Office* gegenüber dem *Foreign Office* im Übrigen schon im April 1945 als beste Lösung dargestellt, schließlich benötige man »diese Division nicht so sehr für die erste Phase der Besetzung, sondern für die folgende Zeit«.[5] Der Grund für diese Überlegungen, »der Einsatz britischer Truppen in Fernost«, sollte den Briten aufgrund der dortigen Ereignisse vom Sommer 1945 allerdings abhanden kommen.

1 CEGES, FO 123/580, Erskine an Lt.-Gen. F.E. Morgan, Deputy Chieff of Staff, Supreme HQ, 17.2.1945.
2 *FRUS*, 1945, III, S. 183–184.
3 AMAEB, 10958bis, de Cartier de Marchienne an Spaak, 16.2.1945.
4 Deloge, *Coopération*, S. 112 ff. Dort auch die Verhandlungen im Detail.
5 CEGES, FO 123/580, Lt.-Gen. Ronald Weeks (WO) an Neville Butler, Under Secretary of State, 9.4.1945.

Der Aufbau der belgischen Armee war das eine Problem, das zweite war ihre Stationierung in Deutschland. Die Nähe zur deutsch-belgischen Grenze schien von fast allen Gesprächspartnern akzeptiert, wie die Überlegungen der Franzosen und Briten zeigen. So schrieb der französische Botschafter in London, René Massigli, im März 1945 an Außenminister Bidault, belgische Truppen würden den britischen Truppen in deren Zone beigeordnet. Es sei daher angebracht, »eine gemeinsame Grenze zwischen der britischen Zone und Belgien beizubehalten«.[6] Als Streitpunkt kristallisierte sich dabei jedoch die Stadt Köln heraus, vor allem für Frankreich ein stetes Objekt der Begierde. In dem bereits erwähnten Gespräch mit dem US-Botschafter hatte Strang angedeutet, Großbritannien wolle keine Ausdehnung der französischen Kontrolle nördlich von Köln »aufgrund der Angst, die dadurch in Belgien verursacht würde«.[7] Diese Befürchtungen der belgischen Seite hatte auch Außenminister Eden im Februar 1945 bei einer Besprechung im *Foreign Office*, in der die Briten den Grundsatz einer Zugehörigkeit des Rhein-Ruhr-Gebiets zu ihrer Zone diskutiert hatten, ins Feld geführt.[8] Die französische Regierung beharrte jedoch auf ihren Ansprüchen, wobei Außenminister Bidault in seiner Antwort an Massigli betonte, dem »Argument der Notwendigkeit einer gemeinsamen Grenze zwischen der britischen Zone und der Besatzungszone einer noch nicht existierenden Armee« könne nur eine »beschränkte Bedeutung« beigemessen werden. Er fügte hinzu, die Besatzung Kölns durch Frankreich »würde die Möglichkeit des direkten Kontakts zwischen Briten und Belgiern nicht ausschließen«.[9] Das Prinzip einer belgischen Präsenz im Rheinland hatte de Gaulle gegenüber Spaak bei dessen Paris-Besuch im Februar 1945 ausdrücklich gutgeheißen.[10] In der Frage der Besetzung Kölns und der Ziehung der Zonengrenzen setzten sich letztlich die Briten durch, was in einem Abkommen vom 26. Juli 1945 festgehalten wurde.[11]

Nach seiner Rückkehr aus Paris setzte Spaak alles daran, die niederländische Regierung von einer Zone im Rheinland zu überzeugen.[12] Nur durch eine gemeinsame Besatzung, welche einen autonomen Status besitzen würde, könne man eine gewichtigere

6 *DDF*, 1945, I, n°218, S. 404–405.

7 *FRUS*, 1945, III, S. 183–184.

8 Vgl. Beate Dorfey, *Teilung der Rheinprovinz*, S. 74.

9 *DDF*, 1945, I, n°228, S. 423–424.

10 Vgl. Jean-Michel Sterkendries, *La Belgique et la sécurité de l'Europe occidentale 1945–1955*, unveröffentl. Diss. Phil., Bd. 1, Universität Brüssel, 2002, S. 57–58; zur Beurteilung dieses Besuchs durch das Militär, vgl. Pascal Deloge, La défense commune dans l'opinion militaire belge: Europe et interdépendance, 1945–1955, in: *Revue belge d'Histoire militaire*, XXX-8, 1994 (Dezember), S. 621.

11 Vgl. Dorfey, *Teilung der Rheinprovinz*, S. 77–82.

12 Das Folgende bei: Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 116. Vgl. auch Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 58.

Rolle auf internationaler Ebene spielen. Allerdings musste vor allem der autonome Status einer solchen Zone irrealistisch erscheinen. Zwar akzeptierten die Niederländer das britische Angebot, an der Besatzung innerhalb der britischen Zone teilzunehmen, in der Folge blieben sie jedoch sehr zurückhaltend. In Den Haag stand zunächst die Befreiung Indonesiens im Vordergrund, bei der ein Großteil der zur Verfügung stehenden Truppen benötigt würde. So schob man das Engagement in Deutschland immer weiter vor sich her und verkündete im August 1945, die Armee stünde dafür frühestens in acht bis zehn Monaten bereit.

Obwohl die belgische Regierung über die zögerliche Haltung der niederländischen Regierung enttäuscht war, beschloss sie, von ihrer eigenen Linie in keinem Fall abzuweichen. Fernand Vanlangenhove stellte in einer Note vom 15. März 1945 klar, dass eine belgische Beteiligung an der Besatzung in einem Gebiet an der deutsch-belgischen Grenze eine »ausländische Besatzung« verhindern würde. Unter »ausländisch« war allerdings nur »französisch« zu verstehen. Die Gefahr der »Einkreisung« Belgiens durch die Franzosen bildete auch hier ein Hauptargument.[13] Belgien sollte einerseits zeigen, dass es über eine »solide Unterstützung« Großbritanniens verfügte, andererseits wollte man gegenüber den Franzosen Ehrlichkeit walten lassen, auch wenn es dafür einer »Auswahl der Argumente« bedürfe.[14]

Am 26. April 1945 übermittelte Botschafter Cartier de la Marchienne der Brüsseler Regierung die offizielle britische Zustimmung zu einer belgischen Beteiligung an der Besatzung Deutschlands. Drei Infanteriedivisionen sollten in der britischen Zone stationiert werden, des Weiteren wurde bestätigt, dass die französische Zone nicht über Koblenz hinaus reichen solle.[15]

Zu Beginn des Monats April 1945 hatte es im Verteidigungsministerium konkretere Überlegungen zu den Zielen der belgischen Besatzung in Deutschland gegeben. In dem schon zitierten Vermerk vom 8. April skizzierte Major BEM Gilliard die gewünschten Sektorengrenzen. Im Norden sollte die Linie Venloo–Duisburg die Grenze bilden, im Osten sollte der Rhein mit den Städten Duisburg–Düsseldorf–Köln–Remagen den Sektor begrenzen, im Süden der Fluss Ahr und im Westen die Eisenbahnlinie St. Vith–Aachen–Venloo.[16] Gilliard erläuterte seine Darstellung in einem anderen geheimen Vermerk. »Die belgischen Truppen würden nicht im Hinblick auf isolierte Handlungen

13 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 111.

14 Ebenda, S. 112.

15 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 132; Jean-Michel Sterkendries, *Les répercussions de la politique internationale sur la politique militaire belge 1944–1949*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Freie Universität Brüssel, 1988, S. 58.

16 *DDB*, II, n°33, S. 132–134.

einmarschieren, sondern eingerahmt im Norden und Süden von alliierten Truppen, die gemeinsam intervenieren, entsprechend den Abkommen, welche die ›kollektive Sicherheit‹ garantieren«. Der Vorteil liege in der Tatsache, dass der gewünschte Sektor »die Siegfriedlinie umfasst« sowie die Gebiete, »auf die wir Forderungen erheben«.[17] Sieben Kriterien hatten den Überlegungen des Generalstabs zugrunde gelegen:

> »1.Der gute Wille der Alliierten: Am Ende der Feindseligkeiten rechnet der Generalstab mit ihrem Wunsch, rasch zu demobilisieren oder die Truppen andernorts (Asien) einzusetzen;
> 2. Die zur Verfügung stehenden Kräfte: drei Divisionen;
> 3. Der militärische Schutz;
> 4. Die lebenswichtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen Belgiens;
> 5. Die politische und wirtschaftliche Situation, die bis zum Ende der Besetzung zu realisieren ist: zu fordernde Gebiete und Orientierung der Märkte nach Belgien;
> 6. Die Situation und die Forderungen unserer Nachbarländer, die man erwarten konnte und die unsere nationalen Interessen bedrohen;
> 7. Das nationale Prestige muss ausgebaut werden.«[18]

Im Abkommen vom 5. Juni 1945 räumten die Alliierten »interessierten Mächten« das Recht ein, an der Besatzung Deutschlands teilzunehmen.[19] In einem Schreiben vom 7. Juni an den belgischen Botschafter in London analysierte Spaak die Gegebenheiten: »Wir werden also nicht, wie noch nach dem Ersten Weltkrieg, rechtlich mit den großen Besatzungsmächten gleichgestellt. Dieser Unterschied beruht auf Umständen, deren Schilderung wohl überflüssig ist. Diese Bedingungen sind für uns die einzige Möglichkeit, an der Besatzung teilzunehmen (es sei denn, wir besetzen einen Abschnitt in der französischen Zone). Unsere militärischen und politischen Beziehungen mit England lassen uns jedoch zur ersten Lösung tendieren. Sie hat, so sei eingeräumt, den vielleicht zeitweiligen Nachteil, uns in eine Situation zu bringen, in der wir uns unterordnen müssen.«[20] Spaak konstatierte eine Diskrepanz zwischen dem Umfang der von Belgien geforderten Zone und der derzeitigen Anzahl Soldaten. »Die effektive Besetzung der

17 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, *Considérations sur une zone de déploiement des forces belges dans le cadre d'une nouvelle frontière à donner à la Belgique*, 11.4.1945 [geheim].

18 *DDB*, II, nº33, S. 132–134. Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 129–131; Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 58.

19 Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 59–60.

20 *DDB*, II, nº34, S. 135–136.

Belgien übertragenen Zone wird linear zur Konstituierung unserer Einheiten geschehen; dieses Programm erstreckt sich über die nächsten Monate«.[21]

Am 15. Juni 1945 übermittelte das *Foreign Office* der belgischen Botschaft in London seine endgültige Zustimmung zu einer Unterbesatzungszone.[22] Kurze Zeit später erläuterten die Briten ihre Gründe. Die Hinzuziehung von Verbündeten für reine Besatzungsaufgaben, welche schon im Protokoll des *European Advisory Committees* vom 12. September 1944 vorgesehen war, sollte es den Briten ermöglichen, eigene Arbeitskräfte zu sparen. Die Option einer regionalen Organisation – »falls dies ein Ziel der Regierung Seiner Majestät werden sollte« – bildete den strategischen Hintergrund.[23] Die Einbeziehung belgischer Truppen beinhaltete für die Verantwortlichen im *War Office* zwei Vorteile. Zum einen existierten schon belgische Besatzungseinheiten, zum anderen hatte die Regierung schon konkrete Vorschläge über eine Zone geäußert. Dies führte in London dazu, den belgischen Wünschen und Vorstellungen Priorität einzuräumen.[24] Eden hatte die belgische Besatzung akzeptiert und hoffte auf eine norwegische und niederländische Beteiligung, sein Nachfolger Bevin unterstützte im August 1945 eine dänische Präsenz in Deutschland.[25]

In einer Regierungserklärung unterstrich Premierminister van Acker auch vor dem Parlament den Willen der Regierung, belgische Soldaten aktiv an der Besatzung teilnehmen zu lassen. Die Armee »soll in kürzester Zeit neu entstehen. Ihre Aufstellung, Methoden und Kader werden verjüngt.«[26] In einer ersten Phase sollten die weit über Deutschland verstreuten Einheiten in der Nähe der Grenze gruppiert werden. Ins Auge gefasst wurde dabei die Stationierung einer Brigade südlich von Aachen.[27] Zur Reorganisation der belgischen Armee als Besatzungsarmee war in der Rede des Regierungschefs kein Wort gefallen.

21 Ebenda.

22 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, J.G. Ward (FO) an Vicomte de Lantsheere (belgische Botschaft in London), 15.6.1945.

23 Deloge, *Coopération*, S. 133. Im Rahmen der Potsdamer Konferenz hakte die sowjetische Seite nach und Eden sah sich gezwungen klarzustellen, dass weder Belgien noch die Niederlande eine eigene Besatzungszone zugestanden bekommen sollten [vgl. *FRUS*, 1945, I (Conference of Berlin), S. 509–510].

24 Ebenda.

25 Vgl. Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 60.

26 *APC*, 1945, 7.8.1945, S. 680.

27 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/0, Oberst Van Oost, Chef der belgischen Militärmission bei der BAOR, an Kabinett des Verteidigungsministers, 27.9.1945 [geheim].

Heikelster Punkt blieb der Umfang der belgischen Unterbesatzungszone im Spannungsfeld französischer und britischer Vorstellungen.[28] Schon im Juli 1945 wurden die belgischen Pläne empfindlich gestört, als die Franzosen Anspruch auf Gebiete an der luxemburgischen Grenze erhoben, »welche sich mit dem südlichen Teil der belgischen Forderungen überschneiden würden«.[29] Zum wiederholten Mal wurde der britische Außenminister Eden eingeschaltet, zum wiederholten Mal versicherte er den Belgiern, seine Regierung wolle eine Einkreisung durch Frankreich verhindern. Die französische Regierung bemühte sich jedoch noch im Herbst 1945, die Belgier auf ihre Seite zu ziehen. Sie bot im September und nochmals im Oktober 1945 für den Fall einer Ausdehnung der französischen Zone an, Belgien einen Teil des Gebietes zu überlassen. Die Regierung ging jedoch nicht auf diese Offerte ein, zweifelte gar an der Realität der damit einhergehenden französischen Zusicherungen bezüglich der belgischen Forderungen gegenüber Deutschland.[30]

Angst vor einer Einkreisung herrschte ebenfalls im Haag vor – wo man einer belgischen Präsenz an der Grenze zu Niederländisch-Limburg ablehnend gegenüber stand.[31] Diesen eher diffusen Angstgefühlen wollte man mit einer gemischten belgisch-niederländischen Zone begegnen, zu der es dann aber nach der kolonialpolitisch bedingten niederländischen Verzichtsentscheidung nicht kommen sollte.[32] Brouwer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Niederländer in den 1920er Jahren keine derartigen Befürchtungen gehegt hatten, als die Belgier tatsächlich an der deutsch-niederländischen Grenze stationiert waren.[33] Die Ursache für die Befürchtungen und Spekulationen auf allen Seiten muss wohl zunächst in London gesucht werden, wo man sich mit Entscheidungen in den Sommermonaten 1945 schwer tat.

In diesem Entscheidungsvakuum blieb es den Verantwortlichen in Brüssel überlassen, weiterhin Wünsche an die Adresse Londons zu richten. So unterstrich das Verteidigungsministerium in einer Note für das Außenministerium vom August 1945 noch einmal die im April geäußerten Pläne für die territoriale Ausdehnung einer belgischen Zone und verlangte Aufklärung über »die Zone, mit der die Briten einverstanden sind,

28 Vgl. Lanneau, *Où va la France?,* Bd. 3, S. 757–758.

29 Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 60.

30 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 114.

31 Als ein Beispiel das Schreiben des belgischen Botschafters Nemry an Spaak vom März 1946 [*DDB*, II, n°50, S. 169–170].

32 »Die Wiederbesetzung des Kolonialreichs ist eine Pflicht, welche Priorität gegenüber der Besatzung des Rheinlands genießt«. Vgl. SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/0, Oberst BEM Diepenrijckx, Militärattaché im Haag, an Kabinett des Verteidigungsministers, 27.9.1945.

33 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 117.

indem man die Progression der Besatzung definiert. Es scheint interessant, zuerst die Region Aachen-Köln und dann die Region Bonn-Remagen-Euskirchen-Prüm zu okkupieren«. Zudem wünschte die militärische Führung Auskunft zur »Organisation dieser Zone, ausgehend davon, dass wir eine unabhängige belgische Zone mit einer belgischen Militärregierung unter alliiertem Oberkommando wollen«.[34] Vier Wochen später war man keinen Schritt weiter, was den belgischen Botschafter in London zunehmend verärgerte.[35]

Die von der belgischen Seite beklagten Verzögerungen gingen auf ernsthafte Bedenken der Briten zurück. Die Fragen einer eventuellen belgischen Militärregierung und die der Grenzkontrollen beschäftigten die Diplomaten ebenso wie die Militärbehörden. Der Generalstab der Rheinarmee war formell: Grenzkontrollen durch die belgischen Soldaten seien eine Farce, würden dem Betrug Tür und Tor öffnen. In einem Vermerk stellte man die Nachteile einer belgischen Zone entlang der Grenze – Betrug, Schwarzmarkt … – einem einzigen Vorteil – die Einsparung von Arbeitskräften – gegenüber; in den Augen der Militärbehörden überwogen erstere deutlich.[36] Die Politische Abteilung der *Control Commission of Germany/British Element* kritisierte diese Auffassung in aller Deutlichkeit: »Die Vorteile für die alliierten Länder, die von der Besatzung grenznaher Gebiete betroffen sind, überwiegen, und so wie ich das sehe, können wir ihnen nicht verweigern, was sie erwarten, ohne die eigentlichen Ziele in Gefahr zu bringen […].«[37] Wie so oft galt es für die Vertreter des *Foreign Office*, bei ihren Kollegen vom *War Office* Überzeugungsarbeit zu leisten. In der Frage der Grenzkontrollen einigte man sich letztendlich mit den Briten auf einige belgische Posten, die die deutsch-belgische Grenze überwachen sollten. Dadurch sollte eine Kontrolle belgischer Staatsbürger durch deutsche Polizisten vermieden werden.[38]

Im Rahmen mehrerer Gespräche, die in den letzten Novembertagen 1945 und im Dezember 1945 zwischen Bevin und Spaak stattfanden[39], überreichte das *War Office* am 30. November eine Karte.[40] Die belgische Delegation, bestehend aus dem stellvertretenden Direktor der Politischen Abteilung, Hervé de Gruben, dem Kabinettschef

34 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, Verteidigungsministerium an Außenministerium [geheim], 13.8.1945.

35 Sterkendries, *Les répercussions*, S. 60–61.

36 PRO/FO, 1049/55, *Note on allotment of area for Belgian troops adjacent to Belgian frontier*, s.d.

37 PRO/FO, 1049/55, *Note on allotment of area for Belgian troops adjacent to Belgian frontier. Comments of the political division*, s.d.; vgl. Deloge, *Coopération*, S. 133–134.

38 Vgl. ebenda, S. 134.

39 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 387–388.

40 *DDB*, II, n°42, S. 152–158; n°43, S. 158–160.

des Verteidigungsministers, Generalmajor Albert Vandezande, dem Militärattaché in London, Oberstleutnant André Bigwood, sowie, als Delegationssekretär, Hauptmann Felix Detige entdeckte darauf eine rote Linie, welche das Gebiet der 1. Infanteriedivision delimitieren sollte.[41] Mit Datum vom 1. April 1946 sollte sie eine Division britischer *Guards* in den Regierungsbezirken Aachen und Köln ablösen.[42]

Nachdem der belgische Botschafter in Paris, Guillaume, das dortige Außenministerium ohne Rücksprache mit London über die britische Entscheidung informiert hatte, schrillten an der Seine die Alarmglocken. Bidault und Couve de Murville zeigten sich enttäuscht über die Integration Kölns in die belgische Zone, de Gaulle ereiferte sich über eine belgische Entscheidung »für England und gegen Frankreich«.[43] In einem Gespräch mit Brugère versuchte Spaak die Franzosen zu beschwichtigen, indem er klarstellte, er habe nichts gefordert; »richtigerweise hätte er sagen müssen, er habe nichts verhandelt«.[44] Kurze Zeit später startete Spaak einen Versuchsballon, indem er über eine Internationalisierung der strittigen Gebiete südlich von Aachen nachdachte – ohne jede Chance auf Realisierung.[45] In einem Vermerk vom Februar 1946 konstatierte Jean van den Bosch, Sekretär des Ministerrats, Frankreich habe die Erfahrung machen müssen, dass Belgien durchaus seine eigenen Interessen verfolge und diese im Widerstreit mit denjenigen der Franzosen gestanden hätten. »Dieser Zwischenfall kann glückliche Folgen haben; nämlich die Franzosen die Notwendigkeit verspüren zu lassen, sich zuerst mit den Engländern zu verständigen, wenn sie eine effektive Annäherung an die kleinen westlichen Mächte erreichen oder zumindest Einfluss auf sie gewinnen wollen.«[46]

Die politische Rechte im französischsprachigen Belgien frohlockte angesichts der britischen Entscheidung. Ihre traditionelle Anglophilie, gepaart mit der steten Angst vor der Einkreisung durch Frankreich, hatte das Hauptmotiv ihrer Presseberichterstattung gebildet.[47] In der Rückschau verstieg sich der Sekretär des CBR, François Drion de Chapois, gar zu der Behauptung, die Besatzung Kölns durch die Belgier sei nur auf die Aktivitäten seiner Gruppierung zurückzuführen.[48] Dieser Darstellung kann man zwar

41 Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 61.

42 CEGES, A 699, Papiers de Gruben, n°65, *Note de synthèse sur l'occupation en Allemagne, établie par le baron de Gruben*, 24.1.1947. Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 90–91.

43 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 115.

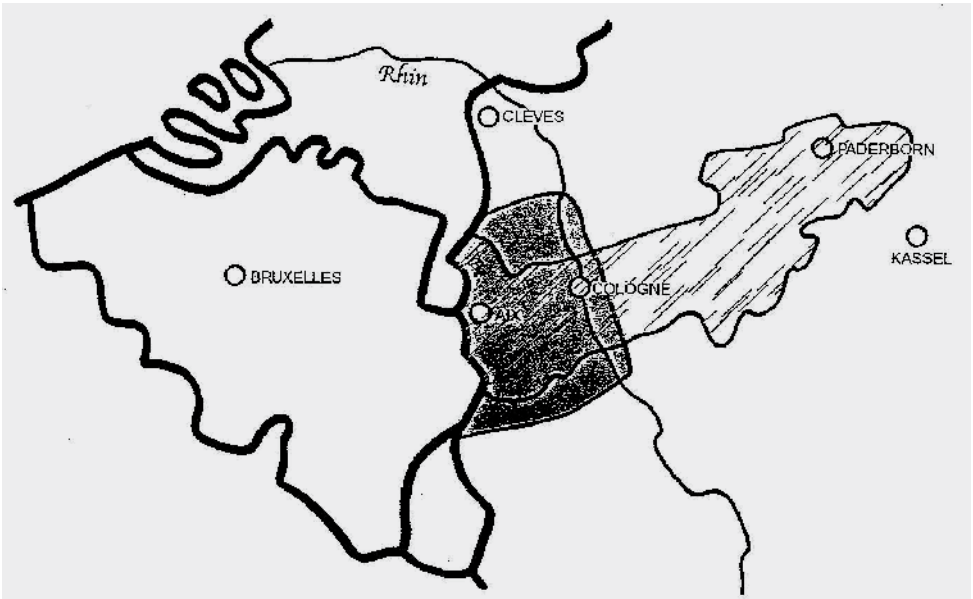
44 Lanneau, *Où va la France?*, Bd. 3, S. 759.

45 *DDB*, II, n°49, S. 167–169.

46 Lanneau, *Où va la France?*, Bd. 3, S. 759.

47 Ebenda, S. 757–758.

48 François Drion de Chapois, *La vocation européenne des Belges*, Brüssel, 1958, S. 228; Ders., *Mes vieilles maisons*, Bd. 2, Brüssel, 1976, S. 35 ff. Vgl. Lanneau, *Où va la France?*, Bd. 3, S. 758; Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 56.



Das belgische Besatzungsgebiet in Deutschland im Jahr 1946 zwischen Anspruch (dunkel eingefärbt) und Wirklichkeit.
Aus: Sterkendries, Jean-Michel: *La Belgique et la sécurité de l'Europe occidentale 1944–1955*, Diss. Phil., Freie Universität Brüssel, 2002, Anhang B8

einige Kreativität nicht absprechen, den damaligen Tatsachen entsprach sie in keiner Weise.

Im Sommer 1946 kam es dann zu Verhandlungen bezüglich der Stationierung der 2. Infanteriedivision.[49] Für die britische Seite war zunächst nur klar, dass der Abschnitt des neuen Truppenteils an den der 1. Infanteriedivision angrenzen sollte. Die schließlich festgelegte Ausdehnung war jedoch für die Brüsseler Verantwortlichen eine nur schwer zu schluckende Kröte. Zwar war der Abschnitt relativ schmal, dafür erstreckte er sich bis weit nach Westfalen hin, nach Soest und Siegen, über 200 Kilometer östlich des Rheins. Im Herbst 1946 wurde das Hauptquartier der belgischen Streitkräfte in Lüdenscheid bezogen. Die Hauptquartiere der Infanteriedivisionen lagen in Bad Godesberg für die 1. DI und im westfälischen Neheim für die 2. DI. Von sechs Besatzungsdivisionen in der britischen Zone waren im Frühjahr 1947 somit zwei belgisch. Die Brüsseler Regierung

49 Deloge, *Coopération*, S. 252–259. Dort auch das Folgende.

hatte einen Zusammenhang schon im Sommer 1946 erkannt: »Es ist unbestreitbar, dass es eine Korrelation zwischen der Erleichterung der britischen militärischen Anstrengungen und der Ausweitung der unseren gibt.«[50] Es bleibt festzuhalten, dass die Briten über die belgischen Infanteriedivisionen quasi wie über ihre eigenen Truppen verfügt hatten. Spielräume für Reaktionen auf belgischer Seite gab es dabei offensichtlich keine.

In parlamentarischen Kreisen wurde nunmehr ständig die Unterordnung, sogar Unterwerfung der belgischen Truppen beklagt. Wie sollte unter diesen Umständen die Besatzungsarmee zu einem politischen Instrument zur Durchsetzung der belgischen Interessen werden?

Im Dezember 1946 interpellierte der rechtskonservative christdemokratische Senator Graf d'Aspremont-Lynden Verteidigungsminister Defraiteur. »Die Zeit der interalliierten Glückwünsche ist vorbei. Wir haben das Recht, jetzt auch gewisse Wahrheiten auszusprechen. Wie groß auch immer unsere Anerkennung für die großen Alliierten ist; wie groß auch immer die ihre uns gegenüber sein mag, die Würde aller muss respektiert werden. Wir sind in Deutschland in der britischen Zone, warum gibt es keine belgische Zone? Wir sind unter dem Kommando der Engländer, die Deutschen wissen das, und diese Unterordnung, die selbst kleinste Dinge betrifft, schadet unserem Prestige.«[51] In seiner Antwort gab der Minister freimütig zu, einige »Desillusionierungen« erlebt zu haben, es jedoch übertrieben sei, von »Demütigung« zu sprechen.[52]

In die gleiche Kerbe wie d'Aspremont-Lynden schlugen der kommunistische Abgeordnete Raoul Baligand und sein Kollege William Bruyninckx, die sich während der Beratungen zum Verteidigungshaushalt die Frage stellten, was man denn mit einer Armee in so großer Entfernung zu Belgien bezwecke.[53] Noch im Juni 1947, nachdem durch eine Umstrukturierung die Kreise Paderborn und Höxter aus dem belgischen Abschnitt genommen worden waren und die Zahl der belgischen Soldaten von 33.000 auf 24.000 gesunken war, beklagte Pierre Nothomb die nicht erfolgte Fokussierung auf Gebiete, »in denen wir direkte Interessen haben«.[54]

Neben der viel zu großen Ausdehnung hinein in Gebiete, die für die belgische Seite augenscheinlich nicht von Interesse waren, gab es einen weiteren zentralen Kritikpunkt. Die Ausübung der Militärregierung blieb den Belgiern verwehrt.

50 PRO/FO, 1049/357, Huysmans an Knatchbull-Hugessen, 8.8.1946.
51 *APS*, 1946–1947, 19.12.1946, S. 306.
52 Ebenda, S. 306–307.
53 *APC*, 1947, 26.2.1947, S. 19–20.
54 *APS*, 1947, 3.6.1947, S. 939.

Die Bemühungen um eine belgische Militärregierung

In einem Interview mit *The Cologne Review* erklärte der neue belgische Verteidigungsminister Defraiteur am 26. April 1946: »Belgien wird die Zone, die ihm zugeteilt worden ist, alleine besetzen.«[55] Innerhalb kurzer Zeit werde die Militärregierung von einem belgischen Stab übernommen, schließlich werde die Zone unabhängig werden. Britische Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Christopher Steel, Chef der Politischen Sektion der *CCG/BE*, machte klar, Defraiteur habe »genau das gesagt, was er nicht hätte sagen dürfen«.[56] Zuvor hatte er jedoch bereits klargemacht, dass eine zu deutliche Reaktion nicht in Frage komme, da man die »Belgier lieber engagiert im Ausland« sehe als in einer »nicht zu verteidigenden doppelten Neutralität wie 1936«.[57] Sir William Strang betonte in einem Schreiben an den britischen Oberbefehlshaber in Deutschland, der »sehr anglophile« Defraiteur werde »nicht an den Pranger gestellt«. Es gehe lediglich darum, die Regierung in Brüssel darauf hinzuweisen, auf ihre Wortwahl zu achten. Er fuhr fort mit der kategorischen Feststellung, dass es »außer Frage steht, dass die belgische Regierung eine getrennte Zone in Deutschland bekommt. […] Es ist den Belgiern schon öfter klargemacht worden, dass belgisches Personal keine Verantwortung für die Militärregierung in den Gebieten ausüben wird, in denen belgische Truppen stationiert sind. Derzeit werden einige Verbindungsoffiziere ausgebildet, um die Verbindung mit der britischen Militärregierung in diesen Gebieten zu gewährleisten.«[58]

Das Vorpreschen Defraiteurs war nur ein Höhepunkt in einer Angelegenheit, die Regierungen und Militärverantwortliche auf britischer und belgischer Seite seit dem Sommer 1945 beschäftigte. Trotz zahlreicher Rückschläge und britischer Rechtfertigungen blieben die Brüsseler Bemühungen, die Militärregierung in der belgischen Unterbesatzungszone auszuüben, immer intensiv. Es ging kurz gesagt auch um die Frage, ob die belgischen Soldaten in einem besetzten Deutschland mehr sein durften als bloße Militärpolizisten. Sollten die Belgier eigene Bestimmungen erlassen und deren Ausführung innerhalb ihrer Unterbesatzungszone überwachen dürfen? Sollte Belgien somit eine eigene Besatzungspolitik gestalten können? Es ging um die von Major Gilliard beschworene »Vitalität Belgiens« und um den Ausbau des »nationalen Prestiges«. Nur so lässt sich erklären, warum diese Situation einer »Unterordnung« gegenüber den Briten und einer sich daraus ergebenden scheinbar fehlenden Autorität gegenüber den Deutschen monatelang immer wieder vorgebracht wurde, obwohl kaum eine realistische Chance bestand, an diesen Zuständen etwas zu ändern.

55 Deloge, *Coopération*, S. 136.
56 PRO/FO, 1049/356, Erskine an Steel, 24.5.1946.
57 Kommentar vom 22.5.1946. Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 136.
58 PRO/FO, 371/55726, Sir William Strang an Oberbefehlshaber in Deutschland, 25.5.1946.

Dabei hatte dies alles im Sommer 1945 in einem vertraulichen Schreiben des Verteidigungsministers an Generalmajor Gérard noch sehr selbstbewusst geklungen: »Es versteht sich von selbst, dass die Militärregierung den belgischen Behörden übertragen werden muss.«[59] Ebenfalls in einem Schreiben an Gérard erklärte der Verbindungsoffizier bei der *21st Army Group*, Oberstleutnant van Oost: »Was das Problem der Militärregierung in der Zone, die man uns zuteilen würde, betrifft, so scheint es, als ob diese Frage derzeit studiert werde, und die Konferenz, die in Potsdam tagt, uns Erläuterungen bringen könnte. Im wünschenswerten Fall, dass diese Militärregierung belgisch sein sollte, würde man mich zeitig benachrichtigen, um die Ausbildung und Praktika der Offiziere zu erlauben.«[60] Gleichzeitig war man sich jedoch der Hindernisse, die diesen Forderungen entgegenstanden, bewusst. Statt eines Armeekorps, der eigentlichen Basis für eine funktionierende Militärregierung, konnte man nur von der noch hypothetischen Bildung von drei Infanteriedivisionen ausgehen.[61] Und hier wogte ja bereits für die 1. Infanteriedivision ein Geduldspiel.[62] Auf britischer Seite sah Strang diese Schwierigkeiten ebenfalls.

Die Vorbereitung auf die Übernahme der Aufgaben einer Militärregierung gingen jedoch weiter. Im August 1945 erhielt van Oost den Auftrag, das Organigramm der britischen Militärregierung zu studieren. Im Zentrum stand dabei die Frage, welche Art von Einheiten die Briten auf den niedrigsten Ebenen der Militärregierung einsetzen wollten. Als Beispiel wurde die Division für einen Regierungsbezirk genannt.[63] In den Köpfen der Armeeführung konnte dies nur auf eine Gleichung zwischen 1. Infanteriedivision und Regierungsbezirk Aachen hinauslaufen. In Brüssel gründete man dazu eigens das *Centre d'Administration des Territoires occupés* (CAMTO), das sich mit den organisatorischen Aufgaben einer Militärregierung auseinandersetzen sollte.[64]

Nachdem die Besprechungen in London am Jahresende 1945 für die belgische Seite ergebnislos verlaufen waren, wurde dies von den Briten im Januar 1946 noch einmal verdeutlicht.[65] Auf ein Schreiben von de Gruben antwortete General Spear im März 1946: »Es ist die Politik der Alliierten Kontrollkommission, dass Besatzungstruppen keine

59 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, Verteidigungsminister an Gérard, 24.7.1945 [vertraulich].
60 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, Van Oost an Chef des *Service de liaison militaire belge*, 21.7.1945 [geheim].
61 Ebenda. Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 136.
62 Siehe weiter oben. Eine damalige Einschätzung im Außenministerium: *DDB*, II, n°41, S. 148–152.
63 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/1, Verteidigungsminister an Generalmajor Gérard, 11.8.1945 [vertraulich].
64 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 136 und 262.
65 Ebenda, S. 260.

Verantwortung für die Militärregierung übernehmen […]. So gilt dies beispielsweise auch für Kanadier und Polen, obwohl sie Besatzungstruppen in großer Anzahl stellen.«[66] Verteidigungsminister Defraiteur konstatierte daraufhin, dieses Schreiben zerstöre »im Moment« die Hoffnungen auf eine belgische Militärregierung. Es sollten nunmehr jedoch Verbindungsoffiziere eingesetzt werden.[67] Der Chef der belgischen Militärmission in Berlin, General Goethals, hatte sich bei den Briten für eine Anzahl von dreißig Soldaten eingesetzt, die im Bereich der 1. Infanteriedivision, die seit dem 1. März ihren Abschnitt bezogen hatte, zum Einsatz kommen sollten.[68] Die Aufgabe dieser Verbindungsoffiziere bei den britischen Militärregierungen bestand in der Anfertigung eines wöchentlichen Berichts, der detailliert über deren Arbeitsweise Auskunft geben sollte. Der stellvertretende Leiter des CAMTO, Oberstleutnant Bolle, insistierte besonders auf der »nationalen Bedeutung dieser Mission« und auf der Tatsache, dass von »ihrer Aktivität und Haltung in großem Maße die zukünftige Organisation einer belgischen Militärverwaltung der besetzten Gebiete« abhänge.[69] So ganz schien man die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben zu haben. In der Folge wurden zahlreiche Unterrichte für diese Offiziere organisiert, in denen sie mit den Verhältnissen vertraut gemacht werden sollten.[70] Einige Verbindungsoffiziere kamen in den Genuss einer britischen Ausbildung in Schleswig-Holstein, eine Praxis, die in den folgenden Jahren weitergeführt wurde.[71]

Für die Briten war die Sache nunmehr erledigt.[72] In ihrer Sprachregelung hielten sie sich nunmehr strikt an die Bezeichnung *Belgian divisional area*. Das schon erwähnte Interview Defraiteurs diente ihnen als Gelegenheit, dies noch einmal auf den Punkt zu bringen. Der Widerstand der sowjetischen Seite bildete ein weiteres Argument.[73] Gerüchte in der deutschen Presse über die Bildung einer belgischen Militärregierung erschwerten jedoch auf dem Terrain die Zusammenarbeit zwischen Belgiern und Briten, was von Goethals heftig beklagt wurde.[74] Im Vorfeld von Gesprächen zwischen Spaak und General Fromont, dem Oberbefehlshaber der belgischen Truppen in Deutschland, – nach der Formierung der 2. Infanteriedivision – im September 1946 stellte man

66 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O3/3, Brigadier T.H. Spear, British Military Mission Belgium, an Baron de Gruben, 5.3.1946.
67 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O3/3, Defraiteur an Oberstleutnant Bolle, 21.3.1946 [geheim].
68 PRO/FO, 1049/356, Vermerk Strang, 7.3.1946.
69 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O3/3, Bolle an Defraiteur, 21.3.1946.
70 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/17, Bolle an Kabinett des Verteidigungsministers, 2.4.1946.
71 Deloge, *Coopération*, S. 261.
72 Siehe die damalige Analyse im belgischen Verteidigungsministerium: SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O3/3, Direktor CAMTO an Kabinett des Verteidigungsministers, 24.5.1946.
73 Deloge, *Coopération*, S. 260–261.
74 *DDB*, II, n°51, S. 170–171.

im Außenministerium jedoch fest: »Die Aufgaben und die Gewalt der Militärregierung im legislativen, exekutiven und justiziellen Bereich sind ausschließlich den britischen Behörden in ihrer Eigenschaft als Besatzungsmacht anvertraut und werden durch sie ausgeübt. Dies gilt ebenso für den wirtschaftlichen und politischen wie für den administrativen und sozialen Bereich.«[75] Zumindest die Diplomaten schienen sich zu diesem Zeitpunkt mit dem *fait accompli* abgefunden zu haben.

Einige Wochen später flammte der Streit mit den Briten jedoch wieder auf. Auf Betreiben von Defraiteur entwickelte das CAMTO einen Organisationsplan für eine belgische Militärregierung.[76] Dabei optierte man für eine neue Argumentation. »Die Mindestbefugnisse, die man uns übertragen müsste, um die Ausführung eines Plans zur Kompensation unserer Ausgaben, vor allem aber der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu erreichen, sind jene, welche die britische Militärregierung heute im Bereich der Orientierung der wirtschaftlichen Ressourcen und der Reglementierung des internationalen Austauschs und im Bereich der Requisitionen ausübt.«[77] Im Außenministerium ließ man sich trotz einiger Skepsis auf diese neue Sichtweise ein. So regte die Politische Abteilung im Gespräch mit Vertretern des Verteidigungsministers an, im Zuge der Umstrukturierung der britischen Zone im Bereich der Kreise und Regierungsbezirke alle britischen Beamten durch belgische zu ersetzen.[78] Der Vorschlag wurde dem britischen Botschafter übermittelt mit dem Verweis auf die zunehmende Unzufriedenheit parlamentarischer Kreise über die britische Haltung.[79] Es bedurfte einer Nachfrage Spaaks, ehe mehr als drei Monate später eine Antwort eintraf, in der der Begriff Militärregierung nicht einmal mehr auftauchte.[80]

Auf der Suche nach einer Daseinsberechtigung

Die monatelangen Diskussionen um die Formierung belgischer Truppenteile und um die Schaffung einer Unterbesatzungszone sowie der anhaltende Streit um eine eigene Militärregierung ließen in der öffentlichen Meinung und in parlamentarischen Kreisen die Frage nach dem Sinn der belgischen Präsenz in Deutschland aufkommen. Eine Präsenzpolitik, mit der das viel zitierte nationale Prestige augenscheinlich nicht ausgebaut

75 AMAEB, 11869, Vermerk für das geplante Gespräch zwischen Spaak und General Fromont, 24.9.1946.
76 AMAEB, 11869, Defraiteur an Spaak, 18.11.1946.
77 AMAEB, 12260, Oberst Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 29.11.1946 [vertraulich].
78 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 100.2, Vermerk der Politischen Abteilung, Dezember 1946.
79 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, CD 100.2, de Gruben an Knatchbull-Hugessen, 21.12.1946.
80 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 264–265.

und mit der die legitimen Interessen gegenüber Deutschland nicht durchgesetzt werden konnten, musste eine Fortführung des Engagements zumindest fraglich erscheinen lassen.

Am 28. Februar 1947 berichtete der französische Botschafter in Brüssel, Raymond Brugère, seinem Außenminister, Georges Bidault, innerhalb der belgischen Einheiten in Deutschland kursiere ein geflügeltes Wort: »Die Amerikaner haben ihre Neger, die Engländer haben die Belgier!«[81] Der Frust saß tief. Bei den Soldaten selbst, wie noch zu zeigen sein wird, jedoch auch bei den politisch Verantwortlichen. So fragte der stellvertretende Direktor der Politischen Abteilung im Außenministerium, Hervé de Gruben, in einem weit ausgreifenden Vermerk vom 24. Januar 1947: »Müssen wir unsere Beteiligung an der Besatzung beibehalten?« Die Frage sei letztlich zu bejahen, da es zur belgischen Politik gehöre, eine aktive Rolle in der alliierten Politik in Deutschland zu spielen. »Wir müssen dort sein, in einer bestimmten Region, damit andere nicht dort sind.« De Gruben ließ keinen Zweifel daran, dass dieses Gebiet nicht mit den Abschnitten der beiden Infanteriedivisionen übereinstimmte. »Tatsächlich hätten wir uns mit dem Abschnitt der 1. Infanteriedivision zufrieden geben können.«[82]

Man kommt nicht umhin, die tiefe Frustration zu konstatieren, mit der in Brüssel die Rolle Großbritanniens betrachtet wurde.[83] Trotz aller Bemühungen war London nicht bereit, die führende Rolle in einem regionalen Bündnis zu übernehmen, und in der Frage der Ausstattung und der Reorganisation der belgischen Armee gingen die Dinge zu langsam voran. Es wurde immer deutlicher, dass die Briten keinesfalls eine vertiefte Kooperation mit den kleineren Partnern anstrebten, sondern zunächst einmal ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellten. Diese waren vor allen Dingen wirtschaftlicher Natur.[84]

In einem Artikel in der *Gazette du Soldat* beklagte der Verfasser die Nichtberücksichtigung der kleinen Länder für die Moskauer Konferenz, die im Frühjahr 1947 stattfinden sollte, und erhoffte sich von den Briten eine bessere Zusammenarbeit. »Die bloße Präsenz unserer Truppen im besetzten Deutschland verleiht uns, in den Augen der Welt, ein Prestige, das anderen Nationen abgeht, die ebenfalls Opfer der nationalsozialistischen Aggressionen waren […].«[85] Zum wiederholten Mal wurde das Prestige als Motivation für die belgische Präsenz in Deutschland vorgebracht. Doch welche konkreten Vorteile waren Belgien daraus erwachsen? In der Wochenzeitschrift *Pourquoi pas?* waren

81 Brugère an Bidault, 28.2.1947, zitiert nach Sterkendries, *Belgique et sécurité*, Bd. 1, S. 62.
82 *DDB*, II, n°56, S. 179–182.
83 Deloge, *Coopération*, S. 160–161.
84 So der Tenor bei: Deloge, Economie et sécurité extérieure, S. 239–255.
85 *Gazette du Soldat*, 26.1.1947, S. 1.

ähnliche Stimmen zu hören. »Die belgische Öffentlichkeit wäre enttäuscht gewesen, wenn unsere Truppen nicht an der Besetzung des besiegten Deutschlands teilgenommen hätten. Doch sie ist enttäuscht und unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Besatzung – ohne Gegenleistung – verläuft.«[86] In einem anderen Artikel derselben Ausgabe fragt der Verfasser: »Wieviel kostet diese Reorganisation [der belgischen Armee; C.B.], von der nur England profitiert und die unseren Soldaten jeden belgischen Charakter genommen hat?«[87]

In London wurde diese Kritik durchaus wahrgenommen. In einem Memorandum zeigte man jedoch kein Verständnis für den Teil der französischsprachigen Presse, der von »Demütigung« sprach. Das so genannte Eden-Spaak-Abkommen sei frei ausgehandelt gewesen, mit dem Ziel, die belgische Beteiligung an der Besatzung Deutschlands zu ermöglichen. Zur »Unterordnung« der Belgier, symbolisiert durch die Verweigerung einer eigenen Militärregierung, bemerkte man knapp, die Regierung in Brüssel sei über die Bedingungen von vornherein informiert gewesen. Aus praktischen Gründen sei das Oberkommando britisch, in der Frage der Militärregierung sei den Belgiern niemals Hoffnung gemacht worden.[88]

In Deutschland selbst waren die Beziehungen zwischen Briten und Belgiern oftmals schwierig. Die totale Abhängigkeit, die selbst bei der Verteilung von Kinokarten für die belgischen Soldaten galt, war nur schwer zu verkraften.[89] Der Vorwurf, die Briten würden die Deutschen bevorzugen, war an der Tagesordnung.[90] Auf diplomatischer Ebene zeigte sich dies deutlich in der Frage der Besatzungskosten. Nach der durch Großbritannien einseitig verfügten Vergrößerung der belgischen Unterbesatzungszone fürchteten gewisse Kreise in Brüssel ein Minusgeschäft.[91]

Im Sommer 1947 reifte bei de Gruben die Erkenntnis, die zu Kriegszeiten entstandenen Vereinbarungen mit den Briten müssten in eine neue Form gegossen werden, die den Gegebenheiten besser gerecht würde. Vorbild sollte hierbei die Zusammenarbeit zwischen Kanadiern und US-Amerikanern sein. Verteidigungsminister Defraiteur reagierte verhalten, Grund dafür war – laut Deloge – eine diffuse Sorge um das Prestige der Armee. De Gruben regte daraufhin Verhandlungen über die Größe des belgischen Abschnitts, eine Reduzierung der Truppenstärke und eine politische oder wirtschaftli-

86 *Pourquoi pas?,* nº1470, 31.1.1947, S. 284
87 Ebenda.
88 PRO/FO, 371/64470, Memorandum des *Foreign Office*, 29.1.1947.
89 Deloge, *Coopération*, S. 270.
90 Ebenda, S. 166.
91 Ebenda, S. 273.

che Kompensation als Gegenleistung für die belgischen Anstrengungen an.[92] Doch auch diese Hoffnungen zerschlugen sich.

Es bleibt festzuhalten, wie mühsam sich das Ringen um eine einigermaßen funktionstüchtige Besatzungsarmee für die belgischen Behörden gestaltete. Die durch die Ausgangsbedingungen vom Sommer 1945 entstandenen Verhältnisse wurden in den ersten Nachkriegsjahren als Ballast mitgeschleppt. Belgische Deutschlandpolitik spielte sich vor allem im Kontext des Verhältnisses zu den Briten ab. Was die Belgier in dieser Zeit in Deutschland hielt, war das nationale Prestige, der Glaube, die Präsenz der Truppen müsse früher oder später politisch belohnt werden. Die Hoffnungen, einerseits in Deutschland selbstständiger auftreten zu können, andererseits durch ein regionales Bündnis in Westeuropa mehr Gewicht zu erhalten, wurden von London jedoch lange Zeit enttäuscht.

Nachdem die Klage der Enttäuschung im Sommer 1947 jedoch auch in London vernommen wurde, setzte dort vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts ein langsamer Prozess des Umdenkens ein. Dieser zeitigte mit dem Brüsseler Pakt vom März 1948 zunächst politische Folgen. Auf Verhandlungen bezüglich eines neuen Status für die belgische Armee in Deutschland sollte man in Brüssel bis 1949 warten. Ein Auslöser war dabei die so genannte Bonn-Affäre. Durch die Bezeichnung Bonns als Bundessitz sollte die Stadt »besatzungsfrei« werden. Dies stellte für die belgischen Truppen insofern ein Problem dar, als sie erst im Herbst 1948 ihr Hauptquartier an den Rhein verlagert hatten. Monatelang weigerte sich General Pironт, der Kommandeur der belgischen Truppen, Bonn und den Petersberg zu räumen, was zu schweren Konflikten mit den britischen Besatzungsbehörden und einigen diplomatischen Verwicklungen führte.[93]

3.2 Die Besatzungsarmee als Garant der belgischen Interessen in Deutschland

Aufgrund des komplizierten und uneindeutigen Verhältnisses zu den Briten hatte die belgische Besatzungsarmee erhebliche Schwierigkeiten, ihren Platz im besetzten Deutschland zu finden. Aber auch das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung schuf Probleme, auf die sowohl die politische als auch die militärische Führung händerin-

92 Detaillierte Darstellung: Ebenda, S. 166–171.

93 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 275–313; Reiner Pommerin, *Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945*, Köln/Wien, 1989, S. 159; Helmut Vogt, *Wächter der Bonner Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955*, Paderborn u.a., 2004, S. 37–38.

gend Antworten suchten. In seinem ersten Tagesbefehl als Kommandeur der belgischen Besatzungsarmee in Deutschland erklärte Generalmajor Jean-Baptiste Piron am 13. Februar 1947: »Wir werden unsere Autorität gegenüber den besiegten Völkern weder durch Brutalität noch durch ungerechte Handlungen durchsetzen.«[94] Nach fast zwei Jahren Präsenz auf deutschem Boden und nach knapp einem Jahr Existenz einer belgischen Unterbesatzungszone bedurfte es beim Amtsantritt des neuen Befehlshabers offensichtlich noch klarer Worte. Seit dem Frühjahr 1947 wurde zunehmend klar, was es bedeuten konnte, mit sehr bescheidenen technischen Mitteln und geringem personellem Aufwand Besatzungsarmee in einem Abschnitt zu sein, der von Aachen bis Paderborn reichte. Eine militärische Notwendigkeit für die Präsenz einer derart schwachen Armee, die noch dazu im strategischen Dispositiv der Alliierten keine Rolle spielte,[95] gab es nicht. So stellt sich die Frage: Wie sollten auf diese Weise politische Interessen in Deutschland durchgesetzt werden?

Mit einer Armee, die sich zunächst fast ausschließlich aus Freiwilligen zusammengesetzt hatte, deren Motivation, sich in Deutschland zu engagieren, zudem sehr unterschiedlich gelagert war, hatte man sich eher hoffnungsvoll in eine jedoch nur schwerlich einzuschätzende Situation gestürzt. Sicher waren nur Begegnungen, zum einen mit den britischen Alliierten, zum anderen mit der deutschen Bevölkerung. Hier war freilich das Zauberwort jeder Streitmacht besonders gefragt: Disziplin. Tatsächlich stellten sich den belgischen Soldaten und ihren Offizieren einerseits dieselben Schwierigkeiten wie den großen Besatzungsarmeen, befanden sie sich andererseits jedoch in einer besonderen Situation, da sie nicht auf der gleichen politischen und rechtlichen Grundlage handeln konnten. Es galt, auf dem Terrain Lösungen zu finden.

Psychologisch von Belang ist das schon diagnostizierte Überlegenheitsgefühl, das viele belgische Soldaten gegenüber den Briten an den Tag legten, schließlich war man zweimal von deutschen Truppen besetzt gewesen, glaubte also zu wissen, wie mit ihnen zu verfahren sein sollte. Von daher schien *la non-fraternisation* nicht Verbot, sondern Ehrensache. Die Präsenz junger Männer im besiegten Deutschland war somit auch eine Art Laboratorium für den Umgang mit *den* Deutschen – unter sehr spezifischen Bedingungen.

94 *Vici*, nº8, 13.2.1947, S. 2.

95 Vgl. Heinz Schulte, Besatzung und Kalter Krieg – britische Verteidigung am Rhein 1947–1949, in: Josef Foschepoth und Rolf Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn, 1985, S. 96.

Kennzeichen der belgischen Besatzung

Die Beziehungen zu den britischen Streitkräften bildeten seit dem Einmarsch nach Deutschland im Frühjahr 1945 den Hintergrund für das Handeln der belgischen Streitkräfte. Bis weit in den Sommer hinein bildeten die belgischen Einheiten allenfalls kleine Inseln in den britischen Kampfverbänden. Nur die Verbindungsoffiziere waren an exponierterer Stelle tätig gewesen. Im Herbst 1945 wurden die belgischen Truppen entlang der deutsch-belgischen Grenze progressiv zusammengezogen. Eine Konzentration fand jedoch endgültig erst mit der Formierung der 1. DI und der Zuweisung eines Abschnitts in der britischen Zone statt.

Dies geschah ausschließlich unter britischer Befehlsgewalt. Eigene Relevanz besaßen nur die belgischen Militärmissionen.[96] An erster Stelle ist hier die Belgische Militärmission in Berlin zu sehen, deren Chef, Generalmajor Georges Goethals, nach und nach die Koordinierung sämtlicher Missionen übernahm und als direkter Ansprechpartner des Außenministeriums fungierte.[97] Weitere wichtige Verbindungen waren die Missionen bei der *21st Army Group* und später der *BAOR* in Bad Oeynhausen, sowie bei den amerikanischen[98] und französischen Streitkräften in Frankfurt am Main und Baden-Baden.

Während die Beziehungen auf höchster militärischer Ebene von Fairness, jedenfalls von dem Bemühen getragen waren, mit der Situation so gut wie möglich umzugehen, kam es auf der Ebene der Soldaten oftmals zu Zwischenfällen zwischen Briten und Belgiern. Die Gründe dafür zählte schon ein im August 1945 verfasster Bericht des belgischen Militärgeheimdienstes auf: »Im Allgemeinen herrscht kein Verständnis zwischen Briten und Belgiern. Es gibt einzelne Fälle, in denen ein britischer Kommandeur die belgische Mentalität besser versteht und die Belgier gegenüber den Deutschen unterstützt, aber im Allgemeinen verstehen sich Briten und Belgier nicht. Dafür gibt es zwei

96 Überblick über alle Missionen bei: UCL, *Papiers Nothomb*, 5127, *Représentation et défense des intérêts belges en Allemagne*, 4.6.1946, 17 S. Es handelt sich um eine Aufstellung des Außenministeriums, die Nothomb wohl in seiner Eigenschaft als Mitglied des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten erhalten hatte. Zeitgenössische Analyse ihrer Struktur bei *DDB*, II, n°51, S. 170–171 [31.7.1946].

97 So wurden im Sommer 1946 alle Missionen ausdrücklich angewiesen, ihre Kontakte immer über die Berliner Mission zu tätigen. SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, M3/5, *Avis relatif aux missions opérant pour le compte de l'Etat belge en Allemagne*, 16.8.1946.

98 Um Belgien bei den amerikanischen Soldaten bekannter zu machen, plante man im Frühjahr 1946 eine Vortragsreihe. Die US-Offiziere willigten ein, forderten jedoch die Beteiligung von »VIPs« wie der Altpremierminister van Acker und van Zeeland, letzterer bekanntlich ein überzeugter Transatlantiker. Vgl. den Briefwechsel zwischen Oberst Jooris, dem Chef der Miliärmission bei USFET, und Oberst Triest, dem stellvertretenden Leiter des SLMB: SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/17, 27.3.1946, 2.4.1946, 8.4.1946, 10.4.1946.

Gründe: Der Engländer betrachtet den Belgier als einen Soldaten zweiter Klasse, der glücklich sein sollte, dass er von den Briten ernährt und ausgerüstet wird; der Engländer, der nicht die Besatzung durch die Deutschen erlitten hat, gibt jedes Mal dem Deutschen Recht, wenn dieser sich über einen Belgier beschwert. […] Die Freiwilligen fragen sich, was sie überhaupt in Deutschland machen und alle fordern entweder die Rückkehr nach Belgien oder, besser, die Schaffung einer belgischen Zone.«[99] Vieles spricht dafür, diesem Auszug bereits die Hauptkritikpunkte der belgischen Seite am Verhältnis zu den Briten zu entnehmen, wie sie sich ihr bis ins Jahr 1949 darstellten. Sie mündeten in Forderungen der belgischen Öffentlichkeit und des Parlaments, endlich in Verhandlungen mit den Briten für Klarheit zu sorgen. Soldaten zweiter Klasse, denen es dadurch an Autorität gegenüber den Besiegten fehle, so die eindeutige Selbstbeschreibung im Sommer 1945, die man so oder ähnlich während der ersten Nachkriegsjahre immer wieder zu lesen und zu hören bekam. Der Autor des zitierten Berichts verfolgte freilich ein eindeutiges Ziel: die Errichtung einer eigenen belgischen Zone, eine Forderung, die im zweiten Halbjahr 1945 Hochkonjunktur hatte.

Die »Unterwerfung« durch die Briten machte Schlagzeilen und beschäftigte in schöner Regelmäßigkeit den Senatsausschuss für Landesverteidigung.[100] So konnte man beispielsweise im November 1947 in der Wochenzeitschrift *Pourquoi pas?* lesen: »Damit wir uns verstehen: Es missfällt uns keinesfalls, dass Belgier in *Bochie* sind, so wie die *Boches* in Belgien waren. Wir haben es uns immer gewünscht, dass unsere Farben am Rheinufer ihre Revanche gegenüber den Hakenkreuzflaggen, die unsere Gebäude beschmutzt haben, bekommen. Aber niemand in Belgien hat sich auch nur für einen Moment eine so verrückte und demütigende Kombination vorstellen können.«[101]

Um die Aufgaben und das Handeln der belgischen Besatzungsarmee zu verstehen, ist ein Blick auf ihre Organisation und auf ihr Verhältnis zu den britischen Militärbehörden in Deutschland unerlässlich. In den »Allgemeinen Instruktionen für die belgische Besatzungsarmee« waren diese genau festgehalten.[102] Für den Kommandeur des 1. Armeekorps, das sich aus den beiden Infanteriedivisionen zusammensetzte, hob

99 SGR/SA, Cabinet MDN, 1945, O2/6, Auskunft der *2e direction* des belgischen Generalstabs über das Verhältnis der Alliierten im besetzten Deutschland, 12.8.1945.

100 Wenige Beispiele unter vielen: *Grenz-Echo*, 2.8.1946, S. 1; Ebenda, 4.1.1949, S. 1; AMAEB, 12887, Senator Craps an Generalsekretär des Außenministeriums, 10.5.1948. Zu den britischen Reaktionen: PRO/FO, 371/64470, Vermerk über die Präsent belgischer Truppen in Deutschland, 29.1.1947; Geoffrey Harrison an Sir Tony Rumbold, 13.11.1947; Rendel an Bevin, 26.11.1947.

101 *Pourquoi pas?*, n°1512, 21.11.1947, S. 3038.

102 Ausführlichstes Dokument: AMAEB, 12260, *Instructions générales pour l'A. B. O.*, Generalleutnant Baele, Chef des Generalstabs der Armee, an den Kommandeur des 1. Armeekorps, 4.3.1947, 9 S. + Anhänge [geheim].

man die »Dualität der Verpflichtungen« hervor. Für die Besatzungsaufgaben bestehe die Notwendigkeit, sich den britischen Direktiven zu fügen. Für die Ausübung der Direktiven in den Bereichen Ausbildung, Verwaltung und Funktionieren der Dienste hänge er von den belgischen Behörden ab. Der Kommandeur des 1. Armeekorps trug nun ebenfalls den Titel »Kommandeur der belgischen Besatzungszone«. Im operativen Bereich war er direkt dem Befehl des Kommandeurs der *BAOR* unterstellt, ihm standen somit dieselben Rechte zu wie einem britischen Armeekorps-Kommandeur. Die belgischen Truppen übten dieselben Aufgaben aus wie die britischen Truppen der *BAOR*. »Daraus folgt, dass die belgischen Truppen der *CCG* für deren Aufgaben zur Verfügung stehen, vor allem im Bereich der Erhaltung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit.« In diesem Bereich hatte der Kommandeur jedoch keine Befehlsgewalt; alle Tätigkeiten mussten hier den Schreibtisch des *Regional Commissioner* sowie der *Public Safety Officers* passieren. »Jede militärische Aktion kann vom Korps-Kommandeur nur auf Anfrage oder nach Beratung mit der Militärregierung eingeleitet werden«. Außerdem übernahm der Militärgeheimdienst die militärische Aufklärung und befasste sich in dieser Eigenschaft mit der Sicherheit der Truppen und mit der Überwachung der deutschen Bevölkerung in der Nähe der Hauptquartiere. Dies musste jedoch in enger Abstimmung mit der britischen *Intelligence* erfolgen.

Unter den belgischen Missionen bei den alliierten Streitkräften nahmen dementsprechend die der *BAOR* zugeordneten Verbindungsoffiziere eine besondere Rolle ein. Im Sommer 1946 schilderte der Leiter der Verbindung, Oberst Genonceaux, deren Situation. Zunächst ging es um Schwierigkeiten, die durch Kompetenzgerangel entstanden seien und die den Aufbau stark behindert hätten. Die Briten behandelten ihn als Vertreter der belgischen Regierung in ihrer Zone, er sehe sich vor allem als Vertreter des Chefs der belgischen Militärmission in Berlin. Nahezu alle Belgier, bei denen Probleme aufträten, sowie Briten und Ausländer, die Auskünfte über Belgien wünschten, täten dies in Bad Oeynhausen. Deshalb sei es unabdingbar, dass die Verantwortlichen in Brüssel ihn über alles Anfallende auf dem Laufenden hielten, »da die britischen Behörden des HQ/BAOR sich oftmals an uns wenden, um schnell an Informationen zu gelangen bezüglich der Probleme, die aus Belgien an sie herangetragen werden. In diesem Fall können wir zum Nutzen der belgischen Interessen handeln.«[103] Der Bericht Genonceaux' muss auch als Protest gegen eine Reduzierung seines Personals gelesen werden. Dafür sprach auch seine launige Bemerkung, ob er vielleicht ein Schild mit der Auf-

103 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/4, Oberst Genonceaux, Leiter der belgischen Militärdelegation beim HQ/BAOR, an Chef des SLMB, 3.7.1946 [vertraulich].

schrift »Dies ist keine Informations- und Austauschbörse und auch keine Reiseagentur!« an seine Tür hängen solle.

Die Suche nach belgischem Eigentum war seit dem Einmarsch in Deutschland eine Hauptaufgabe der belgischen Soldaten gewesen. Hintergrund waren hier freilich auch die Forderungen nach wirtschaftlichen Reparationen, die Belgien gegenüber Deutschland erhoben hatte. Die Briten erlaubten den Belgiern, Vertreter in die Regionalausschüsse für Entmilitarisierung und Industriedemontage zu entsenden. Während für die erste Aufgabe ein Stabsoffizier des 1. Armeekorps vorgesehen war, bevorzugte man für die Demontagefragen die Verwendung eines Zivilisten aus dem Außenministerium, dem jedoch ein militärischer Rang zuerkannt werden sollte.[104] Die belgischen Soldaten übernahmen bei Demontageaktionen die Aufgaben der Militärpolizei, griffen nach unserem Kenntnisstand aber nicht direkt ein.[105] Das Verteidigungsministerium wurde allerdings recht detailliert über die konkrete britische Demontagepolitik informiert.[106] Im April 1948 befanden sich Ermittlungstrupps in Nordrhein-Westfalen, die im Zuge der Rückerstattungen belgischen Industriematerials Zugangsberechtigung zu allen Fabriken besaßen.[107] Auch hier war jedoch früh das Ausbleiben einer eigenen Zone beklagt worden. Manche Presseartikel hoben hervor, wie der belgische Kohlebedarf durch Nutzung des Aachener Raums hätte gesättigt werden können.[108] Erlaubt worden war hingegen die Nutzung der Wälder im Kreis Schleiden, wo durch ein *Corps de Forestiers* im Jahr 1946 rund 183.500 Festmeter Holz geschlagen worden waren.[109] Die Forderung nach einer eigenen Militärregierung beruhte nicht zuletzt auf der Hoffnung, so die wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Deutschen besser durchsetzen zu können. In den Gesprächen mit den Briten wurde diese Argumentation aus verständlichen Gründen jedoch nicht benutzt.[110] Die Demontagepolitik bildete bis in den Herbst 1947 immer wieder einen Hauptkritikpunkt in der belgischen Berichterstattung über die bri-

104 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 858/3, de Gruben an Spaak, 5.12.1946.

105 CCG/BE, *Monthly Report*, Januar 1947, S. 48. Dazu passt auch die Schilderung der Demontage einer Fabrik in Bergkamen im Jahr 1949 in dem ansonsten tendenziösen Werk von Hanns D. Ahrens, *Demontage. Nachkriegspolitik der Alliierten*, München, 1982, S. 231–235.

106 Dazu die Dokumente bei: SGR/SA, *Fonds Rootsaert*.

107 HStAD, NW 53, n°399/2, *Acting Regional Commissioner* an Ministerpräsident des Landes NRW, 9.4.1948.

108 *Pourquoi pas?*, n°1486, 23.5.1947, S. 1303.

109 *Grenz-Echo*, 5.8.1947, S. 3. In den ersten Monaten des Jahres 1947 waren nochmals 36.000 Festmeter hinzugekommen.

110 AMAEB, 12896 (1945–55), Vermerk der Generaldirektion Politik, [9].12.1946.

tische Zone.[111] Zuerst wurde sie als zu lasch abgetan, später, nachdem die Regierung ihr Interesse an der schnellen Wiederherstellung der (west-) deutschen Wirtschaft entdeckt hatte, warnte man vor zu harten Eingriffen. Im November 1947 gab sich Botschafter Rendel hier optimistisch, indem er Bevin kundtat, die während des letzten Jahres praktizierten Maßnahmen seien von den Belgiern akzeptiert worden.[112]

Eine weitere Kernaufgabe der belgischen Soldaten in Deutschland war seit 1945 die Rückführung belgischer Kriegsgefangener und DPs gewesen. Dieser Aufgabe kam man denn auch nach den ersten großen Wellen des Jahres 1945 weiter nach. So wurden beispielsweise im Juli 1946 484 Belgier repatriiert, die meisten von ihnen hatten sich in Lagern um Hannover befunden.[113] Die letzten großen Rückführungsaktionen belgischer und französischer Kriegsgefangener begannen im Mai 1947 und sollten zum Jahresende 1947 abgeschlossen sein.[114]

Die größten Spannungen zwischen Belgiern und Briten entstanden immer dann, wenn es um Grenzkontrollen, Aktivitäten der Militärregierungen und um das für Besatzungstruppen so akute Problem der Requisitionen ging. Ein weiterer heikler Punkt waren die Besatzungskosten. Sie entwickelten sich zu einem Zankapfel zwischen Briten und Belgiern, was vor allem mit der einseitig verfügten Vergrößerung des belgischen Abschnitts zu tun hatte. Zwar bemühten sich die Verantwortlichen, die Dinge so darzustellen, als ob die Besatzungsarmee den Steuerzahler weniger kosten würde als eine im Inland stationierte Armee, während der Vorbereitungen der Verhandlungen des Jahres 1949 spielte die Regelung dieser Frage jedoch eine erhebliche Rolle.[115] Dabei gelang es mit wechselndem Erfolg, das Thema aus den Spalten der Zeitungen herauszuhalten.[116]

111 In der Fülle der Literatur: Ian D. Turner, British Policy towards German industry, 1945–9: Reconstruction, Restriction or Exploitation?, in: Ders. (Hg.), *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones 1945–55*, Oxford/New York/München, 1989, S. 67–91; Alan Kramer, British Dismantling Politics, 1945–9: A Reassessment, in: Ebenda, S. 125–153. Die konziseste Darstellung zur Haltung der Deutschen bei: Josef Foschepoth, Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung, in: Ludolf Herbst (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München, 1986, S. 157, 160.

112 PRO/FO, 371/64470, Rendel an Bevin, 26.11.1947.

113 CCG/BE, *Monthly Report*, Juli 1946, Anhang 5.

114 HSTAD, NW 53, nº398/2, *Regional Commissioner's Office, HQ MilGov*, an Ministerpräsident NRW, 7.5.1947. Man sprach von 4.000–5.000 Repatriierungen pro Monat.

115 Dieser Aspekt ist allein für das belgisch-britische Verhältnis von Belang und bedarf an dieser Stelle keiner detaillierten Schilderung. Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 273–274; Ders., Economie et sécurité extérieure, passim.

116 AMAEB, 12896 (1945–55), Vermerk der Generaldirektion Politik, 7.12.1948.

Einer der wesentlichen Gründe für das Zögern der britischen Behörden, der belgischen Armee in Deutschland im zweiten Halbjahr 1945 einen klaren Auftrag zuzuweisen, hatte in den Bedenken um die Grenzkontrollen gelegen. Als die Briten einen Teil der Kontrollen in die Hände deutscher Zöllner und Polizisten legten, erhoben die belgischen Stellen dagegen vehementen Protest. Da die Belgier praktisch »dem Befehl der deutschen Zöllner« unterstehen würden, warnten sie vor dann »unvermeidbaren Zwischenfällen«. Zur Begründung benutzen sie ein immer wiederkehrendes Motiv. »Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass die Briten im Konfliktfall zwischen Belgiern und Deutschen oft genug die Tendenz haben, unseren Landsleuten die Schuld zu geben.« Auch die geforderte Konsequenz muss den britischen Stellen wie ein veraltetes Lied vorgekommen sein. »Die Situation wäre anders, wenn in der belgischen Besatzungszone die Aufgaben der Militärregierung von belgischem Personal ausgeübt würden. […] [Diese Lösung] erlaubte es, unser Prestige den Deutschen gegenüber zu bewahren.«[117] Die Briten ließen sich jedoch nicht auf Diskussionen ein und räumten den belgischen Soldaten lediglich das Recht ein, ihre Landsleute an der deutsch-belgischen Grenze zu kontrollieren.[118]

Dies verhinderte nicht, dass sich die belgische Seite häufig über die Verwendung des deutschen Personals bei den Grenzkontrollen beschwerte. Die britischen Kommentare zur Durchführung der Kontrollen waren nicht immer eindeutig. Im Februar lobten sie die belgischen Militärbehörden, »die erhebliche Anstrengungen unternehmen, um dem *Frontier Control Service* zu assistieren«[119], Monate später beschwerten sie sich, weil belgische Offiziere sich weigerten, der Ausweispflicht beim Grenzübertritt nachzukommen.[120] In ihren Bedenken durften sie sich jedoch letztlich bestätigt fühlen. Nachdem immer wieder kleinere Delikte auf dem Schwarzmarkt – z. B. Zigarettenhandel[121] – zur Ahndung gelangt waren, deckten deutsche Stellen im März 1949 einen großangelegten Getreideschmuggel auf. Zentrum war die Zentralkantine der belgischen Streitkräfte in Deutschland.[122] Schlimmer noch, das Ausbleiben einer Untersuchung und das ohnehin

117 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 398/4, Leiter AMTO an Kabinett des Verteidigungsministers, 15.1.1946 [vertraulich].

118 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 134.

119 CCG/BE, *Monthly Report*, Februar 1947, S. 37.

120 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 020/3, Vermerk für den Kommandeur des 1. Armeekorps, 21.10.1947; ebenda, Piron an Kabinett des Verteidigungsministers, 31.10.1947.

121 PRO/FO, 1050/283, *Department Inspectorate General, Public Safety, Land NRW*, an *Regional Governor NRW*, Januar und 27.2.1947.

122 PRO/FO, 1049/1758, Wansborough-Jones an Oberbefehlshaber HQ/BAOR, 21.3.1949. Wobei wohl eine geringe Anzahl britischer Soldaten ebenfalls involviert gewesen ist.

belastete Klima zwischen den Militärbehörden veranlassten die Briten zu der Vermutung, die belgischen Verantwortlichen hätten den verbotenen Handel gedeckt.[123]

In der Frage der Requisitionen schien es in den Augen der belgischen Verantwortlichen regelmäßig Anlass für Beschwerden zu geben. Grund war auch hier die angebliche oder tatsächliche Benachteiligung der belgischen Soldaten. So beauftragte Verteidigungsminister Defraiteur General Goethals im November 1946 mit der Weiterleitung einer Beschwerde. In den Augen Brüssels erlaubten die Beziehungen zwischen belgischen Einheiten und Militärregierung oftmals nicht eine dem »Standing« der Einheiten angemessene Zuteilung der Quartiere. Es sei eine britische Passivität gegenüber belgischen Anfragen festzustellen. In einem konkreten Fall hätte die Militärregierung nach dem Abzug der britischen Truppen etliche Villen der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt, statt sie ihren nachrückenden belgischen Kollegen zu überlassen.[124] Der Leiter der belgischen Mission in Berlin brachte die Angelegenheit gegenüber Sir Christopher Steel zur Sprache und bekräftigte, dass man den Belgiern in keinem Fall das Gefühl geben dürfe, nicht genau wie die Briten behandelt zu werden.[125] Sowohl in ihrer mündlichen Antwort als auch im schriftlichen Bericht gaben die Briten ihrem Bestreben Ausdruck, derartige Reibereien eigentlich vermeiden zu wollen. Der Bericht führte darüber hinaus praktische Gründe an, um die Schwierigkeiten bei der Unterbringung zu rechtfertigen, wie die Tatsache, dass belgische Einheiten mehr Offiziere zählten als gleichartige britische Truppenteile.[126]

Die Unterbringung der Soldaten sorgte jedoch häufig für Missstimmung innerhalb der Truppe. Diese Klagen erreichten auch politische Kreise in Belgien. In vorderster Front stand dabei Pierre Nothomb. Das CBR sah sich bekanntlich als treibende Kraft hinter der Forderung nach einer belgischen Zone in Deutschland und so verwundert es nicht, dass seine Vertreter – zumal die Parlamentarier unter ihnen – sich auch um die praktischen Belange der Besatzung kümmerten. Die Beschreibung von Mangel an Raum, Nahrung und Hygiene bildete hier den Schwerpunkt. »Aber wie immer werden wir vergeblich auf Verbesserungen warten.«[127] Solche Klagen munitionierten Nothomb bei seiner virulenten Kritik an der Tatenlosigkeit der Regierung in der Frage der »Unterordnung« der belgischen Truppen.

123 Deloge, *Coopération*, S. 272.
124 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/9, Vermerk des Verteidigungsministers für den Leiter der belgischen Mission in Berlin, 8.11.1946 [vertraulich].
125 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/9, Goethals an Defraiteur, 14.11.1946 [vertraulich].
126 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/9, Goethals an Defraiteur, 1.12.1946 [vertraulich].
127 UCL, *Papiers Nothomb*, 5126, Jean Piret an Nothomb, 21.1.1947.

Für die deutsche Bevölkerung erschien es oft schwer hinnehmbar, dass immer wieder größere Requisitionen angeordnet werden mussten, um die belgischen Truppen unterzubringen.[128] Als der Bonner Bürgermeister Busen sich gegenüber Bishop beschwerte, verwies dieser auf die »durch die belgischen Truppen erbrachten Hilfeleistungen« und bezeichnete die Requisitionen als unvermeidbar.[129] Nach Protesten in Siegen, die von allen deutschen Parteien der Stadt getragen wurden, musste der Vertreter der Militärregierung im Dezember 1948 mit der Entlassung des Oberbürgermeisters drohen.[130] Die anschließende Prüfung ergab jedoch, dass die belgischen Ansprüche tatsächlich nur schwer zu begründen waren.[131] Im März 1949 verzichtete die belgische Armeeführung ohne Proteste auf die geforderten Requisitionen.[132]

Vieles spricht dafür, die britische Haltung gegenüber den belgischen Requisitionsforderungen zu nuancieren. Die Briten waren sich der Schwierigkeiten durchaus bewusst.[133] Die Belgier selbst konstatierten eine positive Entwicklung in diesem Bereich. Außerdem war der Wille zu spüren, mehr auf die britischen Argumente, gerade in der Frage der deutschen Reaktionen, einzugehen. Die Angst der Engländer vor der Stärkung der kommunistischen Bewegung in Deutschland, deren Propaganda man nicht durch große Requisitionsaktionen fördern wollte, wurde auch in belgischen Militärkreisen geteilt.[134] Schließlich hatte man auch kommunistische Aktivisten in den eigenen Reihen entlassen.[135]

Über das Kopfzerbrechen, das die Ausweitung der belgischen Präsenz in Deutschland durch die Formierung der 2. DI den belgischen Stellen bereitete, wurde bereits berichtet. Schnell wurde jedoch versucht, die Situation in ein vermeintlich besseres

128 Beispielsweise im Regierungsbezirk Arnsberg. Vgl. HStAD, NW 53, nº398/2, Colonel G.W. Renny an Ministerpräsident NRW, 1.12.1947,

129 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 129, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 20.5.1948 [vertraulich].

130 HStAD, NW 53, nº400/2, A.A. Macdonald, *Regional Governmental Officer*, an Ministerpräsident NRW, 23.12.1948.

131 HStAD, NW 179, nº725, Minister für Wiederaufbau des Landes NRW an HQ/MilGov, *Manpower Housing*, 4.2.1949.

132 HStAD, NW 179, nº725, Minister für Wiederaufbau des Landes NRW an Ministerpräsident NRW, 17.3.1949.

133 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 121/1, Mampuys an Kabinett des Verteidigungsministers und Chef des Generalstabs, 28.1.1947 [vertraulich].

134 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/3, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 18.8.1948. Zum Umgang der Briten mit der »kommunistischen Gefahr«, vgl. Anne Deighton, Cold-War Diplomacy: British Policy towards Germany's Role in Europe 1945–9, in: Turner, *Reconstruction*, S. 21.

135 Vgl. *Grenz-Echo*, 4.3.1947, S. 1.

Licht zu rücken. Die Erkenntnis, dass eine Präsenz in einem Gebiet, in dem es offensichtlich keine direkten belgischen Interessen gab, der öffentlichen Meinung in Belgien vermittelt werden musste, war dann auch zentral.[136] So präsentierte man den Abschnitt der neuen Infanteriedivision als ein »interessantes Gebiet, in dem keine großen Zerstörungen verursacht worden sind und wo es sich verhältnismäßig gut leben lässt«.[137] Die Steuerung der Presse durch verschiedene Kommuniqués des Verteidigungsministeriums, aber auch durch eine gegenüber Journalisten relativ offenherzige Politik in Deutschland selbst, sollte die größten Bedenkenträger beschwichtigen helfen. So betonte man eigens, dass in dem neu zu besetzenden Gebiet die belgischen Truppen dieselben Rechte haben würden wie ihre britischen Kollegen.[138] Solche Phrasen beruhten wohl kaum auf der bloßen Eingebung eines Journalisten.

In der Militärpresse wurde unablässig das Prestige der Truppen in Deutschland vorangestellt. Eloquent waren hier die Schilderungen zum Nationalfeiertag am 21. Juli 1946 unter dem emphatischen Titel »Wenn die belgische Fahne über dem Siebengebirge weht«. Nach der Beschreibung der verschiedenen Paraden hieß es: »So enden die Feierlichkeiten, vereint mit dem Mutterland, getragen vom heißen Patriotismus, der Soldaten und Offiziere verbindet, für diese Männer, die in einem verfluchten Land stolz demonstrieren, dass Belgien frei und unabhängig lebt.«[139]

Derartiger Pathos konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation für Offiziere und Soldaten trotz rühmlicher Anstrengungen zu diesem Zeitpunkt vor allem auf materieller Ebene sehr schwierig war.[140] Und dies betraf sogar die höchste Ebene. Im Herbst 1946 beschwerte sich Verteidigungsminister Defraiteur beim britischen General Spear darüber, dass der Kommandeur der 2. DI immer noch ohne Hauptquartier dastehe.[141] Trotz dieser Unwägbarkeiten waren im Herbst 1946 die Standorte für die belgischen Truppen in Deutschland erstmals festgelegt worden. Die 1. DI war in Aachen, Euskirchen, Köln, Bonn, Bad Godesberg, Bensberg und Siegburg zu finden. Die Standorte der 2. DI waren Lüdenscheid, Olpe, Neheim, Arnsberg, Soest, Bad Driburg und Brilon. Die belgische Armee war außerdem recht kulant in der Frage des Zuzugs der Familien der Offiziere, den sie sehr schnell autorisiert hatte. So wurde zügig über die Einrichtung von Schulen an den größeren Standorten nachgedacht. Auch bei

136 *DDB*, II, n°52, S. 171–174.
137 *Grenz-Echo*, 17.7.1946, S. 2.
138 Ebenda, 29.8.1946, S. 1.
139 *L'Armée, la Nation*, n°3, 1946, S. 1.
140 SGR/SA, Cabinet MDN, O2/17, General Fromont an Defraiteur, 12.6.1946.
141 SGR/SA, Cabinet MDN, O2/17, Defraiteur an Spear, 24.9.1946. Das HQ war für die Stadt Neheim vorgesehen, wo es dann auch letztendlich eingerichtet wurde.

den zu rekrutierenden Lehrern sollten ehemalige Soldaten der Besatzungsarmee oder Widerständler bevorzugt behandelt werden.[142] Im November 1948 zählten die belgischen Schulen im »besetzten Deutschland« 1.057 Grundschüler sowie 200 Mittelschüler. Für letztere war eigens eine staatliche Mittelschule, ein Athenäum, in Bad Honnef eingerichtet worden.[143] Auch hier waren materielle Schwierigkeiten zu verzeichnen, die mitunter auf kuriose Art und Weise gelöst wurden. So wurden die Pulte in Bad Honnef mit 3850 Schachteln Zigaretten bezahlt …[144]

Nachdem es im Frühjahr 1947 noch Überlegungen gegeben hatte, sich aus Deutschland zurückzuziehen,[145] richtete man sich nunmehr auf eine dauerhafte Präsenz ein.[146] In parlamentarischen Kreisen schimpfte man weiter über die »sinnlose Ausdehnung des belgischen Abschnitts«, die ein Angriff auf das belgische Prestige sei und die Durchsetzung belgischer Interessen verhindere.[147] Wie ein Damoklesschwert schwebte dabei die Frage der belgischen Militärregierung über allen Aktivitäten der Besatzungsarmee, Synonym für die vermeintlich schlechte Behandlung durch die Briten.[148]

Die britischen Militärbehörden beurteilten die belgischen Truppen wesentlich positiver, als diese wohl gedacht hätten. »Wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, dann eigentlich nur in der Frage der Unterbringung und der Requisitionen.« Unverständnis herrschte hingegen in der Frage der Ausbildung. Dort seien die Belgier zu bequem und nutzten nicht alle Möglichkeiten, die ihnen von britischer Seite angeboten würden.[149] Auch dies sollte sich jedoch bessern, nachdem im Laufe des Jahres 1947 mehr und mehr Rekruten ihren Wehrdienst in Deutschland absolvierten und die letzten Kriegsfreiwilligen, deren soldatische Einstellung weit weniger ausgeprägt gewesen war, Deutschland

142 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 192/3, Verteidigungsminister an Minister für Öffentliche Bildung, 21.3.1947.

143 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/0, Vermerk von Oberstleutnant BEM Jacques de Dixmude, Chef der Sektion A im Generalstab, 5.11.1948.

144 Vgl. Sterkendries, *Belgique et sécurité*, S. 94.

145 S. 3.1.

146 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 100/1, Vermerk des Verteidigungsministers für den Ministerrat, 29.12.1947.

147 Vgl. Die parlamentarische Frage des Senators Baron Dorlodot an Minister Defraiteur [AMAEB, 12260, 20.2.1947].

148 PRO/FO, 371/64470, Vermerk des FO, 29.1.1947.

149 Dem Militärgeheimdienst war es gelungen, in den Besitz einer Kopie eines vertraulichen Bericht der britischen *20 HQ liaison* vom November 1946 zu gelangen. In dem Dokument ging es ausschließlich um die belgischen Besatzungstruppen. Vgl. SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 121/1, Mampuys an Kabinett des Verteidigungsministers und Chef des Generalstabs, 28.1.1947 [vertraulich].

verließen.[150] Ansonsten sprach man auch im *Foreign Office* den belgischen Truppen keinesfalls ihre Existenzberechtigung ab. »Die Politik in Deutschland ist für Belgien genau so wichtig wie für Großbritannien. Es ist also nur vernünftig, dass Belgien im Rahmen seiner Möglichkeiten daran mitwirkt.« Wieviel Wert die britischen Stellen auf eine gute Zusammenarbeit mit den Belgiern legten, wird durch die Entlassung eines hohen Offiziers im Frühjahr 1948 verdeutlicht. Hier wurde auf belgische Beschwerden reagiert. Seinem Nachfolger gab man als Order mit: »Keine Reibereien mit den Belgiern!«[151]

Nach außen sollte durch die Soldaten Stolz demonstriert werden. »Loyalität, Ehre und Mut«, hieß es, müssten als Charaktereigenschaften präsentiert werden.[152] Leuchtendes Beispiel war hier General Piron, der im Frühjahr 1947 das Kommando über die belgische Besatzungsarmee übernahm. Er verkörperte in nahezu perfekter Weise das Prestige, das die politisch Verantwortlichen von ihren Soldaten in Deutschland erwarteten. Seine Reputation als Kommandeur der *Brigade Libération*, die im Herbst 1944 an der Befreiung des Landes mitgewirkt hatte und seitdem nur noch *Brigade Piron* gerufen wurde, war enorm. Davon profitierte er, indem er regelmäßig Journalisten in das Hauptquartier nach Lüdenscheid einlud, um ihnen die Fortschritte bei der Ausbildung seiner Truppe zu präsentieren.[153] Dabei klagte er auch über die mangelnden Informationen in Belgien über das wirkliche Leben seiner Leute. Die Beziehungen zu den Briten seien sehr gut, man habe »unter schwierigen Umständen große Fortschritte erzielt«. Außerdem erteilte er einer »unabhängigen Besatzung«, d.h. einer »Militärregierung aus Prestigegründen« eine Absage. Dies könnte »neue Lasten« bedeuten, die »nicht erwünscht seien«.[154] Im Herbst 1947 konnte er voller Stolz das erste Manöver auf Brigadeebene durchführen lassen, nachdem aufgrund der schlechten Ausbildung und der mangelhaften Ausstattung bis dahin nur Übungen auf Bataillonsebene stattgefunden hatten. Auch hierzu waren zahlreiche Pressevertreter erschienen.[155] Wahrscheinlich führte deren Berichterstattung dazu, dass der britische Botschafter Rendel in seinem schon mehrmals zitierten Bericht für Bevin davon ausging, dass die britische Politik in

150 *DDB*, II, n°57, S. 182–183.

151 Vgl. Deloge, *Coopération difficile*, S. 267 [PRO/FO, 1030/279, General Sir Richard L. McCreery, HQ/BAOR, an Bishop, 8.3.1948].

152 *Vici*, n°3, 16.12.1946, S. 10. Hier bezog es sich auf die Lütticher Soldaten, die den Deutschen die hervorragenden Eigenschaften ihrer Stadt präsentieren sollten.

153 *Grenz-Echo*, 5.5.1947, p. 1.

154 Ebenda, 10.7.1947, S. 1.

155 Ebenda, 18.9.1947, S. 1.

Deutschland durch die belgische Partizipation an der Besetzung von der Öffentlichkeit immer besser nachvollzogen werde.[156]

In Belgien mokierte man sich zeitweise über das Gehabe Pirons, der aus seinem Hauptquartier in Lüdenscheid, später in Bonn, eine Art fürstlichen Hof gemacht habe, in dem er wie ein absoluter Herrscher das Zepter schwinge.[157] Kolportiert wurde auch, dass er sich für Militärparaden im Kölner Stadion eine Kopfbedeckung habe anfertigen lassen, die denen der Wehrmachtsgeneräle ähnelte, um die Deutschen zu beeindrucken.[158] Auf dem Titelblatt des *Pourquoi pas?* vom 20. August 1948 wurde seine Karikatur mit »Der General Piron – Prokonsul in Germanien« untertitelt.[159]

Wenn man jedoch in die damaligen Presseberichte schaute, nahm sich solche Kritik unbedeutend aus. Über allem stand die Bedrohung des Prestiges der Belgier durch die »britische Unterwerfung«. Diese endlose Diskussion wurde immer wieder durch Presseberichte neu angeheizt. Im Januar 1948 fragte der *Pourquoi pas?* nach der Kosten-Nutzen-Rechnung der belgischen Präsenz in Deutschland und kam zu einem vernichtenden Ergebnis – unüberhörbar dabei die bittere Kritik an der Amtsführung von Premierminister Spaak in dieser Frage. »Wir schickten eine Armee nach Deutschland, die uns teuer zu stehen kam. Eine Armee, die lächerlich überdehnt ist – Kilometer um Kilometer jenseits des Rheins. Unser Tausendsassa-Staat verschwendete das Geld der Steuerzahler, ohne jemanden zu informieren, indem er sich über alles und jeden lustig machte – verständlicherweise ohne den Slogan von 1918 wiederaufleben zu lassen: ›Deutschland bezahlt!‹, aber indem er handelte, als ob dem so sei.«[160]

Quelle: *Pourquoi pas?*, nº 1551, 20.8.1948, S. 1

156 PRO/FO, 371/64470, Rendel an Bevin, 26.11.1947.

157 Pierre Stephany, *Les dessous de la Régence 1944–1950*, Brüssel, 2003, S. 217.

158 Mündliche Auskunft von Prof. Francis Balace (Universität Lüttich). Im Sommer 1948 hatten in Köln große Militärdemonstrationen und Historienspiele stattgefunden. Das von den belgischen Streitkräften organisierte Spektakel hatte an zwei Tagen 80.000 Zuschauer angelockt [*Vici*, 2.7.1948, nº42, S. 3].

159 *Pourquoi pas?*, nº1551, S. 1.

160 Ebenda, nº1518, S. 11.

Im Laufe des Jahres 1948 verlangte der Senat vom Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten einen Bericht über die Besatzungstruppen in Deutschland. Berichterstatter war Pierre Nothomb. Und der Inhalt des Berichts ließ keinen Zweifel daran, dass dieser die übrigen Mitglieder auf seine Seite gezogen hatte, bzw. den Arbeiten seinen Stempel aufgedrückt hatte. Die Schlussfolgerung war denn auch wenig überraschend. Der Bericht insistierte auf Verhandlungen für ein neues Statut der Soldaten. Deren Haltung war vom Ausschuss, der kurz zuvor noch eine Inspektionsreise unternommen hatte, ausdrücklich gelobt worden. Nothomb stellte hingegen fest, die Streitkräfte in Deutschland seien eher »ein Polizeikorps als eine moderne kampfbereite Armee«. Belgien gebe »nur 9,4 % seines Haushaltes für die Landesverteidigung aus. Für ein Polizeikorps sei dies zuviel«. Schließlich erinnerte er in typischer Manier daran, »dass der belgische Besatzungssektor nicht irgendein Teil Deutschlands sei, wie zum Beispiel für die Norweger, sondern es sei das Rheinland, ein Nachbarland, mit welchem Belgien kulturell und wirtschaftlich verbunden sei«.[161]

Damit waren die Vorbereitungen für die Verhandlungen des Jahres 1949 auf parlamentarischer Seite eingeläutet. Es sollte jedoch bis zum 23. Dezember 1949 dauern, bis mit den Briten ein Abkommen geschlossen werden konnte. In der Zwischenzeit hatte es in Belgien einen Regierungswechsel gegeben, der den langjährigen Außenminister Spaak in die Opposition geführt hatte.

Der Umgang mit den »Besiegten«

Am 8. Juli 1945 richtete Marschall Montgomery ein Schreiben an den britischen Außenminister Eden, in dem er ihm seine Ansicht mitteilte, dass »wir nicht 20 Millionen Menschen umerziehen können, wenn wir nicht mit ihnen reden«.[162] Sechs Wochen später erhielt er Antwort aus London, diesmal von Ernest Bevin, dem neuen Außenminister. Dieser riet ihm, eine harte Linie gegenüber den Deutschen zu wählen, da er ein »Gefühl der Bitterkeit bei den kleinen Nationen« vermeiden wollte. Dieses beruhe auf der Angst, dass die »Deutschen besser dran sein könnten als sie«.[163] Die britischen Diskussionen, wie denn mit den Besiegten zu verfahren sei, bildeten den natürlichen Bezugspunkt der belgischem Maßnahmen auf diesem Gebiet.[164] Die Tendenz, jeder Lockerung des

161 *Grenz-Echo*, 4.1.1949, S. 1.

162 *DPBO*, Series 1, Bd. I, nº43, S. 71.

163 *DPBO*, Series 1, Bd. V, nº16, S. 72 ff.

164 Dazu die Arbeiten von Ullrich Schneider, Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung 1945, in: Josef Foschepoth und Rolf Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn, 1985, S. 59–60; Ulrich Reusch, Der Verwaltungsaufbau

Fraternisierungsverbots und der Häufung der Begegnungen mit Deutschen zunächst einmal mit Skepsis zu begegnen, mag dabei wohl kaum überraschen. Im Nachgang einer Rundfahrt belgischer Journalisten durch die britische Zone notierte ein britischer Offizier im September 1946: »Um es klar zu sagen, die Belgier respektieren die Briten als Gentlemen, aber sie zweifeln, ob Gentlemen wissen, wie man mit Bestien umgeht.« Im Kontext der Stuttgarter Byrnes-Rede hätten die belgischen Journalisten die Gefahren einer »Fair-Play-Politik« unterstrichen. Der Begriff »Fair-Play« sei derzeit in Belgien »in Mode« – in seiner »pejorativen Bedeutung«.[165] Wer sich den Diskurs der belgischen Militärpresse in dieser Zeit anschaut, erhält eine ungefähre Vorstellung, wie einige Belgier am liebsten mit den besiegten Deutschen umgesprungen wären. Im weitaus krassesten Fall schlug man vor, deutsche Kriegsgefangene trotz Verbots durch die Genfer Konvention zum Minenräumdienst einzusetzen, dies sei »elementare Gerechtigkeit«.[166]

»Es muss gehandelt werden, als ob die Deutschen und vor allem Deutschland nicht existieren würden!«[167] Mit diesen drastischen Worten warnte die Armeezeitschrift *L'Armée, la Nation* noch im Juni 1948 alle Soldaten vor Kontakten mit Deutschen, die sich nicht aus dem Dienst heraus ergäben. Was die Briten mühsam in der Auseinandersetzung mit dem Vansittartismus und ihren Erfahrungen in Deutschland glaubten gelernt zu haben, die Notwendigkeit, »zwischen ›den‹ Deutschen zu differenzieren«,[168] sollte für die belgischen Soldaten noch nicht in Frage kommen. »Die Studenten des Jahres 1948 haben ein Gesicht, das dem der SS-Männer von 1944 überraschend stark ähnelt«,[169] hieß es in derselben Ausgabe der in Brüssel herausgegebenen Monatszeitschrift. Die Warnung auch vor dem »guten Deutschen« bildete dabei ein immer wiederkehrendes Motiv. Dabei wurde hauptsächlich auf die Frauen rekurriert. »Lächelnden jungen Mädchen« sollte kein Vertrauen geschenkt werden. »Es ist unvorsichtig, dem Schein zu trauen, es gibt andere Möglichkeiten als Freundlichkeit und Zärtlichkeit, um eine offene Haltung zu zeigen, beispielsweise Interesse oder die Furcht vor der Stärke, die unsere Soldaten im Moment noch demonstrieren.«[170] Der Aufsatz, der im Kontext des zweiten Jahrestags des Kriegsendes erschien, richtete sich an die jungen Wehrpflich-

der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone, in: Adolf M. Birke und Eva A. Mayring (Hg.), *Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder*, London, 1992, S. 35–59.

165 PRO/FO, 371/55912, *Extracts from a report on visit of 20 Belgian journalists to British zone of Germany in Septembre 1946*, 09/1946.

166 *Gazette du Soldat*, 1946, nº16, S. 1.

167 *L'Armée, la Nation*, nº6, Juni 1948, S. 18.

168 Schneider, Nach dem Sieg, S. 60.

169 *L'Armée, la Nation*, nº6, Juni 1948, S. 19.

170 *Gazette du Soldat*, nº19, 11.5.1947, S. 1.

tigen, die nunmehr das Gros unter den Besatzungssoldaten ausmachten. Sie hatten die Okkupationszeit als Jugendliche erlebt und waren nicht am Einmarsch 1945 mit der Entdeckung der Gräuel der Lager beteiligt gewesen.[171]

Die Demonstration von Stärke wurde auch in anderen Artikeln evoziert. Ein längerer Auszug aus der Beschreibung einer Truppenparade in dem Städtchen Eilendorf bei Aachen im Januar 1947 verdeutlicht die damalige Selbstwahrnehmung und stellt die Frage nach der Haltung der Deutschen: »Beim Vorbeiziehen öffnen sich Türen, neugierige Gesichter zeigen sich in den Fenstern. […] Eine erstaunliche Vielfalt von Blicken schätzen die Besatzer ab. Überraschte Kindergesichter, verbrauchte Gesichter der Alten, starrer Blick jener, die gelitten haben und immer noch leiden unter einem Krieg, der ihnen eigentlich fast die ganze Welt untertan machen sollte; finstere Gesichter und hasserfüllte Blicke derer, für die ›es noch nicht vorbei ist, eines Tages kommt die Revanche‹. Alle Haltungen des besiegten Deutschlands finden sich hier in den wenigen Einwohnern, die die Soldaten passieren sehen. Mögen sie verstehen, dass diejenigen, die kamen, nicht von der Herrschaftsgier getrieben sind, die sie [die Deutschen; C.B.] am Anfang des Kriegs verspürt haben. Mögen sie verstehen, dass sie diese Bestrafung, die sie alle erleiden, verdient haben! Was haben sie verstanden? Das wird wahrscheinlich nie jemand mit Sicherheit sagen können.«[172] Über wen sagt dieser Auszug mehr aus? Gab er das Deutschland-Bild der jungen Männer wieder, die als belgische Soldaten in ein zerstörtes Land kamen? Oder spiegelte er nur das Bild, das interessierte Kreise ihnen vermitteln wollten?

Begegnungen mit Deutschen sollten nach dem Willen der Verteidigungsministeriums und der militärischen Führung eher die Ausnahme bleiben. Dies sollte sich jedoch schnell als kaum praktikabel erweisen. Die Zahl deutschen Zivilpersonals in belgischen Kasernen und Kantinen stieg schnell an und machte Begegnungen unvermeidlich. In Brüssel gab man jedoch nicht auf. So erschien im Frühjahr 1947 eine Artikelserie des jungen Psychologen René Pasquasy, die kurze Zeit später als Broschüre verteilt wurde: *La fraternisation en Allemagne*.[173] Es handelte sich um ein Werk, das alle Kennzeichen einer wissenschaftlichen Studie trug. Die Fraternisierung wurde darin in Frage-Antwort-Sequenzen von vier verschiedenen Standpunkten beleuchtet: dem moralisch-sozialen, dem patriotischen, dem juristischen und dem physischen. Die Schlüsse, die der Verfasser für den Alltag der belgischen Soldaten zog, sind schnell skizziert. Da das

171 Laut Sterkendries, *Belgique et sécurite*, S. 93 wurden 1945 auch belgische Soldaten dazu eingesetzt, den Deutschen Filme über die Lager vorzuführen.

172 *Vici*, n°7, 1.2.1947, S. 5.

173 *Gazette du Soldat*, 21.3.1947, S. 12 ff. Die Broschüre war eine erweiterte Fassung: René Pasqasy, *La fraternisation en Allemagne*, Lüttich, 1947.

Fraternisierungsverbot ein moralisches Gebot sei, müsse in Deutschland ein patriotisch-moralisches Klima geschaffen werden, das seine Durchsetzung quasi selbstverständlich mache.[174] Die Antwort Pasquasys auf Montgomerys Überlegungen aus dem Jahr 1945 war eindeutig. »Man überzeugt eher durch Handeln als durch Worte!« Die »zivilisatorische Überlegenheit« der Alliierten werde von den Deutschen in der Person des »Soldaten, der sich während der Besatzung würdig verhält«, bewundert.[175] Dazu bedürfe es keiner Fraternisierung.

Das wissenschaftlich verbrämte anti-deutsche Traktat hatte selbstverständlich auch Grundsätzliches zur »deutschen Frau« zu bemerken. Auf den (von ihm selbst gestellten) Einwurf, diese sei »sentimental, also unschädlich«, replizierte Pasquasy, unter den Folterern in Buchenwald seien auch Frauen gewesen, die sich noch teuflischer als die anderen Wärter verhalten hätten.[176] In einer synoptischen Darstellung der zu beachtenden Verhaltensweisen wurde den »unschädlichen Frauen« außerdem »die Spionin« gegenübergestellt.[177]

Die Darstellung der deutschen Frau als potentielle Spionin war keineswegs ein Einzelfall. Sterkendries spricht überspitzt von der »Angst vor Mata-Hari«.[178] Das Verbot von Begegnungen mit den Deutschen beschäftigte die Militärpresse im März 1947 nicht ohne Grund. Einen Monat zuvor hatte Verteidigungsminister Defraiteur vor den Abgeordneten der Kammer ein düsteres Bild gezeichnet: »Was die Geschlechtskrankheiten betrifft, so ist die Situation wahrlich nicht angenehm. Der wöchentliche Prozentsatz liegt bei 0,2 Promille für Syphilis und 1,2 Promille für andere Geschlechtskrankheiten. Diese Gegebenheiten haben den Gesundheitsdienst der Armee auf den Plan gerufen, der eine Untersuchungskommission versammeln wird, um die notwendigen Schritte einzuleiten.«[179] Schon in der Broschüre *Prends ta place!*, die an alle belgischen Soldaten in Deutschland verteilt wurde, hatte die Armeeführung verkündet: »In Deutschland ist derzeit eine von zwei Frauen kontaminiert und kontaminierend!«[180]

General Piron stellte dies im Übrigen im Interview anders da; für ihn war der Anteil der Geschlechtskranken gering.[181] Vieles spricht jedoch dafür, dass die Untersuchungs-

174 Ebenda, S. 59–60.
175 Ebenda, S. 42.
176 Ebenda, S. 47.
177 Ebenda, S. 56–57.
178 Sterkendries, *Belgique et sécurité*, S. 93.
179 *APC*, 1947, 17.2.1947, S. 9. Setzt man diese Zahlen mit den amerikanischen Daten aus dem Jahr 1945 in Bezug, handelt es sich um vergleichsweise wenige Fälle, allerdings sind die unterschiedlichen Umstände zu berücksichtigen Vgl. Henke, *Amerikanische Besetzung*, S. 201.
180 Ministère de la Défense Nationale (Hg.), *Prends ta place!*, Brüssel, s.d., S. 60.
181 *Grenz-Echo*, 5.5.1947, S. 1.

kommission wohl kaum lange Ursachenforschung hat betreiben müssen. Letztendlich wurden zweimonatliche ärztliche Kontrollen eingeführt, was anscheinend auch zu einer Reduzierung der Zahl geschlechtskranker Soldaten führte. Bemerkenswert war auch eine Auseinandersetzung zwischen Medizinern der Streitkräfte um die Verteilung von Präservativen an die Soldaten. Während die einen moralisierten und zur Enthaltsamkeit mahnten, mehrten sich die Stimmen, die dem Schutz der Soldaten einen höheren Stellenwert einräumen wollten. Letztlich verfolgte die Armeeführung eine »Vogel-Strauß-Politik« und untersagte die Verteilung.[182]

In diesem Zusammenhang wird auch die Redundanz der Artikel in der Militärpresse erklärbar. Alles weist darauf hin, dass die Missachtung der gebotenen »distanzierten Haltung« gegenüber den Deutschen eher die Regel als die Ausnahme war. Gründe zur Kontaktaufnahme gab es wohl trotz aller Regeln genug. So etwa bei der Anwerbung von Zivilpersonal, wo die Offiziere das Auftreten der Frauen besonders kritisch unter die Lupe nahmen. »[Die Arbeitskräfte] benehmen sich aber häufig ziemlich unverschämt, und es mussten vor allem viele Frauen als ungeeignet wieder zurückgeschickt werden.«[183] Auch die überwiegende Anzahl der interviewten Soldaten gab an, ein Mangel an Angebot habe nicht bestanden und der Wille zur Nachfrage sei besonders markant gewesen.[184]

Wer hier Antworten finden will, muss sich auf die Suche nach »Zwischenfällen«, nach der Missachtung der soldatischen Disziplin machen. Offensichtlich gibt es hier jedoch ein Quellenproblem. Konkret überliefert sind nur vergleichsweise wenige »incidents«. Auch sind die Gründe wohl im belgisch-britischen Verhältnis in Deutschland zu suchen. Es scheint, als ob die Briten bei Zwischenfällen nicht immer die Staatsangehörigkeit der Täter spezifiziert hätten. In der Frage der Sanktionierung konnten im scheinbar gar nicht so seltenen Fall Schwierigkeiten auftreten, dass den belgischen Offizieren die Namen auffällig gewordener Soldaten nicht mitgeteilt wurden. Dazu kam ein seit 1945 schwelender Streit um die Militärgerichtsbarkeit. Die Briten beschränkten zunächst die Zugriffsmöglichkeiten für die belgische Militärjustiz erheblich, was – neben einer zunächst recht rudimentären Organisationsstruktur – die Bestrafung der Täter erschwerte. Noch komplizierter gestaltete sich aber das juristische Statut des belgischen

182 Vgl. Florence Derbaudrenghien, *De la conspiration du silence à la propagande. Trente-six ans de lutte antivénérienne à Liège (1912–1948)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1998, S. 144–147.

183 *Grenz-Echo*, 5.8.1947, S. 1.

184 V. a. Interview Jacobs.

Zivilpersonals und der Familienmitglieder.[185] Im Januar 1949 legte das Verteidigungsministerium dazu einen Beschwerdekatalog vor, der als Basis für die Verhandlungen mit den Briten dienen sollte.[186]

So bleibt die Quellenlage dürftig. Die Dokumente aus belgischen Archiven bleiben zudem merkwürdig stumm. In den konsultierten britischen Quellen sticht vor allem die Jahreswende 1947/1948 hervor.[187] Zu diesem Zeitpunkt kam es zu einer Reihe von gewaltsamen Übergriffen in westfälischen Städten. Eine Liste mit 34 Übergriffen in Neheim, Soest und Werl und die Verwüstung eines Hotels in Köln sind aufgelistet. Zumeist handelte es sich um Schlägereien infolge überhöhten Alkoholkonsums und um Vandalismus. In einem Fall hatten sich belgische Soldaten als deutsche Polizisten ausgegeben und Passanten schikaniert. Zum Weihnachtsfest 1947 artete eine Ausweiskontrolle aus, als harmlose Messgänger von belgischen Soldaten mit Waffen bedroht worden waren. Der Vollständigkeit halber müssen auch gemeinsame deutsch-belgische Aktivitäten auf dem Schwarzmarkt erwähnt werden, die jedoch anscheinend nur einen geringen Teil der Zwischenfälle ausmachten.[188] Um die Jahreswende 1948/49 startete außerdem die *Aachener Volkszeitung* einen offensichtlichen Angriff auf die belgischen Besatzungstruppen, als sie einen harmlosen Zwischenfall nach der mitternächtlichen Christmette im Aachener Dom erheblich aufbauschte und damit die Briten auf den Plan rief.[189] Hier kann man ein vorsichtiges Indiz dafür finden, was zahlreiche ehemalige Soldaten in Zeitzeugengesprächen immer wieder betont haben: Die Deutschen hätten oftmals versucht, die Briten gegen die Belgier auszuspielen.[190]

Die Beschreibungen sind meist recht karg. Auf die Motivation der Täter zu schließen, fällt somit schwer. Anti-deutsche Ressentiments? Gewaltpotential unter Alkoholeinfluss? Halbstarkendemonstrationen von gerade einmal um die 20 Jahre alten Soldaten? Die im Fall der Zwischenfälle um das Weihnachtsfest 1947 von belgischen Militärgerichten verhängten Strafen waren klassisch militärisch, reichten von 2 bis 8 Tagen

185 AMAEB, 12261, Generalauditor Van der Straeten an Verteidigungsminister Defraiteur, 10.12.1948 [streng vertraulich und dringend].

186 AMAEB, 12261, *Litige anglo-belge au sujet de la compétence des tribunaux militaires belges en A. O.*, 31.1.1949.

187 PRO/FO, 1050/283, *Land Public Safety Department NRW* an *Regional Governmental Officer NRW*, 19.1.1948; *Land Public Safety Department NRW* an *Inspector General Public Safety Branch Zonal Executive Offices*, 7.4.1948; *Public Zonal Executive Office* an *Deputy Inspector General Public Safety NRW*, 31.3.1948.

188 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 129, *Rapport mensuel du CAMTO*, 16.7.1948.

189 SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 7.1.1949; Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 13.1.1949.

190 Übereinstimmende mündliche Auskunft aller befragten Zeitzeugen.

Arrest. Die Briten waren jedoch skeptisch: »Es scheint, dass die bis jetzt verhängten Strafen noch nicht die notwendigen Effekte gehabt haben [dafür sprachen weitere Zwischenfälle im Januar 1948; C.B.], und der zuständige deutsche Polizeioffizier hat auch schon seine Befürchtung ausgedrückt, dass die deutsche Bevölkerung früher oder später reagieren könnte, wenn weitere Provokationen erfolgen.«[191]

Deloge urteilt auf der gleichen Quellengrundlage, die Anzahl der Zwischenfälle mit belgischen Soldaten müsse eher hoch veranschlagt werden.[192] Dass das Verhalten nicht immer vorbildlich war, muss schon fast als Gemeinplatz gelten. Warum aber gibt es kaum weitere Quellen über Zwischenfälle? Warum kam es gerade zu dem genannten Zeitpunkt (1947/48) in solcher Häufigkeit zu Übergriffen? Hier muss die Antwort offen bleiben. Die britischen Verantwortlichen suchten ebenfalls nach Erklärungen. »[Die Belgier] neigen dazu, deutsche Polizisten zu belästigen, Deutsche in den Straßen anzugreifen und sie auf die Weise zu bedrohen, die sie, wie ich meine, während der Okkupation erlitten haben.« General Bishop erkundigte sich bei General Robertson, ob er Piron bei ihrer nächsten Begegnung erläutern sollte, dass solches Verhalten das britische Ziel der Errichtung einer »starken Demokratie, die ein Bollwerk gegen den Kommunismus« sein sollte, konterkarieren würde.[193] Robertson stimmte dem zu und insistierte darauf, Bishop solle Piron klarmachen, dass es »im Falle eines Kriegs im nächsten Jahrzehnt« besser sei, »die Deutschen freundlich disponiert zu sehen«.[194]

Das Gespräch mit Piron fand am 7. Mai 1948 statt. Der Bericht Pirons war bemerkenswert; darin fanden sich zwar die britischen Zielvorstellungen wie Stärkung der deutschen Demokratie und Bekämpfung des Kommunismus, die Zwischenfälle erwähnte er jedoch mit keinem Wort. Hier musste auch ein von Bishop übernommener Gemeinplatz herhalten: »Die Truppen in der britischen Zone sollen sich unter allen Umständen als würdige, korrekte und menschliche Bürger präsentieren.«[195] Die Briten zeigten sich pessimistisch: »Ich hatte viele Gespräche mit belgischen Offizieren und es tut mir leid, sagen zu müssen, dass die liberale Haltung General Pirons in Bezug auf die Beziehungen mit den Deutschen noch nicht bis zu allen unteren Ebenen durchgedrungen ist.

191 PRO/FO, 1050/283, *Land Public Safety Department NRW* an *Regional Governmental Officer NRW*, 19.1.1948

192 Deloge, *Coopération*, S. 269.

193 PRO/FO, 1030/79, Bishop an Robertson, 15.4.1948.

194 PRO/FO, 1030/79, Robertson an Bishop, 20.4.1948.

195 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 192/8, Generalleutnant Piron an Verteidigungsminister Defraiteur, 7.5.1948 [vertraulich und persönlich].

Vernünftige Anfragen zur Kooperation werden meistens mit einer Gegenfrage ›Seid ihr nicht bereit, unsere Interessen über die der Deutschen zu stellen?‹ beantwortet.«[196]

Auf der Ebene der unteren Grade schien es offensichtlich Schwierigkeiten zu geben, die Disziplin einiger belgischer Soldaten zu gewährleisten. Auf höherer Ebene, wie bei den Verbindungsoffizieren, die ja qua Funktion mit Deutschen in Kontakt kamen, versuchte man jedoch ebenfalls, rigide Maßnahmen durchzusetzen. Im August 1947 wurde den Offizieren ein vom Außenministerium inspirierter Leitfaden überstellt. Dabei ging es um die Frage, wie mit Einladungen von deutschen Stellen umzugehen sei. Der Kommandeur des 1. Armeekorps müsse sie überprüfen, außerdem seien bei regelmäßigen Kontakten Berichterstattungen vonnöten. Ein besonderer Fall, in dem die Annahme nahe liege, sei die Präsenz britischer Stellen.[197] Über jede Änderung der britischen Militärbehörden im Umgang mit den Deutschen wurde sorgsam in Brüssel Bericht erstattet, so beispielsweise, als im April 1948 die Kenntnis der deutschen Sprache Pflicht für alle Mitglieder der *CCG* wurde. Die Tatsache, dass General Bishop deutsche Persönlichkeiten jetzt selbst besuchte und sie nicht mehr in sein Büro bestellte, verdiente ebenfalls besondere Erwähnung.[198]

Aus dem Bericht vom November 1948 wurden zunehmend die Schwierigkeiten ersichtlich, welche die Tatsache mit sich brachte, dass zwar die Verbindungsoffiziere im Rahmen ihrer Tätigkeiten Versammlungen mit deutschen Persönlichkeiten beiwohnen konnten, nicht jedoch die anderen höheren Offiziere der belgischen Besatzungsarmee. Dies sorge für Erstaunen bei den Briten und für Kritik bei den Deutschen.[199] Daraufhin nahm das Verteidigungsministerium wie üblich Kontakt mit dem Außenministerium auf. In einem dortigen Vermerk hieß es: »Wir unterhalten Besatzungstruppen in der Zone, in der die Briten eine politische Verantwortung ausüben. Unsere Haltung kann also von der ihren nicht deutlich abweichen. Im Rahmen der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten anderthalb Jahre praktizieren die Briten derzeit eine Politik der progressiven Annäherung. Unsere Öffentlichkeit ist weniger bereit als die britische, solche Versöhnungstendenzen zu akzeptieren. Wir müssen also sowohl diese Entwicklung als auch diesen Unterschied bedenken.«[200] Am Ende stand zwar Verständnis für die

196 PRO/FO, 1030/79, Bishop an Robertson, 14.5.1948.

197 AMAEB, 12260, *Suggestions du MAE concernant l'acceptation par des officiers belges d'invitations émanant d'autorités allemandes*, 21.8.1947.

198 AMAEB, 12260, Woussen an Defraiteur, 15.4.1948.

199 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 129, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 4.11.1948.

200 AMAEB, 12260, Vermerk von Walter Loridan, Generaldirektor der Politischen Abteilung für den Verteidigungsminister, 17.11.1948.

britischen Regeln für die Mitglieder der *CCG/BE*, die mithin auch die belgischen Verbindungsoffiziere betreffen konnten, für die Mitglieder der Besatzungsarmee sah man jedoch keinen Handlungsbedarf. Die Armeeführung übernahm dabei fast wortwörtlich die Argumentation aus dem Außenministerium, die im Übrigen von Spaak abgesegnet worden war.[201] Man tat sich also schwer, Kontakte mit deutschen Stellen zu erleichtern.

Davon, wie sehr gewisse belgische Kreise sich bemühten, die Rheinländer als den Belgiern geistesverwandt darzustellen, wurde bereits berichtet. Hier setzte eine rege Beobachtertätigkeit der belgischen Verbindungsoffiziere im Rheinland an, die sehr wohl zu Kontakten mit deutschen Kreisen führte. Im Fokus standen die rheinischen Splitterparteien. Die Militärpresse schloss sich hier ganz der Rhetorik an, wie sie von Männern wie Oudenne oder de Briey in ihren Schriften benutzt worden war. So insistierte *Vici*, ein eigens von und für die 1. Infanteriedivision konzipiertes Blatt, auf »der Einschätzung der Rheinländer. Zweifellos werden wir sie nicht mit den Preußen verwechseln. Während fünf Jahrhunderten waren sie dem lateinischen Einfluss ausgesetzt und sind in permanentem Kontakt mit der westlichen Zivilisation. Sie sind, mehr als andere Deutsche, dazu angetan, uns zu verstehen, zu gehorchen und, warum nicht, eines Tages unser Interesse zu wecken.«[202]

Besonderes Augenmerk richteten die belgischen Stellen auf den damaligen Regierungsbezirk Aachen. Dies kann freilich kaum verwundern, schließlich lagen dort die territorialen und wirtschaftlichen Ansprüche Belgiens. In einem Bericht der 2. Sektion des Generalstabs, die nichts anderes als die Führung des Militärgeheimdienstes darstellte, unterschied man zwischen den Deutschen, die Angst vor einer belgischen Revanche hegten, und denen, die an eine »menschliche Haltung dieses demokratischen Staates« glaubten.[203] Der Charakter des Aacheners sei dem der Belgier ähnlicher als dem der Preußen oder Engländer. Falls die belgische Besatzung freundschaftlicher und korrekter als die vorangegangene – englische – sein werde, werde dies von der Bevölkerung sicher hoch geschätzt werden. Am Ende wurde der Bericht sehr deutlich: »Wenn die belgische Besatzung eine loyale Haltung gegenüber der Aachener Bevölkerung einnehmen würde, so würden bei einer eventuellen Abstimmung wohl 75–85 Prozent für eine Annexion durch Belgien stimmen.« Die Briten, denen der Bericht zuging, zeigten sich gelassen. Sie konstatierten die Propaganda mancher belgischer Offiziere und ansonsten sei ihnen diese Aktivität, »so verrückt sie auch ist«, lieber als eine »dubiose Neutralität, die nicht zu

201 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/4, Woussen, Leiter des CAMTO, an Kabinett des Verteidigungsministers, 20.12.1948.

202 *Vici*, n °18, 2.7.1947, S. 5.

203 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, O2/17, *EMGA, 2e section. Bulletin de renseignements. Occpation en Allemagne*, 27.3.1947.

verteidigen wäre«.[204] Die Briten griffen zwar nicht ein, favorisierten jedoch die Ansätze eines neuen »rheinischen Separatismus« in keinem Fall, wie der Verbindungsoffizier bei der Militärregierung des Regierungsbezirks Aachen, Oberstleutnant Sodermans, in einem Bericht über ein Meeting der RVP festhielt. Diese Parteien tendierten mehr und mehr zu einem föderalen Staatsmodell, da sie für ihre separatistischen Positionen keinen ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung würden gewinnen können.[205]

Da die RVP auf Separationsforderungen verzichtete, bildeten sich im Rheinland politische Bewegungen mit sehr wenigen Mitgliedern, die oftmals versuchten, mit der belgischen Regierung in Kontakt zu treten. So forderte eine dubiose Bewegung namens »CI«, die sich vor allem durch christlichen Konservatismus und einen rigiden Anti-Kommunismus definierte, eine Eingliederung durch Belgien und die Trennung vom »preußischen Deutschland«. Über die Besatzungssoldaten wandte sie sich direkt an die belgische Regierung.[206] Dass dies regelmäßig, zumeist in mündlicher Form, geschah, darf auch als gesichert gelten.[207]

Es gab in Armeekreisen durchaus Soldaten, die ein ähnliches Gedankengut aufwiesen wie das CBR. Um die Forderungen der rheinischen Splitterparteien nach Brüssel zu vermitteln, bediente man sich deshalb eines Kanals: sein Name Pierre Nothomb. Bei ihm ging – wahrscheinlich über die Verbindung in Aachen und am Verteidigungsministerium vorbei – das Programm einer neu gegründeten »Rheinischen Union« ein, die Belgien als Schutzmacht für einen Kleinstaat Aachen gewinnen wollte.[208] Dessen CBR-Kollege Jean de Lannoy hatte ebenfalls aus seiner Zeit als Besatzungsoffizier anscheinend noch Kontakt zu »rheinischen Mitstreitern« oder galt zumindest in diesen Kreisen noch als eine verlässliche belgische Vertrauensperson. Zumindest schriftliche Kontakte, in denen Mitglieder der RU de Lannoy für seine Sympathie dankten, lassen

204 PRO/FO, 1049/356, 16.4.1946 beinhaltet den obenstehenden Bericht, der von einem unbekannten Mitglied des FO handschriftlich annotiert wurde. Daraus die Zitate.

205 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/17, CAMTO an Verteidigungsministerium, 2.7.1946. Zur RVP, vgl. Peter Hüttenberger, *NRW und die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie*, Siegburg, 1973, S. 138–143; Klaus Reimer, Die Rheinische Volkspartei/Rheinisch-Westfälische Volkspartei, in: Richard Stöss (Hg.), *Parteihandbuch. Die Parteien der BRD*, Bd. 4, Opladen, 1986, S. 2011–2024; Peter Henkel und Andreas Kühn, »Befreiung vom preußischen Joch«. Die Rheinische Volkspartei 1945–1954, in: *GiW*, 21 (2006), S. 43–62 (Mit freundlichem Dank an Peter Henkel).

206 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/3bis, CAMTO an Spaak [vertraulich], 12.8.1946.

207 SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/3bis, CAMTO an Hubert Carton de Wiart, Berater im Außenministerium, 5.12.1946 [vertraulich].

208 UCL, *Papiers Nothomb*, 5140, *Mémorandum sur l'érection de la région d'Aix-la-Chapelle en une entité de droit public autonome*, 15.4.1948.

sich nachweisen. Außerdem wurde er gebeten, seine Kontakte zu den Besatzungsstreitkräften zu nutzen, damit diese bei den Engländern für eine Verlängerung der Genehmigung für politische Aktivitäten plädierten. Dies alles sollte vertraulich geschehen, da sich die Mitglieder nicht offen zu erkennen gegeben hatten. Sie hatten bis dato bei Wahlen auf der Liste der RVP kandidiert, um ihre Chance zu erhöhen. Außerdem sollte sich de Lannoy für die Veröffentlichung von Artikeln über das Rheinland in belgischen Zeitungen einsetzen, damit die Bevölkerung sensibilisiert würde. Belgische Passivität würde zur Folge haben, dass »man erst wach wird, wenn es zu spät ist und wieder einmal deutsche Truppen von hier aus nach Belgien einmarschieren«.[209] Konkrete Folgen lassen sich allerdings nicht ermitteln.

Die belgische Regierung – maßgeblich hier das Außenministerium Spaaks – hat nie auf irgendeines dieser Schreiben oder Gespräche reagiert. Man wird davon ausgehen können, dass sie klassiert und nicht weiter beachtet wurden. Im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten weigerte sich Spaak, der RU auch nur irgendeine Bedeutung beizumessen, was ihm Nothomb sogleich als Passivität einer »Regierung, die die Vorteile wegwirft, die man ihr bringt«, auslegte.[210]

Passivität kennzeichnete in jedem Fall die Regierungspolitik in der Frage der *re-education* der Deutschen, konkreter gesprochen in der Frage einer eventuellen belgischen »Propaganda«.[211] Im Frühjahr 1945 hatte es zaghafte Überlegungen gegeben, wie man auch im Bereich der *Psychological Warfare Division* des *SHAEF* eine »Präsenzpolitik praktizieren« könne.[212] In einem Gutachten stützte man sich auf die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und postulierte Aktivitäten auf wirtschaftlichem Gebiet. Dabei sollten Konsulate mit weit reichenden wirtschaftlichen Befugnissen eingerichtet werden sowie eine Handelskammer. So entstünde eine »Propaganda, deren Ausstrahlung über die Grenzen unserer Besatzung hinausreichen könnte«.[213] Im Zuge der sich abzeichnenden Nichtübertragung der Funktionen der Militärregierung schliefen diese Vorschläge jedoch ein.

Nachdem im April 1945 die Presseagentur *Dechenne S.A.* erfolglos bezüglich der Verbreitung belgischer Presseprodukte in Deutschland bei den Militärbehörden inter-

209 UCL, *Papiers Nothomb*, 5140, Wilhelm Ernst an Oberst de Lannoy, 25.10.1948.

210 UCL, *Papiers Nothomb*, 5140, Nothomb an de Lannoy, 24.12.1948.

211 Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 268. Zum Begriff »Propaganda« muss bemerkt werden, dass er in der französischen Sprache (*propagande*) nach 1945 bei weitem nicht so negativ konnotiert war wie im Deutschen. Er wurde regelmäßig benutzt und wird vom Verfasser daher in der Übersetzung als Quellenbegriff verwendet.

212 AMAEB, 12302, Vermerk für Verteidigungsminister Demets, 1.2.1945.

213 AMAEB, 11325, 27.3.1945, zitiert nach: Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 268.

veniert hatte,[214] wurde diese Frage erst im Juli 1947 vom Außenministerium wieder aufgenommen und studiert. Die Politische Abteilung glaubte, »es ist opportun, den Deutschen die Gelegenheit zu geben, belgische Zeitungen und Publikationen zu lesen. Broschüren, die Belgien im Ausland bekannt machen sollen, existieren bereits. Es würde genügen, sie zu übersetzen und der deutschen Mentalität anzupassen.« Deutschsprachige belgische Zeitungen – damit war wohl hauptsächlich das in Eupen erscheinende *Grenz-Echo* gemeint – seien dazu allerdings ungeeignet, da sie der Lokalberichterstattung zu viel Raum einräumten. Die Verteilung der Publikationen sollte den Konsuln – Konsulate gab es mittlerweile in Düsseldorf und Frankfurt am Main – und den Chefs der Militärmissionen übertragen werden.[215] Im Dezember 1947 stellte die Armeeführung jedoch mit einigem Bedauern fest, dass in den Informationszentren der britischen Besatzungszone zwar englische, niederländische und französische Periodika zu erhalten seien, aber keine belgischen. Und dies, obwohl die britischen Behörden bereits ihre Erlaubnis erteilt hätten.[216]

In einem vom Außenministerium angefragten Gutachten befasste sich der Leiter der Belgischen Militärmission in Berlin, Georges Goethals, im August 1947 erstmals eingehend mit der Möglichkeit einer »belgischen Propaganda in Deutschland«.[217] Diese habe zwei potentielle Adressaten: das alliierte Personal und die Deutschen selbst. Als Hauptproblem stellte der General die deutschen Devisenschwierigkeiten heraus, darum sei jede touristische Werbung derzeit obsolet. Die Verteilung wissenschaftlicher und journalistischer Veröffentlichungen erachtete er jedoch als bedenkenswert. Der Diffusion belgischer Tageszeitungen stehe er zwar nicht negativ gegenüber, man solle jedoch – wie die Franzosen – bedenken, dass die Deutschen so auch über die »Divergenzen zwischen den Alliierten« informiert würden. Effizient wäre sicherlich ein Austausch von Periodika mit gleichartigen deutschen Publikationen. Selbst dies sei jedoch derzeit auf dem Postweg schwer zu bewerkstelligen. Ins Auge zu fassen sei dagegen »eine periodische Veröffentlichung in deutscher Sprache vor allem im Gebiet, das von belgischen Truppen besetzt ist«. Dies könne positive Auswirkungen nach sich ziehen. »Sie müsste jedoch von hohem Niveau sein, um nachteiligen Vergleichen mit deutschen Veröffentlichungen aus dem Wege zu gehen.« Man wird das Gutachten im Außenministerium zur Kenntnis genommen haben, konkrete Folgen ergaben sich daraus vorerst nicht.

Ein Prozess des Umdenkens war jedoch in gewissen militärischen Kreisen allemal in Gang gekommen. Wichtigster Ausdruck war ein langes Schreiben eines Attachés beim

214 Ebenda, S. 268–269.
215 AMAEB, 12302, Vermerk der Generaldirektion der Politischen Abteilung, 15.7.1947.
216 AMAEB, 12302, Woussen an de Thier, Berater des Außenministeriums, 3.12.1947.
217 AMAEB, 12302, Goethals an Spaak, 28.8.1947. Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 269.

Militärauditorat des 1. Armeekorps, dem Richter van Leckwyck. Dieser ging von der Diagnose aus, dass die »deutsche Bevölkerung sich in einem materiellen und geistigen Niedergang befindet, wie er in der Geschichte fast einzigartig ist«. Um nicht eines Tages den »Gegendruck« aushalten zu müssen, habe Belgien Interesse daran, sich um die »geistige Situation« der Deutschen zu sorgen. Der Jurist verglich seinen Ansatz mit der Wiedereingliederung eines »Kriminellen, damit er nach seiner Freilassung keine soziale Gefahr« mehr darstelle. Damit die Deutschen sich einer »zivilisierten Nation« als »würdig« erweisen könnten, müsse man »im Bereich der Ideen handeln«. Die Besatzungsmächte müssten deshalb die Rolle der »wissenschaftlichen, kulturellen, philosophischen und religiösen Organisationen« stärken, damit diese sich ihrer »Verantwortung für die deutsche Bevölkerung und gegenüber anderen Nationen bewusst werden«.[218]

Was Belgien betreffe, so sei es in Deutschland nur über seine Armee präsent. Deren Rolle – so positiv und würdig sie auch ausgefüllt werde – sei wenig konstruktiv und kaum vergleichbar mit den intellektuellen Ressourcen, über die das Land verfüge. »Es ist nicht zu vertreten, dass ein so reiches Land nicht nach Deutschland ausstrahlt, das nach einem nahezu vollständigen geistigen Niedergang so gierig nach Lehren ist.« Anschließend listete van Leckwyck zahlreiche Bereiche auf, in denen man aktiv werden sollte. Dafür bedürfe es aber mehr Freiheit für die Offiziere, damit sie ihre Kontakte mit den Deutschen vertiefen könnten. Van Leckwyck kannte natürlich die Schwierigkeiten, welche die Armeeführung mit einer Lockerung des Fraternisierungsverbots hatte. »Eine solche Initiative kann in Belgien Wutausbrüche verursachen, da die öffentliche Meinung nur langsam realisiert, dass es noch ein Deutschland gibt, dass es weiter existieren wird, dass es gefährlicher ist, seine Existenz zu ignorieren, als Initiativen zu ermutigen, die seine Hegemonieaspirationen zu bändigen versuchen.« Die Lösung sei daher eine private Initiative, die »in keinem Fall die Verantwortlichkeit der Armee berühren darf«. Die Armeeführung solle sie jedoch unterstützen oder zumindest mit Sympathie begleiten.

Das so genannte »Projekt van Leckwyck« machte in den folgenden Monaten die Runde. Sämtliche Ministerien und Militärmissionen wurden gebeten, eine Stellungnahme abzugeben. Zentralisiert wurden diese Gutachten im Außenministerium. Hier eröffnete Generalsekretär de Gruben den Reigen. Er sehe keine Hinderungsgründe für eine solche Initiative. Ausgeschlossen sei jedoch ein Organisationskomitee, das von Belgien aus operiere. Nur Belgier, die in Deutschland residierten, seien geeignet. Der private Charakter sei Pflicht, eine Unterstützung durch die Armee jedoch wünschens-

218 Kopien des van Leckwyck-Textes bei: AMAEB, 12302, Piron an Kabinettschef des Außenministers, 2.10.1947; SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 192/8, de Soomer an Premierminister, Außenminister und Bildungsminister, 11.10.1947.

wert. »Die zu bildende Gruppe oder das Komitee könnte Mitglieder der Armee umfassen, die nicht nur rein militärische Aufgaben ausüben, so wie Militärmagistrate, Ärzte, Seelsorger … Auch die Verbindungsoffiziere bei den Militärregierungen könnten zu einer solchen Aktion beitragen.«[219] In einer ersten Reaktion unterstrich General Goethals die »lobenswerte Intention« van Leckwycks, betonte jedoch den Grundsatz, »die Umerziehung der Deutschen niemals vor ihnen zu diskutieren«, da dies als unzulässige »Evangelisierung« aufgefasst würde. So wisse er nicht, ob er van Leckwyck beipflichten könne, wenn dieser von der »Gier nach Lehren« spreche, eher seien die Deutschen auf »Vertrauen und Ermutigungen« aus. Ansonsten teilte der Leiter der Berliner Militärmission die Schlussfolgerungen von Generalsekretär de Gruben, die ihm ebenfalls übermittelt worden waren. Außerdem wies er noch auf die Aktivitäten der Briten im Gebiet der belgischen Streitkräfte hin, die man ebenfalls berücksichtigen müsse.[220]

In der Zwischenzeit war jedoch in Brüssel ein Schreiben der britischen Regierung in der Frage der Umerziehung eingegangen. Ohne Kenntnis des »van Leckwyck-Projekts« befürwortete, ja reklamierte sie einen belgischen Anteil und machte einen konkreten Vorschlag. Ein »angemessener Ausgangspunkt« sei die Lieferung von Büchern für Bibliotheken, die in sechs Städten der britischen Zone eingerichtet worden seien. Es handele sich um Standardwerke, die von Deutschen, die »seriöse Studien« betreiben wollten, genutzt werden könnten.[221] Es scheint, als ob die Belgier darauf eingegangen seien.[222]

Mitte Dezember bezog auch das Kabinett des Verteidigungsministers Stellung. Hier war erstmals Gegenwind zu verspüren. Zwar befürwortete man das Prinzip einer belgischen Aktivität in Deutschland, aber eine Unterstützung durch die Streitkräfte, selbst wenn sie indirekter Natur sei, komme nicht in Frage. Die Initiative müsse schon vom Premierminister oder vom Außenministerium ausgehen.[223]

Zuletzt hatten die verschiedenen Militärmissionen das Wort. Der Leiter der Verbindung bei den französischen Besatzungsstreitkräften, de Jaer, verneinte nicht die Relevanz

219 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 192/8, de Gruben an Verteidigungsminister, 17.11.1948.

220 *DDB*, II, n°58, S. 183–185 [Vgl. AMAEB, 12302, Goethals an Spaak, 29.11.1947].

221 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 192/8, Außenministerium an Verteidigungsminister, 1.12.1947. Das Schreiben der britischen Botschaft vom 18.11.1947 bleibt zwar, wie Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 271 n.1 behauptet, im Original unauffindbar. Das vom Verfasser benutzte Dokument enthält jedoch eine vollständige Kopie, ist folglich kompletter als der von Lejeune benutzte Auszug in AMAEB, 12302, 12.2.1948.

222 Zumindest sei die Sammlung der Quellensammlung *Monumenta Germaniae Historica* der Universität Bonn eine Schenkung der Belgier gewesen. Mündliche Auskunft des ehemaligen Universitätsarchivars (4.3.2004).

223 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 192/8, de Soomer, Kabinettschef des Verteidigungsministers, an Spaak, 17.12.1947.

einer solchen Aktivität, mahnte dabei aber eine vorsichtige Herangehensweise an. Auf keinen Fall dürfe sie über die von van Leckwyck vorgeschlagenen Bereiche hinausgehen. Im Zentrum müsse die »gesamte deutsche Jugend« stehen. Als Kompromiss zwischen der Haltung des Außenministeriums, nur in Deutschland lebende Belgier zu involvieren, und einem Vorschlag General Pirons, das Komitee in Brüssel zu koordinieren, tendiere er zu einer gemischten Gruppe.[224]

Ganz andere Töne schlug der Leiter der Verbindung bei den amerikanischen Streitkräften, Oberstleutnant Depasse, an.[225] Dabei war der Einfluss seiner amerikanischen Umgebung wohl kaum von der Hand zu weisen. Er sei schon seit 1945 von der »Indifferenz« der belgischen Truppen gegenüber der »Misere der Deutschen« schockiert gewesen. Die Vorsicht des Van Leckwyck-Vorschlags, dessen Grundideen er teile, sei jedoch inakzeptabel. »Es ist höchste Zeit, dass Belgien eingreift.« Die bisherige Politik sei einer »demokratischen Nation« nicht würdig, die belgisch-deutsche Grenze dürfe eben kein »eiserner Vorhang« sein. In der derzeitigen politischen Situation sei »die Entschiedenheit von 40 Millionen Deutschen in den westlichen Besatzungszonen, mit uns zusammenzuarbeiten, nicht zu verachten. Sie werden nur an unserer Seite sein, wenn wir die Schmiede dieser Annäherung sind […].« Der Einwand, Belgien sei auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse keine Besatzungsmacht im eigentlichen Sinne, entbinde nicht von einer moralischen Verantwortung. Betrachte man nun die praktische Seite, so hätten die amerikanischen Behörden bei ihren Überlegungen zur Umerziehung nur die Jugend in den Mittelpunkt gestellt, mit den anderen Generationen sei nichts anzufangen. Außerdem sei man von der Prämisse ausgegangen, dass nur die Armee eine solch große Aufgabe bewältigen könne, da sie »vor Ort, überall, in großer Zahl« handeln könne. Ihr Personal sei überdies »jung und motiviert«. Konkrete Maßnahmen schlug Depasse nicht vor. Dass es für ihn um mehr ging als um eine private Organisation unter dem Deckmantel der belgischen Streitkräfte in Deutschland, musste aber jedem Brüsseler Leser dieser Stellungnahme einleuchten.

Ausgerechnet der Leiter der belgischen Mission bei den britischen Streitkräften, die ja am direktesten betroffen war, reagierte mit einiger Verspätung im April 1948. Dies hatte jedoch den zufälligen Vorteil, dass Oberst Systermans die politischen Entwicklungen der letzten Monate, vom Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz bis

224 AMAEB, 12302, Hauptmann BEM de Jaer, Leiter a.i. der Belgischen Militärmission beim CCFA, an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 12.12.1947 [vertraulich].

225 AMAEB, 12302, Oberstleutnant Depasse, Leiter der Belgischen Militärmission beim HQ/EUCOM, an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 18.12.1947.

zum Brüsseler Vertrag, in seine Überlegungen integrieren konnte.[226] Diese führte er auch ins Feld, da es für Belgien, das »trotz großer Truppenpräsenz keine systematischen Anstrengungen unternommen« habe, an der Zeit sei, »sich realistisch zu zeigen«. Wenn man schon die schmerzhafte jüngere Vergangenheit nicht vergessen könne, solle man doch zumindest an Gegenwart und Zukunft denken. Darauf müsse man die belgische Öffentlichkeit vorbereiten. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Entwicklung Westeuropas ließen die Schaffung eines belgischen Komitees in Deutschland als eine Notwendigkeit erscheinen. Dieses müsse vom belgischen Staat gefördert und subventioniert werden. Auch ein Anschluss an die UNESCO sei denkbar. Im Mittelpunkt solle der Austausch stehen: auf dem Gebiet der Jugend, der Universitäten, aber auch des Journalismus.

Ein Ende der vorsichtigen Zurückhaltung wurde also angeregt. Auch in Brüssel begann man seit dem Frühjahr 1948 einzusehen, dass die Zeit mehr als reif war, endlich konkret zu handeln.[227] Zentrum der belgischen Anstrengungen sollte die Stadt Köln werden.

Die Belgier in Köln

Die besonderen Beziehungen Belgiens mit dem Rheinland auf wirtschaftlichem, aber auch auf kulturellem Gebiet sollten sich auch nach Kriegsende in der Präsenz belgischer Soldaten in dessen heimlicher Hauptstadt Köln manifestieren. Die britisch-französischen Auseinandersetzungen über die Zonengrenze, die französische Enttäuschung, ja Bitterkeit über die als Ausbootung empfundene britische Entscheidung, belgische Soldaten in Köln und Umgebung zu stationieren, waren im Frühjahr 1946 fast vergessen, als die ersten größeren Kontingente in der Domstadt kaserniert wurden. Es schien, als ob die Präsenz in Köln das belgische Prestige noch einmal erhöht hätte und hier wirkliche Besatzer-Luft geatmet würde. Dabei waren die Rahmenbedingungen die gleichen wie andernorts: Ordnungsmacht ja, Militärregierung und politischer Einfluss nein.

Eine der ersten Spuren, die auf vermeintlich belgisches Nachkriegshandeln in Köln verweisen, ist verbunden mit einem – aus belgischer Sicht »leider« – alten Bekannten. In einem Schreiben an seinen Rechtsanwalt spekulierte Franz Thedieck über sein Entnazifizierungsverfahren. Thedieck war zur Zeit der Weimarer Republik Sonderbeauftragter des Preußischen Innenministeriums für Eupen-Malmedy gewesen und hatte als Regie-

226 AMAEB, 12302, Oberst Systermans, Leiter der Belgischen Militärmission beim HQ/BAOR, an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 15.4.1948.

227 Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 272–273.

rungsrat nach der NS-Machtübernahme auch die Tätigkeiten des dann gleichgeschalteten VDA koordiniert. Während des Kriegs war er Oberkriegsverwaltungsrat bei der Militärverwaltung in Brüssel, fiel jedoch in Ungnade und musste zeitweise ins Gefängnis. Trotz seiner Konflikte und Bedenken gehörte er wohl zu jenen Funktionseliten, die dem nationalsozialistischen Regime ohne Parteimitgliedschaft und ideologischen Hintergrund durch die bloße Fortführung ihrer Arbeit nützlich waren.[228]

Nun war er im Januar 1946 gerade aus dem Dienst der Kölner Stadtverwaltung entfernt worden, wie er selbst meinte, auf Betreiben »der Belgier«.[229] Welche Belgier? Ob überhaupt belgische Interventionen hinter seiner Entlassung standen, lässt sich auf Grund der bisherigen Aktenlage nicht klären. Tatsache ist, Thedieck, der sich selbst »ein gutes Gewissen« bescheinigte, diskutierte darüber auch mit Konrad Adenauer, der ja selbst bekanntlich Erfahrung mit den Besatzungsbehörden gemacht hatte, als sie ihn im Herbst 1945 als OB abgesetzt hatten. Adenauer riet ihm das Rheinland zu verlassen. Thedieck weigerte sich jedoch, er sei »auch in Hannover oder München nicht in größerer Sicherheit vor einem Zugriff der Belgier«.[230] Über sein Gespräch mit Adenauer berichtete er sofort seinem Freund Jakob Kaiser, unter dem er 1949 Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen werden sollte, damals gegen den erklärten Willen Adenauers.[231]

In den folgenden Wochen und Monaten intensivierte Thedieck seine Rehabilitierungsbemühungen. Im Februar 1946 berichtete er einem Freund, eine »Fülle bekannter Leute« hätten sich für ihn eingesetzt, er warte »noch auf die Ergebnisse meiner Versuche, Äußerungen einiger bekannter Belgier zu erhalten«.[232] Im September wurde er schließlich rehabilitiert. Er bedankte sich dafür später auch bei Paul W. Segers, einem flämischen Christlichsozialen, der damals Schöffe[233] der Stadt Antwerpen war. Dieser hatte ihm ein Zeugnis ausgestellt, ohne dass er »ihn habe fragen müssen«.[234] Bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär blieb es von belgischer Seite eher ruhig um Thedieck.

228 Zu Thedieck: Pabst, Eupen-Malmedy, S. 205–515 (passim); Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 126–145; Creutzberger, *Kampf*, S. 65 ff. Eine detailliertere biographische Untersuchung zu Thedieck (1900–1995), den als gnadenlosen Opportunisten einzuordnen sich fast aufdrängt, scheint ein lohnenswertes Unterfangen, besonders im Komplex der Kontinuitäten zwischen Weimarer Republik, NS-Regime und Bundesrepublik.

229 BAK, NL 174, Vorl.50, fol.1, Thedieck an Rechtsanwalt Dr. Fuchs, 10.1.1946.

230 BAK, NL 174, Vorl.50, fol.1, Aufzeichnungen zu einem Gespräch bei Adenauer, 23.2.1946.

231 BAK, NL 174, Vorl.50, fol.1, Thedieck an Kaiser, 23.2.1946.

232 BAK, NL 174, Vorl.50, fol.1, Thedieck an Wilhelm Eckert, 25.2.1946.

233 Im belgischen politischen System ist ein Schöffe ein Mitglied einer Gemeinderegierung.

234 BAK, NL 174, Vorl.52, fol.1, Thedieck an Segers, 28.9.1947.

Mit solchen Geschehnissen, in die Belgien allenfalls auf diplomatischer Ebene hätte eingreifen können, hatten die belgischen Besatzungssoldaten nicht das Geringste zu tun. Kurz nach ihrem Einrücken musste Lt.-Colonel White OB Pünder versichern, die Belgier »würden gar nichts mit der Militärregierung zu tun haben«.[235] Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass die Rolle der Briten vor allem eine zwischen Deutschen und Belgiern vermittelnde in der leidigen Requisitionsfrage sein würde.[236] Dabei muss man freilich immer den Grad der Zerstörung in Köln vor Augen haben. Zuerst wurde das am Beispiel des Müngersdorfer Stadions erprobt, bei dessen Verwaltung sich beide Seiten in einem Ausschuss direkt auseinandersetzen konnten.[237] Da die Belgier durchaus das Recht hatten, eigene Beschlagnahmungen und Requisitionen von Häusern durchzuführen,[238] bat man in den Folgemonaten den belgischen Verbindungsoffizier häufig zu den wöchentlichen Besprechungen hinzu.[239] Die Briten bemühten sich, die Requisition von Cafés und Restaurants zu verhindern, sowie die Nutzung zu vieler intakter Häuser zu vermeiden.[240]

Bei einer weiteren Besprechung klärte Major Lawson Oberstadtdirektor Suth auf, warum »in steigendem Maße Häuser requiriert würden«. Während die Briten darauf verzichtet hätten, ihre Familien nachzuholen, »weil sie über ihre Zukunft im Unklaren gewesen seien«, wüssten die Belgier, »die immer mehr anstelle der Briten träten, dass sie mindestens 6–9 Monate bleiben.«[241] Lt.-Col. White bemühte sich nach Kräften, die Tendenz aufzuhalten, indem er einen Brief an das Brüsseler Verteidigungsministerium richtete, um Köln zur »black area« zu erklären. Skeptisch erklärte er seinem deutschem Gegenüber, »in Brüssel habe man jedoch keine Vorstellung davon, wie es in Köln aus-

235 HAStK, Acc 2, 1170/2, Aufzeichnung einer Besprechung mit Lt.-Col. White, Major Lawson und OB Pünder, 18.2.1946.

236 Allgemein zur britischen Besatzungspolitik in Köln: Heribert Treiß, Britische Besatzungspolitik in Köln, in: Otto Dann (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus*, Wuppertal, 1981, S. 73–92; Peter Alter, Die Briten am Rhein. Die frühen Besatzungsmonate in Köln, in: Jost Dülffer (Hg.), *›Wir haben schwere Zeiten hinter uns‹. Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit*, Vierow (bei Greifswald), 1996, S. 88–104.

237 HAStK, Acc 2, 1170/2, 25.2.1946.

238 HAStK, Acc 2, 1170/1, 1.7.1946.

239 HAStK, Acc 5, 974, Beschlagnahmebesprechungen vom 3.8.1946, 24.8.1946, 31.8.1946, 7.10.1946; HAStK, Acc 2, 1170/1, Besprechung mit Lt.-Col. White, Major Lawson, Col. Cousins (B), OB Pünder, 9.9.1946.

240 HAStK, Acc 2, 1170/1, Aufzeichnung einer Besprechung mit Lt.-Col. White, Major Lawson, OB Pünder, 8.7.1946.

241 HAStK, Acc 2, 1170/1, Besprechung bei der Militärregierung, 30.9.1946.

sehe. Die Entscheidungen würden nach Gesichtspunkten sehr hoher Politik getroffen und man müsse daher manchmal nachgeben.«[242]

Trotzdem wurde eine gründliche Prüfung der belgischen Requisitionen in die Wege geleitet und im Februar 1947 schien sich ein Ende der Beschlagnahmewelle anzudeuten.[243] Die belgischen Militärbehörden blieben jedoch hartnäckig und setzten immer wieder – gegen die Briten – weitere Requisitionen durch. Dabei musste die Militärregierung das Wohnungsamt darauf hinweisen, dass freilich ein belgischer Nachweis der ungenügenden Nutzung vorhandenen Wohnraums durch die Deutschen fatal sei.[244]

Relativ selten sind die von Deutschen angezeigten Zwischenfälle. So scheinen im Sommer 1947 regelmäßig beschlagnahmte Nahrungsmittel in Truppenfahrzeugen nach Belgien geschafft worden zu sein.[245] Auch sind einige Fälle von Diebstahl bekannt.[246] Vermutungen, ob man hinter solchen Vorfällen anti-deutsche Ressentiments oder einfach den Missbrauch des »starken Besatzers«, der aus dieser Position Kapital schlagen wollte, sehen muss, müssen aufgrund der Quellengrundlage Vermutungen bleiben.

Die intensiven Auseinandersetzungen um die Requisitionen in Köln ließen zwar den – oft verständlichen – Frust der deutschen Bevölkerung hervortreten, von einer negativen britisch-belgischen Grundstimmung war nichts zu spüren. Die Briten waren zwar nicht begeistert und mussten gegen die Fälle von Missbrauch des Beschlagnahmerechts vorgehen, aber die Unterlagen lassen keinen anderen Schluss zu, als dass sie dabei korrekt vorgingen. Ähnlich jedoch wie in anderen Regionen der Unterbesatzungszone war der subjektive Eindruck der belgischen Stellen ein anderer. So bescheinigte man Lt-Col. White eine wenig freundliche Haltung gegenüber den Belgiern.[247] Eine Einschätzung, die man in der Rückschau nicht teilen muss, erscheint der britische Offizier doch vielmehr als jemand, der auf Interessensausgleich bedacht war.

Dubios waren Whites' Anordnungen jedoch im April 1947, als er sich während eines Streiks mit einem Schreiben an die Vertreter der Gewerkschaften richtete und drohte: »Demonstrationen, die in Unruhe und Gewalttätigkeiten ausarten und welche von der zivilen Polizei nicht mehr bewältigt werden können, werden unvermeidlicherweise an das Militär der Besatzungsmacht übergeben werden. Sollte sich eine solche Situation

242 HAStK, Acc 2, 1170/1, 23.10.1946.
243 HAStK, Acc 5, 974, Beschlagnahmebesprechung, 18.1.1947; HAStK, Acc 5, 974, 3.2.1947.
244 HAStK, Acc 2, 1172, Besprechung, 12.5.1947.
245 HAStK, Acc 2, 1171, Pressekonferenz bei Lt.-Col. White, Aktenniederschrift, 2.7.1947.
246 HAStK, Acc 5, 884, Änne Dissmann, Köln-Dellbrück, an Besatzungsamt, 13.8.1947; HAStK, Acc 5, 884, Bericht zu Beschlagnahmefragen, 19.8.1947.
247 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 129, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 9.4.1948.

in Köln ergeben, würde ich der Verantwortung und Kontrolle der Lage enthoben sein. Ich würde diese Aufgaben der belgischen Armee übergeben. Die Schritte, die dann unternommen würden, um die Unruhen zu unterdrücken, würden der belgischen Armee obliegen, über deren Handlung ich keinerlei Gewalt habe. Darf ich Sie in Ihrem eigensten Interesse beraten, damit eine solche Situation nicht entsteht.«[248] Erpressung? Die Hoffnung, dass die Belgier mit den deutschen Streikenden besser fertig würden als die Briten? Die Frage muss unbeantwortet bleiben.

Dass er von den Belgiern durchaus eine positive Meinung hatte, geht aus dem letzten Bericht vor seiner Ablösung im April 1948 hervor, der auch den belgischen Militärbehörden zuging. Nachdem er die deutsche Kritik an der alliierten Politik erwähnt hatte, verwies er auf die Beziehungen zwischen Deutschen und belgischen Besatzungstruppen, die »anders seien«. Dies führte er auf die belgische Haltung zurück. »Die Belgier sind sehr populär, weil sie mit den Deutschen freundschaftlich umgingen, was zu profitablen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Nachbarn führen kann.« Trotzdem warnte er vor den »Mitgliedern der belgischen Streitkräfte«, welche die bittere Vergangenheit nicht ruhen lassen könnten. Langfristig würden die »Belgier selbst das Opfer dieser Haltung sein«.[249]

Auch in der britischen Außenwahrnehmung lässt sich also der Grundkonflikt der belgischen Streitkräfte zwischen den Hardlinern und den gegenüber einer Annäherung aufgeschlossenen Offizieren diagnostizieren. Alles deutet jedoch darauf hin, dass man gerade in Köln die Wichtigkeit einer Intensivierung deutsch-belgischer Kontakte erkannt hatte. Es erscheint in jedem Fall nicht als zufällig, dass im August 1948 endlich Bewegung in die Frage der »belgischen Propaganda in Deutschland« kam. In einem Schreiben an den Leiter des CAMTO schlug Oberstleutnant BEM Nannan die Schaffung eines »wirtschaftlichen und kulturellen Zentrums in Köln« vor.[250] Seine Pläne reichten bis zum Jahreswechsel 1947 zurück und waren im Verfolg der Diskussionen zum »van Leckwyck-Projekt« entstanden. Erst jetzt hatte die belgische Großwetterlage ihre Realisierung aber wahrscheinlicher gemacht. Im Zentrum stand die Feststellung, dass der »aufgeschlossenere Geist der Belgier ihnen ein weitaus besseres Verständnis der deutschen Geistesverfassung erlaubt«, als es den Briten möglich sei. Deshalb sei auch ein Organisationsprinzip wie bei den englischen Kulturinstituten »Die Brücke« nicht ratsam. Die wirtschaftliche Dimension müsse mehr im Vordergrund stehen.

248 HAStK, Acc 148, 495, White an die Vertreter der Gewerkschaften, 2.4.1947.
249 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 129, Woussen an Kabinett des Außenministers, 14.5.1948.
250 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/4, Nannan an Woussen, 2.8.1948.

Die Briten akzeptierten die Einrichtung noch im selben Monat und so bildete sich eine Arbeitsgruppe, die sich vor allem um die Zustimmung von Verteidigungs- und Außenministerium bemühte.[251] Im November 1948 stimmten schließlich das Bildungs- und das Außenministerium zu. Letzteres sicherte zwar die Lieferung von Dokumentation zu, die Kosten seien aber vom Verteidigungsministerium zu tragen.[252] Es sollte jedoch noch bis zum 4. Februar 1950 dauern, bis das Zentrum seine Türen öffnete. Seit dem 15. März 1949 existierte der Verein »Belgisches Haus in Köln e.V.«, der ihm seinen Namen geben sollte.

Fünf Jahre nach Kriegsende war die belgische Präsenzpolitik in Deutschland zumindest in Köln greifbarer geworden, um, wie es Gründer Nannan im August 1948 ausgedrückt hatte, »die Verbreitung unserer Kultur, unserer Kunst und unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten in den Augen der deutschen Bevölkerung zu materialisieren«.[253]

251 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/4, Woussen an Salmon, Außenministerium, und Kabinett des Verteidigungsministers, 18.8.1948.

252 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/4, Loridan an Verteidigungsminister, 18.11.1948. Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 273–275.

253 SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 190/1/4, Nannan an Woussen, 2.8.1948.

4. Die belgischen Reparationsforderungen in der Diskussion von Diplomaten und Grenzbevölkerung

Die von der belgischen Regierung in den Memoranden von November 1946 und Januar 1947 vorgebrachten Reparationsforderungen wurden in der Folge auf mehreren Ebenen diskutiert. Neben die Prüfung der Ansprüche durch die Alliierten traten dabei die Reaktionen der betroffenen Grenzbevölkerung.

4.1 Die Alliierten und die belgischen Forderungen

»Europäer, seien wir bescheiden. Es waren die Angst vor Stalin und die kühnen Ansichten Marshalls, die uns auf den richtigen Weg gebracht haben.«[1] Mehr als zwei Jahrzehnte nach den Ereignissen erläuterte Paul-Henri Spaak in seinen Memoiren, wie er das Zusammenrücken Westeuropas vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes beurteilte. Eine Untersuchung der Aufnahme der konkreten Forderungen Belgiens gegenüber dem besiegten Deutschland durch die Alliierten bedarf denn auch einer besonderen Kontextualisierung. Der ereignisgeschichtlich unauflösliche Zusammenhang zwischen Kaltem Krieg und deutscher Frage bildet den Hintergrund einer Umorientierung der belgischen Außenpolitik seit dem Frühjahr 1947. Der Transatlantismus trat mehr und mehr in den Vordergrund. Somit nahm die Rolle der USA für die belgische Außenpolitik in dieser Zeit eine gesteigerte Bedeutung an. Demgegenüber rückte die während des Krieges gesuchte enge Bindung an Großbritannien in den Hintergrund.

Zentral war das Zerwürfnis der Alliierten in der deutschen Frage, das durch das Scheitern der Außenministerministerkonferenzen und den sowjetischen Rückzug aus dem Kontrollrat offenkundig wurde. Nach langem Hin und Her kamen so auch die Benelux-Länder zu einer – wenn auch beschränkten – Beteiligung an der Nachkriegsregelung für die westdeutschen Besatzungszonen. Die Londoner Sechsmächtekonferenz markierte hier im Frühling 1948 einen Durchbruch.

1 Paul-Henri Spaak, *Combats inachevés*, Bd. 2, Paris, 1969, S. 12.

Die Alliierten und die Memoranden vom Januar 1947

»Grenzverschiebungen sind der durchgängigste Kriegsgrund und Irredentismus ist die beste Karte, die ein Gangster spielen kann, der eine national-faschistische Bewegung aufbauen will. […] Tatsache ist, dass kleine Hunde nicht schlau wären, eine Auseinandersetzung wegen der Knochen eines großen Hundes zu suchen, selbst wenn dieser sehr krank ist.«[2] Diese noch vor dem Bekanntwerden der belgischen und niederländischen Forderungen angestellten Betrachtungen von Sir Christopher Steel spiegeln die Skepsis wider, die in Teilen der britischen Diplomatie gegenüber den territorialen Ansprüchen der Nachbarländer Deutschlands herrschte. Nachdem die Regierungen der Benelux-Länder die Alliierten über ihre Forderungen in Kenntnis gesetzt hatten, waren es vor allem die niederländischen Ansprüche, welche die britische Skepsis zu rechtfertigen schienen. Aber auch Spaak war nun von einiger Sorge erfüllt. So berichtete er der britischen Delegation bei der UN-Vollversammlung im November 1946, seine »besondere Schwierigkeit« läge in der belgischen Öffentlichkeit begründet, die ähnliche Forderungen erwarten würde.[3] Ihren Niederschlag fand diese Auffassung in den wirtschaftlichen Forderungen der Memoranden vom 17. Januar 1947, über deren Entstehung bereits berichtet wurde.

Die Briten begannen sofort nach Erhalt des Memorandums vom 14. November 1946 mit dessen Examinierung. Die dort unterbreiteten Forderungen stießen zunächst auf eine wohlwollende Resonanz. Magenschmerzen bereitete lediglich die Klausel, nach der Belgien sich für den Fall einer Akzeptanz der Forderungen der Niederlande und Luxemburgs weitere Forderungen vorbehalte.[4] Die zentrale territoriale Forderung, die Eingliederung der Enklaven der Vennbahn, wurde als »sehr verständlich« gewürdigt.[5] Der geringe Umfang der Forderungen lasse eine ökonomische Gefährdung der deutschen Grenzregion unwahrscheinlich erscheinen.[6] Vom strategischen Standpunkt aus betrachtet stelle die Eingliederung der gesamten Bahnstrecke in belgisches Gebiet nur einen recht dürftigen Vorteil dar.[7] Letzteres wurde im Übrigen im belgischen Verteidi-

2 PRO/FO, 371/55726, Political Division, HQ CCG/BE, an P.H. Dean, German Department, Foreign Office, 14.10.1946.

3 PRO/FO, 371/55726, UK Delegation to General Assembly of the UN an Foreign Office, 12.11.1946.

4 PRO/FO, 371/55729, Vermerk des Research Department des Foreign Office, 27.11.1946 [geheim].

5 PRO/FO, 371/55729, Control Commission Germany an Control Office Germany and Austria, 23.11.1946; PRO/FO, 371/55728, Vermerk des German Department, 29.11.1946 (dort das Zitat).

6 PRO/FO, 371/55728, Vermerk des Economic Intelligence Department, 5.12.1946. Die britische Botschaft in Brüssel wusste ebenfalls keine besonderen Anmerkungen zu den belgischen Forderungen zu machen. Vgl. PRO/FO, 371/55731, Knatchbull-Hugessen an Foreign Office, 12.12.1946.

7 PRO/FO, 371/55728, B.A.B. Burrows an D.C. Stapleton, 6.12.1946; PRO/FO, 371/55728, B.A.B. Burrows an J.N.V. Duncan, 7.12.1946.

gungsministerium genau so beurteilt.[8] Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Einschätzung des *Manchester Guardian*: »Die belgischen Forderungen sind gemäßigt und verdienen volle Aufmerksamkeit, aber sie werden wohl verworfen werden, im Sinne einer europäischen Gleichheit, die wichtiger ist als Bestrafung für die Sünden der Vergangenheit oder der Vorteil einer Eisenbahnlinie«.[9] Woher das britische Blatt seine Informationen nahm, musste sein Geheimnis bleiben, bemühte man sich in London doch durchaus ernsthaft um eine faire Auseinandersetzung mit den Forderungen der Benelux-Länder. Eine Aufforderung zum generellen Verzicht auf Ansprüche stand jedenfalls nicht im Raum.

Auch in den USA begann man, sich mit den Ansprüchen der Nachbarländer Deutschlands zu befassen. Der politische Berater des US-Oberkommandeurs, Botschafter Robert Murphy, stellte in einem Gespräch mit dem Chef der kanadischen Militärmission in Berlin die belgischen Forderungen den niederländischen und luxemburgischen gegenüber. Er sparte dabei nicht mit Lob, was von General Goethals in seinem Bericht nach Brüssel verständlicherweise besonders hervorgehoben wurde. Belgien habe die Verhältnismäßigkeit gewahrt, die einen »genauen Sinn für politische Realitäten widerspiegeln«. Belgien habe dadurch seinen »moralischen Kredit« bei den USA erhöht.[10]

Bevor Hervé de Gruben Ende Januar 1947 die Position der belgischen Regierung auf der Londoner Konferenz darlegte, waren deren territoriale Ansprüche also durchaus auf Wohlwollen bei den angelsächsischen Alliierten gestoßen. Im Zuge der Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz machten die Briten bei einem Gespräch mit dem Leiter des Büros für Europäische Angelegenheiten im *State Department*, Matthews, deutlich, bei den belgischen Forderungen handele es sich um »eine kleine Berichtigung, die wohl begründet ist.«[11] Die US-Diplomaten kamen nach einer eigenen Prüfung zu einem ähnlichen Schluss. »Die belgischen Forderungen sind wohl als kleinere Berichtigungen zu bezeichnen, denen man mit Wohlwollen begegnen sollte. Die Ansichten der Deutschen, die in den betroffenen Gebieten leben, sollten jedoch berücksichtigt werden, genau wie der Effekt, den eine Gebietsabtretung für die wirtschaftliche Situation in Deutschland haben könnte.«[12] Damit folgten sie ganz der Linie, die Außenminister Byrnes im September 1946 in Stuttgart formuliert hatte: »Von diesen Veränderungen abgesehen [damit war vor allem der französische Anspruch auf die Saar gemeint; C.B.]

8 SGR/SA, Cabinet MDN, 1947, CD 100.4, Defraiteur an Spaak, 6.12.1946.
9 PRO/FO, 371/55731, *Manchester Guardian*, 7.12.1946.
10 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/2, 11–15, Goethals an Spaak, 5.1.1947.
11 *FRUS*, 1947, II, S. 182–184.
12 *FRUS*, 1947, II, S. 209.

werden die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder eine Aufteilung Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen.«[13] In einer Nachbetrachtung zu den Londoner Besprechungen konstatierte das *State Department* die unterschiedlichen Ansichten der »westlichen und der östlichen Staaten«. Erstere – darunter Belgien – stünden für eine moderate Politik, wie sie Byrnes definiert hatte.

In dem Bericht waren ebenfalls aufschlussreiche Bemerkungen zu den wirtschaftlichen Forderungen Belgiens und der Niederlande enthalten. Sie wurden von amerikanischer Seite zunächst als »ziemlich heftig« beschrieben. Die Delegierten der beiden Länder hätten »in privaten Gesprächen« jedoch zu verstehen gegeben, dass es sich um einen bloßen Versuch handele. Die Forderungen könnten jederzeit angepasst werden, wenn die Sicherheit gegenüber einem erneuten Aufstieg des deutschen Militarismus gegeben sei und andere Staaten auf ihre Forderungen verzichten würden.[14]

Unterdessen hatten im März 1947 erste Ortsbesichtigungen an der deutsch-belgischen Grenze stattgefunden.[15] Die belgische Delegation wurde geleitet vom Beauftragten des Außenministeriums, Jules Salmon, sowie von Oberstleutnant Paternostre, Leiter der Verbindung zur Militärregierung beim britischen Hauptquartier des Landes Nordrhein-Westfalen. Der *Regional Commissioner* für Nordrhein-Westfalen, William Asbury, hatte die Delegation in Düsseldorf willkommen geheißen, anschließend setzten die zuständigen Besatzungsoffiziere der Kreise Aachen und Monschau-Schleiden die Erkundungen fort, bei denen es um zahlreiche Detailfragen im Bereich der Verkehrsverbindungen ging.

Auf höchster diplomatischer Ebene konnte die Moskauer Außenministerkonferenz vor ihrem Scheitern in der Frage der territorialen Ansprüche der Nachbarn Deutschlands keine Einigung erzielen.[16] So entschlossen sich die Briten, zumindest auf diesem beschränkten Terrain die Initiative zu übernehmen. Im Mai 1947 unterbreitete Geoffrey Harrison, Botschaftsrat in Brüssel, de Gruben, inzwischen Generalsekretär des Außenministeriums, den Vorschlag, diese Frage im Rahmen eines Abkommens mit den drei Alliierten zu regeln, welche die westlichen Zonen Deutschlands besetzten – unter »Ausschluss jeglicher sowjetischer Intervention«. Darin einbegriffen seien die belgischen

13 *Europa-Archiv*, 12/1946.

14 *FRUS*, 1947, II, S. 109–111.

15 CEGES, A699, *Papiers de Gruben*, Compte-rendu de la rencontre belgo-britannique des 17–18 et 19 mars 1947, s.d.

16 Vgl. Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Kriegs 1941–1955*, 10. Auflage, München, 2002, S. 161–163; Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München, 1987.

und niederländischen Forderungen sowie die französische Bitte um Eingliederung der Saar in die wirtschaftliche Struktur der *Union française*. Im *Foreign Office* gelangte man mehr und mehr zu der Einschätzung, jede Regelung, die einer sowjetischen Mitwirkung bedürfe, würde zu langen Wartezeiten führen. Dabei gebe es Fragen, die nicht ewig auf eine Beantwortung warten könnten.[17]

Der Einfluss des Ost-West-Konfliktes machte sich nunmehr allenthalben bemerkbar. Das britische Angebot sollte den kleinen Nachbarländern die Gelegenheit bieten, zumindest ihre territorialen Forderungen gegenüber Deutschland nunmehr mit einer größeren Hoffnung auf Konkretisierung vorzubringen.

Diplomatische Initiativen: Der Weg zum Brüsseler Pakt

Primäres Ziel der belgischen Außenpolitik in der direkten Nachkriegszeit war bekanntlich die Bildung einer regionalen westeuropäischen Allianz unter britischer Führung gewesen. Die Kriegszeit in London hatte die Sicht der meisten belgischen Verantwortlichen auf die Politik des Vereinigten Königreichs fokussiert. Für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den USA plädierten einige wenige Persönlichkeiten wie Paul van Zeeland und Frans van Cauwelaert. Ein regionales Bündnis hätte in den Augen Spaaks eine Mittlerrolle zwischen den USA und der UdSSR spielen können. Die Haltung gegenüber dem großen Alliierten im Osten war dementsprechend auch eher vorsichtig und keineswegs ablehnend.[18] So hatte Spaaks Kabinettschef, Walter Loridan, die berühmte Rede Churchills vom März 1946, in der dieser vom »Eisernen Vorhang« gesprochen hatte, noch als »typisch Churchill« und für Belgien ohne Belang abgetan.[19] Spaak hoffte sogar noch bis zum Frühjahr 1947, mit Moskau einen bilateralen Vertrag abschließen zu können.[20] Nachdem seine Bemühungen in dieser Hinsicht im Laufe des Jahres 1946 gescheitert waren, unternahm Spaak im Kontext der Unterzeichnung des »Vertrags von Dünkirchen« zwischen Briten und Franzosen einen letzten Versuch. Die Briten hatten immer wieder vergeblich versucht, ihm davon abzuraten.[21] Letztlich sollte der Plan an

17 CEGES, A699, *Papiers de Gruben*, n°65, Vermerk der Generaldirektion der Politischen Abteilung, 19.5.1947.

18 Dieselbe vorsichtige Haltung gegenüber den Entwicklungen der internationalen Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit wird man wohl auch für die Niederlande diagnostizieren können. Vgl. Wielanga, *Vom Feind zum Partner*, S. 28–29.

19 Rik Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 68.

20 Dumoulin, *Spaak*, S. 404; CEGES/FO, 371/67663, Vermerk Knatchbull-Hugessen, 3.3.1947.

21 CEGES/FO, 371/67663, Vermerk Knatchbull-Hugessen für Foreign Office, 5.3.1947.

der simplen Tatsache scheitern, dass Brüssel auf seine Demarchen nie eine sowjetische Antwort erhielt.

Die Rede Trumans vom 12. März 1947 hatte in Belgien ebenfalls kein großes Echo gefunden. Vielleicht lag es an der innenpolitischen Lage – Spaak bemühte sich gerade, eine neue Regierung zusammenzustellen –, wahrscheinlicher ist jedoch, dass man bis dahin in Brüssel die amerikanischen Einschätzungen der sowjetischen Politik noch gar nicht wahrgenommen hatte. Dafür sprachen auch die ersten Reaktionen auf die Harvard-Rede des amerikanischen Außenministers Marshall am 5. Juni 1947. Generalsekretär de Gruben bezeichnete die Pläne als »utopisch«. Spaak verhinderte ein gemeinsames Kommuniqué mit den Niederlanden, in dem die Pläne begrüßt und die Rolle der Benelux-Länder besonders hervorgehoben worden wären.[22] Eine Woche später vollzog der Außenminister eine Kehrtwende. Zwei Beweggründe lassen sich hierfür ausmachen. Zum einen nahm er zwar mit einigem Bedauern zur Kenntnis, dass sich der Plan wohl nur auf westeuropäische Länder erstrecken würde, stellte im Gegensatz dazu aber fest, dass ihm erstmals äußere Unterstützung für seine Pläne einer europäischen Einigung zuteil wurde. Zum anderen sollte die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen die Integration Deutschlands in die europäische Wirtschaft voranbringen.

Am 18. Juni 1947 kam es schließlich doch zu einem Kommuniqué mit gleichem Wortlaut der Regierungen der Benelux-Länder. Für die am 12. Juli beginnenden Verhandlungen benannte man sogar eine gemeinsame Delegation, in der die Niederländer für die wirtschaftlichen, die Belgier für die politischen und finanziellen Belange verantwortlich zeichnen sollten. Ziel war es, die Rechte der kleinen Länder gegenüber den großen zu wahren.[23] Insgesamt war das Echo auf die amerikanischen Vorschläge in Belgien jedoch verhalten. Viele Verantwortliche in Wirtschaft und Politik erachteten eine amerikanische Hilfe für Belgien als schlichtweg unnötig, befand sich die belgische Wirtschaft doch zu diesem Zeitpunkt in vergleichsweise guter Verfassung. Schließlich hatte es während der Kriegsjahre kaum Zerstörungen von Industrieinfrastruktur gegeben. Die für die USA so zentralen Intentionen wie die europäische Einigung und die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands spielten in der Berichterstattung der belgischen Presse keine große Rolle.[24]

22 Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 73–74.

23 Thierry Grosbois, La Belgique et le Benelux: de l'universalisme au régionalisme, in: Michel Dumoulin, Geneviève Duchenne, Arthe Van Laer (Hg.), *La Belgique, les petits Etats et la construction européenne*, Brüssel/Bern/Frankfurt a.M., 2003, S. 80–82; Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 221.

24 Erhellend ist hier der brillante Aufsatz von Ginette Kurgan-van Hentenryk, La Belgique et le Plan Marshall, in: *R.B.P.H.*, Bd. LXXI, 1993, S. 290–353.

Während der zahlreichen Versammlungen und Begegnungen im Sommer 1947 zur Beratung der amerikanischen Vorschläge und zur Frage der Ruhr stellte der niederländische Botschafter in Paris gegenüber seinem belgischen Kollegen fest, für beide Länder sei nun der Moment gekommen, wo sie »zwischen zwei Politikmodellen wählen müssen: entweder eine sehr anti-deutsche Haltung oder eine Politik der Annäherung und der Zusammenarbeit mit Deutschland«. Es gebe keine deutsche Gefahr mehr, wohl aber eine russische. »Wenn die Frage der Sicherheit geklärt ist, haben unsere beiden Länder, vor allem die Niederlande, ein großes Interesse daran, Deutschland wiederzubeleben, dessen Wirtschaft komplementär zu der ihren ist, während Frankreich zumeist eine konkurrierende Wirtschaft besitzt«.[25] Als Indiz für die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen mag man ebenso die Tatsache betrachten, dass im Rahmen der Prozesse gegen deutsche Industrielle wie Flick oder Röchling fast keine belastenden Zeugnisse aus den Benelux-Ländern vorgebracht wurden.[26] Es wurden jedoch letztlich in den folgenden Wochen des Sommers 1947 keine Entscheidungen bezüglich der deutschen Wirtschaft getroffen, trotz aller Bemühungen der Benelux-Länder, als einzelne oder als ganzes.[27]

Wie schon im Frühjahr 1947 kamen im Nachgang zur Konferenz für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Vorfeld der für Dezember vorgesehenen Konferenz der Außenminister in London etliche Klagen über die britische Politik in Deutschland auf. Eine zu deutschfreundliche, weiche Haltung Londons wurde beklagt. Tatsächlich ging es aber wieder um die Frage einer belgischen Beteiligung an den Militärregierungen in der britischen Zone und – vor allem – um die Beteiligung der Benelux-Staaten an den Gesprächen über die Zukunft Deutschlands.[28] Der neue britische Botschafter in Brüssel zeigte sich gelassen. Es sei im Laufe des Jahres 1947 gelungen, die diesbezüglichen belgischen Diskussionen weniger emotional zu gestalten. Dazu trage die belgische Beteiligung an der Besatzung erheblich bei. In politischer Hinsicht würden der britische und der amerikanische Beitrag in Deutschland mehr und mehr gewürdigt, vor allem aus Angst, diese Partner sonst in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu verlieren, wodurch Deutschland zwangsläufig zu einem kommunistischen Staat werden müsse.[29]

25 Guillaume an Spaak, 1.8.1947, zitiert nach Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 355.
26 Vgl. John Gillingham, Die Europäisierung des Ruhrgebietes: Von Hitler bis zum Schuman-Plan, in: Kurt Düwell, *Nordrhein-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3, Wuppertal, 1984, S. 187.
27 Vgl. Allan S. Milward, *The reconstruction of Western Europe 1945–51*, London, 1984, S. 66 ff.; Kurgan-van Hentenryk, Plan Marshall, S. 308.
28 PRO/FO, 371/64470, Geoffrey Harrison an Sir Anthony Rumbold, 13.11.1947.
29 PRO/FO, 371/64470, George Rendel an Ernest Bevin, 26.11.1947.

Auf eine niederländische Initiative hin beschlossen die Benelux-Länder die Übermittlung eines gemeinsamen Memorandums an die Teilnehmer der Londoner Außenministerkonferenz. Hierin wiederholten sie nochmals den Tenor ihrer Forderungen vom Januar 1947 und betonten ihr Eintreten für eine politische Autonomie Deutschlands mit einer föderalen Verfassung, die wirtschaftliche Einheit des Landes, eine internationale Kontrolle der Ruhr, die Beibehaltung der militärischen Besatzung und für eine Konsultation der betroffenen Länder vor jeder Entscheidung.[30] Obwohl man sich von diesen Vorschlägen ausdrücklich erhoffte, sie möchten die herrschende Ungewissheit beenden, gab man sich in Brüssel keinerlei Illusionen hin. Das Memorandum blieb unbeantwortet. Für die Alliierten wäre die Akzeptanz der Benelux-Länder einem Präzedenzfall gleichgekommen. Die Russen hätten wohl sofort die Teilnahme ihrer Satelliten gefordert.[31] Das Scheitern der Londoner Konferenz sollte einen vollständigen Umbruch in dieser Frage bewirken.

In einer gemeinsamen Besprechung mit Vertretern des niederländischen Außenministeriums fasste die belgische Diplomatie ihren Standpunkt zusammen. »Die Benelux-Länder haben ein Interesse daran, immer vertrauensvollere Beziehungen mit einem Westdeutschland zu etablieren, das vielleicht irgendwann zu einer westeuropäischen Wirtschaftsunion gehören wird. Dieses Deutschland stellt keine Gefahr für den Frieden mehr dar, sondern ein Bollwerk, vielleicht einen Verbündeten.«[32] In einem Gespräch mit Botschafter Rendel unterstrich Spaak diese Sichtweise. Er forderte die britische Regierung auf, ein aktivere Rolle in der Organisation Westeuropas zu spielen und »sei es nur als Versicherung gegenüber der schnellen Organisation Osteuropas«.[33]

Unter diesen Gegebenheiten setzte der britische Außenminister Bevin mit seiner Rede vom 22. Januar 1948 vor dem Unterhaus einen Markstein in der Entwicklung der belgischen Außenpolitik. Mit seinem Vorschlag, Verträge mit den Benelux-Ländern und Frankreich zu schließen, weil die »Zeit reif ist für eine Konsolidierung Westeuropas«, hatte er einen lang erwarteten Anstoß gegeben.[34] So sah dies auch Spaak in einer ersten

30 *Joint Note of the Belgian, Netherlands and Luxembourg Governments on Allied Policy With Regard to Germany*, 26.11.1947 [*FRUS*, 1947, II, S. 774–778; *DDB*, III, n°127, S. 768–771]. Vgl. Hein Hoebink, Katalysatoren auf europäischem Feld. Zur Rolle der Benelux-Staaten auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz 1948, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, n°5/6, 1994/95, S. 80–81.

31 AMAEB, 11854, *La conférence des ministres des affaires étrangères à Londres et les puissances »Benelux«*, 10.12.1947. Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 147.

32 Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 358.

33 CEGES/FO, 371/72921, Rendel an Bevin, 27.12.1947.

34 Der Text der Rede bei: Margaret Carlyle (Hg.), *Documents on international affairs 1947–48*, London, 1952, S. 201–212.

Reaktion, in der er von einer »Rede von einschneidender Bedeutung« sprach, »die ein Datum in der Geschichte der Welt und Europas darstellt, besonders für Westeuropa«.[35]

In den folgenden Tagen wurden die Benelux-Länder über die genauen Vorstellungen der Briten und Franzosen in Kenntnis gesetzt. Bei den Verträgen sollte es sich um bilaterale Abkommen nach dem Vorbild des »Dünkirchen-Vertrags« handeln, die einen Beistandspakt gegen eine deutsche Aggressionspolitik beinhalten sollten. Diese Bedingungen wurden jedoch von den Benelux-Ländern in dieser Form nicht hingenommen. Mit dem selben Enthusiasmus, mit dem Spaak den britischen Vorschlag aufgenommen hatte, machte er sich nun daran, eine gemeinsame Reaktion herzustellen. Diese wurde in Form eines Memorandums übermittelt, das in Paris und London am 19. Februar 1948 einging.[36] Drei Punkte sind besonders hervorzuheben. Zum einen sprachen sich die kleinen Länder vehement gegen bilaterale Verträge aus. Sie plädierten für einen einzigen Vertrag mit dem Ziel einer regionalen Organisation Westeuropas. Zum anderen erschien ihnen ein nur gegen Deutschland gerichteter Vertrag überholt. Bevin hatte schließlich selbst in seiner Rede die sowjetische Bedrohung angesprochen. Diese brauchte in ihren Augen jedoch nicht einmal erwähnt zu werden, um den Graben nicht noch zu vergrößern. Die Benelux-Länder forderten außerdem eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der fünf beteiligten Staaten. Sie schlugen für den 4. März eine Begegnung in Brüssel vor, um über die Modalitäten eines Paktes zu verhandeln. Die ersten Reaktionen in Paris und London waren skeptisch. Für eine Abkehr vom »Dünkirchen-Modell« schien sich niemand erwärmen zu können, weder Bevin, noch der französische Präsident Auriol.[37]

Die Briten kamen jedoch nicht umhin zu konstatieren, mit welchem Wohlwollen die Amerikaner die Vorschläge der Benelux-Länder betrachteten. Am 27. Februar 1948 ließ Marshall Paris und London wissen, dass nach seiner Auffassung »Zweifel daran bestehe, ob das ›Dünkirchen-Modell‹ adäquat ist und als Basis dienen könne«.[38]

Entscheidende psychologische Bedeutung hatten jedoch die Ereignisse in Prag, die in der letzten Februar-Woche 1948 zur Bildung einer moskautreuen Regierung und der

35 Dumoulin, *Spaak*, S. 412.

36 Grundlegend: Jean Stengers, Paul-Henri Spaak et le traité de Bruxelles, in: Raymond Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (mars 1948–mai 1950). Actes du colloque de Strasbourg, 28–30 novembre 1984*, Brüssel/Mailand/Paris, 1986, S. 119–143; Ders., La genèse du premier organisme européen (février 1948), in: André Miroir (Hg.), *Pensée et construction européenne. Hommage à Georges Goriely*, Brüssel, 1990, S. 147–154. Dort auch zahlreiche weitere Einzelverweise, auf die hier verzichtet werden kann.

37 Vgl. Vincent Auriol, *Journal du Septennat 1947–1954*, Bd. II: *1948*, Paris, 1974, S. 70.

38 *FRUS*, 1948, III, S. 33–34.

Entfernung aller nicht-kommunistischen Parteien führte.[39] Dies führte dann auch zum Umdenken in Paris, wo man nunmehr ebenfalls einen regionalen Pakt ins Auge fasste.[40]

Die Amerikaner zählten ebenfalls auf den belgischen Außenminister. Ihr Botschafter in Brüssel, Admiral Allan G. Kirk, diskutierte am 26. Februar mit Spaak über Deutschland. Dabei bezeichnete der US-Diplomat die französische Position mit ihrer großen Furcht vor Deutschland als »überholt und irrealistisch«. Außerdem hob er hervor, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten in den westlichen Besatzungszonen nicht untätig bleiben könnten. Wenn Spaak dies genau so sehe, dann sei »schnelles Handeln im Hinblick auf eine Integration Westdeutschlands in die westeuropäische Wirtschaft geboten«, was gleichzeitig die beste Sicherheitsgarantie wäre.[41] Sie sollten augenscheinlich nicht enttäuscht werden, wie sich Präsident Truman zwei Jahrzehnte später in seinen Memoiren ausdrücklich erinnerte.[42]

Am 4. März 1948 begannen die Verhandlungen in einer außergewöhnlich guten Atmosphäre, wie der belgische Delegationsleiter Fernand Vanlangenhove betonte, der eigens von seiner Funktion als Ständiger Vertreter bei der UNO nach Brüssel beordert worden war.[43] Während sich im Vorfeld der Verhandlungen zumeist der Standpunkt der Benelux-Länder durchgesetzt hatte, waren es nunmehr die Positionen Großbritanniens und Frankreichs, welche die Oberhand behielten. Die Niederlande, die sich gegen eine Nennung Deutschlands sträubten, mussten schließlich nachgeben, nachdem Bevin in einem Telegramm klargemacht hatte, dass er dies für unabdingbar halte. »Ich bin überzeugt, dass wir es uns nicht leisten können, die deutsche Gefahr zu ignorieren. […] Die Nicht-Erwähnung Deutschlands würde auf die Russen nur unnötig provokativ wirken.«[44] Die Franzosen stellten sich gegen eine Klausel, die eine Aufnahme eines »bekehrten« Deutschlands in den Pakt ermöglichen sollte. Zwar stellten sie die Möglichkeit nicht in Abrede, weigerten sich jedoch, dies explizit aufzuführen.

Ein Scheitern auf der ganzen Linie war den Benelux-Ländern in der Frage der Schaffung wirtschaftlicher Organe beschieden. Die Briten fürchteten eine Überschneidung mit den Institutionen des Marshall-Plans.

39 Vgl. Jonathan E. Helmreich, *Belgium*, S. 387; Frans Govaerts, Belgium, S. 313–316. Zu den Ereignissen in Prag: Loth, *Teilung*, S. 191–194.

40 *FRUS*, 1948, III, S. 34–35.

41 FPHS, 627/9017, Kirk an Spaak, 26.2.1948 [geheim und persönlich], zitiert nach Dumoulin, *Spaak*, S. 414.

42 Harry S. Truman, *Years of Trial and Hope*, Bd. II, New York, 1965, S. 280.

43 Fernand Vanlangenhove, *Sécurité*, S. 212–213.

44 Stengers, Spaak et traité, S. 138.

Die Form des Brüsseler Vertrags korrespondierte gleichfalls mit der Entwicklung, welche die öffentliche Meinung in Belgien seit 1946 genommen hatte. Fühlten sich im ersten Nachkriegsjahr noch viele Belgier von einer deutschen Aggression bedroht, war es nunmehr die Sowjetunion, die als Bedrohung für den Frieden wahrgenommen wurde. So unterstellten 60,2 Prozent der Befragten bei einer *Insoc*-Umfrage der UdSSR, sie wünsche »ehrlicherweise« keinen Frieden, nur 18 Prozent glaubten an wirkliche Friedensbemühungen von Seiten Moskaus. Den USA wurden hehrere Absichten unterstellt. Im Frühjahr 1948 glaubten 68,5 Prozent der Befragten, sie wünschten den Frieden, nur 13,9 Prozent teilten diese Meinung nicht.[45] Der Lütticher Staatsrechtler und sozialistische Politiker Fernand Dehousse formulierte in einem Artikel für *Le Soir*: »Der Rahmen des Vertrags von Dünkirchen ist überholt. Die westlichen Staaten stehen nicht einem wiedererrichteten Deutschland und der Bedrohung, die dieses auf lange Sicht bedeuten könnte, gegenüber, sondern zwei großen Körpern, die keine gemeinsame Regierung haben, und noch nicht einmal mehr einen Staat bilden. Unter diesen Gegebenheiten kann es keine zeitgemäße Beschäftigung sein, sich gegen eine deutsche Aggression vorzusehen.«[46]

Am Tag der Unterzeichnung des Vertrags, dem 17. März 1948, beschloss Truman eine Rede vor dem Kongress mit den Worten: »Ich bin überzeugt, dass die Entschlossenheit der freien Nationen Europas, sich selbst zu schützen, sich mit einer gleichwertigen Entschlossenheit auf unserer Seite überschneidet, ihnen dabei zu helfen, sich selbst zu schützen.«[47] Der Fortgang der Ereignisse ist bekannt. Mit der Gründung der NATO wurde der institutionelle Teil des Brüsseler Paktes quasi hinfällig, auch wenn er später die Grundlage der Westeuropäischen Union bilden sollte. Die Bedeutung des Paktes für die frühe europäische Integration nach 1945 kann jedoch kaum überschätzt werden. Vor allem markiert er den »Höhepunkt der politischen Zusammenarbeit der Benelux-Staaten«.[48] Dies zeigte sich gleichfalls im selben Zeitraum bei der Londoner Sechsmächtekonferenz.

Die Londoner Sechsmächtekonferenz

Zu Jahresbeginn 1948 vernahm man in Brüssel und Den Haag britische und amerikanische Absichten, die Problematik der westdeutschen Besatzungszonen so schnell

45 Eric Leclercq, *L'opinion publique belge et l'Alliance atlantique*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1993, S. 31–34.

46 *Le Soir*, 3.3.1948, S. 1–2.

47 Truman, *Years*, S. 278–279.

48 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 245.

wie möglich voranzutreiben. Mehr oder weniger skeptisch ging man in Brüssel daran, sich bei den Alliierten wieder in Erinnerung zu rufen.[49] Dazu kam eine Anregung aus dem niederländischen Außenministerium, bei eventuellen Konzertierungen mit einer gemeinsamen Benelux-Delegation am Tisch zu sitzen.[50] Hier war es Generalsekretär de Gruben, der sich zweifelnd zu Wort meldete. Die niederländischen Forderungen seien aus belgischer Sicht einfach zu weitgehend, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten. So entschied man Anfang Februar 1948 in Brüssel, eine getrennte Delegation zu konstituieren.[51] In der Zwischenzeit hatten die drei Mächte ihre Bereitschaft erklärt, die Benelux-Länder zur Zukunft Deutschlands zu konsultieren. Spaak intervenierte daraufhin über die Botschaften in London, Paris und Washington, um seine Ansicht deutlich zu machen, dass eine Anhörung bei der Londoner Konferenz ohne eine Beteiligung an den Verhandlungen nicht in Frage komme. »Ein solch lächerlicher Vorschlag käme zum ungünstigsten Zeitpunkt, gerade jetzt, wo man uns anbietet, an der Organisation Westeuropas teilzunehmen.«[52] Als Resultat informeller Gespräche, die zwischen dem 23. und 26. Februar in London stattfanden, wurde eine Beteiligung der Benelux-Länder endgültig angenommen.[53] Auf britischen Druck akzeptierte Belgien am 25. Februar schließlich doch eine gemeinsame Delegation.[54] Für den Fall divergierender Ansichten erhielt jedes Land jedoch das Recht, auch für sich selbst sprechen zu können.[55]

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Londoner Verhandlungen im Detail darzustellen.[56] Die Benelux-Länder wurden nicht an allen Diskussionen beteiligt. Man wird jedoch feststellen können, dass die Entscheidungen, welche die drei »Großen« ohne die Mitwirkung der kleinen Länder trafen, deren Interessen nicht zuwiderliefen. Die Integration der Westzonen in den Marshall-Plan, die Schaffung einer Ruhrkontrollbehörde mit einer Vertretung für die Benelux-Länder und die vorgesehene Gründung eines Weststaats waren durchaus in ihrem Sinne. Dabei hatte die belgische Regierung durchweg die Positionen Großbritanniens zumeist gegen französische Widerstände

49 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 148–149.
50 Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 247–248.
51 Ebenda.
52 Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 359.
53 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 149.
54 Vgl. Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 359.
55 Vgl. Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 249.
56 Dies ist an anderer Stelle bereits ausführlich geschehen. Vgl. Hoebink, Katalysatoren, S. 81–83; Dorfey, *Kontrolle*, S. 27–39; Carsten Lüders, *Das Ruhrkontrollsystem. Entstehung und Entwicklung im Rahmen der Westintegration Westdeutschlands 1947–1953*, Frankfurt, 1988, S. 88–111; Siegmar Rothstein, *Die Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 und ihre Bedeutung für die Gründung der BRD*, Freiburg, 1968.

unterstützt. So wurden beispielsweise die Beibehaltung Nordrhein-Westfalens und die Gründung von Rheinland-Pfalz in Brüssel gutgeheißen.[57]

Bei der Behandlung der wirtschaftlichen und territorialen Ansprüche gegenüber Deutschland mussten sich die Benelux-Länder zunächst in Geduld üben. Die belgische Regierung versuchte Anfang Mai 1948 über die Londoner Botschaft nochmals, ihre Ansichten vorzubringen. Bevor eine deutsche Regierung ihre Arbeit aufnehmen könne, müsse die deutsche Westgrenze »unter besonderer Berücksichtigung der Forderungen der Benelux-Staaten« durch eine »interalliierte Kommission« festgelegt werden.[58] Schließlich kamen die Ansprüche erst auf einer Sitzung des Plenums am 19. Mai 1948 zur Sprache.[59] Die USA machten von Beginn an klar, dass über die wirtschaftlichen Forderungen nicht zu verhandeln sei, sie seien unannehmbar.[60] In der Frage der territorialen Ansprüche stellte sich die Situation nuancierter dar. Die Amerikaner waren bereit, über Forderungen zu verhandeln, welche die wirtschaftliche Vitalität Deutschlands nicht gefährden würden. Maßgeblich war hier allerdings die britische Position, die Sir William Strang schon einige Wochen vorher pointiert dargelegt hatte: »Seit der ersten Präsentation der territorialen Ansprüche hat sich unsere Haltung gegenüber Deutschland erheblich geändert. Wir betrachten nunmehr die deutsche Produktion als einen bedeutenden Faktor in unserem Plan für den europäischen Wiederaufbau, und aus diesem Grunde brauchen wir die Mitarbeit der Deutschen selbst. Sogar jene Politiker, die sich gegenwärtig zur Zusammenarbeit bereit finden, würden ganz gewiss ihren Einfluss bei ihren Landsleuten verlieren, wenn sie versuchen sollten, territoriale Ansprüche der Benelux-Länder zu billigen. So unangenehm es sein mag, wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, dass jeder Versuch zu einer größeren Korrektur entlang der Grenze zwischen Deutschland und den Benelux-Ländern fast drei Jahre nach Ende des Krieges uns vermutlich dazu zwingen würde, deutsche Opposition oder gar Aufstände mit Waffengewalt zu unterdrücken. Und das könnte höchst belastend für die britischen Streitkräfte sein.«[61] Auf dieser Basis war der Spielraum für Modifizierungen der Westgrenze erheblich eingeschränkt. Dies hatte vor allem für die niederländische Regierung drastische Auswirkungen. Gegenüber den belgischen Forderungen, wie sie im Memorandum vom 14. November 1946 ausgearbeitet worden waren, konnte hinge-

57 Als Beispiel ein Vermerk für de Gruben vom 14.4.1948 [DDB, II, nº62, S. 190–192]. Vgl. Brouwer, *Divergences d'intérêts*, S. 249; Kurgan-van Hentenryk, Relèvement économique, S. 361–362.

58 AMAEB, 12879, Obert de Thieusies an Spaak, 10.5.1948.

59 Vgl. Rothstein, *Sechsmächtekonferenz*, S. 130.

60 AMAEB, 12879, Obert de Thieusies an Spaak, 21.5.1948. Vgl. Rothstein, *Sechsmächtekonferenz*, S. 131–133.

61 Zitiert nach: Lademacher, Belgien und Deutschland, S. 119.

gen Zustimmung signalisiert werden.[62] Schließlich einigte man sich auf die Bildung einer Arbeitsgruppe[63], die über »geringfügige, vorläufige Änderungen an der deutschen Westgrenze« beraten sollte.[64] Die Vorläufigkeit war der Tatsache geschuldet, dass hier kein Friedensvertrag verhandelt wurde. Nur ein solcher hätte definitive Grenzveränderungen festlegen können.[65] Die Londoner Empfehlungen wurden schließlich am 7. Juni 1948 veröffentlicht. Eine Woche später stimmten ihnen die Benelux-Länder zu.[66]

Für die belgische Regierung genoss die politische Regelung der Zukunft Deutschlands eindeutige Priorität. So lässt sich nirgendwo in den Akten ein Beleg für einen eventuellen Protest gegen die Niederschlagung der wirtschaftlichen Forderungen Belgiens durch die Sechsmächtekonferenz finden.[67] Dies lässt ebenfalls darauf schließen, dass diese Forderungen vom Januar 1947 tatsächlich nur unter dem Druck der niederländischen Ansprüche entstanden waren. Die entschiedene Verteidigung der Nutzung deutscher Ressourcen hatte in dem Maße abgenommen, wie die innerbelgische wirtschaftliche Situation sich durch die Lösung der Kohleschlacht verbessert hatte.

In der Kammerdebatte vom 22. Juni 1948 präsentierte Paul-Henri Spaak die Londoner Empfehlungen als großen Fortschritt für die Benelux-Länder, schließlich sei man zum ersten Mal an Gesprächen über die Zukunft Deutschlands direkt beteiligt gewesen. Nur die Abgeordneten der Kommunistischen Partei kritisierten erwartungsgemäß die Politik der Regierung. Doch hatte Spaak ihnen schon in den Diskussionen um die Ratifizierung des Brüsseler Paktes zu verstehen gegeben, was nunmehr die eindeutige Position Belgiens gegenüber der politischen Zukunft Deutschlands sein sollte: »Wir sind dabei, das deutsche Problem einer grundsätzlichen Lösung zuzuführen, und diese kann nur in einem vereinten Westeuropa gefunden werden.«[68]

62 Vgl. Rothstein, *Sechsmächtekonferenz*, S. 133.

63 AMAEB, 12402, Gespräche über Deutschland, 1.6.1948.

64 Beate Ruhm von Oppen (Hg.), *Documents on Germany under Occupation, 1945–1955*, Royal Institute of International Affairs, London u.a., 1955, S. 286–290; *DDB*, II, n°15, S. 97–98.

65 AMAEB, 12879, Obert de Thieusies an Spaak, 27.5.1948.

66 Vgl. Rothstein, *Sechsmächtekonferenz*, S. 141.

67 Hierin ist Lademacher, Belgien und Deutschland, S. 119–120 zuzustimmen. Das für diese Dissertation vorgenommene breitere Quellenstudium bestätigt dessen Annahmen weitgehend.

68 *Pensée européenne*, Bd. 1, S. 135–136. Vgl. Luc de Vos, Ein kleines Land in der großen Politik: Belgiens behutsamer Beitrag zum Entstehen einer militärischen Integration Westeuropas, in: Norbert Wiggershaus und Roland G. Foerster (Hg.), *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz*, (= Militärgeschichte seit 1945, 8), Boppard am Rhein, 1988, S. 79–81.

4.2 An der Grenze

Die Ardennen-Offensive im Winter 1944/45 hatte den Krieg noch einmal mit aller Härte in die deutsch-belgische Grenzregion gebracht. Brutale Kämpfe, die Zerstörung von Städten wie St. Vith, Malmedy und Bastogne und die von den Deutschen verübten Massaker gruben sich unauslöschlich in das Gedächtnis der Region und ihrer Bewohner ein.[69] Auf deutscher Seite standen die schon von amerikanischen Truppen eingenommenen Ortschaften in der Gegend des Eifelstädtchens Monschau oftmals unter deutschem Beschuss durch Scharfschützen und Luftangriffe. Die unmittelbare Kriegsbedrohung an der deutschen Westgrenze verschwand erst im März 1945, als Köln bereits eingenommen war.[70]

Wie bereits gezeigt, wurden mit der Befreiung Belgiens im September 1944 und dem Scheitern der deutschen Offensive im Januar 1945 auch die Vorkriegsgrenze wieder etabliert und die Annexion Eupen-Malmedys von Mai 1940 rückgängig gemacht. Dabei blieb die Grenze in dieser Zeit eine offene – zumindest für die alliierten Truppen, die in diesen Monaten ihre Basis auf belgischem Boden hatten. So war im Herbst 1944 auch der amerikanische Nachrichtenoffizier Saul K. Padover in der Grenzstadt Eupen einquartiert, von wo aus er seine Erkundungstouren nach Aachen und Umgebung unternahm. Sein Porträt der nicht gerade freundlichen Haltung der deutschsprachigen belgischen Bevölkerung gegenüber den Amerikanern deutet auf die skeptische Vorsicht hin, mit der die gerade Befreiten das Kriegsende in ihrer Region erlebten.[71] Viele verbanden mit einem baldigen Kriegsende die Hoffnung auf die Rückkehr der jungen Männer, die seit 1941 als Soldaten zur Wehrmacht einberufen worden waren. 8.700 später als »Zwangssoldaten« bezeichnete Bewohner des Gebietes hatten während des Zweiten Weltkriegs die deutsche Uniform getragen. 3.400 von ihnen sollten nicht aus dem Krieg zurückkehren.[72] Die Freude, mit der 1940 die »Heimholung ins Reich« begrüßt worden war, war in der Zwischenzeit längst einer tiefen Ernüchterung gewichen. Nach der alli-

69 Vgl. Matthieu Longue, *Massacres en Ardenne. Hiver 1944–1945*, Brüssel, 2006. Dort auch zahlreiche Literaturverweise. Zum Symbol wurde dabei das Massaker von Baugnez, welches in den USA für heftige Erregung sorgte und später im so genannten Malmedy-Prozess verhandelt wurde. Vgl. Henke, *Amerikanische Besatzung*, S. 326–328; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München, 1999, S. 142 ff.

70 Klaus Pabst, »Jetzt sind wir wieder Demokraten« – Erfahrungen aus der Eifel, in: Dülffer, *›Wir haben schwere Zeiten hinter uns‹*, S. 57.

71 Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besetzten Deutschland 1944/45*, München, 2001, S. 23–25 und 82–84 (amerikanische Originalausgabe: New York, 1946).

72 Vgl. Peter M. Quadflieg, »Zwangssoldaten« und »Ons Jongen«. Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, (= Aachener Stu-

ierten Befreiung im September 1944 setzte sogleich eine Säuberungswelle ein, die das Gebiet für lange Zeit nicht zur Ruhe kommen ließ. Ostbelgien wurde zu einer Insel mit zwei Grenzen – die Grenze zu Deutschland und die zum Landesinneren, wo viele Altbelgier aus den angrenzenden Gemeinden hasserfüllt auf die Eupener, Malmedyer und St. Vither blickten und sie oftmals als »Boches« beschimpften.[73]

Für die belgischen Behörden war nunmehr der Moment gekommen, Stärke zu demonstrieren. Die vermeintlich allzu weiche Politik der Zwischenkriegszeit sollte der Vergangenheit angehören und die Assimilationspolitik in den Gebieten, die seit 1920 zum belgischen Staat gehört hatten, entschiedener vorangetrieben werden.[74] Dazu gehörte die Ausweisung von mehr als 5.000 Reichsdeutschen in den Jahren 1945 und 1946, aber vor allem die gleichzeitige Schließung der deutsch-belgischen Grenze. In seinem Jahresbericht von 1949 blickte der für die Umsetzung dieser Regierungsentscheidung wesentlich verantwortliche beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen auf die Intentionen zurück: »[Dem Grenzverkehr] kommt aus Gründen der Assimilation und der Orientierung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. […] Es ist wichtig, standhaft zu bleiben und eine massive Orientierung nach Deutschland zu vermeiden. Vergessen wir nicht, dass die Bevölkerung der Ostkantone vor dem Krieg gerne und regelmäßig den kulturellen Veranstaltungen beiwohnte, die jenseits der Grenze stattfanden.«[75] Schon ein Jahr zuvor hatte er dem Verteidigungsminister geraten, keine ostbelgischen Rekruten zu den belgischen Truppen nach Deutschland zu schicken, »um deren Orientierung nach Westen nicht zu gefährden«.[76]

dien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5), Aachen, 2008; Christoph Brüll, Entre méfiance et intégration. Les germanophones dans l'armée belge, in: *CBHM*, 135–166 (hier: S. 160–162).

73 Lejeune, *Säuberung*, Bd. 1, S. 167–169; Cremer und Mießen, *Spuren*, S. 24–27.

74 Brüll, Un passé mouvementé, S. 37 ff. Schon Padover bemerkte im Herbst 1944, dass die Eupener »französisch sprachen«, aber »deutsch empfanden«. Ein Hinweis darauf, was in den ersten Nachkriegsjahren von vielen (im Nachhinein erfolglos) angestrebt wurde: die Verbannung der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben, die Benutzung des Französischen als patriotische Demonstration der nunmehr unwiderruflichen Rückkehr nach Belgien. Vgl. Freddy Cremer, Von den »Inciviques«, S. 104–105; Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: *Zeitenblicke*, 3 (2004), n°1, <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/>, 29–31 [11.8.2009].

75 Commissariat d'arrondissement adjoint d'Eupen-Malmedy-St. Vith, *Rapport annuel. Exercice 1949*, Malmedy, [1950], S. 87. Vgl. Carlo Lejeune, Auswärtige Kulturpolitik und freier Kulturmarkt in den deutsch-belgischen Beziehungen nach 1945, in: *GiW*, 1998 (2), S. 238.

76 Commissariat d'arrondissement adjoint d'Eupen-Malmedy-St. Vith, *Rapport annuel. Exercice 1948*, Malmedy, [1949], S. 73. Vgl. Brüll, Entre méfiance, S. 162–165.

Konnte man so den verbotenen Blick nach Deutschland verhindern? Paradoxerweise schaute die deutsche Grenzbevölkerung gleichzeitig ihrerseits immer mehr nach Westen auf den vermeintlich reichen belgischen Nachbarn. Trotz aller Anstrengungen der Behörden konnten auch familiäre und soziale Bindungen nicht aufgehoben werden, konnten die mit dem Grenzverlauf verbundenen Faktoren nicht beiseite gedrängt werden. Die belgische Vennbahn verlief nun einmal auf deutschem Gebiet. Zahlreiche Gemeinden beiderseits der Grenze besaßen Waldgebiete in der Nachbargemeinde. Gerade für die deutschen Gemeinden waren diese nunmehr unerreichbar, da sie von der belgischen Regierung unter eine so genannte Sequesterverwaltung gestellt worden waren.[77] Eine Neufestlegung des Grenzverlaufs musste jenseits aller »großen« Politik und Ideologie auch diese Situation vor Ort in hohem Maße berühren.

Diskussionen vor den belgischen Memoranden (1945/46)

Durch einen Artikel mit dem fragenden Titel »Erweiterung unserer Ostgrenzen?« erfuhren die Leser des seit März 1945 wieder erscheinenden *Grenz-Echo* im August von Bestrebungen, eine neue belgische Ostgrenze zu schaffen. In dem Bericht von einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Senats war von Wald und Energiequellen in den deutschen Kreisen Monschau und Schleiden sowie der Urfttalsperre die Rede.[78] Der durch den Grenzverlauf zweigeteilte Weiler Stoupbach sah die Gelegenheit gekommen, um bei Außenminister Spaak in Bezug auf eine Vereinigung der Ortschaft zu intervenieren. Bezirkskommissar Henri Hoen unterstützte dieses Ansinnen, indem er monatelang dementsprechende Petitionen nach Brüssel weiterleitete.[79] Eine weitere Kontaktperson zwischen Grenzbevölkerung und Brüsseler Regierung war Pierre Nothomb, dessen Doppelrolle als Sekretär der Senatskommission und führendes Mitglied des CBR auch in Ostbelgien bekannt war. Nachdem die PSC/CVP im Juli 1945 wegen der Königsfrage aus der Regierung ausgeschieden war, fand er sich in den Reihen der Opposition und der heftigsten Gegner der neuen Linksregierung wieder. Im September 1945 wurde er von dem Eupener Hans Schäfer kontaktiert, der eine Eingliederung der Industriestadt Stolberg (bei Aachen) forderte, die für Belgien mit erheblichen wirtschaftlichen Vortei-

77 Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel, Horst Möller, Jiří Pešek und Oldřich Tůma (Hg.), *Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich*, München, 2007, S. 478.

78 *Grenz-Echo*, 7.8.1945, S. 1.

79 Die – ohne Antwort gebliebenen – Petitionen stammen alle aus dem Zeitraum August 1945 bis Januar 1946 (AMAEB, 12885).

len verbunden sei.[80] Nothomb leitete solche Schreiben sofort an das Außenministerium weiter. Schließlich untermauerten sie die Thesen des CBR und sollten Spaak und seine Diplomaten unter Zugzwang setzen.

Nachdem sich seit Herbst 1945 auch belgische Soldaten in den grenznahen deutschen Gemeinden aufhielten, boten sich für belgische Stellen mehr Möglichkeiten, die betroffenen Gebiete selbst in Augenschein zu nehmen. So quälte sich im Dezember 1945 eine Senatsdelegation durch den Schnee der Nordeifel, um dabei die Zerstörungen der letzten Kriegsmonate in den begehrten Gebieten zu entdecken.[81] Im Frühjahr 1946 erhielt Nothomb den Bericht eines Finanzbeamten aus der Ardennenortschaft Vielsalm, der eine Reise durch die Grenzkreise unternommen hatte. Darin beschrieb dieser die »Gefühle der Bevölkerung der deutschen Gebiete entlang unserer Grenze, die in unser Land eingegliedert werden könnten«. Seine Informationen entstammten zumeist persönlichen Gesprächen mit Bürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern. Vier Gemeinden lagen in der britischen Zone: Monschau, Dreiborn, Höfen und Gemünd. Überall habe er dieselben Auskünfte erhalten, notierte der belgische Beobachter, die Bevölkerung sei zu über 80 Prozent für eine Angliederung an Belgien, außerdem fordere sie ein Referendum, um ihre Meinung äußern zu können. In der Gemeinde Bleialf in der französischen Zone seien sogar 99 Prozent der Bevölkerung für einen Staatenwechsel. Der Bürgermeister habe ihm die Frage gestellt, warum »Belgien uns nicht schon 1918 genommen hat. Seit über hundert Jahren leben wir nun unter dem preußischen Joch. Preußen bedient sich unser für seine Kriege, sein übersteigerter Militarismus hat uns schon immer missfallen. Außerdem hat man uns immer nur stiefmütterlich behandelt.«[82]

In den Gemeinden an der deutschen Westgrenze war der Anti-Preußen-Reflex ein immer wiederkehrender Topos der direkten Nachkriegszeit. Der Abgrenzungseffekt erlaubte, die Schuld und Verantwortlichkeit für die nationalsozialistische Diktatur und den Krieg bei Hitler und den »Preußen« zu sehen. Dazu bildete er den Nährboden für eine Wiederkehr des rheinischen Separatismus auf kleiner Flamme, wie er sich in den Splitterparteien äußerte, oder rechtfertigte die Forderung nach einer Eingliederung durch Belgien. Dabei musste man nach Meinung von belgischen Offizieren freilich vor allem die missliche Lage einer Landbevölkerung berücksichtigen, die sich von den zuständigen alliierten wie deutschen Stellen alleine gelassen sah.[83]

80 AMAEB, 12886, Hans Schäfer an Pierre Nothomb, September 1945.

81 Stéphany, *Les dessous de la Régence*, S. 212.

82 UCL, *Papiers Nothomb*, 5131 (1946), J. Winkin an Senator Pierre Nothomb, s.d. Der Textzusammenhang legt ein Entstehungsdatum im Frühjahr 1946 nah.

83 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1946, O2/3bis, Major d'Ardenne an Leiter AMTO, 27.11.1946 [geheim].

Nothombs Informant riet dem Senator, regelmäßigen Kontakt mit den Offizieren der belgischen Besatzungsarmee in Monschau zu suchen. Außerdem bot er sich als Führer für weitere parlamentarische Delegationen an, die sich ein genaues Bild von der Lage machen wollten. Für Pierre Nothomb musste dies einen Zeitsprung von einem Vierteljahrhundert bedeuten. Wie 1918 entwickelte er nunmehr einen bemerkenswerten Eifer, um die angeblich so zahlreichen »Pro-Belgier« in den deutschen Eifelgemeinden angesichts der nur schleppenden diplomatischen Behandlung der Grenzfragen zu unterstützen.

Während der Erarbeitung des Memorandums, das den Alliierten schließlich im November 1946 überreicht werden sollte, erkundigten sich die zuständigen Diplomaten immer wieder bei den Offizieren der Besatzungstruppen nach der Stimmung der Bevölkerung in den Grenzgebieten. So wurden detaillierte Bevölkerungszahlen der Vennbahn-Enklaven übermittelt. Besonderes Augenmerk legte man auf die politische Entwicklung. Im Oktober 1946 bedauerte das *Centre de l'Administration Militaire des Territoires Occupés* (CAMTO), immer noch keine Einschätzung zur Haltung des Bürgermeisters von Roetgen gegenüber einer eventuellen Eingliederung durch Belgien liefern zu können. Anders sah dies beim Gemeindesekretär aus, den man »wie wahrscheinlich viele Deutsche dieses Gebiets als belgophil aus Eigeninteresse« bezeichnete. Zudem unterstrich man den Erfolg der CDU bei den vorangegangenen Kommunalwahlen, die ihr neun von zwölf Sitzen gebracht hatten.[84]

Der Einschnitt, den die Memoranden der Benelux-Länder vom November 1946 für die Diskussion der Grenzfragen in den betroffenen Gebieten bildeten, kann kaum überschätzt werden. Eine Frage, die bisher nur inoffiziell und hinter vorgehaltener Hand diskutiert worden war, wurde zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Den Anfang machte dabei die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, wobei Ministerpräsident Karl Arnold sich als der entschiedenste Gegner von Gebietsabtretungen an der deutschen Westgrenze erweisen sollte.

Von den November-Memoranden bis zur Londoner Konferenz

In einer ersten Stellungnahme der Düsseldorfer Regierung zu den niederländischen Forderungen vom 3. November 1946 war von einem Schaden »für die guten Nachbarschaftsbeziehungen« die Rede. *La Libre Belgique* ereiferte sich daraufhin über die

84 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1946, O2/3bis, Leiter AMTO an Außenminister, 24.10.1946 [vertraulich]. Dort auch das Zitat.

»deutsche Unverfrorenheit«.[85] Dass deutsche Politiker gegen die ihrer Ansicht nach nur legitimen Forderungen der während des Krieges okkupierten Nachbarländer protestierten, überstieg die Vorstellungskraft zahlreicher Belgier und Niederländer.

Nachdem dann das belgische Memorandum von zahlreichen Konservativen als zu moderat aufgefasst wurde[86], sah sich einer der Wortführer der deutschsprachigen Belgier zu einer Klarstellung veranlasst. *Grenz-Echo*-Redaktionsleiter Henri Michel, ebenfalls führendes Mitglied der CSP (des deutschsprachigen Ablegers der PSC-CVP), äußerte in einem kommentierenden Artikel zunächst Verständnis für die Kritik seines Parteikollegen Paul Struye an der Regierungspolitik, um dann jedoch anzumerken: »Aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Kreise Monschau und Schleiden, aus unserer ostbelgischen Heimat gesehen, dürfte sich das Bild allerdings wesentlich anders annehmen, wie von dem immerhin entfernten Brüsseler Beobachtungsstand aus betrachtet.« Insofern sei die von der Regierung eingenommene Haltung zu begrüßen. »Man möchte es offensichtlich vermeiden, 80.000–90.000 Eifeler mit Belgien zu vereinen. Es mag unter diesen eine Anzahl Menschen geben, die aus ehrlicher Überzeugung Belgier werden wollen. Ein anderer Teil lässt sich in seiner diesbezüglichen Einstellung jedenfalls aus höchst materiellen Interessen leiten, die in der gegenwärtigen Not der deutschen Niederlage ihren wahren Grund haben. Wieder andere stehen der Angliederung an Belgien glatt ablehnend gegenüber und geben dies in einer Art vor den Mikrophonen deutscher Rundfunkstationen zu erkennen, die in auffallender Weise an den Ton gewisser Redner der HF[87] in früheren Jahren erinnert.«[88] Eine französische Fassung seines Artikels erschien unter einem Pseudonym in *La Libre Belgique*. Dies nahm der Chefredakteur des *Journal de Malmedy* zum Anlass, um in einem Brief an Nothomb die Position Michels zu kritisieren. Es sei eine »Frage des gesunden Menschenverstandes«, dass diese nicht die Haltung der PSC-CVP in den Ostkantonen sein könne. Der Malmedyer Journalist unterstützte die von Nothomb, de Briey und anderen CBR-Mitgliedern vertretene

85 *La Libre Belgique*, 7.11.1946, S. 2.

86 Für ein Beispiel unter vielen, Pierre Nothombs Stellungnahme im Auswärtigen Ausschuss: »Die Regierung scheint den Wert dieser Eingliederungen und Zufuhren minimieren zu wollen.« (UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Auszug aus dem Ausschussbericht, 11.12.1946).

87 HF war das Kürzel für die »Heimattreue Front«, die seit Mitte der 1930er Jahren die pro-deutsche Bewegung in Eupen-Malmedy vertrat. Etliche Mitglieder, vor allem ein Großteil der Parteiführung, waren jedoch eindeutig von der national-sozialistischen Ideologie geprägt, was sich auch in der Organisationsstruktur zeigte. Vgl. Pabst, Eupen-Malmedy, S. 391–414; Brüll, Un passé mouvementé, S. 31–34 (dort auch weitere Literaturverweise).

88 *Grenz-Echo*, 12.12.1946, S. 1.

These der *civilisation belge*, die eine Angliederung größerer deutscher Gebietsteile beinhaltete.[89]

Zwei Tage nach Michels Leitartikel war es mit der *Aachener Volkszeitung* erstmals eine deutsche Regionalzeitung aus der Grenzregion, die sich mit einem flammenden Appell zu Wort meldete. Sie zitierte eine Entschließung des Aachener Stadtrates, die die besonderen Beziehungen Aachens zu seinen niederländischen und belgischen Nachbarn hervorhob. »Wir sind uns der Pflicht zur Wiedergutmachung des Holland und Belgien angetanen Leides bewusst. Wir wollen sie leisten bis zur Grenze des Möglichen. Gebietsabtrennungen aber sind Wunden, die nicht verheilen. Sie würden die Beziehungen Hollands und Belgiens zu Deutschland vergiften und dem Ziel entgegenwirken, das wir uns alle stellen: der europäischen Befriedung und Zusammenarbeit.«[90]

Die britische Militärregierung hatte ebenfalls versucht, die Stimmung in den betroffenen Gebieten zu eruieren. Gouverneur Asbury unternahm eine Reise in die Kreise Monschau und Schleiden, wo er mit den Oberkreisdirektoren und Vertretern von CDU und SPD zusammentraf. Diese bestanden auf dem Willen der Bevölkerung, »in jedem Fall deutsch bleiben zu wollen«. Asbury wies darauf hin, dass dies ein Problem sei, das die Außenminister beschäftigen werde.[91] Die Haltung der britischen und amerikanischen Diplomaten brachte im Februar 1947 eine Washingtoner Analyse der belgischen Forderungen auf den Punkt: »Die Sicht der Deutschen, die in den betroffenen Gebieten wohnen, sollte berücksichtigt werden, genau wie die wirtschaftlichen Folgen, welche die Abtretung für die Lage der Wirtschaft in Deutschland haben würde.«[92]

In diese Richtung zielte auch das erste deutsche Gutachten zu den niederländischen und belgischen Forderungen, das schon vor den Januar-Memoranda entstand, die bekanntlich die wirtschaftlichen Desiderata der Nachbarländer enthielten. Ohne auf die Folgen einer Abtretung einzugehen, listete das nordrhein-westfälische Geologische Landesamt darin die Bodenschätze der verschiedenen Kreise auf und betonte ihre Wichtigkeit für die Bauwirtschaft.[93] Ende Januar 1947 wurde der Monschauer Oberkreisdirektor in einem Schreiben an die belgischen Militärstellen in seiner Stadt präziser

89 UCL, *Papiers Nothomb*, 5128, Chefredakteur *Journal de Malmedy* an Pierre Nothomb, 17.12.1946.

90 *Aachener Volkszeitung*, 14.12.1946.

91 PRO/FO, 371/55730, *BBC Monitoring*, 3.12.1946. Außenminister Spaak wurde von den belgischen Besatzungstruppen ebenfalls über diese Visite informiert (SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1946, O2/3bis, Leiter AMTO an Außenminister, 19.12.1946 [geheim]).

92 *FRUS*, 1947, II, S. 182–184.

93 HStAD, NW 72, 493, Dr. Karrenberg, Geologisches Landesamt, Zweigstelle Düsseldorf, 3.1.1947.

und äußerte die Befürchtung, eine Angliederung der Vennbahn-Enklaven werde die wirtschaftlichen Grundlagen des Kreises zerstören.[94]

Das zentrale Gutachten entstand jedoch im April 1947 im nordrhein-westfälischen Verkehrsministerium. Minister Dr. Fritz Stricker betonte in seinem Vorwort zwar, die Studie behandele nur die »verkehrspolitischen Gesichtspunkte«, im Folgenden stach jedoch der Impetus ins Auge, mit dem die Forderungen Belgiens und der Niederlande zurückgewiesen wurden. So betonte der Minister, »nichts wäre irriger als die Hoffnung, dass der Anschluss deutscher Gebietsteile an das Nachbarland den Betroffenen wirtschaftliche Vorteile bringen werde; denn diese Gebietsteile werden aus ihren natürlichen Zusammenhängen herausgerissen […]«. Seine Beamten unterstrichen, die »ungünstige Verkehrssituation« an der deutsch-belgischen Grenze sei »erst durch die Abtretung von Eupen-Malmedy entstanden. Damals geschah diese Grenzberichtigung auch unter Außerachtlassung der Wirtschafts- und Verkehrsverflechtung des Grenzgebiets mit dem Hinterland, so dass der heutige Grenzraum um Aachen und die Kreise Monschau und Schleiden und die angrenzenden Gebiete in die augenblicklich katastrophale Verkehrslage geraten sind.« In Düsseldorf räumte man die Beschwerlichkeit des deutsch-belgischen Grenzverlaufs ein, sah aber nur eine Lösung für alle analysierten Probleme: einen Gebietstausch.[95] Eine detaillierte Aufstellung der Verkehrsprobleme leitete man auch an die britischen Besatzungsbehörden weiter.[96] In einem Gutachten, das im Januar 1948 nach Brüssel gelangt war, sprachen schließlich die Experten der Wassergenossenschaft Schwammenauel-Aachen, welche die Urft-Talsperre und den Rursee verwaltete, von einer »tödlichen Gefahr für die Wasserwirtschaft Aachens«. Die Wasserversorgung der Bevölkerung und des Kohlebeckens sei durch die belgischen Ansprüche bedroht.[97]

Das Bild einer vollständigen Verarmung und des Fortfalls der wirtschaftlichen Existenz des Kreises Monschau zeichneten Oberkreisdirektor Nickels und Landrat Weishaupt im Mai 1947 in einer Denkschrift zu den Kriegsfolgen für den Fall einer Ein-

94 Kurt Fagnoul, *Die annulierte Annexion. Vom Wiener Kongress bis zum Ende Bolleniens. Ein Beitrag zur Grenzgeschichte von Eupen-Malmedy-St. Vith unter Berücksichtigung der belgischen Grenzforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg*, St. Vith, 1985, S. 69.

95 HStAD, NW 53, 1015, Die Grenzen Nordrhein-Westfalens zu Holland und Belgien in verkehrlicher Schau. Bearbeitet im Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1.4.1947.

96 HStAD, NW 72, 467, Verwaltungsrat für Verkehr, Bielefeld, *Memorandum on the consequences resulting from Belgian territorial claims in the Monschau district on economy and traffic*, April/Mai 1947.

97 AMAEB, 12887, *Revendications de la Belgique au titre de réparations*, 14.1.1948 (Vermerk im Außenministerium).

gliederung der Vennbahn-Enklaven durch Belgien.[98] Dabei orientierten sie sich am Gutachten des Verkehrministeriums.

In der Zwischenzeit hatten sich auch weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu den Ansprüchen der Nachbarländer zu Wort gemeldet. Schon im Januar 1947 sandte der ehemalige Landrat des Kreises Monschau, der CDU-Mitbegründer und Verleger der *Kölnischen Rundschau* Reinhold Heinen, einen Brief an Pierre Nothomb. Pikant war dabei die Tatsache, dass sich die belgischen Besatzungsbehörden in Monschau anlässlich des Rückzugs Heinens aus Monschau massiv beschwert hatten, weil dieser ihrer Ansicht nach allzu häufig bei den Briten gegen die Belgier interveniert habe.[99] Heinen hatte sein Ausscheiden im Juli 1946 mit seiner Kölner Verlegertätigkeit begründet, bekräftigte Nothomb gegenüber nun aber sein Engagement als »Sohn und Bewohner des unmittelbaren grenzdeutschen Gebietes«.[100] Er kenne den Namen des Senators »aus der Nazizeit […], in der ich sehr viel in Belgien war, um die freie Luft dieses Landes zu atmen«. Im Folgenden drückte er dann sein Unverständnis über die Haltung Nothombs gegenüber Deutschland aus, die er der Presse entnommen habe. Er habe den Eindruck, »dass unsere katholischen Glaubensgenossen in den Westländern sich nicht ganz über die Situation in Westdeutschland klar sind. […] Je mehr die Schaffung geordneter Verhältnisse bei uns durch weitere Eingriffe in die wirtschaftlichen Grundlagen erschwert wird, um so mehr leistet man – zweifellos ungewollt – Vorarbeit für das Vordringen des Bolschewismus an den Rhein. […] Ich kann mir nicht denken, dass es im Interesse Belgiens und Hollands läge, wenn an seiner Ostgrenze ein stark bolschewistisch beeinflusstes Staatswesen sich als Nachbar befände, weil dann die Gefahr eines Übergreifens nicht zu verhindern wäre.«

Der Appell an die antikommunistischen Gefühle des »katholischen Glaubensbruders« verfehlte jedoch seine Wirkung. In seinem Antwortschreiben beharrte Nothomb auf einer Abtrennung des Rheinlands, die als »einzige Lösung dessen Bevölkerung von den Lasten der Reparationen befreien« könne. Was die Annexionspläne betreffe, so müsse Heinen verstehen, dass eine gewisse Kompensation der belgischen Verluste durch

98 HStAD, RWN 210 (NL Joseph Hofmann), 193, Denkschrift über die Einwirkungen der Kriegsereignisse auf den Eifelkreis Monschau, 5.5.1947.

99 SGR/SA, *Cabinet MDN*, Leiter AMTO an *Etat-Major Général de l'Armée, 2e section*, 12.7.1946 [vertraulich].

100 UCL, *Papiers Nothomb*, 5132, Reinhold Heinen an Pierre Nothomb, 21.1.1947. Zu Heinen, vgl. Rainer Moltmann, *Reinhold Heinen (1894–1969). Ein christlicher Politiker, Journalist und Verleger*, (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 48), Düsseldorf, 2005, hier S. 227–232. Der Widerstand seines Protagonisten gegenüber den belgischen Forderungen ist Moltmann allerdings keine Erwähnung wert.

den Erwerb von Gebieten an der heutigen »verhassten« deutsch-belgischen Grenze notwendig sei. Der Kreis Schleiden sei »bis 1815 belgisch gewesen«, die Interessen des Kreises Monschau lägen ebenfalls im Westen.[101] Der von einem Glauben an die moralische Überlegenheit nach der zweiten deutschen Okkupation noch gestützten Auffassung der *civilisaton belge*, wie sie Nothomb auch hier wieder formulierte, konnte Heinen mit seinen Argumenten nicht beikommen. Dazu hätte er wohl zum rheinischen Separatisten mutieren müssen.

Am 16. April 1947 berichtete das *Grenz-Echo* vom Widerstand des CDU-Vorsitzenden in der britischen Zone, Konrad Adenauer, gegen eventuelle Gebietsabtretungen im Westen. Ausgehend von Überlegungen zur Saar, deren Bewohner »nichts von einem Einschluss in das französische System wissen« wollten, forderte er neben Frankreich auch Holland und Belgien auf, ihre Forderungen fallen zu lassen, sich »Großbritannien anzuschließen und Deutschland auf dem Wege zur Einheit, dem einzigen, der Europa vor einem neuen Krieg bewahren könne, beizustehen«.[102]

Adenauers Parteikollege Leo Schwering, Abgeordneter des Grenzkreises Schleiden, wollte es nicht bei Reden belassen. Im März 1947 brachte er auf einer Parteiveranstaltung in der Eifel den Gedanken der Grenzlandhilfe ins Spiel, den er kurze Zeit später dann auch in einer Fraktionssitzung äußerte.[103] Als direkte Folge reichte die CDU-Landtagsfraktion am 12. Juni 1947 einen Dringlichkeitsantrag zur Schaffung eines Westausschusses ein.[104] Schwering wusste dabei seinen Ministerpräsidenten hinter sich, dem er in einem Schreiben vom 17. Juli 1947 klarzumachen versuchte, dass Schweigen nicht der gebotene Weg sei, um auf die belgischen Forderungen zu reagieren.[105] Karl Arnold maß den belgischen und niederländischen Forderungen »prinzipiellen Charakter« bei. Es war für ihn daher unerheblich, »dass es sich […] nicht um große Gebietsteile, sondern um einen Personenkreis von wenig über zehntausend Menschen handelt«.[106] Die Landesregierung hatte dabei immer auch die erheblichen Veränderungen an der

101 UCL, *Papiers Nothomb*, 5137, Pierre Nothomb an Reinhold Heinen, 7.3.1947.

102 *Grenz-Echo*, 16.4.1947, S. 1.

103 Vgl. Wolfgang Woelk, Die niederländischen Grenzkorrekturen 1949–1963 in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen und in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete, in: *GiW*, 1994 (1), S. 40.

104 *Idem*, S. 34.

105 HAStK, NL 1193: Leo Schwering, 105, Schwering an Arnold, 17.7.1947.

106 Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949*, Düsseldorf, 1951, S. 1 (Vorwort von Karl Arnold).

deutschen Ostgrenze sowie die Saarfrage im Auge und bemühte sich, diese immer im selben Atemzug zu nennen.[107]

Im September 1947 richtete Arnold in der Staatskanzlei das Sonderreferat F ein, »um alle Vorgänge zu beobachten, die geeignet schienen, einem Friedensvertrag durch ›so genannte provisorische Regelungen […] völkerrechtlich vorzugreifen‹ (Arnold)«.[108] Unter Führung des erfahrenen Diplomaten Hans Kroll wurden dort die Forderungen der Benelux-Länder und Frankreichs geprüft und zahlreiche Memoranden und Gutachten erstellt. Dabei bemühte sich der ehemalige Legationsrat im Auswärtigen Amt und spätere Botschafter der Bundesrepublik in Moskau nach eigenem Bekunden, Abstand zum Deutschen Büro für Friedensfragen zu halten, um die Besatzungsbehörden nicht misstrauisch zu machen.[109] Allem Anschein nach gelang es ihm, regelmäßig von amerikanischer Seite Informationen zu den französischen Desiderata zu erhalten und einige seiner Denkschriften auf alliierten Konferenztischen zu verbreiten.[110] Die Schwierigkeit lag vor allem in der Informationsbeschaffung. Im Oktober 1947 musste Kroll in einem Treffen mit dem Vize-Regierungspräsidenten des Bezirks Aachen konstatieren, dass ihm in Düsseldorf noch nicht einmal ein Exemplar der belgischen Januar-Memoranden vorlag.[111] Im Juni 1948 wurde schließlich beim Chef der Landeskanzlei das Grenzlandreferat eingerichtet, die die Grenzlandhilfe koordinieren sollte.[112]

Nach etlichen formalen Diskussionen zwischen CDU und SPD wurde schließlich im Frühling 1948 auch ein Grenzausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags eingerichtet. Dessen Ziele waren die wirtschaftliche Unterstützung der Grenzkreise sowie deren ideelle Stärkung in der Grenzfrage.[113] In einem Schreiben an Kroll beschwerte sich Schwering über die zähen Entscheidungsprozesse: »Sie werden verstehen, dass angesichts der außenpolitischen Lage eine vernünftige Außenpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ohne eine besondere Pflege der Grenzkreise ein Unding ist. […] Allgemeine Redensarten ziehen nicht mehr, der Grenzbewohner will besonders angesprochen werden.«[114]

107 Vgl. Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 176; Woelk, Grenzkorrekturen, S. 33.

108 Detlev Hüwel, *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal, 1980, S. 168; vgl. Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 158; Bettina Blank, *Die westdeutschen Länder*, S. 219–220.

109 Zu den Aktivitäten dieser Stuttgarter Einrichtung: Heribert Piontkowitz, *Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen*, Stuttgart, 1978.

110 Vgl. Hans Kroll, *Mémoires d'un ambassadeur*, Paris, 1969 (dt. Ausgabe 1968), S. 121–122.

111 HStAD, NW 53, 1015, Aufzeichnung von Dr. Hans Kroll, 23.10.1947; HStAD, NW 53, 1015, Vize-Regierungspräsident Dr. Richter an Dr. Hans Kroll, 31.10.1947.

112 Woelk, Grenzkorrekturen, S. 34.

113 Ebenda, S. 40.

114 HStAD, NW 53, 1015, Schwering an Kroll, 17.9.1947.

In einer Kalendernotiz aus dem Jahr 1956 blickte Leo Schwering auf die Errichtung des Grenzausschusses zurück und griff ähnliche Gedanken wieder auf: »Der Gedanke der Grenzhilfe war nicht nur fruchtbar, er war die einzige praktische Möglichkeit, den am meisten geschädigten Teilen des Landes im denkbar schnellsten Tempo zu helfen.«[115] Wie schwer die Lage in den Grenzgemeinden in den ersten Nachkriegsjahren war und wie sehr sich die betroffenen Bewohner dabei von der Landesregierung im Stich gelassen fühlten, kann man aus zahlreichen Petitionen ersehen, die im Frühjahr 1947 im Brüsseler Außenministerium eingingen. So erklärte der Amtsbürgermeister des rheinland-pfälzischen Bleialf, von Pallandt, in einem Schreiben an Pierre Nothomb förmlich, seine Gemeinde sei mit der Eingliederung durch Belgien einverstanden.[116] Ihm gleich taten es die Bürgermeister und Gemeinderäte von nicht weniger als 16 Eifelkommunen.[117] Neben der Wahrnehmung Belgiens als wirtschaftlich leistungskräftigem Land war es vor allem die Hoffnung auf die Freigabe in Belgien liegender Besitztümer (Wald- und Wiesenbesitz), die solche Petitionen motivierte.

Auf belgischer Seite standen viele Grenzgemeinden solchen Ansinnen positiv gegenüber und richteten ihrerseits Petitionen an das Außenministerium. Dabei konnte es um die Eingliederung von Straßen oder von gesamten Gemeinden gehen, in denen sich belgischer Grundbesitz befand.[118] Die *Jeunesse Patriotique* von Malmedy mahnte Spaak zu einer offensiveren Haltung an, damit man einen »normalisierten Grenzverlauf« erhalte.[119] Nur in einem Fall ist eine Antwort überliefert. Dabei beschränkte sich das Außenministerium in einem Schreiben an die Gemeinde Elsenborn darauf, einen nichts sagenden Auszug aus dem Januar-Memorandum zu zitieren.[120]

115 Leo Schwering, Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, in: *Heimatkalender des Kreises Schleiden*, 1956, S. 38 (HAStK, NL 1193: Leo Schwering, 615).

116 UCL, *Papiers Nothomb*, 5132, Bürgermeister von Bleialf an Nothomb, 3.4.1947. Bei Nothomb gingen ebenfalls Bittschriften der Gemeinden Dreiborn (15.4.1947) und Höfen (23.4.1947) ein.

117 Im Außenministerium gab es im April 1947 drei Wellen von Bittschriften: AMAEB, 12886, Petitionen der Gemeinden Bleialf, Auw, Schlausenbach, Winterscheid (3.4.1947), Monschau, Dreiborn, Gemünd, Bernscheidt, Herhahn, Morsbach, Wollseiffen, Einrur (24.4. 1947), Höfen, Wischeid, Laudesfeld, Losheim (30.4.1947). In Losheim hatten sich 60 Prozent der Bevölkerung mit ihrer Unterschrift für einen Staatenwechsel ausgesprochen; vgl. Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 171.

118 AMAEB, 12891–1, Bürgermeister Frères (St. Vith) an Außenminister Spaak, 28.2.1947; Eingabe an die Regierung durch den Gemeinderat von Büllingen, 14.2.1947; Eingabe des Gemeinderats von Elsenborn, 27.3.1947.

119 AMAEB, 12891–1, *Jeunesses patriotiques de Malmedy* an Spaak, 14.2.1947.

120 AMAEB, 12885, Außenministerium an Gemeinderat von Elsenborn, 11.4.1947.

Bemerkenswert war jedoch die Tatsache, dass die Gemeinde Monschau ebenfalls mit Brüssel Kontakt aufnahm und den Wunsch äußerte, in das belgische Staatsgebiet integriert zu werden. In einem Brief an Außenminister Spaak, der die Unterschriften des Bürgermeisters und weiterer 54 Einwohner trug, hieß es: »Die beste und einfachste Lösung wäre, man machte den gesamten Kreis Monschau belgisch. Das können wir nicht entscheiden, sondern die dafür zuständigen Herren in Moskau.«[121] Wie ein Phantom schwebte der Widerstand der sowjetischen Führung gegen jede Grenzveränderung im Westen über der Grenzfrage. Dies sollte sich besonders Mitte 1948 zeigen, als der russische Radiosender in Berlin die Annexion von Eifelgemeinden wie Monschau, Roetgen und Lammersdorf durch Belgien meldete. Ein großer Teil der Einwohner glaubte diesen Informationen, zumal sich so mancher Bewohner wohl schon darauf eingerichtet hatte. Die offizielle Position der belgischen Regierung, in der nie von Monschau die Rede gewesen war, spielte für die Wahrnehmung der Bevölkerung in einem Klima der Unsicherheit keine Rolle.[122] Dabei gilt es, sich vor Augen zu halten, dass von offizieller Seite zwischen den Memoranda von Januar 1947 bis zur Londoner Sechsmächtekonferenz nichts verlautbart wurde. Die Befürchtungen über einen vermeintlichen Einfluss der UdSSR hatten ihren Ursprung wohl in der allgemeinen diffusen Angst vor dem Kommunismus. Schließlich wurde seit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 nicht mehr mit Moskau über die territorialen Reparationen im Westen verhandelt. Eine solche Atmosphäre der Unsicherheit konnte das Aufkommen von Gerüchten nur fördern, das durch die Panikmache der Landesregierung und durch die Aktivitäten von Männern wie Nothomb noch verstärkt wurde.

In einem Schreiben vom 18. April 1947 legte der Monschauer Bürgermeister gegenüber Nothomb noch einmal nach. Er forderte ein Referendum, bei dem die Einwohner über einen Staatenwechsel entscheiden könnten.[123] Damit konnte er bei seinem Adressaten kaum auf taube Ohren stoßen. Nothomb hatte schon im Januar 1947 dem mit der Deutschlandproblematik bestens vertrauten Hervé de Gruben vorgerechnet, dass eine Einbeziehung des gesamten Kreises Monschau zusätzlich zu den 3.850 Deutschen des November-Memorandums 14.000 weitere Deutsche betreffen würde.[124] Da konnte ihn

121 AMAEB, 12885, Bürgermeister von Monschau an Spaak, 21.3.1947.

122 Vgl. Klaus Pabst, Ein Stück Deutschland als Reparation, in: *Monschauer Land. Jahrbuch.*, 1983, S. 143 (es handelt sich um Auszüge einer WDR-Reportage aus dem Jahr 1978); Ders., Holländisch für vierzehn Jahre …, S. 160. Für einen belgischen zeitgenössischen rein faktuellen Bericht: SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1948, CD 129, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 30.8.1948.

123 UCL, *Papiers Nothomb*, 5132, Bürgermeister von Monschau an Nothomb, 18.4.1947.

124 AMAEB, 12886, Nothomb an de Gruben, 15.1.1947.

auch die Stellungnahme eines namentlich nicht bekannten Bewohners der Grenzregion in *La Libre Belgique* nicht erschüttern, in der dieser davor warnte, die Monschauer würden »nach einigen Monaten mit guter belgischer Nahrung und Kaffee […] eine Irredenta bilden, die schlimmer ist als die der Heimattreuen Front«.[125]

Im August 1947 wandte sich Nothomb an Spaak, um ihm das Ausbleiben von Antworten auf die deutschen Petitionen vorzuhalten. Was Monschau betreffe, so sei »1. von 2.600 Einwohnern (2.200 Katholiken, 400 Protestanten) niemand bei der SS oder der Gestapo gewesen und auch bei keiner anderen NS-Organisation. 2. 80 Prozent der Bevölkerung erwarten ungeduldig die Vereinigung mit Belgien oder wenigstens eine belgische Verwaltung […]. Sie flehen darum, den anti-annexionistischen Kampagnen des *Grenz-Echo* kein Gehör zu schenken und erklären, aus einem ehrlichen Gefühl heraus belgisch werden zu wollen, da sie Horror vor allem Preußischen entwickeln.«[126] Nothomb musste in seinem Schreiben eine Strategie entwickeln, um die Integration von Tausenden »ehemaligen Feinden« zu rechtfertigen. Seine Vorgehensweise war dabei eindeutig. Zunächst entlastete er die betroffene Bevölkerung von allen Verstrickungen in die Nazi-Verbrechen. Dass dies nicht den Tatsachen entsprach, hätte er schon damals wissen können, wahrscheinlich müssen.[127] Anschließend konnte er die schon bekannte Argumentation entwickeln, die vom in dem Brief erwähnten »Anti-Preußen-Reflex« schnell zur Wesensgleichheit der Rheinländer und der Belgier und zur historischen Zugehörigkeit großer Teile des Gebiets zu Belgien führte. Damit folgte er auch hier seinen nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten Ideen.[128]

Die Frage, woher Nothomb seine Informationen bezog, ist indes leicht zu beantworten. Ein Indiz lieferte sein Schreiben an Spaak, das »viel dem Besuch eines belgischen Militärs verdankt«.[129] Seine guten Beziehungen zur belgischen Militärverwaltung, insbesondere zu Hauptmann Jules Mosbeux, ließen vor allem in den Jahren 1948/1949 immer wieder Dokumente auf seinem Schreibtisch landen, als deren Adressat er eigentlich nicht in Frage kam. Hierbei handelte es sich um militärische Informationen, die sich an das CAMTO oder an das Verteidigungsministerium richteten. In mindestens einem Fall leitete er Petitionen am Verteidigungsministerium vorbei direkt an Nothomb

125 *La Libre Belgique*, 10.12.1946, S. 2.

126 AMAEB, 12886, Nothomb an Spaak, 14.8.1947.

127 Vgl. Henke, *Amerikanische Besatzung*, S. 160–204; Padover, *Lügendetektor*, S. 58–81. Exemplarisch die Geschichte der BDM-Führerin Maria Bierganz aus Monschau, bei Henke, *Amerikanische Besatzung* …, S. 163–169; Pabst, »Jetzt sind wir wieder Demokraten«, S. 58–59.

128 Vgl. Carlo Lejeune, »Des Deutschtums fernster Westen«, S. 494–499.

129 AMAEB, 12886, Nothomb an Spaak, 14.8.1947.

weiter.[130] Aber auch untere Dienstgrade wandten sich immer wieder an den Senator, um ihre Gedanken kundzutun. So beschrieb Marcel Vanderstraeten in einem Artikel für die Militärzeitung *Vici* Monschau als »Perle der Eifel, die der belgischen Krone« fehle. Dabei führte er Nothomb ins Feld, der für das »überbevölkerte Belgien, welches zwischen engen Grenzen liegt«, eine »Lunge zum Atmen« fordere.[131] In einem späteren Schreiben an Nothomb bekräftigte Vanderstraeten seinen Glauben an die pro-belgischen Gefühle der Bewohner der Grenzregion.[132]

Es gab jedoch auch noch andere militärische Stellen, die in der Grenzfrage intervenierten. Der Leiter des belgischen Militärgeheimdienstes, Oberst Mampuys, untersuchte in einem Schreiben an Verteidigungsminister Defraiteur die Form und die Motivation pro-belgischer Tendenzen in den deutschen Grenzgemeinden. »Der Kommandeur des Bezirks St. Vith glaubt nicht, dass es in Deutschland (belgisch-deutsches Grenzgebiet) eine wirklich annexionistische Bewegung gibt. Man kann jedoch sagen, dass derzeit die Devise *primum vivere, deinde philosophare* bei den deutschen Grenzbewohnern vorherrscht, die unseren Wohlstand kennen und uns darum beneiden.«[133] Die Beobachtung der misslichen materiellen Lage der Grenzbevölkerung traf wohl den Kern. Zur Zeit der Abfassung des Berichts bemühten sich Leo Schwering und der Verleger der *Aachener Volkszeitung*, der CDU-Landtagsabgeordnete Josef Hofmann, einen Besuch Arnolds an der Grenze zu bewerkstelligen. Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden, das der vermeintlichen Vernachlässigung der Grenzgebiete durch die Landespolitik entgegenwirken sollte. Darüber hinaus wäre ein solcher Besuch von der für den Verbleib bei Deutschland eintretenden Bevölkerung wohl auch als moralische Ermutigung, oder, pointiert, als eine Art Unterstützung der Heimatfront begrüßt worden.[134]

Die betroffenen belgischen Politiker versuchten ebenfalls, Präsenz an der Grenze zu zeigen. Für die Briten erwiesen sich Entscheidungen zur Erlaubnis von solchen Visiten als nicht unproblematisch. So fragte sich die britische Botschaft in Brüssel, ob sie einen Besuch des Auswärtigen Senatsausschusses im Winter 1947 genehmigen solle.[135] Trotz

130 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Mosbeux an Nothomb, 23.6.1948. »Sagen Sie niemanden, dass sie diese Petitionen direkt durch mich erhalten haben. Dies würde meine Position gegenüber den britischen und belgischen Stellen kompromittieren […].«

131 *Vici*, nº29, S. 10 und 12.

132 UCL, *Papiers Nothomb*, 5132, Marcel Vanderstraeten, *1er sergent-major, QG/1DI, ABO*, an Nothomb, 10.6.1948.

133 AMAEB, 12885, Mampuys, *chef de la 2e section de l'état-major général de l'armée*, an Defraiteur, 1.9.1947.

134 Dazu der Briefwechsel zwischen Schwering und Arnold im September und Oktober 1947 (HStAD, NW 53, 1015); HStAD, NW 53, 1015, Dr. Josef Hofmann an Karl Arnold, 1.12.1947.

135 PRO/FO, 371/64333, Rendel an Foreign Office, 24.11.1947.

der »Spekulationen und des Ärgers der deutschen Behörden« wurde er von der *CCG/BE* genehmigt, allerdings mit der Auflage eines Verbots von Interviews und Reden sowie der Mahnung, die Tour so diskret wie möglich ablaufen zu lassen.[136] Der *Regional Commissioner* für Nordrhein-Westfalen lehnte den Besuch jedoch schließlich ab und verwies auf eine aus Diplomaten bestehende britisch-belgische Grenzkommission.[137]

Es gilt dabei, die zunehmende Nervosität der deutschen Seite zu konstatieren. Immer häufiger wurden nun offizielle Stellungnahmen abgegeben, in denen die Ansprüche Belgiens und der Niederlande verurteilt wurden. Der »urdeutsche« Charakter der Monschauer Bevölkerung konnte dabei ebenso betont werden wie die Bedrohung für die »gesamte deutsche Wirtschaft«.[138] Der Oberbürgermeister der Stadt Krefeld unterstellte Belgiern und Niederländern Perfidie: »Angeblich soll es sich um unbedeutende Grenzberichtigungen handeln, während man in Wirklichkeit den Eindruck gewinnen muss, dass genau überlegte wirtschaftliche Annexionen beabsichtigt sind.« Um auch hier anzufügen, diese seien »für Deutschland nicht tragbar«.[139]

In der Grenzregion selber stieg die Anspannung nach Berichten über die Existenz pro-belgischer Bewegungen. Auch hier waren es belgische militärische Stellen, die als erste berichteten. Hauptmann Mosbeux informierte den Leiter des CAMTO, Oberst Woussen, über die Schaffung eines »pro-belgischen Komitees« in Monschau. Dieses Komitee stelle sich den Belgiern zur Verfügung und erwünsche sich deshalb »Instruktionen von autorisierter Stelle, um an die Vorbereitungen für den Kreis Monschau« gehen zu können. Für Mosbeux stand fest, dass »hier der große Teil der Leute überzeugt sind, innerhalb kurzer Zeit Belgier zu werden«.[140] Bemerkenswert war der hohe Anteil von SPD-Mitgliedern auf der dem Außenministerium übermittelten Namensliste, unter ihnen der Ortsvorsitzende, der Journalist Ludwig Kirch. Ob dies nur mit der CDU-Dominanz in der Grenzregion zu erklären ist, muss allerdings dahingestellt bleiben. Auch die relativ große Anzahl von Freiberuflern, vom Arzt bis zum Hotelbesitzer, fällt auf. Trotz aller offensichtlichen Bemühungen der belgischen Soldaten in Monschau,

136 PRO/FO, 371/64333, CCG/BE an *Military Governor North Rhine Westphalia*, 26.11.1947.

137 PRO/FO, 371/64333, CCG/BE an Rendel, 29.11.1947.

138 HStAD, NW 53, 1015, Bericht zur Frage der Abtretung von Gebietsteilen des Kreises Monschau an Belgien, 28.10.1947. Beim Verfasser handelte es sich um einen ehemaligen Amtsbürgermeister. MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/3, 16–22, Goethals an Spaak, 27.11.1947. Der belgische Vertreter bei den Alliierten Militärmissionen in Berlin informierte Spaak mit diesem Schreiben über eine Entschließung des Düsseldorfer Landtags.

139 HStAD, NW 53, 1015, Oberbürgermeister von Krefeld an Arnold, 8.12.1947 (»Stellungnahme der Stadtvertretung Krefeld vom 4.12.1947 zu Fragen der Grenzberichtigung gegenüber Holland und Belgien«).

140 AMAEB, 12891–1, Mosbeux an Woussen, 17.12.1947. Dort auch das Folgende.

welche die Eingliederung forderten oder sie zumindest für realisierbar hielten,[141] wartete das Komitee vergeblich auf Instruktionen. Im Außenministerium wurden sie noch nicht einmal in Betracht gezogen.

Auch in der Nachbargemeinde Mützenich wurden pro-belgische Umtriebe bekannt.[142] In einem von der *Aachener Volkszeitung* an die Landesregierung übermittelten Leserbrief sprach der Verfasser dem Schreiber eines kurz zuvor erschienenen Artikels das Recht ab zu behaupten, alle Mützenicher seien gegen die Grenzveränderungen. »So ein Grenzort bietet allerhand Möglichkeiten und Beziehungen. Vielleicht verhält es sich bei den weitaus meisten Bewohnern von Mützenich auch so wie zu Hitlers Zeiten bei der Wahl! Gemeinde Mützenich: Für Hitler 100 Prozent, obgleich ein großer Teil derselben nicht für Hitler gestimmt hatte, und hat der Einsender heute dieses Muster wieder in Anwendung gebracht.«[143] Ein Einwohner der Gemeinde Kalterherberg wehrte sich in einem Gespräch mit Mosbeux gegen eine NWDR-Sendung, in der ein Landwirt der Region sich gegen Belgien ausgesprochen hatte. »Es wäre wünschenswert, dass solche versteckten Angriffe auf unsere Redefreiheit durch das belgische Radio in seiner Sendung in deutscher Sprache enttarnt würden.«[144]

Im Kontext der Londoner Sechsmächtekonferenz erklärte Ministerpräsident Arnold die Grenzberichtigungen nochmals für »unmöglich«.[145] Dabei argumentierte er immer wieder mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in der Atlantik-Charta verbrieft sei. Somit konnte er auf die Einseitigkeit eventueller Grenzveränderungen pochen. Überdies weigerte er sich die Begriffe »Grenzkorrekturen« oder »Grenzberichtigungen«, welche die westlichen Diplomaten seit 1947 zunehmend benutzten, zu akzeptieren: »Der Ausdruck […] wird von interessierter Seite gebraucht und ist ungenau. Korrigieren kann man nur etwas, was vorher falsch war.«[146] Diese Strategie wurde im Übrigen von großen Teilen der deutschen Presse übernommen. So sprach beispielsweise die *Rheinische Post* bis 1949 nur von »Annexionen«.[147]

141 Zu diesem Schluss kommt auch Deloge, *Coopération*, S. 151.

142 *Aachener Volkszeitung*, 15.1.1948.

143 HStAD, NW 53, 1016, AVZ an Landesregierung, 19.1.1948. Der Leserbriefschreiber hatte unterzeichnet mit »Einer für viele«.

144 AMAEB, 12891–1, Woussen an Außenministerium, 17.6.1948 (Übermittlung eines Berichtes von Mosbeux, datiert auf den 12.6.1948).

145 *Kölnische Rundschau*, 10.6.1948.

146 *Die Welt*, 4.12.1949.

147 Georg Stötzel, Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch, in: Gertrude Cepl-Kaufmann, Wilfried Hartkopf, Ariane Neuhaus-Koch und Hildegard Strauch (Hg.), *»Stets wird die Wahrheit hadern mit dem Schönen«. Festschrift für Manfred Windfuhr zum 60. Geburtstag*, Köln/Wien, 1990, S. 421–444, hier 433–434.

Die Regionalpresse glaubte jedoch immer wieder gegen die pro-belgischen Bewegungen in den betroffenen Gemeinden vorgehen zu müssen. Unter dem Titel »Separatismus in der Eifel« hieß es in den *Aachener Nachrichten* Anfang Juni 1948: »Die Erklärungen der Monschauer Separatisten werden den Lauf der Weltgeschichte gewiss nicht aufhalten. […] Mit einer alten Separatistenlyrik wird das Resultat der politischen Revolution nicht vorweggenommen; denn das westeuropäische Problem läuft vergeblich durch ein deutsch-belgisches Katasteramt, das einige neue Parzellierungen an der Grenze vornehmen möchte.«[148]

Unterdessen hatte die Londoner Konferenz bekanntlich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu vorläufigen Änderungen an der deutsche Westgrenze beschlossen. Die SPD bemängelte den Mangel an präzisen Informationen und sprach von einer »schweren Bedrohung für das ganze deutsche Volk«.[149] Konrad Adenauer bezeichnete die Entscheidung der Londoner Konferenz in einer ersten Reaktion als »ärgerlich«.[150] Sein Parteikollege Arnold stellte derweil Überlegungen an, wie die Grenzlandpolitik fortzuführen sei, und brachte dabei ein neues Element ins Spiel: »Es wird mir vertraulich, aber aus zuverlässiger Quelle stammend, mitgeteilt, dass Belgien und Holland beabsichtigen, […] eine geheime Volksabstimmung darüber durchzuführen, ob die dort lebenden Deutschen lieber zu Deutschland oder zu einem der beiden anderen Länder gehören wollen.« Dies beweise, »dass die organisierte Grenzlandhilfe seitens der Landesregierung nunmehr planmäßig und mit Nachdruck gefördert werden muss«.[151]

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklungen bildete ein Schreiben des Aachener Regierungspräsidenten an den Ministerpräsidenten nach der bereits erwähnten russischen Ankündigung des Gebietstransfers, die wohl auf einer eigenwilligen Interpretation Moskaus der Ergebnisse der Londoner Konferenz beruhte. So beharrte auch die sowjetische Lizenzpresse fälschlicherweise darauf, dass Belgien Forderungen auf Monschau und Schleiden sowie alle Talsperren der Eifel erhebe.[152] Die Quellen waren »ein hoher Beamter meiner Regierung« und der Oberkreisdirektor des Kreises Monschau, der dem Regierungspräsidenten den Bericht »im Wesentlichen bestätigt« hatte. Vor der angeblich beschlossenen Eingliederung von Monschau, Roetgen, Lammersdorf, Müt-

148 *Aachener Nachrichten*, 4.6.1948.

149 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/3, 16–22, Entwurf eines Berichts für Spaak, 10.6.1948.

150 Rudolf Morsey (Hg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, (Rhöndorfer Gespräche, 3), [2]Bonn, 1986, S. 23. Vgl. MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/3, 16–22, Goethals an Spaak, 10.6.1948.

151 HStAD, NW 179, 78, Aktennotiz des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, 2.7.1948.

152 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/3, 16–22, Goethals an Spaak, 10.6.1948.

zenich und Kalterherberg werde eine Volksabstimmung stattfinden, »und man könne heute schon feststellen, dass die Bevölkerung zu 70–80 Prozent für den Anschluss an Belgien optieren werde. […] Es hat sich schon vor längerer Zeit eine separatistische Bewegung […] gebildet. Sie lassen heimlich Listen für eine Option für Belgien kursieren und bedienen sich verschiedenster Propagandamittel zur Erreichung ihrer Zwecke.« Im Folgenden führte der Verfasser den relativen Erfolg auch darauf zurück, dass sich bisher noch kein Mitglied der Landesregierung im Kreis Monschau habe blicken lassen. Dahingegen sei eine Delegation der Separatisten sogar ins Brüsseler Außenministerium gefahren, um Werbung für eine Angliederung zu machen.[153] Von einem Empfang durch belgische Diplomaten oder gar den Minister findet sich in den Quellen jedoch keine Spur. Dies wäre wohl auch einem Verlassen der bisherigen Linie – nicht auf die Petitionen zu reagieren – gleichgekommen. Im Gegenteil, zwei Monate zuvor hatte Nothomb bei Spaak die Passivität der belgischen Regierung gegenüber einer Bevölkerung angeprangert, die »die Eingliederung durch Belgien ersehnt«. Er unterstellte dabei sogar eine systematische Behinderung von pro-belgischer Propaganda in den Grenzgemeinden durch Regierungsstellen. Dabei hatte auch Nothomb die Zahl von 80 Prozent Zustimmung für Belgien im Falle eines Referendums wiederholt.[154] Ein Schreiben Mosbeux' an verschiedene Politiker und Militärs enthielt identische Informationen, hob dazu jedoch noch die Intensität der deutschen Propaganda in Radio, Presse und politischen Vortragsveranstaltungen hervor.[155]

Trotz einer mindestens ebenso heftigen Propaganda und der Bildung von Annexionskomitees bereits seit 1945 stellte sich das Bild an der deutsch-niederländischen Grenze gänzlich anders dar. Die niederländische Regierung stand bekanntlich weitgehenden Reparationsforderungen territorialer Natur positiver gegenüber und brachte sie teilweise sogar selbst ins Spiel. Umfragen zeigten ebenfalls, dass eine Mehrheit der Niederländer mit den Annexionsplänen einverstanden war. Petitionen sind jedoch aus dem betroffenen Grenzgebiet nicht bekannt. Die Aversion der deutschen Grenzbewohner gegenüber einer Eingliederung durch die Niederlande war dort wohl stärker als jede materielle Not.[156]

153 HStAD, BR 1050, 509, Regierungspräsident Aachen an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 14.7.1948.

154 AMAEB, 12886, Nothomb an Spaak, 21.4.1948.

155 UCL, *Papiers Nothomb*, Mosbeux an Senator Moreau de Mélem, Oberst Woussen, Leiter CAMTO, und Oberst Sodermans, Verbindungsoffizier bei der Militärregierung des Regierungsbezirks Aachen, 13.5.1948.

156 Vgl. Wielanga, *Vom Feind zum Partner*, S. 39–40; Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 150–151 und 157.

Im Vergleich zu Belgien fehlte der Präzedenzfall des Ersten Weltkriegs. Die Eingliederung Eupen-Malmedys bildete sowohl für Belgier als auch für Deutsche den Bezugspunkt der Diskussionen. Trotz der auch durch die belgische Regierung vorangestellten wirtschaftlichen und moralischen Legitimation der Reparationsforderungen war die historische Dimension unverkennbar. Dazu gehörte neben dem Rekurs auf Eupen-Malmedy auch die Betonung auf der historischen Zugehörigkeit des Kreises Schleiden vor 1815. Trotzdem scheinen die Parallelen zur Zeit nach 1918 begrenzt. Die relative Nichtbeachtung gerade auch der territorialen Ansprüche durch die belgische Öffentlichkeit – am prominentesten durch die flämische Presse – kann wohl auch als Zustimmung zum moderaten Kurs der Regierungspolitik gedeutet werden, wobei Spaaks Wille, das Thema nach Möglichkeit aus Parlamentsdebatten herauszuhalten, sicher eine entscheidende Rolle spielte.

Auf deutscher Seite war der Widerstand der Landespolitiker und sämtlicher überregionaler Akteure eindeutig. Wesentlich heterogener stellte sich jedoch die Lage der Grenzbewohner dar. Wenn auch das Liebäugeln vieler Eifeler mit der Eingliederung durch Belgien in der Hauptsache materiell begründet war, wurden die Diskussionen in Aachen und Düsseldorf doch mit Bauchgrimmen verfolgt. Bemerkenswert auch die Rhetorik beider Seiten. Während die Pro-Belgier die anti-preußische Karte – mit der darin enthaltenen Distanzierung vom nationalsozialistischen Regime – ausspielten, klangen in den Reden der Gegner scheinbar noch altbekannte Melodien an. Hier ist jedoch mit Jarausch festzuhalten, dass diese »Reste eines großdeutschen Nationalismus […] eher Versuche des Festhaltens an einer problematisch gewordenen Identität waren«.[157] Vor allem Karl Arnold setzte mit zunehmender Dauer immer mehr eine Rhetorik des europäischen Gedankens ein, wobei sicher auch taktische Überlegungen eine Rolle spielten.[158]

Trotz aller demonstrativen Gelassenheit, die Spaak von Pierre Nothomb oder Paul Struye als Passivität ausgelegt wurde, blieb die Situation an der Grenze im Brüsseler Außenministerium nicht ohne Widerhall. Bei der Festlegung einer belgischen Verhandlungsposition für die Tätigkeit der durch die Londoner Konferenz eingesetzten Arbeitsgruppe zur Frage der deutschen Westgrenze war die belgische Strategie mit einem Mal offener als zuvor. Nun lag nicht mehr nur das Szenario der den Alliierten überreichten Memoranden auf dem Tisch.

157 Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München, 2004, S. 84.
158 Vgl. Hüwel, *Arnold*, S. 166.

5. Um die deutsche Westgrenze (1948–1949)

5.1 Die Pariser Besprechungen

Kurz nach dem Ende der Londoner Konferenz wurden in einem belgischen Bericht die dort beschlossenen Bedingungen für die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe »für die provisorischen Änderungen an der deutschen Westgrenze« dargelegt. Dabei wurde noch einmal unterstrichen, nur solche Vorschläge würden Berücksichtigung finden, die »nicht dazu führen, dass der deutschen Wirtschaft Schaden zugefügt wird, und die […] wünschenswert sind, um lokale Anomalien zu eliminieren und die Verkehrsverbindungen zu verbessern«.[1] Diese Rahmenbedingungen sollten das Erstellen eines Prüfberichts für alle Vorschläge bis zum 1. September 1948 garantieren. Eine weitere Klausel entsprach wohl ganz den Vorstellungen der belgischen Regierung und insbesondere ihres Chefs und Außenministers Spaak: »Die Existenz und das Mandat dieser Arbeitsgruppe sollen geheim bleiben.« Die Brüsseler Diplomaten bestanden jedenfalls auf der strikten Einhaltung dieses Prinzips.[2] Auch wenn die Gründe nirgendwo explizit genannt wurden, zielte diese Maßnahme wohl vor allem darauf, die deutsche Öffentlichkeit nicht in noch größeren Aufruhr zu versetzen.

Nach der Erledigung der Vorarbeiten tagte die Versammlung der Delegierten schließlich erstmals am 22. Juli 1948. Die belgische Delegation wurde geleitet von einem der erfahrensten belgischen Diplomaten: Burggraf Jacques Davignon, der vor dem 10. Mai 1940 belgischer Botschafter in Berlin gewesen war. Seine erst relativ spät erfolgte Ernennung bedeutete für ihn ein Comeback in die Reihen der Spitzendiplomatie.[3] Ihm zur Seite standen Charles Kerremans, Deutschland-Verantwortlicher in der Politischen Abteilung, und der bereits erwähnte Major Gilliard, der gemeinsam mit dem stellvertretenden Direktor des Kartographischen Instituts der Armee, Delmelle, für

1 AMAEB, 12402 (1948I), *Conversations sur l'Allemagne. Rapport*, 1.6.1948, hier Anhang K [streng geheim]. Der Bericht ist nicht signiert, stammt aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus der Feder eines der Deutschland-Spezialisten im Außenministerium.

2 AMAEB, 12879, Vermerk für Minister Spaak, 24.7.1948.

3 Dazu klassisch: Jean Vanwelkenhuyzen, *Les avertissements qui venaient de Berlin (septembre 1939-mai 1940)*, Paris/Gembloux, 1981. Es hatte den Anschein gehabt, als ob Davignon 1940 bei Spaak in Ungnade gefallen sei. Der Premierminister schien sein Urteil schließlich im Frühjahr 1948 revidiert zu haben.

die geographischen Aspekte zuständig sein sollte.[4] Kerremans befand sich bereits seit Anfang Juli in Paris, wo er Louis Scheyven, ebenfalls Diplomat in der Politischen Abteilung, bei den Vorbereitungen für die Arbeitsgruppen assistiert hatte.[5] Diese waren recht schnell und einfach zu einer Festlegung der Modalitäten für die Konferenz gekommen.[6]

Mitte Juni 1948 hatte Spaak den belgischen Botschafter in Luxemburg, Berryer, kontaktiert, um der luxemburgischen Regierung den Vorschlag einer gemeinsamen Verhandlungsposition gegenüber den Prämissen der Amerikaner und Briten zu unterbreiten.[7] Der kleinste Benelux-Partner schien nicht abgeneigt, erbat aber noch Bedenkzeit.[8] Noch am selben Tag teilte die niederländische Regierung jedoch mit, dass sie eine solche Vorgehensweise für verfrüht halte.[9] Damit war die Angelegenheit vom Tisch. Im Außenministerium konzentrierte man sich daher auf die Erarbeitung einer eigenen Verhandlungsposition.

Die Ausarbeitung der belgischen Vorschläge

Während die Alliierten im Frühjahr 1947 mit der Prüfung der im Memorandum vom November 1946 enthaltenen belgischen Territorialforderungen beschäftigt waren, untersuchte das Brüsseler Außenministerium deren Realisierbarkeit. Dabei spielten technische Überlegungen eine ebenso große Rolle wie der Einfluss der Ereignisse an der Grenze. Auch wenn offiziell nur die bekannten Forderungen diskutiert und auf deutsche und belgische Petitionen keine Antworten gegeben wurden, entstanden in dieser Zeit auch in Spaaks direkter Umgebung neue Vorstellungen für die Grenzziehung. Diese blieben jedoch streng vertraulich. Andere Regierungsmitglieder oder Parlamentarier haben nie von diesen Plänen Kenntnis erhalten. In der belgischen Öffentlichkeit waren sie erst recht nicht bekannt.

Kurz nach der Welle der Petitionen im Frühjahr 1947 erreichte Spaak ein Vermerk der Politischen Abteilung.[10] Diese hatte Nachforschungen angestellt, »um den Wert der Argumentation der Verfechter der Eingliederung gewisser Waldgebiete an unserer Ostgrenze einzuschätzen«. Darüber hinaus sollten die Folgen der belgischen Forderungen examiniert werden. Dabei war man zu zwei unterschiedlichen Ansätzen gelangt: »Die

4 AMAEB, 12879, Spaak an Jules Guillaume, belgischer Botschafter in Paris, 10.7.1948.
5 AMAEB, 12879, Vermerk des Außenministers, 26.6.1948.
6 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 153.
7 AMAEB, 12879, Spaak an Berryer, 12.6.1948.
8 AMAEB, 12879, Berryer an Spaak, 15.6.1948.
9 AMAEB, 12879, Belgische Botschaft, Den Haag, an Außenministerium, 15.6.1948.
10 AMAEB, 12887, *Note pour M. le ministre. Rectification de la frontière germano-belge*, 1.7.1947.

erste [Lösung] würde auf eine Angliederung einiger Waldbestände abzielen, ohne die Lage der Bevölkerung und der Verkehrsverbindungen zu verändern; die zweite wurde in einem anderen Geist konzipiert, damit sollte nicht nur der Anteil der belgischen Bevölkerung zufriedengestellt werden, der Annexionen wünscht. Die Situation, die aus den früheren belgischen Forderungen resultiert, soll einer möglichst harmonischen und objektiven Lösung zugeführt werden, vor allem in Bezug auf das Problem der von der Monschauer Eisenbahn abhängigen Wirtschaft. Dieser zweite Vorschlag beinhaltet die Annexion einer Region, die ein unteilbares Ganzes bildet. Die Bevölkerung könnte konsultiert werden, falls dies notwendig wird.« Als letzter Ausweg könne die Eingliederung der Ortschaft Losheim ins Auge gefasst werden. Davon seien nur 300 Einwohner betroffen, wobei die wirtschaftlichen Vorteile nicht zu verachten seien.

Damit hatten jedoch keinesfalls annexionistische Tendenzen Einzug ins Außenministerium gehalten. Vielmehr sieht es so aus, als ob die dortigen Experten alle Möglichkeiten in Erwägung zogen. Herzstück ihrer Untersuchungen wurde bald die Vennbahn, deren Rentabilität einiges zu wünschen übrig ließ. Die Politische Abteilung hatte dazu eine klare Meinung: der Grenzverkehr sei einfach zu uninteressant für die belgische Seite.[11] Wenige Monate später stellte die belgische Eisenbahngesellschaft (SNCB/NMBS) eine Wiederbenutzung nur für den Fall einer ausdrücklichen Anfrage der Regierung in Aussicht. Letztere müsse auch ein zu erwartendes Defizit auf der Strecke ausgleichen.[12] De Grubens Generalsekretariat analysierte diese Forderungen und wies auf das Dilemma hin, vor dem die Regierung stand. Einerseits seien ohne ein Funktionieren der Bahnstrecke die belgischen Forderungen auf die Enklaven sinnlos, andererseits sei es undenkbar, für ein eventuelles Defizit aufzukommen. Die Empfehlung war klar. Die Diplomaten plädierten für eine Abkehr von den bisherigen Forderungen.[13] In der Folge schien dieser Bericht keine direkte Auswirkung zu haben. Die Mitglieder des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten schoben der Regierung die Verantwortung für die nicht erfolgte Wiederinbetriebnahme der Vennbahn zu.[14] Es sollte sich später noch auf spektakuläre Art erweisen, welche Bedeutung dieser Frage zukam.

Der Wille, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, kennzeichnete auch ein Synthesepapier, das im Mai 1948 entstand und wahrscheinlich aus der Feder von Charles Kerremans stammte. Die Politische Abteilung berief sich dabei auf die »Beobach-

11 AMAEB, 12886, *Note de la direction politique pour le Baron de Gruben. Utilisation des voies ferrées Raeren–Kalterherberg et St. Vith–Trois–Vierges*, 4.9.1947.

12 AMAEB, 12887, Vermerk der Politischen Abteilung für Spaak, 23.1.1948.

13 AMAEB, 12887, *Note sur la question du chemin de fer Raeren-Kalterherberg*, 26.1.1948.

14 AMAEB, 12887, *Rapport du Sénateur Craps d'un voyage entrepris par la commission des Affaires étrangères*, 10.5.1948.

tungen der letzten Monate«.[15] Zunächst wurde die Herangehensweise erläutert und zwar bezeichnenderweise mit den identischen Worten des Vermerks vom 4. Juli 1947. Anschließend legte der Verfasser drei konkrete Vorschläge vor:

Annexion der benachbarten Ortschaften der Eisenbahn Raeren-Kalterherberg, welche die »Talsohle« von Monschau bilden, sowie der Straße Schleiden-Prüm und der Gemeinde Losheim. Die Fläche dieser Forderungen belief sich auf 188 km², mithin 150 km² mehr als im November-Memorandum von 1946. Ebenfalls betroffen waren insgesamt 13.000 Einwohner (gegenüber 4.000). »Es scheint so, als ob die Mehrheit der Bevölkerung für eine Eingliederung sei. Man könnte also eine Volksbefragung ins Auge fassen.«

Die über das Memorandum von 1946 hinausgehende Annexion von Losheim bildete den Schwerpunkt des zweiten Vorschlags. Damit wollte man die belgische Nutzung der Straße Schleiden-Prüm erreichen. Außerdem wären belgische Waldungen in Deutschland einbegriffen gewesen. Insgesamt hätte dies 300 Einwohner zusätzlich zu den 4.000 im Memorandum enthaltenen Deutsche betroffen.

Der letzte Vorschlag brachte einen Gebietstausch ins Spiel. Belgien würde die Bahn zurückgeben, auf die Enklaven verzichten und deren Waldbesitz freigeben. Deutschland würde die Kuppe von Hergenrath, den Freyenter Wald, die Lichtenbuscher Straße, die Kuppe von Rocherath, die Straße L.25 und die Gemeinde Losheim abgeben. Dabei wären insgesamt nur 300 Einwohner betroffen.

Während der erste Vorschlag den Annexionsbefürwortern ein Stück entgegenkam, atmete der zweite den Geist des Pragmatismus. Der dritte minimalistische Ansatz ging auf die Befürchtungen der belgischen Annexionsskeptiker ein, die gegen eine Eingliederung jedweder deutscher Bevölkerungsteile waren.

Die Diskussionen um die belgischen Forderungen

Die Pariser Verhandlungen begannen am 22. Juli 1948. Botschafter Davignon erhielt noch am selben Tag Gelegenheit, die belgischen Vorstellungen darzulegen. In seinen Ausführungen beharrte er auf dem moderaten Charakter der belgischen territorialen Ansprüche und auf dem Begriff der »Grenzberichtigungen«. Die Forderungen galten der Aufhebung der anomalen Situation der bisherigen Grenze und implizierten keine schwerwiegenden Nachteile für die deutsche Wirtschaft. Sie entsprächen mithin den Prämissen der Londoner Konferenz. Anschließend überreichte er den Delegierten ein

15 AMAEB, 12879, *Note de la direction générale de la Politique pour M. le ministre. Rectification de la frontière germano-belge*, 1.5.1948.

Memorandum, das eine modifizierte Version des November-Memorandums darstellte. Letzteres habe Anomalien bestehen lassen, was zu einer Neueinschätzung der Forderungen durch die Experten habe führen müssen. Es handelte sich dabei um den zweiten der weiter oben aufgeführten belgischen Vorschläge.[16]

Bereits am nächsten Tag versammelte sich der Unterausschuss zu den belgischen Forderungen.[17] Hier war es der ausgewiesene Spezialist Kerremans, der die Ansprüche Punkt für Punkt vortrug.[18] Dabei handelte es sich zunächst um die Ausbuchtung von Hergenrath, die Straße von Raeren nach Aachen, die Enklaven der Vennbahn, den Weiler Hemmeres (in der französischen Besatzungszone) und um eine Grenzziehung entlang des Breitenbachs in der Talsohle von Sourbrodt. Diese Forderungen wurden von allen Delegationen praktisch kommentarlos akzeptiert. Schwieriger gestalteten sich die Diskussionen um den Abschnitt Roetgen–Konzen–Lammersdorf auf der Straße von Aachen nach Monschau. Da diese Straße die einzige Verbindung zwischen den beiden Städten markierte, bestanden die britischen Vertreter auf einer freien Nutzung durch die deutsche Bevölkerung. Was die Enklaven anging, konzedierte die belgische Seite Reiseerleichterungen für deutsche Vennbahnnutzer und bestätigte den Verbleib der hydraulischen Einrichtungen bei Deutschland. Insgesamt waren die Diskussionen sachlich und, wie aus Davignons Bericht hervorgeht, durchaus zufriedenstellend verlaufen.[19]

In den nächsten Tagen sollten jedoch erhebliche Schwierigkeiten auftreten und das Verhandlungsklima belasten. Dabei zeigte sich, wie die belgische Regierung in der Frage der territorialen Ansprüche zwischen den Stühlen zu sitzen schien. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen die niederländischen Forderungen, welche die britische Delegation als »nicht geringfügig« erachtete. Eine Sichtweise, welche die amerikanische Seite teilte, wenngleich sie dies nicht so vehement zum Ausdruck brachte. Die französische Delegation schlug sich sofort und bedingungslos auf die Seite der Haager Regierung. Dies war wohl durch die französischen Ansprüche auf die Saar motiviert. Vor diesem Hintergrund bat Guillaume Spaak um Instruktionen.[20] Spaak entschied sich, die Solidarität innerhalb von Benelux höher zu gewichten als die »Reibungspunkte«, die er dennoch ausgemacht hatte – und die eigentlich seit dem Herbst 1946 bekannt gewesen waren.[21]

16 AMAEB, 12879, Davignon an Außenministerium, 22.7.1948.
17 Zur Errichtung dieses Ausschusses: AMAEB, 12879, Belgische Botschaft, Paris, an Außenministerium, 23.7.1948.
18 AMAEB, 12879, Bericht des Unterausschusses zu den belgischen Forderungen, 23.7.1948.
19 AMAEB, 12879, Vermerk von Davignon für Spaak, 24.7.1948 [geheim].
20 AMAEB, 12879, Jules Guillaume an Spaak, 27.7.1948.
21 AMAEB, 12879, Spaak an Davignon, 29.7.1948.

In der Folge bekamen auch die belgischen Delegierten vermehrt die Skepsis der Briten und Amerikaner zu spüren. Was die eventuelle Eingliederung der Ortschaft Roetgen betraf, machte der amerikanische Delegationsleiter Millard seine Bedenken in Bezug auf die Situation der betroffenen Deutschen geltend. Die Gemeinde wurde von der Vennbahn in zwei geteilt. Belgien forderte die gesamte Ortschaft »fast gegen unseren Willen«, um sie nicht auseinander zu reißen. Dabei wohnten in der Enklave aber bei weitem weniger Menschen als in dem rechts der Bahn liegenden Ortsteil. In seinem Vermerk zum amerikanischen Standpunkt zeigte sich Generalsekretär de Gruben jedoch offen für jede Lösung, die eine Angliederung Roetgens unnötig machen würde.[22]

Während hier eine Lösung nicht unerreichbar schien, konnten die Schwierigkeiten mit den Briten nicht mehr ausschließlich in Paris behoben werden. Bei der Nutzung der Straße Aachen-Monschau beharrte die belgische Seite auf einer Beschränkung der Dauer auf drei Jahre, was die Briten ausschlossen. In der Sitzung vom 29. Juli wurde schließlich auch die Frage der Straße L.25 in der Nähe der Ortschaft Losheim behandelt.[23] Hier stellten die Briten den Sinn einer Eingliederung in Frage und behaupteten, die bisherige Grenze sei akzeptabel. Nur das Problem des belgischen Waldbesitzes in den Wäldern von Höfen und Arenberg wurde durch einen Rückzieher der britischen Diplomaten gelöst. Nachdem de Gruben in Brüssel feststellte, dass »die britischen Experten sich nur im Rahmen ihres Mandats bewegen und bei jeder Prinzipfrage um Instruktionen ihrer Regierung nachsuchen«, beschloss der Generalsekretär, in direkten Kontakt zum *Foreign Office* zu treten.[24] Dies geschah dann auch unter der Ägide des belgischen Botschafters in London, Obert de Thieusies.

In der Zwischenzeit hatte der Unterausschuss die belgischen Forderungen vorbehaltlich der britischen Bedenken zu einzelnen Punkten, angenommen.[25] Vor der Sitzung des Plenums ging es jetzt darum, doch noch die britische Zustimmung zu allen Ansprüchen zu erreichen. In einem Aide-mémoire vom 14. August wies die belgische Botschaft nochmals auf den gemäßigten Charakter der Forderungen hin sowie auf den unbedingten Willen, die herrschenden Anomalien für die Grenzbevölkerung zu beseitigen.[26] In ihrer Replik versicherte die britische Regierung, ihr Widerstand gegen gewisse

22 AMAEB, 12879, Vermerk des Generalsekretärs, 28.7.1948.

23 AMAEB, 12879, Bericht des Unterausschusses zu den belgischen Forderungen, 29.7.1948.

24 AMAEB, 12879, Vermerk des Generalsekretärs zu den Territorialforderungen, 3.8.1948.

25 AMAEB, 12879, *Projet d'accord du sous-comité*, 6.8.1948.

26 PRO/FO, 371/70565, Aide-mémoire der belgischen Botschaft, London, 14.8.1948. Im Bestand FO 371/70565 findet sich die britische Dokumentation zu den Pariser Besprechungen, ohne dass dort entscheidende Ergänzungen zur Dokumentation des belgischen Außenministeriums zu finden wären.

Forderungen rühre nicht aus einem »Wunsch des Außenministers, zum Nachteil der Alliierten der deutschen Öffentlichkeit zu gefallen. […] Es geht darum, auf lange Sicht Schwierigkeiten zu vermeiden, deshalb hat Herr Bevin eine hohe Hürde für die belgischen und niederländischen Ansprüche aufgelegt.«[27] Danach wurden noch einmal die strittigen Punkte aufgelistet, wobei auch die Briten den gemäßigten Charakter der belgischen Forderungen ausdrücklich würdigten.

In Paris beugte sich unterdessen das Plenum über die Ansprüche Brüssels. Dabei wurden entgegen den belgischen Vorstellungen noch einmal alle Forderungen begutachtet. Letztlich kam man jedoch zum gleichen Resultat wie der Unterausschuss. Auf Vorschlag Davignons gelangte ein Eintrag ins Protokoll, demnach alle Delegationen die belgischen Forderungen unterstützten – mit Ausnahme der Briten.[28] In den folgenden Tagen rangen Briten und Belgier um Kompromisse.[29] Letztlich einigte man sich darauf, die Arbeiten einer zu errichtenden Grenzziehungskommission abzuwarten. Dies betraf sowohl die Straße Aachen-Monschau als auch die L.25. Im Kern sollte überprüft werden, ob der Bau einer Verbindungsstraße auf deutschem Gebiet möglich und sinnvoll sei. In Zusammenarbeit mit den britischen Besatzungsbehörden sollte in der Zwischenzeit der Kampf gegen den Grenzschmuggel in den betroffenen Grenzstreifen intensiviert werden. Die Deutschlandspezialisten im Außenministerium zeigten sich in einem Vermerk für de Gruben zufrieden: »Davignon hat das Maximale erreicht.«[30] Der Betroffene selbst teilte dieses Urteil in seinem Abschlussbericht für Spaak.[31] Und auch der vermeintliche »Gegner« schloss sich dem an. Auch wenn die Belgier in der Frage der Verkehrsverbindungen hartnäckig gewesen seien, »hätte die belgische Delegation nicht kooperativer sein können. Es war sehr leicht, mit ihr ins Geschäft zu kommen«, notierte ein beteiligter britischer Diplomat.[32]

Die im Schlussprotokoll eingerichtete Grenzziehungskommission mit der ziemlich technischen Bezeichnung *Comité d'étude des ajustements provisoires de la frontière occiden-*

27 AMAEB, 12879, Obert de Thieusies an Spaak, 24.8.1948 (mit dem Text eines britischen Memorandums im Anhang).

28 AMAEB, 12879, Guillaume an Spaak, 24.8.1948 (Übermittlung einer Nachricht von Davignon).

29 AMAEB, 12879, Straeten an Davignon, 26.8.1948. »Die britische Haltung hätte […] die Beibehaltung der bisherigen Schwierigkeiten zur Folge.« Vgl. AMAEB, 12879, Guillaume an Außenministerium, 27.8.1948; Notiz eines Telefongesprächs zwischen der Botschaft in Paris und dem Außenministerium, 30.8.1948; Vermerk der Politischen Abteilung, Sektion nr. 5, zu einem Telefongespräch mit Kerremans, 30.8.1948.

30 AMAEB, 12879, Vermerk für Generalsekretär, 1.9.1948.

31 AMAEB, 12879, Davignon an Spaak, 2.9.1948; *DDB*, II, Dok. nº63, S. 192–193 (2.9.1948).

32 PRO/FO, 371/70567, Britische Botschaft, Paris [gez. Sammy] an James Marjoribanks, *German Political Department*, 3.9.1948.

tale de l'Allemagne nahm ihre Arbeit direkt im Anschluss an dessen Unterzeichnung auf. An den internen belgischen Vorbereitungen waren neben den Vertretern des Außenministeriums auch Delegierte verschiedener anderer Ministerien sowie der Eisenbahngesellschaft beteiligt.[33] Im Oktober 1948 schilderte die Politische Abteilung die Lage: »Die Ergebnisse von privaten Gesprächen (mit dem britischen Delegierten) sind insgesamt zufriedenstellend, vor allem, wenn man sie mit dem Schicksal der Forderungen der anderen westlichen Nachbarn Deutschlands vergleicht.«[34] Es schien, als ob letztlich alle belgischen Forderungen Berücksichtigung finden könnten.

Die Schwierigkeiten der niederländischen Regierung, ihre Position durchzusetzen, und der Wille Frankreichs, detaillierte Ausführungsbestimmungen zu entwerfen, sollten schließlich eine zweite Pariser Konferenz notwendig machen, die dann im März 1949 endgültig die von Deutschland provisorisch abzutretenden Gebiete festlegte. Vorher muss aber die Situation an der Grenze selbst wieder in den Fokus genommen werden. Dort entwickelte sich im Winter 1948/1948 ein Klima, in dem Vermutungen und Spekulationen nur so aus dem Boden schossen. Die von den sechs Mächten beschlossene Geheimhaltung der im September 1948 erzielten Ergebnisse trug dazu freilich maßgeblich bei.

5.2 Diskussionen um die deutsche Westgrenze (September 1948 – März 1949)

Die Pariser Besprechungen um eine Verschiebung der deutschen Westgrenze konnten von den eigentlich Betroffenen nicht wahrgenommen werden. Die in den Londoner Empfehlungen vereinbarte Geheimhaltungsklausel wurde von allen Seiten respektiert. Gleichwohl blieben Spekulationen in der Presse oder auch bei deutschen Politikern nicht aus. Und sie wurden durch die vorherrschende Ungewissheit eher noch genährt. Diese Diskussionen sollten schließlich vor der Veröffentlichung eines alliierten Memorandums im Frühjahr 1949 kulminieren.

Von den Entwicklungen um den sich durch die Berlin-Blockade noch verschärfenden Gegensatz zwischen den westlichen Alliierten und der UdSSR und um die in London beschlossene Gründung eines deutschen Weststaates konnten natürlich auch die

33 AMAEB, 12879, *Rectification de la frontière germano-belge. Réunion interministérielle*, 29.9.1948. Vertreten waren die Ministerien für Justiz, Finanzen, Landwirtschaft und Inneres.

34 AMAEB, 12879, Vermerk der Politischen Abteilung, 11.10.1948.

Diskussionen um das vermeintlich sekundäre Problem deutscher Gebietsabtretungen im Westen nicht unberührt bleiben. Die hysterischen Reaktionen auf die Falschmeldung des sowjetischen Senders in Berlin zu den belgischen Forderungen hatten dies im Sommer 1948 auf ganz konkrete Art und Weise auch im betroffenen Grenzgebiet deutlich gemacht. Demgegenüber traten auch in vielen – wenn auch keineswegs in allen – belgischen Debatten nationalistische Motivationen oder Prestigegründe mehr und mehr in Konflikt zu antikommunistischen Tendenzen.[35] Die tragende Rolle, die der späteren Bundesrepublik im Kampf gegen eine als Bedrohung empfundene Sowjetunion[36] zukommen sollte, war allerdings in den in der Grenzfrage vorgebrachten Argumentationen nicht von vordergründiger Bedeutung.

Auch ein vager, aber umso heftiger vorgebrachter Europa-Gedanke bestimmte die Semantik um die Gebietsforderungen Belgiens und der Niederlande. Die stärker werdende Präsenz der Europa-Bewegung bildete hier einen sehr realen Anknüpfungspunkt.[37] Dies galt insbesondere für die deutsche Seite, wo der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold keine Gelegenheit ausließ, um vor den verheerenden Folgen der »Annexionen« zu warnen. Zu einem wichtigen Forum wurden in diesem Zusammenhang die Ministerpräsidentenkonferenzen im Herbst 1948 und Frühjahr 1949. Die Ministerpräsidenten sahen sich hier in einer »nationalpolitischen Verantwortung«. Somit fiel ihnen in ihrer Rolle als »Diskussionspartner der Gouverneure« die Kritik an den getroffenen Grenzregelungen zu.[38] Auch im Parlamentarischen Rat

35 Wie dies ja auch schon aus der belgischen Verhandlungsposition zum Brüsseler Pakt hervorgegangen war (Cf. supra). Zu den belgischen Reaktionen auf die Berlin-Blockade: Marie-Christine Simon, *Les réactions belges face au blocus de Berlin (24 juin 1948–12 mai 1949)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Katholische Universität Neu-Löwen, 1987. Die Entwicklung der Haltung der belgischen Bevölkerung zum Kalten Krieg und einer drohenden Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR wird auf der Grundlage von Presse und Demoskopie nachgezeichnet bei: Eric Leclercq, *Opinion publique*.

36 Im Kontext der Verhandlungen zum Brüsseler Pakt antworteten 60,2 Prozent der Befragten auf die Frage »Glauben Sie, dass die UdSSR wirklich den Frieden wünscht?« mit nein, nur 18 Prozent antworteten mit ja, während 21,8 Prozent ohne Meinung blieben. Vgl. Leclercq, *Opinion publique*, S. 34.

37 In der Fülle der Literatur zur Frühgeschichte der europäischen Integration nach 1945 und der Europa-Bewegung besticht immer noch durch seine Prägnanz: Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, [2]Göttingen, 1991, bes. 52–61. Zum weiteren Kontext der Europa-Bewegung in Deutschland: Vanessa Conze, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, (= Studien zur Zeitgeschichte, 69), München, 2005, S. 291–321.

38 Hans-Dieter Kreikamp, Einleitung, in: *AVBRD*, Bd. 5, S. 47.

boten die Diskussionen um die »Abtretung von Bundesgebiet« Gelegenheit, sich mit der konkreten Situation an der Westgrenze zu befassen.

An der Grenze war deutlicher noch als zuvor das Bestreben der deutschen Behörden zu erkennen, die Träger der »pro-belgischen Bewegung« zu identifizieren und ihre Argumente zu bekämpfen. Die Anzahl der Berichte, die aus dem Grenzgebiet in Richtung Aachen und Düsseldorf verschickt wurden, erreichte erstaunliche Ausmaße. Auch kam hier der Presse als Informationsquelle, jedoch ebenfalls als Akteur eine besondere Bedeutung zu – allen voran den Regionalzeitungen, die ihre Berichterstattung zur Grenzfrage in schöner Regelmäßigkeit gegenseitig kommentierten.

Entwicklungen im Brüsseler Außenministerium

In einem Vermerk vom 9. Oktober 1948 beschäftigte sich die Politische Abteilung des belgischen Außenministeriums mit den Ergebnissen der Pariser Besprechungen.[39] Diese seien inzwischen von den verschiedenen Regierungen akzeptiert worden. Nur die »tief vom Resultat enttäuschten« Niederlande zögerten noch, würden »aber wohl noch zustimmen«. Wichtiger noch für den Inhalt des Vermerks war jedoch die Entscheidung der Brüsseler Diplomaten, ohne auf eine gemeinsame Erklärung der sechs Regierungen zu warten, »das Studium der Bestimmungen für die Gebietsabtretungen zu beginnen«. Dazu wurden von nun an regelmäßige interministerielle Konferenzen abgehalten, an denen Vertreter der zuständigen Ministerien teilnahmen.

Auf eine Bitte Spaaks hin übersandte der belgische Generalkonsul in Düsseldorf, van Ros, die Ergebnisse der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen nach Brüssel.[40] Sein Augenmerk lag dabei auf den »wichtigsten Ortschaften im Kreis Monschau sowie auf den Gemeinden, deren Eingliederung durch Belgien vorgesehen ist«. So waren die Resultate der Gemeinden Mützenich und Roetgen, wo die CDU deutlich stärkste Partei geworden war, hervorgehoben. Auffällig waren dann allerdings die längeren Darlegungen, die van Ros dem Abschneiden der RVP widmete, um letztlich den Absturz in die Bedeutungslosigkeit der rheinischen Separatisten zu konstatieren. In den Grenzgemeinden war die RVP schlicht inexistent.[41]

39 AMAEB, 12891 (II), *Note sur les revendications de la Belgique à l'égard de l'Allemagne*, 9.10.1948 [streng vertraulich].

40 AMAEB, 12402 (1948 II), Spaak an van Ros, 25.10.1948; van Ros an Spaak, 30.10.1948.

41 Andere rheinisch-separatistische Splittergruppen aus dem Raum Aachen bemühten sich dennoch darum, in Kontakt mit CBR-Mitgliedern wie De Lannoy zu bleiben. Dieser wollte auch den *Grenz-Echo*-Direktor Henri Michel für die Ziele dieser Gruppen sensibilisieren – ohne Erfolg

Zum Jahresbeginn 1949 stellte Hervé de Gruben einen Bericht mit den anstehenden Terminen in den »deutschen Angelegenheiten« zusammen. Auf dem Gebiet der allgemeinen Politik beklagte der Generalsekretär den Mangel an Informationen über die Arbeit des Parlamentarischen Rats. Bezüglich der Verhandlungen zur Grenzziehung verwies er nochmals auf deren geheimen Charakter, der erst durch eine gemeinsame Erklärung der Regierungen aufgehoben werden könne.[42]

Am 10. Januar 1949 informierte die Politische Abteilung Minister Spaak über den französischen Wunsch, in kurzer Zeit eine weitere Besprechung in Paris abhalten zu wollen. Dabei sollte es um die Umsetzung der Entscheidungen vom September 1948 gehen. Die diplomatischen Diskussionen um die deutsche Westgrenze zwischen den Nachbarländern und den Alliierten befanden sich damit nunmehr auf der Zielgeraden.[43] Am 18. Januar setzte sich eine Gesprächsrunde im Außenministerium mit den aus dem französischen Vorschlag resultierenden Folgen auseinander. Dabei stimmte man dem Prinzip eines gemeinsamen Kommuniqués, in dem die Grenzveränderungen angekündigt würden, zu. Ob dies auf dem Weg erneuter Besprechungen oder durch bloße Korrespondenz erreicht werden könne, blieb offen.[44] Ende Januar stellte die belgische Regierung über ihre Londoner Botschaft klar, dass die Veröffentlichung eines Kommuniqués auf keinen Fall überhastet geschehen dürfe. Dies stellte eine Reaktion auf verschiedene Vorfälle im Grenzgebiet dar, von denen noch zu reden sein wird.[45]

Auf einer der interministeriellen Konferenzen war ebenfalls die Errichtung einer Sperrzone rund um die anzugliedernden Gebiete ins Auge gefasst worden, um gegen den Schmuggel vorgehen zu können.[46] Die Briten wiesen dieses Ansinnen jedoch recht brüsk mit der Begründung zurück, die Reichtümer der Region seien »zweitrangig«. Die Berichtigungen dienten nur der Beseitigung der Anomalien.[47]

(Vgl. AGR, *Papiers de Lannoy*, 32, de Lannoy an Ernst, 1.11.1948; de Lannoy an Henri Michel, 19.1.1949).

42 FPHS, *Allemagne*, F 139, D 3141, Vermerk de Gruben, 5.1.1949.

43 AMAEB, 12879, Loridan an Spaak, 10.1.1949.

44 AMAEB, 12891 (I), Vermerk zur Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze, 18.1.1949 [vertraulich]. Teilnehmer waren De Gruben, Davignon, Schneider, Muûls, Loridan, Seyfert, Salmon und Kerremans.

45 AMAEB, 12891 (II), Aide-Mémoire der belgischen Botschaft in London, 28.1.1949.

46 AMAEB, 12891 (II), Aufzeichnung zu einer Sitzung des interministeriellen Ausschusses, 1.2.1949.

47 AMAEB, 12892 (II), Obert de Thieusies an Spaak, 28.1.1949.

Belgische Diskussionen

Die Geheimhaltung der Verhandlungen in der Grenzfrage wurde von Spaak auch in den innerbelgischen Diskussionen beibehalten. Selbst seine Kabinettskollegen wurden nur sehr spärlich informiert. So dauerte es bis zum Januar 1949, ehe der Premierminister dem Ministerrat lakonisch mitteilte, dass ein Resultat erzielt worden sei. »Belgien hat fast alles bekommen, was es gefordert hat. Die Niederlande und Luxemburg sind mit ihren Forderungen fast durchgängig auf Ablehnung gestoßen.«[48] Kein Wort zum Inhalt, keine Zeile zur belgischen Verhandlungsbasis. Einen Monat später wurden die Angaben etwas konkreter. Spaak sprach über die Eingliederung der Dörfer Mützenich und Roetgen, die notwendig sei, um die Vennbahn endlich unter exklusive belgische Kontrolle zu bringen. Dies wiege auch die durch die Eingliederung von 4.300 Deutschen möglichen Nachteile auf. Mit dem Hinweis, die Bewohner könnten frei darüber entscheiden, ob sie das Gebiet verlassen wollten, begegnete der Regierungschef offensichtlich der Skepsis einiger Minister in Bezug auf die Eingliederung deutscher Staatsbürger.[49]

Vor dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten blockierte der Minister im Januar 1949 sogar alle Nachfragen. Er beschränkte sich auf die Aussage, Belgien sei »gut bedient«, ansonsten vertröstete er die Senatoren auf kommende Sitzungen.[50] Am 4. Februar 1949, dem Tag der Kabinettssitzung, erhielten einige Mitglieder des Ausschusses dann wahrscheinlich dieselben Informationen wie die Minister.[51] Die für die Grenzfrage beinahe chronische Unzufriedenheit mit der Informationspolitik Spaaks hatte einige Wochen zuvor zu einer halboffiziellen Befragung von Generalmajor Bolle und Hauptmann Mosbeux durch einige Mitglieder des Ausschusses geführt. Der entsprechende Bericht ging auch dem Außenministerium zu. Mosbeux verzeichnete darin die anwesenden Senatoren ebenso wie deren detaillierte Fragen zur Situation an der Grenze. Daraus ging auch die tatsächliche Unwissenheit der Parlamentarier zu den Ergebnissen der Pariser Besprechungen hervor.[52]

48 *Ministerratsprotokolle*, 7.1.1949, S. 8.

49 *Ministerratsprotokolle*, 4.2.1949, S. 6–7.

50 *Le Soir*, 14.1.1949, S. 3.

51 *Le Soir*, 4.2.1949, S. 5.

52 AMAEB, 12891 (II), Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 4.2.1949 [im Anhang der Bericht Mosbeux']. Anwesend waren die Senatoren Gillon (PSB) (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses), Burggraf Cossé de Maulde (PSC-CVP) (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses), Graf d'Aspremont-Lynden (PSC-CVP), Baltus (PSC-CVP), Craps (PSB), Baron Nothomb, Struye (PSC-CVP). Als Mosbeux meinte, die Senatoren wüssten doch sicher besser über die Ergebnisse der Londoner Konferenz und der Pariser Besprechungen Bescheid, mussten letztere ihre Unkenntnis wohl oder übel zugeben (»Nein, wir wissen nichts über die anstehenden Berichtigungen. Herr Spaak will nichts aufdecken«). Noch im März 1949, als eine Entscheidung

Bolle und Mosbeux äußerten sich skeptisch zu den Forderungen, die nur die Eingliederung der Enklaven der Vennbahn vorsahen. »Dies ist entweder zu viel oder zu wenig. Da uns aber diese Berichtigungen wohl zugestanden worden sind, könnten sie einen ersten Schritt hin zu einer Eingliederung des gesamten Kreises Monschau bedeuten.« Sehr negativ bewerteten die Militärs die Unmöglichkeit der Erweiterung des Militärlagers Elsenborn, das mitten im Hohen Venn an der deutsch-belgischen Grenze lag. In der Folge warf der Hauptmann die Zahl von 75 Prozent Annexionsbefürwortern im Kreis Monschau in den Raum. Schließlich reklamierte er eine stärkere Unterstützung der pro-belgischen Bewegung – vor allem die Regierung habe sich hier passiv verhalten.[53]

Damit wiederholte Hauptmann Mosbeux eigentlich nur, was in seiner Korrespondenz mit den Militärbehörden und natürlich mit Nothomb durchgängig zu lesen war. Am deutlichsten hatte sich dies in einem Bericht vom 13. Mai 1948 gezeigt, den er auch im Verlauf seines Gesprächs mit den Senatoren zitierte. War damals noch von 80 Prozent Annexionsbefürwortern die Rede, beschäftigte sich Mosbeux vor allem mit der »intensiven Propaganda in den Zeitungen, im Radio, in politischen Konferenzen gegen jede Annexion«. Demgegenüber gäbe es trotz der Existenz von »Pro-Belgischen Komitees« in Monschau und Kalterherberg keinerlei Propaganda für eine Angliederung an Belgien. Auch hier war zwischen den Zeilen eindeutig der Vorwurf fahrlässiger Passivität in Richtung Regierung und Außenministerium herauszulesen.[54] Kurze Zeit später leitete Mosbeux, wie wir bereits sahen, einige Petitionen aus der Eifelortschaft Kalterherberg an Nothomb weiter. Dabei deutete er ebenfalls sein schwieriges Verhältnis zu den britischen Besatzungsoffizieren an, das sich in den nächsten Monaten noch deutlich verschlechtern sollte.[55]

Jules Mosbeux war nicht der einzige belgische Soldat in Deutschland, mit dem Pierre Nothomb in regelmäßiger Verbindung stand. Zum Jahresausklang 1948 erhielt er ein längeres Schreiben von Marcel Vanderstraeten, einem *Premier Maréchal des Logis Chef* (trotz der pompösen Bezeichnung dann doch nur mit einem deutschen Feldwebel zu vergleichen). Auch er, der in einem schon erwähnten Zeitungsartikel Monschau als

unmittelbar bevorstand, konstatierte »Grenz-Echo«-Chefredakteur Henri Michel: »Im Übrigen muss man sein ehrliches Erstaunen darüber ausdrücken, dass das Parlament in dieser Angelegenheit nicht ein einziges Mal befragt worden ist und nun heute oder morgen genau wie der letzte Steuerzahler vor vollendete Tatsachen gestellt werden wird…« [*Grenz-Echo*, 12.3.1949, S. 1].

53 AMAEB, 12891 (II), Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 4.2.1949 [im Anhang der Bericht Mosbeux'].

54 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Mosbeux an Senator Moreau de Mélen, via Oberst Woussen, Leiter CAMTO, und Oberst Sodermans, Leiter der Verbindung im Regierungsbezirk Aachen, 13.5.1948.

55 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Mosbeux an Senator Baron Nothomb, 23.6.1948.

»Perle der Eifel« bezeichnet hatte, ging auf die dortige Situation ein. Er habe Gerüchte vernommen, Belgien würde auf jegliche Forderungen bezüglich Monschau verzichten. »Wenn dem so ist, dann spielt Spaak ein falsches Spiel. Uns macht er vor zu verhandeln, während er in Wirklichkeit nur darauf wartet, uns mitzuteilen, dass die Alliierten gegen eine solche Forderung sind.« In Monschau sei die Stimmung deshalb alles andere als optimistisch. Mosbeux, der »eigentlich unsere Anhänger zu intensiveren Aktionen« bringen wolle, sei entmutigt. Die Forderungen der belgischen Regierung, die sich auf Mützenich und Roetgen beschränkten, seien von »inkompetenten« Diplomaten des Außenministeriums (»Warum nicht von Militärs?«) entworfen worden, »die unfähig sind, eine topographische Karte zu lesen«. Nur das CBR besaß in den Augen Vanderstraetens fähige Leute, um die Situation an der Grenze zu überblicken.[56] Um die probelgischen Bewegungen zu stärken, war von Mosbeux sogar eine »Weihnachtsaktion im Kreis Monschau« durch das CBR angeregt worden.[57] Nach Informationen des Landtagsabgeordneten Leo Schwering sollen hierbei verschiedene pro-belgische Familien bis zu 400 DM erhalten haben.[58]

Gegen Ende seines Briefs ging Vanderstraeten auf den deutschen Widerstand gegenüber den belgischen Forderungen ein. Ministerpräsident Arnold habe auf einem Vortrag eine Annexion Monschaus ausgeschlossen und scheine »sich dabei sehr sicher zu sein«. Wenn man sich die »langwierigen Verhandlungen um ein paar Quadratkilometer« anschaue, komme man nicht umhin, sich zu fragen, »ob denn nun Belgien oder Deutschland auf der Seite der Sieger stehe«. Die Vehemenz, mit der die deutschen Politiker die Region verteidigten, zeige, dass diese »sich viel besser über die Bedeutung der Region im Klaren sind als die Belgier«.[59]

In der belgischen Presse war zunehmend Verärgerung über den deutschen Widerstand zu spüren. Dies geschah immer dann, wenn besonders heftig über den Umfang der Ansprüche der Benelux-Länder spekuliert wurde. Unter dem bitter-ironischen Titel »Die Unschuldigen« diagnostizierte beispielsweise Georges Blun im Januar 1949 in *La Libre Belgique*, die »Deutsche[n] haben nichts gelernt«. Ihre Reaktionen auf die Forderungen der Benelux-Länder bewiesen, dass sie des Vertrauens der Alliierten nicht würdig seien. »Nichts Positives und Dauerhaftes kann sich jedoch ohne Vertrauen entwickeln.«[60]

56 UCL, *Papiers Nothomb*, 5131 (1948), Vanderstraeten an Nothomb, 31.12.1948.
57 UCL, *Papiers Nothomb*, C.52 (1946–1951), Nothomb an Wittouck, 23.11.1948.
58 HStAD, NW 53, 1016, Schwering an Arnold, s.d. (wahrscheinlich Anfang März 1949 verfasst).
59 UCL, *Papiers Nothomb*, 5131 (1948), Vanderstraeten an Nothomb, 31.12.1948.
60 *La Libre Belgique*, 19.1.1949, S. 1.

Solche Reaktionen waren nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die sich für die Grenzfragen interessierenden Belgier die Forderungen der Regierung – so man sie kannte – als gemäßigt einstuften. Dazu kam die vermeintlich moralische Legitimation durch die zwei Besatzungszeiten innerhalb eines Vierteljahrhunderts. Wie schon früher beobachtet, erschien vielen Belgiern der Widerstand der Deutschen als ungerechtfertigt und unverfroren.

Die Deutschen und die belgischen Ansprüche

Während sich in der ersten Zeit nach Bekanntwerden des belgischen Memorandums vom November 1946 fast ausschließlich die Regionalpresse mit dem Thema der Gebietsabtretungen befasst hatte, gelangte es im Kontext der Londoner Konferenz auch in die Spalten der überregionalen Presse. Auffällig war dabei der Hang zu Spekulation und Übertreibungen, aber auch die Form der Argumentation war in vielen Fällen bemerkenswert. Ein kurios zu nennendes Beispiel bildete im Juli 1948 – noch vor dem Beginn der geheimen ersten Pariser Besprechungen – ein Artikel der *Westfälischen Rundschau*, den die *Stuttgarter Zeitung* einige Tage später aufgriff.[61] Die Kopenhagener Zeitung *Politiken* habe »erstmalig Einzelheiten zu den Londoner Empfehlungen« veröffentlicht, darin seien Belgien »Monschau mit Umgebung, außerdem ein Teil des Kreises Schleiden, mit einem der größten deutschen Stau- und Elektrizitätswerke« zugesprochen worden. Die Informationsbeschaffung in der Zeitung eines Landes, das noch nicht einmal direkt betroffen war, kann wohl als Indiz für die Unwissenheit der deutschen Seite gewertet werden. Die Frage nach den Quellen der dänischen Publikation, die ja eindeutig nicht der damaligen Verhandlungslage entsprechen konnten, muss unbeantwortet bleiben.

Faktum ist, dass seit dem Sommer 1948 eine Entscheidung über die Grenzberichtigungen von der deutschen Presse nahezu täglich erwartet wurde. So lassen sich viele Artikel mit Titeln wie »Abtretungen im Westen akut«[62] durch die Spannung erklären, die in dieser Frage herrschte – und die in singulärem Widerspruch zum langsamen Fortschreiten der Verhandlungen stand. Somit wird auch klarer, warum zahllose Artikel auch zu Zeitpunkten erschienen, an denen von sichtbaren diplomatischen Bemühungen kaum die Rede sein konnte.

Welche Argumentation benutzte die deutsche Presse? Genau wie im Falle der sich zu Wort meldenden Politiker kam auch in den Zeitungen der Diskreditierung des Begriffs

61 *Westfälische Rundschau*, 10.7.1948; *Stuttgarter Zeitung*, 14.7.1948.

62 So beispielsweise der Titel eines Artikels in der *Rhein-Neckar-Zeitung*, 13.10.1948.

»Grenzberichtigung« besondere Bedeutung zu. Dies zeigte sich in der andauernden Benutzung der Anführungsstriche, die »Wort und Anspruch als illegitim« zurückwiesen.[63] Als beispielhaft kann ein Artikel des FDP-nahen *Westdeutschen Tageblatts* gelten, der im Oktober 1948 erschien. »Allein Amerika hat abgewinkt [bei den Gebietsforderungen der Nachbarn; C.B.] und ebenso wie in der Frage der Demontagen keinen Zweifel daran gelassen, dass es den politischen Widersinn nicht mehr mitmacht, mit der einen Hand die deutsche Wirtschaft als Teil einer westeuropäischen Front gegen den Osten aufzubauen und mit der anderen Hand das gleiche Land wesentlicher Grundlagen seiner Existenz zu berauben. Diese Erkenntnis hat sich in den Kabinetten Frankreichs und der Benelux-Staaten noch nicht durchsetzen können, obwohl man offensichtlich Gewissensbisse hat. Anders ist nicht zu erklären, dass man die Forderungen auf deutsches Gebiet schamhaft als ›kleine Grenzkorrekturen‹ deklariert.«[64]

Nachdem sich zu Beginn des Monats Januar 1949 die Hinweise auf eine baldige Grenzverschiebung zu vermehren schienen,[65] wurde der Ton schärfer. Der Leiter der belgischen Militärmission in Berlin meldete »heftige Reaktionen in der sowjetischen Lizenzpresse« nach Brüssel. Geschickt würde dabei der Mangel an präzisen Informationen ausgenutzt, um die Größe und die Unverhältnismäßigkeit der Forderungen anzuprangern. So sei von »150.000 Deutschen die Rede, die Holländer werden« würden. Der Berliner CDU-Politiker Jakob Kaiser habe in verschiedenen Interviews den Kolonialmächten Belgien und Niederlande vorgeworfen, »einem zerstörten und rohstoffarmen Land die wenigen Ressourcen zu rauben, die ihm noch bleiben und die für die Grenzbevölkerung und die zahlreichen Flüchtlinge in der Grenzregion von größter Bedeutung sind«. Die britische und amerikanische Lizenzpresse habe hierauf nur schwach reagiert, dabei jedoch zu Recht auf den geringfügigen und provisorischen Charakter der Ansprüche verwiesen. Goethals regte danach eine gemeinsame Veröffentlichung mit den Details der Grenzveränderungen an, mithin genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Frage auch in den Sechsergesprächen akut wurde.[66]

Die heftigste Reaktion dieser Wochen erschien am 20. Januar 1949 in der *Zeit*. Unter dem Kürzel Fr. sprach der Verfasser von »Grenzverfälschungen im Westen« und scheute

63 Stötzel, Semantische Kämpfe, S. 433.

64 *Westdeutsches Tageblatt*, 23.10.1948.

65 Vgl. *AdG*, (19), 1949, S. 1774 (13.1.1949). Auch in der belgischen Presse häuften sich die Meldungen. Am 15. Januar kündigte *La Libre Belgique* die Grenzverschiebungen für die zweite Februarhälfte an (*La Libre Belgique*, 15.1.1949, S. 3), um dann eine Woche später einen Rückzieher zu machen und jede konkrete Einigung abzustreiten (*La Libre Belgique*, 22.1.1949, S. 1). Vgl. *Grenz-Echo*, 12.1.1949, S. 1; Idem, 26.1.1949, S. 3.

66 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/3 (16–22), Entwurf eines Berichts, 16.1.1949.

dabei nicht einmal den Vergleich mit der nationalsozialistischen Expansionspolitik. »Heute verändert man deutsche Grenzen, ohne die Deutschen zu fragen, aber man legt Wert auf die Feststellung, dass die Änderungen ›provisorisch‹ und ›geringfügig‹ sind. Als ob provisorisches Unrecht kein Unrecht wäre. Als ob Unrecht aufhörte Unrecht zu sein, wenn es auf einer Landkarte im Maßstab 1:1 Million winzig aussieht. Der kleinräumige Imperialismus der Benelux-Staaten ist nicht sympathischer als die Großraumpolitik Hitlers. Denn jede bloße Raumpolitik, ob es sich um halbe Kontinente handelt oder um ein paar Quadratkilometer, verstößt gegen den Grundsatz, dass der Mensch wichtiger ist als der Raum.«[67]

Auch Karl Arnold reagierte in einer Stellungnahme für *Die Welt* auf die seiner Ansicht nach in kürzester Frist anstehenden Grenzveränderungen. »Eines haben diese Forderungen alle gemeinsam: der dadurch entstehende ideelle Schaden ist unvergleichlich größer, als die vermeintlichen wirtschaftlichen Vorteile es jemals sein könnten.« Dabei berief er sich, wie schon häufig zuvor, auf die Atlantik-Charta, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausdrücklich festgestellt habe. »Die Militärregierungen haben die Neufestsetzung der innerdeutschen Grenzen von der ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Bevölkerungsteile abhängig gemacht. Muss nicht das, was für innerdeutsche Grenzen zur Pflicht gemacht wurde, erst recht Geltung haben, wenn es sich um den Wechsel von Staatsangehörigkeit und Gebietshoheit handelt?«[68] Seit der Errichtung des Sonderreferats F und des Grenzausschusses war mit großer Intensität an der Organisation des deutschen Widerstands gegenüber den Grenzforderungen gearbeitet worden. Was die belgischen Forderungen betraf, gab es jedoch ein spezifisches Problem. Spaaks schon vor der Londoner Konferenz erkennbarer Wille, das Thema aus öffentlichen Debatten herauszuhalten, sowie die Schwierigkeit, an alliierte Dokumente zu gelangen, sorgten auf deutscher Seite für erheblichen Informationsbedarf, der nicht im Mindesten befriedigt werden konnte. Noch im Dezember 1948 bemerkte der zuständige Bearbeiter im Deutschen Büro für Friedensfragen, Ernst-Günther Mohr, gegen-

67 *Die Zeit*, 20.1.1949. Mit großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich beim Verfasser um Ernst Friedlaender. Vgl. Norbert Frei und Franziska Friedlaender (Hg.), *Ernst Friedlaender: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946–1950*, München/Wien, 1982.

68 *AdG*, (19), 1949, S. 1775 (14.1.1949). Diese Stellungnahme wurde auch von *La Libre Belgique* veröffentlicht, diesmal kommentarlos (*La Libre Belgique*, 16.1.1949, S. 3). Genau so kommentarlos veröffentlichte dieselbe Zeitung eine Resolution des Landtags von Rheinland-Pfalz gegen die Abtretungen an der deutschen Westgrenze an den Parlamentarischen Rat (*La Libre Belgique*, 21.1.1949, S. 3). *Le Soir* begnügte sich ebenfalls mit der bloßen Darstellung einer Entschließung des Monschauer Kreistags, in der die wirtschaftlichen Folgen einer Teilung des Kreises angeprangert wurden, und verzichtete außer im Titel (»Die Thesen der Deutschen«) auf jeden Kommentar (*Le Soir*, 23./24.1.1949, S. 5).

über dem Diplomaten Theo Kordt, damals Mitarbeiter bei Arnold, die Bearbeitung der belgischen Forderungen liege noch »sehr im Argen«.[69]

Im Oktober 1948 war das Thema zweimal auf höchster deutscher Ebene behandelt worden. Zunächst hatte der niedersächsische Ministerpräsident Kopf es auf die Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz in Schlangenbad gesetzt, wo es in geheimer Aussprache behandelt wurde.[70] Nur einen Tag später interpellierte derselbe Landesregierungschef den britischen Militärgouverneur Robertson auf einer Tagung mit den Ministerpräsidenten der Bizone in Frankfurt. Der britische Gesprächspartner versuchte zu beschwichtigen, indem er knapp mitteilte, »dass nur sehr kleine Grenzberichtigungen in Erwägung gezogen wurden, keinesfalls solche, die auf die Wirtschaft der Länder eine Auswirkung haben könnten. Sie sollten sich deshalb über die Frage keine Sorgen machen.«[71] Dass mit solcherlei Beschwichtigungen, die von alliierter Seite bis in den Februar 1949 hinein das letzte Wort in Richtung der Ministerpräsidenten darstellten, das genaue Gegenteil erreicht wurde, kann man sich leicht ausmalen.

Auf den Sitzungen des mit der Ausarbeitung des Grundgesetzes für den neu zu schaffenden deutschen Weststaat befassten Parlamentarischen Rates kam naturgemäß ebenfalls die Abtretung von Bundesgebiet zur Sprache. Im September 1948 meldete sich der SPD-Vertreter Carlo Schmid im Plenum mit einer längeren Stellungnahme, mit der er ebenfalls dem Selbstbestimmungsrecht der Völker das Wort redete. Er forderte für das Grundgesetz eine Bestimmung, in der die Abtretung nur bei Zustimmung der »auf diesem Gebiet lebenden Bevölkerung« anerkannt werden könne. Nachdem er mit diesem Vorschlag schon viel Beifall geerntet hatte, nahm dieser, wie das Protokoll verzeichnet, im Verlauf der Rede noch zu. »Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, es als Recht anzuerkennen! [Sehr gut!] Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht! [Beifall] Wir lesen gegenwärtig wieder in den Zeitungen viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, dass es überall an den Grenzen Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, dass man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muss, die 1814 vielleicht modern gewesen sind. [Sehr gut!] […] Wenn man entschlossen ist,

69 BA, Z 35, 186, Mohr an Kordt, 7.12.1948. Das gleiche Durcheinander schien im Oktober 1948 auch noch für die Bearbeitung der niederländischen Forderungen zu gelten. Vgl. Piontkowitz, *Anfänge westdeutscher Außenpolitik*, S. 150.

70 *AVBRD*, Bd. 4, S. 905, Dok. 94.

71 *AVBRD*, Bd. 4, S. 910–911, Dok. 95.

sich in seinem eigenen Land nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht. [Sehr wahr!].« Dazu forderte Schmid eine internationale Grundlage für die Lösung des Problems.[72]

Einen Tag später ergriff der DP-Vertreter, der spätere Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm, das Wort zum selben Thema. Bei ihm kam deutlich eine Europa-Rhetorik zum Vorschein mit dem Ziel, »letztlich unsere Souveränität zurückzugewinnen«. Er vertrat die Ansicht, nur »ein föderalistisch ausgewogener Gesamtstaat« stelle »den besten Beitrag des deutschen Volkes zur Befriedung Europas« dar. Das Festhalten an einer solchen Linie erlaube es, »mit durchschlagendem Grunde die Gebietsforderungen [abzulehnen], die heute immer wieder an uns herangetragen werden«. Zum Schluss haute der Politiker vom rechten Rand in dieselbe Kerbe wie das SPD-Mitglied: »In einem Zeitalter, in dem wir nicht die Verschiebung der Grenzen, sondern die Aufhebung der Grenzen anstreben, sollte man ganz klar und deutlich derartige Gebietsforderungen als nationalistische Übertreibungen kennzeichnen.«[73]

Solche Aussagen des Widerstands gegen die Forderungen der westlichen Nachbarländer lagen eigentlich auf einer Linie mit den zuvor getätigten Stellungnahmen anderer Politiker wie Arnold oder Adenauer. Auch der SPD-Vorsitzende Schumacher sprach, als die Wogen im Januar 1949 höher schlugen, von den Grenzberichtigungen als der »schlechteste[n] Form von Reparationen«.[74] Deshalb mag es verwundern, dass in den Sitzungen des Ausschusses für Grundsatzfragen, der sich just zu diesem Zeitpunkt mit der Abtretung von Bundesgebiet und den Veränderungen von innerdeutschen Grenzen befasste, die Problematik nicht einmal mehr erwähnt wurde.[75]

An der Grenze

Am Samstag, dem 29. Januar 1949 wurde der Leiter der belgischen Militärverbindung für den Regierungsbezirk Aachen, Oberst Sodermans, zu einem Gespräch mit dem Kommandeur der *CCG/RB* Aachen, Oberst Morgan, einbestellt. Dabei ging es um die

72 *Der Parlamentarische Rat 1948–1949*, Bd. 9: Plenum, bearb. von Wolfram Werner, München, 1996, S. 42 (2. Sitzung, 8.9.1948).

73 Ebenda, S. 127 (3. Sitzung, 9.9.1948). Zu Seebohms sonstigem Verhalten im Parlamentarischen Rat, vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 171 ff.

74 *Freie Presse*, 24.1.1949.

75 *Der Parlamentarische Rat 1948–1949*, Bd. 5/II: Ausschuss für Grundsatzfragen, bearb. von Eberhart Pikart und Wolfram Werner, Boppard am Rhein, 1993, S. 1008–1037 (35. Sitzung, 27.1.1949).

Aktivitäten von Hauptmann Jules Mosbeux in den Kreisen Monschau und Schleiden.[76] Die Briten warfen dem belgischen Verbindungsoffizier in Monschau vor, durch eine Anfrage bei den deutschen Behörden diese »indirekt über eine Annexionsentscheidung« informiert zu haben, die noch nicht gefallen sei. Was war passiert? Mosbeux hatte sich beim Oberkreisdirektor über die Anzahl der Einwohner der Gemeinden Roetgen und Mützenich erkundigt, deren Arbeitsplatz in einer anderen deutschen Gemeinde lag. Nachdem Sodermans das Vorgehen Mosbeux' gerechtfertigt hatte, unter anderem mit dem maliziösen Hinweis, dieser hätte auch »englische Praktiken anwenden und sich unter der Hand an deutsche Informationsgeber adressieren können«, warf Morgan ein, die Belgier hätten mit der Einholung einer solchen Auskunft bis zur offiziellen Verkündigung der Grenzveränderungen warten müssen. Sodermans erwiderte, dass es ja gerade um eine zur Vorbereitung der Grenzberichtigungen notwendige Information gegangen sei.[77]

Mosbeux selbst reagierte auf die Vorwürfe in einem Schreiben an Nothomb, in dem er das Verhalten der Briten gegenüber den belgischen Truppen in Deutschland scharf anprangerte.[78] Kurz darauf veröffentlichte jedoch auch die *Nation Belge* einen Artikel, der behauptete, Mosbeux habe die Deutschen über die belgischen Annexionspläne informiert. Diesmal sah sich der Hauptmann veranlasst, Sodermans noch einmal präzise seine Vorgehensweise darzulegen. Dabei insistierte er auf der Tatsache, dass er zum Zeitpunkt seiner Anfrage bei Oberkreisdirektor Nickels nicht über das Schicksal der belgischen Forderungen unterrichtet gewesen sei, genau so wenig wie zehn Tage zuvor, anlässlich der Anhörung durch die Mitglieder des Senatssauschusses.[79] In der Zwischenzeit hatte Nothomb unter Mitarbeit des christlich-sozialen Senators Joseph Baltus bereits einen Brief an Spaak verfasst, um Mosbeux vor einer britischen Demarche (die dann allerdings nicht erfolgen sollte) in Schutz zu nehmen.[80]

Am Ende des Gesprächs zwischen Morgan und Sodermans hatte sich der britische Oberst darüber beschwert, dass Mosbeux deutsche Parteiführer in sein Büro einberief. Sodermans hatte diese Information entschieden verneint, jedoch darauf verwiesen, dass

76 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 7.2.1949.

77 Mit dieser Replik war man im Verteidigungsministerium wohl sehr zufrieden. Der Kabinettsmitarbeiter vermerkte jedenfalls ein handschriftliches ›*Bien!*‹ neben diese Passage des Berichts.

78 UCL, *Papiers Nothomb*, Mosbeux an Nothomb, 17.2.1949.

79 UCL, *Papiers Nothomb*, Mosbeux an Sodermans, 25.2.1949. Die Tatsache, diesen Brief im Nachlass Nothombs zu finden, deutet wieder auf dessen Rolle als mehr oder weniger geheimer »Mitleser« der wichtigsten Schreiben Mosbeux' hin.

80 UCL, *Papiers Nothomb*, Nothomb an Spaak, 23.2.1949.

Mosbeux »selbstverständlich persönliche Gespräche mit deutschen Besuchern« geführt habe. Dies sei im Übrigen mit der diesbezüglichen britischen Politik vereinbar.[81]

Um genau diese Kontakte zwischen Mosbeux und Bewohnern der Grenzgemeinden ging es auch in einem Bericht des Oberkreisdirektors von Monschau an den Regierungspräsidenten in Aachen. Darin hieß es einleitend: »Schon seit geraumer Zeit laufen im Kreis Monschau und in der Stadt Monschau insbesondere Gerüchte um, wonach Personen (auch solche aus intellektuellen Kreisen) sich dafür einsetzen, dass der Kreis und die Stadt dem belgischen Staat angegliedert werden sollen. Diese betreffenden Personen sollen angeblich Beziehungen mit belgischen Regierungsstellen, Senatoren, etc. aufgenommen haben […].« In der Folge übermittelte der Beamte eine Liste mit den acht prominentesten »Kollaborateuren«, darunter der SPD-Kreistagsabgeordnete und stellvertretende Bürgermeister von Monschau, Ludwig Kirch, und der Landrat des Kreises Monschau, Johann Weishaupt aus Mützenich. Kirch wurde von Nickels beschuldigt, »eifrigen Verkehr mit Capt. Mosbeux« zu halten, deshalb »ist er über alle angeblichen Grenzregulierungen unterrichtet«. Außerdem habe er eine »streng geheime« Stellungnahme des Hauptausschusses des Kreises, die für Ministerpräsident Arnold bestimmt war, direkt an Mosbeux weitergeleitet. Auch der Kunsthändler Hubert Müller (»nach meinen Erkundigungen«, so Nickels, ein Mann mit einer »dunklen Vergangenheit«) sei ein eifriger Propagandist der pro-belgischen Bewegung, der Mosbeux jeden Tag in dessen Wohnung aufsuche.[82]

Kirch und Müller waren auch die Hauptverfasser einer Petition des *Comité Pro-Belge du Canton de Montjoie* (das seinen Namen interessanterweise in französischer Sprache trug) an Spaak im November 1948 gewesen. Hierin wünschten sie den »Anschluss an Belgien« aus »historischen, volkswirtschaftlichen und moralischen Gründen«. Davon versprach man sich ein »Los von Preußen« verbunden mit einem Gewinn an »Freiheit«. Land- und Forstwirtschaft sowie Wasser und die »Möglichkeiten für den Fremdenverkehr« wurden ins Feld geführt, um zu signalisieren, dass man »nicht mit leeren Händen« komme. Spaak wurde ersucht, eine Volksabstimmung »nach international anerkannten Grundsätzen« zu erwirken.[83] Aus dem belgischen Außenministerium ist – wie bei allen vorangegangenen Petitionen auch – keinerlei Reaktion überliefert. Es darf jedoch als sicher angenommen werden, dass Mosbeux in seinem eigenen Namen, freilich aber

81 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 7.2.1949.

82 HStAD, BR 1047, 299, Oberkreisdirektor des Landkreises Monschau an Regierungspräsident in Aachen, 6.2.1949 [streng vertraulich!]. Laut Nickels war Müller in den letzten Kriegsmonaten als Gestapo-Spitzel tätig gewesen.

83 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Comité Pro Belge/Canton Montjoie an Spaak, 1.11.1948.

mit der Autorität seiner Funktion solche Umtriebe vor Ort unterstützte und förderte. So sah es auch Leo Schwering: »Mosbeux entfaltet eine Tätigkeit, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Er mischt sich dauernd in deutsche Verhältnisse der inneren Politik und ist der Träger der probelgischen Bewegung unter den Deutschen, denen er an Intelligenz und Bildung weit überlegen ist. […] Es ist nur den dortigen ungeklärten und verworrenen Umständen zuzuschreiben, dass dieser Mann einen so großen Einfluss gewinnen konnte.«[84]

In einem bereits erwähnten Schreiben an Nothomb führte Mosbeux sein Eintreten für die Eingliederung des gesamten Kreises Monschau an, da die »Probleme ob mit 4.000 oder 20.000 Deutschen doch dieselben sind. Wenn der gesamte Kreis annektiert würde, bliebe wenigstens der wirtschaftliche Zusammenhalt gesichert.«[85]

Was den Mützenicher Landrat Weishaupt anging, so fehlten dem Oberkreisdirektor eindeutige Beweise, um dessen pro-belgische Aktivitäten belegen zu können.[86] Allerdings reichten der Verwaltung des Regierungsbezirks in Aachen die vorgelegten Indizien aus, um sich mit einer Entfernung aus dem Amt zu beschäftigen. Man hielt dort allerdings fest, dass es keine rechtliche Handhabe gebe, einen Rücktritt zu erzwingen. Auch bliebe die Militärregierung, die dies vielleicht könne, untätig, da eine solche Aktion als »unfreundlicher Akt gegenüber Belgien angesehen würde«.[87] Weishaupt und der ebenfalls aus Mützenich stammende Kreistagsabgeordnete Gehlen legten dann im Februar 1949 ihr Amt freiwillig nieder, aufgrund ihres durch die »Grenzregulierung gefährdeten Wohnsitzes«.[88] Zum Nachfolger Weishaupts wählte die CDU-Mehrheit am 24. Februar 1949 Alois Gerards aus Roetgen, also einer ebenfalls »gefährdeten Gemeinde«. Dies wurde von der Opposition aus SPD und Zentrum denn auch kritisiert.[89]

So wie die deutschen Behörden fieberhaft die Einstellung der Grenzbevölkerung zu ergründen versuchten und nach geeigneten Maßnahmen gegenüber vermeintlichen oder tatsächlichen pro-belgischen Aktivitäten suchten, waren auch für die belgischen Stellen Stimmungsberichte in den ersten Monaten des Jahres 1949 wichtige Informationsquellen. Mosbeux schickte ein solches mit Details gespicktes Dokument am 21. Februar an

84 HStAD, NW 53, 1016, Schwering an Arnold, s.d. (wahrscheinlich Anfang März 1949 verfasst).

85 UCL, *Papiers Nothomb*, Mosbeux an Nothomb, 17.2.1949.

86 HStAD, BR 1047, 299, Oberkreisdirektor des Landkreises Monschau an Regierungspräsident in Aachen, 6.2.1949 [streng vertraulich!].

87 HStAD, BR 1047, 299, Entwurf der Verwaltung des Regierungsbezirks Aachen, 8.2.1949.

88 Schwering schrieb den Rücktritt dem Druck zu, den er auf Weishaupt ausgeübt habe, da dieser der pro-belgischen Bewegung nahegestanden habe (HStAD, NW 53, 1016, Schwering an Arnold, s.d. (wahrscheinlich Anfang März 1949 verfasst).

89 Kurt Mertens, Vor 25 Jahren: Die Gebietsansprüche Belgiens, in: *Monschauer Land. Jahrbuch 1974*, S. 86.

Sodermans, der es an das CAMTO in Brüssel weiterleitete.[90] Der Verbindungsoffizier differenzierte zunächst zwischen einerseits den politischen Verantwortungsträgern auf kommunaler oder Kreisebene, die ihre Wurzeln in der Region hätten, und andererseits den Beamten, die zumeist Zugereiste seien. Während Erstere Belgien zumeist durchaus aufgeschlossen gegenüberständen, seien Letztere zwar »wenig zahlreich, aber dafür einflussreich und strikt antibelgisch«. Anschließend schlüsselte Mosbeux diese Informationen genauestens für die Gemeinden Mützenich und Roetgen auf. Vom Bürgermeister und den Gemeindebeamten über die Priesterschaft bis hin zu den örtlichen Notabeln wie Lehrern und Unternehmern wurde jede Persönlichkeit auf ihre Gefühle gegenüber einer Eingliederung durch Belgien durchleuchtet.[91] Mosbeux konstatierte eine positive Grundstimmung für einen Staatenwechsel. Vor allem in Mützenich sei damit die Hoffnung verbunden, wieder über die von Belgien unter Sequesterverwaltung gestellten Wald- und Landbesitzungen verfügen zu können.

Bei vielen vordergründig pro-belgischen Argumentationen schwang bei der Grenzbevölkerung vor allem heftige Kritik an der Düsseldorfer Landespolitik mit, welche die Bewohner mit ihren immensen Schwierigkeiten alleine ließe. Und diese Kritik wurde auch von den heftigsten Annexionsgegnern in der Region geteilt. Geradezu pathetisch hatte dies Oberkreisdirektor Nickels mit nationalistischen Anklängen zum Schluss seines Berichts an das Regierungspräsidium formuliert: »Abschließend ist zu sagen, dass die Monschauer Bevölkerung mit Ausnahme der wenigen Abtrünnigen treu zum deutschen Vaterlande steht und in ihrem augenblicklichen Existenzkampf ihre ganze Hoffnung auf Hilfe seitens der führenden Stellen der Landesregierung setzt. Von mir aus ist somit alles getan, um unsere deutschen Interessen im Kreise Monschau zu wahren. Aufgabe der Bezirks- und Landesregierung wird es nun sein, mich in meinem schweren Kampf um das Deutschtum zu unterstützen.«[92] Im März 1949 äußerte der Monschauer Stadt-

90 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 26.2.1949. Mosbeux Bericht war auf den 21.02. datiert und zuerst an seinen Vorgesetzten, Oberst Sodermans in Aachen gegangen.

91 So wurde der zurückgetretene Kreistagsabgeordnete Gehlen als »einer der wenigen Intellektuellen« bezeichnet. Der ebenfalls aus dem Amt geschiedene Weishaupt wurde als »ehrlicher, kleingeistiger Mann ohne großen Einfluss« bezeichnet. Bei dem neuen Landrat Gerards handele es sich um einen Freund Schwerings, der einer Annexion feindlich gegenüberstehe. Er zeige dies jedoch nicht offen, da er in Roetgen wohnen bleiben wolle.

92 HStAD, BR 1047, 299, Oberkreisdirektor des Landkreises Monschau an Regierungspräsident in Aachen, 6.2.1949 [streng vertraulich!]. Sein persönliches Engagement hatte Nickels beispielsweise im Dezember 1948 unterstrichen, als er eine Entschließung des Monschauer Stadtrates mit lancierte (HStAD, BR 1050, 509, Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung z.H. des Herrn Bürgermeisters Weiß, 8.12.1948).

direktor seine Unzufriedenheit »über die bisherigen Abwehrmaßnahmen«.[93] Nüchterner hatte es das Grenzlandreferat in einem Vermerk für die Staatskanzlei ausgedrückt: »Die Bevölkerung führt immer wieder Klage darüber, dass seitens der Landesregierung zu wenig geschehe, um der Auffassung, dass das Gebiet bereits abgeschrieben sei, begegnen zu können. Sie vermissen eine irgendwie geartete Werbung von deutscher Seite für ein Festhalten am deutschen Vaterland.«[94]

Der natürliche Ansprechpartner der Kommunal- und Kreisbeamten war neben der Staatskanzlei der 1948 gegründete Grenzausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags. Die Bedeutung diese Gremiums für die deutsch-belgische Grenzfrage erschloss sich schon alleine aus der Tatsache, dass der Abgeordnete des Eifelwahlkreises Monschau-Schleiden, der CDU-Politiker Leo Schwering, zu seinem Vorsitzenden gewählt worden war. Zum Jahreswechsel 1948–1949 hatte dieser in einer Rundfunkbotschaft für den NWDR die »einmütige« Ablehnung des Grenzlandes gegenüber allen Gebietsforderungen beschworen. Diese Ablehnung geschehe »auch im Namen des europäischen Gedankens«. Deshalb sei er auch gegen Abstimmungen in den umstrittenen Gebietsteilen – auch »wenn sie das Mindeste [wären], was man fordern müsste« –, dadurch entstünde jedoch ein »unvermeidlicher Kampf« in einer »Atmosphäre, die dem Gedanken einer europäischen Gemeinsamkeit nicht mehr zuträglich wäre«. Deutschland müsse zu einem »gleichberechtigten und nutzbringenden Mitglied der Völker in einem neuen Europa werden« können.[95] In der aufgepeitschten Atmosphäre der Pariser Verhandlungen wiederholte Schwering seine Befürchtungen in einer weiteren Radioansprache und sprach von seiner »persönlichen Erschütterung, diese Bevölkerung an ein Land zu verlieren, dessen Sprache sie nicht spricht und dessen Kultur sie nicht teilt«.[96]

Am 7. Februar 1949 traten die Grenzausschüsse der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in Münster zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Zur Sprache kommen sollten mögliche Abwehrmaßnahmen gegen die Territorialforderungen der Benelux-Länder. In Bezug auf die belgischen Forderungen, die nur einen kleinen Raum in der Diskussion einnahmen, äußerte sich der CDU-Abgeordnete und Chefredakteur

93 HAStK, NL 1193, 642, Stadtdirektor Monschau an Schwering, 7.3.1949.

94 HStAD, NW 53, 1016, Aktenvermerk, Chef der Landeskanzlei des Landes NRW – Grenzlandreferat, 4.2.1949. Ansonsten enthielt dieser Text ähnliche Informationen wie der kurz danach entstandene etwas detailliertere Bericht des Aachener Regierungspräsidenten.

95 HAStK, NL 1193, 657, Manuskript einer Radiosendung beim NWDR, 30.12.1948. Schwering äußerte sich auch regelmäßig in der Presse: Vgl. *Aachener Volkszeitung*, 24.1.1949 (»Niemand spricht im Grenzgebiet von Regulierungen, sondern nur von Annexionen«); *Allgemeine Kölnische Rundschau*, 4.2.1949 (»Sprechen wir miteinander!«).

96 HAStK, NL 1193, 657, Manuskript einer Radiosendung beim NWDR, 27.2.1949.

der *Aachener Volkszeitung* Josef Hofmann, der eine Reise nach Brüssel unternommen hatte. Seine dort gesammelten Erkenntnisse waren durchaus bemerkenswert. So konstatierte er, für die politischen Kreise in Brüssel seien in der Grenzfrage »die Dinge noch nicht ganz geklärt«. Auch hatte er die Erfahrung machen müssen, dass dort wohl außer einem sehr kleinen Kreis eingeweihter Spitzendiplomaten niemand wirklich über den Stand der Dinge informiert war. Durchgängig betont werde jedoch die Abgrenzung zu den als übertrieben empfundenen niederländischen Forderungen. Dennoch werde »in Belgien genau beobachtet, was in Deutschland hinsichtlich der Grenzfragen gesprochen und geschrieben wird, so dass Vorsicht in den Presseverlautbarungen geboten scheint«. Scharfsinnig hatte Hofmann außerdem beobachtet, dass für die belgische Bevölkerung »die Grenzfrage überhaupt nicht [existiert], vielleicht nur bei den Wallonen«.[97] In der Tat: Es war vor allem die wallonische Presse, die genau beobachtete, welche Reaktionen in Deutschland auf die geplanten Grenzverschiebungen erfolgten; es waren vorwiegend frankophone Politiker, die sich des Themas im Parlament oder in der Presse angenommen hatten.

Nachdem Schwering die niederländischen Forderungen als »gefährlicher« bezeichnet hatte, betonte die Zentrums-Abgeordnete Maria Flink, »wenn in Belgien von kleinen Begradigungen gesprochen wird, wirken sie sich für uns als große Annexionen aus«. In dieser Hinsicht »hat sich im Kreis Monschau in den letzten Tagen allerlei abgespielt«. Konkret nannte sie dabei einen Besuch Mosbeux' beim Landrat zur »Registrierung von Grund und Boden«.[98] Über einen solchen Besuch hatten aber weder der Verbindungsoffizier noch die britischen Besatzungsstellen gesprochen. Gleichviel, ob es sich um ein Gerücht, um eine Verwechslung mit dem schon beschriebenen Besuch beim Oberkreisdirektor oder um eine Tatsache handelte, die Aussage spiegelte die Hysterie wider, die an der Grenze herrschte.[99]

Während auf deutscher Seite ganz klar die Angst vor einer Abtretung des gesamten Kreises Monschau vorherrschte, gaben verschiedene Ereignisse auch den Belgiern Grund zur Sorge. So hatten Ende Januar auf dem Gebiet der Gemeinde Mützenich Forstarbeiten mit umfangreichen Abholzungen stattgefunden. Die belgischen Besat-

97 HStAD, NW 190, 445, Kurzprotokoll über die gemeinsame Tagung des Grenzausschusses von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen in Münster, 7.2.1949.

98 Ebenda.

99 Diese Hysterie nahmen führende Beamte und Politiker der Grenzregion zum Anlass, auf einer Versammlung bei Regierungspräsident Lude in Aachen Gelassenheit anzumahnen. Außerdem wurde auf der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller Parteien insistiert (HStAD, BR 1050, 509, Niederschrift über die stattgefundene Sitzung betreffend die Grenzfragen im Kreis Monschau, 18.2.1949).

zungsstellen fürchteten um den einzigen wirklichen Reichtum dieser Gemeinde, deren Eingliederung fest eingeplant war, darum protestierten sie bei der *CCG* in Aachen. Dort wurde ihnen aber klipp und klar mitgeteilt, dass diese Arbeiten das gute Recht der deutschen Bewohner seien, solange die Grenzberichtigungen nicht bekannt seien.[100] In einem Brief an Mosbeux berichtete Nothomb von einem Gespräch mit Spaak, in dem er diesen vor »Sabotageakten und Entfernung von Material und Infrastruktur« in den einzugliedernden Gemeinden gewarnt habe.[101]

Während die deutschen Behörden unter dem Druck der vermeintlich kurzfristig anstehenden Grenzverschiebungen noch Vorteile aus dem Holzbestand ziehen wollten, schienen einige Bewohner im entgegengesetzten Sinn vorbauen zu wollen. Jedenfalls berichtete das »Grenz-Echo« über eine dpd-Meldung, in der über Bewohner von Mützenich und Roetgen berichtet wurde, »die bemüht seien, ihr deutsches Geld gegen belgische Franken einzutauschen …« Etwas spöttisch bemerkte das Eupener Blatt dazu: »Hier kann man schon sagen ›der kluge Mann baut vor‹ …«[102] Für Unruhe sorgte ebenfalls, dass die Brüsseler *Caisse Patronale* sich angeblich schon in Geschäftstellen einer deutschen Versicherungsgesellschaft im Kreis Monschau gemeldet hatte, im Hinblick auf eine Übernahme laufender Versicherungen nach den Grenzberichtigungen.[103]

Auf belgischer Seite wurde immer wieder die deutsche Berichterstattung über die Grenzfrage kritisiert. Oberst Sodermans zeigte gegenüber Oberst Morgan wenig Verständnis für die britische Zurückhaltung, die es zuließe, dass »erfundene Artikel über die belgischen Forderungen veröffentlicht werden, die unsere Regierung beleidigen, indem sie ihr ›unverhältnismäßigen Appetit‹ unterstellten, den sie niemals gehabt habe«. Morgan antwortete ganz im Sinn der »*Re-education*«, die Presse in Deutschland sei »frei, da wir das Volk zu einem demokratischen Geist erziehen wollen«.[104] Die beißendste Kritik an den deutschen Zeitungsberichten äußerte jedoch Henri Michel, der Chefredakteur des *Grenz-Echo*. Er argumentierte konsequent auf dem Boden der belgischen Memoranda von 1946/1947 und verteidigte in Richtung Deutschland ebenso vehement den Kurs der Spaak-Regierung, wie er dies zuvor schon gegen die belgischen Gegner dieser Position getan hatte, die ja vorwiegend aus der CVP-PSC stammten, der er selbst

100 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 7.2.1949.

101 UCL, *Papiers Nothomb*, 5141, Nothomb an Mosbeux, 9.2.1949.

102 *Grenz-Echo*, 26.1.1949, S. 3.

103 HStAD, NW 53, 1016, Müller, Generaldirektor der Provinzial-Feuerversicherungsgesellschaft der Rheinprovinz, an den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Finanzminister Weitz, 7.2.1949.

104 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 7.2.1949.

angehörte. So stellte er in einem ausführlichen Leitartikel vom 22. Januar 1949 klar, dass es »unseres Wissens in keiner Weise um Montjoie und noch viel weniger um noch größere deutsche Gebiete« gehe. Dabei ging er auf Artikel der *Aachener Nachrichten* und der *Aachener Volkszeitung* ein, die einige Tage zuvor erschienen waren. »Wenn man z.B. vorgestern in den Aachener Nachrichten im Zusammenhang mit den belgischen Grenzberichtigungen von ›verspätetem Siegerprestige‹ oder ›Fortschreitung der Balkanisierung‹ lesen muss, dann fragt man sich ungewollt, ob es nun Belgien gewesen ist, das Deutschland von 1940 bis 1944 so ungeheuren Schaden zugefügt hat oder ob das Gegenteil der Fall war […].«[105]

Einen Monat später – inzwischen war es *Le Soir* gelungen, den Wortlaut der belgischen Forderungen zu veröffentlichen, in denen ausdrücklich nur von Roetgen und Mützenich als »den einzigen ein wenig bevölkerten Orten« die Rede war[106] – wurde Michel in seinem traditionellen Leitartikel »Zum Wochenende« noch deutlicher. Er hielt zunächst fest, dass die Rhetorik der »flammenden Proteste« einem Appell an das »Vereinte Europa« gewichen war. Doch konnte er dem damit verbundenen Aufruf, »geschichtliche Gegensätze, die der Vergangenheit angehören, einfach auf sich beruhen zu lassen«, nichts abgewinnen. Der ehemalige KZ-Häftling führte gegen diese Aufforderung des Chefredakteurs der *Aachener Nachrichten*, eines »Leidensgenossen und ›Mitbewohners des Blocks 5‹« die Stimme eines weiteren »Ehemaligen aus Sachsenhausen« an. Der Antwerpener Abgeordnete Louis Kiebooms hatte in der *Gazet van Antwerpen* bemerkt, die »Deutschen dürften nicht vergessen, dass es allerhand Dinge gibt, die sie zum Vergessen bringen müssen«. Scharf verurteilte Michel hiernach einen Artikel der *Aachener Nachrichten*, in dem im Zusammenhang mit den belgischen Ansprüchen von einem »Präzedenzfall der Oder-Neisse-Politik« gesprochen worden war. Zum Schluss gab sich der belgische Journalist entschlossen. Die belgischen Ansprüche seien »gewiss sehr gering und wir begrüßen dies. Andererseits darf mit großer Sicherheit erwartet werden, dass das wenige, was Belgien zur Beseitigung der in der Vergangenheit so oft beklagten Missstände verlangt, ihm auch zugebilligt wird.«[107]

Eine Woche später kündigten die britischen Besatzungsbehörden eine Verlegung der Sperrzonen an der deutschen Westgrenze an. Die Grenzveränderungen schienen nun unaufhaltsam näher zu rücken. Freilich wusste zu diesem Zeitpunkt auf deutscher

105 *Grenz-Echo*, 22.1.1949, S. 1.

106 *Le Soir*, 12.2.1949, S. 5.

107 *Grenz-Echo*, 23.2.1949, S. 1. Auch *Le Soir* ging auf den Widerstand der deutschen Presse gegen die Gebietsforderungen ein und hob dabei besonders den »übertriebenen Nationalismus« der SPD und ihres Vorsitzenden Schumacher hervor [*Le Soir*, 26.2.1949, S. 5; 9.3.1949, S. 1].

Seite immer noch niemand, welche Abtretungen von alliierter Seite akzeptiert worden waren.[108]

In dem von Michel zitierten Artikel aus der Feder Louis Kiebooms hatte sich dieser bitter über eine Erklärung der deutschen Ministerpräsidenten beklagt. Diese betraf deren Konferenz in Hamburg am 11. und 12. Februar 1949 und führt zurück zu Karl Arnold und zum offiziellen Widerstand gegen die Forderungen der Benelux-Länder.

Das Telegramm Karl Arnolds

Auf der Hamburger Ministerpräsidentenkonferenz hatte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier eine Entschließung vorgetragen, in der die Grenzberichtigungen als »ein Rückfall in jenes enge nationalstaatliche Denken […], das nach den furchtbaren Erfahrungen der beiden letzten Weltkriege doch endgültig überwunden sein müsste«, bezeichnet wurden.[109] Des Weiteren hatte auch er den Widerspruch zwischen der Atlantik-Charta und den Gebietsforderungen betont.[110] Es war wohl dieser Rekurs, der den Antwerpener Politiker Kiebooms zum Widerspruch angeregt hatte. Inhaltlich hatten die Diskussionen der Landesregierungschefs ohne konkrete Angaben geführt werden müssen, da immer noch keine alliierte Stellungnahme vorlag. In der Landeskanzlei hatte es im Vorfeld der Konferenz nur lapidar geheißen, man sei »über den gegenwärtigen Stand der belgischen Forderungen nicht unterrichtet«.[111] Mehr konnte Arnold auch den Landtagsabgeordneten in einer Regierungserklärung am Vorabend der Hamburger Konferenz nicht mitteilen.[112] In einem an Düsseldorf adressierten Schreiben des »Deutschen Büros für Friedensfragen« wurde ein Sprecher der belgischen Militärmission in in Berlin zitiert, der von »19 Quadratkilometern mit rund 4.000 Einwohnern« gesprochen habe. Karl Arnold hatte schließlich in seiner Intervention angeregt, dass »unmittelbare Verhandlungen über die Militärregierungen mit den beteiligten Regierungen angebahnt werden sollten, da die Länder nicht direkt im Wege der vertraglichen Regelungen Vereinbarung treffen können«.[113] Eine Woche

108 Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 160. Vgl. *Grenz-Echo*, 7.3.1949, S. 3–4; *La Libre Belgique*, 9.3.1949, S. 5.
109 *AVBRD*, Bd. 5, S. 206–207.
110 Ebenda, S. 203.
111 HStAD, NW 53, 1016, Vermerk Dr. Kühn, 2.2.1949.
112 *Für Selbstbestimmung*, S. 8–9.
113 *AVBRD*, Bd. 5, S. 172–173.

später erklärte Militärgouverneur Robertson in der *Rheinischen Post* noch einmal die Vorläufigkeit der Grenzberichtigungen.[114]

Ganz im Zeichen seiner Aktivitäten gegen die geplanten Grenzberichtigungen stand das Zögern Arnolds, aus Anlass des Brüsseler Kongresses der Europa-Bewegung ein Grußwort für die Zeitschrift *Freies Europa* zu verfassen. Er habe seit langem die Auffassung vertreten, dass »nur aus einer neuen Gesinnung heraus, die die Vergangenheit nicht vergessen, aber überwinden will, das neue Europa geschaffen werden kann«. Gegenwärtig bedrückten ihn jedoch »schwere Sorgen«, denn »einseitig auferlegte Grenzveränderungen, zu denen sich eine verantwortliche deutsche Bundesregierung nicht zu äußern vermag und die dazu noch mit dem Willen der betroffenen Bevölkerung in Widerstand stehen, sind kein geeigneter Auftakt für eine hoffnungsvolle Europatagung […]. Ich frage in letzter Stunde erneut: ist das nicht ein Prüfstein für eine europäische Gesinnung, die uns alle beseelen muss, wenn nicht der große Gedanke von vornherein verfälscht werden soll?«[115] Mit Ausnahme der kommunistischen Blätter würdigte die deutsche Presse den Brüsseler Auftritt Arnolds als Erfolg und stimmte ihm vor allem in seiner Kritik an den Grenzansprüchen zu.[116]

Am 16. März 1949 schritt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident zur Tat. Noch zu Anfang dieses Monats hatte sich der amerikanische Militärgouverneur Clay außerstande gesehen, neue Informationen zu den Grenzverschiebungen zu verkünden.[117] Wohl unter dem Eindruck der Errichtung der Sperrzonen hatte er eine Woche zuvor schon Generalmajor Bishop zwecks Erläuterungen kontaktiert und später den britischen Außenminister Bevin nach Düsseldorf eingeladen.[118] Nunmehr bat er Bishop, Telegramme an die beiden Premierminister in Brüssel und Den Haag senden zu dürfen.

114 *Rheinische Post*, 19.2.1949.

115 Karl Arnold, »Wir sind zur Mitarbeit bereit.« Überwindung der Vergangenheit bei Regelung von Grenzfragen, 23.2.1949. Die Schriftleitung des *Freien Europa* veröffentlichte diesen Brief in ihrer Ausgabe vom 25.2.1949 mit einer kurzen Einleitung: »Auf die Bitte, uns ein offizielles deutsches Grußwort an die Teilnehmer des Brüsseler Kongresses zur Verfügung zu stellen, hat Ministerpräsident Arnold mit einem Handschreiben geantwortet. Wegen der politischen Bedeutung veröffentlichen wir es nachstehend im Wortlaut.« (*Für Selbstbestimmung*, S. 12–13). Arnold trat dennoch als Redner auf dem Brüsseler Kongress auf (vgl. Hüwel, *Arnold*, S. 170).

116 HStAD, NW 22, 409–411, Analyse von Pressestimmen zum Treffen der »Europa-Bewegung«. Kommentare zur Brüssel-Reise, s.d.

117 *AVBRD*, Bd. 5, S. 254. Auf der Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der Bizone erklärte Clay am 1. März 1949: »Ich bin noch nicht ermächtigt […]. Unsere Regierungen haben sich jetzt wegen dieser Frage zu einer Konferenz in Paris zusammengefunden, deren Ergebnis noch nicht vorliegt.«

118 Hüwel, *Arnold*, S. 171.

Er hoffe, dass die »schwierige Frage« der Grenzberichtigungen »durch die Methode der Verhandlung und des Übereinkommens gelöst werden kann […]«.[119] In fast gleichlautenden Telegrammen gab er gegenüber Spaak und Drees seiner Auffassung Ausdruck, dass man Verhandlungsgrundlagen schaffen könne, »die Ihr Land in die Lage versetzen würden, Ihre Wünschen im Wege des Ausgleichs und der Verständigung getragen zu sehen«. Im für Spaak bestimmten Text fügte er an, »ähnliche Vorschläge könnten für das Gebiet um Monschau unterbreitet werden, auf das sich die Wünsche der Kgl. Belgischen Regierung beziehen«. Überdies waren diese Appelle von der hinlänglich bekannten Europa-Rhetorik durchzogen.[120]

Arnold hatte eine letzte, wahrscheinlich seine einzige Trumpfkarte ausgespielt. Sein Telegramm sollte die Regierungen in den letzten Momenten der Pariser Besprechungen erreichen.[121] Um eine belgische Antwort zu erhalten, war jedoch Geduld gefragt. Indes waren seit dem Beginn dieser erneuten Verhandlungsrunde im belgischen Außenministerium neue Überlegungen zu den Gebietsansprüchen an Deutschland angestellt worden, die nach der Veröffentlichung des Sechs-Mächte-Kommuniqués am 26. März 1949 im April 1949 für eine ebenso unerwartete wie spektakuläre Wende in der deutsch-belgischen Grenzfrage sorgen sollten.

5.3 Entscheidungen im Westen

Während im Grenzgebiet die Spannung ihren Höhepunkt erreichte und der deutsche Widerstand gegen die Forderungen der Nachbarländer immer virulenter wurde, kamen in Paris die Delegationen der sechs Mächte zu ihren Besprechungen zusammen. Dabei ging es für die belgische Seite, die im September 1948 ihre Ziele erreicht hatte, nur noch um formale Fragen. Im Mittelpunkt stand dabei die Art der Veröffentlichung der erzielten Ergebnisse. Die Gesprächsrunden waren seit Ende Januar immer wieder vertagt worden, so dass sie sich schließlich bis weit in den März 1949 hineinziehen sollten.

Der Aufruhr in der Grenzregion und die Proteste, welche die Düsseldorfer Landesregierung an die Adresse Brüssels und Den Haags richtete, blieben nicht ohne Folgen. Im Außenministerium, wo die Spezialisten über die Strategie der Umsetzung der alliierten Beschlüsse berieten, wurden die Analysen eher noch einmal vertieft. Die Ergeb-

119 *Für Selbstbestimmung*, S. 15.

120 Ebenda, S. 14.

121 Der niederländische Premierminister Drees behauptete später in einem Interview, er habe das Telegramm nicht erhalten, sondern erst aus der Presse von seiner Existenz erfahren (Vgl. Hüwel, *Arnold*, S. 172).

nisse dieser Überprüfungen sollten sogar zu einer Infragestellung des bisher Erreichten führen. Seit Februar 1949 war in der Brüsseler *Rue de la Loi* unbemerkt von der parlamentarischen Öffentlichkeit ein Prozess ins Rollen gekommen, der die Prämissen der belgischen Entscheidungsgrundlagen modifizieren sollte.

Seinen konkreten Niederschlag sollte dieser Prozess schließlich im April 1949 in einem nüchternen Kommuniqué finden, in dem die belgische Regierung den Umfang der ihr zugeteilten Gebietsabtretungen bekannt gab.

Die zweiten Pariser Besprechungen

In einem Vermerk für Spaak präzisierte die Politische Abteilung zu Beginn des Monats Februar 1949 nochmals die belgische Verhandlungsposition.[122] Alle territorialen Veränderungen wurden mit Fläche, Bevölkerung und Verkehrssituation aufgelistet. Daran schlossen sich verschiedene Fragen an: Brauchte es ein gemeinsames Kommuniqué? Wie sollte der Zeitplan der Übertragungen aussehen? Wie sollten die Grenzziehungskommissionen zusammengesetzt werden? Die Antworten mussten schließlich von den Delegierten in Paris gegeben werden. Botschafter Jacques Davignon vertrat dort wiederum die belgischen Interessen. Während die westeuropäischen Länder auf Entscheidungen drängten, hielten die USA die erneute Besprechungsrunde für vollkommen überflüssig. So informierte der belgische Botschafter in Washington, Silvercruys, das Außenministerium darüber, dass die Benennung eines US-Delegierten nur aufgrund des Drucks der Europäer erfolgt sei.[123] Am 22. Februar 1949 konnten die Gespräche schließlich beginnen.

Über der Frage einer Veröffentlichung eines Kommuniqués durch die sechs Regierungen brachen schon am ersten Tag Meinungsverschiedenheiten zwischen Briten und Amerikanern auf der einen sowie den Benelux-Ländern und Frankreich auf der anderen Seite auf. Während Washington und London glaubten, auf diese Weise die deutsche Öffentlichkeit noch am ehesten beruhigen zu können, zeigten sich die übrigen Vertreter skeptisch. Davignon brachte letztlich die Möglichkeit eines Kommuniqués ins Spiel, das nur den Gesamtumfang der Grenzverschiebungen, jedoch keine der konkreten Maßnahmen beinhalten sollte.[124] Einen diesbezüglichen Entwurf der Benelux-Länder

122 AMAEB, 12891 (II), *Note pour Monsieur le ministre. Rectification de la frontière germano-belge*, 8.2.1949.

123 AMAEB, 12891 (II), Silvercruys an Außenministerium, Brüssel, 17.2.1949. Die belgische Presse hatte Ende Januar über die Ablehnung einer neuen Konferenz durch die USA berichtet, vgl. *Le Soir*, 29.1.1949.

124 AMAEB, 12879, Guillaume [im Auftrag Davignons] an Spaak, 22.2.1949.

akzeptierte Spaak. Der belgische Außenminister wünschte jedoch die im Lichte der Ereignisse an der Grenze bemerkenswerte Klarstellung, dass jegliches Plebiszit ausgeschlossen sein würde.[125] In den Punkten Staatsangehörigkeit, Währung und Besitztümer fand man hingegen einvernehmliche Lösungen.[126]

Ein weiterer Streitpunkt lag hingegen in der Frage, ob die Abtretung der Gebiete vor oder nach der genauen Bestimmung der Grenzziehungen erfolgen sollte. Die Trennlinie war dieselbe: Während Amerikaner und Briten abwarten wollten, hielten die Benelux-Länder und Frankreich einen vorhergehenden Transfer für möglich.[127] Davignon notierte: »Was die Arbeitsweise der Grenzziehungskommissionen angeht, so fordern der amerikanische und in geringerem Maße auch der britische Delegierte die Möglichkeit für die Deutschen, ihre Standpunkte vorzubringen. Wenn diese Sichtweise sich durchsetzen würde, könnten die Entscheidungen auf der Grundlage des Protokolls vom September 1948 in Frage gestellt werden.«[128] Letztlich wurde im Protokoll eine Frist von sechs Monaten zur Grenzziehung festgelegt.

Am 7. März stand der Text für ein Kommuniqué, das an einem durch das Abschlussprotokoll bestimmten Tag in den Hauptstädten der sechs Länder veröffentlicht werden sollte.[129] Es wurde am 17. März unterzeichnet und sah die Publikation des Kommuniqués für den 21. März 1949 vor.[130] An diesem Tag geschah jedoch nichts. Stattdessen machte die amerikanische Delegation in einem Schreiben vom 22. März 1949 deutlich, dass ihre Regierung keinesfalls gewillt war, vor einem Friedensvertrag weitere Forderungen der westlichen Nachbarn in Betracht zu ziehen. Für Washington sei die »Stabilität in dieser Frage wesentlich für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in Westeuropa«.[131]

Die Spannung entlädt sich

Am 16. März 1949, dem Tag, an dem Karl Arnold Telegramme nach Brüssel und Den Haag geschickt hatte, veröffentlichte das *Grenz-Echo* einen Erlebnisbericht von Henri

125 AMAEB, 12879, Guillaume an Spaak, 23.2.1949; Spaak an Guillaume, 26.2.1949.
126 AMAEB, 12879, Davignon an Spaak, 28.2.1949. Jeder von einem Gebietstransfer betroffene Deutsche konnte seine Staatsangehörigkeit behalten, der Erwerb der belgischen Staatsangehörigkeit sollte jedoch vereinfacht werden.
127 AMAEB, 12879, Vermerk der Generaldirektion der Politischen Abteilung für Spaak, 28.2.1949.
128 AMAEB, 12879, Guillaume [im Auftrag Davignons] an Spaak, 2.3.1949.
129 AMAEB, 12879, Guillaume [im Auftrag Davignons] an Spaak, 7.3.1949.
130 AMAEB, 12879, *Comité des fontières occidentales de l'Allemagne: Protocole*, 17.3.1949.
131 AMAEB, 12891 (II), Botschaft der Vereinigten Staaten in Paris, 22.3.1949.

Michel. In farbigen Zeilen berichtete er über den Auftritt des Düsseldorfer Ministerpräsidenten in der Stadt Düren, die erheblich unter den Bombardements der letzten Kriegsmonate zu leiden gehabt hatte.[132] »Grenzlandkundgebung in Düren! Bei einer solchen Ankündigung durch den deutschen Rundfunk und rheinische Zeitungen denkt man unwillkürlich an gewisse, um viele Jahre zurückliegende Veranstaltungen, die die gleiche Bezeichnung trugen […]. Man erinnere sich des VDA, der Landsmannschaften und was dergleichen Begriffe mehr waren, die nur zu oft in den Deutschland benachbarten Staaten unangenehmes Aufsehen erregten und sowohl unter der Weimarer Republik wie unter Hitler unverkennbar nationalistischen Charakter trugen… ›Das Vaterland muss größer sein…‹ Sollte es auch in Düren wieder so werden, wo mehrere repräsentative Männer der zweiten deutschen Republik [sic!] das Wort führen würden? Um es gleich vorwegzunehmen, nein, es war nicht so, und aufrichtig sei festgestellt, dass die Versammlung am vorigen Sonntag […] einen Verlauf nahm, der zu dem ›zackigen‹ Auftreten früherer Epochen in einem begrüßenswerten Gegensatz stand […].« Auch Michel diagnostizierte bei Arnold, der freimütig zugab, über die Ergebnisse der Pariser Besprechungen nichts zu wissen, die bekannte Rhetorik, nach der »Deutschland bereit sei, sich mit seinen Nachbarländern Belgien und Holland über alle Grenzfragen auf gütigem Wege zu einigen, […] im Interesse eines einigen und friedlichen Europas im gegenseitigen Einverständnis […]«.

Nach Arnold ergriff dessen Parteikollege, der Vorsitzende des Grenzausschusses Leo Schwering, das Wort. Er berichtete von den Schwierigkeiten der Grenzkreise, wirtschaftlich auf die Beine zu kommen. Hier sei das Engagement der Landesregierung trotz zahlreicher Leistungen noch als »mangelhaft« zu bezeichnen. Die Ansprüche der Niederlande und Belgiens betitelte Schwering, laut Michel, durchweg als »Annexionen«, außerdem wiederholte er die schon im Rundfunk erhobene Forderung nach Volksbefragungen. Zudem äußerte er sein Unverständnis gegenüber der langsamen Vorgehensweise der Alliierten bei der Entscheidung. Dies sorge nur für Unruhe unter der Bevölkerung.

Auch Michel war dieser Meinung. Er ging deshalb zum Schluss nochmals auf die Spekulationen im Grenzgebiet ein und stellte zum wiederholten Mal klar, dass Belgien keine Ansprüche auf die Stadt Monschau erhebe. Dabei zeigte er sich über die konkrete Situation vor Ort gut unterrichtet, als er fragte: »Rührt dies daher, dass sich ein in Monschau ansässiger belgischer Offizier in diesem Sinne mit einer Ausdauer und Anstrengung bemüht, die einer besseren Sache würdig wären …? Oder muss man die irrige Meinung deutscher Kreise darauf zurückführen, dass es in Monschau Gewerbe-

132 *Grenz-Echo*, 16.3.1949, S. 3.

treibende gibt, die einem Anschluss nach Belgien gewogen sind, weil sie sich daraus bessere Zukunftsaussichten in geschäftlicher Hinsicht versprechen?« Die Bevölkerung Roetgens und Mützenichs sei hingegen überzeugt, dass ihre Gemeinden an Belgien fallen würden, was auch von bis zu 70 Prozent der Einwohner befürwortet würde.[133]

In einem kommentierenden Teil seines Artikels hatte Michel zuvor angemerkt, wie schwierig es für einen Belgier sei zu reagieren, »wenn man sowohl aus dem Mund deutscher Intellektueller wie einfacher Landsleute die durchaus ernstgemeinte Befürchtung hört, dass Belgien beabsichtige, es Polen und der Tschechoslowakei gleichzutun und die eventuell anzugliedernden Gebiete von ihren Bewohnern zu säubern und so zu den Ostflüchtlingen noch Westflüchtlinge zu schaffen …! Es ist nicht leicht, gegenüber derartigen Befürchtungen verständlich zu machen, dass die Menschlichkeitsbegriffe in Belgien von denjenigen des Ostens und auch von denjenigen des nationalsozialistischen Deutschland grundverschieden sind.«[134]

Die in der Presse erörterten Meinungsverschiedenheiten zwischen den in Paris versammelten Delegationen versuchte auch Arnold sich zunutze zu machen.[135] So gab er General Bishop in einem Schreiben zu verstehen, dass seines Wissens der französische Außenminister Schuman seine Delegation angewiesen habe, den Grenzveränderungen nicht zuzustimmen. Er frage sich, warum die Briten nicht dasselbe täten.[136] Der Repräsentant der Besatzungsmacht antwortete schließlich nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniqués. Er teilte dem Ministerpräsidenten »persönlich und vertraulich« mit, dass seine Informationen nicht richtig sein konnten. Frankreich habe nicht nur die Forderungen der Benelux-Länder unterstützt, sondern auch Gebiete für sich beansprucht.[137] Auch dieser Verzweiflungsversuch ließ wohl eher auf die Unruhe und Unwissenheit seines Autors als auf reale Hoffnung schließen.

133 Ebenda; *La Libre Belgique,* 18.3.1949, S. 1 veröffentlichte die gleichen Informationen in einem leicht veränderten Text, ohne jedoch auf den Grenz-Echo-Artikel zu verweisen.

134 *Grenz-Echo*, 16.3.1949, S. 3. In einem langen Aufsatz hatte Michel schon einige Tage zuvor sein Unverständnis für manche Aussagen in den *Aachener Nachrichten* bekundet. Außerdem hielt er nochmals den belgischen Befürwortern weiterer Territorialforderungen entgegen, dass die Grenzbevölkerung »ihre deutschen Nachbarn doch etwas besser kenne«. Exemplarisch für die hier von Michel beschriebenen extremen deutschen Reaktionen war auch ein Brief des »Bundes der Freien Deutschen Ost-Jugend« (einer Gruppierung von Vertriebenen), der im April 1949 im Brüsseler Außenministerium einging. Dort hieß es u.a.: »Wenn Belgien, ebenso wie Polen nichts hinzugelernt hat – weiß es dann wenigstens, was Verbitterung anrichten kann – haben wir es nicht schon einmal erlebt?« [AMAEB, 12879, Woussen an Kerremans, 14.4.1949].

135 *Grenz-Echo*, 25.3.1949, S. 2.

136 HStAD, NW 190, 442, Arnold an Bishop, 22.3.1949.

137 HStAD, NW 190, 442, Bishop an Arnold, 28.3.1949.

Die Aufregung steuerte mit der Veröffentlichung des Kommuniqués am 26. März 1949 ihrem Höhepunkt entgegen. Dort hieß es: »Nach detailliertem Studium haben die sechs Regierungen die Vorschläge zu vorläufigen Veränderungen an der deutschen Westgrenze angenommen, welche ihnen von einer Arbeitsgruppe in Paris vorgelegt worden waren. […] Innerhalb genau bestimmter Vorgaben […] werden 31 Berichtigungen in Kraft gesetzt an einem später zu verkündenden Datum, entlang der Grenze Deutschlands auf der einen Seite sowie den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, der Saar und Frankreich auf der anderen Seite. Sie werden eine Fläche von 135 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von ungefähr 13.500 Personen betreffen […].« Die endgültige Grenzregelung bliebe aber einem Friedensvertrag vorbehalten.[138]

Was in nüchternem Ton gehalten und wie von Davignon angeregt ohne jegliche länderspezifische Details daher gekommen war, provozierte in ganz Deutschland massive Proteste. Der Leiter der Belgischen Militärmission in Berlin, Goethals, zeichnete in einem Bericht vom 30. März 1949 ein Stimmungsbild. Die »virulenten Reaktionen« spiegelten nicht nur die Reaktion der Deutschen gegenüber den Grenzberichtigungen wieder, sondern gäben »ebenfalls Hinweise auf die derzeitige Geisteshaltung der deutschen Massen«. Die Reaktion der politischen Klasse sei »selbstverständlich identisch«, da die Landtage nicht die Gelegenheit gehabt hätten, sich mit der Frage zu befassen. Die Parteivorsitzenden hätten versprochen, alles zu tun, damit diese vorläufigen Maßnahmen auch ebensolche blieben.[139]

Goethals verwies auf den Widerstand quer durch alle Parteien und Organisationen, von allen, »die ihrer Stimme Gehör verleihen können, sowohl in den westlichen Zonen als auch in Berlin und in den östlichen Zonen«. Die sowjetische Lizenzpresse tue sich besonders hervor. Auch in Belgien nahm man sich zuerst der Moskauer Reaktionen an, wobei *La Libre Belgique* den Kreml zu »einem Minimum an Diskretion« mahnte, angesichts der Tatsache, dass man »zum eigenen Gewinn Finnland, Polen, Ostpreußen und Bessarabien amputiert sowie die baltischen Staaten annektiert« habe.[140]

Die erste offizielle deutsche Stellungnahme erfolgte durch die nordrhein-westfälische Landesregierung. Darin war von »bitterer Enttäuschung« die Rede. Man habe der deut-

138 Beate Ruhm von Oppen, *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*, Royal Institute of International Affairs, London/New York/Toronto, 1955, S. 368–369; *Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents*, Ann Arbor, 1949, S. 296 [Dabei handelt es sich um eine Veröffentlichung des State Departement].

139 MRAHM, *Papiers Goethals*, 38/3, 16–22, Goethals an Spaak, 30.3.1949 [auch in AMAEB, 12402 (1949)]; *DDB*, VI, nº133, S. 245–246.

140 *La Libre Belgique*, 28.3.1949, S. 3. Zur Kritik durch die KPD, vgl. *Freies Volk*, 28.3.1949. Zur Kritik an der Kritik, vgl. *Grenz-Echo*, 30.3.1949, S. 1.

schen Bevölkerung das »Selbstbestimmungsrecht der Völker versagt« und sich nicht an die Bestimmungen der Atlantik-Charta gehalten. »Nun erleben das deutsche Volk und seine Jugend, dass die demokratischen Siegermächte, vier Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten, sich auch der Missachtung des Völkerrechts schuldig machen und das in einer Stunde, die in eindeutiger Weise erkennen lässt, dass die geistige und wirtschaftliche Zukunft der abendländischen Welt von einer neuen europäischen Gemeinschaft abhängig ist.«[141] Genau diese Rhetorik stieß in belgischen Kreisen jedoch auf erhebliches Unverständnis. Senatspräsident Paul Struye sprach in einem Kommentar für *La Libre Belgique* von einem unverhältnismäßigen Wirbel. Wenn man angesichts der gemäßigten belgischen Forderungen von einer Gefährdung der viel zitierten europäischen Zusammenarbeit spreche, so sei dies nicht stichhaltig.[142]

In ihrer Erklärung war die Landesregierung schließlich auch auf das Schicksal der Grenzbevölkerung eingegangen. Hier wurde die Rhetorik besonders pathetisch: »Unseren tapferen und treuen Landsleuten in den schwer geprüften Grenzgebieten rufen wir in der Stunde des Schmerzes zu: Keine Gewalt kann die Verbundenheit zwischen euch und dem deutschen Volke zerreißen. So wie ihr mit Herz und Verstand zu Deutschland gehören wollt, so werden wir immer zu euch gehören.«[143] Am 29. März 1949 verabschiedete auch der Kreistag des Landkreises Aachen eine dementsprechende Entschließung.[144] Dem Vorsitzenden des Grenzausschusses des Düsseldorfer Landtags, Leo Schwering, ging am selben Tag der Brief eines Fabrikbesitzers aus der Grenzregion zu, der seine Sympathie bekundete und bemerkte, »wirkliches Interesse an einer Grenzveränderung haben wir eigentlich nur bei notorischen Schmugglern feststellen können«.[145]

Dass der Hauptverantwortliche der pro-belgischen Umtriebe in der Grenzregion, Hauptmann Jules Mosbeux, ein gänzlich anderes Bild zeichnete, erscheint kaum verwunderlich. Nachdem im Rundfunk der Text des Kommuniqués verlesen worden sei, habe er zahlreiche Telefonanrufe erhalten, die von der Freude der Grenzbevölkerung zeugten. Er habe sich daraufhin inkognito nach Roetgen und Mützenich begeben, wo ihm »Menschen, die ich nicht kenne«, ihre Glücksgefühle mitgeteilt hätten.[146] Dass der Besatzungsoffizier die Situation vor Ort nicht einmal unrealistisch einschätzte, sollte sich wenige Wochen später erweisen.

141 *Für Selbstbestimmung*, S. 25.
142 *La Libre Belgique*, 31.3.1949, S. 1.
143 *Für Selbstbestimmung*, S. 25.
144 HStAD, BR 1050, 509, Entschließung des Kreistags des Kreises Aachen auf Antrag des Vorsitzenden, Landrat Ernst, 29.3.1949.
145 HAStK, NL 1193, Otto Junker (Lammersdorf) an Schwering, 29.3.1949.
146 SGR/SA, *Cabinet* MDN, 1949, Rapports CAMTO, Mosbeux an Sodermans, 29.3.1949.

Einstweilen suchten seine deutschen Hauptgegner nach Möglichkeiten, gegen die alliierte Entscheidung vorzugehen. Nach einem Grenz-Echo-Bericht gingen die Verantwortlichen in Düsseldorf davon aus, 27 Quadratkilometer an Belgien abtreten zu müssen, womit die belgische Grenze die Eisenbahnlinie Aachen-Monschau mit den Dörfern Roetgen und Mützenich erreiche.[147] In kürzester Zeit entstanden daraufhin mehrere Gutachten. Der Oberkreisdirektor des Kreises Schleiden arbeitete mehrere Gegenvorschläge zu den belgischen Forderungen aus und leitete sie an die Landesregierung weiter. Dabei hatte er vor allem das Problem des »grenzdurchschnittenen Grundbesitzes« im Auge, das er durch die Einführung eines »kleinen Grenzverkehrs«, der den ungehinderten Zugang zu den Feldern erlaube, zu lösen glaubte.[148] Noch ausführlicher äußerte sich sein Monschauer Kollege, der zunächst eine genaue Aufstellung der zu erwartenden Gebietsverluste in seinem Kreis vornahm. Er regte Sofortmaßnahmen an, um die Folgen der Abtretungen abzumildern. Außerdem hänge es von »durchgreifenden Hilfsmaßnahmen« aus Düsseldorf ab, ob die »kerndeutsche Bevölkerung des Kreises Monschau weiterhin ihre bisher stets bewiesene Treue zum Mutterland beibehalten kann«. Er schloss mit der dringenden Aufforderung, die finanziellen Mittel für den Kreis Monschau aufzustocken.[149] Die verheerenden Auswirkungen der Abtretungen für die Wirtschaft der Eifelkreise betonte ein Gutachten der Aachener Industrie- und Handelskammer. »Die einseitig verfügten Grenzveränderungen zerreißen bestehende Zusammenhänge, ohne etwas Sinnvolles an ihre Stelle zu setzen. Bewohner dieses Gebietes verlieren ihren Arbeitsplatz, gewerbliche Betriebe ihre […] nur schwer ersetzbare[n] Facharbeiter.«[150] Auch andere Beamte regten Gegenvorschläge an, um eine einvernehmliche Grenzregelung zu erzielen.[151] Ebenso nahmen einzelne Gemeinden zu den Grenzveränderungen Stellung.[152] Im »Deutschen Büro für Friedensfragen« stellte man Vergleiche mit der Situation nach der Abtretung Eupen-Malmedys

147 *Grenz-Echo*, 30.3.1949, S. 2.

148 HStAD, NW 72, 468, Oberkreisdirektor des Kreises Schleiden an Ministerpräsident Arnold, 1.4. 1949.

149 HStAD, NW 72, 468, Oberkreisdirektor des Kreises Monschau an Ministerpräsident Arnold, 1.4. 1949.

150 HStAD, NW 72, 468, Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Aachen [gez. Heusch, Präsident] an Landesplanungsbehörde NRW, 1.4.1949.

151 HStAD, NW 72, 468, Oberstadtdirektor Aachen an Ministerpräsident NRW, 1.4.1949.

152 HStAD, NW 72, 468, Gemeindedirektor der Gemeinde Walheim an Oberkreisdirektor des Landkreises Aachen, 4.4.1949.

im Jahr 1920 an, um auf die nachteiligen Auswirkungen der Grenzverschiebungen für die Verkehrswege hinzuweisen.[153]

Vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen nahm Karl Arnold am 11. April 1949 die in den verschiedenen von ihm angeordneten Gutachten formulierten Ideen auf.[154] Vor allem der Gedanke von Kompensationsangeboten, wenn die Nachbarn auf einseitige Grenzveränderungen verzichteten, bildete hierbei einen Schwerpunkt. Für Belgien bedeutete dies, dass »wir uns bereit erklären [könnten], eine Venn-Bahn auf belgischen Gebiet mit deutschen Arbeitskräften und deutschem Material zu bauen«. Diese Regelung schließe »künftige Komplikationen im deutsch-belgischen Verhältnis« aus.[155]

Konrad Adenauer versuchte, über seine Beziehungen Einfluss auf die belgische Seite zu nehmen. In einem Schreiben an Staatsminister August de Schrijver, den Fraktionsführer der CVP-PSC in der Kammer, betonte er die »tiefe Bestürzung« der Bevölkerung über die Einseitigkeit der Entscheidungen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag verwies auf die Belastung, die seiner Partei zukünftig entstehen könnte, bis hin zur Bildung einer SPD-Bundesregierung: »Unsere Fraktion und Partei ist durch die Entwicklung dieser Frage in große Schwierigkeiten geraten, die sich noch vergrößern werden. In den in Frage kommenden Ländern stellt sich die Sozialdemokratische Partei gegen diese Gebietsveränderungen, während wir von den uns befreundeten christlichen Parteien eine klare Stellungnahme nicht bekommen haben. Diese Entwicklung wird bei den kommenden Wahlkämpfen um die Bildung einer deutschen Bundesregierung uns unter Umständen teuer zu stehen kommen, weil ich die Gefahr sehe, dass gerade unter diesen außenpolitischen Gesichtspunkten eine sozialistische Mehrheit und damit eine sozialistische Regierung in Westdeutschland kommen könnte. Auf jeden Fall arbeitet die deutsche Sozialdemokratie nach der Richtung mit stark nationalistischen Motiven.«[156]

In der belgischen Presse stießen die deutschen Reaktionen, die man vor allem der Lektüre deutscher Zeitungen und den offiziellen Stellungnahmen entnahm, auf großes Unverständnis.[157] Auch *Grenz-Echo*-Redaktionsleiter Michel reagierte nur noch mit Kopfschütteln, als der CDU-Mann Leo Schwering am 1. April 1949 während einer

153 BA, Z35/186, Dr. Mohr, Büro Stuttgart, an Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, Büro Frankfurt, 1.4.1949.

154 HStAD, NW 72, 468, Arnold an die Mitglieder des Kabinetts und die Fraktionsführer im Landtag, 9.4.1949. Arnold bat darum, die Existenz der Gutachten nicht an die Presse weiterzuleiten, damit die Gegenvorschläge geheim bleiben konnten.

155 *Für Selbstbestimmung…*, S. 26–29 (hier: S. 28).

156 Adenauer an de Schrijver, 12.4.1949 [Mensing, *Adenauer. Briefe 1947–1949* …, S. 440–441].

157 Beispielhaft: *La Libre Belgique*, 1.4.1949, S. 3; *Grenz-Echo*, 5.4.1949, S. 3.

Kundgebung auf dem Aachener Marktplatz mit 7.000 Teilnehmern von »Landraub« sprach.[158]

Eine Ausnahme bildete der Journalist Marcel Grégoire in einem Artikel für *Le Soir*. Unter dem Titel »Muss Belgien als eine annexionistische Macht erscheinen?« äußerte er sich zu der Angelegenheit, die »eigentlich nur von geringer Wichtigkeit« ist. Auch wenn die belgische Argumentation eine Angliederung der Vennbahn-Enklaven vernünftig erscheinen ließe, müsse man sich angesichts der deutschen Proteste die Frage stellen, ob der Gebietsgewinn solche Schwierigkeiten überhaupt lohne. Wenn man eine gemeinsame Lösung mit den Deutschen suchen wolle, seien diese sicher dazu bereit. »Wir würden beweisen, dass wir wissen, wie man dauerhaften Frieden schafft und dabei seine Interessen weiter verfolgen kann. Diese Haltung wäre eine Lektion in hoher Politik und würde wohl in der Welt sehr geschätzt.«[159]

Die belgische Verzichtsentscheidung

In Düsseldorf wartete Karl Arnold zunächst vergeblich auf eine Antwort aus Brüssel auf sein Telegramm vom 16. März 1949. Am 6. April teilte ihm Bishop mit, die belgische Botschaft in London habe ihn darüber informiert, dass er die Rückkehr Spaaks aus den USA abwarten müsse.[160] Der belgische Premier- und Außenminister hielt sich zu diesem Zeitpunkt zur Unterzeichnung der NATO-Verträge in Washington auf.[161]

Die Abwesenheit sollte die Brüsseler Diskussionen jedoch nicht hemmen. Im Gegenteil, am 1. April 1949 waren die übrigen Kabinettsmitglieder im Ministerrat zusammengekommen und hatten entscheidende Weichen gestellt.[162] Einstimmig war die Einsetzung der Auftragsverwaltung für den 23. April 1949 beschlossen worden, einstimmig billigte man jedoch auch einen Vorschlag, dessen nüchterner Ton seine großen Auswirkungen nicht erahnen ließ. Zwar hätten die Alliierten alle belgischen Forderungen für eine Grenzberichtigung akzeptiert, jedoch werde »unter den derzeitigen Umständen, wo der Verkehr von Personen und Gütern von einem Land zum anderen durch Verwaltungsmaßnahmen so erschwert ist, die Wiederinbetriebnahme der Eisenbahnstrecke sehr kostspielig, was nicht durch ihren Nutzen ausgeglichen werden könne«. Darüber hinaus entstünden durch die Annexion von 4.000 Deutschen »politische Nachteile«. Deshalb erscheine es nicht ratsam, die »belgische Souveränität« auf die sechs Enklaven

158 *Grenz-Echo*, 2.4.1949, S. 1.
159 *Le Soir*, 6.4.1949, S. 1–2.
160 HStAD, NW 190, 442, Bishop an Arnold, 6.4.1949.
161 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 426.
162 Ministerratsprotokolle, 1.4.1949, S. 1–2.

westlich der Eisenbahnstrecke und auf das Dorf Roetgen auszudehnen. Somit blieben von den zugestandenen Territorien nur noch 15 Quadratkilometer mit rund 400 Einwohnern übrig, die unter die belgische Auftragsverwaltung gestellt werden sollten.

Die Skepsis, mit der die Diplomaten im Außenministerium schon im Frühjahr 1948 das Problem der defizitären Eisenbahnstrecke betrachtet hatten, schien die Überhand gewonnen zu haben.[163] Dazu kamen die schon mehrmals erwähnten Vorbehalte einiger sozialistischer Minister gegenüber der Angliederung jedwelcher deutscher Bevölkerungsteile.[164] Der letztendliche Entscheidungsprozess muss jedoch mangels einschlägiger Quellen im Dunkeln bleiben. Es steht zu vermuten, dass die Argumente aus den verschiedenen 1948 entstandenen Denkschriften bezüglich der Forderungen der Eisenbahngesellschaft zur Wiederaufnahme des Fahrbetriebs auf der Strecke zwischen Eupen und Sankt-Vith den Ausschlag gegeben haben.

Am 8. April 1949 verfasste Deutschlandspezialist Charles Kerremans einen Vermerk zu den zu erwartenden Reaktionen auf die belgische Verzichtsentscheidung. Außerdem beschäftigte er sich darin mit der Antwort auf das Telegramm Karl Arnolds.[165] Der Diplomat sah zwei mögliche deutsche Reaktionen. Entweder werde die belgische Geste bejubelt und als Beitrag zur »deutsch-belgischen Versöhnung im europäischen Rahmen« dargestellt oder würden die belgische »Schwäche« und der »Erfolg der deutschen Proteste« der vorherigen Wochen hervorgehoben. Um die »Regierung nicht vor Schwierigkeiten zu stellen«, die sie »vor dem Parlament zu einem Rückzieher zwingen könnte«, erscheine es unabdingbar, »die Art und Weise der Präsentation des belgischen Verzichts durch die deutschen Behörden und die Presse zu beeinflussen«. Dazu schlug Kerremans die Entsendung einer belgischen Persönlichkeit nach Düsseldorf vor. Diese müsse den deutschen Gesprächspartnern erläutern, dass auf belgischer Seite Verhandlungsbereitschaft bestehe, dass jedoch jedes deutsche Triumphgefühl zu einer Reaktion der belgischen Öffentlichkeit führen könne, die eine Annexion Roetgens und Mützenichs notwendig machen würde. Diese Anregungen sowie weitere Bestimmungen zur Errichtung der Auftragsverwaltungen wurden vom Ministerrat gebilligt.[166] Im Aus-

163 Vgl. 5.1

164 Diese Vorbehalte waren in der Politischen Abteilung des Außenministeriums nochmals im Zuge der Frage der Veröffentlichung eines Kommuniqués im Februar 1949 erörtert worden [AMAEB, 12879, Vermerk für den Außenminister, 1.2.1949].

165 AMAEB, 12891 (II), *Réactions de la presse et de l'opinion publique allemandes à l'égard du Communiqué qui sera publié incessamment au sujet des rectifications de la frontière belgo-allemande – Moyen de les orienter – Réponse au télégramme adressé par M. Arnold, Ministre-Président de Rhénanie du Nord-Westphalie à M. Paul-Henri Spaak*, 8.4.1949.

166 Ministerratsprotokolle, 13.4.1949, S. 9.

wärtigen Ausschuss der Kammer hatte Premierminister Spaak die Abgeordneten am 12. April über den Verzicht auf Roetgen und Mützenich in Kenntnis gesetzt.[167]

Zunächst informierte man jedoch die amerikanische Regierung über den geplanten Verzicht.[168] Das *State Department* würdigte ausdrücklich die belgische Initiative, auf Verständigung und Diskussion mit der deutschen Seite zu setzen. Jede einvernehmliche Lösung könne sich der Unterstützung durch die amerikanische Regierung gewiss sein.[169]

Am 15. April 1949 traf der belgische Generalkonsul in Düsseldorf, Oberstleutnant van Ros, mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold zusammen. Er schilderte die belgischen Beweggründe und drückte seine Hoffnung aus, die belgische Entscheidung möge »dem deutsch-belgischen Einverständnis helfen«.[170] Arnold habe von einem »Opfer« und einer »großzügigen Geste« Belgiens gesprochen.[171] Letztlich, da waren sich beide Gesprächspartner einig, müsse es das Ziel beider Länder sein, »eine günstige Atmosphäre zu entwickeln, die in der Zukunft […] vorteilhaft sein wird«.[172]

Aus belgischer Sicht kam dabei vieles auf die deutschen Reaktionen auf die Verzichtsentscheidung an. Zudem kam es für die PSB in der Regierung kurz vor den vorgesehenen Parlamentswahlen entscheidend darauf an, die innenpolitischen Konsequenzen zu minimieren.

Am 16. April 1949 veröffentlichte die belgische Regierung schließlich ein Kommuniqué, in dem die Gebietsübertragungen, die genau eine Woche später erfolgen sollten, aufgelistet wurden. Darin enthalten waren: »1. Zwischen den Grenzsteinen 1017 und 980, die Ausbuchtung nördlich von Hergenrath (Bildchen), die im Jahr 1921 vom Kreis Eupen abgetrennt worden war und an Deutschland zurückgegeben wurde; 2. Die Straße von Aachen nach Raeren zwischen den Grenzsteinen 943 und 920 und die Waldungen, die der belgischen Gemeinde Eynatten gehören, der sog. Freyenwald; 3. Die Straße von Roetgen nach Konzen und die Abzweigung von Fringshaus nach Lammersdorf; 4. *Sechs Enklaven, die westlich der Bahnlinie Raeren-Kalterherberg liegen (Münsterbildchen, Roetgen, Lammersdorf, Konzen, Mützenich, Ruitzhof) sowie das ganze Dorf Roetgen* [Hervorhebung

167 *Grenz-Echo*, 13.4.1949, S. 3. Das Blatt zitiert die *Gazet van Antwerpen*, die allerdings die falsche Zahl von 1.400 noch unter belgischer Souveränität verbleibenden Deutschen kolportiert hatte.

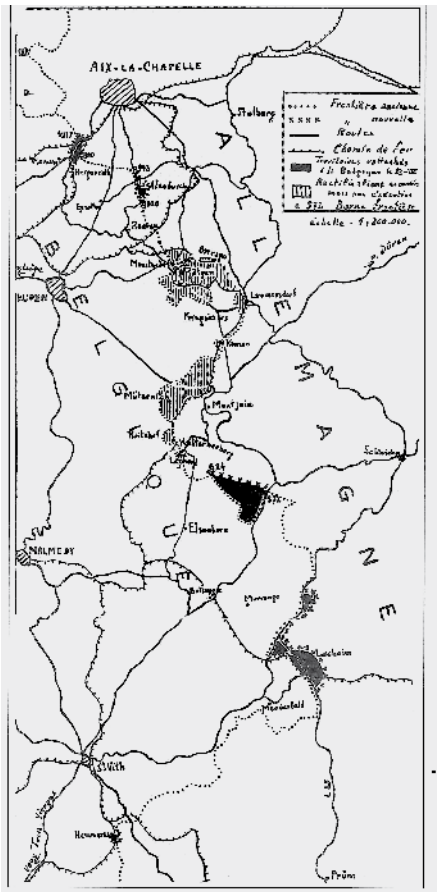
168 AMAEB, 12981 (II), Silvercruys an Spaak, 11.4.1949 [Kopie].

169 AMAEB, 12891 (II), Silvercruys an Spaak, 14.4.1949 [Im Anhang die Antwort des State Department].

170 HStAD, NW 397, 243, Mündliche Erläuterungen des Herrn Generalkonsuls von Belgien beim Empfang durch den Ministerpräsidenten Arnold, 15.4.1949.

171 AMAEB, 128891 (II), van Ros an Spaak, 15.4.1949.

172 HStAD, NW 397, 243, Mündliche Erläuterungen des Herrn Generalkonsuls von Belgien beim Empfang durch den Ministerpräsidenten Arnold, 15.4.1949.



Die Karte zeigt die Veränderungen im deutsch-belgischen Grenzgebiet nach der belgischen Verzichtsentscheidung im April 1949. Quelle: AMAEB, 12891 (II), Mai 1949

C.B.]; 5. Südlich des Bahnhofs Kalterherberg die Ausbuchtung zwischen den Grenzsteinen 624 und 572 bei der Stelle Deutsche Leykaul; 6. Nordöstlich von Elsenborn, das bewaldete und nicht bewohnte Gebiet, das südlich einer Linie zwischen den Grenzsteinen 624 und 572 liegt; 7. Das Walddreieck, das den Gemeindewald von Büllingen umfasst; das Walddreieck südlich der Straße Losheimergraben – Losheim, das Dorf Losheim und die das Dorf umgebenden nicht bewaldeten Gebiete sowie die Straße L.25 in diesem Sektor; 8. Den Weiler von Hemmeres. Die belgische Regierung wird zu diesem Zeitpunkt ihre Autorität nicht auf die Gebiete, die unter Punkt 4 stehen, ausdehnen.« Grund dafür seien die zu großen praktischen Schwierigkeiten, die einen »normalen Betrieb« nicht erlaubten.[173] Die Einschränkung »Zu diesem Zeitpunkt« wies erneut auf den provisorischen Charakter der Verzichtsentscheidung hin, über dessen Bedeutung in den folgenden Wochen hitzige Debatten entbrennen sollten.

Zwischen »Prestige« und »Versöhnung«: Reaktionen auf den Verzicht

Karl Arnold hatte dem belgischen Generalkonsul aufgetragen, der belgischen Regierung den »Dank des deutschen Volkes« zu übermitteln. Dabei ließ er es jedoch nicht bewenden. Am Ostersonntag, zwei Tage nach der Ankündigung des Verzichts, organisierte er in Monschau eine Kundgebung, von der er auch Spaak in einem persönlichen Schrei-

173 AMAEB, 12891 (II), *Communiqué à la presse*, 16.4.1949; Text auch in: *Grenz-Echo*, 16.4.1949, S. 1; *Le Soir*, 16.4.1949, S. 1; Fagnoul, *Annulierte Annexion*, S. 81. Das Außenministerium hatte mit dem Kommuniqué auch eine offizielle Karte veröffentlicht.

ben berichtete.[174] Die feierliche Stimmung aufgreifend, begrüßte der Ministerpräsident »den hochherzigen Entschluss der belgischen Regierung deshalb, weil an die Stelle des Misstrauens die Kräfte des Vertrauens gestellt wurden, die allein das Antlitz der Welt zu ändern vermögen. Mit besonderer Dankbarkeit erfüllt mich, dass gerade Belgien diesen Schritt getan hat.« Mit viel Pathos bediente er sich zum Ende seiner Rede des rhetorischen Fluchtpunkts der europäischen Verständigung: »Europa soll werden unser gemeinsames Vaterland.«[175]

In den nächsten Tagen wurde das Außenministerium mit deutschen Dankesschreiben überhäuft.[176] Eine weitere Reaktion einer exponierten Persönlichkeit war die des Aachener Bischofs Vandervelden, der genau wie Arnold die Parallele zum Osterfest zog: »Niemand wird Ostern dieses Jahres vergessen, die nicht allein religiöse Feiertage der Auferstehung waren, sondern zugleich der Beginn eines neuen und besseren Lebens.«[177]

Auch aus Berlin trafen positive Stimmen in Brüssel ein. Die westliche Lizenzpresse druckte die Stellungnahmen Karl Arnolds ab, die General Goethals als »Ausdruck des allgemeinen Gefühls« schilderte. Der Leiter der Belgischen Militärmission verwies ebenfalls auf Reaktionen allliierter Vertreter, die das Angebot der belgischen Regierung, mit der deutschen Seite gemeinsam nach einer endgültigen Lösung zu suchen, würdigten. Die sowjetische Lizenzpresse habe hingegen den Verzicht mit keiner Silbe erwähnt. Goethals fügte an, »das angelsächsische wie das deutsche Lob für die glückliche Entwicklung der deutsch-belgischen Grenzfrage richten sich auf die Person von Herrn Spaak, dessen Qualität als Premierminister immer enger mit der eines europäischen Staatsmanns verbunden wird, dessen Prestige und Kompetenz unbestreitbar sind«.[178] Dass diesen Reaktionen auf die Verzichtsankündigung für das Bild des Europapolitikers Spaak in der deutschen Öffentlichkeit in den 1950er Jahren entscheidende Bedeutung zukam, lässt sich tatsächlich kaum bestreiten.[179]

174 AMAEB, 12891 (II), Arnold an Spaak, 21.4.1949.

175 *Für Selbstbestimmung*, S. 21–22.

176 Meist handelte es sich um Privatleute oder Jugendorganisationen wie der »Arbeitsgemeinschaft Bund Europäischer Jugend« (Schreiben vom 25.5.1949) oder dem »Bund Freier Studenten« (Schreiben vom 23.4.1949) [AMAEB, 12886].

177 *Grenz-Echo*, 19.4.1949, S. 1; *Le Soir*, 18.4.1949, S. 1. Vor diesem Hintergrund findet die Beschreibung Vanderveldens als einen »Nationalisten« durch Saul K. Padover eine gewisse Bestätigung [Vgl. Padover, *Lügendetektor…*, S. 203–211]. Auch die Presse wählte Titel mit Bezug auf die Festtage, vgl. *Allgemeine Kölnische Rundschau*, 20.4.1949: »Belgiens Ostergeschenk an Europa!«; *Westfalenpost*, 20.4.1949: »Ein kleines Wunder!«

178 AMAEB, 12891 (II), *La décision du gouvernement belge au sujet des rectifications de frontières*, Goethals an Spaak, 19.4.1949; gekürzte Fassung auch in: *DDB*, II, Dok. nº64, S. 193–194.

179 Vgl. Klaus Pabst, Paul-Henri Spaak, S. 260–261.

Doch auch anderen belgischen Politikern gingen Dankesschreiben aus Deutschland zu. So adressierte Konrad Adenauer Briefe an August de Schrijver und an dessen Parteifreund Frans van Cauwelaert, den Präsidenten der Kammer. Gegenüber dem CVP-PSC -Fraktionsvorsitzenden im Senat bemerkte er, »neue Wege [sind] in der Politik möglich und […] vor allem der Gedanke des Rechts [kann] über erbittertes Unrecht triumphieren«.[180] Im zweiten Brief bedankte sich Adenauer bei seinem Antwerpener Freund van Cauwelaert und zeigte sich überzeugt, dass »Sie einen wesentlichen Anteil genommen haben […]«.[181] Zwar ist nicht bekannt, wie sehr die beiden christdemokratischen Schwergewichte in die Entscheidungsfindung eingebunden waren, bei der Verteidigung der Regierungsposition hatten sie jedoch einige Arbeit zu verrichten. Etliche der Gegner des Verzichts stammten aus den Reihen der frankophonen Christdemokraten. Vor allem die Mitglieder des Auswärtigen Senatsausschusses hatten frühzeitig ihrem Ärger Luft gemacht.

Am 14. April 1949 hatte sich Paul-Henri Spaak den Ausschussmitgliedern gestellt.[182] Er legte dar, wie die Regierung aufgrund der technischen Schwierigkeiten zu einer Entscheidung gelangt war, die letztlich sogar »die Integration Westdeutschlands nach Westeuropa erleichtern« werde. Paul Struye, seit langem ein Verfechter einer starken Position gegenüber Deutschland, bedauerte den »Rückzieher«. Man könne nicht eine Forderung als »nutzlos« fallen lassen, die man während vier Jahren verteidigt und deren Notwendigkeit man stets angeführt habe. Außerdem könne niemand ernsthaft glauben, Belgien habe nicht dem Druck Karl Arnolds nachgegeben. Es könne für die Zukunft nur abträglich sein, wenn man deutschen »Erpressungen« und »Drohungen« nachgebe. Pierre Nothomb warf dem Minister anschließend vor, den Gefühlen der betroffenen Bevölkerung nicht Rechnung zu tragen: »Sollen wir die zahlreichen Petitionen veröffentlichen, die wir von Gemeinderäten und Bewohnern dieser Region erhalten

180 Adenauer an de Schrijver, 27.4.1949 [Mensing, *Adenauer. Briefe 1947–1949*, S. 444]. Auch der belgische Generalkonsul in Frankfurt/Main berichtete von Äußerungen Adenauers gegenüber der »Frankfurter Rundschau«, in denen dieser die Brüsseler Entscheidung begrüßte [AMAEB, 12891 (II), F. Cogels an Spaak, 25.4.1949; *DDB*, VI, S. 250].

181 Adenauer an van Cauwelaert, 3.5.1949 [Ebenda, S. 449]. Mit Frans van Cauwelaert verband Konrad Adenauer schon seit Mitte der 1920er Jahre ein Briefwechsel, seit 1930 kannten sie sich persönlich; vgl. Rudolf Morsey (Hg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, [2]Bonn, 1986, S. 119; Hans Peter Mensing, Frühe Westdiplomatie und landespolitische Weichenstellung. Neue Quellenfunde zu den Nachkriegsaktivitäten Konrad Adenauers, in: *GiW*, 1986/2, S. 79–88.

182 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, *Commission des Affaires étrangères. P-V du 14.4.1949*, s.d. Dort auch alle folgenden Zitate.

haben?«[183] Nachdem mit Graf d'Aspremont-Lynden ein weiterer Konservativer seine Missbilligung zum Ausdruck gebracht hatte, erwiderte Spaak, dass diese Entscheidung für das viel beschrieene Prestige Belgiens nur positiv sein könne. Die Senatoren müssten einsehen, dass »man nicht mehr im Jahr 1945, sondern im Jahr 1949« sei.

Dass in der Deutschlandfrage die Konfrontationslinien quer durch alle Lager gingen, zeigten auch die Interventionen verschiedener Parteifreunde des Premier- und Außenministers. Der flämische sozialistische Senator van Overbergh sprach von einer »Niederlage der Regierung und einem erheblichen Erfolg der Deutschen, der ihren Nationalismus verstärken wird«. Der belgischen Öffentlichkeit müsse zu verstehen gegeben werden, dass »wir auf unsere Rechte nicht verzichten«. In Anspielung auf Spaaks berühmte »Wir haben Angst«-Rede vom September 1948, in der er eindrucksvoll die Befürchtungen des Westens gegenüber der sowjetischen Politik artikuliert hatte, bemerkte Senator van Overbergh: »Sie haben sich an die Spitze derer gestellt, die die Angst Europas ausdrücken, stellen Sie sich heute nicht an die Spitze einer weniger opportunen Bewegung. Sie scheinen Deutschland nicht gut genug zu kennen. Seien sie misstrauisch, den Deutschen gehen die eigenen Interessen über alles.« Der Vorsitzende des Senatsausschusses, der Sozialist und überzeugte Pazifist Henri Rolin, kritisierte die Tatsache, dass man die Stärkeposition nicht schon früher in die direkten Verhandlungen mit einem Bundesland ausgenutzt habe, ohne auf die Bildung einer Bundesregierung zu warten. In die gleiche Richtung zielte der Christdemokrat de la Vallée Poussin: »Wenn den Deutschen diese Angelegenheit so viel bedeutet, so müssen wir daraus Kapital schlagen.« Daraufhin bemerkte sein Kollege, der spätere Premierminister Joseph Pholien nur lakonisch, mit dem Verzicht habe man »nichts mehr in der Hand, um daraus Kapital zu schlagen«.

In seinen Abschlussbemerkungen machte Spaak deutlich, dass er zwar durchaus für die Regierung das Recht Belgiens auf eine spätere Integration der Gemeinden Mützenich und Roetgen aufrechterhalte, dass er selbst dies jedoch für »überholt halte«. Es gebe für die deutsche Frage »nur eine Lösung, die Einigung Europas, in der Deutschland – und wahrscheinlich für lange Zeit Westdeutschland alleine – seinen Platz hat«.

183 Nothomb beharrte hier wie so oft auf den 90 Prozent Zustimmung, die ein Referendum zugunsten Belgiens ausgehen lassen würden. Der Oberkreisdirektor von Schleiden beeilte sich, nach Lektüre des *Grenz-Echo*-Artikels über die Ausschusssitzung in einem Schreiben an Arnold, dies energisch zu dementieren. Dabei ging er unter anderem auf eine »pro-belgische« Petition der Gemeinde Losheim ein, deren Zustandekommen auf die besonderen Umstände und die wirtschaftliche Not des Jahres 1947 zurückzuführen sei [HStAD, NW 53, 1017, Oberkreisdirektor Schleiden an Arnold, 19.4.1949].

Auch in der Presse wurde ausführlich über die Ausschusssitzung berichtet.[184] Dabei wurde auch der Besuch einer belgischen Grenzziehungskommission in Düsseldorf erwähnt. Diese habe jedoch kein Verhandlungsmandat besessen, sondern sei mit technischen Fragen der neuen deutsch-belgischen Grenze befasst.[185] Während der Auswärtige Ausschuss der Kammer die Erklärungen Spaaks akzeptierte, habe sich den Senatoren die Frage gestellt, ob die Regierung »auf das Geschrei der Deutschen« gehört habe.[186] *La Libre Belgique* öffnete in ihrer Ausgabe vom 17. April dem Widersacher Spaaks, Pierre Nothomb, ihre Spalten.[187] Dieser beklagte einen »schweren Fehler – zumindest auf psychologischer Ebene«. Die deutsche Seite stelle den belgischen Verzicht gegen jedes Recht als »definitiv« dar.[188] Die »deutschen Nationalisten werden glauben, dies sei das Resultat eines Rückziehers oder zumindest von Zweifeln Belgiens als Folge der von Düsseldorf und besonders von Herrn Minister Arnold geschickt organisierten Kampagne«. Trotz dieser Stimmen exponierter Politiker stellte das *Grenz-Echo* in einer Presserevue jedoch fest, dass die »Haltung der Regierung allgemein gebilligt wird«. Die sozialistische und die liberale Presse seien auf der Seite des Außenministers.[189] Allen Blättern gemein war allerdings die Forderung nach der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Premierminister Spaak und Ministerpräsident Arnold.[190]

Der Chef der nordrhein-westfälischen Landesregierung setzte unterdessen alles daran, die niederländische Regierung zu einem ähnlichen Schritt wie Belgien zu bewegen. Bei der Kundgebung in Monschau hatte Arnold signalisiert, er sei jederzeit bereit für ein Gespräch mit der niederländischen Regierung, »um die leidige Grenzfrage, die […] nur nachteilige Wirkungen haben kann, aus der Welt zu schaffen«. Dies sollte von einem Geist der Versöhnung getragen sein: »An diesem herrlichen Ostersonntag aber, der das gewaltige Ereignis der geheimnisvollen Kraft der Auferstehung in sich trägt, möchte ich auch ehrlichen Willens meine Hand über die Ufer der Maas zur niederländischen Regierung und zum niederländischen Volke ausstrecken.«[191]

184 *Grenz-Echo*, 15.4.1949, S. 1; *La Libre Belgique*, 15.4.1949, S. 2; *Le Soir*, 15.4.1949, S. 3.

185 Dies durch den Bericht der Delegation auch eindeutig bestätigt. Vgl. AMAEB, 12891 (II), *Rectification de la frontière belgo-allemande. Réunion d'experts britanniques et belges. Düsseldorf, 12 et 13 avril 1949*, 14.4.1949.

186 *Grenz-Echo*, 15.4.1949, S. 1

187 *La Libre Belgique*, 17./18.4.1949, S. 1–2.

188 So sah es auch *Grenz-Echo*-Schriftleiter Henri Michel, vgl. *Grenz-Echo*, 20.4.1949, S. 1.

189 Ebenda, 17.4.1949, S. 2.

190 Spaak befand sich allerdings seit dem 15. April für zehn Tage im Urlaub [*Le Soir*, 15.4.1949, S. 2]

191 *Für Selbstbestimmung*, S. 21.

In Den Haag war man den deutschen Argumenten jedoch unzugänglich.[192] Bereits am 8. April 1949 hatte die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments den Grenzkorrekturen mit 54 zu 24 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) zugestimmt. Katholiken, Liberale und ein Großteil der *Partij van de Arbeid* des Ministerpräsidenten Drees hatten für die Vorlage votiert. Am 19. April 1949, einen Tag vor dem Beginn der Beratungen der Ersten Kammer, reiste Karl Arnold auf eigene Faust nach Den Haag.[193] Er hoffte, Drees und Außenminister Stikker im persönlichen Gespräch überzeugen zu können. Drees lehnte jedoch jede Begegnung ab, Stikker erklärte sich zu einer kurzen Diskussion bereit. Das Resultat der Bemühungen Arnolds war jedoch verheerend. Die Niederländer verboten sich jede Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Stikker verband die Abstimmung mit einer Vertrauensfrage für die Regierung, die sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Situation in Indonesien ohnehin in einer heiklen Lage befand. So endete die Abstimmung mit einem Resultat von 25 zu 17 für die Annahme der Grenzkorrekturen, nachdem auch einige zögernde Parlamentarier dafür gestimmt hatten.

Die niederländische Regierung war jedoch nicht nur ob Arnolds eigenmächtigen Vorgehens verärgert. Die Verzichtsentscheidung der belgischen Regierung sowie der Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe hatten bei ihr für erhebliche Irritationen gesorgt. Schon am Tag der Veröffentlichung des belgischen Kommuniqués hatte der belgische Botschafter in Den Haag in einem Telegramm an Spaak über die verwunderte Reaktion der dortigen Regierung berichtet. Die Veröffentlichung von Kommuniqués vor dem 23. April sei laut Außenministerium nicht vorgesehen gewesen. Von dieser Vereinbarung war in Brüssel jedoch nichts bekannt. In jedem Fall kam der belgische Verzicht kurz vor dem Votum der Ersten Kammer ungelegen. »Gleich wie weise die belgische Haltung sein mag, sie ist sehr unangenehm für die Niederlande. […] Die heutige Nachricht verursacht schon großen Aufruhr in niederländischen parlamentarischen Kreisen.«

In Brüssel glaubten die Diplomaten jedoch, sich nichts vorwerfen lassen zu müssen. Dies geht aus einem Schreiben der Botschaft in Den Haag eindeutig hervor. Spaak habe Stikker schon auf der USA-Reise von den belgischen Intentionen in Kenntnis

192 Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 161–162; Hüwel, *Arnold*, S. 173–174 (der das Votum auf den 7. April datiert). Dort auch das Folgende.

193 Man kommt nicht umhin festzustellen, dass sich Arnold in dieser Angelegenheit als eine Art Außenminister der westlichen Besatzungszonen gerierte. Das dies durchaus nicht ungewollt war, zeigen Aufzeichnungen aus der Düsseldorfer Staatskanzlei, die das Echo auf die Bemühungen des Ministerpräsidenten sammelten [HStAD, NW 53, 156, Aufzeichnung der Staatskanzlei, 3.5.1949].

gesetzt. Deshalb könne wohl kaum die Rede davon sein, dass Belgien die Niederländer vor vollendete Tatsachen gestellt habe.[194]

Die harte Haltung der niederländischen Regierung nahm Paul Struye nach der Rückkehr Spaaks in der Senatsdebatte zur deutschen Frage zum Anlass für heftige Kritik an der Regierung. »Weit davon, uns für unser Maß dankbar zu sein, hat es eine unwürdige Explosion in gewissen deutschen Kreisen gegeben. […] Man hätte hoffen dürfen, dass der organisierte Aufruhr einiger Deutscher in Belgien mit der verdienten Gleichgültigkeit empfangen worden wäre. Die Niederländer, die für gewöhnlich gelassen und friedvoll sind, haben sich nicht beeindrucken lassen. Sie haben kalt und nüchtern ihre Devise angewandt: Ich bleibe hart […]. Im Gegensatz dazu haben in Belgien die deutschen Nörgeleien zu einem Briefwechsel zwischen Arnold und unserem Außenminister sowie zu einem Verzicht auf den Großteil der in Frage stehenden Gebiete geführt.« Nachdem Struye sich anschließend über die Rechtfertigung für Forderungen, die man dann leichthin habe fallen lasse, gewundert hatte, unterbrach ihn Spaak, um zu betonen, es gebe keinen Zusammenhang zwischen deutscher Agitation und belgischem Verzicht. Struye ließ sich davon nicht überzeugen und schloss unter dem Applaus der rechten Seite im Halbrund des Parlaments, man befinde sich »unbestreitbar in einer schwachen und demütigenden Lage«.[195]

Bevor Spaak antworten konnte, kam jedoch am nächsten Tag mit Pierre Nothomb der Vertreter der Hardliner zu Wort. Zuerst vergab er ein kleines Lob: »Sie haben wenig verlangt, um wenig zu bekommen, während andere viel verlangt haben, um wenig zu bekommen.« Auch er behauptete jedoch, Belgien habe »gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen das Gesicht verloren«. Der Außenminister sei sich zudem der ökonomischen Dimension des Grenzproblems zu wenig bewusst. Vor allem aber wiederholte er seine Forderungen nach der Organisation von Volksabstimmungen in den betroffenen Gebieten. Zuletzt stellte er eine Frage, mit der er den Minister schon im Ausschuss konfrontiert hatte, inwiefern nämlich die Entscheidung auf britischen Druck hin erfolgt sei.[196]

In seiner Replik griff Paul-Henri Spaak weit aus und würdigte zunächst die Vorsicht der belgischen Regierung in der gesamten Deutschlandproblematik. Als er dann zu den Grenzveränderungen kam, insistierte er darauf, dass es »der exakten Wahrheit entspricht, dass es keinen Zusammenhang zwischen den Reden und Protesten Karl Arnolds

194 Botschaftsrat Poswick (im Auftrag Graeffes) an Spaak, 28.4.1949 [*DDB*, II, Dok. nº65, S. 194–195]; AMAEB, 12891 (II), *Rectification de la frontière, observations au sujet du télégramme de La Haye du 16 avril 1949*, 3.5.1949.

195 *APS*, 1948–1949, S. 1359 (10.5.1949).

196 Ebenda, S. 1394–95 (11.5.1949).

und den Entscheidungen der Regierung gibt […]. Ich möchte sogar hinzufügen, dass es sogar einen Moment gab, in dem ich gezögert habe, die Entscheidung des Ministerrats anzuwenden: das waren genau die Worte von Herrn Arnold.«[197] Anschließend ironisierte Spaak die Kritik von Struye und Nothomb, indem er die britische Zeitung *Observer* zitierte: »›Unter der Leitung seines brillanten Premierministers hat Belgien entscheidend zur Einigung Europas nach dem Krieg beigetragen. Das Land hat gerade gezeigt, dass es fähig ist, eine erstrangige Rolle auf moralischer und intellektueller Ebene zu spielen‹ […]. Für jemanden, der gerade sein Gesicht verloren hat, ist das ja wohl nicht so schlecht!« Danach wandte er sich im selben Ton der Situation im deutschen Grenzgebiet zu. »So schlecht kann die Lage dort nicht sein, schließlich hat man neben einer Kirche ein Plakat aufgehängt, auf dem es hieß: ›Mützenich will Spaak und nicht Arnold‹. In Wirklichkeit müsste es ›Wir wollen Nothomb und nicht Arnold‹ heißen. Das scheint mir auch nicht die Haltung gegenüber einem Mann zu sein, der das Gesicht verloren hätte.«[198] Für die nächsten fünf Jahre sollte dies die letzte Stellungnahme Spaaks als Minister zur Grenzfrage sein. Ob seine Erklärungen die skeptischen Parlamentarier zu überzeugen vermochten, darf bezweifelt werden. Die Belgier, die eine härtere Linie in der belgischen Außenpolitik bevorzugt hätten, werden kaum für den Premierminister gestimmt haben, als es im Juni 1949 an die Urnen ging.

Der Gemeinderat des von Spaak erwähnten Mützenich hatte indes eine Petition verfasst, in der er zur Rücknahme der Verzichtsentscheidung aufgefordert wurde, was zu einer Eingliederung durch Belgien führen sollte. Daraufhin wurde er von der Landesregierung suspendiert. Nach wochenlangem Hin und Her war es die Zusicherung Düsseldorfs künftig mehr finanzielle Mittel für die Grenzbevölkerung zur Verfügung zu stellen, die den Bürgermeister und seine Gefolgsleute von ihren Forderungen abrücken ließ. Diese Episode illustrierte trefflich, wie sehr Sachzwänge und ökonomische Motivationen die angeblich »pro-belgischen« Teile der deutschen Grenzbevölkerung animierten.[199]

197 Ebenda, S. 1398.

198 Ebenda.

199 AMAEB, 12891 (II), *Chronologie des incidents de Mützenich*, 21.6.1949. Die »Revolte« von Mützenich schaffte es sogar in die überregionale Berichterstattung vgl. *Der Spiegel*, 9.6.1949 [HStAD, BR 1047, 299, Abschrift].

5.4 Die Auftragsverwaltung in den »übertragenen Gebieten«

Sowohl die Londoner Empfehlungen als auch das Schlussprotokoll der Pariser Besprechungen hatten den provisorischen Charakter der Veränderungen an der deutschen Westgrenze hervorgehoben. Bis zum Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Alliierten sollte es keine definitive Regelung geben können. Dieser Tatsache mussten die Behörden der Benelux-Länder in ihren Überlegungen zur Organisation der übertragenen Gebiete selbstverständlich Rechnung tragen.

Dabei waren der belgische und der niederländische Fall durchaus nicht gleich gelagert. Im Gegensatz zu den Niederlanden hatte es in Belgien weder in der Kammer noch im Senat Abstimmungen zur Eingliederung gegeben. Wie berichtet, war auch die Informationspolitik der Regierung in der Person des Premier- und Außenministers Spaak gegenüber den Parlamentariern mehr als spärlich gewesen. Dies sollte auch für das Statut der Belgien zugesprochenen Territorien gelten. Hier wurden im Außenministerium anspruchsvolle technische Fragen diskutiert, bevor man zu einer Lösung kam. Die Planungen begannen nach dem Ende der ersten Pariser Besprechungen im September 1948.

Die Einrichtung der Auftragsverwaltung

Im Oktober 1948 war der Rechtsberater des Außenministeriums, Fernand Muûls, mit den Deutschlandspezialisten Charles Kerremans und Jules Salmon zusammengetroffen, um über die juristische Form der Eingliederung der Belgien zugesprochenen Gebiete und ihrer Bewohner zu diskutieren. In der territorialen Frage sprach für den Juristen nichts gegen die Erweiterung des Staatsgebiets durch ein Gesetz, das durch seine Abänderbarkeit und durch ein präzises *Exposé des motifs* nicht die Vorläufigkeit der Eingliederung bis zu einem Friedensvertrag präjudiziert hätte. In der wesentlich komplexeren Frage der Staatsangehörigkeit der Bevölkerung beschlossen die Experten, dem Rat von Generalsekretär de Gruben zu folgen und eine Lösung zu finden, »die so definitiv wie möglich ist«. Dabei sollte in der Form dem vorläufigen Charakter Rechnung getragen werden. Drei Lösungen wurden skizziert. Der erste Ansatz sah eine automatische Übertragung der belgischen Staatsangehörigkeit mit der Möglichkeit der Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit vor. Die zweite Option beinhaltete die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit und die Möglichkeit des Erwerbs der belgischen

Staatsangehörigkeit. Die dritte Lösung wurde bevorzugt, weil mit ihr ein Kompromiss möglich schien. Hier würden die Bewohner automatisch belgische Staatsangehörige mit beschränkten Rechten. Auf Wunsch könnten sie jedoch Deutsche bleiben. Die Vorläufigkeit bliebe gewährleistet, die Erlangung der so genannten »großen Naturalisierung« sollte jedoch vereinfacht werden. Zum Schluss der Besprechung wurden noch zahlreiche Fragen aufgeworfen, mit denen man sich in den nächsten Monaten beschäftigen wollte. Darunter fanden sich die Einführung der belgischen Gesetzgebung, der Güterbesitz, Pensionen und Kriegsschäden, Steuerrecht, Kultur, Diplomanerkennungen und die kommunale Organisation.[200]

Im Januar 1949 fand im Vorlauf zu den Pariser Besprechungen unter der Leitung von de Gruben eine Versammlung hochrangiger Diplomaten statt. Von entscheidender Bedeutung war auch hier die Intervention Muûls', der seine Ansichten zur Gebietsübertragung wohl in der Zwischenzeit überdacht hatte. Die Tendenz ging nunmehr zur Errichtung einer Militärverwaltung in den anzugliedernden Gebieten, was eine Zustimmung durch das Parlament vorerst nicht notwendig machen und dem vorläufigen Charakter der Grenzberichtigungen somit eher gerecht werden sollte.[201] Die Konsequenzen einer solchen Militärverwaltung wurden bei einer interministeriellen Konferenz besprochen. Dabei ging es um die Funktion des Gouverneurs, um die Zollregelung, um Währungsprobleme und um standesamtliche Aufgaben.[202]

Im Februar wurde der Hintergrund der Entscheidung für eine Militärverwaltung während einer weiteren interministeriellen Konferenz noch einmal erläutert. Kerremans wies dabei darauf hin, dass die Errichtung eines Übergangsregimes von den Alliierten als gegeben betrachtet werde. »Diese Übergangsverwaltung ist, eher fiktional, als Militärbesatzungsregime bezeichnet worden. Sie unterscheidet sich jedoch von einer militärischen Besatzung, da sie einerseits dazu dient, die Eingliederung vorzubereiten, und da andererseits der Militärkommandeur mit außergewöhnlichen Befugnissen ausgestattet ist, die aus ihm einen wahrhaftigen Gouverneur mit voller Exekutivgewalt

200 AMAEB, 12891 (II), Vermerk zu einem Meinungsaustausch zur Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze (8.10.1948), 18.10.1948.

201 AMAEB, 12891 (II), Vermerk zur Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze, 18.1.1949 [vertraulich]. Teilnehmer waren De Gruben, Davignon, Schneider, Muûls, Loridan, Seyfert, Salmon und Kerremans.

202 AMAEB, 12891 (II), Protokoll zur Sitzung des interministeriellen Ausschusses vom 27.1.1949, 1.2.1949; SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Protokoll zur Sitzung des interministeriellen Ausschusses vom 14.2.1949, 14.2.1949.

machen. Somit haben die Maßnahmen eine Grundlage (die *loi martiale*) und verstoßen nicht gegen die Verfassung.«[203]

Im Verteidigungsministerium begannen die Planungen zur Organisation der Militärverwaltung. Die Frage ihres Sitzes wurde schnell entschieden. Die kleine Grenzstadt Eupen sollte die Verwaltung beherbergen, da von dort aus sämtliche betroffenen Ortschaften schnell zu erreichen waren. Auch ein Personalvorschlag für den Posten des Leiters der Militärverwaltung, der direkt dem Verteidigungsminister unterstehen sollte, lag erstaunlich schnell auf dem Tisch. Es handelte sich um den Kommandanten des *Corps des Forestiers* (Holzfäller), Generalmajor Paul François Bolle.[204] Dieser Offizier war in deutscher Kriegsgefangenschaft Leiter einer sehr aktiven Geheimorganisation gewesen, die vielen belgischen Soldaten zur Flucht aus den Oflag verholfen hatte. Der Kandidat für den Posten des beigeordneten Leiters war der schon bekannte Hauptmann Jules Mosbeux. Über Mosbeux unterhielt auch Bolle gute Beziehungen zu Pierre Nothomb. Außerdem hatte er sich, wie sein Adjutant, bei der schon erwähnten Anhörung mit Mitgliedern des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten für weitergehende Gebietsansprüche ausgesprochen.[205] Bei der Sitzung dieses Gremiums, in der verschiedene Mitglieder Spaak am 14. April wegen der Verzichtsentscheidung kritisierten, hatte Nothomb sogar verkündet, Bolle wolle die Bezeichnung aufgrund des verschwindend geringen Umfangs des Gebietes nicht mehr annehmen. Spaak hatte lakonisch geantwortet, Bolle sei »Soldat, der seinen Befehlen zu gehorchen hat«.[206] Zwei Tage vor dem Inkrafttreten der Grenzverschiebungen wurde die im *Belgischen Staatsblatt* erfolgte Ernennung Bolles auch in der Presse publik gemacht.[207] Die Bezeichnung eines so hochrangigen Offiziers für die Administration eines so kleinen Gebietes wurde nicht ohne Spott zur Kenntnis gekommen. Das satirische Wochenmagazin *L'Ane roux* ironisierte: »Wieder einmal verschieben wir die Grenzen der Absurdität. Da, wo die Deutschen einen Feldwebel eingesetzt hätten und wo ein Wachtmeister der Gendarmerie genügt hätte, platzieren wir einen General! Und ein General kann natürlich nicht alleine operieren. Ein General, das bedeutet Fahrzeuge, Fahrer und natürlich eine Abordnung zwecks Wache und Ehrbezeugung. Wird General Bolle in den 20 Quadratkilometern,

203 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Protokoll zur Sitzung des interministeriellen Ausschusses vom 3.2.1949, 7.2.1949.

204 Das Holzfäller-Kommando war im Grenzgebiet mit dem Fällen von Holz aus deutschem Staatsforst beschäftigt gewesen, das für die belgischen Kohleminen gebraucht wurde.

205 Vgl. 4.2

206 UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, *Commission des Affaires étrangères. P-V du 14.4.1949*, s.d.

207 *Grenz-Echo*, 21.4.1949, S. 3.

die er regiert, überhaupt genügend Platz finden, um all dies zu installieren?«[208] Als Bolle 1955 in Pension gehen sollte, fand sich kein geeigneter Nachfolger, so dass auf Drängen des Verteidigungsministeriums das Außenministerium die Gehaltskosten übernehmen musste.[209]

Am 23. April 1949 war es schließlich soweit. Im Amtsblatt der Militärregierung für das britische Kontrollgebiet wurden in der Verordnung Nummer 184 die detaillierten Grenzverschiebungen sowie Durchführungsbestimmungen veröffentlicht.[210] Laut der vom Verteidigungsministerium herausgegebenen »territorialen Ordnung« desselben Tages, die sich auf kurz zuvor erhobene Zahlen stützte, kamen mit 1.001 Einwohnern letztendlich wesentlich mehr Deutsche als die bisher angegebenen 500 unter belgische Auftragsverwaltung.[211] Nach dem Text einer Proklamation, die General Bolle am selben Tag verbreiten ließ, stand es ihnen frei, die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten. Sie würden wie die übrigen im Königreich wohnenden Ausländer behandelt. Dafür erhielten sie neue Personalausweise. Belgien verzichtete ebenfalls auf Sequestermaßnahmen

»545 Hektar … da kann ich ja gerade so meinen Säbel hinstellen!«
Quelle: *L'Âne roux*, nº 217, 24.4.1949, S. 1.

208 *L'Âne roux*, 27.4.1949, S. 1.

209 AMAEB, 12889, Spinoy an Spaak, 10.8.1955; Vermerk der Generaldirektion der Politischen Abteilung, 12.8.1955; R. Robin, Bevollmächtigter, an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 15.8.1955.

210 BA, Z21, 1249, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland – Britisches Kontrollgebiet. Verordnung Nr. 184. Vorläufige Grenzberichtigungen, 23.4.1949.

211 AMAEB, 12891 (I), *Règlement territorial du 23.4.1949*, 23.4.1949. Das Dokument nennt 511 Einwohner für die Ortschaft Bildchen, 3 für Lichtenbusch, 18 für Leykaul, 420 für Losheim und Losheimergraben sowie 49 für den zuvor zur französischen Besatzungszone gehörenden Weiler Hemmeres. Nach dieser Zählung wären ohne den Verzicht auf die Eingliederung der Enklaven und Roetgens zusätzlich 4.129 Deutsche eingegliedert worden. Trotzdem bemühte sich das Außenministerium nach der Übertragung sehr schnell, neue Bevölkerungszahlen zu ermitteln.

bezüglich in den Auftragsgebieten gelegener Güter, die in Deutschland wohnhaften Personen gehörten.[212]

Die eigentliche Übergabe des Gebiets an Bolle verlief betont unspektakulär. Der General begab sich lediglich mit einigen hohen Beamten und einem Vertreter der britischen Besatzungsmacht nach Bildchen. Die Regierung hatte sogar angeordnet, auf das Hissen der belgischen Fahne in den beiden größten Ortschaften, Bildchen und Losheim, zu verzichten, »um der Eingliederung dieser Gebiete in Belgien keinen Charakter einer Eroberung zu geben«.[213] Der Gegensatz zur Errichtung des »Gouvernement Eupen-Malmedy« knapp dreißig Jahre zuvor hätte nicht größer sein können.

Am 10. Januar 1920 hatte hier Generalleutnant Herman Baltia als Hoher Kommissar der belgischen Regierung die Spitze eines Übergangsregimes übernommen, das während fünf Jahren die politischen und administrativen Aufgaben in den neubelgischen Gebieten ausübte. Dabei besaß Baltia sowohl die exekutive als auch die legislative Macht. Es wurde eigens ein »Amtsblatt« mit den gesetzlichen Bestimmungen für Eupen-Malmedy geschaffen. Das Parlament in Brüssel stimmte jedoch über Baltias Jahreshaushalt ab. Es konnte außerdem »über den Kopf des Hohen Kommissars hinweg« Gesetze für Eupen-Malmedy beschließen.[214] Der damalige Premierminister Léon Delacroix hatte in einem Brief an Baltia seine Erwartungen definiert: »Sorgen Sie dafür, dass alles gut geht und nicht zuviel kostet. Sie werden wie der Gouverneur einer Kolonie sein, die unmittelbar Kontakt zum Mutterland hat.«[215]

Jedoch hatte auch Bolle den Eindruck einer großen Machtfülle. So bemerkte er gegenüber dem Journalisten Kurt Grünebaum, er könne »rein rechtlich Diktator spielen wie Stalin oder Franco. Für alle Verwaltungsangelegenheiten habe ich Vollmacht.«[216] Eine Einschränkung bestand jedoch über die gesamte Existenz der Auftragsgebiete. Trotz einer entsprechenden frühen Forderung des Senatsausschusses für Auswärtige

212 AMAEB, 12891 (II), Proklamation. Der Militärkommandant der an Belgien übertragenen Gebiete, 23.4.1949 (in deutscher und französischer Sprache).

213 *Grenz-Echo*, 23.4.1949, S. 3 (Die Zeitung erschien damals nachmittags und konnte daher auf die Ereignisse am Morgen eingehen). Anwesend waren General Bolle, Zollinspektor Lannoy [und nicht Lamoy, wie das »Grenz-Echo« schrieb], Inspektor Simon von der *Sûreté Publique*, Major Delmotte, Verbindungsoffizier in Aachen, sowie Hauptmann Lunn, Chef des britischen *Frontier Control*. Vgl. Herbert Ruland, Kuriositäten an der deutsch-belgischen Grenze: von Bolleniern und Neutralen, in: *GrenzGeschichte DG*, Rundbrief, Sommerausgabe 2006, S. 6–8; Alfred Bertha, Vor vierzig Jahren: Das Ende »Bolleniens«, in: *Im Göhltal*, August 1998, S. 29–62 (hier: S. 44).

214 Mießen und Cremer, *Spuren*, S. 9; Brüll, Un passé mouvementé, S. 26–28. Dort auch zahlreiche Literaturverweise.

215 Zitiert nach: Cremer und Mießen, *Spuren*, S. 9.

216 So zitierte ihn Grünebaum zumindest in einem Nachruf; vgl. *Grenz-Echo*, 25.10.1971, S. 5.

Angelegenheiten hat es nie einen Gesetzesentwurf zur Eingliederung des Gebiets in den belgischen Staat gegeben.[217] Im Falle Eupen-Malmedys hatte die definitive Eingliederung nie in Frage gestanden. Der Versailler Vertrag hatte eine Volksbefragung vorgesehen, die durch belgische Beamte organisiert worden war. Alle Strukturen, alle Handlungen in »Bollenien«, wie das Gebiet nunmehr im Volksmund genannt wurde, standen im Zeichen der Vorläufigkeit.[218]

Aufgrund der geringen Größe der übertragenen Gebiete hatte man sie zu einer Gemeinde zusammengefasst. Diese hatte in dem Provinzialbeamten Joseph Gouder de Beauregard, der schon für die Baltia-Administration gearbeitet hatte, sogar eine Art eigenen Bürgermeister. Eine Gemeindevertretung gab es jedoch nicht.[219] Es gab einen Feldhüter, ein eigenes Postamt und einen Gemeindesekretär.[220] Die Organisation des Gerichtswesens bildete ein Kuriosum. Es wurde ein Sondergericht eingesetzt, gegen dessen Urteile keine Berufung möglich war. Allerdings musste dort über die gesamte Existenz der Auftragsverwaltung auch kein Kapitaldelikt verhandelt werden. Im Gefängnis der nahe gelegenen Stadt Verviers waren sogar Zellen für Straftäter aus »Bollenien« reserviert. Recht gesprochen wurde auf der Grundlage belgischen, deutschen und sogar rheinischen Rechts. Selbst eine eigene Eidesformel musste gefunden werden, da man nicht auf die »Gesetze des belgischen Volkes« schwören konnte.[221] Die interministerielle Konferenz hielt die diesbezüglichen Schwierigkeiten sogar für so groß, dass sie eine schnelle tatsächliche Eingliederung des Gebietes in den belgischen Staat rechtfertigten.[222]

Nach der Errichtung der Auftragsverwaltung ergriffen die belgischen Stellen einige Sofortmaßnahmen.[223] So wurden ein eigenes Personenstandsregister eingerichtet und Zollregelungen eingeführt. Demnach wurden Importe aus Deutschland mit den üblichen Abgaben belegt. Die Bevölkerung erhielt zudem Grenzpassierscheine, um an zwei Tagen im Monat Verwandte im Bundesgebiet besuchen zu können. Nach Genehmi-

217 AdG, (19) 1949, S. 1922–1923 (6.5.1949).

218 Wenn man einmal von dem »historischen Moment« absieht, in dem das Gebiet belgischen Strom erhielt. Vgl. *Grenz-Echo*, 31.1.1950, S. 3: »Ein ›historischer Moment‹ in Bildchen. Belgischer Strom für die abgetrennten Gebiete«.

219 HStAD, NW 397, 184, Regierungspräsidium Aachen an Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 23.3.1953.

220 Bertha, Vor vierzig Jahren …, S. 47.

221 Ebenda, S. 51–54.

222 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, *Note pour le conseil des ministres relative à l'administration des territoires compris dans la rectification de la frontière belgo-allemande*, 19.9.1949.

223 AMAEB, 12891 (II), Protokoll zur Sitzung im Innenministerium [*Administration des Affaires provinciales et communales. Cantons de l'est*], 8.7.1949.

gung durch die Verwaltung konnten auch ständige Passierscheine zum Grenzübertritt für Schüler und Arbeitnehmer ausgestellt werden.[224] Für die Schüler wurde jedoch im September 1949 eine Schule in Bildchen und später in Losheim eingerichtet.

Im Juni 1949 entschied Arbeitsminister Troclet, den Bewohnern der Auftragsgebiete mit einem Arbeitsplatz in Belgien eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, »die ihnen selbstverständlich nicht verweigert wird. Sie profitieren damit vom Statut der privilegierten Ausländer.«[225] Die heikelste Aufgabe bildete jedoch der Geldumtausch. Dies galt ganz besonders für die in Deutschland tätigen Arbeitnehmer. Es scheint, als ob der Wechselkurs für diese Gruppe bedeutende Verluste mit sich gebracht hat. Auch für die Rentner und Pensionäre dauerte es Monate, bis eine Lösung gefunden werden konnte.[226]

Seitdem sich die interministerielle Konferenz mit der Auftragsverwaltung befasst hatte, war die Frage ihres Budgets strittig geblieben. Sollte es dem Verteidigungs- oder dem Innenministerium zugeordnet werden? Hier sollte schließlich der Ministerrat über ein Sonderbudget entscheiden.[227] Die finanzielle Situation gestaltete sich jedoch zu Beginn recht schwierig. So sah der Haushaltsentwurf für das Jahr 1949 ein erhebliches Defizit vor.[228] Auch hier erkannte die interministerielle Konferenz Argumente für eine tatsächliche Eingliederung des Gebiets.[229] Ein eigenes Budget existierte für die soziale Sicherheit. Für das Jahr 1949 verzeichnete man zunächst ein Defizit, in den folgenden Jahren der Auftragsverwaltung erzielte man jedoch kleinere Überschüsse.[230]

224 Bertha, Vor vierzig Jahren, S. 47. Hiernach seien Transaktionen mit dem belgischen Inland auch so behandelt und nicht mit Zöllen belegt worden. Im Gegensatz dazu bemerkt Pabst, die Zollgrenze nach Belgien habe noch längere Zeit bestanden. Vgl. Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 170.

225 SAE, NL Max Mockel, 1, Léon-Éli Troclet am Generalmajor Bolle, 21.6.1949.

226 Klaus Pabst, Grenzkorrekturen im Westen, in: *Im Göhltal*, August 1982, S. 58. Siehe außerdem zu den Modalitäten des Umtauschs und den diesbezüglichen Abstimmungen mit der britischen Besatzungsmacht während der ersten Wochen den Briefwechsel zwischen Spaak und General Goethals; vgl. AMAEB, 12891 (II), Goethals an Spaak, 28.4.1949; Spaak an Goethals, 7.5.1949.

227 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, Vermerk für den Herrn Minister, 27.1.1949.

228 AMAEB, 12891 (II), *Projet de budget des territoires tranférés à la Belgique. Exercice 1949*, s.d. Das Defizit belief sich auf 10.100.830 Belgische Franken, da man Ausgaben von 10.750.830 BF Einnahmen in Höhe von 650.000 BF gegenüberstellte. Allerdings ging man von weiteren Einnahmen in Höhe von 5.150.000 BF aus, die entweder direkt in die belgische Staatskasse flossen oder erst zu einem späteren Zeitpunkt eingenommen werden konnten.

229 AMAEB, 12891 (II), *Projet de note pour le Conseil des Ministres relative à l'administration des territoires compris dans la rectification de la frontière belgo-allemande*, 29.8.1949.

230 SAE, NL Max Mockel, 5, *Récapitulations de la sécurité sociale du commandement militaire (1949–1957)*, s.d.

Insgesamt wird man festhalten können, dass die belgischen Behörden ihr Möglichstes taten, um die Situation erträglich zu gestalten. Dies geschah jedoch ohne großen Enthusiasmus, was mit der allzu geringen Größe und dem von allen Seiten empfundenen vorläufigen Charakter der Verwaltung erklärt werden kann.

Deutsche Blicke auf die Auftragsverwaltung

Die deutschen Behörden, von der Landesregierung bis hin zu den Kreisdirektionen, haben die unter Auftragsverwaltung stehenden Gebiete niemals aufgeben. Karl Arnold formulierte dies in einer Rede in Düsseldorf am 11. August 1949: »Um so notwendiger ist es, dass wir uns stets folgendes vor Augen halten: Die in Frage kommenden Gebiete sind nicht etwa rechtsgültig annektiert, sondern sie unterstehen nur provisorisch der niederländischen, belgischen, luxemburgischen, französischen, polnischen und sowjetischen Verwaltung. Diese Gebiete sind nach wie vor deutsch und ihre Bewohner sind nach wie vor deutsche Staatsbürger.«[231] Arnolds Mitarbeiter, der Diplomat Theo Kordt, beharrte in diesem Zusammenhang in einer Denkschrift auf der Vermeidung von Begriffen wie »Grenzberichtigung« und »Grenzbegradigung«.[232] Für ihn hatten Losheim und Bildchen aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker »grundsätzliche Bedeutung«.[233] Ein besonderer Beobachterstatus kam naturgemäß dem Grenzausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags zu, auch wenn dieser sich in erheblich größerem Maße mit den unter niederländischer Auftragsverwaltung stehenden Gebieten befasste.[234]

Im belgischen Fall konzentrierte sich das Interesse auf die beiden größeren Ortschaften Bildchen und Losheim, wobei die deutschen Stellen zwischen beiden Dörfern differenzierten. Während man für Bildchen den eindeutigen Wunsch nach einer Rückkehr nach Deutschland ausmachte, war man sich im Fall der Losheimer nicht so sicher. In Bildchen lebten vorwiegend Beamte und Angestellte, die im nahen Aachen ihr Geld verdienten.[235] In Losheim dominierte die landwirtschaftliche Aktivität. Die Bauern standen dort vor den Problemen des »grenzdurchschnittenen Grundbesitzes« sowie des »sequestrierten Landbesitzes« und nicht wenige unter ihnen glaubten, diese Situation

231 *Für Selbstbestimmung*, S. 34.

232 IfZ, ED 157, Bd. 9, Denkschrift Theo Kordt, September 1949.

233 PAAA, B 24/144, S. 183, Theo Kordt an Blankenhorn, 16.8.1951.

234 Vgl. für den niederländischen Fall: Wolfgang Woelk, Die niederländischen Grenzkorrekturen 1949–1963 in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen und in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete, in: *GiW*, 1994 (1), S. 32–51.

235 HStAD, BR 1058, 117, Dr. Breuer, Stadtkämmerer Aachen, an Regierungspräsidium Aachen, 19.6.1952.

sei nur bei einer Eingliederung durch Belgien zu lösen.[236] Gemeinsam waren diesen beiden Lokalitäten jedoch die strukturellen Schwierigkeiten ihrer Situation. Wirtschaftlich war das Gebiet ausgesprochen unattraktiv, da es durch sein Statut kaum Investitionen von belgischer Seite anziehen konnte. Einige Unternehmen verloren ihre traditionellen Absatzmärkte und mussten Konkurs anmelden. Viele konnten sich in einer ersten Zeit nur durch die Aufträge der Militärverwaltung über Wasser halten.[237] Dazu kamen die teuren Lebenshaltungskosten, die 100 Prozent über den deutschen Verhältnissen lagen. Dies machte im Übrigen einen großen Unterschied zum Selfkant aus, der unter niederländischer Verwaltung eine vorteilhaftere Situation vorfand.[238]

Im Auftrag Karl Arnolds und unter dem Deckmantel seiner Funktion als Chefredakteur der *Aachener Volkszeitung* unternahm der Landtagsabgeordnete Josef Hofmann im März 1951 eine Fahrt nach Losheim, um dort Erkundigungen über die Situation der Bewohner einzuholen. Er gelangte zu der Auffassung, Belgien scheine »wirklich darauf hinzuarbeiten, eine Abstimmung in Losheim stattfinden zu lassen, weil es überzeugt ist, dass bei der Fortsetzung der gegenwärtigen klugen, ja hinterlistigen Politik gegenüber Losheim ein ganz klarer Abstimmungserfolg […] herauskommt«. Man wirke auf die Menschen ein, dass »Eupen und Malmedy nach dem ersten Weltkrieg eine gute Entwicklung genommen hätten […]. Die Verhältnisse wären eindeutig, wenn es sich um eine Entscheidung zwischen Deutschland und Altbelgien handeln würde. Aber Belgien rechnet ja darauf, dass auch Eupen-Malmedy deutsche Bevölkerung hat, und dass man deshalb eine Abstimmung für Belgien nicht als eine Entscheidung für Altbelgien, sondern als eine Entscheidung für das Zusammensein mit Eupen-Malmedy auffassen würde.«[239] Wie Hofmann, der sich zuvor zumeist als ein scharfsinniger Beobachter der Grenzsituation erwiesen hatte, zu diesem Urteil gelangen konnte, muss freilich hinterfragt werden. Man kommt nicht umhin, Parallelen mit den Ereignissen der ersten Nachkriegsjahre festzustellen. Während damals über den Umfang der Gebietsforderungen spekuliert wurde und einige belgische Besatzungssoldaten Positionen vertraten, die nicht mit denen ihrer Regierung übereinstimmten, so sprachen auch nun wieder einige Soldaten von Abstimmungen, obwohl diese in der belgischen Regierungspolitik

236 HStAD, NW 190, 445, Lage der unter holländischer und belgischer Verwaltung stehenden Grenzgebiete (3. Sitzung des Grenzausschusses), 17.11.1950; vgl. Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 171.

237 SAE, NL Max Mockel, 5, Mockel an Regionaldirektion des FNAMI, 11.12.1950.

238 HStAD, BR 1058, 117, Oberstadtdirektor Aachen an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 4.12.1950; HStAD, NW 190, 478, Regierungspräsidium Aachen [gez. Rombach] an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 19.8.1952; vgl. Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 171.

239 HStAD, NW 397, 243, Josef Hofmann an Karl Arnold, 16.3.1951.

immer wieder ausgeschlossen worden waren. So äußerte der Chefsergeant der Militärverwaltung Malempré im Jahr 1952 die Überzeugung, bei einer Abstimmung würden die Bewohner Bildchens für Deutschland optieren, wohingegen die Losheimer die Eingliederung durch Belgien wünschten.[240]

Ein weiteres Ärgernis für die deutsche Seite war die belgische Schulpolitik in den Auftragsgebieten. Hofmann berichtete an Arnold, es gebe drei Lehrpersonen für 48 Kinder, was »natürlich später auch von Belgien nicht mehr aufrechterhalten werden [kann]«. Außerdem würde ab dem ersten Schuljahr Französischunterricht erteilt. »Die Schule unterscheidet sich in Lehrplan und Unterrichtsmitteln in nichts mehr von den belgischen Schulen in Eupen und Malmedy.«[241] Andere Beobachter prangerten die mangelnden Deutschkenntnisse der Lehrpersonen an, »was selbstverständlich in der Schulbildung sehr gut zu spüren ist«.[242] Diese Assimilierungstendenzen erinnerten tatsächlich an die gleichzeitig in Eupen-Malmedy verfolgte Schulpolitik, die eng mit der Säuberung des deutschsprachigen Lehrkörpers in den Nachkriegsjahren verbunden war. Die ostentative Benutzung der französischen Sprache demonstrierte in den so genannten »Ostkantonen« das Bekenntnis zum »Belgisch sein«. So wurde der Unterricht in den Mittelschulen dort ausschließlich in französischer Sprache erteilt.[243]

Ein undatierter und unsignierter Bericht, der wahrscheinlich aus der Schleidener Kreisverwaltung stammt, befasste sich in dieser Zeit mit der Frage, warum so viele Losheimer »nach Belgien tendieren«. Der Verfasser hielt jedenfalls fest, er vermöge »wirklich nicht zu sagen«, wie das Ergebnis einer Abstimmung ausfallen könnte. Auch hier wurde dies zu einem Gutteil an der belgischen Schulpolitik festgemacht. »Die nach Losheim geschickten Lehrerinnen [sind] pädagogisch äußerst geschickt und fanatische Belgierinnen.« Wiederum gingen alle Überlegungen von der Prämisse einer Abstimmung aus. »Solchen Machenschaften kommt die Mentalität der Bewohner sehr entgegen. Denn die Losheimer lassen sich schnell einschüchtern. Ob das dem Einfluss des Dritten Reichs zu verdanken ist? Vielleicht! Tatsache ist jedenfalls, dass man es kaum wagt, seine deutsche Gesinnung offen zur Schau zu tragen, aus Furcht, man könne dadurch großen Nachteil haben oder bestraft werden.«[244]

240 HStAD, BR 1058, 117, Oberkreisdirektor Schleiden an Regierungspräsident Aachen, 21.6.1952.

241 HStAD, NW 397, 243, Josef Hofmann an Karl Arnold, 16.3.1951.

242 HStAD, BR 1058, 117, Oberkreisdirektor Schleiden an Regierungspräsident Aachen, 21.6.1952; HStAD, NW 190, 478, Regierungspräsidium Aachen [gez. Rombach] an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 19.8.1952.

243 Cremer, Von den ›Inciviques‹, S. 102–107; Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2.

244 HStAD, NW 190, 488, Kurzer Lagebericht über das zur Zeit unter belgischer Verwaltung stehende Losheim/Kreis Schleiden, s.d. (Auch in: HStAD, BR 1058, 117).

Für Klarheit hätten in dieser Angelegenheit nur die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Belgiens sorgen können. Diese stockten jedoch, wie später noch zu zeigen sein wird. Ein einflussreicher Beamter wie der Bezirkskommissar Henri Hoen, der die Regierungspolitik in den »Ostkantonen« vertrat, äußerte recht schnell seine »private Meinung«, in der er eine Rückgabe an Deutschland befürwortete.[245] Hoen blieb in der Folge bei dieser Meinung und äußerte sie im September 1953 sowohl gegenüber dem neuen belgischen Botschafter in Deutschland, Baron de Gruben, als auch gegenüber dem Aachener Regierungspräsidenten.[246]

Dass auch vier Jahre nach der belgischen Verzichtsentscheidung und der Errichtung der Auftragsverwaltung die scheinbar so nebensächliche Frage der Grenzkorrekturen für Verwicklungen sorgen konnte, zeigte ein an sich marginales Ereignis im Herbst 1953. Am 2. September 1953 weihte der Aachener Regierungspräsident eine Schule in dem Weiler Kehr ein. Kehr war eigentlich ein Ortsteil Losheims, war jedoch nicht durch die Grenzverschiebungen von 1949 betroffen, was zur Folge hatte, dass das Örtchen eine nordrhein-westfälische Enklave in Rheinland-Pfalz bildete. Die Bewohner hatten sich jedoch gegen Düsseldorfer Pläne eines Wechsels der Landeszugehörigkeit ausgesprochen.[247] Der Regierungspräsident sprach in seiner Rede in Bezug auf die Schule von einem Provisorium, und er hoffe, »dass in nicht ferner Zeit in einem freundschaftlichen Gespräch mit unserem belgischen Nachbarn […] eine Lösung gefunden wird, auf dass alsdann der Ortsteil Kehr wieder mit der Muttergemeinde Losheim vereinigt wird und die Kinder der ganzen Gemeinde wiederum in einem ordentlichen Schulsystem zusammengefasst werden können«.[248]

Die Vervierser Zeitung *Le Jour* leitete aus dieser Rede ab, dass eine Rückgabe der betroffenen Gebiete kurz bevorstehe. »Man weiht eine Schule ein und erklärt von höchster Stelle, dass sie dazu bestimmt sei, in wenigen Tagen die jungen Deutschen, die wieder in die Heimat zurückgeführt seien, aufzunehmen.«[249] Der Regierungspräsident sandte daraufhin eine Kopie seiner Rede nach Düsseldorf, um die Vermutungen des belgi-

245 HStAD, BR 1058, 117, Sonderreferat – Aktenvermerk [gez. Rombach], 11.12.1951.

246 HStAD, NW 397, 244, Regierungspräsident Aachen an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 14.9.1953.

247 HStAD, NW 179, 77, Vermerk der Staatskanzlei, 1.8.1949; Restgemeinde Losheim (Kehr) an Staatskanzlei, 5.9.1949; Innenminister Menzel an Ministerpräsident Arnold, 5.9.1949; Vermerk der Staatskanzlei, 3.10.1949.

248 HStAD, NW 190, 488, Ansprache des Regierungspräsidenten von Aachen bei der Einweihung der Schule in Kehr am 2. September 1953, s.d.

249 HStAD, NW 190, 488, Eine Anfrage des »Jour«. Auf deutscher Seite spricht man wieder über die Abtretung von Losheim an Deutschland, [Übersetzung eines Artikels aus *Le Jour*], 27.9.1953.

schen Blattes zu entkräften.[250] In der Zwischenzeit war aber von anderer Stelle Klärung erfolgt. Henri Michel fragte sich im *Grenz-Echo*, ob es sich bei dem Vervierser Artikel um eine bewusste Falschaussage oder um eine falsche Übersetzung der Rede handele. Jedenfalls habe der Regierungspräsident nur das gesagt, was Karl Arnold seit 1949 immer wieder ausgesprochen habe. In Brüssel wisse man außerdem nichts von einem Abschluss der Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien. Auf die Bemerkung des *Jour*, Belgien habe Millionen in den betreffenden Gebieten investiert, hieß es lapidar, dies sei »nicht neu«. Michel rechnete es sich und seiner Zeitung hoch an, stets gegen weiträumige Gebietsforderungen gewesen zu sein. »Glücklicherweise blieben in Brüssel, als die Entscheidung über die Grenzkorrekturen gefällt wurde, Vernunft und Mäßigung Sieger. […] Dass vereinzelte Unbelehrbare dies bedauern und noch heute ihren entschwundenen Luftschlössern nachtrauern, kann uns vollkommen gleichgültig sein. Um auf die Ausführungen und Hoffnungen des Aachener Regierungspräsidenten zurückzukommen: Kein Mensch kann demselben natürlich verbieten, irgendwelche Hoffnungen zu hegen. Genau so wenig, wie man es Belgien und seinen zuständigen Persönlichkeiten nicht verwehren kann, ihrerseits auf gewisse Grenzfragen hinzuweisen, die es nicht weniger wert sind, einmal in aller Ruhe und Abgeklärtheit in einem ›freundschaftlichen Gespräch‹ erörtert zu werden. Wenn der Aachener Regierungspräsident in so unmissverständlicher Weise auf das belgischerseits gezeigte Verständnis und Entgegenkommen […] hinwies, so dürfte es wohl als ein Zeichen dafür angesehen werden, dass es auf unserer Seite nicht an gutem Willen fehlt.«[251]

Damit hatte Michel den Kern getroffen. Mit den Entscheidungen von 1949 war letztlich das Grenzproblem nicht geregelt, waren keine Endgültigkeiten geschaffen worden. Stattdessen hatte man das Problem Belgiern *und* Deutschen zurückgegeben, was Einseitigkeiten zukünftig möglichst ausschließen sollte.

250 HStAD, NW 190, 488, Regierungspräsident Aachen an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 16.10.1953.

251 *Grenz-Echo*, 3.10.1953, S. 1.

6. Fazit

»Unter den derzeitigen Bedingungen kann unsere Besatzungsarmee nicht als ein Instrument einer Politik betrachtet werden, die unseren Forderungen mehr Gehör verschaffen würde. Insbesondere hat die Präsenz unserer Truppen in Deutschland keine Auswirkungen auf die Grenzfrage und wird auch zukünftig keine solchen haben.«[1] Das Urteil war eindeutig: Zwei Wochen nach der Übernahme deutscher Grenzgemeinden durch eine belgische Auftragsverwaltung und zwei Wochen vor der Gründung der Bundesrepublik wurde die seit 1942 noch im Londoner Exil konzipierte Präsenzpolitik im Außenministerium für gescheitert erklärt. Die kleine Besatzungsmacht Belgien schien machtlos. Die Deutschlandpolitik wurde nicht gestützt durch die Präsenz belgischer Truppen auf dem Boden der Besiegten. Im Gegenteil sorgte die Abhängigkeit von den Briten hauptsächlich für Frust. Symbolisch hierfür stand die Verlegung der 2. Infanteriedivision nach Westfalen im Jahr 1947, mithin ein Gebiet, in dem belgische Interessen eigentlich nicht existierten. Noch gravierender nahmen sich die monatelangen vergeblichen Versuche zur Errichtung einer belgischen Militärregierung aus. Doch war dieses Scheitern vor allem ein Scheitern der Elemente traditioneller Nachkriegspolitik, die auf einer Bestrafung der besiegten Länder durch möglichst weitreichende Reparationen basierte. Versagt hatten alle Nachkriegskonzeptionen, die sich weitestgehend auf die Erfahrungen von 1918 gestützt hatten. Handelte es sich demnach um ein Scheitern auf der ganzen Linie? Oder näher an den Quellen gefragt: War das belgische Prestige in der Deutschlandpolitik wirklich so schwach, wie es die Kritiker der Spaakschen Außenpolitik in den Zeitungen und Parlament suggerierten?

Es war vor allem die durch die Königsfrage bedingte innere Zerrissenheit des Landes, die auch die Auseinandersetzungen um die belgische Militärpolitik in Deutschland dominierte. Die schwache, ja in manchen Bereichen quasi inexistente Autorität der Regierungen in den Jahren 1944/1945 schuf dort ein Vakuum, wo Teile der Öffentlichkeit und vor allem auch die Soldaten auf deutschem Boden politische Führung erwartet hätten. Diese Zögerlichkeit sorgte in den ersten beiden Jahren nach der Befreiung oftmals für Unruhe. Disziplinlosigkeit mit germanophobem Hintergrund, die auf der Offiziersebene toleriert oder sogar gefördert wurde, war das Resultat. Der Versuch, die Kontakte der belgischen Soldaten mit der deutschen Zivilbevölkerung auf ein Mini-

1 AMAEB, 12260 (1949–1950), *Justification de la présence de troupes d'occupation belge en Allemagne*, Vermerk der Politischen Abteilung, 7.5.1949.

mum zu beschränken, zeitigte somit keine nachhaltige Wirkung. Das Gefühl moralischer Überlegenheit gegenüber den Deutschen, aber auch gegenüber britischen und amerikanischen Besatzern war omnipräsent.

Ein langsamer, vorsichtiger Wandel setzte im Frühjahr 1947 ein. Die Bedingungen der internationalen Politik ließen die Trennlinien des Kalten Kriegs auch für die belgische Politik und Öffentlichkeit immer deutlicher hervortreten. Der Antikommunismus wurde als Zement des Verhältnisses der Belgier zu den Deutschen zumindest angerührt. Auf innenpolitischer Ebene war es die Bildung einer Koalition aus Sozialisten und Christlichsozialen, die eine entscheidende Wende markierte. Premierminister Spaak hatte nunmehr die größten Kritiker seiner Außenpolitik in seinen Reihen – abgesehen von den in die Opposition verbannten Kommunisten. Die neue Regierung verlagerte auch den Schwerpunkt belgischer Außenbeziehungen von London nach Washington. Die bereits im Londoner Exil artikulierten Hoffnungen auf eine britische Führung in Europa nach Kriegsende hatten sich zerschlagen, die Umstände des Ost-West-Konflikts ließen dann den Einfluss Washingtons stetig anwachsen – auch wenn die Konzeption eines Europa als »Dritte Kraft« zwischen den Supermächten in Belgien durchaus einige Anhänger besaß.

In diesen Kontexten galt es, Deutschlandpolitik zu machen. Spaak lavierte, zögerte und prüfte lange, bevor er im Herbst 1946 endgültig Abschied von einem auf Reparationsforderungen gestützten Kurs nahm. Der schmerzlose Abgesang auf die zunächst erheblichen wirtschaftlichen Forderungen verdeutlicht dies. Im Zentrum standen dabei neben der Notwendigkeit der westdeutschen Wirtschaft für den belgischen Markt eindeutig sicherheitspolitische Erwägungen. Die Vermeidung zukünftiger Auseinandersetzungen genoss Priorität vor einer als angemessen betrachteten Kompensation für den Zweiten Weltkrieg, der für Belgien die zweite Okkupation innerhalb eines Vierteljahrhunderts mit sich gebracht hatte. Dies markierte eben auch den entscheidenden Unterschied zu den Niederlanden. Dort hatte der 10. Mai 1940 das Trauma ausgelöst, das die Belgier am 2. August 1914 erlebt hatten. Und genau wie 1940 nicht 1914 war, war 1945 auch nicht 1918. Schon die Annexionsforderungen nach dem Ersten Weltkrieg waren nur das Projekt einer kleinen Elite, die sich der Unterstützung einer französischsprachigen Oberschicht erfreute.[2] Die Hauptakteure, die sich im *Comité de Politique Nationale* zusammengeschlossen hatten, fand man auch 1945 wieder – allen voran Pierre Nothomb. Doch war der politische und gesellschaftliche Rückhalt des »Belgischen Rheinkomitees« nur noch sehr gering. Einfluss hatten sie in den Kreisen, für die die belgische Nation immer noch auf der »belgischen Zivilisation« beruhte, die der bedeutende His-

2 Vgl. Robert Devleeschouwer, L'opinion publique belge, S. 207–238.

toriker Henri Pirenne in seiner belgischen Geschichte geprägt hatte. Doch lag hier keine zukunftsträchtige Perspektive vor. Zumal die Flamen konnten sich mit diesem Geschichtsbild, das Belgien als den Staat einer frankophonen Bourgeoisie zeigte, nicht abfinden. Andererseits gab es für die flämische Öffentlichkeit viele gute Gründe, in der Deutschlandpolitik bis auf wenige Ausnahmen keine lauten Töne anzustimmen. Dies hätte automatisch die ohnehin kontroversen Debatten um die Kollaboration von Teilen der flämischen Bewegung befeuert.

Die entscheidende Prägung der politische Verantwortlichen, die eine zurückhaltende Deutschlandpolitik forderten, lag demgegenüber eindeutig in der gruppenbiographischen Erfahrung des Exils. Damit einher geht auch der Befund, dass Generationszusammenhänge keine große Rolle spielten. Auch wenn Paul-Henri Spaak der einzige war, der über einen langen Zeitraum im Amt war und somit die Abkehr von der Neutralitäts- zur Interdependenzpolitik symbolisierte, so hatten doch zahlreiche Minister der Nachkriegszeit und etliche Diplomaten diese Erfahrung mit ihm gemein. Die wichtigste Einsicht dieser Männer war die Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Das Scheitern der Vorkriegspolitik wurde an der Abwesenheit von Bündnissen und Kooperation festgemacht. Der noch in London geschlossene regionale Zusammenschluss Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs sollte hier die Basis einer neuen Politik bilden. Die Studie hat bis hierin gezeigt, wie auch in der Politik gegenüber dem besetzen Deutschland eine gemeinsame Haltung den Benelux-Ländern zu einem Gewicht verhalf, das weitaus größer war als ihr Status als kleine Macht. Umgekehrt waren es auch die aus der unterschiedlichen Einordnung der Erfahrung 1940 resultierenden unterschiedlichen Auffassungen, die eine kohärente, einstimmige Politik oftmals verhinderten. Die Teilnahme an der Londoner Konferenz im Frühling 1948 kann hier hingegen als Erfolg verbucht werden, auch wenn die drei Kleinen nicht überall ein Mitspracherecht eingeräumt bekamen.

Die Beziehungen zwischen Nachbarnstaaten betreffen naturgemäß zunächst die Grenzregionen. Die belgischen Reparationsforderungen hatten sowohl in wirtschaftlicher, wie auch in territorialer Hinsicht erhebliche Folgen auf die Grenzbevölkerung. Auch hier bildete die Analogie zu 1918 einen wichtigen Punkt. Die Eingliederung Eupen-Malmedys durch Belgien und die damit verbundene Veränderung des Grenzverlaufs nach 1920 waren auch nach 1945 Grundlage der Debatten. Als erste Maßnahme riegelte die belgische Regierung die belgisch-deutsche Grenze ab. Die Ereignisse der Zwischenkriegszeit in Eupen-Malmedy führten in den Nachkriegsjahren zu einer forcierten Assimilationspolitk, in der die Bevölkerung zum Landesinneren orientiert werden sollte und kein Platz für sozio-kulturelle Kontakte an der Grenze sein durfte. In Deutschland stachen die deutschen Reaktionen auf die belgischen und niederländischen Forderungen hervor. Selbst wenn es sich um (im belgischen Fall) wenige Quadratkilo-

meter handelte, so erschien dies den Deutschen als unannehmbar. Dieselben Umstände und Argumente, die die belgische Regierung auf eine gemäßigte Linie einschwenken ließen, wurden von deutscher Seite zur Ablehnung sämtlicher Forderungen benutzt. Dabei handelte es sich hauptsächlich um einen recht diffusen Europadiskurs.

Viele Grenzbewohner wurden von Diskussionen um Europa und den Wesenskern der deutschen Nation nicht berührt. Sie interessierte vor allem die Wiederherstellung ihrer sozioökonomischen Lebensgrundlagen. Die Freigabe ihrer auf belgischem Gebiet liegenden Wälder und Wiesen hatte für sie existentielle Bedeutung. Die katastrophale wirtschaftliche Lage in den strukturschwachen Gemeinden entlang der Grenze motivierte manche Petition zu einer Eingliederung durch den als wirtschaftlich stark wahrgenommenen belgischen Staat. Die dafür gebrauchten historischen Rechtfertigungen zeigten somit nur ein weiteres Mal, welche Gefahren eine mögliche Legitimationsfunktion von Geschichte birgt. Paradigmatisch hierfür steht die kleine Gemeinde Mützenich, die zunächst alles daran setzte, ihre schwierige Lage durch einen Übertritt nach Belgien zu verbessern. Als dann jedoch im Zuge der Absetzung des Gemeinderates aus Düsseldorf Landeshilfen in hohem Umfang zugesagt wurden, fiel es nicht schwer, in den Schoß der deutschen Heimat zurückzukehren.

Aus der deutschen Staatshoheit entlassen wurden im April 1949 einige kleinere Gemeinden, die provisorisch unter eine belgische Auftragsverwaltung gestellt wurden. In Erwartung eines Friedensvertrags erschien eine definitive Grenzregelung noch nicht möglich. Die alliierten Entscheidungen des Frühjahrs 1949 hatten jahrelangem Warten und Bangen ein Ende bereitet. Die Grenzbevölkerung bezahlte eindeutig den Preis für das langsame Agieren der Regierungen in einem »nachgeordneten Politikfeld«[3]. Die Strategie der westeuropäischen Länder im Kalten Krieg und die großen deutschlandpolitischen Weichenstellungen hatten das Grenzproblem in den Hintergrund gedrängt, mit der Folge, dass die kleine Grenzregion von steter Unruhe geprägt war. Gegen den Willen der übergeordneten Stellen versuchten hier einige Offiziere, pro-belgische Agitation zu schüren. Die Unterstützung durch das »Belgische Rheinkomitee« spiegelte die Vorstellungen der Hardliner von einer Präsenzpolitik wider.

Für die Verfechter einer belgischnationalen Prestigepolitik gegenüber Deutschland war die Entscheidung der Regierung, auf die Eingliederung der Gemeinden Mützenich und Roetgen zu verzichten, schlichtweg unentschuldbar. Man hatte schon wenig gefordert, um wenig zu bekommen, und selbst das wenige Zugesprochene sollte jetzt

3 Der Begriff wurde für die Saar-Problematik gewählt, hat jedoch hier durchaus auch seine Berechtigung. Vgl. Dietmar Hüser, Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld, in: Hudemann, *Grenz-Fall*, S. 99–120.

nicht ausgenutzt werden. Dass die Entscheidung nicht aus Schwäche erfolgte, sondern auf nüchternen ökonomischen Fakten beruhte, ging dabei unter. Dies bot jedoch auf der anderen Seite die Möglichkeit, den Verzicht als eine Geste der deutsch-belgischen Verständigung erscheinen zu lassen. Diese beabsichtigte Wirkung trat denn auch ein und sorgte dafür, dass das deutsch-belgische Verhältnis zumindest auf politischer Ebene recht günstig aussah, als mit der Gründung der Bundesrepublik ein Ansprechpartner auf deutscher Seite ins Spiel kam.

Die belgischen Auseinandersetzungen in der Deutschlandpolitik verliefen während vier Jahren fast entlang der Gegenüberstellung zwischen einer moderaten Haltung und dem nationalen Prestige. Dies führte hin und wieder zu einem sehr unklaren Kurs in dieser Frage. Letztlich setzte sich in den Entscheidungen die pragmatische Linie durch, die auch bei den Briten und Amerikanern große Unterstützung fand. Die Folgen sind ambivalent. Einerseits blieb nach 1949 vieles ungeklärt, vor allem im Hinblick auf die Rolle der belgischen Truppen in Deutschland. Andererseits waren auch Weichen für Annäherungsprozesse gestellt worden.

Teil II
Die »Europäisierung« der deutsch-belgischen Beziehungen

1. Belgiens Platz im neuen Besatzungsstatut

1.1 Truppenstatut, bilaterale Abkommen, Stationierungsverträge

Von der am 11. August 1949 aus Christlichsozialen und Liberalen gebildeten Koalitionsregierung, welche die Sozialisten im Übrigen nicht ganz unfreiwillig erstmals seit Kriegsende in die Opposition versetzte, erhofften sich manche eine neue Orientierung in der belgischen Außenpolitik. So formulierte die katholische *Libre Belgique* mit einigem Sarkasmus ihre Erwartung, das Außenministerium möge unter Paul van Zeeland mehr den belgischen Interessen Rechnung tragen, als es dies unter Paul-Henri Spaak, dem »internationalen Star« getan habe.[1] Während die Hauptkritik am bisherigen Premier- und Außenminister in seiner Haltung in der Königsfrage zu suchen war, sollte es nun jedoch auch mit der Passivität in der Deutschlandpolitik ein Ende haben. Die Verzichtsentscheidung in der Grenzfrage, die erzwungene Räumung Bonns und die untergeordnete Rolle der belgischen Truppen in der britischen Zone verlangten in den Augen der Struyes und Nothombs ein entschiedeneres Auftreten der belgischen Diplomatie.

Zunächst sollte das Verhältnis zu den Briten auf eine vertragliche Basis gestellt werden, um ein akzeptables Statut für die in Deutschland stationierten belgischen Soldaten zu erwirken. Die Gründung der Bundesrepublik und der NATO brachte dabei jedoch zwei neue Akteure ins Spiel. Die »Atlantisierung der britisch-belgischen Sicherheitsbeziehungen«[2] und die »Europäisierung«[3] der deutsch-belgischen Beziehungen schufen in den 1950er Jahren Rahmenbedingungen, die den Handlungsspielraum bei Verhandlungen determinierten und ein Festhalten an traditionellen Prestigevorstellungen immer schwieriger erscheinen ließen. Dies erklärt, warum in regelmäßigen Abständen die Sinnfrage für die Anwesenheit der belgischen Armee in Deutschland gestellt wurde. Von entscheidender Bedeutung war dabei das belgische Engagement in der europäischen Integration und die britische Entscheidung, diesen Weg vorerst nicht zu beschreiten.

1 *La Libre Belgique*, 12.8.1949, S. 1.
2 Deloge, *Coopération*, S. 314.
3 Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 261.

Das britisch-belgische Abkommen vom 23.12.1949

Der regelmäßige Gebrauch von Begriffen wie »Unterordnung«, »Unterwerfung« oder auch »Unterdrückung« für die Beschreibung der belgisch-britischen Militärbeziehungen in Deutschland ließ zum Jahreswechsel 1948/1949 die Aufnahme von Verhandlungen aus belgischer Sicht akut erscheinen. Vor dem Hintergrund der »Bonn-Affäre« und einem gescheiterten belgischen Versuch, ein Junktim zwischen dem Abzug aus Bonn und einer Neuverhandlung des Statuts der belgischen Truppen herzustellen, gestalteten sich die Fühlungnahmen mit *Foreign Office* und *War Office* jedoch schwierig.[4]

Die Politische Abteilung des Brüsseler Außenministeriums betonte in einer Gesprächsaufzeichnung zu einer Besprechung mit dem Leiter des CAMTO, Oberst Woussen, und dem Kabinettschef des Verteidigungsministers, Kommandant Champion, die »Notwendigkeit einer allgemeinen Klarstellung der Bedingungen der belgischen Besatzung«. Es sei angebracht, die Möglichkeit eines Statuts, das »die Pflichten und die Stationierung« der belgischen Truppen in der britischen Zone genau festlege, ins Auge zu fassen. Dabei sei schon im Jahr 1947 als Endpunkt der Besatzung in Deutschland das Jahr 1952 festgelegt worden. Im wahrscheinlichen Falle einer Beendigung der »Kontrollbesatzung« vor diesem Datum sei eine Konzentration auf einige »Schlüsselregionen« angebracht, damit ein Großteil der Truppen nach Belgien zurückverlegt werden könne. Letzteres könne freilich auch durch die Aktivitäten des Brüsseler Pakts erforderlich werden.[5]

Im Zusammenhang mit der Entstehung des Besatzungsstatuts für den neu zu gründenden deutschen Weststaat wurde die Präsenz belgischer Truppen dann nochmals grundsätzlich in Frage gestellt.[6] Der Verfasser eines unsignierten Vermerks der Politi-

4 Deloge, *Coopération*, S. 292 spricht von »affrontement«.

5 AMAEB, 12260 (1949–1950), Vermerk über ein Gespräch zwischen Oberst Woussen und Salmon, 17.1.1949. Das belgische Kabinett hatte im Januar 1948 einen Vorschlag des Verteidigungsministeriums vom Dezember 1947 gutgeheißen, in dem das Jahr 1952 als Endpunkt der belgischen Beteiligung an der Besatzung formuliert worden war. Vgl. *Ministerratsprotokolle*, 17.1.1948, S. 4.

6 Der belgischen Regierung war die Möglichkeit eingeräumt worden, sich zum Besatzungsstatut zu äußern, das am 12. Mai 1949 mit der Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure fertiggestellt worden war [AMAEB, 12260 (1949–1950), *Observations du gouvernement belge sur le projet conjoint du statut d'occupation d'Allemagne*, s.d. (vertraulich)]. Dabei stieß nur die Beschränkung der Nichtzuständigkeit deutscher Strafgerichte auf Staatsangehörige der Besatzungsmächte auf Kritik. Die belgische Regierung wollte eine Ausdehnung auf alle Mitgliedstaaten der UNO, alle Länder, welche mit Deutschland im Krieg gewesen waren, oder zumindest auf die Länder, die eine wie auch immer geartete Rolle bei der Kontrolle in Deutschland spielten.
Bekanntlich wurde das Statut Adenauer am 21. September 1949 bei seinem Antrittsbesuch als Bundeskanzler bei der Alliierten Hohen Kommission übergeben. Der Text bei: Wolfgang Benz,

schen Abteilung machte keinen Hehl daraus, in einem mit der britischen Regierung zu verhandelnden progressiven Abzug der belgischen Truppen die adäquateste Lösung zu sehen. Die Besatzung habe weder politische noch vertragliche Gründe, sie beruhe lediglich auf einer »moralischen Verpflichtung«. Sie mache Belgien in Deutschland unpopulär und bringe keinerlei Kompensation. Wenn die Truppen jedoch bleiben sollten, dann nur als eine »provisorische Besatzung« für die Dauer der »Kontrollbesatzung«. Wenn diese beendet werde, dann sei eine weitere Beteiligung an der Besatzung nur auf der Grundlage eines Statuts, das mit den drei westlichen Besatzungsmächten oder mit den Signatarstaaten des Brüsseler Paktes verhandelt würde, möglich.[7] Insgesamt wurde die Präsenz der belgischen Truppen von den Diplomaten im Außenministerium zu diesem Zeitpunkt immer skeptischer betrachtet.[8]

Auch in der Öffentlichkeit mehrten sich die kritischen Stimmen. Ihr Sprachrohr war der einmal mehr um das belgische Prestige besorgte Pierre Nothomb, der dem Außenministerium einen detaillierten Vermerk zukommen ließ, in dem er anhand zahlreicher Einzelbeispiele die schlechte Behandlung der belgischen Soldaten durch britische Stellen erläuterte.[9] Die Abhängigkeit der belgischen Truppen war den Kritikern ein Dorn im Auge. Zumal sie einerseits mit ihrer Präsenz dafür sorgten, dass Großbritannien Geld und Manpower einsparen konnte, und andererseits Taktik und Strategie der Armeen nunmehr primär vom Hauptquartier des Brüsseler Paktes im französischen Fontainebleau festgelegt wurden.[10] Das Außenministerium war hier um Klarstellung bemüht und antwortete in zwei Schritten. In einem Vermerk wurden die praktischen Probleme wie etwa der Umgang mit belgischen Zivilisten in Deutschland und die immer wieder für Ärger sorgenden Zollkontrollen für belgische Soldaten angesprochen.[11] Für die substantiellen Fragen zur Besatzung hatte man zuvor noch einmal die Prämissen der belgischen Beteiligung aufgezählt. Ohne dass es dazu genaue Bestimmungen gebe, unterständen die Truppen für Besatzungszwecke dem britischen

Die Gründung der Bundesrepublik, S. 167–170. Zur Übergabe mit Adenauers tatsächlichem oder vermeintlichem »Protokollbruch« beim Betreten des Teppichs: Vgl. Vogt, *Wächter*, S. 73–76; Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt, 2004, S. 101–106; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart, 2006, S. 51–52 und 103–104.

7 AMAEB, 12260 (1949–1950), Vermerk der Politischen Abteilung, 10.5.1949.

8 So auch schon der Tenor bei: AMAEB, 12260 (1949–1950), *Justification de la présence de troupes d'occupation belges en Allemagne*, Vermerk der Politischen Abteilung, 7.5.1949.

9 AMAEB, 12260 (1949–1950), Vermerk von Senator Pierre Nothomb, s.d.

10 Deloge, *Coopération*, S. 282–283.

11 AMAEB, 12260 (1949–1950), Generaldirektion der Kanzlei an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 16.5.1949.

Kommando. Das entscheidende Organ sei dabei die Militärregierung, an der Belgien aus rechtlichen Gründen nicht beteiligt sein könne. An dieser Stelle ging der Verfasser auf die bereits geschilderten Bemühungen ein, zumindest auf lokaler Ebene belgische Offiziere zu platzieren.[12] Bemerkenswerterweise war hier von der Skepsis der Vermerke nichts zu lesen, es handelte sich eher um eine nüchterne Auflistung der Probleme, die einer Lösung harrten.

Für weitere Unzufriedenheit bei den belgischen Militärs sorgte dann eine Verwaltungsinstruktion der BAOR, in der die Verantwortung für das 1. Belgische Armeekorps definiert wurde. Darin gelangte dieses »unter direktes Kommando des HQ BAOR für den operativen Bereich«. Die Verwaltung und das Fortbestehen des Armeekorps werde aufgeteilt zwischen der belgischen Regierung und dem HQ BAOR.[13] In einem Vermerk für den Verteidigungsminister widersprach der Chef des belgischen Generalstabs, Baele, dieser Sicht der Dinge. Sie falle hinter die bisherige Situation zurück, da sie die Aufgaben des belgischen Kommandeurs beschneide. Zwar lasse sich die britische Position durch gewisse Bestimmungen des Brüsseler Paktes erklären, doch sei bei Befehlen der Nord-Armee an das belgische Korps eine vorhergehende Information des belgischen Generalstabs unerlässlich.«[14]

Überhaupt schlugen das Verteidigungsministerium und die ranghöchsten Militärs nunmehr härtere Töne an. Im Vorfeld der Konsultationen der Außenminister des Brüsseler Paktes in Luxemburg am 17. Juni 1949, bei denen Robertson den britischen Standpunkt in der Räumung der Frage Bonns dargelegt hatte, legte man eine Liste mit Verhandlungszielen vor.[15] Dabei ging es um das Prestige, die Absichten der Vertragsparteien, die Festlegung des belgischen Sektors, die Beziehung zu den alliierten Organen, das Recht auf Requisitionen und die leidige Frage des juristischen Statuts der belgischen Militärangehörigen und der angehörigen Zivilisten. Hier setzte man in Brüssel voraus, dass nach dem Ersatz der Militärregierung durch die Hohe Kommission ein belgisches Armeekorps nicht von einer Instanz abhängen dürfe, in der Belgien nicht repräsentiert sei.[16] Immer wieder schien die Sorge um das nationale Prestige durch.

12 AMAEB, 12260 (1949–1950), *Délimitation des problèmes posés par l'occupation belge*, 9.5.1949.

13 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/8, *British Army of the Rhine Administrative Instruction. Number 19. Administration of 1st Belgian Corps*, 30.5.1949.

14 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/8, Vermerk des Generalstabschefs, Generalleutnant Baele, für den Verteidigungsminister, 2.7.1949 [geheim].

15 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 852/5, *Synthèse de l'accord à obtenir selon la défense nationale*, 16.6.1949.

16 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 283.

Am 24. Juni 1949 erhielt das *Foreign Office* schließlich den belgischen Vorschlag für ein bilaterales Abkommen. Obwohl man das belgische Vorgehen – die Verknüpfung von Bonn-Abzug und Statut – missbilligte, erkannte man den Gesprächsbedarf der Brüsseler Regierung an. Diese forderte vordringlich eine vertragliche Regelung »anstelle des Austauschs von Telegrammen«. Die Hauptforderungen waren: die Festlegung eines belgischen Sektors, eine Unterscheidung zwischen politischen und militärischen Funktionen, was eine Gleichsetzung des Kommandeurs der Besatzungsarmee mit dem Kommandeur der BAOR bedeutete, eine eigene belgische Jurisdiktion, die gleichen Requisitionsrechte wie die BAOR, die Übernahme der internen wie der externen Kosten der Besatzung durch die deutsche Seite und die Gleichbehandlung von Briten und Belgiern bei den Zollkontrollen. Der Vertrag sollte für eine Dauer von fünf Jahren gelten. Änderungen würden bei Einhaltung eines sechsmonatigen Vorlaufs möglich sein.[17]

Der ehemalige britische Militärgouverneur und nunmehrige Hohe Kommissar Robertson formulierte eine erste Reaktion auf das belgische Ansinnen. Darin verwarf er den Großteil der Forderungen in Bausch und Bogen. Insbesondere die Loslösung des Armeekorps aus der BAOR sei undenkbar. »Ich würde eher einen Abzug der Truppen nach Belgien bevorzugen, als in diesem prinzipiellen Punkt nachzugeben.«[18] Bei einem Treffen der Deutschlandabteilung des *Foreign Office* mit Vertretern des *War Office* wurde die Unmöglichkeit betont, aus Belgien eine von den Alliierten unabhängige Besatzungsmacht zu machen. Eine Gleichsetzung mit den dänischen und norwegischen Truppen sei normal, mehr sei in keinem Fall wünschenswert. Die belgische Haltung wurde von den britischen Diplomaten als überholt und nicht mehr zeitgemäß bezeichnet.[19]

In Brüssel wartete man lange Zeit vergeblich auf eine Antwort aus London. Die Bonn-Affäre mit Pirons Weigerung, den Petersberg zu räumen, gab den Briten Anlass, die Angelegenheit zu verschleppen. Die Reaktion erfolgte dann schließlich Anfang September. Der belgische Text wurde schlicht verworfen. Falls die Belgier den Druck erhöhen wollten, sollten die britischen Unterhändler vermeintliche Schwarzmarktaktivitäten der belgischen Intendanz auf dem Verhandlungstisch ausbreiten.[20]

Trotz dieser Peripetien wurden die britischen Vorbereitungen letztlich intensiviert. Der zum Verhandlungsführer bestimmte Botschafter in Brüssel, Rendel, richtete sich

17 PRO/FO, 1049/1758, *Proposal by Belgian Government concerning participation in the occupation of Germany (translation)*, 24.6.1949.

18 PRO/FO, 371/76752, Robertson an FO, 30.6.1949.

19 Deloge, *Coopération*, S. 293–294.

20 PRO/FO, 371/76757, Mc Lean an Bevin, 31.8.1949. Die Angelegenheit wurde schließlich nicht auf diesem Wege weiter verfolgt, da verschiedene britische Stellen sie auf der militärischen Ebene belassen wollten. Vgl. Deloge, *Coopération difficile*, S. 294.

auf schwierige Gespräche ein.[21] Er betonte zugleich, ein Abschmettern aller Forderungen werde in Belgien nur Bitterkeit verursachen. Man dürfe die Notwendigkeit des Verbleibs unter britischem Kommando nicht mit internen oder administrativen Gründen rechtfertigen, sondern müsse dafür Verteidigungspläne der Westmächte ins Feld führen. So bezog man schlussendlich einige Zugeständnisse mit ein. Der belgischen Besatzungsarmee wurde unter anderem ein Sektor entlang der deutsch-belgischen Grenze in Friedenszeiten zugesichert. Mit diesen Vorschlägen war die britische Verhandlungsposition im September 1949 fixiert.

In Brüssel war man hiervon mittlerweile wieder ein Stück entfernt, da es noch nicht gelungen war, Außenministerium und Verteidigungsministerium auf eine Linie zu bringen. Vor allem General Piron, im Nachgang zur »Bonn-Affäre« immer noch nicht vollends besänftigt, stellte weitgehende Forderungen: »Wir müssen und wir können verlangen, dass Belgien aus militärischer Sicht als vierte Besatzungsmacht [im Westen; C.B.] betrachtet wird.«[22] Die Synthese, die das Außenministerium im Oktober 1949 schließlich erstellte, enthielt dann jedoch kaum noch etwas von den Autonomievorstellungen des Verteidigungsministeriums und erst recht nichts von den prätentiösen Ideen des Generals Piron. Zunächst hielt sie fest, die Schwierigkeiten in Deutschland und die durch die Washingtoner Verträge vom 6. und 8. April bedingten Veränderungen seien eine gute Gelegenheit für eine Festlegung des Statuts der belgischen Soldaten. Die militärischen Verhältnisse würden nunmehr durch den Brüsseler Pakt und die Atlantische Allianz bestimmt, die politischen Beziehungen zwischen britischen und belgischen Behörden in Deutschland seien hingegen neu zu fassen.[23] Diese Zurückhaltung wurde nicht von allen Mitgliedern des wenige Monate alten Regierungsbündnisses geteilt. Vor allem den Leopoldisten ging die Frage des Prestiges des Königreichs über alles.[24]

Der Beginn der Verhandlungen, die mit einer Rede des belgischen Verteidigungsministers Devèze eingeläutet wurden,[25] zeigte recht schnell, auf welch schwachem Fundament die belgische Verhandlungsposition stand.[26] Die Belgier erhielten zwar ihren

21 Ebenda, S. 295 ff. Dort auch das Folgende.

22 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/9, Piron an Devèze, 14.10.1949.

23 Deloge, *Coopération*, S. 298.

24 So erinnerte sich der belgische Verhandlungsführer, der Rechtsberater des Außenministeriums Fernand Muûls. Vgl. Fernand Muûls, *Quarante ans au service de l'Etat, 1919–1959*, s.l., 1994, S. 199–200.

25 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/9, *Allocution de M. le ministre de la Défense Nationale lors de l'ouverture des négociations anglo-belges concernant le statut des Forces Belges participant à l'occupation de l'Allemagne*, 3.11.1949. Im Kabinett war die Eröffnung der Verhandlungen erst kurz zuvor angekündigt worden. Vgl. *Ministerratsprotokolle*, 28.10.1949, S. 12.

26 Deloge, *Coopération*, S. 300–302. Dort auch das Folgende.

eigenen Sektor (*Belgian forces area*), das Prinzip des britischen Oberbefehls musste jedoch anerkannt werden. Der belgische Kommandeur erhielt einen größeren Handlungsspielraum, musste aber den Kommandeur der BAOR von all seinen Entscheidungen in Kenntnis setzen. Drei Fragen blieben offen: die Jurisdiktion über belgische Staatsangehörige in Deutschland, die sich als die komplizierteste Angelegenheit erweisen sollte, die Verbindung zwischen belgischen Einheiten und dem HQ_BAOR sowie die externen Besatzungskosten.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Dezember 1949 kam es zunächst zu erheblichen Spannungen. Die belgische Delegation bäumte sich ein letztes Mal auf, indem sie auf schon erzielte Ergebnisse zurückkam. Die Briten blieben jedoch gelassen, zumal der Hohe Kommissar inzwischen klargemacht hatte, dass ein Abzug der belgischen Soldaten keine schwerwiegenden Folgen nach sich ziehen würde.[27] Zudem waren die Briten not amused über die belgische Zurückhaltung, trotz der Prosperität des Landes »einen angemessenen Beitrag zur *Western Union defence*« zu liefern.[28]

In der Frage der Jurisdiktion brachte Rendel schließlich eine Anrufung der Hohen Kommission ins Spiel. Darauf hin ließ die belgische Delegation ihre Forderungen fallen, da sie sich auf diesem Wege erst recht keine Chancen ausrechnete. Am 9. Dezember 1949 wurde schließlich eine Einigung erzielt. Nach einer letzten Überprüfung durch die einzelnen Abteilungen wurde das Abkommen am 23. Dezember 1949 unterzeichnet.[29] Trotz der Rückschläge wurde es in der belgischen Presse veröffentlicht. Premierminister Gaston Eyskens hatte bei einer Kabinettssitzung die Arbeit der beiden zuständigen Minister gewürdigt, die für Belgien eine Lösung erwirkt hätten, bei der das Gesicht gewahrt bliebe.[30] Im Parlament kam es ein Jahr später nicht einmal zu einer Debatte. Nur die Kommunisten stimmten gegen den Text und die Ausführungsbestimmungen.[31] Die Akzeptanz des Abkommens blieb jedoch vor allem in den Reihen der frankophonen

27 In der Tat hatte Verteidigungsminister Devèze diese Möglichkeit auch im Kabinett erörtert. Vgl. *Ministerratsprotokolle*, 18.11.1949, S. 1–2.

28 Vgl. Dieter Krüger, *Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/1958*, (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 6), München, 2003, S. 141.

29 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/9, *Convention between Belgium and Great-Britain*, 23.12.1949.
Deloge, *Coopération*, S. 302–307 unterzieht das Abkommen einem detaillierten Vergleich mit der belgischen Position bei Verhandlungsbeginn.

30 *Ministerratsprotokolle*, 23.12.1949, S. 1–2.

31 Das Exposé des motifs für das Gesetzesprojekt bei: AMAEB, 12260 (1949–1950), *Projet de loi approuvant la convention entre le gouvernement belge et le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et de l'Irlande du Nord relative au statut des forces belges en Allemagne. Exposé des motifs*,

Konservativen eher bescheiden. Bemerkenswert auch hier die Überschneidungen mit den Frontlinien in der Königsfrage, die das Land zum Jahreswechsel 1949/1950 kurz vor der Befragung zu einer Rückkehr Leopolds III. noch einmal in besonderem Maße erschütterte.

Neuer Kontext, neues Abkommen?

Im November 1949, noch während der Verhandlungen zum britisch-belgischen Abkommen, konstatierte Botschafter Rendel eine Verschlechterung der britisch-belgischen Beziehungen. Der Umgang Großbritanniens mit den Forderungen des kleinen Landes habe in der dortigen Öffentlichkeit für manchen Unmut gesorgt, den konservative Politiker wie Paul Struye und Pierre Nothomb in Zeitungsspalten und auf der Rednertribüne des Senats artikuliert hätten.[32] Aber auch die mittlerweile oppositionellen Sozialisten und ihre Leitfigur Spaak hätten innenpolitisch einigen Schaden genommen.[33] Hauptanlass für die Kritik seien die soeben erschienenen Memoiren Churchills, die eine Abrechnung mit König Leopold III. darstellen würden.[34] In der Deutschlandpolitik fühle man sich zudem schlicht und ergreifend unverstanden. Die Bonn-Affäre und das Statut der belgischen Soldaten würden diesen Standpunkt illustrieren. Aber selbst in der Grenzfrage sei ein kleiner Teil der öffentlichen Meinung überzeugt, die Verzichtsentscheidung sei auf britischen Druck erfolgt. Dabei schien so manche germanophobe Konnotation in der Diskussion durch.[35] Der Diplomat spielte, ohne den Begriff zu gebrauchen, auf

26.1.1950. Die Abstimmung fand im Dezember 1950 statt und ergab 178 Befürworter und 6 Gegner [*APC*, 1950, S. 3 und 38].

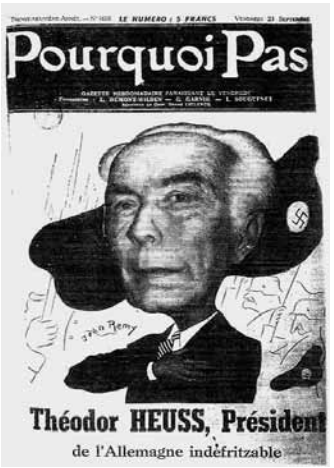
32 Im November 1949 erkundigte sich Nothomb nach den Schwierigkeiten, welche belgischen Soldaten von den Briten bereitet würden. Vgl. UCL, *Papiers Nothomb*, 5133, Nothomb an Abbé Rongvaux, Feldgeistlicher der Ardennenjäger (ChA), 16.11.1949.

33 Dumoulin, *Spaak*, S. 357–361.

34 Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Sonderauflage, Bern/München, 1998, hier: S. 181, 227, 300–304. Es handelt sich bei dem hier benutzten Text um die einbändige Fassung der Memoiren, in denen er ein vernichtendes Urteil über die Haltung des belgischen Königs während des deutschen Angriffs im Mai 1940 fällt. Zur Wirkung der Memoiren im Belgien zur Zeit der Königsfrage: Vgl. Jean Vanwelkenhuyzen, Léopold III et les Alliés, in: Michel Dumoulin, Marc Van den Wijngaert und Vincent Dujardin (Hg.), *Léopold III*, Brüssel, 2001, S. 203–215; Pieter Lagrou, »De la dynamite pour la Belgique et peut-être pour l'Europe«. Perceptions alliées de la question royale, in: ebenda, S. 219–228; Vincent Dujardin, L'impossible réconciliation?, in: ebenda, S. 229–252.

35 Vor allem in der Wochenzeitschrift *Pourquoi pas?* Vgl. *Pourquoi pas?*, 22.7.1949, nº1599, S. 2038; ebenda, 23.9.1949, nº1608. Das Titelblatt zeigte den Bundespräsidenten und versah das Bild mit dem despektierlichen Untertitel: »Theodor Heuss, Président de l'Allemagne indéfritzable«.

das belgische Prestige an, das von diesen Fragen in hohem Maße berührt sei.[36] Die gleiche Diagnose etablierten die Verantwortlichen der Abteilungen im *Foreign Office*, die kurz danach auf Rendels Bestandsaufnahme reagierten. Sie gaben sich zudem überrascht, welch großes Gewicht die Belgier der Deutschlandpolitik im Rahmen der britisch-belgischen Beziehungen beimaßen.[37] Es wäre jedoch ebenso unangebracht, hier den alleinigen Schlüssel für die zunehmende Distanz zwischen Brüssel und London zu suchen. Vielmehr spielte hier das Engagement der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent eine wesentliche Rolle, in unserem Zusammenhang das *Mutual Defence Assistance Program*.[38]



Quelle: *Pourquoi pas?*, nº 1608, 23.9.1949, S. 1.

Im Parlament erkannte man zwar die Notwendigkeit des gefundenen Kompromisses und signalisierte deshalb Zustimmung. Zu Beifallsbekundungen kam es jedoch nicht. Pierre Nothomb sammelte die Stimmen derer, die die nationale Würde in Gefahr sahen. So wünschte ihm sein »Protégé« in der Besatzungsarmee, Marcel Vanderstraeten, zum Jahreswechsel 1949/1950, dass mit dem neuen Jahr »der König zurückkommen und die Demütigungen […] aufhören mögen«. Zu Letzteren zählte er ebenfalls das gerade erzielte Abkommen, das eine »neue demütigende Kapitulation vor den englischen Ansprüchen« sei.[39] Nothombs CBR-Mitstreiter Oberst BEM i.R. de Lannoy hielt ein halbes Jahr später fest, eine Modifizierung des unter schwierigsten Voraussetzungen ausgehandelten Abkommens sei wohl kaum angebracht, allerdings sei bei der Ratifizierung im Parlament unbedingt der Akzent auf eine Verbesserung »der

36 PRO/FO, 371/79008, Rendel an Bevin, 18.11.1949.

37 PRO/FO, 371/79008, Vermerk Ramsden (Western Department), 24.11.1949; Vermerk Russell (Western Department), 7.12.1949; Vermerk Jordan (Western Departement), 15.12.1949.

38 Vgl. Wolfgang Krieger, Die Ursprünge der langfristigen Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa 1945–1951, in: Ludolf Herbst, Werner Bührer und Hanno Sowade (Hg.), *Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 30), München, 1990, S. 373–398 (hier: S. 377); Deloge, *Coopération*, S. 313 und 347–349. Belgien schloss am 27. Januar 1950 das diesbezügliche bilaterale Abkommen mit der US-Regierung.

39 UCL, *Papiers Nothomb*, 5139, Vanderstraeten an Nothomb, 26.12.1949.

Position Belgiens in Westdeutschland« zu legen. Auch hier lag der Schwerpunkt der Argumentation auf der nationalen Würde, die es zu bewahren galt.[40]

Am 31. Januar 1950 erließ der belgische Generalstab die neuen Weisungen für die belgischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland, die auf dem Abkommen beruhten und fortan die militärischen Aktivitäten regeln sollten.[41] Auf diesem Gebiet waren die Wogen nunmehr geglättet. Im Gegensatz zu Spaak waren jedoch die Minister der neuen Regierung offener für die vom rechten Flügel der CVP-PSC vorgetragene Kritik. Insbesondere auch Paul van Zeeland war in hohem Maße um die Erhaltung der belgischen Souveränität besorgt.[42] So kann es kaum verwundern, dass die Politik das Abkommen letztlich wieder in Frage stellte. Gelegenheit dazu bot die Eingliederung der BAOR in die Kommandostruktur der NATO. Nachdem Dwight D. Eisenhower am 19. Dezember 1950 zum Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa ernannt worden war, schrieb der neue Verteidigungsminister Oberst BEM de Greef seinem Kabinettskollegen van Zeeland, es sei seines Erachtens »nicht möglich, dass die Truppen, die wir dem Oberkommando zur Verfügung stellen, nicht auf der gleichen Ebene stehen mit den französischen, amerikanischen und britischen Truppen, die an der Besatzung teilnehmen. Es scheint mir also der Moment gekommen, dem Abkommen vom 23. Dezember 1949 ein Ende zu setzen.«[43] Alles spricht dafür, dass van Zeeland nur auf diesen Augenblick gewartet hatte. Jedenfalls veranlasste er umgehend eine entsprechende Demarche des belgischen Botschafters in London beim *Foreign Office*. Dort jedoch erkannte man das alte Lied, aufgefrischt unter den Bedingungen des Kalten Kriegs: Unter dem Deckmantel einer Anpassung an neue Gegebenheiten gehe es den Belgiern nur darum, der britischen Tutelle zu entkommen. Außerdem sei das Abkommen von 1949 die einzige legale Basis der belgischen Militärpräsenz in Deutschland. Wenn man es jetzt aufkündige, so geschehe das nur zum Nachteil der Soldaten. Die Hoffnung auf Gleichbehandlung der belgischen Truppen durch Eisenhower sei legitim, nur seien derzeit noch viele Fragen in Bezug auf die Beziehungen des entstehenden

40 UCL, *Papiers Nothomb*, 5139, Vermerk de Lannoy, 28.7.1950.

41 AMAEB, 12260 (1949–1950), *Instructions générales pour les forces belges d'occupation*, 31.5.1950. Am 9. März wurden diese noch einmal in einigen Details modifiziert [AMAEB, 12260 (1949–1950), Oberst BEM Montigny, Chef der 1. Sektion des Generalstabs, an Kommandeur der Besatzungsstreitkräfte, 9.3.1950].

42 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 367.

43 AMAEB, 12260 (1951–1954), de Greef an van Zeeland, 6.1.1951.

HQs mit den unteren Strukturen offen.[44] Van Zeeland zeigte sich von dieser Argumentation unbeeindruckt.[45]

Es scheint, als ob die belgische Truppenführung in Deutschland von den politischen Vorstößen der Regierung überrascht worden sei. Auf dem Terrain erwies sich das 1949 geschlossene Abkommen als reale Verbesserung. So erbat sich General Tromme, der neue Kommandeur des 1. Armeekorps, zumindest genauere Informationen zu den belgischen Demarchen, die er nicht für notwendig hielt.[46]

Seine Vorgesetzten im Verteidigungsministerium ließen jedoch ebenfalls nicht locker. Für den Generalstab konnte zwar das Abkommen in Kraft bleiben, man unterbreitete jedoch den Vorschlag, die Kündigungsfrist von drei Monaten abzuschaffen. Außerdem sollten die Briten die Gleichbehandlung der Truppen unter NATO-Kommando zusichern.[47] Van Zeeland beauftragte Botschafter Obert auch hier umgehend, den Briten diese Bedingungen zu übermitteln. Andernfalls solle er die Vorwarnung für die Kündigungsfrist aussprechen.[48] Obert schätzte jedoch die Lage realistischer als sein Minister. Jedenfalls erkundigte er sich bei van Zeeland, ob dieser das britische Memorandum auch wirklich zur Kenntnis genommen habe.[49] Auch der Legationsrat der belgischen Botschaft zeigte in einem Gespräch mit Vertretern des *Foreign Office* Verständnis für die britische Haltung.[50] Doch blieb die Forderung nach Gleichbehandlung mit den anderen Alliierten in Deutschland auch zentrales Anliegen der Analyse, der van Zeeland und Generalsekretär de Gruben die Revision der Charta der Hohen Kommission am 6. März 1951 unterzogen.[51]

Die Rolle des belgischen Außenministers wurde im *Foreign Office* jedoch durchaus nuanciert beurteilt. Während manche Diplomaten im *Western Department* glaubten, van Zeeland habe das Abkommen, dessen große Linien noch von Spaak vorgegeben wor-

44 AMAEB, 12260 (1951–1954), Obert de Thieusies an van Zeeland, 29.1.1951; Ebenda, 15.2.1951 (im Anhang ein britisches Memorandum). Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 363.

45 AMAEB, 12260 (1951–1954), van Zeeland an Kabinett des Verteidigungsministers, 5.2.1951.

46 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 365. Van Zeeland betonte, es liege am Verteidigungsministerium, den General zu informieren. Vgl. AMAEB, 12260 (1951–1954), van Zeeland an Salmon, 7.5.1951.

47 AMAEB, 12260 (1951–1954), Oberstleutnant Harteon, Chef des Ständigen Sekretariats der Generalstabchefs, an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 15.2.1951.

48 AMAEB, 12260 (1951–1954), van Zeeland an Obert de Thieusies, 21.2.1951.

49 AMAEB, 12260 (1951–1954), Obert de Thieusies an van Zeeland, 23.2.1951.

50 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 364. Dort auch zahlreiche Quellenverweise zu den internen britischen Diskussionen.

51 AMAEB, 12259, *Instrument portant révision de la charte de la Haute Commission alliée en Allemagne*, 6.3.1951; AMAEB, 12260 (1951–1954), Obert de Thieusies an van Zeeland, 9.3.1951; Vermerk van Zeeland und de Gruben, 3.4.1951.

den seien, nur widerwillig unterschrieben, betonten andere Analysten, die belgische Regierung vergesse, dass die Stationierung von NATO-Truppen in der Bundesrepublik ausschließlich Verhandlungsgegenstand für die drei Besatzungsmächte sei. Belgien werde zwar konsultiert, könne jedoch nicht Vertragspartei sein. Letztlich ging es van Zeeland wohl hauptsächlich darum, seinen Handlungsspielraum zu erweitern, indem er eine 48-stündige Kündigungsfrist des Abkommens nach dem Inkrafttreten des NATO-Statuts erreichen wollte.[52] So sah es im Übrigen auch sein Kollege im Verteidigungsministerium.[53]

Im *Foreign Office* hatte ein solcher Ansatz durchaus seine Anhänger. Die britischen Diplomaten waren überzeugt, dass die Belgier schnell merken würden, wie gut sie unter britischem Kommando aufgehoben waren. Beide Seiten wussten, dass diese Angelegenheit eben doch nur auf bilateralem Weg zu klären war. Schließlich blieb das Abkommen von 1949 die einzige legale Basis der belgischen Präsenz.[54] Sir William Strang verfasste schließlich im Juni 1951 ein Memorandum, in dem er auf der britischen Interpretation insistierte, das Abkommen verhindere in keinem Fall die Gleichstellung der belgischen Truppen innerhalb der NATO-Kommandostruktur, in der sie ohnehin ihren Platz hätten.[55] Die belgische Regierung ließ sich überzeugen. Nachdem Verteidigungs- und Außenministerium ihr Einverständnis mit dieser Sicht der Dinge signalisiert hatten, wurde Botschafter Obert aufgetragen, »der siebenmonatigen Diskussion ein Ende zu bereiten«.[56]

Im Zuge der Verhandlungen zum Truppenvertrag und zur EVG waren es dann die Briten, die im November 1951 die belgische Botschaft in Bonn kontaktierten. Der politische Berater der britischen Botschaft glaubte, eine Lösung innerhalb der EVG werde weniger »liberal« aussehen, da die deutsche Seite mehr Mitspracherechte haben würde. Auch das Statut der belgischen Truppen werde hiervon betroffen sein. Deshalb schlug er diesbezügliche Gespräche zwischen dem britischen Hohen Kommissariat und der Botschaft vor.[57] Belgien saß bei diesen Gesprächen zwischen Deutschen und Alliierten freilich nicht am Tisch, sondern konnte als »beteiligte Macht« lediglich konsultiert

52 Ebenda, S. 364–365.

53 AMAEB, 12260 (1951–1954), de Greef an van Zeeland, 17.5.1951.

54 Deloge, *Coopération*, S. 366.

55 AMAEB, 12260 (1951–1954), Obert de Thieusies an van Zeeland, 22.6.1951 (im Anhang: Memorandum von William Strang für den belgischen Botschafter in London, 21.6.1951).

56 AMAEB, 12260 (1951–1954), Meurice (Außenminister a.i.) an Obert de Thieusies, 6.8.1951; Oberst Berben, Kabinettschef des Verteidigungsministers, an Außenminister, 30.7.1951; Vermerk für Generalsekretär de Gruben, 6.8.1951.

57 AMAEB, 12877A, Muûls an Außenministerium, 5.11.1951.

werden.[58] Trotz dieses Vorbehalts sah man dem Resultat der Gespräche im Verteidigungsministerium jedoch gelassen entgegen.[59]

Dabei war im Außenministerium auch der Gedanke einer direkten Verhandlung mit der Bundesregierung ins Auge gefasst worden. Neben der erwarteten Skepsis der Hohen Kommission versprach man sich davon jedoch keine Besserstellung der belgischen Truppen.[60] Schon im Mai 1951 hatte der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, dies gegenüber dem gerade ernannten belgischen Botschafter in Bonn, Fernand Muûls, angedeutet. Bundeskanzler Adenauer habe sich auffällig häufig über die Größe des belgischen Sektors und die Anzahl der belgischen Soldaten in Deutschland erkundigt. Er gehe davon aus, dass diese Truppen auf der belgischen Seite der Grenze die gleichen Aufgaben für die gemeinsame Verteidigung übernehmen könnten. Laut Kirkpatrick habe der bundesdeutsche Regierungschef dabei zumindest eine höhere finanzielle Beteiligung Belgiens an der gemeinsamen Sicherheit im Sinn gehabt.[61] Wie dem auch sei, die belgische Regierung versprach sich zum Jahresende 1951 von ihrem Engagement als »beteiligte Macht« die annehmbarsten Lösungen. Wieder einmal musste sie die Erfahrung machen, wie eng ihr eigentlicher Spielraum bei dieser Art von Verhandlungen eigentlich war.[62] Paul van Zeeland brachte es in einer Gesprächsaufzeichnung auf den Punkt, als er bemerkte, wie »bizarr« es sei, das »Schicksal des [Truppen-]Abkommens von der Bildung einer europäischen Armee abhängig zu machen, wo doch zwei von drei Besatzungsmächten daran überhaupt nicht beteiligt sind«.[63]

Da man schon nicht dabei sein durfte, verfolgte man in Brüssel wie üblich die Verhandlungen zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik aus nächster Nähe.[64] Das Resultat dieser Prüfung: Am 1. Dezember 1951 beantragte Botschafter Obert im Namen seiner Regierung die Revision des britisch-belgischen Abkommens vom 23. Dezember 1949. Ihm folgte am 8. Dezember der Rechtsberater des Außenministeriums, Jean Salmon, mit einem Memorandum. In London wollte man darin trotz größerer Offenheit für die belgischen Anliegen, welche die Gleichstellung der Truppen und juristische Fra-

58 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/8, Generaldirektion Politische Abteilung an Generaldirektion für Zivile Angelegenheiten des Verteidigungsministeriums, 8.11.1951.

59 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/8, Vermerk für den Kommandanten der belgischen Verbindung, 19.11.1951 [vertraulich].

60 AMAEB, 12877A, Vermerk für Generalsekretär, 9.11.1951.

61 AMAEB, 12260 (1951–1954), Muûls an van Zeeland, 18.5.1951.

62 Krüger, *Sicherheit*, S. 218.

63 AMAEB, 12877A, Aufzeichnung Paul van Zeelands zu einem Treffen mit Stikker, Acheson, Schuman, Bech und Eden in Rom, 26.11.1951.

64 AMAEB, 12877A, *Les accords contractuels avec l'Allemagne*, Generaldirektion der Politischen Abteilung an Meurice, Außenminister a.i., 22.11.1951 [sehr vertraulich].

gen der Abhängigkeit von den drei Besatzungsmächten beinhalteten, wieder ein Streben nach Unabhängigkeit erkennen. Am Ende stand nochmals ein Verweis auf eventuelle deutsch-belgische Verhandlungen: Bessern werde sich dadurch sicher nichts.[65]

Aus militärischer Sicht stand dem Projekt des Truppenvertrags nichts entgegen. General Tromme hatte am 3. Dezember sein Plazet gegeben.[66] Der heikelste Aspekt des Entwurfs bestand in der Struktur des Schiedsgerichts. Die »beteiligte Macht« Belgien sollte hier im Falle eines Streits mit der Bundesrepublik von einer Besatzungsmacht, wahrscheinlich also Großbritannien, vertreten werden. Dies ließ in den Augen des Außenministeriums die Verteidigung belgischer Interessen schwierig erscheinen.[67] Botschafter Muûls gab zu bedenken, dass die belgische Truppenstärke in Deutschland, die über 40.000 Soldaten betrug, sich in erheblichem Maße von derjenigen anderer Drittstaaten unterschied. Ihr Anteil sei deutlich höher und werde nur von den Besatzungsmächten übertroffen.[68]

Die Briten befassten sich ebenfalls mit der Problematik. Wenn das Abkommen von 1949 gekündigt werde, gebe es in ihren Augen zwei Möglichkeiten. Wenn die Belgier nicht an der EVG teilnehmen würden, könne man ein definitives Statut ins Auge fassen. Für die – und dies schien die wahrscheinlichere Option – belgische Partizipation an der EVG müsse ein Übergangstatut geschaffen werden, für den Fall, dass der Truppenvertrag vor dem EVG-Vertrag angewendet werde.[69] Die Schwierigkeit lag vor allem im Bereich der Jurisdiktion. Ein britischer Soldat unterlag den Bestimmungen des Truppenvertrags, während sein belgischer Kollege nach den Klauseln des EVG-Vertrags behandelt werden sollte.[70]

Beide Verträge wurden schließlich zum selben Zeitpunkt unterzeichnet: der Truppenvertrag in Bonn am 26. Mai 1952[71]; der EVG-Vertrag in Paris am 27. Mai 1952. Zu Beginn der Ratifikationskampagne informierte die Politische Abteilung in einem ausführlichen Rundschreiben über die Abkommen, die sie in weiten Teilen zitierte. Die Perspektiven der Abkommen wurden ebenfalls beleuchtet. Das Außenministerium erkannte vor allem für den EVG-Vertrag große Schwierigkeiten, die parlamentarischen

65 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 367–368.
66 AMAEB, 12877A, Vermerk für die Politische Abteilung, 3.12.1951.
67 AMAEB, 12877A, Vermerk der Politischen Abteilung für den Minister, 17.12.1951.
68 AMAEB, 12877A, Muûls an van Zeeland, 14.1.1952.
69 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 367.
70 AMAEB, 15936, Vermerk der Politischen Abteilung, 29.9.1952.
71 Der Vertrag trat bekanntlich am 5. Mai 1955 zusammen mit dem »Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland« vom 23. Oktober 1954 in Kraft. Der Text bei: Dietrich Rauschning (Hg.), *Die Gesamtverfassung Deutschlands. Nationale und internationale Texte zur Rechtslage Deutschlands*, Berlin, 1972, S. 251–285.

Hürden in Deutschland und Frankreich zu nehmen. Der Lauf der Ereignisse sollte den belgischen Diplomaten Recht geben.[72]

Zu Beginn des Jahres 1954 examinierte das Außenministerium nochmals detailliert die Folgen der Verträge für die belgischen Truppen in Deutschland. Das britisch-belgische Abkommen werde erst im Falle von deren Inkrafttreten überflüssig. Die belgischen Truppen würden von neuen Institutionen abhängen. Die Verträge zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesrepublik beträfen sie nur im Falle eines Abkommens mit den drei Westalliierten oder einem von ihnen. Während Verteidigungsministerium und Truppenführung in Deutschland ein solches Abkommen befürworteten, war man im Außenministerium der Ansicht, ein Aufgehen in die EVG-Institutionen sei ausreichend.[73] Die Perspektive eines Scheiterns dieser Option führte im Juli 1954 zu einer britischen Intervention in Brüssel. Darin wurde nochmals ein Vertrag zwischen den beiden Königreichen vorgesehen, der eine Anwendung des Bonner Abkommens auf die belgischen Truppen möglich machen sollte. Diese Perspektive schien der belgischen Regierung allemal verlockender als eine simple Integration in das NATO-Truppenstatut vom 19. Juni 1951, das bei einem Beitritt der Bundesrepublik unweigerlich zur Rechtsgrundlage geworden wäre.[74] Die Politische Abteilung listete diese Möglichkeiten nach dem Scheitern der Ratifizierung des EVG-Vertrags in der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954 noch einmal auf und betonte dabei den Anspruch der Benelux-Länder, in der Frage der deutschen Souveränität konsultiert zu werden, wie dies seit der Londoner Konferenz von 1948 der Fall gewesen war.[75]

Was lange Zeit nur widerwillig akzeptiert wurde, blieb nun die einzige Sicherheit: die britische Tutelle über die belgischen Streitkräfte in Deutschland.[76] Am 8. Oktober 1954 lag ein Vorschlag für ein neues britisch-belgisches Abkommen auf dem Tisch. Belgien sollte für alle Punkte des Bonn-Abkommens als »beteiligte Macht« gelten, außer für einige zu bestimmende Artikel. »Die wichtigste Konsequenz dieses Abkommens ist die Bezeichnung Belgiens als ›beteiligte Macht‹ für das Finanzabkommen, das heißt, dass die belgischen Truppen ihren Anteil an den Stationierungskosten direkt von der

72 AMAEB, 12877A, *Circulaire d'information n°19: Le statut de l'Allemagne occidentale à la lumière des accords de Bonn et de Paris*, 28.7.1952.

73 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 367–369; AMAEB, 12877A, *Examen du projet de Convention relative aux dispositions transitoires applicables aux Forces européennes de défense d'origine non allemandes, stationnées sur le territoire de la République Fédérale. Compte-rendu de la réunion tenue au Cabinet de la Défense nationale*, 13.3.1954.

74 AMAEB, 12877A, Vermerk der Politischen Abteilung für den Außenminister, 30.7.1954.

75 AMAEB, 12876, Vermerk der Politischen Abteilung für den Außenminister, 16.9.1954.

76 AMAEB, 12876, Bericht zu einer Versammlung im Verteidigungsministerium, 6.10.1954.

Bundesrepublik erhalten, der sie ihr Budget präsentieren.«[77] In einem weiteren Vermerk wurde die Definition des Begriffs »beteiligte Macht« mit dem Ergebnis studiert, dass Belgien alle damit verbundenen Aufgaben erfüllen könne.[78]

Nach dem Abschluss der Pariser Verträge unterbreitete die belgische Regierung in einem Memorandum vom 8. November 1954 der Regierung Großbritanniens ihre Vorschläge. Der britische Hohe Kommissar Sir Frederick Hoyer-Millar zeigte sich aufgeschlossen. Die Initiative sei der derzeitigen Situation angepasst, insofern die Bundesregierung der belgischen Regierung das einräumen wolle, was ihr die Besatzungsmächte nur schwer abgerungen hatten. Im Prinzip aber hätte sich die Präsenz der ausländischen Truppen »unbemerkt« in eine Kooperation unter Führung des SACEUR umgewandelt.[79]

Am 17. November 1954 informierte Hervé de Gruben, inzwischen Botschafter in Bonn, Paul-Henri Spaak, der seit Jahresmitte wieder den Außenministerposten bekleidete, über ein britisches Ansinnen, während der Übergangszeit gewisse Punkte der im Bonner Abkommen vorgesehenen Bestimmungen gemeinsam auszuüben.[80] Verteidigungsminister Spinoy zeigte sich jedoch von dieser Ansicht nicht gerade begeistert. Im Namen des »nationalen Prestiges« sollte die Regierung alles daran setzen, die Unabhängigkeit von den Briten zu erlangen. Dies lief nun den Einsichten, die das Außenministerium im Herbst 1954 gewonnen zu haben glaubte, zuwider.[81] Spaak richtete jedoch trotzdem dem britischen Hohen Kommissar über de Gruben die Einwände seines Kollegen aus.[82] Im Februar 1955 fand eine offiziöse Konferenz im britischen Hohen Kommissariat statt. Sämtliche Artikel des Truppenvertrags und des Finanzabkommens wurden geprüft. Insgesamt zeigten sich die Briten für Anregungen offen, betonten aber, dass »aus politischen Gründen« eine »spezielle Situation der Besatzungsmächte« bestehen bleiben müsse. Im Kapitel »Sicherheit«, in dem die Briten keinesfalls die Belgier als »beteiligte Macht« anerkennen wollten, traten Spannungen auf, als Graf de Kerchove, Mitglied der belgischen Delegation, die mögliche Reaktion der belgischen Öffentlichkeit ansprach, die einen solchen Ausschluss nur schwer verstehen würde. Die Briten gaben sich jedoch unbeeindruckt. Schließlich sollte das britisch-belgische Abkommen geheim bleiben.[83]

77 AMAEB, 12876, Vermerk für den Außenminister, 8.10.1954.
78 AMAEB, 12876, Vermerk der Politischen Abteilung für den Außenminister, 14.10.1954.
79 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 368–369.
80 AMAEB, 12876, de Gruben an Spaak, 17.11.1954.
81 AMAEB, 12876, Spinoy an Spaak, 17.1.1955.
82 AMAEB, 12876, Spaak an de Gruben, 27.1.1955.
83 AMAEB, 12876, de Gruben an Spaak, 18.2.1955.

Am 2. April 1954 boten die Briten ein formales Vorgehen an, bei dem Belgien gegenüber der Bundesrepublik als »beteiligte Macht« für verschiedene Artikel des Bonner Abkommens anerkannt werden sollte. Ein geheimer Notenaustausch zwischen Briten und Belgiern sollte die Details beinhalten. Dem Abkommen vom 23. Dezember 1949 würde somit ein Ende bereitet.[84] Das Verteidigungsministerium blieb jedoch bei seiner Linie. Vor allem die Finanzierung, die weiter über die Briten laufen sollte, war seinen Vertretern ein Dorn im Auge. In der Frage der Sicherheit signalisierte es jedoch Kompromissbereitschaft.[85] Die Briten gingen auch in der Finanzfrage letztlich auf Brüssel zu, wiesen jedoch darauf hin, dass die Bundesregierung erst nach der Erlangung der Souveränität am 5. Mai 1955 mit der Prüfung des britisch-belgischen Abkommens beginnen könne, danach würde der Notifizierungsprozess eingeleitet.[86] Dies war dann im Oktober 1955 der Fall.[87] Drei Wochen später, am 10. November 1955, tauschten Brüssel und London über ihre Botschafter in Bonn die Noten aus. Damit wurde Belgien endgültig zur »beteiligten Macht«, die bis auf wenige Artikel die Prärogativen des Bonner Abkommens vom 26. Oktober 1952 ausübte.[88] Das Abkommen vom 23. Dezember 1949 gehörte der Vergangenheit an.

Nachdem die Bundesregierung durch einen Austausch von Verbalnoten ebenfalls informiert worden war, wurde die Stationierung belgischer Truppen in Deutschland ebenfalls zum Objekt der Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland. Vor allem die Finanzierung sollte hierbei im Mittelpunkt stehen. Vier Tage später sollten die Verhandlungen zu einem Ausgleichsvertrag beginnen, der die Probleme zwischen beiden Ländern bereinigen sollte.

Ein politischer Aspekt wird technisch: die Finanzierung der Besatzung

»Wie immer sind die Belgier höchst zurückhaltend, wenn es darum geht, Anstrengungen für die NATO-Verteidigung zu übernehmen, es sei denn, sie sind sicher, dass sie dafür bezahlt werden – am liebsten in Dollar.«[89] Diese sarkastische Analyse eines

84 AMAEB, 12876, de Gruben an Spaak, 2.4.1955.
85 AMAEB, 12876, Spinoy an Spaak, 18.4.1955.
86 AMAEB, 12876, de Gruben an Spaak, 29.4.1955.
87 AMAEB, 12876, de Gruben an Spaak, 14.10.1955.
88 AMAEB, 12896 (1945–1955), Britische Botschaft Bonn an Baron Hervé de Gruben, 10.11.1955; Belgische Botschaft Bonn an Sir Frederick Hoyer-Millar, 10.11.1955. Vgl. Rauschning, *Gesamtverfassung…*, S. 251–252 und 286–287.
89 PRO/FO, 371/95979, Vermerk des Western Departement, 17.7.1951. Zu den Diskussionen um den in den Augen von Briten und Amerikanern chronisch unterfinanzierten belgischen Verteidigungshaushalt, vgl. Krüger, *Sicherheit*, S. 140–141; Helmut R. Hammerich, *Jeder für sich und Ame-*

britischen Diplomaten aus dem Sommer 1951 spiegelte den Argwohn wider, mit dem die Briten das Finanzgebaren der belgischen Regierung in Sachen gemeinsamer Sicherheit betrachteten. Immer wieder musste das vermeintlich reiche Belgien von den Großen ermahnt werden, einen größeren Beitrag des Staatshaushalts in die Verteidigungsausgaben zu stecken.[90]

Dass die Belgier in solchen Dingen aufs Geld achteten, wird man schwerlich bestreiten können. Sie betonten mehr als einmal die Kluft zwischen den finanziellen Mitteln, die sie in ihre Armee stecken könnten, und der verfügbaren Manpower. Dass die Briten auch hier genau hinschauten, darf nicht verwundern. Schließlich waren sie lange Zeit für die Finanzfragen in Bezug auf die Besatzung der einzige Ansprechpartner für die Belgier gewesen. Die belgischen Besatzungskosten wurden mit den britischen verrechnet, somit erhielt das Verteidigungsministerium einen entsprechenden Anteil an den deutschen Zahlungen an die Briten. Dabei waren die Finanzen in interne und externe Kosten aufgeteilt. Unter internen Kosten verstand man alle Ausgaben in DM, externe Kosten waren alle Haushaltsposten, die in ausländischen Währungen gezahlt wurden. Während die internen Kosten relativ wenig Probleme schufen, ließ eine Entscheidung des Alliierten Kontrollrates im März 1947 die belgischen Hoffnungen auf entsprechende Zahlungen illusorisch erscheinen. Sie wurden nunmehr als Abzüge auf die deutschen Exporte nach Zahlung der notwendigen Importe berechnet. Die Summe, die Belgien hätte erhalten müssen, war einfach zu gering, um bei den Berechnungen in Betracht zu kommen. Dabei hatten die belgischen Behörden genau mitgerechnet. Die deutsche Schuld bei den externen Kosten belief sich für den Zeitraum zwischen dem 9. November 1945 und dem 31. Juli 1949 auf über 5,2 Milliarden belgische Franken.[91]

Das britisch-belgische Abkommen vom 23. Dezember 1949 bestimmte in seinem Artikel 8, dass »die Regierung des Vereinigten Königreichs sich verpflichtet, der belgischen Regierung bei der Sicherung der Deckung ihrer externen Kosten« zu helfen. Für die internen Kosten musste der Kommandeur der belgischen Streitkräfte in Deutschland dem britischen Hohen Kommissar einen Haushaltsentwurf präsentieren. Sämtliche Ausgaben sollten reglementiert werden.[92] Die Verhandlungen, die vom britischen Schatzamt gesteuert wurden, gestalteten sich oftmals zäh. Gerade als zu Beginn der

rika gegen alle? Die Lastenteilung der NATO am Beispiel des Temporary Council Committee 1949 bis 1954, (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 5), München, 2003, S. 111–112, 206–207, 247–248.

90 Vgl. Deloge, *Coopération*, S. 319; Govearts, Belgium, S. 325–330. Dort auch Zahlenmaterial.

91 Deloge, *Coopération*, S. 273–274.

92 Ebenda, S. 306. Beispiel für die belgische Planung 1952–1953: AMAEB, 12896 (1945–1955), Muûls an van Zeeland, 10.1.1952.

1950er Jahre die Ausgaben bedingt durch die internationalen Verpflichtungen stiegen, mahnten die britischen Stellen zur Sparsamkeit.[93]

In Bezug auf die externen Kosten legte ein detaillierter Vermerk der Politischen Abteilung im November 1950 die Situation für die belgischen Behörden dar. Seit die Briten 1947 darum gebeten hatten, wurden sie aus belgischen Haushaltsmitteln bestritten, »ohne dass wir uns formell dazu bereit erklärt hätten«. Wiederum verwies man auf die bloß hypothetische Möglichkeit, dieses Geld zurückzuerhalten.[94] Trotzdem führte man weiter peinlich genau Buch. In einem Vermerk für Spaak sprach die Politische Abteilung im Oktober 1954, wenige Tage vor dem Abschluss der Pariser Verträge, von einem Betrag in Höhe von 17 Milliarden belgischer Franken. »P. [der Generaldirektor der Politischen Abteilung; C.B.] macht sich keine Illusionen, was das Schicksal dieser Schulden angeht; es scheint jedoch, dass wenn die belgische Regierung diese Frage jetzt nicht aufwirft, sowohl die deutschen Behörden als auch die belgische Öffentlichkeit glauben könnten, sie würde auf diese Schuldforderung verzichten.« Die derzeitige Situation resultiere aus Meinungsverschiedenheiten, welche die Besatzungsmächte schon 1947 gehabt hätten und die sich im Januar 1954 noch verstärkt hätten. Die UdSSR habe vorgeschlagen, die durch die externen Kosten verursachten Schulden Deutschlands fallen zu lassen, was die Westmächte abgelehnt hätten. Im belgischen Außenministerium plädierte man deshalb für eine Vertagung dieser Frage bis zum Abschluss eines Friedensvertrags. Indem man dies den Briten mitteile, erinnere man diese an ihre Verpflichtungen. »Wir hätten, zumindest, eine Schuldforderung an Deutschland, die wir nicht zurückerhalten, durch eine moralische Schuldforderung an Großbritannien ersetzt.«[95]

Einen Monat später informierte Botschafter de Gruben Spaak über die Möglichkeit, dem Truppenvertrag von 1952 und den entsprechenden Passagen der Pariser Verträge

93 Deloge, *Coopération*, S. 358–360.

94 AMAEB, 12896 (1945–1955), Vermerk der Politischen Abteilung, 13.11.1950. Der Vermerk liefert auch nochmals die genauen Definitionen: »A. Interne Besatzungskosten: Kurz gesagt umfassen diese Kosten alle Produkte und Dienste, die Deutschland liefert und die sich in Ausgaben in deutscher Währung niederschlagen. Diese Kosten sind zu Lasten Deutschlands und werden den deutschen Budgets der Besatzungszonen zugeteilt. B. Externe Besatzungskosten: Kurz gesagt umfassen diese Kosten alles, was für die Zwecke der Besatzungsstreitkräfte importiert wird und, allgemeiner gesprochen, alle Ausgaben, die in einer anderen Währung als der deutschen getätigt werden. Diese externen Besatzungskosten gehen zu Lasten der Besatzungsmächte und stellen demnach in den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eine bei Deutschland einzufordernde Schuld dar.«

95 AMAEB, 12896 (1945–1955), Vermerk Holvoet für Spaak, 13.10.1954. Falls es noch eines weiteren Beweises für Spaaks distanziertes Verhältnis zum Aktenstudium bedurfte: An den Rand des Vermerks kritzelte der Minister: »Was ist das denn: externe Kosten?«

beizutreten, indem man bei der Bundesregierung ein Beitrittsinstrument hinterlege.[96] Im Bonner Auswärtigen Amt schien darüber kein Zweifel zu herrschen. Insbesondere der Beitritt zum Finanzabkommen wurde dort näher beleuchtet. Schon im November 1954 erkundigte man sich im belgischen Außenministerium nach den diesbezüglichen Einzelvereinbarungen, die man mit den Briten getroffen habe.[97] Mit Interesse verfolgte man zum Jahresbeginn 1955 eine Stellungnahme Spaaks, nach der die finanzielle Situation der belgischen Besatzungstruppen »nach einer kurzen Übergangsperiode mit der Bundesregierung […] ausgehandelt werden müsse«.[98]

Wie bereits beschrieben übernahm Belgien für die Übergangszeit die Aufgaben einer »beteiligten Macht« auch im Finanzabkommen. Diese Einzelabkommen, welche die Niederlande, Dänemark und Belgien mit Großbritannien geschlossen hatten, waren für die deutschen Stellen nicht immer einfach zu handhaben. In dem Bestreben akzeptable Lösungen zu finden, lässt sich jedoch ein gewisser Pragmatismus konstatieren.[99]

Nachdem für das Jahr 1956 noch die britische Regierung entscheidend an den Verhandlungen zu den Besatzungskosten beteiligt gewesen war, sollte dies für das Budget 1957–1958 nicht mehr der Fall sein.[100] Dabei bevorzugte die belgische Regierung schließlich bilaterale Verhandlungen, da sie bei Verhandlungen im Rahmen von Artikel 4 des Finanzabkommens eine delikate Position befürchtete – aufgrund des zu geringen Anteils des Verteidigungshaushalts im Vergleich zu den anderen NATO-Mitgliedern. Außerdem glaubte sie, somit dem Willen der belgischen Öffentlichkeit zu entsprechen.[101]

96 AMAEB, 12876, de Gruben an Spaak, 17.11.1954. Siehe auch den Vermerk der Politischen Abteilung für Spaak bei: AMAEB, 12876, Vermerk Holvoet für Spaak, 17.11.1954.

97 PAAA, B86, Bd. 264, Hendus an Deutsche Botschaft Brüssel, 12.11.1954.

98 PAAA, B86, Bd. 264, Velhagen an Auswärtiges Amt, 18.1.1955.

99 Vgl. PAAA, B86, Bd. 936, Vermerk der Hohen Kommission des Vereinigten Königreichs, 29.4.1955; Vermerk der Rechtsabteilung. Besprechung zwischen alliierten und deutschen Vertretern betreffend Art. 1 Abs. 4b (ii) des Truppenvertrags, 2.5.1955. »Die beteiligte Macht […] (b) im Falle eines anderen Entsendestaats […] (ii) der Entsendestaat selbst in dem Umfang, in dem er durch eine nach Konsultierung mit der Bundesregierung geschlossene Vereinbarung mit den Drei Mächten oder einer von ihnen gegenüber der Bundesrepublik alle oder einzelne sich aus diesem Vertrage ergebenden Rechte oder Verpflichtungen übernimmt und der Bundesregierung förmlich davon Mitteilung macht; für die übrigen Rechte und Verpflichtungen eine der Drei Mächte, die der Bundesrepublik […] mitzuteilen ist« (Rauschning, *Gesamtverfassung*, S. 254).

100 AMAEB, 12896 (1945–1955), Vermerk der Politischen Abteilung für den Minister, 7.2.1956. In einem Schreiben informierten die Briten die belgische Botschaft in Bonn darüber, dass sie »1957–1958 […] nicht mehr für Dritte verhandeln würden«; AMAEB, 12896 (1945–1955), de Gruben an Außenministerium, 8.1.1957.

101 Vgl. verschiedene Vermerke bei: AMAEB, 12896 (1956–1957).

Im Januar 1957 beauftrage Spaak de Gruben mit dem Beginn von Verhandlungen mit der Bundesregierung.[102] Der belgische Botschafter in Paris, Baron Guillaume, teilte dem Minister kurze Zeit später die deutschen Pläne mit, den jährlichen Beitrag zu halbieren. Leider seien die Briten nicht sehr auskunftsfreudig, was ihre Verhandlungen betreffe. Jedenfalls sei die französische Regierung bereit, sich eng mit den Belgiern abzustimmen.[103] Einen Monat später chiffrierte er den Betrag für Belgien auf 59 Millionen DM,[104] exakt die Hälfte der Summe des Haushaltsjahres 1956–1957.[105] Das belgische Verhandlungsziel war eigentlich die Beibehaltung der Summe des Vorjahres gewesen. Dies wurde mit der Tatsache gerechtfertigt, dass man in der NATO über eine der höchsten Proportionen zwischen personellen Ressourcen und Gesamtbevölkerung verfüge. Dies bedeute selbstverständlich eine Schwächung für die belgische Wirtschaft.[106] Damit wollte man dem klassischen Argument des zu geringen Verteidigungsetats den Wind aus den Segeln nehmen. Im Mai 1957 unterbreitete man schließlich einen Kompromissvorschlag, der eine Summe von 90 Millionen DM beinhaltete.[107] Letztlich wurde im Juli ein Abkommen erzielt, das jedoch dem ursprünglichen deutschen Vorschlag entsprach.[108] Es wurde im Mai 1959 angenommen und stellte nunmehr im Rahmen des Finanzvertrags und der NATO-Verträge, die im August 1959 mit einem Zusatzabkommen zwischen der Bundesrepublik, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden und den USA spezifiziert wurden, die Basis für die finanziellen Aspekte der belgischen Militärpräsenz in der Bundesrepublik Deutschland dar.[109]

102 AMAEB, 12896 (1956–1957), Spaak an de Gruben, 14.1.1957.

103 AMAEB, 12896 (1956–1957), Guillaume an Spaak, 21.1.1957.

104 AMAEB, 12896 (1956–1957), Guillaume an Spaak, 24.2.1957.

105 AMAEB, 12896 (1956–1957), de Gruben an Spaak, 22.6.1956. Der Betrag belief sich auf 118 Millionen DM für den Zeitraum zwischen dem 5. Mai 1956 und dem 31. März 1957.

106 AMAEB, 12896 (1956–1957), Spinoy an Spaak, 10.1.1957. Man sprach von 1,5 Prozent der Bevölkerung, die in Diensten der Armee standen. Die Briten hatten im Übrigen eine Verdoppelung ihres Anteils verlangt.

107 AMAEB, 12896 (1956–1957), Vermerk der Politischen Abteilung, 23.5.1957.

108 AMAEB, 12896 (1956–1957), de Gruben an Außenministerium, 1.7.1957.

109 AMAEB, 12896 (1956–1957), de Gruben an Wigny, 21.5.1959. Vgl. Rauschning, *Gesamtverfassung*, S. 322–392. Folgende Abkommen wurden am 3. August 1959 von den verschiedenen Regierungen unterzeichnet: »Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in Deutschland stationierten ausländischen Truppen«; »Unterzeichnungsprotokoll zum Zusatzabkommen«; »Abkommen über das Außerkrafttreten des Truppenvertrages, des Finanzvertrages und des Steuerabkommens«; »Manöver-Abkommen«; »Abkommen mit Belgien über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen«.

Diese Regelung setzte einen Schlusspunkt unter jahrelange Diskussionen, welche die Regierung mit der Regierung Großbritanniens und später mit der Bundesregierung geführt hatte. Immer wieder war in diesem Zusammenhang die Sinnfrage gestellt worden. So hatte Pierre Nothomb noch im März 1957 während der Beratungen zum Verteidigungshaushalt vorgeschlagen, die belgischen Truppen zurückzuziehen und in strukturschwachen Gebieten in den belgischen Provinzen Luxemburg und Lüttich zu stationieren.[110] Es ist unstrittig, dass die Truppen auch hinter der Grenze die ihnen zugedachte Rolle in der NATO-Strategie hätten erfüllen können. Ihre fortwährende Präsenz in Deutschland zeigte vor allem die internationalen Verknüpfungen, die sich für Belgien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ergeben hatten und die durch den Kalten Krieg eine *Conditio sine qua non* seiner Außenpolitik geworden waren.

Die Soldaten selber jedoch, die in Deutschland stationiert waren, blieben auch unter diesen internationalisierten Bedingungen in gewisser Weise Gradmesser für die sozialen und gesellschaftlichen deutsch-belgischen Beziehungen.

1.2 Von der »Belgischen Besatzungsarmee« zu den »Belgischen Streitkräften in Deutschland«

Im Herbst 1951 schlug der belgische Verteidigungsminister Oberst de Greef seinem Kabinettskollegen Paul van Zeeland eine Namensänderung für die belgischen Truppen in Deutschland vor. Vor dem Hintergrund des »neuen internationalen Statuts« der Bundesrepublik und der »Vergrößerung unseres Sektors« stelle sich die Frage, ob man nicht die Bezeichnung »Belgische Besatzungsarmee« durch »Belgische Streitkräfte in Deutschland« ersetzen solle.[111] Die Diplomaten im Außenministerium zeigten sich einverstanden. Trotz der letztlich nicht erfolgten Ausweitung des belgischen Sektors wurde der Sprachgebrauch modifiziert.[112] Die Argumentation des Verteidigungsministers und die Antwort stimmten in ihrer Berufung auf die internationalen Entwicklungen überein. Waren mit dieser Namensänderung und dem Verzicht auf den Begriff »Besatzung« auch Modifizierungen in der Rollenkonzeption der belgischen Streitkräfte in Deutschland verbunden? Waren solche Entwicklungen dem vielleicht sogar vorhergegangen?

110 *Grenz-Echo*, 20.3.1957, S. 3; 21.3.1957, S. 1.
111 AMAEB, 12260 (1951–1954), Oberst de Greef an Paul van Zeeland, 29.9.1951.
112 AMAEB, 12260 (1951–1954), Generaldirektion der Politik an de Greef, 6.10.1951.

Nach dem Scheitern des Plans, durch eine auf der Besatzungsarmee gründende Präsenzpolitik mehr Einfluss auf die alliierte Deutschlandpolitik nehmen zu können, und durch die sich verändernden Gegebenheiten der internationalen Politik war die Rolle der belgischen Truppen – wie beschrieben – einem tief greifenden Wandel unterworfen. Die direkte Beziehung zum ehemaligen Feind bildete zwangsläufig keine Ausnahme. Die Soldaten in Deutschland kamen auch nach der Gründung der Bundesrepublik immer noch als erste Belgier regelmäßig mit Deutschen in Kontakt. Wie entwickelten sich die sehr strikten belgischen Regeln unter den neuen Umständen? Welche Vergleiche ergeben sich zu den anderen alliierten Streitkräften in Deutschland? Wie stellte Belgien sich über seine Armee in Deutschland dar? Wie sah die belgische Öffentlichkeit diese Kontakte? Ist in deren Wahrnehmung eine Entwicklung zu konstatieren? Gab es hier Wechselwirkungen zwischen den Soldaten in Deutschland und dem belgischen Inland?

Im Folgenden sollen diese Fragen untersucht und auf ihre Tauglichkeit als Gradmesser für die deutsch-belgischen Gesellschaftsbeziehungen in den frühen 1950er Jahren untersucht werden.

Aufgaben einer alliierten Armee in der Bundesrepublik

Zum Jahresbeginn 1951 berichtete Louis Scheyven, der nach der Gründung der Bundesrepublik die Leitung der Belgischen Mission in Deutschland von General Goethals übernommen hatte, von einem Gespräch mit dem britischen Hohen Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick. Darin habe dieser in typisch britischem Humor über die Deutschen sinniert: »[Sie] sind doch wohl unverständliche Wesen. Sie wünschen unseren Tod als Hohe Kommissare und gleichzeitig wollen sie nicht aufhören, uns in all ihren Städten paradieren zu sehen. Ihr Belgier, wenn Ihr besetzt sein würdet, würdet Ihr das Gleiche tun?« Später vervollständigte Scheyven seinen Bericht: »Die Frage zu stellen, hieß sie zu beantworten.«[113] In diesem kurzen Zitat finden sich Merkmale der Militärpräsenz in der jungen Bundesrepublik Deutschland wieder: eine Spitze zur mentalen Disposition der Deutschen, genau wie die Auswirkungen der Tatsache, dass der neue Staat eben keine selbstständige Außenpolitik führen durfte. Das machte in den wenigen politischen Aspekten der belgischen Besatzung die Briten zum ersten Ansprechpartner. Im rein militärischen Bereich war es der Kommandeur der BAOR, wurde der Gesprächsstoff diplomatisch-politisch, war das Hohe Kommissariat die erste Adresse. Auf der sozioökonomischen Ebene der Besatzung waren es bis weit in die 1950er Jahre hinein die Requisitionen, die für regelmäßige Spannungen mit der deutschen Zivilbevölkerung

113 AMAEB, 15937, Scheyven an van Zeeland, 10.1.1951.

sorgten. Der einzige auch politisch sensible Bereich, in dem die belgischen Truppen eine – wenn auch geringe – Rolle zu spielen hatten, war derjenige der Demontagen.

Eine große Herausforderung war die Schaffung von Wohnraum für die Familien der belgischen Offiziere. Im Jahre 1950 lebten über 2.300 Familien in Deutschland. Da Requisitionen von Wohnhäusern nicht mehr durchgeführt werden durften, mussten vor allem nach der Räumung Bonns zahlreiche Baumaßnahmen ergriffen werden, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.[114] Für erheblichen Ärger sorgten im hier betrachteten Zeitraum Requisitionen von öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern und Sportstadien. Leidtragende war die Kölner Bevölkerung, die im Sommer 1951 mit ansehen musste, wie schwerfällig die belgischen Besatzungsbehörden ihre Bitte um eine teilweise Freigabe des Schwimmbades von Köln-Riehl behandelte. Die letzte Entscheidung musste von General Tromme getroffen werden, der im Januar 1951 zum Nachfolger General Pirons bestimmt worden war.[115] Hauptärgernis bildete ein Zaun, der den Bereich, der schließlich von den Deutschen genutzt werden durfte, vom Bereich der belgischen Soldaten abtrennte. Die *Kölnische Rundschau* notierte, es bleibe »das beklemmende Gefühl, von einer Nation deklassiert zu werden, die in Handel, Kunst, Sport und sogar Politik wieder mit den Deutschen verkehrt, aber ausgerechnet in der harmlosen Atmosphäre eines Schwimmstadions, wo sich der Kölner vom Flamen und Wallonen bestenfalls durch die Qualität seiner Schwimmhose und seiner Sonnenbräune unterscheidet, eine Barriere zieht«.[116] Im Juni 1952 wiederholte sich das Spektakel. Diesmal ereiferte sich die deutsche Presse in erheblichem Maße und verwies auf den soeben unterzeichneten »Generalvertrag«.[117] Noch im Jahr 1957 kämpften die Kölner Kommunalbehörden um die Nutzung des Müngersdorfer Stadions durch die Kölner und die dort ansässige Sporthochschule.[118] Solche Angelegenheiten blieben heikel und vergifteten nicht selten die Beziehungen zwischen Belgiern und Deutschen vor Ort.[119]

114 Vgl. SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/2, General Bernaerts an van Zeeland, 27.12.1949; *Grenz-Echo*, 22.9.1950, S. 4; SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1950, CD 190.1/3, Belgische Verbindung an van Inthoudt, 2.10.1950.

115 AMAEB, 12260 (1951–1954), Muûls an van Zeeland, 2.7.1951; HAStK, Acc 2, 1178, Görlinger an Sampels, 3.7.1951; Oberstadtdirektor an Oberbürgermeister, 13.7.1951; Görlinger an Tromme, 31.7.1951; Vermerk des Nachrichtenamts, 4.8.1951. Die Umzäunung wurde schließlich im Frühjahr 1952 zunächst entfernt. Vgl. HAStK, Acc 2, 1178, Oberstleutnant Demaret an Oberstadtdirektor, 31.3.1952.

116 *Kölnische Rundschau*, 8.8.1951.

117 Vgl. dazu das Pressedossier bei AMAEB, 12260 (1951–1954).

118 PAAA, B 86, Bd. 838, Vermerk: »Die Frage der Räumung des Müngersdorfer Stadions durch die belgischen Streitkräfte«, 1957.

119 Vgl. AMAEB, 12260 (1951–1954), Muûls an van Zeeland, 4.3.1953.

Am Dispositiv der belgischen Truppen hatte sich zu Beginn der 1950er Jahre nur wenig geändert. Die Garnison in Monschau, die eine so erhebliche Rolle in der Grenzfrage gespielt hatte, wurde zum Jahresende 1952 aufgelöst. Bezeichnenderweise hielt Verteidigungsminister de Greef dafür Rücksprache mit dem Außenministerium. Die politische Bedeutung des Standortes war aber in den Augen van Zeelands nunmehr zu vernachlässigen.[120] Auf recht pragmatische Weise war hingegen zum Jahreswechsel 1951/1952 eine Ausweitung erfolgt. Einige wenige leichte belgische Einheiten wurden aufgrund eines Abkommens zwischen dem britischen und dem amerikanischen Hohen Kommissar in der Gegend von Kassel in der US-Zone stationiert.[121] Diese Ausweitung wurde von der sowjetischen Seite überraschenderweise nicht kommentiert. Seit 1949 hatte diese das belgische Engagement in Deutschland als eine »Trainingsmaßnahme auf Kosten des deutschen Steuerzahlers« kritisiert und auf die Durchschaubarkeit des Plans einer Abstimmung der westlichen Armeen, neben der belgischen auch der dänischen und norwegischen, auf das britische Vorbild aufmerksam gemacht.[122]

Nach der Integration der Bundesrepublik in die NATO und im Zuge der Schaffung der Bundeswehr kam es zur Übertragung verschiedener Kasernen an die neue deutsche Armee, die jedoch reibungslos, wenn auch nicht ohne Austauschleistungen, auf höchster Ebene zwischen den Verteidigungsministerien verhandelt wurden.[123]

Die Schlüsselpersonen in der belgischen Besatzungsarmee blieben auch nach 1949 die Verbindungsoffiziere. Da man schnell einsehen musste, dass die »Großen Drei« die Entscheidungsgewalt in jedem Fall exklusiv ausüben wollten, blieben nur die Konsultationsprozesse. Dabei sollten die belgischen Militärmissionen jedoch in den Augen der Brüsseler Verantwortlichen eine entscheidende Rolle spielen. Wie üblich, versuchten

120 AMAEB, 12260 (1951–1954), de Greef an van Zeeland, 18.10.1952; van Zeeland an de Greef, 27.10.1952.

121 AMAEB, 12260 (1951–1954), Belgische Verbindung an van Zeeland, 10.10.1951; SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/0, Tromme an Kabinett des Verteidigungsministers, 29.3.1952. Im Anhang befindet sich das Abkommen der beiden Hohen Kommissare vom 17.3.1952 [Auch AMAEB, 12260 (1951–1954)]. Dazu auch die Ergänzungen zu den Allgemeinen Instruktionen für die Belgischen Streitkräfte in Deutschland. Vgl. AMAEB, 12260 (1951–1954), *Instructions générales pour les Forces belges en Allemagne*, 20.12.1951.

122 Vgl. AMAEB, 12896 (1945–1955), Léon Goffin, Belgischer Botschafter in Moskau, an Spaak, 18.3.1949; AMAEB, 12402 (1952), Léon Jacobs an van Zeeland, 15.12.1952.

123 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1955, CD 190.1/1, Spinoy an Blank, 29.7.1955 [streng geheim]; Blank an Spinoy, 1.9.1955; Spinoy an Blank, 27.9.1955 [streng geheim]; BA-MA, BW 1, 58581, Blank an Generalleutnant Gierst, 18.9.1956; Vermerk zu einer Besprechung mit Staatssekretär Rust, General Speidel, Ministerialdirigent Schiffers, Botschafter de Gruben und General Gierst, 27.9.1956.

die Benelux-Partner hier eine gemeinsame Linie zu finden, um größere Einflussmöglichkeiten zu erlangen.

Der Versuch, sich an der Sicherheitspolitik im *Office de sécurité* zu beteiligen, scheiterte im April 1949 jedoch am Widerstand von Amerikanern und Briten.[124] Die Verbindung zu dieser Stelle sollte genau wie die militärische Mission bei der Alliierten Hohen Kommission in den Diskussionen zu deren Charta im Juli 1949 festgelegt werden, die bekanntlich am 21. September der neuen Bundesregierung übergeben wurde.[125] Letztlich sprachen sich die Hohen Kommissare im April 1950 jedoch gegen die Akkreditierung eines »militärischen Beraters« bei der belgischen Mission in Bonn aus.[126] Im Zuge der Verhandlungen zur EVG und mit dem Ziel, ein Minimum an Selbstständigkeit und damit an Loslösung von den Briten zu erreichen, wurden im Mai 1952 Verbindungsoffiziere bezeichnet, die in direkte Verhandlungen mit den deutschen Behörden treten konnten.[127] Als es dann jedoch zu konkreten Maßnahmen kommen sollte, zeigte man sich mehr als zurückhaltend, in vielen Bereichen an die Stelle der Briten zu treten.[128] Nach der Erlangung der Souveränität durch die Bundesrepublik im Mai 1955 etablierte das belgische Verteidigungsministerium einen ihm direkt zugeordneten »Belgischen Verbindungsdienst« mit Sitz in Bad Godesberg. Die Organisation und seine Aufgaben wurden der Bundesregierung in einem Schreiben mitgeteilt.[129]

Bevor mit dem Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 die Demontagen de facto ein Ende fanden,[130] hatte die belgische Armee den ersten »bewaffneten Einsatz seit Kriegsende« zu bestehen.[131] Im westfälischen Bergkamen sollte eine Fabrik, die synthetisches Benzin herstellte, von den britischen Truppen »demontiert« werden. Nachdem der Widerstand der deutschen Bevölkerung virulente Züge angenommen hatte, wurden am 13. Juni 1949 belgische Truppen eingesetzt, um einen ordnungsgemäßen Ablauf zu garantieren. Zum ersten Mal waren diese gezwungen, in »Feuerstellung« zu gehen. Die deutsche Presse wurde nicht müde, die Widersprüchlichkeit dieses Vorgehens zu

124 *DDB*, II, n°17, S. 100–101 (Goethals an Spaak, 12.4.1949).

125 AMAEB, 12259, Belgische Verbindung an Verteidigungsminister und Außenminister, 9.7.1949 [vertraulich]. Vgl. auch das Statut Berlins betreffend: AMAEB 12259, Goethals an Spaak, 6.7.1949.

126 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1950, CD 125.1, Devèze an van Zeeland, 24.4.1950.

127 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/0, Oberst Paternostre an Oberstleutnant van Inthoudt, 2.5.1952.

128 Vgl. SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1953, CD 190.1/8, Tromme an Kabinett des Verteidigungsministers, 23.2.1953 [streng geheim]; Piron an Tromme, 26.3.1953 [streng geheim].

129 PAAA, B 86, 938, Oberstleutnant Hermans an Legationsrat im Auswärtigen Amt Tuckenbrodt, 21.12.1956. Der Dienst hatte »Détachements« in Düsseldorf, Aachen, Köln, Arnsberg und Kassel.

130 Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 104.

131 *Le Soir*, 14.6.1949, S. 1.

brandmarken. In ihren Augen konnte die britische Demontageentscheidung nicht mit den belgischen Vorstellungen einer intakten, handelsfähigen deutschen Wirtschaft in Einklang gebracht werden.[132]

Bemerkenswert waren ebenfalls die Reaktionen in der belgischen Presse. Während einige Blätter glaubten, den Deutschen ein »Wir sind noch da!« zu verstehen geben zu müssen, äußerte sich ausgerechnet der so aufs Prestige gegenüber den Deutschen bedachte *Pourquoi pas?* kritisch, schlug dabei jedoch geschickt eine Brücke zu den Ereignissen in Mützenich: »Wir beklagen, dass unsere Soldaten in Deutschland als *foreign troops* an der Besetzung von zu demontierenden Fabriken teilhaben müssen, gegen den Willen der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung. Und das, obwohl dabei nichts für uns rausspringt, während man nicht zögert, die Bevölkerung von Mützenich fallen zu lassen, um […] Herrn [in deutscher Sprache; C.B.] Karl Arnold zu gefallen.«[133] Zum wiederholten Mal musste zudem der Eindruck aufkommen, die Briten hätten sich einer unangenehmen Aufgabe entledigt. Das Ende der Demontagen wurde in Brüssel jedenfalls mit Wohlwollen aufgenommen. Im Wiederholungsfall hätte man wohl um den Ruf der Belgier fürchten müssen. Für das so mühsam zu erringende Prestige wären weitere Aktionen Gift gewesen.

Dabei arbeitete die Truppenführung, die neben den Verbindungsoffizieren als einzige in direkten Kontakt mit den »Besetzten« treten durfte, in den Wochen vor und nach der Gründung der Bundesrepublik am Aufbau eines positiven Belgienbildes bei den deutschen Persönlichkeiten. Am 29. März 1949 organisierte General Piron in Bonn – noch vor dem folgenden Ärger um den Abzug – zum ersten Mal einen Empfang, an dem mit Konrad Adenauer der Präsident des Parlamentarischen Rates teilnahm. Unter den Gästen befanden sich die britischen Besatzungsoffiziere des Kreises Köln, deutsche Kommunalpolitiker aus dem Raum Köln, die Rektoren der Universitäten Köln und Bonn, Vertreter des Klerus sowie der Präsident der deutsch-belgischen Handelskammer Bauwens. SPD-Vertreter Carlo Schmidt hatte im letzten Moment verzichtet. Während Adenauer vor allem seine Bedenken gegenüber den belgischen Grenzforderungen äußerte, betonten die anderen Gäste die Dringlichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus vor allem im Hinblick auf die deutsche Jugend.[134]

Ansonsten betrieb man Prestigepflege vor allem durch die öffentlichen Auftritte wie die jährlichen Paraden zum belgischen Nationalfeiertag am 21. Juli. Dem festlichen

132 AMAEB, 12261, Leiter CAMTO an Kabinett des Verteidigungsministers, 17.6.1949. Vgl. die – wie das gesamte Buch – tendenziöse Darstellung bei: Hanns D. Ahrens, *Demontage*, S. 231–235.

133 *Pourquoi pas?*, 15.7.1949, n°1598, S. 2014.

134 AMAEB, 12260 (1949–1950), Piron an Defraiteur und Generalstab/2. Sektion, 1.4.1949 [auch SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/0].

Te Deum im Aachener Dom durften 1949 erstmals auch deutsche Repräsentanten beiwohnen. Solche Gelegenheiten waren für die – belgische, später auch deutsche – Presse immer wieder Anlass, von den Soldaten in Deutschland zu berichten.[135] Eine weitere mehr oder weniger öffentliche Aktivität waren die Manöver, die regelmäßig in größerem alliierten Rahmen oder aber im kleineren Maßstab stattfanden, wobei man für letztere mit der von den Briten übergebenen ehemaligen SS-Ordensburg Vogelsang und dem ebenfalls noch von den Briten geräumten Dorf Wollseiffen beste Bedingungen hatte.[136] Bei den gemeinsamen Übungen ging es natürlich auch darum, den Alliierten ein Bild von der Schlagkraft der belgischen Streitkräfte zu geben. Bemerkenswert war hierbei auch der Bericht der belgischen Botschaft über ein Manöver in der Region Köln, in dem sich Beobachtungen finden, die wenige Jahre zuvor wohl noch für Unbehagen gesorgt hätten. Botschaftsrat Salmon resümierte die rheinischen Pressartikel, aus denen hervorgehe, dass »die deutsche Bevölkerung weiterhin empfänglich für militärische Demonstrationen ist«. Im Zuge der Diskussionen um die deutsche Wiederbewaffnung hatten solche Gedankengänge scheinbar nichts Anstößiges mehr.[137]

Trotzdem gab es noch sensible Punkte. So bekundete das Außenministerium im April 1953 auf Anfrage des Verteidigungsministeriums, eine Reise König Baudouins zur Manöverbeobachtung nach Vogelsang käme verfrüht. Einerseits müsse man die deutsche Regierung davon in Kenntnis setzen, andererseits sei aufgrund des Statuts der Bundesrepublik das Zusammentreffen eines Staatsoberhaupts mit Vertretern der Bundesregierung in Deutschland protokollarisch äußerst heikel. Die Visite fand nicht statt.[138] So blieben die »ranghöchsten« belgischen Besucher die Mitglieder der parla-

135 Vgl. *Grenz-Echo*, 22.7.1949, S. 4; *La Libre Belgique*, 22.7.1949, S. 2; SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, Belgische Verbindung an van Inthoudt, 30.7.1951 [mit deutschen Presseausschnitten: *Westfalenpost*, 23.7.1951; *Westfälische Rundschau*, 23.7.1951].

136 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/9, *Convention between Belgium and Great-Britain*, 23.12.1949. In Punkt 3 des Anhangs des britisch-belgischen Abkommens wurde der belgischen Armee das Vorrecht bei der Benutzung des Lagers Vogelsang eingeräumt. Dies markierte den Beginn der Stationierung belgischer Truppen in der ehemaligen SS-Ordensburg, die 55 Jahre währen sollte. Vgl. SGR/SA, *Fonds Rootsaert*, B3, Farde 1, C.H. Rayment an HQ BAOR, 20.12.1949 [geheim].

137 AMAEB, 12402 (1952), Muûls an van Zeeland, 20.5.1952. Weitere Berichte zu Manövern: Vgl. AMAEB, 12260 (1951–1954), Léon Jacobs an van Zeeland, 28.9.1951; *Grenz-Echo*, 28.8.1952, S. 1.

138 AMAEB, 12260 (1951–1954), Vermerk für van Zeeland, von Louis Scheyven, Generaldirektor der Politischen Abteilung, 20.4.1953.

mentarischen Ausschüsse, die sich regelmäßig vor Ort über die Streitkräfte in Deutschland informierten.[139]

Wenn es einen Bereich gab, in dem man in puncto Prestige sehr vorsichtig war, so war es die Kulturpolitik, auch als »belgische Propaganda« in Deutschland bezeichnet. So wies Louis Scheyven Außenminister van Zeeland im Januar 1950 auf das Schattendasein der kulturellen Beziehungen zu Deutschland hin. Belgien vernachlässige seine »erzieherische Rolle«, die es in Deutschland auch zu spielen habe. Andere Besatzungsmächte, wie etwa Frankreich, England und Norwegen, aber auch die Niederlande seien hier wesentlich progressiver.[140] Die Kulturbeziehungen gingen mit den Wirtschaftsbeziehungen und den politischen Kontakten einher. Die belgischen Soldaten hätten es zu diesem Zeitpunkt wohl noch sehr schwer gehabt, hier als Vektoren zu wirken.

Das »Belgische Haus« in Köln, das eigens zu diesem Zweck geschaffen worden war, geriet schon kurz nach Beginn seiner Aktivitäten in schwere Fahrwasser. Waren es zunächst finanzielle Fragen, die für Probleme sorgten, erschütterte 1952 ein handfester Skandal die Einrichtung. Es ging dabei um Zollfragen. Auch wenn die belgische Armee ihre – ohnehin nur offiziöse – Unterstützung schon 1950 zurückgezogen hatte, festigte diese Affäre den Ruf der Belgier als »Schmuggler« und »Schwarzmarkt-Spezialisten«.[141] So konnte man dem *Grenz-Echo* entnehmen, dass »die reichliche Versorgung der Soldaten mit Zigaretten und ihre sonstigen Vorräte an gewissen Dingen, die in Deutschland erheblich teurer als bei uns sind, […] nicht ganz unschuldig daran sein [mögen], dass sich von der einen zur anderen Seite Beziehungen angebahnt haben, die der gegenseitigen Verständigung letztendlich zugute kommen. Den amtlichen Bonner Stellen macht diese Entwicklung einige Sorgen finanziell-wirtschaftlicher Art.«[142] Die kulturelle Seite

139 Exemplarisch der Besuch einer Studiengruppe des Parlaments im Sommer 1951. Hierbei kam es zu kleineren Komplikationen bezüglich des Redetextes des Vorsitzenden, der in seinem Entwurf von »Friedensvertrag«, »deutschen Einheiten« und »deutschen Soldaten« sprach. Dies erschien Minister van Zeeland dann doch etwas voreilig und er bat um Abänderung der entsprechenden Passagen. Vgl. AMAEB, 12260 (1951–1954), Vermerk für den Generaldirektor der Politischen Abteilung, 15.6.1951; Louis Joris an van Zeeland, 22.6.1951; Vermerk des Generalsekretärs für den Minister, 25.6.1951; van Zeeland an Joris, 27.6.1951; SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1954, CD 811/4, de Greef an Tromme, 2.10.1953; *Grenz-Echo*, 22.9.1954, S. 1.

140 AMAEB, 12302, Scheyven an van Zeeland, 14.1.1950.

141 Zum Belgischen Haus: Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 275–279; HAStK, Acc 2, 1279, Vermerk des Büros des Oberbürgermeisters der Stadt Köln, 21.4.1953.

142 *Grenz-Echo*, 2.5.1952, S. 3. Vgl. auch BA-MA, BW 9, 3560, Vermerk von Claer, 9.9.1952. Zum Ruf in Bezug auf den Schwarzmarkt: Vgl. SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, Ockrent für van Zeeland, 15.3.1952, der eine Beschwerde Adenauers beinhaltet; AMAEB, 12260 (1951–1954), Muûls an van Zeeland, 25.3.1952.

hatte jedoch auch ihren Preis. Und gerade dieser machte die Diplomaten sehr zurückhaltend, in Deutschland zu investieren. »Muss man das Geld eher in Deutschland ausgeben als anderswo?«, fragte ein Vermerk, der vor »enttäuschenden Resultaten« warnte und als Reaktion auf einen Presseartikel verfasst war, der die Kulturpolitik im belgischen Sektor zuvor hart kritisiert hatte.[143]

Die Kontaktaufnahme mit der deutschen Zivilbevölkerung war über Jahre eines der komplexesten und meistdiskutierten Themen für die belgischen Militärbehörden. In der Frage, ob hier eine Annäherung wünschenswert sei, wurde stets große Zurückhaltung geübt.

Der Umgang mit den Deutschen: Annäherung durch Wandel

In der westfälischen Kleinstadt Werl wurden die Erfahrungen mit den alliierten Soldaten in einer historischen Rückschau wie folgt beschrieben: »Die einrückenden Amerikaner waren die Sieger, die folgenden Briten die Regierenden, die Belgier die Besatzer und später mit den Kanadiern alle zusammen NATO-Partner, in die auch die Bundeswehr am 6. Mai 1955 einbezogen wurde. Die Ausgangsposition der Soldaten und ihrer Angehörigen war, je nach den Verlusten, die sie während des Krieges durch Deutsche erlitten hatten, zwangsweise unterschiedlich: Als ehemals Besetzte fühlten sich die Belgier am stärksten betroffen […].«[144] Diese retrospektive Sicht korrespondiert für den belgischen Fall wohl durchaus mit der Realität. Wie sehr die belgischen Soldaten durch die Besatzungserfahrung der Jahre 1940 bis 1944 geprägt waren, welches moralische Überlegenheitsgefühl sich daraus ableitete, auch und gerade in ihren Begegnungen mit der deutschen Bevölkerung, darauf wurde schon mehrmals hingewiesen. Das Auftreten als Besatzer war zwar von der militärischen Führung nicht intendiert, war jedoch von ihr auch nicht in den Griff zu bekommen, insbesondere da auch viele Offiziere nur auf diese Weise das belgische Prestige gewahrt sahen. Die Regelung des Umgangs mit den »besetzten Deutschen« war aber eben nicht nur eine militärische, sondern vor allem eine eminent politische Frage. Dies galt zumal unter den Bedingungen der Gründung eines deutschen Weststaats im Jahr 1949.

In der vertraulichen Atmosphäre des Ministerrats drückte sich Paul-Henri Spaak am 7. Januar 1949 diesbezüglich so aus: »Belgien muss den Vorteil, den es in der deut-

143 AMAEB, 12302, Vermerk der Politischen Abteilung, 2.10.1951. Der betroffene Artikel: Vgl. *Le Phare*, 16.9.1951.

144 Robert Schad, Werl als Garnisonsstadt nach dem Zweiten Weltkrieg: Besatzungszeit – NATO-Zeit, in: Amalie Rohrer (Hg.), *Werl: Geschichte einer westfälischen Stadt*, (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, 31), Paderborn, 1994, S. 895–915 (hier: S. 896).

schen Öffentlichkeit durch die gute Haltung seiner Besatzungstruppen wie durch das Ausbleiben von Verantwortung auf der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ebene erhalten hat, nutzen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Existenz einer deutschen Regierung für Belgien nur von Vorteil sein kann – vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet […].«[145] Öffentlich hätte der damalige Regierungschef solche Gedanken wohl kaum geäußert. Schließlich münzte er mit der belgischen Nichtbeteiligung an den politischen Entscheidungen der Großen genau das zu einem Vorteil, was die Anhänger einer Prestigepolitik nicht müde wurden, als Enttäuschung zu proklamieren. Die »gute Haltung« der Besatzungstruppen in der »deutschen Öffentlichkeit« beruhte zu diesem Zeitpunkt noch vor allem auf der Vermeidung allzu häufiger Begegnungen.

Bezeichnend war hier eine Einschätzung des Kabinetts von Verteidigungsminister Defraiteur gerade eine Woche nach Spaaks Äußerungen. Dabei wurde im Hinblick auf die britische Haltung und die anstehende Gründung der Bundesrepublik eine Lockerung der bisherigen Regelung zu den Beziehungen zwischen dem Personal der Besatzungsarmee und der deutschen Bevölkerung erörtert. Wie so oft ging es dabei um die Haltung der belgischen Öffentlichkeit, die im Gegensatz zur britischen »weniger darauf vorbereitet ist, Tendenzen zur Versöhnung anzuerkennen«. Sie sei derzeit, »genau wie die Soldaten und ihre Familien im besetzten Deutschland nicht darauf eingestellt, eine Modifizierung […] im Sinne einer größeren Freiheit hinzunehmen«. Die Ministerberater befürchteten sogar die Zunahme von »bedauerlichen Zwischenfällen, die im Gegensatz zum angestrebten Ziel stünden«.[146]

Wie sehr Truppenführung und politisch Verantwortliche sich in ihren Überlegungen von der möglichen Reaktion der belgischen Öffentlichkeit leiten ließen, zeigte zum selben Zeitpunkt die Intervention des Verteidigungsministeriums in Bezug auf Kontrollen von Besatzungssoldaten durch die deutsche Polizei. Laut HQ/BAOR konnten davon »britische oder alliierte Militärs« betroffen sein, wenn sie mit Fahrzeugen unterwegs waren. In Brüssel äußerte man Besorgnis, da »die Anwendung dieser Maßnahmen die Gefühle unserer Besatzungsarmee verletzen könnte. Es steht zu befürchten, dass sich schwere Zwischenfälle ereignen, wenn deutsche Polizisten belgische Soldaten anhalten und ihre Identität kontrollieren wollen. In Belgien selbst würde die Öffentlichkeit wohl heftig reagieren […] und manche Propaganda würde dort leicht verwendbares Material finden.«[147] Von der innenpolitischen Konstellation, die in einem Wahljahr eine Politik

145 *Ministerratsprotokolle*, 7.1.1949, S. 10.

146 AMAEB, 12260 (1949–1950), Oberstleutnant de Soomer, Kabinettschef des Verteidigungsministers, an Spaak, 12.1.1949.

147 AMAEB, 12260 (1949–1950), Oberstleutnant de Greef, stellvertretender Kabinettschef des Verteidigungsministers, an Spaak, 14.1.1949. Die Angelegenheit sorgte auch für einen Briefwechsel

der Stärke und Entschiedenheit als geboten erscheinen ließ, war bereits an mehreren Stellen die Rede. Die stete Besorgnis vor »Zwischenfällen« zeigte, wie heikel diese Thematik auch vier Jahre nach Kriegsende noch war, lieferte aber auch einen Hinweis auf die Spannungen zwischen denen, die zu diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit einer Annäherung an Deutschland und die Deutschen propagierten, und jenen, die hier aus Ressentiments und Prestigegründen Skepsis walten ließen.

Ein nachgerade klassisches Beispiel bildete die Debatte um die Erlaubnis von Heiraten zwischen belgischen Soldaten und deutschen Frauen. Im Juli 1949 hatte General Piron sich beim Verteidigungsministerium erkundigt, ob man nicht langsam zu einer Tolerierung wie bei den Briten gelangen könne. Er handelte sich jedoch eine klare Absage ein. Die Offiziere sollten sich passiv verhalten und »Beziehungen zwischen Militärs und Deutschen nicht begünstigen«. Diese seien zwar nicht zu verhindern, dürften dann aber nur privater Initiative entspringen.[148] Auch anderthalb Jahre später hatte sich an dieser Haltung nichts verändert.[149] Zu Beginn des Jahres 1951 kam jedoch Bewegung in Angelegenheit. Das Verteidigungsministerium wollte den Soldaten mehr Freiheit einräumen und fasste dabei auch »mit gewissen Vorsichtsmaßnahmen« die Erlaubnis von Heiraten ins Auge.[150] Das Außenministerium signalisierte Zustimmung, zumal die bisherigen Kontaktverbote immer öfter von der Realität eingeholt worden seien.[151] Die endgültige Entscheidung fiel schließlich im Ministerrat, der am 11. Mai 1951 sein Einverständnis mit der Lockerung des Kontaktverbotes und der Erlaubnis von Eheschließungen erklärte.[152] Es gab jedoch eine Beschränkung auf Offiziere und Unteroffiziere, die dann nicht mehr in einer Einheit in Deutschland Dienst tun durften. Außerdem wurde ein Jahr Wartezeit in Belgien verlangt.[153] Dieses fiel weg, wenn die Zukünftige ein Kind erwartete.[154] Diese Praxis wurde von Botschafter Muûls im Mai 1952 kritisiert, als er

mit der Britischen Botschaft in Brüssel, die um Entschärfung bemüht war. Vgl. AMAEB, 12260 (1949–1950), Montagu-Pollock, Berater der Britischen Botschaft in Brüssel, an Loridan, 4.2.1949; de Soomer an Spaak, 16.2.1949.

148 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1949, CD 190.1/0, Defraiteur an Kommandeur des 1. Armeekorps, 8.7.1949.

149 AMAEB, 12260 (1949–1950), Oberstleutnant van Inthoudt an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 30.12.1950.

150 AMAEB, 12260 (1951–1954), Oberst de Greef an van Zeeland, 23.2.1951.

151 AMAEB, 12260 (1951–1954), Politische Abteilung an Oberst de Greef, 5.3.1951.

152 AMAEB, 12260 (1951–1954), van der Meulen, Sekretär des Ministerrats, an van Zeeland, 11.5.1951.

153 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, de Greef an Kommandeur der *FBO*, 17.5.1951 [vertraulich].

154 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/4, Vermerk von Oberst BEM Berben, Kabinettschef des Verteidigungsministers, für Oberstleutnant BEM Daems, Sekretär der Militärmission des

in einem Vermerk auf die »illegitimen Geburten« in Deutschland zu sprechen kam.[155] Obwohl man knapp drei Jahre »Verspätung« gegenüber Briten und Amerikanern hatte, setzte man aus Vorsichtsgründen noch erhebliche Hindernisse vor eventuelles deutsch-belgisches Eheglück. Diese Regelungen spiegelten letztlich die Schwierigkeiten wider, auch im Allgemeinen zu einem liberaleren Umgang mit den Deutschen zu gelangen. Ziel war es, »durch Haltung und Disziplin problemlos den Vergleich mit den anderen Besatzungsarmeen bestehen zu können«.[156] Dafür waren anscheinend jedoch restriktivere Maßnahmen als bei Briten, Amerikanern oder auch Franzosen notwendig.

Trotzdem kann man das Jahr 1951 wohl als Wendepunkt in dieser Thematik bezeichnen. Die Diplomaten in Brüssel hielten die noch geltenden Bestimmungen des Jahres 1949 für überholt. Dafür sei das Ziel der Integration Deutschlands in die »europäische Gemeinschaft der freien Völker« zu wichtig. Kurzerhand wurde die bisherige Argumentation umgedreht. »Die Etablierung von Kontakten zwischen Belgiern und Deutschen, unter anderem unserer Besatzungstruppen mit der Bevölkerung der Gebiete, die sie besetzen, wäre dazu geeignet, unsere Ziele zu erreichen«.[157] Hier wurde »Wandel durch Annäherung« propagiert, obwohl doch längst Annäherung durch Wandel der internationalen Situation stattgefunden hatte. Für die vom Verteidigungsministerium als »Normalisierung« bezeichnete neue Linie fanden sich schnell einige Befürworter. Kurz nach Einführung der neuen Bestimmungen fertigte die belgische Verbindung eine Bestandsaufnahme an. Sie begann mit der Tutelle-Macht: Die Briten erhofften sich eine Verbesserung der Beziehungen zwischen deutscher Bevölkerung und belgischen Soldaten, ein Verhältnis, das sie immer mit einem besorgten Blick betrachtet hatten. Auch auf deutscher Seite seien die Reaktionen jedoch positiv, »da wir [bisher] als die

Königs, 5.5.1952.

155 AMAEB, 12260 (1951–1954), Muûls an van Zeeland, 16.5.1952 [auch: AMAEB, 12402 (1952)]. Zu den »illegitimen Geburten«, wenn auch im Kontext der Beziehungen zwischen Deutschen und farbigen US-Soldaten: Heide Fehrenbach, »Ami-Liebchen«, S. 178–205 (hier: S. 187); Dies., Of German Mothers, S. 164–186.

156 Vgl. *Le Soir*, 10.7.1949, S. 3; AMAEB, 12260 (1949–1950), Oberstleutnant van Inthoudt an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 30.12.1950. Dabei erkundigte man sich immer wieder nach den alliierten Bestimmungen. Die britischen Regelungen gingen dem Kommandeur der belgischen Truppen selbstverständlich direkt zu. Vgl. SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, *Relations entre les Forces d'Occupation et la population allemande*, Vermerk der belgischen Verbindung, 12.6.1951.

157 AMAEB, 12260 (1951–1954), Entwurf der Politischen Abteilung für ein Schreiben des Außenministers an den Verteidigungsminister, 25.6.1951.

distanziertesten und am schwersten von den neuen Gefühlen der Deutschen zu überzeugenden Besatzer betrachtet wurden«.[158]

Schnell wurde jedoch klar, dass es von den Richtlinien des Verteidigungsministeriums und der Truppenführung in Deutschland bis zu ihrer Umsetzung in den einzelnen Garnisonen ein weiter Weg sein würde. Während man die rechtsrheinischen Gebiete schnell zu problemlosen Zonen erklären konnte, gab es ausgerechnet in linkrheinischen Garnisonen – mithin bei den von Nothomb und anderen als »wesensgleich« beschriebenen Rheinländern – offensichtlich größere Schwierigkeiten. Die Verantwortlichen dafür waren schnell ausgemacht. Die dortigen unteren Offiziersebenen benötigten präzisere Informationen, um die neue Politik auch an der Basis durchführen zu können.[159]

Am deutlichsten zeigte sich dies in Köln. In regelmäßigen Abständen kam es dort zu Zwischenfällen, an denen belgische Soldaten beteiligt waren. Im Mai 1950 hatte die Rechts- und Sicherheitsverwaltung dem Oberstadtdirektor eine Liste mit Übergriffen zukommen lassen. Diebstähle und Schlägereien waren an der Tagesordnung. Auch ein Fall von Vergewaltigung war bekannt geworden.[160] Die Stadtverwaltung sorgte sich ob der »Unruhe, die in der Bevölkerung dadurch entstanden ist, dass die Zahl von Vergehen belgischer Soldaten […] ständig wächst«. Sie nahm Kontakt mit den Briten auf, um Lösungen zu finden.[161] Die getroffenen Disziplinarmaßnahmen schienen Früchte zu tragen. Bis zum Jahresbeginn 1951 sank die Zahl der Vergehen deutlich.[162] Dies schien jedoch nur eine Atempause zu sein. Vielleicht mangelte es den belgischen Offizieren letztlich an Konsequenz. Jedenfalls nahm just zum Zeitpunkt der neuen Bestimmungen zur »Normalisierung« die Zahl der Zwischenfälle wieder zu. Eine mögliche Erklärung lag wohl in den schon erwähnten Requirierungen. Außenminister van Zeeland betonte zum Jahresende 1951, dass »die Truppen in Deutschland es sechs Jahre nach Kriegsende vermeiden sollten, sich wie in einem eroberten Land aufzuführen«.[163] Ein Jahr später waren die Befürchtungen der Kölner Behörden wiederum so stark, dass der Polizeipräsident die belgischen Verbindungsoffiziere einbestellte. Zwar sei das Verhalten der

158 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, Belgische Verbindung an Obersleutnant van Inthoudt, 27.6.1951.

159 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, Belgische Verbindung an Obersleutnant van Inthoudt, 28.7.1951; *Idem*, de Greef an General Tromme, 14.8.1951.

160 HAStK, Acc5, 156, Rechts- und Sicherheitsverwaltung an Oberstadtdirektor, 12.5.1950.

161 HAStK, Acc5, 156, Vermerk des Beigeordneten Dr. Laut, 19.5.1950.

162 HAStK, Acc5, 156, Vermerk der Stadtverwaltung Köln [unsigniert], 22.1.1951.

163 AMAEB, 12260 (1951–1954), van Zeeland an Muûls, 6.12.1951. Vorausgegangen waren Schwierigkeiten in Siegen, wo einige Deutsche angeblich sehr feindselig auf die belgische Militärpräsenz reagiert hatten. Vgl. SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, Oberst Mampuys an Kabinett des Verteidigungsministers, 7.11.1951 [vertraulich].

belgischen Militärstellen »tadellos«, von den einfachen Soldaten könne man solches jedoch nicht immer behaupten.[164] Gegen so manches Ressentiment und so manche Halbstarkendemonstration von Wehrpflichtigen kam keine noch so berechtigte politische Richtlinie an.

Alles in allem waren Zwischenfälle immer noch Ausnahmen, doch die Sensibilitäten nahmen durch die Rolle der deutschen Behörden, die nach der Gründung der Bundesrepublik ihre Bedenken noch deutlicher äußern konnten, sicher nicht ab. Dazu kamen die Vorstellungen der belgischen Soldaten. Die Wehrpflichtigen der 1950er Jahre kannten natürlich die Erzählungen ihrer Vorgänger aus den Jahren nach 1945. Doch die Zeit, in der man sich, womöglich noch milde sanktioniert oder sogar ungestraft, als Besatzer aufspielen konnte, war nach 1949 passé. Es gilt jedoch, gerade für die Probleme in den linksrheinischen Gebieten auch simple praktische Gründe zu berücksichtigen. In den dortigen Garnisonen wurde wesentlich öfter mit schwerem Militärgerät und Panzern operiert. Dies bedeutete für die deutsche Bevölkerung oftmals Behinderungen, kaputte Straßen und Lärm.[165] In einem Vermerk der Britischen Hohen Kommission hieß es im Juni 1954 zu den Gründen für »Zwischenfälle, welche zu Unverständnis und Ressentiments auf beiden Seiten führen können«: »Wir haben feststellen können, dass die größte Zahl der Zwischenfälle durch einen Mangel an Verbindung oder einer fehlerhaften Einschätzung der Bedingungen, die in Deutschland herrschen, verursacht worden sind.«[166]

Falls es noch eines weiteren Beleges für den intendierten Wandel in den Beziehungen zur deutschen Zivilbevölkerung bedurfte, so fand er sich in einem Schreiben des Mili-

164 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1953, CD 190.1/3, Belgische Verbindung an Oberstleutnant van Inthoudt, 30.12.1952.

165 Exemplarisch dazu der wunderbar ironische Beschwerdebrief eines Kölners aus dem Jahr 1956: »Erlauben Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dass ich Ihnen in einer kleinen Gefechtspause die letzten Erlebnisse vom Kriegs-Schau-und Truppenübungsplatz Neu-Ehrenfeld schildere. Es ist 6 Uhr 45, über der Stadt liegt Dunst, die Hauptkampflinie erzittert unter dem Gedröhn heranfallender feindlicher Panzer. In den Schützengräben, die sich seitlich der Linie entlang ziehen (zivil: Häuser mit Betten), ducken sich die Soldaten in den Daunen. Sie sind weib-, männ- und kindlichen Geschlechts. Wach werden sie aber alle. Unter dem Lärm der Panzer […] erzittern die Schützengräben. […] Die Taktik des Gegners ist natürlich klar ersichtlich: Zermürben.« [HAStK, Acc 2, 412, Günther Ernst an OB Ernst Schwering, 5.7.1956] Schwering leitete das Schreiben mit einem sachlichen Hinweis auf die Häufigkeit der Beschwerden über die belgischen Panzer an Oberstadtdirektor Adenauer weiter [*Idem*, Ernst Schwering an Max Adenauer, 10.7.1956].

166 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1954, CD 190.1, Belgische Verbindung an Kabinett des Verteidigungsministers, 23.6.1954. Im Anhang: *Relations anglo-allemandes. Edition de février 1954. Edité par The Principal Officers' Committee (Britisch Forces in Germany)*, 23.3.1954 [Französische Übersetzung des englischen Originals].

tärgeheimdienstes für das Kabinett des Verteidigungsministers vom Oktober 1952.[167] Nachdem einige belgische Einheiten in der Gegend um Kassel stationiert worden waren, meldete der dortige Standortkommandant die »viel engere Beziehung, die die amerikanischen Truppen mit der einheimischen Bevölkerung in dieser Region unterhalten«, nach Brüssel. Es sei doch wohl kaum angebracht, dass die belgischen Soldaten »eine andere Haltung als die unserer Alliierten einnehmen«. Verteidigungsminister de Greef notierte »einverstanden« neben die letzte Bemerkung. Nach sieben Jahren machte der zuständige Minister somit klar, dass die Zeit der restriktiveren Regelungen endgültig der Vergangenheit angehören sollte – gerade auch im Vergleich zu den anderen alliierten Truppen.

Wenn auch dem *Grenz-Echo* eine Schlägerei zwischen deutschen und belgischen Soldaten auf der einen und deutschen Zivilisten auf der anderen Seite im Mai 1956 eine Meldung wert war,[168] kam dem Problem der Beziehungen zwischen Soldaten beider Länder keine besondere Bedeutung zu. Die offiziellen Berichte schweigen an dieser Stelle. Dem Kommando des 1. Armeekorps stand es im Übrigen frei, seine Kontakte mit den deutschen Militärbehörden selber zu organisieren, genau »wie mit den anderen Alliierten der NATO«.[169]

Letztlich wird man die lange Phase der Normalisierung der Beziehungen zwischen den belgischen Soldaten und der Zivilbevölkerung in Deutschland, von der Gründung der Bundesrepublik bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre hinein, wohl als gelungen bezeichnen können. Dabei steht außer Frage, wie schwer sich das Verteidigungsministerium in Brüssel und die Truppenführung vor Ort oftmals mit einer Lockerung der Regelungen taten, wie schwierig sich jedoch auch die Umsetzung neuer Befehle durch die Offiziere gestaltete. Die »Annäherung durch Wandel« bei dieser besonderen Form von sozialen Beziehungen hinkte der politischen Annäherung zu dieser Zeit ein gutes Stück hinterher.

167 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1952, CD 190.1/6, Oberst BEM Lallemand, *Direction supérieure du renseignement et de l'historique*, an Kabinett des Verteidigungsministers, 30.10.1952.

168 *Grenz-Echo*, 3.5.1956, S. 5: »Deutsch-belgische Soldaten-Saalschlacht bei Köln«. Hier hatte sich wohl eher ein gemeinsamer »Korpsgeist« entwickelt.

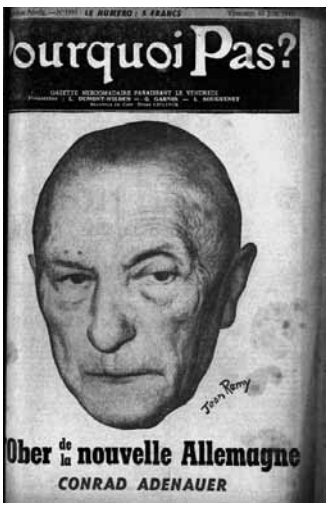
169 SGR/SA, *Cabinet MDN*, 1956, CD 127/2bis, Oberst BEM Harteon an Kommandeur des 1. Armeekorps, 8.5.1956 [vertraulich].

2. Auf dem Weg zu einer schwierigen Normalisierung

2.1 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Belgien und der Bundesrepublik

»Es wurde das gleiche Zeremoniell wie bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch andere Botschafter befolgt«.[1] Mit diesen Worten berichtete der frisch akkreditierte Botschafter Anton Pfeiffer am 27. Juni 1951 von Brüssel nach Bonn. Die Bundesrepublik hatte an diesem Tag ihre ersten beiden Vertreter bei den Regierungen Belgiens und Dänemarks akkreditiert. Nachdem das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 die Aufnahme konsularischer Beziehungen gestattete, hatte sich im Zusammenhang mit der Revision des Besatzungsstatuts vom 6. März 1951 nunmehr die Gründung eines Auswärtigen Amtes ergeben, das bekanntlich bis 1955 von Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst geführt wurde.[2]

Die belgische Regierung hatte ihrerseits den Rechtsberater des Außenministeriums Fernand Muûls im März 1951 als Botschafter in der Bundesrepublik bezeichnet. Er wurde am 12. Mai 1951 von Bundespräsident Heuss akkreditiert. Nach den Worten Muûls sei zwar das Ambiente eher nüchtern gewesen, doch habe das Prozedere eine gewisse Feierlichkeit besessen. In seiner Begrüßungsadresse habe er vor allem auf »den neuen Geist« hingewiesen, der in den Beziehungen zwischen beiden Ländern in Zukunft nunmehr herrschen solle. Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im europäischen Rahmen, aber auch die Beziehungen der belgischen Truppen zur deutschen Zivilbevölkerung standen im Mittelpunkt der Intervention des neuen



Quelle: *Pourquoi pas?*, nº 1593, 10.6.1949, S. 1

1 Zitiert nach: Botschafter Dr. Christoph Jessen zur Eröffnung des neuen Kanzleigebäudes von Botschaft und Ständiger Vertretung bei der EU, <www.bruessel.diplo.de/Vertretung/bruessel/de/Archiv/2006/DownloadDatei__Er_C3_B6ffnung,property=Daten.pdf> [9.5.2007].

2 Vgl. zur Bedeutung dieser neuen »Handlungsfreiheit« und ihrer historiographischen Einordnung: Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 96–113.

Botschafters.[3] Zuvor hatte es noch einige Hindernisse gegeben, da das Statut des Botschafters in Bonn in Bezug auf seine Rolle als Chef der Belgischen Mission in Berlin geklärt werden musste. Die Brüsseler Diplomaten befürchteten, die Sowjetunion würde einen Missionschef in Berlin nicht akkreditieren, der gleichzeitig Botschafter in einem von ihr nicht anerkannten Staat war. Es handelte sich, wiederum in den Worten Muûls, um einen Präzedenzfall, da die anderen Botschafter alle schon Missionschefs in Bonn und Berlin gewesen waren, bevor sie in den Rang eines Botschafters bei der Bundesregierung erhoben worden waren.[4]

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen geschah zu einem psychologisch recht günstigen Zeitpunkt. Am 9. März 1951 war der Prozess gegen den ehemaligen Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich, Alexander von Falkenhausen, zu Ende gegangen. Nach 61 Verhandlungstagen seit September 1950 war er zu 12 Jahren Haft verurteilt worden. Eine Strafe, die in Belgien als zu milde und in Deutschland als zu hart empfunden worden war, so wie man dem Urteil wohl Kompromisscharakter zubilligen muss. Jedenfalls wurde mit seiner sofortigen Freilassung und Rückführung in die Bundesrepublik sowie seinem Verzicht auf eine Berufung das belgische Kriegsverbrecherprogramm beendet.[5] Im August 1950 war mit der Hinrichtung des ehemaligen Kommandeurs des Lagers Breendonk, Philipp Schmitt, die Todesstrafe in Belgien letztmals vollstreckt worden. Insgesamt wurden 242 der insgesamt 2.940 Todesurteile gegen Kriegsverbrecher vollstreckt. Eine symbolisch extrem aufgeladene Zahl – entsprach sie doch der Zahl der Geiseln, die zur Zeit der Militärverwaltung unter von Falkenhausen erschossen worden waren.[6]

Die belgische Regierung war während des Prozesses gegen von Falkenhausen in einer schwierigen Lage gewesen. Einerseits wäre eine Annulierung vor der belgischen Öffentlichkeit nicht durchzusetzen gewesen, andererseits ließ man deutlich das Bemühen erkennen, Belastungen im Verhältnis zur Bundesrepublik zu vermeiden. Bundeskanzler Adenauer hatte dies erkannt und zum Jahresende 1950 in einem Gespräch mit den Hohen Kommissaren auf den Punkt gebracht: »Vielleicht kann von alliierter Seite

3 Muûls, *Quarante ans*, S. 228.

4 Ebenda, S. 219–220.

5 Vgl. Lagrou, Moralische Überlegenheit, S. 347–349. Die von Lagrou angedeutete Verbindung zwischen dem Prozessende und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen besteht zwar – wie erwähnt – vom psychologischen Standpunkt, lässt sich jedoch – wie zu zeigen sein wird – in den entsprechenden Entscheidungsprozessen nicht nachweisen. Die Entlassung war auf der Grundlage des so genannten Lejeune-Gesetzes aus dem Jahr 1888 möglich. Die Verbüßung eines Drittels der Haftstrafe bei guter Führung und unter Anrechnung der Untersuchungshaft bildeten die hierbei berücksichtigten Aspekte.

6 Vgl. ebenda, S. 327.

etwas geschehen, damit diese Sache zu Ende gebracht wird. Mir ist von der belgischen Regierung erklärt worden, die belgische Gesetzgebung lasse es nicht zu, irgendwie in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Aber von Falkenhausen kann ja krank werden und das Verfahren kann abgebrochen werden. Er kann auf Ehrenwort entlassen werden. Dann kann sich das Weitere dazu finden.«[7] Als Anton Pfeiffer, noch als Generalkonsul in Brüssel, gegenüber van Zeeland eine Rückkehr von Falkenhausens als wünschenswert für die deutsche Öffentlichkeit bezeichnete, erklärte der belgische Außenminister, dies sei eine »elegante Lösung«.[8]

Wie sehr Adenauer diesen Prozess verfolgte, wurde deutlich, als von Falkenhausen und der mitangeklagte ehemalige Chef der Militärverwaltung, Eggert Reeder, sich kurz nach der Urteilsverkündung erkundigten, ob sie Berufung einlegen sollten. Adenauer riet ihnen ab und zeigte sich besorgt, dass die deutsche Presse anlässlich der Entlassung keine Vorwürfe gegen Belgien erheben solle. »Belgien nimmt von allen westeuropäischen Völkern gegenüber Deutschland die positivste Stellung ein.«[9] Die Besorgnis schien begründet. Von Falkenhausen zeigte sich ob seiner Verurteilung zunächst uneinsichtig und bezichtigte – kaum aus der Haft entlassen und nach Deutschland zurückgekehrt – die belgische Regierung des Jahres 1940 – also unter anderem den damaligen Außenminister Paul-Henri Spaak – der versuchten Kollaboration.[10] Wie sensibel der Kanzler in der Frage der Kriegsverbrecherprozesse reagierte, hatte sich schon vor dem Prozessauftakt gezeigt, als er den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold maßregeln wollte, weil dieser »im Interesse des europäischen Gedankens« die Freilassung General von Falkenhausens und des deutschen Spitzendiplomaten Ernst von Weizsäcker gefordert hatte. Zwar war der Anlass für den Vorwurf, »in höchst unzweckmäßiger Weise außenpolitische Fragen angeschnitten« zu haben, in den Diskussionen um einen deutschen Wehrbeitrag zu suchen, doch mag man auch hier den Willen erkennen, neben den zähen Gesprächen mit den »Großen Drei« in der Person der Hohen Kommissare

7 *AAPD*, 1950, S. 272. Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 204.

8 *AAPD*, 1951, S. 84.

9 *Adenauer. Teegespräche 1950–1954*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin, 1984, S. 54–55.

10 Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 76–77. Bei seiner Rückkehr hatte der General in eine Art Ehrenrolle geschrieben: »*Ingrata Belgia non possidemis ossa mea*« [»Undankbares Belgien. Du wirst meine Knochen nicht besitzen«]; vgl. Lagrou, Moralische Überlegenheit, S. 349. Die Anschuldigungen von Falkenhausens bezogen sich auf den gescheiterten Versuch der belgischen Regierung, in einer Phase tiefer Resignation nach der französischen Niederlage Kontakt mit Hitler aufzunehmen, um unter anderem über die Rückführung der nach Frankreich geflüchteten Belgier zu verhandeln. Vgl. Stengers, *Léopold III*, S. 73–81.

auch die kleineren Nachbarländer nicht über Gebühr vor den Kopf zu stoßen.[11] Im Mai 1951 zeigte sich Adenauer in einem Gespräch mit Botschafter Muûls jedoch zufrieden mit dem Verlauf der »Falkenhausen-Affäre«.[12]

Der beiderseitige Wille zu einer politischen Annäherung musste auf innenpolitischem Terrain jedoch immer wieder Widerstände überwinden. Die anti-deutschen Ressentiments waren in einem Teil der belgischen Öffentlichkeit weiterhin stark verbreitet. So hatte der *Pourquoi pas?* anlässlich der Einführung Pfeiffers dessen Foto auf der Titelseite mit dem boshaften Kommentar »›Sie‹ sind zurück« versehen.[13] Die Frage war, inwieweit sich die Exekutive von solchen Einlassungen beeinflussen ließ.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hatte gezeigt, dass in der deutschen Frage nichts einfach zu sein schien. Mit der Gründung des »Provisoriums« Bundesrepublik und ihrem singulären rechtlichen Status war ein Rahmen geschaffen, der bilaterale Fragen immer in ein Dreiecksverhältnis mit den Alliierten stellte. Lediglich die Notwendigkeit, den Deutschen nunmehr in verschiedenen Fragen wieder eine Stimme zu geben, schien unbestritten. Das belgische Wochenblatt *Phare Dimanche* sprach wohl für viele, als es im September 1949 unter dem Titel »Deutschland ist kein See« betonte: »Man wählt seine Freunde, man wählt nicht seine Familie. Ob man will oder nicht, ob man sich freuen oder sich beschweren soll, Deutschland gehört zur europäischen Familie […]. Deutschland muss so schnell wie möglich in die europäische Familie reintegriert werden.«[14]

Quelle: *Pourquoi pas?*, nº1697, 8.6.1951, S. 1

Die Benelux-Länder behielten auch nach der Gründung des neuen Staates ihre Linie bei, gemeinsam auf ein Mitspracherecht in allen Deutschlands

11 Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 197. In seiner Replik berief sich Arnold auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung.

12 Muûls, *Quarante ans*, S. 225.

13 *Pourquoi pas?*, nº1697, 8.6.1951, S. 1 [*»Ils‹ sont revenus. Herr Doktor Pfeiffer, ambassadeur d'Allemagne«*].

14 *Phare Dimanche*, 11.9.1949, S. 3. Vgl. Michel Dumoulin, L'Allemagne et l'Europe, S. 193–202 (hier: S. 193). In derselben Argumentationslinie äußerte sich ein Brüsseler Journalist: »Dem einen oder anderen, der unter den Deutschen gelitten hat, mag dies nicht gefallen, aber das ist der Lauf der Welt, an dem nichts zu ändern ist. Angesichts der kommunistischen Gefahr muss man sogar wünschen, dass man sobald als möglich zu einem Ergebnis gelangt und zwar in einem einigen und aufbauenden Europa« [*Grenz-Echo*, 14.10.1950, S. 1].

Zukunft betreffenden Fragen zu drängen. So gelang es ihnen, im November 1949 in Paris an einer Sitzung mit den Außenministern der Westalliierten teilzunehmen, auf der alle offenen Punkte in Bezug auf die deutsche Frage angesprochen werden sollten.[15] Dabei wurde unter anderem das Verhältnis zur gerade gegründeten Deutschen Demokratischen Republik – von belgischen Diplomaten nur als »Republik Ostdeutschland« bezeichnet – erörtert. Allein schon wegen der Berlin-Frage seien diese Beziehungen von entscheidender Bedeutung. Auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers Dean Acheson wurde der Ständige Ausschuss des Brüsseler Paktes als kompetentes Organ bezeichnet, in dem zu diesen Gelegenheiten einem amerikanischen Diplomaten Sitzungsrecht eingeräumt werden sollte. Den Hauptgegenstand der Diskussion bildete jedoch die eventuelle Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA gaben ihr Einverständnis zu einer Examinierung des Problems in ihren Ländern und durch die Benelux-Partner. Ziel sei die Aufhebung des Kriegszustands, ohne dass ein Friedenszustand erreicht werden müsse. Dazu seien zunächst keine direkten Verhandlungen mit der Bundesregierung notwendig.[16]

In einem ersten Arbeitspapier wurde der Zweck einer Aufhebung des Kriegszustands für Belgien mit der »Sicherung unserer Interessen in Deutschland und dem Verhindern der Präjudizierung von Regelungen noch schwebender Probleme« bezeichnet. Zunächst wurde auf den Widerstand der Hohen Kommissare gegenüber einem direkteren Kontakt zwischen den belgischen Generalkonsuln und den deutschen Behörden hingewiesen. Im Allgemeinen wünschte man von der Bundesregierung verschiedene Garantien zu erhalten. So solle eine Auslieferung von Kriegsverbrechern jederzeit möglich sein. Das belgische Recht auf die Sequesterverwaltung über deutsche Gebiete müsse festgeschrieben werden. Auf ökonomischem Gebiet erhoffte man sich eine »Anti-Diskriminierungsklausel«.[17]

Diese rechtlichen Überlegungen verloren jedoch schon bald erheblich an Bedeutung. Zum einen erwiesen sich die vermuteten konkreten Auswirkungen einer Aufhebung für die belgische Gesetzgebung als geringfügig,[18] zum anderen hatte die Presse zu Jahresbeginn 1950 von den diesbezüglichen Überlegungen Wind bekommen, was die Frage auf eine Ebene politischer Symbolik brachte, die so zunächst nicht intendiert worden

15 *DDB*, III, Dok. 134, S. 779–784, Aufzeichnung des Generaldirektors der Politik, Loridan, 14.11.1949.
16 Ebenda, S. 782–783; AMAEB, 12264, Vermerk der Politischen Abteilung, 14.11.1949.
17 AMAEB, 12264, Vermerk der Politischen Abteilung für den Minister, 20.12.1949 [auch *DDB*, VI, n°147, S. 267–270]; Vermerk der Politischen Abteilung, 30.12.1949.
18 Vgl. AMAEB, 12264, Vermerk des Kabinettschefs des Verteidigungsministers, Generalmajors Beernaert, für Außenminister van Zeeland, 6.1.1950.

war. Dabei hob der Parlamentsberichterstatter des *Grenz-Echo*, Kurt Grünebaum, die »positive Haltung« hervor, welche die belgische Regierung dabei zu spielen gedenke. Die Spekulationen auf eine Einigung noch im Frühling 1950 sollten sich jedoch als etwas zu hoffnungsfroh erweisen.[19]

Stattdessen fertigte die Politische Abteilung eine erneute Bestandsaufnahme an.[20] Darin wurde die Haltung der Partner analysiert. Im Londoner Foreign Office schien man noch am ehesten bereit zu einer schnellen Entscheidung. Der stellvertretende Hohe Kommissar Kirckpatrick bevorzugte jedoch im Gespräch mit dem belgischen Missionschef Scheyven eine Verknüpfung mit der Revision des Besatzungsstatuts. Zudem sei die Beendigung des Kriegszustands ein »zu wichtiges Instrument« in den Händen der Alliierten, um es »ohne Gegenleistung abzugeben«. In Paris war man wohl ebenfalls der Meinung, eine Aufhebung könne frühestens mit der Revision des Besatzungsstatuts erfolgen, am besten warte man gar noch bis zum Abschluss eines Friedensvertrags. In Washington war die Sachlage besonders kompliziert, da sie die Sonderrechte des Präsidenten in Kriegszeiten berührte. Unzufrieden zeigte man sich in Brüssel über die Entwicklung in Den Haag. Der »Mangel an Eile« sei so flagrant, dass die »Gerüchte« über den niederländischen Unwillen, den Kriegszustand zu beenden, wohl wahr sein müssten.

Die belgischen Diplomaten sprachen selber etwas pathetisch von »einer Geste gegenüber einem Feind, der dabei ist, seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft einzunehmen«. Diese symbolpolitischen Überlegungen hatten jedoch einen entscheidenden Hintergrund: »Der Einfluss, den Russland über einen Teil Deutschlands ausübt, gibt dieser Geste den Charakter einer Notwendigkeit. Es kann sein, dass die westlichen Mächte sich benachteiligt gegenüber einem Russland sehen, das den Kriegszustand beibehält; es ist wahrscheinlich, dass unsere Entscheidung politische und psychologische Vorteile bieten wird.« Dadurch, dass die Presse informiert und die Intentionen der Alliierten bekannt seien, könne der Schritt nicht mehr ohne eine deutsche Gegenleistung erfolgen, sonst würde dies »Wasser auf die russischen Mühlen gießen«. Außenminister van Zeeland musste jedoch feststellen, dass bis auf diese allgemeinen Prinzipien noch wenig Konkretes zu den Folgen einer solchen Entscheidung auf dem Tisch lag. Die Eile, mit der das Thema zum Jahreswechsel 1949/1950 behandelt worden war, schien nun nicht mehr geboten.

Davon unberührt stellte sich im Frühling 1950 die Frage der Schaffung eines deutschen Generalkonsulats in Brüssel. Bei dem ersten Kandidaten für den neuen Pos-

19 *Grenz-Echo*, 10.1.1950, S. 1.

20 AMAEB, 12264, *Note relative à la cessation de l'état de guerre avec l'Allemagne*, 31.1.1950; *DDB*, VI, n°149, S. 275–281. Dort auch die folgenden Zitate.

ten handelte es sich um den Geschäftsführer der deutsch-belgischen Handelskammer, Adolph Reifferscheidt. Missionschef Scheyven verwandte sich für diese »zweitrangige Persönlichkeit, die sich auf Wirtschaftspolitik beschränken und sicher nicht versuchen wird, große Politik zu machen, die zu Schwierigkeiten führen könnte«. Zudem befürchtete er im Falle einer Ablehnung durch Brüssel negative Auswirkungen auf die Grenzverhandlungen aufgrund »seiner Beziehungen zum Kanzler«.[21] Die Politische Abteilung überzeugte Scheyven damit nicht. Hier herrschte Skepsis gegenüber dem deutschen Vorschlag vor.[22] Letztlich verzichtete die Bundesregierung und nominierte den Leiter der bayerischen Staatskanzlei Dr. Anton Pfeiffer, der zuvor als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Parlamentarischen Rat fungiert hatte.[23]

Im Sommer 1950 einigten sich die Regierungen der »Großen Drei« in New York auf eine gemeinsame Erklärung. Am 19. September 1950 verkündeten sie ihre Absicht, den Kriegszustand aufzuheben.[24] Zunächst hatten sie darauf gehofft, die belgische Regierung werde parallel dazu eine eigene Erklärung abgeben. Da die Benelux-Länder es jedoch nicht schnell genug schafften, eine gemeinsame Position zu finden, entstand im Oktober ein neues Arbeitspapier, in dem die nächsten Schritte reflektiert wurden.[25] Es wurde gemeinsam mit Den Haag beschlossen, die Absichtserklärung in Form einer Regierungserklärung vor der Kammer zu verkünden. In der Zwischenzeit hatten die Regierungen der Alliierten über ihre Botschaften mitgeteilt, »wie gerne« sie eine Beendigung des Kriegszustands von belgischer Seite aus sehen würden.[26] Am 31. Oktober 1950 veröffentlichte die Luxemburger Regierung ein entsprechendes Kommuniqué. Die belgische Regierung gab am 9. November 1950 ihre Erklärung vor der Kammer ab.[27]

Eine Woche später befassten sich die Politische Abteilung und Generalsekretär de Gruben erstmals mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Dabei berie-

21 AMAEB, 12402 (1950I), Scheyven an van Zeeland, 27.5.1950.

22 AMAEB, 12402 (1950I), Vermerk der Politischen Abteilung für van Zeeland, 30.5.1950.

23 Vgl. Hoebink, Blick, S. 183–199. Zu Pfeiffer: Valentin de Callataÿ, *Anton Pfeiffer. Premier Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne en Belgique (27 juin 1951–1er décembre 1954)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Katholische Universität Neu-Löwen, 2000.

24 Vgl. Ludolf Herbst, Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: Ludolf Herbst, Werner Bührer und Hannes Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der BRD in die westliche Welt*, München, 1990, S. 11.

25 AMAEB, 12264, Vermerk der Politischen Abteilung für den Minister, 6.10.1950; *DDB*, VI, nº158, S. 297–298.

26 AMAEB, 12264, Aide-Mémoires der Botschaften Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Brüssel, 11.10.1950.

27 AMAEB, 12264, Kommuniqué der Regierung Luxemburgs, 31.10.1950; Erklärung der belgischen Regierung vor der Kammer, 9.11.1950.

fen sie sich auf die alliierte Erklärung vom September 1950, welche die Schaffung eines Außenministeriums in Aussicht gestellt und der Regierung der Bundesrepublik das alleinige Recht auf die internationale Vertretung Deutschlands zugestanden hatte. Die geographische Lage Belgiens, die engen Wirtschaftsbeziehungen und die Natur der gegenwärtigen politischen Beziehungen erlaubten keine Verzögerung bei den notwendigen Maßnahmen. Als Zeitpunkt erkor man die Revision des Besatzungsstatuts aus. Die Bundesrepublik müsse jedoch auch einige Bedingungen erfüllen. Wie üblich versuchten die Brüsseler Verantwortlichen, die Reaktionen der Öffentlichkeit auszuloten. Auf innenpolitischem Gebiet sah man keine »ernsthaften« Schwierigkeiten. Die sowjetische Reaktion werde wohl negativ sein, man sehe aber nicht, welche Folgen dies für Belgien nach sich ziehen könnte. Die Beziehungen zu den »Ostzonen können sowieso nicht mehr schlechter werden«.[28]

Im Februar 1951 beschäftigte man sich mit der Ernennung eines Botschafters.[29] Dessen Bezeichnung am 12. März 1951 war dann die Folge der Revision des Besatzungsstatuts eine Woche zuvor. Dazu hatte die Bundesrepublik eine entscheidende Konzession gemacht, als der Bundestag die Auslandsschulden des Dritten Reiches anerkannte.[30] Zur Beendigung des Kriegszustands fehlte allerdings noch ein Gesetz, das alle Diskriminierungen der ehemaligen Feinde auf dem Bundesgebiet abschaffte.[31] Zwar sah Generalsekretär de Gruben Vorteile in einer eigenen Erklärung zur Aufhebung, die der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den designierten Botschafter Muûls vorangegangen wäre, letztlich beugte man sich jedoch dem Wunsch, eine simultane Erklärung mit den Niederlanden und Luxemburg erst abzugeben, nachdem der Bundestag das Gesetz verabschiedet hatte.[32] Die Vorlage passierte das Parlament schließlich am 30. Mai 1951.[33]

Am 12. Juli 1951 beendete Belgien – noch nach der Akkreditierung des deutschen Botschafters in Brüssel – durch eine Erklärung von Premierminister Joseph Pholien vor dem Senat den Kriegszustand mit Deutschland.[34] Sowohl Belgien als auch Deutschland hätten die notwendigen Änderungen ihrer Gesetzgebung vorgenommen, so dass dieser

28 AMAEB, 12402 (1950II), *Reprise de relations diplomatiques avec la République Fédérale allemande*, 16.11.1950. Zu den Beziehungen zwischen Belgien und der DDR s. Georgi Verbeeck, België en het »andere Duitsland«, in: Van den Wijngaert und Beullens (Hg.), *Oost West West best*, S. 106–109.

29 AMAEB, 12264, Vermerk für den Generalsekretär, 7.2.1951; *DDB*, VI, nº160, S. 300–301.

30 AMAEB, 12260 (1951–1954), Vermerk für den Minister, 20.2.1951.

31 AMAEB, 12264, Vermerk der Politischen Abteilung, Februar 1951.

32 AMAEB, 12264, Vermerk für den Minister, 30.4.1951.

33 AMAEB, 12264, Vermerk der Politischen Abteilung, 30.5.1951.

34 PAAA, B 80, Bd. 1097, *Déclaration ministérielle relative à la cessation de l'état de guerre avec l'Allemagne*, 12.7.1951 [vgl. auch AMAEB, 12264].

Aufhebung nichts mehr im Wege stehe, betonte der Regierungschef. Diese neue Lage berühre jedoch nicht die Verpflichtungen Deutschlands und präjudiziere auch in keinem Fall den Friedensvertrag.

2.2 Erste bilaterale Grenzverhandlungen: ein möglicher Ausgleich?

Die formale Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen war in Anbetracht des Strebens der jungen Bundesrepublik nach Gleichberechtigung in der internationalen Politik ein symbolisch wichtiger Moment für die deutsch-belgischen Beziehungen. Die Regierungen beider Länder befanden sich jedoch schon seit 1950 in Verhandlungen in der Grenzfrage, die von beiden Seiten als Hauptproblem der bilateralen Beziehungen aufgefasst wurde.

Im Dezember 1949 befasste sich der belgische Außenminister Paul van Zeeland erstmals seit seinem Amtsantritt in einer Denkschrift mit der Frage der deutsch-belgischen Grenze.[35] Nachdem er auf den notgedrungen vorläufigen Charakter aller bisherigen Maßnahmen hingewiesen hatte, bekannte er darin seine prinzipielle Ablehnung jedwelcher Annexionspolitik. Außerdem sprach er sich für eine Verhandlungslösung aus. Das Grenzproblem müsse »nicht durch das Kriegsrecht, sondern als Resultat von Verhandlungen, die zu frei ausgehandelten Engagements« führten, gelöst werden. Er bezeichnete das Problem als »dringend«. Dabei sei er für jede Lösung offen. Die Belgien im März 1949 zugestandenen Gebiete dürften jedoch nicht mehr in Frage gestellt werden. Der Generalsekretär des Außenministeriums de Gruben sah ebenfalls ein günstiges Klima, um in Verhandlungen mit der Bundesrepublik einzutreten – wenn er auch namentlich den Widerstand Pierre Nothombs verzeichnete. Er schlug vor, noch vor einer offiziellen Verhandlung einen Vermittler zwischen den Regierungen einzusetzen. Dabei dachte er an zwei langjährige politische Freunde Konrad Adenauers, die beiden flämischen Christlichsozialen Frans van Cauwelaert und Auguste de Schrijver.[36]

Es war dann jedoch Verkehrsminister Segers, der ebenfalls zu den flämischen Bekanntschaften Adenauers zählte, der nur einige Tage später in Kontakt mit dem Bundeskanzler trat und ihm die belgische Verhandlungsbereitschaft signalisierte.[37] Adenauer wollte auf dieses Angebot eingehen, wies jedoch darauf hin, dass das Besatzungsstatut die Entsendung eines offiziellen Regierungsvertreters nicht erlaube. Er machte daher

35 AMAEB, 12886, *Mémorandum secret concernant la question de notre frontière avec l'Allemagne*, 16.12.1949.

36 UCL, *Papiers van Zeeland*, 666, Vermerk de Gruben für van Zeeland, 16.12.1949.

37 *AAPD*, 1949/1950, Dok. 29, S. 54–55; HStAD, NW 397, 243, Adenauer an Henle, 6.1.1950.

den Vorschlag, den CDU-Bundestagsabgeordneten Günter Henle mit dieser Mission zu betrauen. Am 3. Januar 1950 stimmte das Kabinett zu und erhoffte sich dabei überdies »von einer Verständigung mit Belgien günstige Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Holland«.[38] Die außenpolitischen Berater in der Umgebung des Bundeskanzlers hatten ebenfalls schon recht früh zur Aufnahme von Verhandlungen geraten.[39]

Bevor Henle den Auftrag annahm, erkundigte er sich bei dem ehemaligen Diplomaten Erich Kordt[40], der mittlerweile seinem Bruder Theo im Grenzlandreferat der nordrheinwestfälischen Staatskanzlei nachgefolgt war, ob nicht der Abschluss eines Abkommens ein »Präjudiz für ähnliche, größere Probleme (Saar, Oder-Neiße und dergleichen)« schaffe.[41] Auch Adenauer wandte sich an die Düsseldorfer Regierung mit der Bitte, Henle eine in der Grenzfrage erfahrene Persönlichkeit zur Seite zu stellen.[42] Ministerpräsident Arnold schlug daraufhin die Teilnahme des Aachener Journalisten und Landtagsabgeordneten Josef Hofmann vor, der in dieser Sache schon einige Male in Brüssel Erkundigungen eingezogen hatte.[43] Als die beiden deutschen Vermittler zum vereinbarten Zeitpunkt in Brüssel eintrafen, mussten sie jedoch feststellen, dass dort außer Segers niemand zur Verfügung stand, um mit ihnen zu reden. Van Zeeland hielt sich im Ausland auf. Im Außenministerium vertröstete man Henle auf eine spätere Gelegenheit.[44] Lediglich die deutsche Bereitschaft zu Gesprächen wurde verzeichnet und man nahm zur Kenntnis, dass die Hohe Kommission auf dem Laufenden sei.[45] Der Start war unzweifelhaft missglückt. Die Artikulierung der Verhandlungspositionen schritt jedoch sowohl in Bonn als auch in Brüssel voran. Auf deutscher Seite verfolgte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Angelegenheit weiterhin aus nächster Nähe und steuerte eine Vielzahl von Gutachten bei.[46] Karl Arnold selber beklagte in

38 *Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, 1950, S. 102–103.

39 Vgl. IfZ, ED 157, Bd. 11, Theo Kordt an Blankenhorn, 2.12.1949.

40 Zu Erich Kordt: Vgl. Hans-Jürgen Döscher, *Verschworene Gesellschaft: das Auswärtige Amt unter Adenauer – zwischen Neubeginn und Kontinuität*, Berlin, 1995, S. 69–72.

41 HStAD, NW 397, 243, Henle an Erich Kordt, 9.1.1950.

42 HStAD, NW 397, 243, Adenauer an Arnold, 16.1.1950.

43 HStAD, NW 397, 243, Arnold an Adenauer, 20.1.1950.

44 HStAD, NW 397, 243, Henle an Arnold, 30.1.1950 [mit einer Abschrift des Briefs von Henle an Adenauer]; HStAD, NW 397, 243, Hofmann an Arnold, 30.1.1950.

45 AMAEB, 12886, Aufzeichnung zum Gespräch zwischen Henle und Frans Leemans, 28.1.1950. Kurze Zeit später setzte die belgische Regierung ebenfalls die Besatzungsbehörden von den geplanten Verhandlungen in Kenntnis; vgl. AMAEB, 12402 (1950I), Vermerk der Generaldirektion der Politischen Abteilung, 13.2.1950.

46 Im Grenzausschuss herrschte beispielsweise die Meinung vor, die belgische Verzichtsentscheidung aus dem April 1949 sei wohl endgültig. HStAD, NW 190, 433 (II), Kurzprotokoll der 3. Sit-

einer Rede anlässlich eines Besuchs von Bundespräsident Heuss am 1. Februar 1950 noch einmal das Schicksal der unter Auftragsverwaltung gestellten Grenzgebiete.[47] Auf solche Symbolpolitik verzichtete die Bundesregierung ausdrücklich, als sie im April 1950 eine Stellungnahme zum Jahrestag der Schaffung der Auftragsverwaltungen ablehnte.[48]

In Brüssel musste man sich in der Zwischenzeit mit dem amerikanischen Vorschlag einer Veröffentlichung der geheimen Anhänge der Londoner Empfehlungen von 1948 auseinandersetzen. Dies hätte nämlich bei buchstabengetreuer Auslegung den endgültigen Verzicht auf die Gemeinden Roetgen und Mützenich und die Enklaven der Vennbahn zur Folge gehabt.[49] Zur selben Zeit beendete auch die Grenzziehungskommission, die nach den Beschlüssen vom März 1949 eingesetzt worden war, ihre Arbeit.[50] In diesem Zusammenhang unterbreitete die Politische Abteilung van Zeeland ein Arbeitspapier mit Vorschlägen für direkte deutsch-belgische Verhandlungen. Die Diplomaten plädierten für eine Volksbefragung in Roetgen und Mützenich. Ein Teil Roetgens (der Weiler Schwerzfeld) müsse jedoch belgisch werden, da dort die Vesdre (Weser), der Hauptversorger der gerade im Bau befindlichen Wesertalsperre in Eupen, fließe. Münsterbildchen und Lammersdorf sollten an Deutschland zurückgegeben werden. Im Gegenzug sollte Deutschland verschiedene kleinere Gebiete an Belgien abtreten, darunter den Wald der Gemeinde Losheim und den Weiler Kehr. Außerdem sei man bereit, über den Weiler Hemmeres und seine Rückkehr zu Deutschland zu verhandeln.[51] Auch Pierre Nothomb meldete sich zu Wort und beschwor den Minister, nicht auf die Enklaven der Vennbahn zu verzichten. Ansonsten verlöre man jede Möglichkeit zu einer notwendigen Erweiterung des Militärlagers Elsenborn. Dafür war er sogar bereit, den Deutschen den östlich der Bahnlinie gelegenen Teil Roetgens zu belassen.[52]

Die belgischen Vorstellungen, eine Volksbefragung zu organisieren, die bei einer klaren Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland der belgischen Öffentlichkeit den Verzicht auf Roetgen und Mützenich erträglich erscheinen lassen würde, war auch Gegenstand eines Gesprächs zwischen van Zeeland und Frankreichs Außenminister Robert Schuman am 25. März 1950. Der belgische Außenminister fühlte sich verpflichtet, die

zung des Ausschusses für Grenzfragen, 11.11.1949.

47 Vgl. *Für Selbstbestimmung*, S. 35.

48 *Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, 1950, S. 336.

49 AMAEB, 12879, Vermerk für den Generaldirektor der Politischen Abteilung, 3.3.1950.

50 AMAEB, 12879, Vermerk für den Generalsekretär, 14.3.1950.

51 AMAEB, 12886, Vermerk für den Minister, 16.3.1950.

52 UCL, *Papiers Nothomb*, 5136, Nothomb an van Zeeland, 18.3.1950.

französische Seite über dieses Ansinnen zu unterrichten, da sich daraus für die Saarfrage Folgen ergeben könnten. Schuman erhob jedoch keinen Widerspruch.[53]

Am 13. Mai 1950 beantragte van Zeeland bei den Außenministern der USA, Frankreichs und Großbritanniens die Zustimmung zu den Verhandlungen mit der Bundesrepublik. Er sprach sich dabei gegen alliierte Beobachter aus, sicherte seinen Kollegen jedoch eine Information über die erzielten Resultate zu. Bevin und Acheson erbaten sich Bedenkzeit, akzeptierten jedoch wenig später.[54] Dies nutzte die belgische Regierung, um der deutschen Seite im Juli durch Charles Kerremans, einen Diplomaten der belgischen Mission in Bonn, erstmals ihre Vorstellungen darzulegen. Dabei präsentierte er mit Ausnahme des Vorschlags einer Volksbefragung exakt dieselben Elemente, wie sie im erwähnten Vermerk vom März 1950 zu finden waren.[55] Die Prüfung dieser Vorschläge oblag dem Düsseldorfer Landesplanungsamt, das am 25. August 1950 sein Gutachten fertig stellte. Eine Abtretung Losheims wurde darin strikt abgelehnt. Die Erweiterung des Lagers Elsenborn durch die Eingliederung des Gebiets um die deutsche Ortschaft Wahlerscheid wurde ebenfalls negativ begutachtet. Stattdessen sollte die im Schussfeld liegende Straße weiterhin an Übungstagen gesperrt werden. Auch die dritte belgische Forderung nach der Eingliederung des Teils der Gemeinde Roetgen, durch den die Weser floss, schien den Gutachtern nicht akzeptabel. Die Vermeidung von gewerblichen Abwässern und die Klärung der Abwässer der wenigen Häuser sollte als deutsche Gegenleistung erbracht werden.[56] In diesem letzten Punkt bestätigte man schon im Frühjahr 1950 angestellte Überlegungen.[57]

Am 17. Oktober 1950 fand dann der eigentliche Verhandlungsauftakt in der belgischen Mission in Bonn statt. Auf deutscher Seite nahmen daran die ehemaligen Diplomaten und Mitarbeiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten Theo Kordt und Ernst-Günther Mohr teil. Die belgische Delegation bestand aus dem Chef de

53 Vgl. Catherine Lanneau, *La question sarroise devant l'opinion francophone belge (septembre 1953-décembre 1956)*, unveröffentlichte Diplomarbeit in Internationalen Beziehungen und Europäischer Integration, Universität Lüttich, 2001, S. 17. Prägnanter und dichter zum selben Thema: Dies., La Belgique francophone face au référendum sarrois, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 35(2003),4, S. 525–546.

54 *FRUS*, 1950, III, S. 1056–1057; AMAEB, 15936, *Minutes of the Seventh Meeting of the Political Affairs Committee of Allied High Commission with the Heads of the Benelux Missions*, 19.5.1950.

55 HStAD, NW 72, 473, Geheime Mitschrift eines Gesprächs mit Legationssekretär Kerremans, 17.7.1950.

56 HStAD, NW 397, 243, Landesplanungsamt Düsseldorf zur Aufzeichnung vom 17.7.1950, 25.8.1950.

57 *Aachener Nachrichten*, 25.2.1950, S. 4; HStAD, NW 190, 473, Amtsdirektor Roetgen an Kreisverwaltung Monschau, 5.3.1950; HStAD, NW 190, NW 473, Oberkreisdirektor Monschau an Regierungsdirektor Vins, Düsseldorf, 14.3.1950 [mit Karten].

Mission Louis Scheyven sowie den beiden Deutschlandspezialisten Jules Salmon und Charles Kerremans. Als Grundprinzip für die Verhandlungen erwünschte sich die belgische Seite absolute Geheimhaltung. Die Alliierte Hohe Kommission solle »von Zeit zu Zeit« über die Verhandlungen unterrichtet werden, einen Beobachter werde sie nicht entsenden. Theo Kordt wies auf die delikate Lage der Bundesregierung hin, die sich vor dem Abschluss eines Friedensvertrages und der eventuellen Bildung einer gesamtdeutschen Regierung nicht dem Vorwurf aussetzen wolle, »über deutsche Gebietsteile zu verfügen«.[58] Anschließend übermittelte man noch einmal die präzise Auflistung der belgischen Vorschläge. Bei der zweiten Verhandlungsrunde bemerkte Salmon zur Frage der Gültigkeit eines erzielten Abkommens, dass es »formal provisorisch geschlossen werden« müsse, aber »praktisch insofern ein Definitivum darstellen würde, als der vereinbarte Grenzverlauf bei einer endgültigen Friedenslösung weder durch die belgische noch durch die deutsche Regierung erneut zur Sprache gebracht, sondern in den Friedensvertrag übernommen werden sollte«. Als Kordt Zweifel anmeldete, setzte die belgische Seite auf Pragmatismus. Das Abkommen müsse eben so abgefasst sein, dass auch eine »künftige gesamtdeutsche Regierung dagegen keine Einwendungen erheben« könne. Anschließend ging es um die Frage einer eventuellen Volksbefragung in den von Übertragungen betroffenen Gebieten, bei der sich die belgische Delegation eher zurückhaltend gab. Kerremans erläuterte im Anschluss nochmals die belgischen Auffassungen zum Grenzverlauf.[59]

Es war wiederum das Landesplanungsamt von Nordrhein-Westfalen, das mit der Erarbeitung eines Standpunktes zu den belgischen Vorschlägen betraut wurde. Dessen Schlussfolgerung war kurz und bündig: »Die von Belgien vorgeschlagene Rückgabe der Vennbahn kann den Wert der von Belgien neu geforderten Gebiete nicht aufwiegen.« Für alle belgischen Ansprüche gebe es praktischere Lösungen auf vertraglicher Ebene, die nicht die Eingliederung deutscher Bevölkerungsteile zur Folge hätten.[60]

Im Dezember trafen dann erneut die Delegationen zusammen. Die deutsche Seite hatte eine Aufstellung der belgischen Ansprüche vorbereitet, laut der Belgien 9.768 ha deutschen Gebietes fordere, von denen 1.855 ha bereits unter Auftragsverwaltung stünden. Die belgische Seite bestätigte diese Angaben. Mohr betonte die Wichtigkeit von Grenzbesichtigungen, auch um »etwaige Kompensationsvorschläge« unterbreiten zu

58 HStAD, NW 72, 473, Aufzeichnung von Dr. Mohr. Erste Besprechung am 17. Oktober 1950 in der belgischen Mission, 18.10.1950 [geheim].

59 HStAD, NW 72, 473, Aufzeichnung von Dr. Mohr. Zweite Besprechung in der belgischen Mission am 19. Oktober 1950, 30.10.1950 [geheime Abschrift].

60 HStAD, NW 72, 473, Landesplanungsamt an Theo Kordt, 23.11.1950; Gutachten des Landesplanungsamts, 24.11.1950.

können. Anschließend wurden die einzelnen Forderungen besprochen, wobei es vor allem um Verkehrsanbindungen ging. Hauptproblem war dabei die Bundesstraße 258, die zentrale Verbindung zwischen Aachen, Monschau und Schleiden, die durch die geplante Erweiterung des Lagers Elsenborn berührt werde. Die belgische Seite brachte eine alternative Straßenführung ins Spiel, die allerdings erst noch gebaut werden müsse. Zum Abschluss der deutschen Stellungnahme unterschied Mohr »grenzregulatorische Vorschläge«, bei denen man wohl leicht zu einer Lösung gelangen werde, von der Eingliederung Wahlerscheids und jeder Veränderung, von der deutsche Bevölkerung betroffen sein könnte.[61] Aus dem letzten Grund reagierten Kordt und Mohr sehr sensibel, als die belgischen Verhandler auf eine Petition der Gemeinde Losheim verwiesen, nach der diese sich für eine Eingliederung durch Belgien ausgesprochen habe. Sie beauftragten das Landesplanungsamt, hierüber Erkundigungen einzuziehen.[62]

Auch wenn die Gespräche sich als zäh und technisch anspruchsvoll erwiesen, wurde das Verhandlungsklima zum Jahresende 1950 von beiden Seiten als gut bezeichnet. Adenauer und van Zeeland erwünschten sich denn auch im Februar 1951 eine Intensivierung der Verhandlungen, wobei van Zeeland durchaus Schwierigkeiten ausmachte, da er im Parlament mit »Stimmungen« und »Bestrebungen, die unerfreulich und nicht ungefährlich seien«, rechnete.[63] Die beiden deutschen Verhandlungsführer sahen den Wunsch auf raschen Fortgang in ihrem Bericht zur Wiederaufnahme der Gespräche allerdings nuancierter: »Generell ist zu sagen, dass das Drängen der belgischen Regierung auf Beschleunigung der Verhandlungen von ihrem Standpunkt aus verständlich erscheint. Je mehr sich der Gedanke der westeuropäischen Schicksalsverbundenheit durchsetzt, um so weniger wird die deutsche und belgische Öffentlichkeit Verständnis für Gebietsabtretungen aufbringen. Dem deutschen Interesse würde es entsprechen, die Verhandlungen hinhaltend zu führen und dabei von den gewichtigen Argumenten

61 HStAD, NW 72, 472, Aufzeichnung von Dr. Mohr. Dritte Besprechung in der belgischen Mission am 19. Dezember 1950, 27.12.1950 [geheim].

62 HstAD, NW 397, 243, Aufzeichnung von Regierungsrat Frau Dr. Vienken, 27.12.1950. Wie berichtet, existierte diese Petition. Sie stammte aus dem Frühjahr 1947, zu einem Zeitpunkt also, als zahlreiche deutsche Grenzgemeinden sich an die belgische Regierung gewandt hatten. Insofern stellte sie damals wohl eher einen Hilferuf ob der katastrophalen wirtschaftlichen Situation der Region dar, als dass sich dahinter effektive pro-belgische Bestrebungen ausmachen ließen.
In der Frage der alternativen Straßenführung sollte die belgische Kostenschätzung von 800.000 DM überprüft werden.

63 AAPD, 1951, Dok. 20, S. 84, Pfeiffer an Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, 30.1.1951; HStAD, NW 72, 472, Theo Kordt an Karl Arnold, 16.2.1951. In dem Schreiben ging es vor allem um die Beteiligung des Düsseldorfer Landesplanungsamtes an einer Besichtigung der deutsch-belgischen Grenze.

Gebrauch zu machen, die die neue gesamtpolitische Lage in Westeuropa bietet. Eine derartige Verhandlungsführung hätte außerdem den Vorteil, dass der niederländischen Regierung klar würde, wie unpolitisch sie gehandelt hat, als sie die Gebiete von Elten und Selfkant mit ungefähr 10.000 deutschen Einwohnern unter Auftragsverwaltung stellte.«[64] Dieser Auszug erlaubt wohl Einblick in die Gedankenwelt Theo Kordts. Mit seiner Europa-Rhetorik hatte er bekanntlich schon in seiner Zeit im Grenzreferat der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei die Interventionen Karl Arnolds in der Grenzfrage beeinflusst, nunmehr nutzte er sie in seiner neuen Funktion in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, die dank der Revision des Truppenstatuts nur wenige Tage nach dem Entstehen dieser Überlegungen zum eigenständigen bundesdeutschen Außenministerium mutierte. Aber auch sein Kollege Mohr hatte schon als Sachbearbeiter im Deutschen Büro für Friedensfragen solche Argumentationslinien übernommen.[65] Der Bezug zur Haltung der niederländischen Regierung war keineswegs zufällig, hatte diese doch wenige Wochen zuvor ebenfalls Bereitschaft zu Gesprächen mit der Bundesregierung erkennen lassen.[66]

Nachdem eine aus Mitgliedern des Landesplanungsamtes bestehende Kommission die Vorbereitungen getroffen hatte, bereisten die beiden Delegationen am 8. und 9. März 1951 das Grenzgebiet. Auf Bitten der belgischen Seite stellte Theo Kordt anschließend eine amtliche Zusammenfassung der deutschen Ansichten zusammen. Darin betonte er zunächst die grundsätzliche Einigkeit in einigen formalen Fragen. Die Bundesregierung habe inzwischen zugestimmt, eine provisorische Regelung, die ausgehandelt würde, in einen Friedensvertrag aufzunehmen. Als problematisch erwies sich die deutsche Position, »im Hinblick auf die weit reichenden Folgen, die sich für die deutsche Ostgrenze ergeben könnten«, keiner Abtretung ohne Befragung der Bevölkerung zuzustimmen. Belgien war nämlich in der Zwischenzeit von der Idee der Durchführung solcher Abstimmungen abgerückt, da ihr »an einer Beruhigung in den Grenzgebieten gelegen sei, die durch die Erregung eines Abstimmungskampfes auf das schwerste beeinträchtigt werden würde«. Kordt betonte, die einzige Lösung könne dann nur der Verbleib von Gebieten wie Bildchen oder Losheim bei Deutschland sein. Des Weiteren stellte sich die deutsche Seite gegen belgische Forderungen auf deutsches Gebiet, das sich in belgischem Besitz befand. Sie schlug stattdessen die Einführung von »Traktatgrundstücken« vor, um dem Ziel einer »Harmonisierung des Grenzverlaufs« näher zu kommen.

64 HStAD, NW 72, 472, Aufzeichnung von Dr. Mohr und Dr. Kordt. Vierte Besprechung in der belgischen Mission am 14. Februar 1951, 16.2.1951 [geheim].

65 Vgl. I.3.

66 *AAPD*, 1951, Dok. 24, S. 95–96, Generalkonsul Du Mont, Amsterdam, an Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, 6.2.1951.

Die damit verbundene unbeschränkte Nutzung für die Eigentümer sei den »gutnachbarlichen Beziehungen und dem europäischen Gedanken zuträglicher […] als Abtretungen, die der Vorstellungswelt einer vergangenen Zeit entsprechen«. Als kniffligster Punkt kristallisierte sich jedoch mehr und mehr die von Belgien erwünschte Abtretung des Forstes um Wahlerscheid heraus, die durch eine Modernisierung des Militärlagers Elsenborn notwendig gemacht werde. Die deutsche Seite plädierte hier mittlerweile für eine »Europäisierung«, da eine Abtretung der Bundesstraße 258 von Aachen nach Monschau undenkbar sei.[67]

Auch ein halbes Jahr später hatte sich an diesen Positionen nichts verändert. Auf belgischer Seite war es nunmehr der neu ernannte Botschafter Muûls, der die Verhandlungen führte.[68] Dabei sah er sich stetig dem Druck van Zeelands ausgesetzt, der einerseits auf intensiven Gesprächen bestand, anderseits jedoch die Ansichten der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten nach Bonn weiterleitete, in denen immer noch auf einer Beibehaltung der Rechte, die Belgien durch das Pariser Abkommen übertragen worden waren, gepocht wurde.[69] Nach den Worten Muûls habe es van Zeeland strikt abgelehnt, den Deutschen weitere Konzessionen zu machen, selbst wenn diese dabei in der Frage des Sitzes der EGKS den belgischen Vorstellungen entgegengekommen wären.[70] Dabei war die Erweiterung des Lagers Elsenborn inzwischen das alles beherrschende Thema der Grenzverhandlungen geworden. Staatssekretär Walter Hallstein bestätigte Kordt in seiner Auffassung, ein Servitut, d.h. die Nutzungsrechte, einräumen und sich nach Umgehungen für die Bundesstraße umschauen zu wollen: Eine formale Abtretung käme jedoch keinesfalls in Frage. Für Kordt war eindeutig, dass »wir kaum den Vertrag dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit unterbreiten [könnten], wenn nicht ein – wenn auch noch so kleiner – Beitrag Belgiens für die Normalisierung der Grenze geleistet würde«. Deshalb sei ein belgisches Einlenken in den Diskussionen um Losheim und die auf belgischem Gebiet gelegenen, aber nur von Deutschen

67 PAAA, B 24, 144, Amtliche Zusammenfassung der deutschen Ansichten zu den deutsch-belgischen Grenzfragen, s.d. [auch HStAD, NW 397, 243; das Dokument stammt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus dem April 1951]; Vgl. PAAA, B 24, 144, Aufzeichnung zu den Gesprächen mit der belgischen Delegation, 6.4.1951; HStAD, NW 397, 243, Aufzeichnung zur Grenzbesichtigung vom 8. und 9. März 1951, 27.3.1951; HStAD, NW 72, 472, Bericht betr. Bereisung der deutsch-belgischen Grenzgebiete am 27. und 28. Februar 1951, s.d. Hierbei handelte es sich um den Bericht der Kommission des Landesplanungsamtes, der also noch vor dem Ortstermin im März 1951 entstanden sein muss.

68 Vgl. Muûls, *Quarante ans*, S. 236.

69 Vgl. AMAEB, 12886, van Zeeland an Muûls, 26.6.1951.

70 Vgl. Muûls, *Quarante ans*, S. 234. Die belgische Regierung hatte die Kandidatur Lüttichs ins Spiel gebracht. Von diesen Diskussionen wird später noch zu berichten sein.

genutzten Straßen um das Örtchen Fringshaus unbedingt wünschenswert, wenn man nicht eine Enttäuschung erleben wolle.[71]

Botschafter Muûls schien dies zu spüren. Bei einem Besuch in Brüssel brachte er einen Gebietsaustausch ins Spiel. Belgien solle auf Fringshaus verzichten und im Gegenzug die Region um Wahlerscheid erhalten. Van Zeeland beauftragte ihn, das Terrain für eine solche Lösung zu sondieren, ohne »ihn definitiv darauf festzulegen«.[72] Am 9. Oktober 1951 trafen der Botschafter und Salmon mit Kordt zusammen. Dabei betonten sie, ein Servitut für den Wahlerscheider Forst sei nicht ausreichend, um eine Sicherheitszone für die Schießübungen des Lagers Elsenborn zu gewährleisten. Alsdann sprachen sie als Konzession die Übertragung von Fringshaus an. Beide Seiten waren sich einig, dass die Verhandlungen keinesfalls in der Frage der Eingliederung des unter Auftragsverwaltung stehenden Losheim scheitern sollten.[73] Was Bildchen anging, schien dessen Rückkehr zu Deutschland eine ausgemachte Angelegenheit zu sein.[74] Mit diesem Gespräch war der Durchbruch scheinbar erfolgt. Muûls drückte den belgischen Wunsch nach Rechtssicherheit aus, damit eine gesamtdeutsche Regierung die gefundenen Lösungen zukünftig nicht wieder in Frage stellen würde.[75]

Am 10. November 1951 informierte Ministerpräsident Arnold den Leiter des Landesplanungsamtes von der Zustimmung des Bundeskanzlers zu den im Oktober gefundenen Lösungen.[76] Die nordrhein-westfälische Regierung wurde um ihre Stellungnahme gebeten, da der »Notenwechsel mit der belgischen Regierung in Kürze erfolgen« solle.[77] Der belgischen Regierung wurde schließlich am 27. November 1951 das Einverständnis des Bundeskanzlers übermittelt.[78]

Die Generaldirektion der Politischen Abteilung hielt in einem Aide-mémoire zum Jahresende 1951 fest, die belgischen Ziele einer Erweiterung des Lagers Elsenborn und der Integration des gesamten Weserbettes in belgisches Territorium hätten nur erreicht werden können, weil man zu Konzessionen bereit gewesen wäre. Was die Rückkehr der

71 Vgl. PAAA, B 24, 144, Konzept von Theo Kordt zum Verhandlungsstand, 13.9.1951 [auch: HStAD, NW 397, 243].

72 Muûls, *Quarante ans*, S. 242.

73 Vgl. PAAA, B 24, 144, Aufzeichnung von Dr. Theo Kordt, 9.10.1951.

74 Das sah auch der Bürgermeister der belgischen Nachbargemeinde Bildchens, Kelmis, der Abgeordnete Peter Kofferschläger in einem Gespräch mit Josef Hofmann so. Vgl. HStAD, RWN, 210, 192, Hofmann an Arnold, 19.9.1951.

75 PAAA, B 24, 144, Aufzeichnung von Dr. Theo Kordt, 9.10.1951.

76 HStAD, NW 72, 472, Arnold an Prof. Prager, 10.11.1951.

77 HStAD, NW 397, 243, Arnold an Prof. Prager, 14.11.1951. Das Landesplanungsamtes sollte ebenfalls »die Nummern der in Frage kommenden Grenzsteine ermitteln«.

78 Vgl. Muûls, *Quarante ans*, S. 244.

Auftragsgebiete angehe, so seien die Meinungen nicht eindeutig. Während die Militärregierung General Bolles weiterhin pro-belgische Stimmungen zu diagnostizieren vermeinte, sah dies der Beigeordnete Bezirkskommissar in Malmedy Henri Hoen anders.[79]

Zwei Monate später stellte Muûls in einem längeren Exposé die erreichten Resultate und ihre Auswirkungen in Bezug auf Fläche und Bevölkerungsteile vor. Minister van Zeeland kündigte an, sich in Parlamentskreisen über die Realisierungschancen kundig machen zu wollen. Er betonte jedoch, dass die Ergebnisse der Verhandlungen noch keine Entscheidung darstellten. Unterdessen hatte das *SHAPE* eine Fusion der Truppenübungsplätze Elsenborn und Vogelsang angeregt, was sämtliche belgische Konzessionen unwirksam gemacht hätte. Man beschloss, zunächst abzuwarten und sich auf die Forderungen auf Schwerzfeld mit der Eingliederung des Weserbetts zu konzentrieren.[80]

Der deutsch-belgischen Grenze kam unterdessen in dem Kinofilm *Le banquet des fraudeurs* eine besondere Rolle zu. Zwar handelte es sich bei dem Werk des Filmemachers Henri Storck um eine Fiktion, doch die Schilderung des Schmuggels an der Grenze kam der Realität sehr nah. Besonders pikant war jedoch der Name des Drehbuchautors: Charles Spaak war der Bruder des sozialistischen Politikers und ehemaligen Außenministers. Auf deutscher Seite war die Firma »Europafilm« von Eugen Kogon als Koproduzentin an dem Werk beteiligt. Der Film hatte im Frühling 1952 in Brüssel Premiere.[81] Im Mittelpunkt stand die Absurdität von Grenzen im Raum von Deutschland und Benelux. Die Probleme an der realen deutsch-belgischen Grenze blieben indessen bestehen.

Das kaum noch zu kaschierende belgische Desinteresse an einem raschen Fortgang der Gespräche hatte jedoch vor allem innenpolitische Gründe. Außenminister van Zeeland sah sich heftigem Säbelrasseln der Senatskommission für Auswärtige

79 Vgl. UCL, *Papiers van Zeeland*, 715, Aide-mémoire der Politischen Abteilung, 17.12.1951. In dem Dokument wird die Bedeutung Elsenborns als zentraler belgischer Forderung schon vor 1949 betont. Dies stand allerdings im Gegensatz zu der tatsächlichen Konzentration auf die Bahnstrecke und die Enklaven.
In Bezug auf Losheim hatte Hoen in einem Gespräch mit Mitarbeitern der Aachener Bezirksregierung schon die Rückgabe präferiert. Vgl. HStAD, BR 1058, 117, Aktenvermerk des Sonderreferats [gez. Rombach], 11.12.1951.

80 UCL, *Papiers van Zeeland*, 751, Vermerk für das Dossier. *Etat d'avancement de la négociation relative à la frontière belgo-allemande*, 29.2.1952 [geheim].

81 Dumoulin, *Spaak*, S. 453, der auch anmerkt, dass Paul-Henri Spaak die Dreharbeiten durchaus verfolgt habe. Kurz zuvor hatte auch der deutsche Film »Die sündige Grenze« mit Dieter Borsche und Cornelia Froboess in den Hauptrollen die Schmuggelproblematik thematisiert. Der Streifen hatte am 8. Dezember 1951 in Aachen Premiere gefeiert. Vgl. Wolfgang Trees, *Schmuggler, Zöllner und Kaffeepanzer. Die wilden Nachkriegsjahre an der deutschen Westgrenze*, Aachen, 2002, S. 388–397.

Angelegenheiten ausgesetzt. Schon im Oktober 1951 hatten Pierre Nothomb und Paul Struye die Passivität des Ministers kritisiert und ihn gemahnt, sich der Frage »nicht zu entziehen«.[82] Ihr christlichsozialer Kollege, der Abgeordnete des Grenzbezirks Verviers Albert Parisis, hatte in einem Zeitungsaufsatz einen eventuellen Verzicht auf Losheim als einen großen Fehler bezeichnet, bei dem man die Bevölkerung im Regen stehen lasse.[83] Die Diplomaten im Außenministerium erkannten in dieser Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt ein Mittel, den Deutschen die schwierige Position des Ministers zu verdeutlichen.[84]

Einige Monate später standen sie selbst in der Kritik, als der Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten die Passivität der Regierung in der Grenzfrage beklagte, dies aber ausdrücklich nicht am Minister, sondern an dessen Mitarbeitern und vor allem am Generalsekretär festmachte.[85] Hervé de Gruben galt den christlich-sozialen Ausschussmitgliedern um Nothomb zwar zu Unrecht wohl zu sehr als Spaak-Vertrauter. Doch irrten sie sich im Adressaten ihrer Kritik. Es war van Zeeland selbst, der Anfang März 1952 Botschafter Muûls anwies, in der Grenzfrage keine Initiativen mehr zu ergreifen, bis der EVG-Vertrag unterzeichnet sei.[86] Die Kombination aus einer Lösung der Grenzfrage, die belgische Konzessionen beinhaltet hätte, und der durch das neu Vertragswerk bedingten deutschen Wiederbewaffnung schien er weder der belgischen Öffentlichkeit noch dem Parlament zumuten zu wollen. So fasste auch Theo Kordt ein Gespräch mit Muûls auf. Eine Abtretung altbelgischen Gebiets sei derzeit nicht möglich, wohl aber eine Abtretung Losheims und Aachen-Bildchens als Konzession für die Eingliederung Wahlerscheids.[87] Kurz zuvor hatte Pierre Nothomb in einem Gespräch mit dem Kölner Verleger Reinhold Heinen in markigen Worten an den belgischen Ansprüchen des Jahres 1949 festhaltend klargemacht, dass »der Verzicht auf Annexionen sofort den Sturz jeder Regierung zur Folge haben würde«.[88]

Heinen hatte sicherlich Recht, wenn er gegenüber Arnold die Selbstüberschätzung Nothombs anmerkte, doch schien es dem Senator auf innenpolitischem Gebiet doch

82 UCL, *Papiers Nothomb*, 5117, Nothomb an Struye, 5.10.1951.

83 *Grenz-Echo*, 17.11.1951, S. 1; AMAEB 12886, Parisis an Frère, 9.11.1951. Parisis war allerdings im Gegensatz zu Nothomb bereit, mit der Straße von Fringshaus altbelgisches Gebiet als Konzession anzubieten; vgl. AMAEB, 12886, Parisis an van Zeeland, 29.6.1951.

84 AMAEB, 12886, Vermerk für den Generalsekretär, 12.11.1951 [vertraulich].

85 HStAD, NW 397, 244, Pfeiffer an Auswärtiges Amt, 3.4.1952.

86 UCL, *Papiers van Zeeland*, 751, *Ephémérides de la négociation relative aux frontières*, 3.4.1952 [geheim].

87 HStAD, NW 397, 244, Erich Kordt an Arnold, 12.5.1952 [vertraulich].

88 HStAD, NW 397, 243, Heinen an Arnold, 3.4.1952; Arnold an Heinen, 22.4.1952. Nothomb hatte auch in dieser Zeit regelmäßigen Kontakt mit Jules Mosbeux, der ihn über die Lage an der Grenze informierte. Vgl. UCL, *Papiers Nothomb*, 5130, Mosbeux an Nothomb, 17.4.1952.

zu gelingen, van Zeeland davon zu überzeugen, dass er an ihm nicht würde vorbeikommen können. Und auch Theo Kordt machte in ihm den Hauptschuldigen aus, als er mit Muûls die neue belgische Haltung besprach, die eben keine Abtretung belgischer Gebiete neben dem Verzicht auf die Auftragsgebiete vorsah.[89] Daneben war Kordt aber überzeugt, die belgische Regierung habe bei ihrem Rücktritt von den Konzessionen auf französischen Druck hin gehandelt.[90]

Beide Seiten gaben sich gegenseitig die Schuld an den Verzögerungen. Die Deutschen erwarteten die belgischen Konzessionen, um in der Saarfrage argumentieren zu können, dass Gebietsabtretungen niemals ohne Gegenleistungen erfolgen könnten,[91] die Belgier erwarteten in den Worten Paul Struyes, dass Belgien »die kleinen Genugtuungen gewährt« würden, »die das richtig aufgefasste gemeinsame Interesse einfordere. Drei Jahre sind inzwischen verflossen und Belgien wartet noch immer auf diese Einigung. Klingt es nicht unwahrscheinlich, dass ein Deutschland, das, wie man uns sagt, Mitglied einer europäischen Föderation sein will, während dieser drei Jahre nicht die Zeit gefunden hat, in dieser kleinen nachbarschaftlichen Frage eine vernünftige und gerechte Lösung vorzuschlagen?«[92] Im September 1952 hielt das Auswärtige Amt die Handlungsunfähigkeit van Zeelands durch den Druck des Parlaments noch einmal fest.[93] Dabei kommentierte ein Diplomat den belgischen Wunsch einer Grenzziehungskommission für die Frage der Übertragung Wahlerscheids ironisch, diese solle wohl »so lange tagen, bis ein glücklicher Zufall Herrn van Zeeland oder seinen Nachfolger in die Lage versetzt, zu den Konzessionen zu stehen«.[94] Sowohl in der Brüsseler Botschaft als auch

89 PAAA, B 24, 144, Aufzeichnung Theo Kordt, 6.5.1952; vgl. Muûls, *Quarante ans*, S. 254.

90 *AAPD*, 1952, Dok. 179, S. 542–543, Ressortbesprechung, 28.7.1952. Nachzuweisen ist in jedem Fall die französische Skepsis gegenüber den niederländischen Bestrebungen, Verhandlungen zu den Grenzfragen aufzunehmen. Vgl. CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699, 75, Sitzung der Konsultativkommission des Brüsseler Paktes, 22.6.1952.

91 Vgl. Muûls, *Quarante ans*, S. 263.

92 *Grenz-Echo*, 12.8.1952, S. 3. Reinhold Heinen führte im Übrigen den gemäßigten Ton des *Grenz-Echo* in der Grenzfrage auf seine Kontakte, »die durch gemeinsame Erlebnisse im KZ angeknüpft worden sind«, mit Henri Michel zurück. Vgl. BA, B 137, 3837, Heinen an Thedieck, 26.8.1952. Hier scheint Heinen selber von einer Form der Selbstüberschätzung heimgesucht worden zu sein. Jedenfalls deutet nichts darauf hin, dass diese Version zutreffen könnte. Michel folgte wohl eher seinem Parlamentsberichterstatter Kurt Grünebaum. Franz Thedieck ließ sich in seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen regelmäßig über die Grenzfrage informieren, bemühte sich jedoch, im Hintergrund zu bleiben. Vgl. Gisela Rüss, *Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – innerdeutsche Beziehungen 1949–1970*, München, 1973, S. 20–27; Creutzberger, *Kampf*, S. 65 ff.

93 HStAD, NW 190, 478, Vermerk des Auswärtigen Amtes, 10.9.1952.

94 HStAD, NW 397, 244, Etzmüller an Hallstein, 22.9.2952.

im Auswärtigen Amt stimmte man überein, »mit einer künftigen belgischen Regierung, wenn darin Herr Spaak wieder maßgebenden Einfluss gewinne, unter besseren Bedingungen verhandeln zu können«.[95] Staatssekretär Hallstein schlug einstweilen eine »dilatorische Behandlung« der Grenzfrage bis zur Ratifizierung des EVG-Vertrags vor.[96]

Zu Jahresbeginn 1953 trafen Theo Kordt und Botschafter Muûls zusammen, nachdem die belgische Regierung in zwei Memoranden die Unmöglichkeit der Abtretung altbelgischer Gebiete bekräftigt hatte. Kordt fuhr schweres Geschütz auf und beschuldigte die belgische Regierung, der Bundesrepublik »die Gleichberechtigung zu verweigern. Auch der in Aussicht gestellte deutsch-belgische Grenzvertrag gehöre zu den Vertragswerken, die für das künftige Europa von entscheidender Bedeutung seien. Wenn es den beiden Nachbarländern nicht gelinge, im Wege freier Vereinbarung und auf dem Boden der Gleichberechtigung eine neue Regelung zu finden, so stünde es bedenklich um die Integrationsbemühungen.«[97] Muûls ließ sich jedoch nicht beeindrucken und betonte, seine Instruktionen ließen ihm keinen Handlungsspielraum. Kordt machte anschließend in seinen Aufzeichnungen den Botschafter selbst für die Verschlechterung des Verhandlungsklimas verantwortlich. Doch auch hier schien die Kritik falsch adressiert. Es war sicher richtig, dass Muûls einer schnellen Versöhnung mit Deutschland eher zurückhaltend gegenüberstand. So monierte er, die Grenzfrage sei für die Deutschen ein Gradmesser für den Stand der Beziehungen, dabei »kümmerten sie sich nur wenig um die Erinnerungen der Kriegsjahre, während derer – so scheint man zu glauben – wir alle Opfer des Nationalsozialismus waren«.[98] Er selbst bezeichnete die Verhandlungssituation als »misslich« und durch die Bedenken van Zeelands gegenüber den Reaktionen der Parlamentarier verursacht.[99] Doch Hallstein übernahm die Position Kordts und stimmte in die Kritik an Muûls ein.[100] Die Bundesregierung sah sich im Frühjahr 1953 »zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, einer Grenzregulierung zuzustimmen, die einseitig zu Lasten der Bundesrepublik ginge und die die zu Beginn gemachte Zusage eines belgischen Beitrags außer Acht ließe«.[101]

Im Frühjahr 1953 wurde Fernand Muûls aus Bonn abberufen. Mit der Besetzung seines Nachfolgers demonstrierte das belgische Außenministerium, welch große Bedeutung es den deutsch-belgischen Beziehungen beimaß. Der neue Vertreter Brüssels bei

95 HStAD, NW 397, 244, Theo Kordt an Arnold, 16.12.1952.
96 *AAPD*, 1952, Dok. 249, S. 754–756, Aufzeichnung Kordt, 20.12.1952.
97 *AAPD*, 1953, I, Dok. 22, S. 68–72, Aufzeichnung des Botschaftsrates a.D. Kordt, 16.1.1953.
98 Muûls, *Quarante ans*, S. 267–268.
99 Ebenda, S. 271.
100 HStAD, NW 397, 244, Hallstein an Pfeiffer, 25.1.1953 [persönlich].
101 HStAD, NW 397, 244, Hallstein an Muûls, 30.1.1953.

der Bundesregierung war der bisherige Generalsekretär Hervé de Gruben. Seine erste Aufgabe war die Herstellung von annehmbaren Gesprächsbedingungen.[102] Dies erwies sich jedoch als zähe Angelegenheit. Zwar wurden sowohl in Bonn als auch in Brüssel neue Vorstellungen entwickelt,[103] doch waren die Streitpunkte so grundsätzlicher Natur, dass eine Annäherung vorerst nicht möglich schien. Hinzu kamen Töne von deutscher Seite, die bei den belgischen Adressaten für Verstimmung sorgten. So sprach Karl Arnold mit Blick auf die Gebietsansprüche der Nachbarn von »chauvinistischen Kreisen«.[104] Die katholischen Priester des Kreises Monschau bezeichneten die geplante Zusammenlegung der Truppenübungsplätze Vogelsang und Elsenborn »von der Kanzel herunter« als »kalte Annexion«. In Bonn zeigte man dafür zwar Verständnis, verzeichnete jedoch auch den durch de Gruben geäußerten Vorwurf, mit solchen Parolen in »nationalistisches Fahrwasser« zu geraten.[105] Für erhebliche Aufregung sorgten Versteigerungen von unter Sequesterverwaltung gestelltem deutschen Grundbesitz in Belgien. Das Auswärtige Amt forderte über die Botschaft die sofortige Einstellung des Programms und wies darauf hin, dass »im Interesse der gutnachbarlichen Beziehungen an der deutsch-belgischen Grenze ein Rückerwerb […] durch die deutschen Eigentümer eine dauerhafte und gütliche Regelung der Angelegenheit bedeuten würde«.[106]

Hervé de Gruben hielt in seinem ersten längeren Bericht zur Verhandlungslage kurz nach den Wiederaufnahmebemühungen fest, dass die »juristischen Auffassungen« unvereinbar seien. Während für Belgien der Verzicht auf die ihm 1949 zugesprochenen Gebiete eine Konzession darstelle, seien sie für die Bundesregierung »res inter alios acta«. Politisch sehe die Lage nicht viel besser aus. »Es kann doch wohl nicht sein, dass Belgien, welches 1949 auf die Ausübung seiner Rechte verzichtet und bilaterale Gespräche mit der Bundesregierung angestrebt hat, jetzt für diese Haltung bestraft wird.« Zu den einzelnen Punkten brachte er nichts Neues vor, wenn er auch erneut eine Volksbefragung in Losheim andachte. Eins sei bei Lage der Dinge klar: ohne »Einfallsreichtum« könne nichts erreicht werden.[107] Dabei sah er »trotz der Enttäuschung

102 PAAA, B 24, 25, de Gruben an Theo Kordt, 15.7.1953.

103 AMAEB, 12886, Vermerk der Politischen Abteilung, 4.7.1953.

104 Dieser Ausdruck wurde Arnold nachweislich von Erich Kordt in den Mund gelegt. Vgl. HStAD, RWN 157, 3, Entwurf einer Ansprache des Herrn Ministerpräsidenten vor dem Parteitag der CDU Westfalen am 31.5.1953 zum Thema »Die Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Bundespolitik«, s.d.

105 PAAA, B 24, 28, Aufzeichnung von Theo Kordt, Juli 1953.

106 PAAA, B 24, 25, Dr. Brückner an Botschaft Brüssel, 23.7.1953. Der beigeordnete Bezirkskommissar in Malmedy Henri Hoen hatte die diesbezüglichen Pläne der belgischen Regierung 1951 noch als »verfrüht« betrachtet.

107 CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699, 75, Vermerk de Gruben, 23.7.1953.

auf beiden Seiten« durchaus Grund zur Eile. Die Verkehrssituation in Fringshaus und an der Straße L.25 müsse einer Regelung zugeführt werden. Deshalb schlug er zwei Tauschhandlungen vor: Der Norden von Bildchen solle gegen Schwerzfeld und Fringshaus entweder gegen den Wald von Losheim oder Wahlerscheid getauscht werden. Er könne sich jedoch auch ein doppeltes internationales Servitut auf Fringshaus und auf die Weser in Schwerzfeld vorstellen.[108]

Im Schatten der Grenzverhandlungen eröffneten die deutschen Behörden einen neuen Schauplatz. Diesmal ging es um den so genannten »Kleinen Grenzverkehr«. Die Grenze, die 1945 hermetisch abgeriegelt worden war, bildete vor allem für die Grenzgänger, die zur Arbeit ins Nachbarland fahren mussten, immer noch ein echtes Hindernis. Zwar hatte man im Januar 1951 ein Abkommen zu den »Gastarbeitnehmern« geschlossen, doch erhofften sich die zuständigen Stellen in den Grenzkreisen eine Liberalisierung des Grenzregimes.[109] Die belgische Seite war jedoch noch nicht bereit, hier neue Wege zu beschreiten. Dies hatte vor allem innenpolitische Gründe. Vieles spricht dafür, in Bezirkskommissar Hoen den entscheidenden Gegner einer solchen Aufweichung der Grenzkontrollen zu sehen. In einem Gutachten für das Außenministerium hatte dieser Vertreter des Innenministeriums in der Grenzregion seine unverhohlene Skepsis zum Ausdruck gebracht: »[Dies] würde die nationale Politik der Orientierung, die die belgische Regierung auch zukünftig in den Grenzregionen im Osten durchführen will, gefährden. […] Ich bin nicht gegen eine Ausweitung der Möglichkeiten zum Grenzübertritt, aber es ist notwendig, die Etablierung von dauerhaften Grenzbeziehungen zu vermeiden, d.h. eine Wiederaufnahme der Lebensgemeinschaften zwischen Grenzbevölkerungen, da dies von einem psychologischen Standpunkt aus nur zu neuen Unannehmlichkeiten führen würde.«[110] Was die so genannte Assimilationspolitik im Gebiet des ehemaligen »Eupen-Malmedy« betraf, waren zu Beginn der 1950er Jahre die

108 CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699, 75, Vermerk de Gruben, 3.8.1953.

109 Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 282; HStAD, BR 1058, 13, Bundesministerium für Inneres an Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 29.10.1953; Kreisverwaltung Schleiden an Regierungspräsidium Aachen, 21.11.1953; Kreisverwaltung Aachen-Land an Regierungspräsidium Aachen, 24.11.1953; Kreisverwaltung Monschau an Regierungspräsidium Aachen, 9.12.1953; Regierungspräsidium Aachen an Innenministerium Nordrhein-Westfalen, 12.12.1953. Die Behörden stritten, ob das bestehende Abkommen gekündigt werden solle, um die belgische Regierung unter Druck zu setzen. Nach den Berichten der Kreisverwaltungen zeigte sich das Regierungspräsidium eher unentschieden.

110 Commissariat d'arrondissement adjoint d'Eupen-Malmedy-St. Vith, *Rapport annuel. Exercice 1952*, Malmedy, [1953], S. 119–120.

Befürchtungen immer noch dieselben wie zu Kriegsende. Das Misstrauen gegenüber den deutschsprachigen Belgiern schien ungebrochen.[111]

Henri Hoen war es auch, der in einem Gespräch mit dem Aachener Regierungspräsidenten im November 1953 klarstellte, der Ball liege bei der Bundesregierung, wenn sie eine Lösung der Grenzfrage anstrebe. Und Bundeskanzler Adenauer mahnte nun tatsächlich wiederum Beschleunigung an, da er sonst Auswirkungen auf die Saarfrage befürchtete.[112] Konkrete Schritte in Form neuer Verhandlungsangebote erfolgten jedoch nicht.

Stattdessen erstellte die Generaldirektion der Politischen Abteilung in Brüssel zu Jahresbeginn 1954 einen ebenso voluminösen wie schonungslosen Bericht zur Entwicklung der Grenzfrage. Die deutsche Verhandlungsführung wurde zur Zielscheibe heftiger Kritik: »Die Gespräche, die seit 1951 geführt wurden, zeigten, dass die deutsche Position, die zunächst auf falschen Annahmen und dilatorischen Feuerwerken, dann auf inakzeptablen Forderungen und illusorischen Konzessionen beruhte, sich schlussendlich in eine juristische und politische Intransigenz gewandelt hat, welche Belgien für sein Maßhalten von 1949 schlecht belohnen würde.« Dabei gebe es dringende »praktische Probleme« zu lösen, die sich »verschlimmern würden, während die deutsche Regierung, die Augen vor den Bedürfnisse und Wünschen der Grenzbevölkerung verschließend, sich auf ihre starren und hoffnungslosen Prinzipien versteift«. Die belgische Regierung sei jedoch bereit, eine »letzte Anstrengung« zu unternehmen, um ein zweiseitiges Abkommen zu erreichen. Die Politische Abteilung formulierte dann die belgische Position. Die Auftragsverwaltung sollte auf Schwerzfeld ausgeweitet werden, dafür werde sie in Bildchen-Nord aufgegeben. Deutsche Fahrzeuge könnten weiterhin die Straßen von Fringshaus und die L.25 benutzen, die Zollkontrolle werde sich dort »auf ein Minimum beschränken«. Im Bereich des Forstes Wahlerscheid behielte die Bundesrepublik die Souveränität und müsste dann die Straßensperrungen bei Schießübungen selber regeln. Der Bundesrepublik würde die Möglichkeit gegeben, die Grundstücke an der Grenze zurückzukaufen. Im gleichen Atemzug wurde der deutsche Vorwurf der massiven Versteigerungen gekontert mit dem Verweis, es habe nur einige Notverkäufe gegeben. Schließlich erklärte man sich bereit, über jede Lösung zu verhandeln, die einen

111 Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 2; Gerd Kleu, *Die Neuordnung*; Cremer, Von den ›Inciviques‹, S. 99–116; Brüll, Un passé mouvementé, S. 39–40.

112 *AAPD*, 1953, II, Dok. 354, S. 1052 Fn. 14, 25.11.1953. Zur Saarfrage, aus der Fülle der Literatur vgl. die Beiträge bei Rainer Hudemann, Burkard Jellonnek und Bernd Rauls (Hg.), *Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960*, St. Ingbert, 1997.

Wechsel der Souveränität vermeiden helfe.[113] Botschafter de Gruben kommentierte das Dokument ausführlich und betonte dabei, dass es trotz allen berechtigten Frusts wenig dazu beitrüge, eine Annäherung der Positionen zu erreichen. Er unterbreitete van Zeeland eigene Gedanken, in denen er eine Konzession, die von den Deutschen auch als solche betrachtet werde, als eine Notwendigkeit bezeichnete.[114]

Bevor es dann jedoch zu neuen Gesprächen hätte kommen können, belasteten die Schwierigkeiten um die EVG, vor allem aber eine Rede Karl Arnolds die Verhandlungen. Unter dem Eindruck des Scheiterns der Berliner Konferenz im Frühjahr 1954 hatte sich beim nordrhein-westfälischen Ministerpräsident mit Blick auf die belgischen und niederländischen Auftragsverwaltungen die Befürchtung verstärkt, dass mit der »Vertagung einer […] Friedensregelung sine die […] aus dem Provisorium mehr und mehr ein Definitivum werden könnte«.[115] So forderte er in einer Rede in Bochum am 7. März 1954 die Nachbarländer zur sofortigen Rückgabe der betreffenden Gebiete auf. Das Presseecho war immens. Allen belgischen und niederländischen Blättern war die Überraschung über den Zeitpunkt dieser Erklärung gemein. Während jedoch ein niederländischer Regierungssprecher anmerkte, das Problem stehe »nicht auf der Tagesordnung«, reagierte die Regierung in Brüssel überhaupt nicht. Die *Libre Belgique* warnte vor dem nationalistischen Ton der Rede, während *Le Peuple* kein Verständnis für Arnold aufbrachte, da er die Ratifizierungskampagne des EVG-Vertrags in Belgien belastet habe.[116] Für das Auswärtige Amt kabelte Herbert Blankenhorn nach Brüssel, zwar sei der Zeitpunkt von Arnold in der Tat schlecht gewählt gewesen, andererseits entsprächen die Ausführungen »dem von der Bundesregierung vertretenen Rechtsstandpunkt«. Es sei jedoch derzeit sinnlos, neue Verhandlungen aufzunehmen, da man erst das Ergebnis der belgischen Wahlen abwarten wolle.[117] In einer Analyse für die Düsseldorfer Landesregierung betonte Erich Kordt die Tatsache, dass »in unseren Nachbarländern keine Stimmen laut geworden sind, die den Fortbestand der vorläufigen Auftragsverwaltung und den damit verbundenen Entzug der politischen Rechte aufrechterhalten

113 CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699/75, Vermerk der Generaldirektion der Politischen Abteilung, 29.1.1954 [geheim].

114 CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699/75, de Gruben an van Zeeland, 23.2.1954.

115 HStAD, NW 53, 567, Erich Kordt an Lambert Lensing, Vorsitzender der CDU von Westfalen, 27.2.1954. Zur Berliner Vier-Mächte-Konferenz, vgl. Birgit Ramscheid, *Herbert Blankenhorn (1904–1991). Adenauers außenpolitischer Berater*, (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 49), Düsseldorf, 2006, S. 224–234.

116 Vgl. *Grenz-Echo*, 9.3.1954, S. 3 mit einer Zusammenfassung der belgischen Reaktionen in der Presse; Vgl. auch *Neue Zürcher Zeitung*, 9.3.1954; *Der Mittag*, 9.3.1954; *AVZ*, 9.3.1954; *AN*, 9.3.1954; *Limburgsch Dagblad*, 9.3.1954.

117 PAAA, B 24, 25, Blankenhorn an Botschaft Brüssel, 12.3.1954.

sehen wünschen«.[118] Damit lag Arnolds Mitarbeiter zwar richtig, anti-deutsche Ressentiments waren jedoch sehr wohl geschürt worden, genau wie persönliche Angriffe auf den Ministerpräsidenten. Die liberale *Nieuwe Gazet* beschrieb ihn mit harschen Worten als jemanden, »der anscheinend darauf aus ist, sich einen Namen von der Art jenes McCarthy zu schaffen. Den Namen eines gewaltigen Radaubruders und Händelsuchers. […] Ein Parteigenosse des Kanzlers Adenauer, somit einer, den wir zu den besten der Deutschen, zu unserem militärischen Bundesgenossen in naher Zukunft rechnen dürfen. Was seinen Fall mithin nur noch verschlimmert.«[119] Die deutsche Botschaft sah in diesem Kommentar die »hemmungsloseste und unvernünftigste Reaktion« in der belgischen Presse.[120]

In seiner drastischen Überspitzung dürfte der Artikel des flämischen Blatts zwar nicht unbedingt den Ton der meisten Belgier in Bezug auf die Grenzfrage getroffen haben, doch stand er sicherlich für das Unbehagen, das viele Belgier immer noch befiel, wenn ihnen allzu selbstbewusste Äußerungen von deutschen Politikern zu Ohren kamen.

Aus deutscher Sicht besserten sich die Aussichten auf einen neuen Aufschwung in den bilateralen Beziehungen im April 1954 mit der Bildung der sozialliberalen Koalition unter Achille van Acker. Paul-Henri Spaak kehrte auf den Posten des Außenministers zurück, was wohl auch in der Umgebung Adenauers mit einigem Wohlwollen aufgenommen wurde. Der belgische Botschafter in Bonn zögerte nicht, Spaak nochmals auf die Bedeutung der Grenzfrage hinzuweisen. Eine Woche nach dessen Amtsantritt schickte er ihm eine Beschreibung der Lage, die der »persönlichen Prüfung« des Ministers bedürfe. Viel Zeit sei vertan worden, womit die belgische Position, die 1949 »psychologisch nachvollziehbar« gewesen sei, nunmehr zu einem »Anachronismus« zu werden drohe. Wenn man jedoch den Friedensvertrag abwarte, werde man wohl nachgeben müssen – ohne Gewinn und mit »Prestigeverlust«.[121]

Für beide Seiten gestaltete sich die Situation im Frühjahr 1954 schwierig. Der Wille, ein gemeinsames Resultat zu erzielen, schien zwar immer noch vorhanden, doch die Umstände erschwerten die Suche nach Lösungen ungemein. Was jedoch die Analyse der Tiefenströmungen in den deutsch-belgischen Beziehungen anging, so galt immer noch, was Anton Pfeiffer schon ein Jahr zuvor im April 1953 in einer tour d'horizon über die politische Situation Belgiens ausgedrückt hatte: »Zu den vielen kleinen Staaten, welche die Vorstellung einer deutschen Hegemonie im Rahmen eines Vereinigten

118 HStAD, NW 53, 567, Erich Kordt an Josef Hofmann, 19.3.1954.
119 *De Nieuwe Gazet*, 14.3.1954 [Übersetzung aus der Düsseldorfer Staatskanzlei; HStAD, NW 53, 567].
120 PAAA, B 24, 25, Siegfried an Auswärtiges Amt, 22.3.1954; Pfeifer an Auswärtiges Amt, 29.3.1954.
121 CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699/75, de Gruben an Spaak, 30.4.1954.

Europa mit Furcht erfüllt, weil einem Deutschland, das Macht besitzt, nicht genügend Achtung vor dem Lebensrecht der kleinen Staaten und der Bedeutung der kleinen Staaten zugetraut wird, gehört in erster Linie Belgien. Es wäre deshalb empfehlenswert, um generell solche Befürchtungen zu zerstreuen, jede Vernachlässigung der kleinen Staaten zu vermeiden, zugleich aber Belgien gegenüber eine besondere Geste zu erfinden. Ein Belgien, das wirklich Vertrauen gefasst hat, dürfte ein nützlicher Partner und vielleicht ein geschickter Sekundant im deutsch-französischen Verhältnis werden.«[122]

122 Zitiert nach Hoebink, Wiederbeginn, S. 195.

3. Belgien und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland

Zur Jahresmitte 1950 stellte das Brüsseler Meinungsforschungsinstitut Insoc den Belgiern die Frage, ob die von den Alliierten ins Auge gefasste Politik eines wirtschaftlichen und industriellen Wiederaufbaus Deutschlands ihre Zustimmung fände. Während ein Viertel der Befragten keine Meinung äußerte, sprachen sich 37,4 Prozent gegen ein solches Ziel aus. Eine ähnlich große Gruppe, 36,3 Prozent, stimmte einer solchen Politik zu.[1] Wie beim Insoc üblich wurde den Befragten die Gelegenheit gegeben, ihre Meinung zu begründen. Bei den Befürwortern reichten die Argumente von der simplen Solidaritätsbekundung – »Alle Menschen haben das Recht zu leben« – über antikommunistische Parolen bis hin zu der stark vertretenen Meinung, ein industrieller Aufschwung läge durchaus im nationalen Interesse Belgiens. Auf der Seite des »Ja« forderten zahlreiche Befragte strenge Kontrollen, zum einen, um den Wiederaufbau einer Kriegsindustrie zu verhindern, zum anderen, um die »Entwicklung der belgischen Wirtschaft nicht zu gefährden«.[2] Bei den Gegnern herrschte das Misstrauen vor, Deutschland werde sich dann genau wie nach dem Ersten Weltkrieg verhalten. Die Unterordnung Deutschlands müsse beibehalten werden. Wie in früheren Umfragen der Nachkriegsjahre sprach man den Amerikanern das Recht zum Urteil ab; schließlich seien sie nicht selbst besetzt gewesen.[3]

Nur vier Monate später veröffentlichte das Institut eine nicht weniger aufschlussreiche Umfrage. Der Krieg in Korea habe die Frage nach einer europäischen Armee aufkommen lassen. Wenn auch hier mehr als ein Viertel der Befragten ohne Meinung blieb, war das Ergebnis eindeutig, sprachen sich doch 59,1 Prozent für die Schaffung einer solchen Armee aus und nur 13,5 Prozent dagegen.[4] Die Fragestellung war danach auf eine deutsche Beteiligung ausgeweitet worden. Zuerst wurde gefragt, ob Deutschland eine eigene »autonome« Armee besitzen solle, anschließend ob eine deutsche Wiederbewaffnung als ein Beitrag bei der Schaffung einer europäischen Armee denkbar sei. Eine autonome deutsche Armee wurde nur von 13,6 Prozent der Befragten befürwortet und

1 *Insoc*, 1950, 3, S. 39–41.
2 Ebenda, S. 42–43.
3 Ebenda, S. 44–45.
4 *Insoc*, 1950, 5, S. 23.

von einer klaren Mehrheit (67,9 Prozent) abgelehnt.[5] Mit einer deutschen Integration in eine europäische Armee konnten sich jedoch 54,3 Prozent der Befragten abfinden. 24,2 Prozent entpuppten sich als Gegner dieser Form der Wiederbewaffnung.[6] Die Haltung der meisten Befürworter war jedoch so eindeutig nicht, wenn man sich die dazugehörigen Kommentare anschaut. Zwar gab es durchaus einige Befragte, die ein europäisches Zusammenrücken vor der kommunistischen Gefahr als triftigen Grund anführten, die meisten »Ja«-Sager wollten eine deutsche Beteiligung jedoch an drastische Bedingungen geknüpft sehen; darunter fanden sich die Auflage einer Freiwilligen-Armee oder einer Armee ohne Flugzeuge und Panzer. Wieder andere hatten für die Deutschen für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung die »erste Reihe« reserviert. Bei den Gegnern dominierte wiederum eindeutig die Furcht vor einer erneuten Invasion: »Deutsche bleiben Deutsche.« Andere sahen eine »antikommunistische Agitation aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen«.[7]

Zwei Umfragen, zwei ähnliche Tendenzen. Wäre die Fragestellung eine emotionalere gewesen, beispielsweise ob man den Deutschen trauen könne, die Resultate hätten wohl ein markantes Zeugnis des Misstrauens gezeigt. Setzt man jedoch den Befund dagegen, dass sich in den fünf Jahren seit Kriegsende kaum einmal ernsthafter Widerstand gegen die pragmatische Deutschlandpolitik der Regierung geregt hatte, stellt sich die Situation des Jahres 1950 nuancierter dar, als die Umfragen vermuten lassen. Vorsichtig formuliert wurde die Annäherung an die Bundesrepublik im Kontext des Kalten Kriegs und der europapolitischen Initiativen zu diesem Zeitpunkt wohl als eine Art »notwendiges Übel« betrachtet. Von Vertrauen konnte in den gesellschaftlichen Beziehungen jedenfalls keine Rede sein. Eher kann man wohl von Desinteresse sprechen oder aber von »echtem Groll, den auszudrücken jedoch nicht in die Zeit gepasst hätte, zu dessen Überwindung man jedoch später umso besser ermutigen konnte«.[8]

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Haltung Belgiens zur Zukunft der deutschen Frage zu analysieren. Dabei sollen die Reaktionen auf die Westintegration der Bundesrepublik in den Blick genommen werden. Die europapolitischen Weichenstellungen der 1950er Jahre sind bisher nur schlaglichtartig auf ihre Bedeutung für das zwischenstaatliche Verhältnis der Gründungsmitglieder der Montanunion betrachtet worden – wenn man vom deutsch-französischen Fall absieht. An dieser Stelle soll die Bedeutung dieser Entwicklungen für das deutsch-belgische Verhältnis herausgearbeitet werden. Dabei geht es weniger darum, eine detaillierte Darstellung der Frühgeschichte

5 Ebenda, S. 27.
6 Ebenda, S. 28.
7 Ebenda, S. 29–31.
8 Dumoulin, Allemagne, S. 194.

des europäischen Einigungsprozesses zu liefern oder gar neu zu schreiben, vielmehr sollen Schlüsselmomente beleuchtet werden, die für die deutsch-belgische Beziehungen besondere Präge- und Aussagekraft besitzen.

Europarat

Die Rolle Belgiens als möglicher Katalysator des deutsch-französischen Verhältnisses zeigte sich in den Diskussionen um eine Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat. Bundeskanzler Adenauer hatte kurz nach Amtsantritt den französischen Einwurf einer Aufnahme der Saar naturgemäß zurückhaltend aufgenommen, betonte zu diesem Zeitpunkt jedoch, eine Mitarbeit sei »nicht von dieser strittigen Frage abhängig«. Vor dem Kabinett hatte er außerdem im Oktober 1949 die »Verständigung mit Frankreich« als »Angelpunkt für das deutsch-amerikanische Verhältnis« bezeichnet.[9] Kurze Zeit später nutzte er seine Kontakte zu christlichsozialen Politikern in Belgien und erkundigte sich nach den Perspektiven für einen bundesdeutschen Beitritt zum Europarat. Sein Korrespondenzpartner Frans van Cauwelaert machte ihm Hoffnung, was Adenauer durchaus dankbar quittierte: »Ich habe daraus mit Befriedigung entnommen, dass Herr van Zeeland hinsichtlich der Aufnahme Westdeutschlands in den Europarat positiv eingestellt ist und dass auch die französische Haltung in dieser Frage günstig ist.«[10] Dass die Bundesrepublik erst im darauffolgenden Jahr zum assoziierten Mitglied erklärt und schließlich erst am 2. Mai 1952 als Vollmitglied des Europarats aufgenommen wurde, lag denn auch nicht an belgischer Zurückhaltung oder gar Skepsis, sondern eben letztlich doch entscheidend an der Saarfrage. In der belgischen Presse wurde über die deutschen Bemühungen kaum berichtet, Bedenken wurden erst recht nicht geäußert.[11] Vielmehr wurde die Aufnahme der Bundesrepublik als eine Notwendigkeit für die Annäherung der Länder Westeuropas präsentiert, die auch dazu diene, »Deutschland zu helfen«.[12]

9 Krüger, *Sicherheit*, S. 90.

10 Adenauer an van Cauwelaert, 20.10.1949; van Cauwelaert an Adenauer, 27.10.1949; Adenauer an van Cauwelaert, 2.11.1949 (dort auch das Zitat); Mensing, Frühe Westdiplomatie, S. 79–84 (hier: S. 84). Vgl. Dumoulin, Allemagne, S. 194.

11 Der Europarat war in der belgischen Bevölkerung kaum bekannt. In einer Umfrage antworteten auf die Frage: »Wissen Sie, was der Europarat ist?« nur 13,9 Prozent »gut«, 24,9 Prozent »relativ gut«, 35,9 Prozent »ungefähr« und 25,3 Prozent »gar nicht«. Vgl. *Insoc*, 1950, 5, S. 20. Zur belgischen Haltung gegenüber dem Europarat, vgl. Marie-Anne Engelbel, La Belgique et les débuts du Conseil de l'Europe, in: Marie-Thérèse Bitsch (Hg.), *Jalons pour une histoire du Conseil de l'Europe (Actes du colloque de Strasbourg, 8–10 juin 1995)*, Bern, 1997, S. 53–75.

12 Isabelle Gengler, *La Belgique et le relèvement de l'Allemagne fédérale dans le cadre de la construction européenne*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Katholische Universität Neu-Löwen,

Adenauer wandte sich im Juni 1950 an die belgische Regierung und bat sie, ihre Zustimmung zu einem deutschen Beitritt in einer öffentlichen Erklärung zu äußern, wie dies Paul-Henri Spaak in seiner Eigenschaft als Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats bereits kurz zuvor getan hatte. Adenauer erhoffte sich eine ähnlich positive Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit. Nur der SPD-Vorsitzende Schumacher hatte in Bezug auf die Spaak-Rede von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik gesprochen und ironisch gefragt, ob man denn »den Bundeskanzler nach Brüssel schicken« wolle, damit »er in die Königsfrage eingreift«.[13] Die Ministerpräsidenten der SPD stimmten im Bundesrat ebenso gegen den Eintritt wie ihre Bundestagsfraktion.

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Die Partizipation der Bundesrepublik an der Ruhrbehörde seit dem 30. November 1949 stieß ebenfalls nicht auf belgischen Widerstand, lag der rasche Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft bekanntlich durchaus im Interesse der belgischen Regierung. Wesentlich vielschichtiger waren dann jedoch die belgischen Reaktionen auf die Rede des französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950.[14] So günstig sich der Zeitpunkt für die Formulierung des Ziels einer supranationalen europäischen Organisation auch erwies – dabei ist natürlich vor allem die Blockade in den deutsch-französischen Beziehungen im Frühjahr 1950 gemeint –, so wenig zahlreich waren in Belgien die unmittelbaren Reaktionen. Wieder einmal dominierte die Innenpolitik eindeutig das Geschehen. Die christlichsozial-liberale Regierung war zerbrochen, im April 1950 war das Parlament aufgelöst und für den 4. Juni waren Neuwahlen anberaumt worden. Die Königsfrage überlagerte weiterhin alle anderen Themen. Kontinuität bestand jedoch durch die Person Paul van Zeelands, der sein Amt als Außenminister auch nach den Neuwahlen in einer christlichsozialen Regierung, die in beiden Kammern über die absolute Mehrheit verfügte, behielt.[15] Van Zeeland, der als einziges Mitglied der belgischen Regierung im Vorfeld zumindest ein wenig über die französischen Absichten informiert war, reagierte denn auch als erster in einer Erklärung vom 22. Mai 1950.[16]

1990, S. 94–98 (hier: S. 96).

13 Ebenda, S. 88.

14 Für die Rede Schumans, vgl. *Europa-Archiv*, 1950/11, S. 3091 f.

15 Vgl. Gérard-Libois/Lewin, *La Belgique*, S. 153; Michel Dumoulin, La Belgique et les débuts du Plan Schuman (mai 1950–février 1952), in: Klaus Schwabe (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/1951. Beiträge des Kolloquiums in Aachen, 28.–30. Mai 1986*, Baden-Baden u. a., 1988, S. 271–272.

16 Vgl. Dumoulin, Zones d'ombre, S. 20.

Der Vorschlag sei nur zu begrüßen, die Methoden der Anwendung seien jedoch genau so wichtig wie die Prinzipien, die ihm zugrunde lägen.[17] Diese Leitlinien bestimmten die Strategie der belgischen Delegation während der gesamten Dauer der Verhandlungen. Am 25. Mai äußerte sich mit dem Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Baron Snoy et d'Oppuers, ein einflussreicher ranghoher Beamter in einem Vermerk für den Ministerrat, in dem er die wirtschaftlichen Vorteile des Plans herausstellte, dabei jedoch nicht die Schwierigkeiten für die belgische Kohleindustrie unterschlug.[18] Die Regierung beschloss, trotz der Skepsis einiger Mitglieder, in die Verhandlungen um den Schuman-Plan einzutreten.

Das Leitprinzip formulierte Außenminister van Zeeland: »Der politische Aspekt sollte sich aus dem wirtschaftlichen Erfolg ergeben und nicht umgekehrt.« Der belgische Verhandlungsführer Max Suétens hatte diese Maxime schon bei der Eröffnungssitzung auf die geplante Hohe Behörde angewandt, die vielen Belgiern – angefangen bei Premierminister Joseph Pholien – ein Dorn im Auge war: »Sie sehen die Lösung unserer Probleme durch die Hohe Behörde. Wir sehen die Hohe Behörde durch unsere Probleme und ihre Lösung.«[19] Hier gerieten die belgischen Positionen schnell in Gegensatz zu den deutschen. Darüber hinaus wurden die wirtschaftlichen Auswirkungen des Plans immer mehr zum Diskussionsgegenstand. Zwar hatten Kohle und Stahl für Luxemburg und Belgien den größten Anteil an der Gesamtwirtschaft, das Produktionsniveau reichte jedoch bei weitem nicht an das der beiden großen Länder heran. Zudem waren die Preisunterschiede enorm, belgische Kohle war fast doppelt so teuer wie deutsche.[20] Wie sich dies auf die Verhandlungen auswirkte, machte Muûls deutlich, indem er aus Paris nach Brüssel berichtete: »Der Gegensatz zwischen den Ideen von Herrn Monnet, die von Deutschland unterstützt werden und die den supranationalen Charakter der Gemeinschaftsorgane betreffen, und den Einschränkungen, die wir gegen diese Macht versuchen einzuführen, wird jeden Tag deutlicher. Tatsächlich entsteht mehr und mehr ein tiefes gegenseitiges Verständnis zwischen Deutschland und Frankreich, was die Grundlagen des Plans selbst betrifft. Was die Bundesrepublik angeht, deren Souveränität ja noch nicht hergestellt wurde, sieht man ein, dass sie versucht ist, durch Verzicht auf nationale Prärogativen einen Schritt voranzukommen, um so zu einer Gleichheit mit den anderen Partnern der Gemeinschaft zu gelangen und eines Tages dem Schicksal des

17 Vgl. Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 186–187; Woyke, *Erfolg*, S. 80–81.

18 Vgl. Dumoulin, Zones d'ombre, S. 21; Ders., La Belgique et les débuts, S. 272–273.

19 Richard T. Griffiths, Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen, in: Herbst/Bührer/Sowade, *Vom Marshallplan*, S. 263–278 (hier: S. 266). Vgl. Dumoulin, La Belgiquet et les débuts, S. 273; Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 104.

20 Griffiths, Benelux, S. 264; Dumoulin, Allemagne, S. 195.

europäischen Abendlandes vorzustehen, nachdem Deutschland darauf verzichtet hat, Herrschaft durch Gewalt auszuüben.«[21]

Die latente Angst vor einer deutschen Vorherrschaft spielte eine nicht unbedeutende Rolle in den Bemühungen, die Institutionen der zukünftigen EGKS nach belgischen Vorstellungen zu gestalten, was die Frage der Besetzung der Hohen Kommission, aber auch der Sitzverteilung in der Beratenden Versammlung betraf. Aber gerade in den technischen wirtschaftlichen Aspekten waren die Verhandlungen von einem Gegensatz zwischen belgischer und bundesdeutscher Position geprägt. Im Mittelpunkt stand neben dem belgischen Widerstreben gegenüber der Abtretung nationaler Souveränität die Frage der Rentabilität der hoffnungslos veralteten Kohleminen der Borinage, die ohne staatliche Zuschüsse kaum überlebensfähig waren. Vor allem über die Frage der Dauer dieser Subventionen herrschte große Uneinigkeit.[22]

Die innerbelgischen Debatten drehten dann auch um diese Fragen, waren doch Aspekte wie die Laufzeit des Vertrags weit weniger öffentlichkeitswirksam. Die deutsche Kohle wurde nicht selten als eine Bedrohung dargestellt.[23] Der Abgeordnete Borremans verlieh in drastischen Worten seiner Befürchtung Ausdruck, die »gesamte belgische Wirtschaft« werde von den deutschen Kohlegruben abhängig.[24] Der größte Widerstand kam jedoch aus den Reihen des Verbandes der Kohleindustrien FEDECHAR und den Vertretern der Schwerindustrie.[25] Dieser endete auch nicht nach der Unterzeichnung des Vertrags am 18. April 1951. Während der Ratifizierungskampagne multiplizierten die Verbände Studien zu den angeblichen Nachteilen der EGKS für die belgische Kohleindustrie, die nur den Deutschen zum Vorteil gereichen würde. Der große Besiegte der beiden Weltkriege erlange somit einen »wirtschaftlichen Triumph«. Da konnte der Tonfall auch in »seriösen« Verbandsstudien schon einmal ressentimentgeladen klingen: »Was passiert, wenn Deutschland sich weigern würde, Zwangsmaß-

21 Muûls, *Quarante ans*, S. 208. Vgl. dazu auch die Bemerkungen bei Hanns Jürgen Küsters, Zwischen Vormarsch und Schlaganfall. Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951–1954), in: Gilbert Trausch (Hg.), *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Baden-Baden u.a., 1993, S. 259–293 (hier S. 260).

22 Vgl. Philippe Byl, *La Belgique et la CECA. La phase des négociations (9 mai 1950–18 avril 1951)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Katholische Universität Neu-Löwen, 1986, S. 86–95. Zur Borinage, vgl. René Leboutte, Die Borinage in Belgien oder das Ende der Zechen (1945–1980), in: *GiW*, 2002 (2), S. 135–149.

23 Dumoulin, Allemagne, S. 195.

24 *APC*, 1950, S. 3 (29.11.1950).

25 Vgl. Elisabeth Devos, *Le patronat belge face au Plan Schuman (9 mai 1950–5 février 1952)*, Louvain-la-Neuve, 1989.

nahmen, die die Hohe Behörde verhängen könnte, anzuwenden? Vielleicht Strafzahlungen! Dadurch würden wir immer noch keine Kohle für unsere Industrien erhalten und, zudem, würde Deutschland überhaupt bezahlen? Hat man schon vergessen, wie sich dieses Land bei der Zahlung der Reparationen des Versailler Vertrags verhalten hat?«[26] In einer anderen Broschüre hieß es: »Das Gravitationszentrum der gesamten westeuropäischen Schwerindustrie wird […] systematisch nach Deutschland verlagert, was unmittelbar dessen wirtschaftliche Präponderanz über den Rest des Komplexes zur Folge haben wird. Wie kann man nicht bemerken, dass, indem man dies geschehen lässt, man diesem Land einen großartigen politischen Vorteil in die Hand gibt? […] Es ist sicher, dass Deutschland an dem Tag, an dem die Verlagerung der Produktion ein ausreichendes Niveau erreicht hat, aufgrund seiner wirtschaftlichen Präponderanz in der Lage sein wird, auch auf politischer Ebene seinen Willen durchzusetzen.«[27] Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Gleichgültigkeit oder relative Skepsis, mit der die Belgier dem deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbau im Jahre 1950 gegenüberstanden, muss man zumindest festhalten, dass man zu diesem Zeitpunkt noch glaubte, mit antideutschen Ressentiments Überzeugungsarbeit in der Öffentlichkeit leisten zu können.

Auf parlamentarischer Ebene war das Ergebnis letztlich eindeutig. Der Senat ratifizierte den Vertrag am 5. Februar 1952 mit 102 Stimmen gegen nur 4 Nein-Stimmen (drei Kommunisten und ein Christsozialer). Allerdings gab es 58 Enthaltungen (darunter alle Sozialisten) und 11 Senatoren nahmen an der Abstimmung nicht teil. In der Kammer gab es ebenso klare Verhältnisse, als sie am 12. Juni 1952 abstimmte. Bei 191 Ja-Stimmen gab es 13 Nein-Voten (zwei PSC-CVP, fünf PSB, ein Liberaler, fünf Kommunisten) und 13 Enthaltungen.[28] Die Vorbehalte gegenüber Deutschland hatten in den Debatten kaum eine Rolle gespielt. Wichtiger waren die von Belgien durchgesetzte Beschränkung der Vertragslaufzeit auf fünfzig Jahre, die Schaffung eines Ministerrats und die Beschränkung der Parlamentarischen Versammlung auf eine reine Kontrollmission.[29]

Eine deutliche Parallele zur Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre liegt wohl in der Tatsache, dass der Riss in der Frage der Zustimmung wiederum nicht zwischen einzelnen Parteien oder zwischen Mehrheit und Opposition verlief. In allen Parteien waren beide Positionen vertreten, wobei die Befürworter in den Reihen der Liberalen

26 G. de Large, Le Plan Schuman et l'industrie houillère du Borinage, in: *Etudes économiques*, Nr. 81–82, 1951, S. 85–91; zitiert nach: Dumoulin, Allemagne, S. 197.

27 *Les conséquences du Plan Schuman*, Brüssel, Fedechar, (27.11.) 1951, S. 32–33; zitiert nach: Dumoulin, La Belgique et les débuts, S. 281.

28 Vgl. Gérard-Libois/Lewin, *La Belgique*, S. 168–170; Dumoulin, La Belgique et les débuts, S. 283.

29 Vgl. Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 107; Griffiths, Benelux, S. 268 spricht letztlich vom »Triumph der Benelux-Staaten«.

noch den größten Anteil ausmachten. Paul van Zeeland und Paul-Henri Spaak mussten jedoch beide mühselige Überzeugungsarbeit in ihren Reihen leisten, wobei dies für Spaak in der Opposition noch etwas komfortabler war als beim Außenminister, der während der Verhandlungen großes taktisches Geschick beweisen musste.[30] Letztlich gilt die Formel Michel Dumoulins: »Belgiens Eintritt in die EGKS erfolgte weder aus Glaube noch aus Liebe.«[31]

In Bezug auf die Gründung der EGKS hatte der Vertrag vom 18. April 1951 eine Frage noch nicht abschließend geregelt.[32] Wo sollte sich der Sitz der neuen Institutionen befinden? Es spricht heute vieles dafür, dass eine direkte Kandidatur Brüssels von allen Mitgliedern akzeptiert worden wäre, womit – dieser kontrafaktische Vorgriff soll erlaubt sein – wohl viele zukünftige Schwierigkeiten vermieden worden wären. Dass es dazu nicht kam, lag daran, dass die belgische Regierung offiziell immer die Kandidatur Lüttichs unterstützte. Für die Stadt an der Maas sprach neben ihrer zentralen geographischen Lage vor allem ihre Rolle in der Kohle- und Schwerindustrie. Der entschiedenste Widerstand gegen diese Kandidatur, die zwar von Paul van Zeeland immer unterstützt wurde, die jedoch quasi nicht über das Stadium der Flurgespräche und Vorstudien hinauskam, ertönte aus Bonn. Staatssekretär Hallstein führte die »anti-deutschen Traditionen« ins Feld und auch Adenauer gab im Mai 1951 dem gerade ernannten Botschafter Muûls zu verstehen, eine Nominierung Lüttichs käme für ihn nicht in Frage.[33] Offiziell galt Lüttich als zu klein und zu wenig bedeutend, um als Sitz berücksichtigt werden zu können. Im Kern der Ablehnung stand jedoch wohl die deutsche Angst, die berühmt-berüchtigte Franktireurs-Affäre des Ersten Weltkriegs könnte

30 Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 444–445; Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 186–191; Dumoulin, La Belgique et les débuts, S. 273–278; Woyke, *Erfolg*, S. 80, 134 ff. Die beiden letzten Studien berücksichtigen unter anderem auch die Haltung der Gewerkschaften, die entscheidend von dem sozialistischen Funktionär André Renard beeinflusst wurde. Vgl. Pierre Tilly, *André Renard*, Brüssel, 2005.

31 Dumoulin, La Belgique et les débuts, S. 283–284. Vgl. jedoch Krüger, *Sicherheit*, S. 219, der diese Einstellung letztlich allen Gründungsländern zuschreibt: »Freilich war die Gründung der Montanuion auch weniger Emanation des europäischen Geistes als vielmehr Resultat des Interessensausgleichs der Nationalstaaten.«

32 Vgl. die anregenden Passagen zur politischen Symbolik der Ortswahl bei Achim Trunk, *Europa, ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren*, (= Studien zur internationalen Geschichte, 18), München, 2007, S. 116–132.

33 Vgl. Bernard Hemblenne, *La candidature de la ville de Liège au siège de la CECA (1951–1955)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1989, hier: S. 66–67; Ders., Les problèmes du siège et du régime linguistique des communautés européennes (1950–1967), in: *Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte*, 4(1992), S. 107–143.

wieder hochkochen. Im August 1914 war es in der Provinz Lüttich zu Erschießungen von Hunderten von Zivilisten gekommen, als die kaiserliche Armee glaubte, permanent von Francs-Tireurs bedroht zu werden. Am 20. August 1914 waren im Zentrum Lüttichs 65 Menschen von deutschen Truppen erschossen worden.[34] Zudem war die deutsche Armee in der Region auf kaum erwarteten, erbitterten Widerstand von Seiten der belgischen Truppen gestoßen. Diese Ereignisse hatten für das Verhältnis zwischen Lüttich und Deutschland einen tiefen Bruch bedeutet. Umso heftiger waren die anti-deutschen Reaktionen in der Zeit nach 1914.[35] Obwohl sich die Diskussionen um die Kandidatur noch bis 1954/1955 hinzogen, waren mit dem deutschen Widerstand von 1951 die Bemühungen Lüttichs obsolet geworden.

Deutsche Wiederbewaffnung

Kurz vor der Ratifizierung des Vertrags zur Gründung der EGKS hatte Außenminister van Zeeland im Januar 1952 in einem Gespräch mit Robert Schuman bemerkt, dass die Schwierigkeiten für eine Annahme des »Pleven-Plans noch größer sein werden, da er noch mehr Widerstand hervorruft, nicht nur aufgrund der verfassungsrechtlichen Bedenken, sondern weil das Land empfindlicher in einer Frage ist, die die Armee, das heißt die Bürger selbst, betrifft, und die die Wiederbewaffnung Deutschlands beinhaltet«.[36] Die Überschreitung des 38. nördlichen Breitengrades durch die nordkoreanische Armee am 25. Juni 1950 hatte nur kurz nach den Vorschlägen Schumans und Monnets zur Bildung der Montanunion die Frage der Verteidigung Westeuropas in eine neue Dimension geführt. Der amerikanische Druck hatte die französische Regierung unter Zugzwang gesetzt, auch hier initiativ zu werden. Dies war doppelt heikel: Zum einen waren Verteidigung und Armee wesentlich substantiellere Bestandteile der nationalen Souveränität als Kohle und Stahl, zum anderen galt es, sich mit der Wiederbewaff-

34 Vgl. John Horne und Alan Cramer, *German Atrocities 1914*

35 Die Beziehungen zwischen dem Lütticher Raum und Deutschland, vor allem dem Ruhrgebiet, verdienten eine nähere Erforschung. Insbesondere der Kapital- und Technologietransfer zwischen den beiden Zentren der Industriealisierung müsste dabei in den Blick rücken. Vgl. Jacques Wynants, Les germanophones de la province de Liège entre l'enclume belge et le marteau du Reich, in: *Bulletin d'Information du Centre Liégeois d'Histoire et d'Archéologie Militaires*, 2005, Bd. IX, Heft 8, S. 5–16, Christoph Brüll, Liège et l'Allemagne au XXe siècle. Quelques réflexions à propos d'un voisinage compliqué, in: Catherine Lanneau, Alain Colignon und Philippe Raxhon (Hg.), *Radicalités,identités, patries. Hommage au Professeur Francis Balace*, Lüttich, 2009 (im Erscheinen).

36 Gesprächsaufzeichnung von Paul van Zeeland, 26.1.1952; zitiert nach Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 193.

nung der Bundesrepublik Deutschland zu befassen – was bis dahin (fast) alle Akteure in der deutschen Frage vermieden hatten. Für die belgische Regierung bedeutete dies, das in den Memoranden vom Januar 1947 formulierte Ziel der Entwaffnung Deutschlands zumindest in Frage stellen zu müssen. Dabei kam der Einschätzung der Gefahr, die von der Sowjetunion ausgehen könnte, naturgemäß erhebliche Bedeutung zu.

Seit dem Austritt aus der Regierung im März 1947 hatte die Kommunistische Partei in Belgien zunehmend an Bedeutung verloren. Vor allem aus Kreisen der katholischen Kirche und der Wirtschaft waren jedoch immer wieder Befürchtungen in Bezug auf eine »Bolschewisierung« der belgischen Gesellschaft geäußert worden, die durch Geheimdienstberichte genährt wurden.[37] Die Ermordung des führenden KP-Mitglieds Julien Lahaut am 18. August 1950 markierte einen Höhepunkt des belgischen Antikommunismus, dem zahlreiche Übergriffe gegen tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten folgten.[38] Dies ging »mit einer zunehmenden Isolierung der Kommunisten im In- wie im Ausland einher. Es ist paradox festzustellen, dass der Kampf in dem Moment am härtesten geführt wurde, als der politische Einfluss immer mehr abnahm.«[39] Vor allem in der christlichsozialen Regierungsmehrheit war die Furcht vor Kommunismus und Sowjetunion stark ausgeprägt. Die Wurzeln reichten tief in die konservativen Widerstandsbewegungen.[40] Außenminister van Zeeland hatte schon in den ersten Nachkriegsjahren mehrmals deutlich Stellung bezogen und vor der sowjetischen Bedrohung für den Weltfrieden und das »Abendland« gewarnt.[41] Die vom amerikanischen *Office of Policy Coordination* organisierten *Stay-behind*-Netzwerke zur Vorbereitung und Durchführung von Widerstandshandlungen für den Fall einer sowjetischen Invasion waren auch auf dem belgischen Staatsgebiet tätig.[42]

Noch vor dem Korea-Krieg erhoben sich auch in Belgien Stimmen, die für den Fall einer sowjetischen Aggression eine deutsche Wiederbewaffnung ins Auge fassten. Am deutlichsten formulierte diese Gedanken der Botschafter Brüssels in Paris, Jules Guillaume: »Gleichwelche Gefühle Deutschland aufkommen lässt, gleichwelche Erinnerungen die Hitlerschen Grausamkeiten in unserer Region hinterlassen haben und die

37 Vgl. Rudy van Doorslaer und Etienne Verhoeyen, *L'assassinat de Julien Lahaut. Une histoire de l'anticommunisme en Belgique*, Antwerpen, 1987, S. 111 ff., 118. Zum Antikommunismus in Belgien vgl. José Gotovitch und Pascal Delwit (Hg.), *La peur du rouge*, Brüssel, 1995.

38 Van Doorslaer/Verhoeyen, *Assassinat*, S. 126.

39 Ebenda, S. 127.

40 Lagrou, *Mémoires patriotiques*, S. 65 und 214.

41 Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 219 f. Eine Studie zu den »Abendland«-Konzeptionen in Belgien fehlt völlig. Vgl. Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München, 1999.

42 Vgl. Van Doorslaer/Verhoeyen, *Assassinat*, S. 144–145; Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 110.

Furcht, unsere östlichen Nachbarn könnten wieder so erstarken, um zum dritten Mal zu versuchen, Europa zu erobern, es ist nicht zu bestreiten, dass in dieser Stunde die einzige Gefahr, die alle beschäftigt, von einer möglichen russischen Aggression herrührt.« Dazu bemerkte er, selbst wenn »das gesamte militärische Potential der europäischen Länder des Brüsseler Paktes und des Nordatlantik-Paktes benutzt wird, würde dies nicht ausreichen, um den russischen Ansturm aufzuhalten, wenn die deutschen Möglichkeiten nicht genutzt würden«.[43]

Auch eine Zeitschrift wie *Pourquoi pas?*, die sich in den vorangegangenen Jahren nicht eben durch einen konzilianten Ton gegenüber den Deutschen hervorgetan hatte, stellte in den Wochen nach der Verkündung des Schuman-Plans Überlegungen zu einer Einbindung der Deutschen an: »Missgunst, so berechtigt sie sein möge, ist keine politische Geisteshaltung.« Da der Tag, an dem Deutschland seine Souveränität wiedererlangen würde, unausweichlich sei, solle man dies guten Willens zu einem Zeitpunkt machen, an dem es »noch ein Schwächegefühl« empfinde.[44] Im August 1950 wurde *Phare Dimanche* unter dem Eindruck der Ereignisse in Fernost konkreter: »Die deutsche Wiederbewaffnung würde nicht nur dazu dienen, uns gegenüber der UdSSR und ihren Satelliten zu schützen, sondern könnte auch unsere einzige wirkliche Garantie zur Erhaltung des Friedens sein.«[45]

Zu diesem Zeitpunkt wurden auch in der politischen Diskussion die außeramerikanischen Stimmen lauter, die sich einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag vorstellen konnten. Nachdem er seine anfängliche Skepsis überwunden hatte, war es der britische Außenminister Ernest Bevin, der für sein Land Zustimmung signalisierte und damit den Druck auf die französische Regierung im September 1950 erhöhte.[46] Auf den Außenministerkonferenzen von New York und Washington wurden den Deutschen entsprechende Angebote gemacht, was, wie Jean Monnet, der eigentliche Initiator des Schuman-Plans, schnell erkannte, »raschere Fortschritte auf dem Weg zu Souveränität« verhieß als die »Integration der Schwerindustrie«.[47]

So inspirierte Monnet die französische Regierung zu jenem Projekt des Aufbaus einer europäischen Armee mit deutscher Beteiligung, das als Pleven-Plan in die Geschichte einging. Die Integration der Truppen sollte auf der kleinstmöglichen Einheit, dem Bataillon, beruhen. Es sollte explizit keinen deutschen Generalstab geben.

43 Zitiert nach Dumoulin, Allemagne, S. 198.

44 *Pourquoi pas?*, 2.6.1950, S. 3528–3529.

45 *Phare Dimanche*, 27.8.1950, S. 1; zitiert nach Gengler, *Belgique et relèvement*, S. 142.

46 Krüger, *Sicherheit*, S. 141, 201.

47 Ebenda, S. 201. Vgl. Raymond Poidevin, Aux origines de la CED, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La CED – leçons pour demain?*, Brüssel, 2000, S. 19–28.

Dazu kamen Übergangsbestimmungen bezüglich der außereuropäischen Truppen Frankreichs. Nach seiner Präsentation am 24. Oktober 1950 erntete der Plan zunächst heftige Kritik. Für Amerikaner und Briten wollten die Franzosen vor allem Zeit gewinnen. Für die deutsche Seite war der Vorschlag einer deutschen Wiederbewaffnung ohne rechtliche Gleichstellung inakzeptabel. Der SPD-Vorsitzende Schumacher reagierte mit seinem bekannt gewordenen Ausspruch von den Deutschen als einer »Nation zweiter Klasse, denen man nur die Schande des Blutvergießens in der ersten Klasse zumuten will«.[48] In Brüssel stießen die französischen Vorschläge hingegen bei Verteidigungsminister Oberst de Greef auf Zustimmung. Für den vorherigen Leiter der Ausbildung der Generalstaboffiziere wären eine eigenständige deutsche Armee und selbst größere deutsche Einheiten zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar gewesen; deshalb befürwortete er eine Eingliederung deutscher Truppen in eine europäische Armee. Den supranationalen Elementen des Pleven-Plans stand er jedoch ablehnend gegenüber, da er um die Souveränität der kleineren europäischen Staaten fürchtete.[49]

In der belgischen Presse fiel das Echo auf die französische Initiative eher nüchtern aus, gab den Kommentatoren jedoch Gelegenheit, ihre Meinung zu einer deutschen Wiederbewaffnung zu äußern.[50] Wie nicht anders zu erwarten, kamen die heftigsten Gegenstimmen aus den Reihen der Kommunisten. Die *Drapeau Rouge* titelte: »Genau wie Hitler träumt Adenauer von einem großen Reich.« Im selben Stil betonte der Artikel, diese »Wehrmacht, genau so atlantisch wie revanchistisch«, werde »aufs Neue die kriminelle Politik Hitlers« weiterführen.[51] Gemäßigtere Töne schlug *La Lanterne* an und traf damit wohl das Stimmungsbild eines Großteils der Belgier. Niemand denke an eine Wiederbewaffnung Deutschlands, man wolle nur, dass »Deutschland unter genau definierten Bedingungen an der westlichen Verteidigung« teilnehme. Sicherlich spreche die Vergangenheit nicht für die Deutschen, allerdings schlössen Ausgleich und Vermittlung Vorsicht nicht aus.[52] Entschiedenste Befürworterin eines deutschen Verteidigungsbeitrags war die *Nation Belge*, die die EVG in den folgenden Jahren immer wieder verteidigen sollte. Chefredakteur Neuray hielt in ihren Spalten zunächst fest, dass »die

48 Florence Gauzy, Réarmement de la République fédérale d'Allemagne et la CED (1951–1954), in: Dumoulin, *CED*, S. 31–50 (hier S. 35).

49 Pascal Deloge, L'armée belge et la CED, in: Dumoulin, *CED*, S. 161–168 (hier S. 162); vgl. Ders., Enthousiasme ou réticence? Analyse de la conscience européenne des décideurs militaires belges durant la négociation CED (1950–1954), in: *RBHM*, XXXI-7/8, September-Dezember 1996, S. 171–183.

50 Vgl. dazu Pierre Jungling, *L'opinion publique belge et la CED 1950–1954*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1984.

51 *Drapeau Rouge*, 31.10.1950, S. 1.

52 *La Lanterne*, 27.10.1950, S. 3.

deutsche Gefahr aufgehört hat, an erster Stelle unserer vitalen Sorgen zu stehen«. Im derzeitigen Kontext solle man »keine Angst haben zu erklären, dass es angebracht ist, so zu handeln, dass das deutsche Potential dazu beiträgt, das Lager der Verteidiger des Friedens gegen die rote Diktatur zu stärken«.[53] Die ausgewogenste Analyse stammte jedoch nicht aus der Feder eines Journalisten. *Le Soir* veröffentlichte einen Artikel des Sozialisten Fernand Dehousse, der als Jurist Völkerrecht an der Universität Lüttich lehrte. Er hielt fest, dass eine »Wiederbewaffnung Deutschlands in einem Land wie dem unseren zwei unterschiedliche Reaktionen hervorruft. Die eine, negative, besteht aus Erinnerungen, Bitterkeit und Furcht vor der Zukunft: es handelt sich um eine sentimentale Reaktion. […] Die andere, positive, besteht daraus zu sehen, dass das Problem sich heute nicht mehr so wie früher stellt, dass die Gefahr heute nicht mehr von Deutschland ausgeht, sondern von weiter östlich.« Wenn man jedoch eine Lösung wolle, dürfe man sich weder von der einen noch von der anderen Reaktion, sondern nur von Sachargumenten leiten lassen.[54]

Die belgische Regierung verhielt sich zunächst sehr abwartend, akzeptierte schließlich jedoch Verhandlungen zur Bildung einer europäischen Armee. Im ersten Halbjahr 1951 kam sie auch den Kritikern ihrer Verteidigungspolitik entgegen, indem sie eine Erhöhung des Wehretats in die Wege leitete und eine Verlängerung des Wehrdienstes von 12 auf 24 Monate in Kraft setzte.[55] Gleichzeitig versuchte Außenminister van Zeeland bei den Verhandlungen auf Expertenebene möglichst viele Souveränitätsrechte bei den einzelnen Staaten zu belassen, indem er auf einer Finanzhoheit der nationalen Parlamente bestand und alle supranationalen Elemente bekämpfte.[56] Im Januar 1951 stellte er selbst einen Entwurf vor, nach dem alle NATO-Mitgliedsstaaten ihre Armee behalten hätten. In dieser Konzeption wären deutsche Einheiten in europäische Divisionen integriert worden, die man mit Einheiten aus anderen Ländern ergänzt hätte. Diese Truppen hätten unter dem Oberbefehl der NATO gestanden. Vor allem die Regierung in Washington war über diese Vorstellungen verärgert und unterstellte dem überzeugten Atlantiker van Zeeland, ihre Position überhaupt nicht einzubeziehen.[57]

53 *La Nation Belge*, 31.10.1950, S. 1.

54 *Le Soir*, 9.11.1950, S. 1.

55 Luc de Vos, La Communauté européenne de défense, une occasion manquée?, in: Dumoulin, *La Belgique et les débuts de la construction européenne* …, S. 103–117 (hier S. 107). Die Dienstzeit wurde auf Druck der Opposition im August 1952 auf 21 Monate verkürzt, bevor man im Jahr 1953 für einen 18-monatigen Wehrdienst votierte.

56 Vgl. Krüger, *Sicherheit*, S. 243.

57 Vgl. Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 112.

Van Zeeland stand noch mehr als beim Schuman-Plan unter dem Druck, die verschiedenen europapolitischen Konzeptionen innerhalb der PSC-CVP miteinander vereinbaren zu müssen. Das lag auch an Befürchtungen, eine zunehmende politische Integration Europas könne Wallonen und Flamen getrennte Wege gehen lassen.[58] Die Sorge, damit könne möglicherweise der Verlust des Kongo einhergehen, spielte ebenfalls eine Rolle.[59] Vor dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten versicherte der Minister, er werde keine Lösung akzeptieren, die über den Rahmen der belgischen Verfassung hinausgehe. Während Pierre Nothomb nicht gegen eine deutsche Wiederbewaffnung, sondern gegen eine integrierte europäische Armee war,[60] publizierte die *Libre Belgique* die Meinung von Senatspräsident Paul Struye, der überzeugt sei, ein Europa mit einer solchen Armee werde »eine neue Achse Rom-Berlin mit einer Umleitung nach Paris sein«. Die Benelux-Länder seien nur eine Art schmückendes Beiwerk. Langfristig sei eine deutsche Vorherrschaft danach nicht mehr zu verhindern. Die europäische Armee sei, »so wie sie ist, das Symbol eines uneinigen Europas«.[61]

Von einem »uneinigen Europa« – allerdings aus der entgegengesetzten Perspektive – sprach auch der Abgeordnete Paul-Henri Spaak, als er in einem Vortrag am *Royal Institute for International Affairs* im Oktober 1951 die Gründe für die zunehmende Komplexität der Wiederbewaffnungsdebatte darlegte. Er kritisierte die britische Weigerung, sich nicht nur für, sondern auch innerhalb einer europäischen Gemeinschaft zu engagieren.[62] Die britische Politik sollte nur einen Monat später zum Rücktritt Spaaks als Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats führen.[63] Er hatte jedoch noch mehr Mühe als van Zeeland, seine eigenen Parteifreunde von der Notwendigkeit einer Integration der Deutschen in eine europäische Armee zu überzeugen. Auf dem Parteikongress der PSB im November 1951 warf er den Gegnern vor, »höchstens die Vorkriegszustände wiederherstellen zu können. Waren diese denn so gut?«[64] Der ehemalige

58 Vgl. Jonathan E. Helmreich, *Belgium*, S. 390; Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 113; Krüger, *Sicherheit*, S. 243 Fn. 290.

59 Vgl. Guy Vanthemsche, *La Belgique et le Congo*, (= *Nouvelle Histoire de Belgique*, Bd. 4), Brüssel, 2007, S. 142–145. Der Verfasser betonte darin wohl zurecht, dass einige Aspekte der diplomatischen Beziehungen Belgiens seit 1919 noch einmal unter stärkerer Berücksichtigung der Kolonie angeschaut werden sollten.

60 Vgl. Jüngling, *L'opinion publique*, S. 135.

61 *La Libre Belgique*, 3.12.1951, S. 1.

62 *La pensée européenne* …, Bd. 1, S. 240–252 (hier S. 251–252).

63 Dieser Rücktritt steht symbolisch für die Annäherung Spaaks an die Europäische Bewegung. Er argumentierte jetzt oftmals wie die Föderalisten, ohne allerdings deren Positionen hinsichtlich einer politischen Föderation zu teilen. Vgl. Dumoulin, *Spaak*, S. 442–444.

64 Vgl. Dumoulin, Allemagne, S. 198.

Außenminister unterlag in der Abstimmung. Die offizielle Stellungnahme des Kongresses enthielt eine Warnung vor einer verfrühten Wiederbewaffnung Deutschlands.[65]

Spaak entwickelte sich während der Debatten zum Wortführer einer supranationalen Organisation. Dies brachte ihn in immer stärkeren Gegensatz zu Außenminister van Zeeland. In den Worten des Politologen Rik Coolsaet teilten die beiden Hauptfiguren zwar dieselbe Befürchtung einer Marginalisierung der kleinen Staaten, ihre Schlussfolgerungen waren jedoch diametral entgegengesetzt.[66] Deutlich zeigte sich dies in der ersten Kammerdebatte über eine europäische Armee im Februar 1952. Dabei erteilte die christlichsoziale Mehrheit der Konzeption einer Armee als Grundlage einer politischen Föderation eine klare Absage. Van Zeeland schlug stattdessen ein Garantieabkommen zwischen NATO und EVG vor. Außerdem solle eine Behörde nach dem Kollegialprinzip die EVG leiten und den nationalen Regierungen gegenüber verantwortlich sein.[67] Spaak hielt dem Minister Denkfehler vor und betonte: »Sie haben versucht, die vollständig nationale Position der belgischen Armee zu behalten, ohne zu bemerken, dass jedes Mal, wenn sie etwas Nationales für die belgische Armee behalten, sie dasselbe für eine deutsche Armee tun und Sie somit für die Wiedererstehung einer deutschen Armee arbeiten.«[68] Es bedurfte erheblichen amerikanischen Drucks, um die belgische Regierung schließlich am 27. Mai 1952 zur Annahme des Vertrags zur EVG zu bringen. Auch wenn sich die deutsche Delegation beschwert hatte, die Belgier nähmen dem Vertragswerk alles, was es an europäischer Dimension besaß, so hatte van Zeeland viele seiner Verhandlungsziele erreicht.[69] Doch der Weg zur Ratifizierung und die Diskussionen um eine Europäische Politische Gemeinschaft ließen innerhalb der christlichsozialen Regierung neue Befürchtungen des Verlusts der nationalen Souveränität aufkommen.

Eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)?

Minister van Zeeland jedenfalls tat alles, um den Gang der Dinge zu verzögern. Dies betraf insbesondere das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, einen »zweckgebundenen Versuch, die Ratifikation des EVG-Vertrags zu erleichtern«.[70] Ein ad-hoc-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung der EGKS unter Vorsitz von Paul-Henri Spaak, der sich gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag

65 Vgl. *Cahiers Socialistes*, November 1951, S. 41–42.
66 Vgl. Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 119.
67 Vgl. Jüngling, *L'opinion publique …*, S. 309.
68 *La pensée européenne*, Bd. 1, S. 308–309.
69 Vgl. Coolsaet, *La politique extérieure*, S. 113–116.
70 Küsters, Schlaganfall, S. 292.

Heinrich von Brentano durchgesetzt hatte, formulierte hier im Zusammenhang mit Artikel 38 des EVG-Vertrags Ziele einer verstärkten politischen Integration bis hin zu einer möglichen Verfassung.[71] Van Zeeland torpedierte diese Bestrebungen, indem er auf belgischer Ebene immer neue Expertenkommissionen einsetzte, welche die europäischen Probleme analysieren sollten.[72] Für unseren Zusammenhang von Belang war der Bericht einer *Commission d'études européennes* vom April 1953. In diesem Dokument gab es keine Anspielung auf Deutschland und seine Wiederbewaffnung, bis auf einen Anhang aus der Feder von Charles de Visscher, einer Kapazität auf dem Gebiet des Internationalen Rechts. Er griff die EVG scharf an und fragte, ob »man sich vorstellen kann, bezüglich der Garantien gegen eine deutsche Wiederbewaffnung durch kleine Veto-Spiele zu verhindern, dass Deutschland militärisch wieder stärker als Frankreich wird und sich eines Tages, aller Verträge der Welt zum Trotz, wieder eine nationale Armee gibt«. Die Saar habe Deutschen und Franzosen die Gelegenheit zur Versöhnung gegeben, doch nichts sei geschehen. Außerdem hoffe das »heute zerstückelte Deutschland darauf, seine Einheit zu schaffen. Dies wird das konstante Ziel seiner Außenpolitik sein, und jeder weiß, dass unter den heute vorhersehbaren Umständen dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn man sich einem dritten Weltkrieg stellt.«[73] Auch nach fast drei Jahren Debatten war das Misstrauen ein Begleiter fast aller Analysen der deutschen und europäischen Politik.[74]

Protagonisten

Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielten dabei persönliche Beziehungen und Vertrauen. Auf deutscher Seite stand an erster Stelle der christdemokratische Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer, der wie bereits mehrfach gezeigt, durchaus gute Beziehungen zu einigen belgischen Politikern hatte. Auf der belgischen Seite standen in erster Reihe die beiden Hauptfiguren der Außenpolitik, der christlichsoziale Paul van Zeeland und der Sozialist Paul-Henri Spaak. Schon in der damaligen Selbst-

71 Vgl. Ebenda, S. 271–279; Michel Dumoulin, Les paradoxes de la politique belge en matière de Communauté Politique Européenne (septembre 1952–juin 1954), in: Trausch, *Intégration*, S. 349–363; Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 193–205.

72 Vgl. Dumoulin, Paradoxes, S. 350–357. Einer der engsten Mitarbeiter Jean Monnets, Pierre Uri, machte denn auch im Nachhinein van Zeeland als den »Totengräber« der EPG aus. Auch Spaak sprach von »Sabotage«.

73 *Rapport de la Commission d'études européennes instituée près le ministère des Affaires étrangères et du commerce extérieur*, Brüssel, 1953, Anhang 1; zitiert nach Dumoulin, Allemagne, S. 200.

74 Vgl. Dumoulin, Allemagne, S. 200.

wahrnehmung offenbarten sich wesentlich größere Affinitäten zwischen Adenauer und Spaak als zwischen Adenauer und van Zeeland.[75] Im Laufe der Ratifizierungskampagne zum EVG-Vertrag und den Gesprächen zur EPG äußerte der Bundeskanzler mehrfach seinen Unmut über die belgische Haltung und auch über van Zeeland, und sein freundliches Schreiben anlässlich des Ausscheidens aus dem Amt im Frühjahr 1954 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Beziehung zu den schwierigeren zählte.[76] Ganz im Gegensatz dazu lassen sich die Beziehungen Adenauers zu Spaak charakterisieren. In ihren Memoiren widmen beide dem jeweils anderen mehr als freundliche Passagen. Aber auch in den 1950er Jahren selbst bekundeten sie sich gegenseitig ihre Wertschätzung, ja – trotz der Sprachbarriere – Freundschaft.[77] Kurz bevor er im April 1954 wieder als Außenminister in eine Regierung eintrat, versicherte Spaak über den Ständigen Vertreter bei der NATO, André de Staercke, dem Bundeskanzler seine »Bewunderung« und hob hervor, wie sehr ihm »die deutsch-belgischen Beziehungen am Herzen« lägen.[78]

Auffallend sind ebenfalls die persönlichen Beziehungen einiger deutscher und belgischer Diplomaten im Interimsausschuss für die Organisation der EVG. Vor allem de Staercke, aber auch Robert Rothschild, der anschließend als Kabinettschef Spaaks fungierte, informierten deutsche Gesprächspartner immer wieder über den Inhalt der üblichen Flurgespräche vor allem, was die französische Haltung anbelangte. Dabei hatte Rothschilds erste Begegnung mit der deutschen Delegation in Paris für ihn eine zunächst unangenehme Überraschung gebracht. »Man führte mich zu [Blanks] Stellvertreter, einem gewissen Hans Speidel, Professor an der Universität Tübingen. Während unseres Gesprächs – sein Französisch war exzellent – erzählte er mir, dass er 1936 Mili-

75 Vgl. ebenda, S. 200–202, wo der Verfasser ebenfalls die Wichtigkeit dieser menschlichen Beziehungen betont, der Nachweis in Bezug auf Adenauer und van Zeeland bzw. Adenauer und Spaak jedoch etwas blass bleibt.

76 Vgl. Michel Dumoulin, La politique étrangère, in: Ders. u.a. (Hg.), *Un parti dans l'histoire 1945–1995. 50 ans d'action du Parti Social Chrétien*, Brüssel, 1995, S. 383; Ders., Paradoxes, S. 357; Muûls, *Quarante ans*, S. 231; Wilfried Loth, L'Allemagne et les petits Etats dans la construction européenne, in: Michel Dumoulin, Geneviève Duchenne, Arthe Van Laer (Hg.), *La Belgique, les petits Etats*, S. 247–258 (hier S. 249). In seinem Schreiben an van Zeeland vom Juli 1954 betonte Adenauer: Wenn während der letzten Jahre die Beziehungen zwischen Ihrem Lande und dem meinigen sich gefestigt und vertieft haben, und wenn wir auf dem Weg der von uns gemeinsam angestrebten Integration Europa ein gutes Stück vorangekommen sind, so weiß ich wohl, wie viel davon Ihr Verdienst ist. [UCL, *Papiers van Zeeland*, 2073bis, Adenauer an van Zeeland, 28.7.1954].

77 Vgl. Muûls, *Quarante ans*, S. 208, 260; Spaak, *Memoiren*, S. 311 f.; Adenauer, *Erinnerungen*; *Adenauer. Teegespräche 1955–1958*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin, 1986, S. 32; Loth, L'Allemagne et les petits Etats, S. 250–253.

78 BA-MA, BW 9/2298, Etzdorf an Kielmansegg, 13.4.1954.

tärattaché in Paris gewesen sei. Plötzlich verstand ich, dass er der *General* Speidel war, der Kommandeur, dessen Männer mich im Mai 1940 auf ziemlich derbe Art gefangen genommen hatten. Trotz meiner guten Vorsätze war dies ein Schock; er ließ mich besser verstehen, wie viele Steine es auf dem Weg zur Versöhnung gab.« Schwierigkeiten im zwischenmenschlichen Bereich entstanden darüber nicht, im Gegenteil: »In Wahrheit war Speidel ein sehr guter Mann. Von philosophischem Geist, hatten ihn das Grauen der Nazi-Zeit und der Schlachtfelder jedem germanischen Nationalismus, jedem Hang zu irrationaler Mystik abschwören lassen.« Seine Verurteilung aufgrund seiner Beteiligung am Attentat des 20. Juli 1944 sprach in den Augen des jungen Rothschild ebenfalls für Speidel.[79] So konnten letztlich die geteilten – westlichen – Werte und das Narrativ des Widerstandes gegen Hitler einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund bilden.[80] Es scheint vieles dafür zu sprechen, dass die Europa-Befürworter unter den belgischen Diplomaten und Politikern der Lesart eines »Dreißigjährigen Krieges« zur Einordnung der deutschen Aggressionen der ersten Jahrhunderthälfte anhingen. Laut Trunk ermöglichte diese Geschichtsinterpretation die Integration der Deutschen in das vom Kalten Krieg bedrohte Westeuropa. Während ausländische Politiker hierin jedoch vor allem ein taktisches Mittel sahen, »klammerten sich nicht wenige deutsche Abgeordnete, insbesondere solche konservativer Provenienz, an sie, da sie ihnen erlaubte, ihre nationale Identität nicht fundamental in Frage stellen zu müssen«.[81]

Im November 1952 bezeichnete Rothschild gegenüber dem Vertreter des Auswärtigen Amtes von Plehwe einen deutschen NATO-Beitritt als zwangsläufig. Belgien unterstütze dies ausdrücklich. Deutschland solle jedoch besser selber keine derartigen Forderungen stellen, da die französische Regierung sonst alles Erreichte in Frage stellen werde.[82] Auch über das Auftreten der Deutschen machte man sich Gedanken. De Staercke empfahl der deutschen Delegation bei der OEEC, die durch die deutsche Wirtschaftsmacht und durch die hervorragende Qualität ihrer Arbeit auf sich aufmerksam

79 Robert Rothschild, *Un phénix nommé Europe. Mémoires 1945–1995*, Brüssel, 1997, S. 110–111 (Hervorhebung im Original).

80 Vgl. Lagrou, Moralische Überlegenheit, S. 350. In Bezug auf die Hochzeit des ehemaligen Militärgouverneurs Alexander von Falkenhausen mit der belgischen Widerstandskämpferin Cécile Vent im Jahr 1960 betont Lagrou: »Die Botschaft [der Aussöhnung] war jedoch nicht, dass das Opfer dem Täter aus Liebe vergeben hatte, vielmehr betonten die Berichte die gemeinsamen Erfahrungen und Werte der Eheleute als Helden des Widerstandes gegen Hitler. Beide seien für ihre Überzeugungen inhaftiert gewesen. Die Eheschließung Vent/Falkenhausen begründete damit das neue Narrativ der gemeinsamen westeuropäischen Erfahrung eines Krieges, der in dieser Lesart eine ehrenvolle Auseinandersetzung gesetzestreuer Nationen gewesen war«.

81 Trunk, *Europa als Ausweg*, S. 160–171, Zitat S. 170.

82 BA-MA, BW 9/2297, von Kessel an Auswärtiges Amt, 13.11.1952.

mache, etwas Zurückhaltung, da sonst bei den Partnern Reaktionen aus Empfindsamkeit möglich seien.[83] Die Bonner Diplomaten unterstützten de Staerckes Bemühungen, bei van Zeeland für eine Ratifizierung der EVG im belgischen Parlament vor den Abstimmungen in der französischen *assemblée nationale* und dem deutschen Bundestag einzutreten, um ein Signal auszusenden.[84] Als Kessel im Mai 1953 bei den Franzosen die Angst vor einer »deutschen Vormachtstellung in Europa« als Bremse für den europäischen Integrationsprozess ausmachte, erwiderte de Staercke, damit böte sich doch für Deutschland eine »einmalige Chance«. Als Antwort auf das erstaunte Gesicht von Kessels führte der Brüsseler Diplomat »Amerika, das die westliche Welt kontrolliere, als Gegengewicht« ins Feld. Dadurch hätten die kleinen Staaten nicht mehr soviel Angst vor einer deutschen Vorherrschaft.[85] Dies war zwar nur die Meinung eines einzelnen belgischen Spitzendiplomaten, doch verfügte dieser immerhin über beste Kontakte zu Spaak.[86]

Spaak unterstützte den Adenauerschen Kurs der Westintegration ausdrücklich. In Zeiten der Stalin-Noten und selbst bei den vermeintlichen oder tatsächlichen russischen Annäherungsversuchen nach dem Tod des Diktators traf auf ihn der Ausspruch vom »Primat der Freiheit vor der Einheit« uneingeschränkt zu.[87] Anlässlich der Ratifizierung der EVG-Verträge in der belgischen Kammer ergriff er, der im Ausschuss noch gegen den Vertrag gestimmt hatte, weil er sich nach eigener Aussage mehr erhofft hatte, das Wort für eine sehr lange Intervention, in der er sein Ja-Votum begründete. Dabei kam er naturgemäß auch auf die deutsche Frage zu sprechen. Hier besitze die Sowjetunion die »Trumpfkarten«: »Egal welcher Partei wir angehören, man muss einverstanden sein mit denen, die sagen: ›Wir wollen ein geeintes Deutschland, wir wollen kein isoliertes

83 BA-MA, BW 9/2297, von Kessel an Auswärtiges Amt, 16.12.1952.

84 BA-MA, BW 9/2297, Gesprächsaufzeichnung von Plehwe, 14.11.1952.

85 BA-MA, BW 9/2297, Kessel an Auswärtiges Amt, 6.5.1953.

86 Vgl. Jean Stengers, Introduction, in: de Staercke, *Mémoires*, S. 23. Gegenüber van Zeeland hatte de Staercke deutliche Vorbehalte und sein Porträt ist nicht gerade schmeichelhaft, »obwohl ich ihm vieles, auch mein Amt bei der NATO verdanke«. Vgl. de Staercke, *Mémoires*, S. 297–301 (hier S. 300). Gegenüber von Kessel bemerkte er im Herbst 1952, van Zeeland habe ihn wohl deshalb nicht mit den Verhandlungen zur EPG betraut, weil er »zu europäisch« eingestellt sei. Vgl. BA-MA, BW 9/2297, von Kessel an Auswärtiges Amt, 27.11.1952. Niemand brachte jedoch die gegensätzlichen Persönlichkeiten van Zeelands und Spaaks so sehr auf den Punkt wie Prinz-Regent Charles, der gegenüber de Staercke, seinem damaligen Privatsekretär, bemerkte: »Wenn ich mich Nachts in einem Auto befände, käme Herr van Zeeland mir entgegen, alle Scheinwerfer hell leuchtend. Er blendet mich. Herr Spaak erhellt mich. Er folgt mir und hilft mir zu sehen«.

87 Pascal Deloge, Belgium, the Benelux Countries, the German Question and the Geneva Summit (July 1955), in: *RBHC*, XXVII, 1997, 1–2, S. 187–210 (hier: S. 192).

Deutschland‹. Diese Deutschen haben Mut, denn sie geben zu verstehen, dass ein isoliertes Deutschland schnell in kommunistische Abhängigkeit geraten wird.« Anschließend verwies er auf seine eigenen Erfahrungen: »Einige Monate vor dem Prager Sturz hatte ich die Ehre, von Präsident Benes empfangen zu werden. Wir plauderten über Politik. Er sagte: ›Herr Spaak, ich kann nicht gleichzeitig der Feind Russlands und der Feind Deutschlands sein. Das ist zuviel. Ich muss wählen‹. Er hatte sich für Russland entschieden: man weiß, wie dies geendet hat! Wir können ebenfalls nicht gleichzeitig gegen Russland und gegen Deutschland sein: das ist zuviel! Das ist zuviel, und an dem Tag, wo sich zwischen Deutschland und Russland eine Bindung bilden würde, wäre das Schicksal Westeuropas besiegelt.«[88] Spaak dachte bei der Westintegration Deutschlands zuvorderst an Sicherheitsaspekte. So drückte er kurz nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung gegenüber dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles seine Zweifel an der Schaffung einer deutschen Armee aus, da er überzeugt sei, dass »sich um diese nationale Armee und ihren Generalstab alle deutschen Nationalisten sammeln werden«.[89]

Belgien und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)

Am 26. November 1953 stimmten 200 der 212 Kammerabgeordneten ab und nahmen den EVG-Vertrag an. 148 Ja-Stimmen standen 49 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen gegenüber. Die Gegner waren auf alle Lager verteilt. Prominente Namen auf der Seite derer, die den Vertrag abgelehnt hatten, waren der ehemalige Kolonialminister Albert de Vleeschauwer (PSC-CVP) und der große alte Mann der Sozialisten, Camille Huysmans. Am 12. März 1954 stimmten 167 Senatoren ab. 125 von ihnen votierten mit ja, 40 mit nein und 2 enthielten sich. Unter den Gegnern befanden sich mit dem ehemaligen Premierminister Joseph Pholien und Senatspräsident Paul Struye zwei exponierte Mitglieder der PSC-CVP.[90] Während der Debatten standen die Vorbehalte gegen eine deutsche Wiederbewaffnung deutlich im Schatten der Kritik an den verbliebenen supranationalen Aspekten des Vertragswerks. Lediglich die Kommunisten, die an ihrer seit 1950 verfochtenen Argumentation festhielten, begründeten ihre Ablehnung mit anti-deutschen Parolen. Dazu hatten sie ein – berühmt gewordenes – Plakat aus der

88 *La pensée européenne*, Bd. 1, S. 358–383 (hier S. 372–373). Spaaks Antikommunismus kann man nach 1948 virulente Züge bescheinigen, allerdings differenzierte er immer zwischen »den Russen« und der sowjetischen Führung. Er unterhielt auch Beziehungen zu aus dem Widerstand hervorgegangenen antikommunistischen Netzwerken. Vgl. Pieter Lagrou, *Mémoires patriotiques*, S. 269–272.

89 Coolsaet, *La politique exérieure*, S. 121.

90 Vgl. De Vos, CED, S. 113.

Besatzungszeit entfremdet, das ein Mitglied der Waffen-SS vor einem flammenden Hintergrund zeigte. Der dazugehörige Slogan lautete: »Dies hier ist die europäische Armee – Belgien erinnert sich und sagt nein.«[91]

Der van Zeeland-Plan

Die Wiederbewaffnung Deutschlands wurde durch die EVG von den meisten politischen Entscheidungsträgern nicht mehr in Frage gestellt. Damit waren jedoch die Überlegungen Paul van Zeelands nicht abgeschlossen. Ausgehend von der Feststellung einer sowjetischen Bedrohung, die »stärker denn je« sei, entwickelte er im Herbst 1953 einen Plan, der seine Vorstellungen zu einer deutschen Wiedervereinigung enthielt.[92] Der amerikanische Außenminister Dulles und wenig später Präsident Eisenhower waren die ersten, die er in Kenntnis setzte.[93] Am 15. Oktober 1953 besuchte der belgische Außenminister Bundeskanzler Adenauer in Rhöndorf. Van Zeeland machte den endgültigen Friedensvertrag mit Deutschland als »zentrales Problem« der Spannungen zwischen West und Ost aus. Man müsse hier jedoch zu einem Kompromiss kommen. Seiner Ansicht nach gehöre dazu das Ende der Besatzungsherrschaft in beiden Teilen Deutschlands und die Wiederherstellung der Souveränität und »zwar […] nicht durch Fusion, sondern durch Akzession der Ostzone zur Bundesrepublik«. In einem wiedervereinigten Deutschland dürfe es dafür keinerlei alliierte Truppen östlich des Rheins und keine sowjetischen Truppen in der Ostzone geben. In der Reaktion Adenauers schien deutlich die Skepsis gegenüber den Ideen van Zeelands durch. Er sehe als zentrales Problem die Rüstung der Sowjetunion zu einem Krieg mit den USA und nicht die Wiedervereinigung. Außerdem gab er seinem »bestürzten« Gesprächspartner zu verstehen, dass er am Vortag durch den Chefredakteur der *Washington Post* über den Inhalt des – eigentlich geheimen – Plans informiert worden sei.[94]

Amerikaner und Briten standen dem van Zeeland-Plan zunächst eher positiv gegenüber, revidierten diese Ansicht jedoch wenig später. Die Erwartung komplexer Verhandlungen mit der UdSSR und die Gefahr der Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands sorgten für Skepsis. Als unannehmbar wurde jedoch die von dem Plan ausgehende Gefahr für die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich ausgemacht. Außerdem liefe eine deutsche Wiederaufrüstung bei gleichzeitigem Abzug der

91 Vgl. Dumoulin, Zones d'ombre, S. 28.
92 Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 221.
93 Vgl. *FRUS*, 1952–1954, V, Teil 1, S. 813 f.; *DDB*, VI, nº166, S. 309–311.
94 *AAPD*, 1953, II, Dok. 297, S. 882–885.

alliierten Truppen den sicherheitspolitischen Interessen der drei Westmächte zuwider.[95] Adenauers Skepsis äußerte sich deutlich in der Ablehnung neuer Viermächte-Verhandlungen.[96] In einer Note für die belgische Botschaft in Brüssel formulierte Hallstein im Dezember 1953 die deutschen Bedenken. Die Bundesregierung befürchtete ebenfalls nachteilige Wirkungen auf die EVG-Ratifizierung und den Abzug der amerikanischen Truppen. Energisch protestierte sie gegen die Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze, die der Plan vorsah.[97] So resultierten aus dem van Zeeland-Plan letztlich keine konkreten Folgen. Allerdings tauchten einige Elemente bei späteren transatlantischen Überlegungen zur Lösung der deutschen Frage wieder auf.[98] Und der deutsche Heusinger-Plan, der im Vorfeld der Genfer Konferenz im Sommer 1955 entstand, war ebenfalls durch ähnliche Überlegungen gekennzeichnet.[99]

Das Scheitern der EVG und die Pariser Verträge

Paul van Zeeland war bei seinen Überlegungen im Herbst 1953 wie selbstverständlich von der Prämisse der Entstehung der EVG ausgegangen. Spätestens im Frühjahr 1954 zeichnete sich jedoch ab, dass deren Ratifizierung mehr als eine Hängepartie war. Nachdem er sich zunächst abwartend verhalten hatte, kam dem neuen Chef der belgischen Diplomatie, Spaak, in den Sommermonaten 1954 die Rolle des Vermittlers zu. Mit allem Einsatz sollte eine Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung doch noch erreicht werden. Doch nach dem Scheitern der Brüsseler Konferenz bereitete die Französische Nationalversammlung der EVG am 31. August 1954 ein klägliches Ende.[100]

Auch wenn die Nicht-Ratifizierung durch die Franzosen nicht mehr unerwartet kam, bedeutete sie einen schweren Schlag für jene, die eine föderative oder zumindest supranationale europäische Gemeinschaft forderten. Die belgische Regierung unterstützte in den folgenden Wochen alle Bemühungen, eine Lösung in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung zu finden. Die Pariser Verträge fanden ihre vollständige Billigung,

95 Vgl. Küsters, *Integrationsfriede*, S. 638 f., 648 f.; *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik*, Bd. 2, S. 155–156.

96 Vgl. Küsters, *Integrationsfriede*, S. 640.

97 Vgl. *AAPD*, 1953, II, Dok. 377, S. 1137.

98 Vgl. Dumoulin/Dujardin, *van Zeeland*, S. 222–224.

99 Vgl. Ramscheid, *Blankenhorn*, S. 247.

100 In der Fülle der Literatur, vgl. Krüger, *Sicherheit*, S. 342–343 mit einer historiographischen Einordnung; eine überaus inspirierende Einschätzung der französischen Position bietet Jacques Bariéty, La décision de réarmer l'Allemagne, l'échec de la Communauté Européenne de Défense et les accords de Paris du 23 octobre 1954 vus du côté français, in: *R. B. P. H.*, 1993, S. 354–383. Einen Erlebnisbericht zu den Ereignissen in Brüssel liefert Rothschild, *Un phénix*, S. 133–143.

gerade auch, weil sie in Form der »Westeuropäischen Union« den Brüsseler Pakt wieder aufleben ließ. Die belgische Bevölkerung sah das Ende der EVG jedoch ohne Trauer. Ein erheblicher Teil stand ihm mit Gleichgültigkeit gegenüber. In einer Umfrage äußerten im Dezember 1954 28,49 Prozent der Befragten ihr Bedauern, während 26,06 Prozent darin keinen Verlust erblicken konnten.[101] Den Pariser Verträgen wurde ebenfalls kein großer Enthusiasmus entgegengebracht. Auf die Frage, ob eine deutsche Wiederbewaffnung in diesem Rahmen ihre Zustimmung fände, zeigten sich 32 Prozent der Befragten einverstanden. Die Gegner einer solchen Lösung machten 38 Prozent aus, während 30 Prozent ohne Meinung waren.[102] Auf das Handeln der Regierung wirkten sich solche Meinungsbilder jedoch nicht aus. Die deutsche Wiederbewaffnung war als eine Notwendigkeit erkannt worden und die Wiedererlangung der Souveränität schien durch die Eingliederung in das westliche Bündnis kanalisiert. In sicherheitspolitischen Fragen blieb Außenminister Spaak seinen atlantischen Überzeugungen fest verhaftet.[103] Er selbst sah dies zu Jahresbeginn 1956 in einem Schreiben an den kanadischen Außenminister Lester Pearson nüchtern. Frankreich sei schwach, Deutschland habe eine furiose Entwicklung hinter sich. »Ich bin somit zu der verstärkten Überzeugung gelangt, dass wir so schnell und entschieden wie möglich Deutschland in eine europäische Organisation integrieren müssen und durch die europäische Integration in die atlantische Organisation. Es geht nicht darum, die Expansion Deutschlands zu bremsen, sondern einen Rahmen zu setzen, in dem diese Expansion keine allzu große Gefahr für seine Nachbarn darstellt.«[104]

Europäischer Rückenwind für die deutsch-belgischen Beziehungen

Das Jahr 1955 war gekennzeichnet von der Besorgnis der Benelux-Länder, die Bundesrepublik fest an der Seite des atlantischen Bündnisses zu sehen. Eine deutsche Wiedervereinigung um den Preis einer Neutralität stand außer Frage. Die sowjetischen Annäherungsversuche im Vorlauf zum Genfer Gipfel wurden misstrauisch beäugt. Die durch den Gipfel zunächst geweckten Hoffnungen auf eine Entspannung an der Front des Kalten Kriegs wurden jedoch enttäuscht.[105] Die politischen Beziehungen zur Bundesrepublik wurden vor diesem Hintergrund jedoch gestärkt. Der neue Schwung, der

101 *Insoc*, 1985, 1, S. 7–50. Vgl. De Vos, La Communauté, S. 111.

102 *Insoc*, 1955, *Les accords de Paris et le réarmement de l'Allemagne*.

103 Vgl. Krüger, *Sicherheit*, S. 517.

104 *La pensée européenne*, Bd. 1, S. 501–502. Vgl. Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München, 2009, S. 28.

105 Vgl. Deloge, Geneva Summit, S. 194–210.

durch die nunmehr angestrebte wirtschaftliche Integration der Mitglieder der EGKS in die europäische Einigung zu gehen schien, blieb auch nicht ohne Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen. Zumindest rhetorisch sollte nunmehr der »europäische Geist« die deutsch-belgischen Beziehungen animieren.

4. »Im europäischen Geist«: Der deutsch-belgische Ausgleichsvertrag vom 24. September 1956

4.1 Ein langer Vorlauf

Auf der Suche nach einer Gesprächsbasis

Trotz des Vertrauensvorschusses, den die belgische Regierung der Bundesregierung auch nach deren eigenem Dafürhalten seit 1949 gewährt hatte, trotz der sich im europäischen Rahmen vollziehenden Annäherungsprozesse war es während vier Jahren nicht gelungen, eine Einigung über die strittigen Grenzfragen zu erzielen. Es wurde bereits von den Hoffnungen berichtet, die mit der erneuten Übernahme des Außenministeriums durch den Sozialisten Spaak auch in der christdemokratischen Bundesregierung gehegt wurden. Botschafter de Gruben blieb auch während der angespannten Lage des Sommers 1954 am Drücker. Im Mai hatte er eine Analyse der bisherigen Gespräche vorgelegt und Gründe vorgebracht, die Verhandlungen nicht weiter stocken zu lassen. Die belgische Position könne mit der Zeit nur schwächer werden. Dies sei auch jenen vorzuhalten, die eine Regelung ausschließlich im Rahmen eines Friedensvertrags mit Deutschland wünschten. Für den Diplomaten war klar, dass eine Annexion – zumal wenn sie mit der Eingliederung deutscher Bevölkerungsteile verbunden war – keinerlei nationalem Interesse entspreche. Der von der Bundesrepublik angestrebte Gebietstausch sei jedoch nur denkbar, wenn daraus eine wirkliche Grenzvereinfachung resultiere. Darüber hinaus könne man zwar durchaus die Benelux-Partner über die Gespräche und ihren Inhalt informieren, deren mögliche Vorbehalte dürften jedoch die bilateralen Verhandlungen keinesfalls lähmen.[1] Ähnlich drückten sich auch der Deutschlandreferent im belgischen Außenministerium, Holvoet, und der Kabinettschef Spaaks, Rothschild, in einem Gespräch mit Botschafter Pfeiffer in Brüssel aus. Man sei sich bewusst, dass die Initiative zu neuen Verhandlungen von belgischer Seite ausgehen müsse. Pfeiffer betonte in seinem Bericht, hierbei habe ein kurz zuvor erfolgter Besuch von Ministerpräsident Arnold und Adenauer an der deutsch-belgischen Grenze im Außenministerium große

1 Vgl. CEGES, *Papiers de Gruben*, A 699/75, de Gruben an Spaak, 29.5.1954 [sehr vertraulich].

Wirkung erzielt, indem er der belgischen Regierung das Interesse des Bundeskanzlers an der Grenzfrage vor Augen führte.[2]

Im Auswärtigen Amt sprach man sich ebenfalls für eine Beschleunigung der Verhandlungen aus, damit die »voraussichtlich konziliante belgische Haltung den Niederlanden als Beispiel« dienen und umgekehrt die belgische Regierung keine »ähnlich große[n] Gegenleistungen« verlangen könne. Dabei wurde die gesamte Problematik nochmals prägnant rekapituliert. Belgien rühme sich seiner Zurückhaltung des Jahres 1949, »möchte aber auf die Anwartschaft auf die Gesamtheit dieser Gebiete nur verzichten […], wenn als Gegenleistung gewisse deutsche Gebiete abgetreten werden«. Der deutsche Standpunkt sei jedoch eindeutig, Belgien habe »keinerlei Rechte auf die unter die Verordnung der britischen Militärregierung Nr. 184 fallenden Gebiete« und könne demnach für »Verzichte oder Freigaben keine deutsche Gegenleistung verlangen«. Eine praktische Lösung könne jedoch die »Gegensätzlichkeit der Rechtsauffassungen hintanstellen«.[3] Diesen grundsätzlichen Optimismus teilte auch Pfeiffer, der zudem Spaak eher als van Zeeland das nötige Format zuschrieb, einen Kompromiss vor dem belgischen Parlament und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten.[4] Der derart mit Vorschusslorbeeren bedachte Außenminister sicherte denn auch kurz darauf dem Botschafter zu, er werde das Problem innerhalb kürzester Zeit mit den deutschen Vertretern besprechen, um »noch im Sommer« zu einer Lösung zu kommen. Er sprach dabei auch seinen Grundgedanken an, wonach »die Grenzregelung nicht in dem überholten Geist eines erfolgreichen Krieges auf den Erwerb von einigen Quadratkilometern hinauslaufen dürfe, sondern in einem europäischen Geist durchgeführt werden müsse«.[5]

Die Ereignisse des Sommers 1954 ließen Spaak dann allerdings kaum Zeit, sich mit den Grenzfragen zu befassen. In einem detaillierten Bericht für Staatssekretär Hallstein analysierte Pfeiffer die parlamentarischen Gegebenheiten, denen Spaak Rechnung tragen müsse. Dabei bedauerte er, dass es die Bundesregierung nicht geschafft habe, mit der christdemokratischen Vorgängerregierung zu einer Verständigung zu kommen. Spaak sei jedoch äußerst geschickt. Er habe »das Parlament nach Hause geschickt, um bis zu seinem Wiederzusammentritt im November freien Spielraum zur verhandlungstechnischen Lösung einer Reihe von politischen Problemen, darunter auch das deutsch-belgische Grenzproblem, zu gewinnen. Wäre der Etat seines Ministeriums noch vor den Parlamentsferien erörtert worden, so hätte er es nicht vermeiden können, einige Präzisionen

2 Vgl. PAAA, B 24/25, Pfeiffer an Auswärtiges Amt, 18.6.1954.
3 PAAA, B 24/25, Entwurf einer Aufzeichnung betreffend die deutsch-belgischen Grenzfragen, 23.6.1954.
4 PAAA, B 24/25, Pfeiffer an Auswärtiges Amt, 16.6.1954 [vertraulich].
5 PAAA, B 24/25, Pfeiffer an Auswärtiges Amt, 24.6.1954 [geheim].

über seine politischen Absichten zu geben und wäre damit zu früh in ein eventuelles parlamentarisches Störungsfeuer geraten.«[6] Hallstein drängte Adenauer, Spaak gegenüber die Grenzfrage auf der Brüsseler Konferenz anzuschneiden.[7] Die Verhandlungen sollten im September in Bonn beginnen.[8] In Bonn musste der Staatssekretär stattdessen jedoch eine weitere Verzögerung konstatieren. Er beauftragte Pfeiffer zu warten, bis die belgische Regierung das Thema von sich aus ansprechen würde. Falls dies geschehe, solle Pfeiffer die Einsetzung einer »gemeinsamen Kommission« vorschlagen.[9]

Sturm im Wasserglas

In einer Atmosphäre, in der die Verhandlungen zum Status der Bundesrepublik nach dem Scheitern der EVG allen Raum einzunehmen schienen, bedurfte es eines Missgeschicks, um die deutsch-belgische Grenzfrage wieder in die Spalten der Zeitungen zu bringen. Für vierundzwanzig Stunden schienen in Nordrhein-Westfalen schlimmste Befürchtungen wahr zu werden, als der Korrespondent der *Deutschen Presse Agentur* von einer Sitzung der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten berichtete, Belgien werde seine Rechte auf die ihm zugestandenen Gebiete in naher Zukunft geltend machen. Ein Vertreter des Außenministeriums habe zudem betont, es sei »wahrscheinlich«, dass Belgien auch offiziell Anspruch auf die Gebiete erhebe, auf die es 1949 verzichtet hatte. Die *Rheinische Post* reagierte naturgemäß konsterniert. Wenn der »Grundstein zu Europa« gelegt werden solle, müssten »Forderungen dieser Art nicht nur die deutsche Grenzbevölkerung in ungeahnte Erregung versetzen, sondern auch das zwischen der Bundesrepublik und Belgien bestehende Vertrauen untergraben und uns vor Fragen stellen, die kaum lösbar erscheinen«.[10]

Wer jedoch einen Blick in die belgischen Zeitungen geworfen hatte, der konnte sich über diese Reaktionen nur wundern. Im *Grenz-Echo* wurde lediglich über Spaaks Erklärung zu einer baldigen Festlegung der deutsch-belgischen Grenze berichtet.[11] Aus Bonn erfolgte auch schon Entwarnung, als Ministerpräsident Arnold in Düsseldorf noch an einer Reaktion arbeitete. Der *dpa*-Korrespondent hatte sich schlicht verhört und aus einer »Unwahrscheinlichkeit« eine »Wahrscheinlichkeit« gemacht.[12] Aus den

6 PAAA, B 24/25, Pfeiffer an Auswärtiges Amt, 20.7.1954.
7 PAAA, B 24/25, Hallstein an Adenauer, 6.8.1954.
8 PAAA, B 24/25, Pfeiffer an Auswärtiges Amt, 24.8.1954.
9 PAAA, B 24/26, Hallstein an Botschaft der Bundesrepublik in Brüssel, 9.9.1954.
10 *Rheinische Post*, 14.10.1954; vgl. *Aachener Volkszeitung*, 14.10.1954; *Westfälische Rundschau*, 14.10.1954.
11 *Grenz-Echo*, 14.10.1954, S. 1.
12 PAAA, B 24/26, Welck an Hallstein, 14.10.1954 [sofort].

Richtigstellungen der deutschen Presse ging deutlich die Erleichterung hervor. In der Person Spaak wurde die »Unvorstellbarkeit« einer Verschärfung der belgischen Haltung betont.[13] Nur aus der Ferne schien man laut der *Rheinischen Post* in der Grenzregion die Aufregung verfolgt zu haben und mit einer Zurückhaltung zu reagieren, die eindeutig auf die Ereignisse der Jahre 1948/1949 Bezug nahm: »Es ist schon viel geredet worden.«[14] In diplomatischen Kreisen wurde trotzdem darauf hingewiesen, dass alles getan werden müsse, um die Grenzbevölkerung nicht zu beunruhigen. Dabei verwies man auf die Ernennung eines neuen Oberkreisdirektors für den Grenzkreis Aachen-Land. Dass dabei die Wahl auf eine Persönlichkeit fiel, die während des Krieges als Landrat im annektierten Eupen amtierte, habe »unliebsames Aufsehen« erregt.[15]

Auf dem Weg nach Bonn

Obwohl die Gelegenheit genutzt wurde, um einhellig über die Fortschritte bei den Verhandlungen zu berichten, schien es bis zu einem »definitiven Plan« noch ein gutes Stück.[16] Nach den Worten des Generalsekretärs des belgischen Außenministeriums, Scheyven, fehlte es an der nötigen Zeit, um sich auf der höchsten Ebene mit dem Problem zu beschäftigen. Zunächst müsse die Eingliederung der Bundesrepublik in die WEU und die NATO geklärt werden.[17] Dies bestätigte Spaak auch den Senatoren des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, woraus die Diplomaten in Bonn schlossen, mit weiteren Verhandlungen sei nicht vor dem Frühjahr 1955 zu rechnen.[18] Am 6. Mai 1955, einen Tag nach der Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik, erklärte Botschafter de Gruben in einem ausführlichen Bericht über die Situation in Westdeutschland, das Problem der deutsch-belgischen Grenze sei weiterhin offen.[19]

Unterdessen griff vor allem in der Staatskanzlei des am stärksten betroffenen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen Ungeduld um sich. Namentlich Erich Kordt verstärkte

13 *Aachener Volkszeitung*, 15.10.1954; *Rheinische Post*, 15.10.1954.

14 *Rheinische Post*, 16.10.1954.

15 HStAD, NW 397/244, Kordt an Arnold, 22.10.1954. Zur Kommunalverwaltung im von Deutschland annektierten Eupen, vgl. Manfred Müller, *Die Kommunalverwaltung der Stadt Eupen und des Amtes Eupen-Land während des Zweiten Weltkriegs*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Neu-Löwen, 1997; Martin R. Schärer, *Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg*, Frankfurt a.M., 1978, S. 108–142.

16 *Grenz-Echo*, 16.10.1954, S. 1; *Le Peuple*, 19.10.1954.

17 PAAA, B 24/26, Vermerk des Referats 302, 18.10.1954.

18 PAAA, B 24/27, von Welck an Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 21.12.1954.

19 *DDB*, II, Dok. 31, S. 128–129 (6.5.1955).

seine Bemühungen, von deutscher Seite Bewegung in die Angelegenheit zu bringen.[20] Ministerpräsident Arnold wandte sich denn auch mehrmals an Staatssekretär Hallstein, um über die von Düsseldorf unternommenen Schritte zu informieren.[21] Im Gegensatz zu seinen ehemaligen Kollegen im Auswärtigen Amt sah Kordt jedoch die Notwendigkeit für die Bundesrepublik auf dem Rechtsstandpunkt zu bestehen, schließlich habe »das Saarabkommen […] doch jedenfalls den Vorteil gebracht, dass deutsche Gebiete ohne Bestätigung durch einen Friedensvertrag weder abgetrennt noch erworben werden können«. Die dort verankerte Volksbefragung sei das Mindeste, was man für die unter Auftragsverwaltung stehenden Gebiete anstreben müsse.[22] In seiner Antwort verwies Ministerialdirigent Hans Ulrich von Marchtaler darauf, es sei wohl ratsamer, »aus taktischen Gründen weniger den Rechtsstandpunkt als die von Herrn Spaak erstrebte Lösung im ›europäischen Geiste‹ in den Vordergrund zu stellen«.[23]

Die Erwartung konkreter Lösungsvorschläge wurde schließlich mit einer Verbalnote der belgischen Botschaft genährt, in der sie eine baldige Aufnahme von Verhandlungen ankündigte, was die Bundesregierung postwendend akzeptierte.[24] Robert Rothschild präzisierte gegenüber dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel, Velhagen, die belgischen Intentionen. Diese sähen prinzipiell die Rückgabe der Auftragsgebiete vor, allerdings sei »zwecks der späteren parlamentarischen Behandlung« auch eine deutsche Gebietsabtretung notwendig. Der Kabinettschef des Außenministers wies ebenfalls auf die Bedenken hin, die sowohl die niederländische als auch die französische Regierung gegenüber diesen Plänen hegten.[25]

Allein die Ankündigung von Verhandlungen, die Staatssekretär Hallstein gegenüber dem FDP-Bundestagsabgeordneten Hubertus Prinz zu Löwenstein bestätigt hatte, sorgte für einiges Aufsehen. Während die belgische Presse sich in Zurückhaltung übte,[26] sah sich Karl Arnold veranlasst, den neuen Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, darüber aufzuklären, wie sensibel die Thematik sei. Der Druck der SPD,

20 Vgl. HStAD, NW 397, 244, Kordt an Arnold, 13.4.1955; Kordt an Arnold, 23.4.1955.
21 Vgl. HStAD, NW 397, 244, Arnold an Hallstein, 16.4.1955.
22 HStAD, NW 397, 244, Kordt an von Marchthaler, 9.5.1955.
23 HStAD, NW 397, 244, von Marchtaler an Kordt, 13.5.1955.
24 Vgl. HStAD, NW 397, 244, Verbalnote der Belgischen Botschaft in Bonn, 23.5.1955; Verbalnote des Auswärtigen Amtes, 25.5.1955; PAAA, B 24/26, Velhagen an Auswärtiges Amt, 27.5.1955.
25 PAAA, B 86/559, Velhagen an Auswärtiges Amt, 18.6.1955. Den Inhalt dieses Gesprächs leitete von Marchtaler direkt auch Erich Kordt zu; vgl. HStAD, NW 397, 244, von Marchtaler an Kordt, 23.6.1955.
26 Vgl. *Grenz-Echo*, 8.7.1955, S. 1; 9.7.1955, S. 1; 12.7.1955, S. 5. Wie üblich finden sich in diesen Artikeln auch Verweise zur Berichterstattung der Inlandszeitungen.

aber auch die niederländischen Reaktionen brächten ihn oftmals in arge Bedrängnis.[27] Unterdessen berichtete Hans Baumgarten in der *FAZ* über das Schicksal der Deutschen in den Auftragsgebieten: »Ob viele Deutsche in der Bundesrepublik wissen, dass an der Westgrenze unseres souverän erklärten Landes noch immer 35 km² mit 12.000 Einwohnern abgetrennt sind und dem Machtanspruch unserer Verbündeten Holland und Belgien unterstehen? Ob es vielen Holländern und Belgiern klar ist, dass sich ihre Regierungen in diesen von ihnen verwalteten Gebieten nicht um die Menschenrechte kümmern? Wir glauben es nicht.«[28] Solche Aufgeregtheiten hätten die Regierungen lieber vermieden, vor allem die belgische Seite hatte Diskretion gewünscht, wohl auch um dem üblichen Lamento über einen Prestigeverlust aus dem Weg zu gehen, den ein Gebietsaustausch erwarten ließ, und somit den Verhandlungsspielraum zu behalten. So meldete der deutsche *Vorwärts* im August 1955, die belgische Regierung verhandele mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung über eine Grenzrevision. Das Außenministerium in Brüssel klärte daraufhin in einer Stellungnahme nicht nur auf, dass der einzige Partner in dieser Angelegenheit die Bundesregierung sei, sondern dementierte darüber hinaus auch jegliche Verhandlungen.[29]

Das stimmte insofern, als in der Sache im Sommer 1955 immer noch keine direkten Gespräche stattgefunden hatten. Im Auswärtigen Amt beschäftigte man sich jedoch mit den völkerrechtlichen Implikationen eines Grenzvertrags mit Belgien. Jede Regelung stehe auch nach dem Deutschlandvertrag immer noch unter dem Vorbehalt eines Friedensvertrags. Am Ende müsse daher eine Regelung stehen, welche die belgische Regierung auch bei eventuellen diesbezüglichen Verhandlungen als »definitiv« anerkennen würde.[30] Sowohl von belgischer als auch von deutscher Seite wurde indes auch über einen Besuch Spaaks in Bonn nachgedacht, der die Verhandlungen einleiten sollte. Als Zeitpunkt wurde die Rückkehr des Bundeskanzlers aus dem Urlaub ins Auge gefasst.[31] Der Besuch Spaaks war im September dann ebenfalls Thema im Bundeskabinett –

27 HStAD, NW 397, 244, Arnold an von Brentano, 14.7.1955.

28 *FAZ*, 15.7.1955. Vgl. auch *Westfälische Rundschau*, 2.8.1955, »Grenzkreise wieder deutsch?«; *Neue Rhein-Zeitung*, 12.8.1955, »Der Fall Losheim hat den Verdacht erweckt, dass für die Grenzkorrekturen rein politische Ressentiments das Motiv waren«; *Welt am Sonnabend*, 15.10.1955, »Tausende Deutsche leben ohne Rechte – Kleine Leute wurden das Opfer der großen Politik.«

29 *Grenz-Echo*, 6.8.1955, S. 3.

30 HStAD, NW 397, 244, Auswärtiges Amt an Bundesminister des Innern, Bundesministerium für Verkehr, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Verteidigung, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 15.7.1955. In einer Antwort regte Erich Kordt an, mit den Briten über eine Aufhebung der Verordnung 184 zu verhandeln. Vgl. HStAD, NW 397, 244, Kordt an Auswärtiges Amt, 22.7.1955.

31 HStAD, NW 397, 244, von Brentano an Arnold, 19.7.1955; Kordt an Arnold, 23.7.1955.

nachdem Karl Arnold sich gegen die Abhaltung eines niederländischen Manövers in Nordrhein-Westfalen gewandt hatte. Solche Proteste seien einer Verständigung in der Grenzfrage nicht förderlich, betonten sowohl Adenauer als auch von Brentano. Der belgische Außenminister habe sich im Übrigen bereit erklärt, sich nach einer Lösung der deutsch-belgischen Grenzprobleme bei der niederländischen Regierung für einen ähnlichen Ausgang zu verwenden.[32]

Zwei Monate später konnten die Zeitungen endlich den »von langer Hand geplanten« Besuch Spaaks in Bonn ankündigen. Am 13. und 14. November 1955 fanden Konsultationen mit Bundespräsident Heuss, Bundeskanzler Adenauer und Außenminister von Brentano statt. Neben der Diskussion europäischer Fragen – Spaak war als Berichterstatter des Messina-Prozesses wohl eine der wichtigsten Antriebsfedern der Neuorientierung des Integrationsprozesses – stand die Grenzfrage an erster Stelle der bilateralen Themen. So präsentierte auch die Kino-Wochenschau *Welt im Bild* den Bonn-Besuch.[33] Im Kommuniqué der Bundesregierung war von den »schwebenden Fragen« die Rede, »die sich zum größten Teil normalerweise aus den Beziehungen zwischen zwei benachbarten Ländern mit so engen und zahlreichen Kontakten wie Deutschland und Belgien ergeben. Sie sind übereingekommen, die Regelung dieser Fragen im Geiste der Pariser Verträge und der zwischen ihren Ländern im Rahmen des Atlantikpaktes bestehenden Bindungen zu beschleunigen.«[34] Zu den Gesprächsthemen gehörten nicht nur die Grenzfragen, sondern ebenfalls Entschädigungsfragen in Bezug auf politische Häftlinge und Deportierte, ein geplantes Kulturabkommen und Fragen der Doppelbesteuerung.

Spaak selbst hatte dazu im Gespräch mit von Brentano betont, es sei »aus allgemeinpolitischen und psychologischen Gründen gut, das Problem der Grenzberichtigungen nicht allein anzupacken, sondern gleichzeitig mit einer ganzen Reihe anderer Probleme«. Er selber habe dabei Schwierigkeiten gehabt, überhaupt solche Probleme auszumachen. Es sei jedoch vor allem im Hinblick auf die Haltung der niederländischen Regierung besser, keinen Präzedenzfall zu schaffen. Deshalb sei die Integration anderer bilateraler Aspekte wesentlich für das zu schaffende Abkommen. In seiner Replik begrüßte von Brentano für die deutsche Seite den Ansatz, »unsere Beziehungen auszunutzen, die kleinen Schwierigkeiten im Geist der großen Verträge zu lösen«. Nachdem man sich auf Bonn als Verhandlungsort geeinigt hatte, betonte Staatssekretär Hallstein die Notwendigkeit, alles zu unternehmen, »was sich in einem demokratischen Staat tun lässt,

32 *Kabinettsprotokolle*, 1955, S. 509–510. Die Sitzung fand kurz vor dem berühmten Moskau-Besuch Adenauers statt, bei der er die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen erreichte.

33 *Welt im Bild*, Nr. 177, 16.11.1955. Mit freundlichem Dank an Dr. Christian Peters, Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Mitteilung vom 11.4.2006).

34 *AdG*, (25) 1955, S. 5463.

um die öffentliche Meinung […] zu beeinflussen«, damit die Verhandlungen weder zu emotionalisierten, noch zu polarisierenden Berichterstattungen Anlass geben könnten.[35]

In einer Atmosphäre, die durchaus von mehr als bloßer Rhetorik europäischer Annäherung getragen war, sollten die bilateralen Verhandlungen nunmehr zügig und mit einem echten Willen zur Verständigung zu einem befriedigenden Ende gebracht werden. Die belgische Regierung setzte auf das bewährte Personal und betraute wiederum Botschafter Jacques Davignon mit den Verhandlungen. Das Auswärtige Amt vertraute der Erfahrung Theo Kordts, der eigens seinen Botschafterposten in Athen ruhen ließ, um die Leitung der deutschen Delegation zu übernehmen. Im Gegensatz zu seinem Bruder Erich, der in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei mit dem Problem der deutschen Westgrenze betraut war, war Theo Kordt die Wiedereinstellung in den diplomatischen Dienst gelungen. Der Stellenwert, den beide Seiten dem zukünftigen Abkommen beimaßen, spiegelte sich demnach schon in der Bezeichnung der Verhandlungsführer wider.

4.2 Auf dem Weg nach Brüssel: Die Verhandlungsphase (November 1955 – August 1956)

Zwei Monate nach Verhandlungsbeginn war von dem »europäischen Geist«, der die Außenminister bei ihrer Bonner Zusammenkunft so augenscheinlich beseelt hatte, nichts mehr zu spüren. Bei einer Besprechung im Auswärtigen Amt beklagte Verhandlungsführer Kordt im Beisein von Außenminister von Brentano und Staatssekretär Hallstein die Unnachgiebigkeit seines belgischen Kollegen. Dieser habe mehrmals »mit dem Abbruch der Verhandlungen oder seiner Abreise gedroht«.[36] Schon zu Verhandlungsbeginn hatte Davignon betont, den Auftrag nur auf persönlichen Wunsch König

35 HStAD, NW 397, 252, Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen dem Herrn Bundesaußenminister, Herrn Staatssekretär Prof. Hallstein, Ministerialdirigent von Welck, Botschafter Ophüls, einerseits und dem belgischen Außenminister Spaak und einer Delegation [Botschafter de Gruben, Generalsekretär Scheyven, Kabinettschef Rothschild], andererseits am 14.11.1955 vormittags, 14.11.1955. Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 285–286; Peter Helmberger, »Ausgleichsverhandlungen« der Bundesrepublik mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, in: Hans Günter Hockerts, Claudia Moisel und Tobias Winstel (Hg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000*, Göttingen, 2006, S. 197–241, hier: 207–208.

36 PAAA, B 24/139, Vortragsnotiz über den Vortrag des deutschen Delegationsleiters, 23.1.1956.

Baudouins angenommen zu haben.[37] Zum wiederholten Mal galt es, Sand im Getriebe der deutsch-belgischen Grenzverhandlungen zu konstatieren. Auch die Rhetorik der verantwortlichen Politiker konnte nicht mehr verdecken, dass in der Frage eines Gebietsaustauschs und der eventuellen Rückübertragung der Auftragsgebiete erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Regierungen bestanden.

Am 6. Dezember 1955 hatte die belgische Regierung eine Aufstellung der Verhandlungsgegenstände übermittelt, die zwölf Punkte umfasste. Die ersten sechs Punkte betrafen dabei die Grenzfrage und Korollare wie den Grenzverkehr und Sequestergrundstücke. Neben dem Kulturabkommen und einem Sozialversicherungsabkommen beinhaltete die Liste auch Entschädigungsforderungen für während des Krieges nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter sowie für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungen.[38] Bei einem ersten Gespräch mit Kordt präzisierte Davignon die belgischen Standpunkte.[39] Die jüngste Vergangenheit mit den alliierten Entscheidungen des Jahres 1949 und den deutschen Grenzverletzungen des Jahres 1940 dürften dabei keine Rolle spielen. Wohl aber seien die Verträge der Zwischenkriegszeit als Verhandlungsbasis zu betrachten, die man an die gegenwärtigen Umstände »adaptieren« könne. Die folgenden Vorschläge zur Grenzfrage zeigten dann noch einmal die gesamte technische Komplexität der Problematik auf. So forderte die belgische Regierung ein Staatsservitut für zwei Wasserläufe: den Dreilägerbach, der in Belgien seine Quelle hatte und eine deutsche Talsperre versorgte; die Vesdre (Weser), die in Deutschland entspringt und eine belgische Trinkwassertalsperre versorgt. Anschließend ging es um die Sperrungen der B 258, die für die Schießübungen des Lagers Elsenborn unbedingt notwendig sei, die gleichzeitig jedoch die einzige Verbindung zwischen Aachen und Trier darstellte. In der heiklen Frage des unter Sequester gestellten deutschen Grundbesitzes sei die belgische Position zwar rechtlich eindeutig, man bringe jedoch Verständnis für die deutschen Probleme auf. Faktum sei, dass eine Rückgabe an die deutschen Voreigentümer legal unmöglich sei und das Interalliierte Reparations-Abkommen die Rückerstattung an deutsche Staatsangehörige verbiete; darüber hinaus habe die niederländische Regierung in Brüssel interveniert, um ihre Ansprüche in jedem Fall aufrechterhalten zu können. Die belgische Regierung sicherte eine Einzelfallprüfung für die bereits sequestrierten

37 PAAA, B 24/137, Aufzeichnung über die Unterredung unter vier Augen zwischen Botschafter Graf Davignon und Botschafter Dr. Kordt als den beiden Delegationsführern der deutsch-belgischen Verhandlungen, 12.12.1955.

38 AMAEB, 12888, Belgische Botschaft in Bonn an Auswärtiges Amt, 6.12.1955.

39 PAAA, B 24/137, Aufzeichnung über die Unterredung unter vier Augen zwischen Botschafter Graf Davignon und Botschafter Dr. Kordt als den beiden Delegationsführern der deutsch-belgischen Verhandlungen, 12.12.1955.

Grundstücke zu, für die übrigen könne man eine Rückkaufoption ins Auge fassen. Ein Ausschluss für die Einbeziehung belgischer Vermögen in Deutschland in den Lastenausgleich[40] und Pilgerreisen für etwa 400 Belgier zu den Gräbern und Konzentrationslagern ihrer Familienangehörigen – nach dem Vorbild eines deutsch-französischen Abkommens – bildeten weitere Forderungen.

Entschiedenen Protest führte Davignon gegen die deutsche Praxis, für die Bearbeitung von Anfragen bezüglich der ehemaligen Zwangsarbeiter Rechnungen in Höhe von bis zu 6.000 DM zu fordern. Ebenfalls unbefriedigend sei die Lage vieler Opfer des Nationalsozialismus, die in Belgien lebten. Auch wenn eine Einbeziehung in das Bundesergänzungsgesetz vom Herbst 1953 wohl wegen der enormen Kosten nur schwer vorstellbar sei, erwarte Brüssel doch eine deutsche Geste in dieser Frage.[41] Ein weiteres leidiges Thema sei das »Belgische Haus« in Köln, dessen fiskale Situation immer wieder Gegenstand von Konflikten zwischen den Verwaltungen war.[42] Nur angesprochen wurden die bereits in der belgischen Verhandlungsskizze verzeichneten Abkommen für Kultur, Doppelbesteuerung und Sozialversicherung.[43]

Davignon wies zum Abschluss seines Vortrags darauf hin, dass diese Abkommen keine »Liquidierung der Vergangenheit« seien, sondern »die Verwirklichung einer engeren Zusammenarbeit in der Zukunft«. Kordt verzeichnete in seinem Bericht den »freundschaftliche[n] Ton«, ahnte jedoch auch, dass die Angelegenheit große Schwierigkeiten erwarten ließ: »Es war aber nicht zu verkennen, dass Belgien ein beträchtliches Entgegenkommen der deutschen Seite erwartet.« Davignon berichtete von »herzlichen äußerlichen Freundschaftsbekundungen« nach Brüssel, sah aber auch den wunden Punkt in der deutschen Forderung eines Gebietsaustauschs, hinter der er den Bundeskanzler persönlich zu erkennen glaubte.[44]

Zur Erarbeitung einer deutschen Position in der Grenzfrage versammelte Theo Kordt zunächst eine Gruppe von Vertretern der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei zu einer Ressortbesprechung. Punkt für Punkt wurden dabei die belgischen Forderungen seziert

40 Vgl. Ursula Rombeck-Jaschinski, *Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg*, (= Veröffentlichungen des DHI London, 38), München, 2005.

41 Vgl. Constantin Goschler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, III), Göttingen, 2005, hier S. 181–203.

42 Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 290–292.

43 Das Auswärtige Amt listete die belgischen Forderungen nochmals in einem eigenen Papier auf. Vgl. AMAEB, 12888, Belgische Vorschläge, 19.12.1955. Eine handschriftliche Notiz am Rand des Dokuments verwies auf den Ursprung: »Durch das AA etabliertes Resümee der belgischen Vorschläge, die Vicomte Davignon vorgetragen hat«.

44 AMAEB, 12888, Davignon an Spaak, 14.12.1955.

und fast alle als übertrieben und nicht durchführbar gebrandmarkt.[45] Wohl um dem belgischen Verhandlungsführer diese Probleme plastisch vor Augen zu führen, bestand Theo Kordt auf einem Treffen Davignons mit den Vertretern Nordrhein-Westfalens, angeführt von Erich Kordt, und Rheinland-Pfalz', da Belgien ebenfalls Ansprüche auf den Ort Hemmeres angemeldet hatte. Erich Kordt, der somit als Sprachrohr Karl Arnolds fungierte, erging sich in seinem sehr langen Vortrag zunächst in der technischen Betrachtung und Entgegnung der belgischen Forderungen. Gegen Ende kam er auf allgemeine Prinzipien zu sprechen, die er in jedem Fall für bedenkenswert hielt. Aufgrund der nicht zu verneinenden Strukturschwäche der Eifelregionen läge der Weg zu einer Grenzregelung nicht auf politischem und juristischem Terrain, sondern in »humanitären Gesichtspunkten«. Er verwies auf die Arbeiten einer bilateralen Kommission der Zwischenkriegszeit, die richtungweisenden Charakter für die zu findenden Regelungen haben könnten. Dies betreffe vor allem die Trasse der Vennbahn. Der Vertreter der rheinland-pfälzischen Regierung äußerte sich ähnlich. Botschafter Davignon reagierte zwar im Ton konziliant, ließ jedoch in der Sache keinen Zweifel daran, dass er seiner Regierung die Annahme der hier vorgebrachten Argumente nicht würde empfehlen können. Er gab vor allem die Nichtberücksichtigung der »psychologischen Hindernisse« durch die deutsche Seite zu bedenken.[46] Nach Brüssel berichtete er, die Delegierten der Länder wollten schlicht und ergreifend zum Grenzverlauf vor dem deutschen Überfall vom 10. Mai 1940 zurückkehren. Dies hatte er auch schon seinen deutschen Gegenübern entgegengehalten. Die Bundesregierung teile ihrerseits zwar nicht die Standpunkte aus Düsseldorf und Mainz, beharre jedoch auf dem Gebietstausch. Dabei habe Botschafter Kordt einen Tausch der Straße von Fringshaus gegen 900 Hektar des Hohen Venns gefordert, was Davignon als »übertrieben« zurückgewiesen habe. Den Verhandlungsgang bezeichnete er als mühsam, auch weil Minister von Brentano sich bis zum Jahresbeginn 1956 nicht in Bonn aufhalte.[47] Kurze Zeit später erkundigte sich der Verhandlungsführer dann doch bei Spaak, wie weit er bei einem Gebietstausch

45 PAAA, B 24/137, Protokoll über die Ressortbesprechung betr. deutsch-belgische Verhandlungen, 13.12.1955; HStAD, NW 397, 245, Vermerk der Staatskanzlei. Betr.: Deutsch-belgische Grenzfragen [gez. Dr. Vienken], 14.12.1955.

46 PAAA, B 24/137, Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen S.E. Vicomte Davignon, Botschafter Dr. Kordt und Vertretern der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinlandpfalz über deutsch-belgische Grenzberichtigungsfragen, 16.12.1955 (auch HStAD, NW 397, 245). Für die belgische Delegation fertigte Deutschlandspezialist Botschaftsrat Charles Kerremans einen Bericht an; vgl. AMAEB 12888, Exposé von Dr. Kordt vom Land Nordrhein-Westfalen, 16.12.1955.

47 AMAEB, 12888, Davignon an Außenministerium, Brüssel, 17.12.1955; Davignon an Spaak, 20.12.1955.

mit seinen Zugeständnissen gehen könne. Immer wieder würden ihm zwei Gründe für das deutsche Beharren genannt, zum einen die innenpolitische Lage, zum anderen die Furcht vor einem Präzedenzfall für die deutsche Ostgrenze, wie sie seit 1945 immer wieder vorgebracht worden war.[48]

Noch vor der Unterbrechung durch die Weihnachtsfeiertage kam Davignon auf seinen Wunsch zu einem Gespräch mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zusammen. Arnold spielte dabei zunächst die psychologische Karte, als er von seinem Besuch in Moskau berichtete. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates hatte er Adenauer im September 1955 begleitet. Diese Visite habe ihn »mehr denn je von der Notwendigkeit überzeugt […], Differenzpunkte im Kreise der freien Staaten zu beseitigen, da ein jeder Streitpunkt im westlichen Lager von den Machthabern der Sowjetunion als Ermutigung für ihre aggressive Politik angesehen werde«. Anschließend wandte er sich der Grenzfrage zu, indem er auf das Gewicht seines Landes, das »in erster Linie interessiert sei«, im Bundesrat hinwies. Er unterbreitete Vorschläge zu einem Gebietstausch im Gebiet von Fringshaus. Davignon betonte in seiner Stellungnahme vor allem die Notwendigkeit, in der Frage der Sperrung der B 258 während der Schießübungen im Lager Elsenborn zu einer Lösung zu kommen. Auch die Idee einer Befragung der Bevölkerung in manchen Ortschaften wurde diskutiert, wobei Arnold auf die Ostflüchtlinge hinwies, die sich in manchen Eifeldörfern niedergelassen hätten. Davignon und Kerremans bemerkten, die übliche Festlegung eines Stichdatums als Voraussetzung für eine Teilnahme könne hier für Klarheit sorgen. Außerdem werde in keinem Fall jemand zur belgischen Staatsangehörigkeit gezwungen. Der belgische Verhandlungsführer sicherte Arnold ebenfalls zu, in einer späteren Verhandlungsphase nochmals Rücksprache mit ihm zu halten.[49] Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen, nachdem Arnold im Februar 1956 durch ein konstruktives Misstrauensvotum von SPD und FDP gestürzt wurde.

Zur gleichen Zeit fertigte die Politische Abteilung des Außenministeriums in Brüssel eine komparative Gegenüberstellung der Standpunkte der Verhandlungsparteien an. Beim Grenzverlauf protokollierte man für die acht Verhandlungspunkte sieben prinzipielle Übereinstimmungen. Probleme ergäben sich aus den deutschen Forderungen auf einen Austausch im Bereich der Straßen von Fringshaus, was komplizierte Lösungen für die Wasserversorgung beinhalten könne. Ein zweiter Problemfall sei die Eingliederung von Losheimergraben durch Belgien ohne vorherige Konsultation der Bewohner, da dort

48 Vgl. AMAEB, 12888, Davignon an Spaak, 21.12.1955.

49 HStAD, NW 397, 245, Aufzeichnung von Erich Kordt, 22.12.1955; HStAD, NW 397, 252, Erich Kordt an Theo Kordt, 20.12.1955.

mittlerweile 41 deutsche Ostflüchtlinge wohnhaft seien. Für die Ortschaften Bildchen-Süd, Leykaul und Hemmeres habe man sich auf Volksbefragungen geeinigt. Die Prozedur sei jedoch noch zu klären. In der Frage der Sequestergrundstücke differenzierte der Lösungsvorschlag zwischen solchen, die mehr als fünf Kilometer von der Grenze entfernt seien, und solchen, die innerhalb eines Streifens von fünf Kilometern lägen. Für beide Fälle sah man jedoch unter spezifischen Bedingungen ein Rückkaufrecht vor. Nach dem Gespräch Davignons mit Arnold erhoffte sich Brüssel eine Einwilligung der Bundesregierung in die Sperrungen der B 258. Die Staatsservitute für die Wasserläufe des Dreilägerbachs und der Weser erschienen den Diplomaten als akzeptiert. Für die Vennbahn sollten die Bestimmungen der Verträge von 1929 und 1935 wieder angewandt und nötigenfalls angepasst werden. Über die Grenzproblematik hinausgehend hatte die Bundesregierung »wohlwollende Prüfung« bei den belgischen Wünschen nach Pilgerfahrten zu Gräbern und Konzentrationslagern und nach Entschädigung für die Opfer des Nationalsozialismus zugesagt. Sie hatte jedoch nicht versäumt, darauf hinzuweisen, dass der belgische Bezug auf das französische Beispiel nicht ganz zulässig sei, da Paris im Gegenzug Entgegenkommen bei der Pflege deutscher Militärfriedhöfe zugesichert habe, was Belgien nicht getan habe. Zuletzt sah die Analyse keine Schwierigkeiten für die geplanten Abkommen in den Bereichen Kultur, Sozialversicherung und Doppelbesteuerung.[50]

Die bloße Aufstellung der Verhandlungspositionen hätte eigentlich Anlass für Optimismus sein können, doch wussten beide Seiten, dass sich hinter dem Terminus »Gebietsaustausch« und vor allem auch hinter den Konsultationen der Bevölkerung noch ausreichend vermintes Gelände verbarg. Die ersten Gespräche hatten indes zehn Jahre nach Kriegsende nicht nur eindeutig vor Augen geführt, dass psychologische Befindlichkeiten zwischen Staaten auch in Zeiten europäischer Annäherung eine große Rolle spielten, sondern auch, dass der angemahnte »europäische Geist« schnell ausgehaucht war, wenn es um eben solche Befindlichkeiten ging. Jenseits aller beschwichtigenden, sicher nicht ausschließlich taktischen Rhetorik bewiesen die Verhandlungen eindrucksvoll, wie sehr die Belgier auf ihr moralisches Recht pochten, gleichwohl Spaak die alliierten Territorialentscheidungen ausdrücklich nicht als Verhandlungsbasis hatte sehen wollen. Sie demonstrierten jedoch genau so eindrücklich, wie sehr die souveräne Bundesrepublik auf ihrer Gleichstellung mit den anderen Staaten beharrte. Eine realistische Einschätzung der Situation lieferte die deutsche Botschaft in Brüssel in einem Bericht, der auf die verheerenden Folgen hinwies, die ein Scheitern der Verhandlungen für die

50 AMAEB, 12888, *Tableau des propositions belges et des positions prises à leur égard par la délégation allemande*, 21.12.1955.

deutsch-belgischen Beziehungen, aber auch für die »gemeinsame Zielsetzung der deutschen und belgischen Europapolitik« haben würde. Dabei verwies Botschafter Ophüls ebenfalls darauf, dass die belgischen Forderungen in Fragen der Wiedergutmachung von deutscher Seite nur sehr schwer zu erfüllen seien, dass aber gerade deren Behandlung die Verteidigung eines Abkommens vor dem belgischen Parlament erleichtern würde.[51]

Die Öffentlichkeit, die einem deutsch-belgischen Abkommen bei Parlamentsdebatten notwendigerweise zukommen würde, sollte während der Verhandlungen bekanntlich vermieden werden. Dies gelang in hohen Maße, auch da sich manche Zeitungen selber Zurückerhaltung auferlegten. Dies war der Fall der *AVZ*, deren Chefredakteur, der CDU-Politiker Josef Hofmann, in einem Brief an Erich Kordt erläuterte, jedes Wort, das in Aachener Blättern erscheine, werde von »nationalistischen Kreisen in Belgien doppelt unter die Lupe genommen«.[52] Nachdem das *Grenz-Echo* jedoch zum Jahreswechsel eine »Denkschrift des Wirtschaftskomitees der Ostgebiete« [gemeint war das deutschsprachige Gebiet in Belgien; C.B.] publizierte, reagierten die *Aachener Nachrichten* verstimmt und bemerkten: »Während man sich auf deutscher Seite über den Fortgang der Vorbereitungen ausschweigt, wird jenseits der Schlagbäume die Öffentlichkeit eingehend mit den Problemen und Forderungen vertraut gemacht.« Indem es diese Unmutsbekundung süffisant publizierte, gelang dem Eupener Blatt zwar ein Seitenhieb auf die deutschen Kollegen, in Wirklichkeit waren die belgischen Zeitungen jedoch genau so wenig über den Verlauf der Verhandlungen im Bilde. Mehr als Allgemeines wusste auch das *Grenz-Echo* nicht zu berichten.[53] Noch konkreter war der Protest, den der ehemalige Attaché für die so genannten Ostkantone – das deutschsprachige Gebiet Belgiens [mit Ausnahme von Kelmis] sowie die beiden wallonischen Gemeinden Malmedy und Weismes – im Kabinett des Premierministers, der Eupener Rechtsanwalt Leopold Nyssen, an den deutschen Konsul in Lüttich, Müller, richtete. Er protestierte gegen den Beitrag eines Kölner Rundfunksenders über die Auftragsgebiete, die ein wahrhaft tristes Bild dieser Gemeinden gezeichnet habe. Nyssen kritisierte die Tatsache, dass als wichtigster Zeuge der »frühere Ortsbauernführer des Naziregimes« präsentiert worden sei. Darüber hinaus beweise diese Affäre »einen totalen Mangel an Takt, Objektivität und politischer Gewissenhaftigkeit der mit der Sendung beauftragten

51 PAAA, B 24/139, Aufzeichnungen zu den deutsch-belgischen Verhandlungen über die »Unerledigten Fragen«, 13.1.1956. Vgl auch HStAD, NW 397, 245, Auswärtiges Amt an Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 5.1.1956.

52 HStAD, RWN 210, 331, Hofmann an Erich Kordt, 18.11.1955.

53 *Grenz-Echo*, 4.1.1956, S. 3; 6.1.1956, S. 3. Dort auch das Zitat. Die *Rur-Wurm-Nachrichten* titelten am 7. Januar 1956: »Grenzfragen sind nicht tabu« und verwiesen dabei auf die erwähnte Denkschrift.

Herren namentlich in einem Moment, wo belgisch-deutsche Besprechungen, welche über das endgültige Los dieser Gebiete entscheiden werden, im Gange sind«.[54] In seinem Bericht für das Auswärtige Amt betonte der Konsul, dass nur die Interventionen Nyssens sowie der Militärregierung in den Auftragsgebieten eine Reaktion in den belgischen Zeitungen verhindert hätten.[55] Hinter den Kulissen musste also durchaus um die gewünschte Diskretion gerungen werden, wovon die Delegationen in Bonn jedoch nicht direkt betroffen waren.

Am 16. Januar 1956 trafen die beiden Verhandlungsführer erstmals im neuen Jahr zusammen. Davignon hatte sich mit den deutschen Gegenvorschlägen befasst und neue Instruktionen erhalten. Er kam gleich zur Sache und schlug im Bereich von Fringshaus eine neue Grenzziehung vor, die eine Internationalisierung eines Straßenabschnitts beinhaltete. Damit falle der Dreilägerbach integral an die Bundesrepublik, was ein Servitut obsolet mache. Anschließend beharrte er auf der Reinhaltung des Teils der Vesdre (Weser), der in Deutschland lag. Für seine deutschen Partner überraschend kam die Ablehnung einer Volksbefragung für die Orte Bildchen, Leykaul und Hemmeres. Daraufhin bemerkte Kordt, angesichts der Bedeutung dieser Frage könne »ohne eine solche Befragung die Bundesregierung nicht in eine Einbeziehung bewohnter Gebietsteile in die Grenzberichtigung einwilligen«. Davignon verwies auf die bereits erfolgten Zugeständnisse seiner Regierung beim Verzicht auf Fringshaus und bei der Freigabe des sequestrierten Grundbesitzes.[56] In seinem anschließenden Bericht wunderte Kordt sich über die Haltung seines belgischen Pendants in der Frage einer Konsultation. Seinem Eindruck nach, den er nach der Lektüre eines Rapports von Ophüls gewonnen habe, sei Spaak bereit, auf die Konsultation zu verzichten, wonach die betroffenen Auftragsgebiete an die Bundesrepublik zurückfallen würden. Davignon habe nunmehr die gegenteilige Auffassung vertreten, was unannehmbar sei.[57] Auch der – wohl von Erich Kordt – ins Bild gesetzte Karl Arnold zeigte sich in einem Schreiben an Außenminister von Brentano skeptisch. Alle belgischen Vorschläge beinhalteten letztlich mehr Nach- als Vorteile. Es scheine ihm, als ob die von Spaak im November 1955 skizzierte

54 HStAD, NW 397, 245, Leopold Nyssen an Müller, Konsul der deutschen Bundesrepublik, 13.1.1956. Zu Leopold Nyssen, einem Vorkämpfer für die Belange der deutschsprachigen Belgier, der seiner Zeit voraus zu sein schien, vgl. Freddy Cremer, Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: *I&M* [Informationen und Meinungen], 1994, 3, S. 3–13, hier: S. 9.

55 HStAD, NW 397, 245, Müller an Auswärtiges Amt, 24.1.1956.

56 PAAA, B 24/137, Protokoll über die Sitzung vom 16. Januar 1956, 16.1.1956.

57 PAAA, B 24/139, Stellungnahme der deutschen Delegation für den deutsch-belgischen Ausgleich zu den am 16. Januar 1956 von dem belgischen Delegationsführer Graf Davignon unterbreiteten Vorschlägen, 18.1.1056.

»Grundlage der deutsch-belgischen Beziehungen verlassen worden ist«. Er könne nicht verhehlen, dass er unter den gegebenen Umständen »sogar die Aufrechterhaltung der Auftragsverwaltung vorziehen würde«.[58] Nachdem Botschafter Davignon Bonn wegen eines privaten Termins verlassen musste, nicht ohne Kordt nochmals in der Frage der Reinhaltung der Vesdre (Weser) unter Druck gesetzt zu haben, kam es zu der bereits erwähnten Besprechung des deutschen Delegationsführers mit seinem Außenminister, bei der die unflexible Haltung der Gegenseite beklagt wurde.[59] Minister von Brentano und Staatssekretär Hallstein stimmten einer Konsultation der Bewohner zwar zu, diese dürfe jedoch »keine konstitutive Wirkung habe[n]«. In vielen Punkten sahen sie zwar die Schwierigkeiten der Verhandlungslage, sprachen sich jedoch für pragmatische Lösungen aus. Keinesfalls solle Kordt die Vorschläge Nordrhein-Westfalens – und damit diejenigen seines Bruders – als Rechtsposition anführen. Ein solcher Rückzug auf die Verträge der Zwischenkriegszeit sei durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs »unhaltbar«. Auch in der Frage der Wiedergutmachung hielten beide es für notwendig, den »berechtigten belgischen Wünschen […] zu entsprechen«.[60]

In der Grenzfrage sollte jedoch auch der Bundeskanzler nunmehr persönlich informiert werden. In Erwartung des Treffens von Brentano-Adenauer unterrichtete Davignon Spaak über die deutschen Reaktionen auf die belgische Ablehnung einer Volksbefragung. Wenn die deutsche Seite dies nicht akzeptiere, dann müsse der Minister neue Grundlagen festlegen und den Ministerrat mit der Angelegenheit befassen. Dies habe er Kordt deutlich zu verstehen gegeben.[61] Unterschwellig hatte Davignon damit angedeutet, dass nicht alle belgischen Minister eine so konziliante Auffassung wie Spaak verträten und dies in diesem Fall wohl nachdrücklicher zum Ausdruck bringen würden. Auch in einem Bericht der Düsseldorfer Staatskanzlei wurden nochmals die Volksbefragungen und der sequestrierte Grundbesitz als wunde Punkte ausgemacht.[62]

Für den 30. Januar 1956 hatte man schließlich eine Versammlung anberaumt, bei der der Bundeskanzler über den Verhandlungsstand unterrichtet werden sollte.[63] Neben Adenauer nahmen Außenminister von Brentano und Botschafter Theo Kordt für den

58 HStAD, NW 397, 245, Arnold an von Brentano, 20.1.1956.

59 HStAD, NW 397, 245, Aufzeichnung von Theo Kordt, 20.1.1956.

60 PAAA, B 24/139, Vortragsnotiz über den Vortrag des deutschen Delegationsleiters, 23.1.1956.

61 Vgl. AMAEB, 12888, Davignon an Spaak, 25.1.1956; PAAA, B 24/137, Sitzung der Delegationsleiter, 25.1.1956.

62 Vgl. HStAD, NW 397, 245, Vermerk zum gegenwärtigen Stand der deutsch-belgischen Ausgleichsverhandlungen, 30.1.1956.

63 PAAA, B 24/139, Protokoll über die Sitzung bei dem Herrn Bundeskanzler am 30. Januar 1956 betr. den gegenwärtigen Stand der deutsch-belgischen Grenzverhandlungen, 30.1.1956 [geheim].

Bund teil, das Land Nordrhein-Westfalen wurde durch Ministerpräsident Karl Arnold und Ministerialdirigent Erich Kordt vertreten. Nachdem Adenauer nochmals auf den politischen Zwang zu einer Einigung hingewiesen hatte, erstattete von Brentano Bericht. Immer deutlicher kristallisierte sich die Frage der Abhaltung einer Volksbefragung in den Auftragsgebieten als zentrales Problem heraus. Niemand könne verstehen, warum die belgische Regierung ihre Meinung geändert habe und für die Nicht-Abhaltung eine automatische Abtretung des Gebietes an Belgien fordere. Adenauer fragte sich, ob nicht finanzielle Entschädigungen die belgische Seite zum Einlenken bewegen könnten. Am Ende des Treffens ging Botschafter Kordt denn auch mit zwei neu festgelegten Verhandlungspositionen in weitere Gespräche. Zum einen war die Bundesregierung bereit, finanzielle Entschädigungen zu leisten, wenn der Grundbesitz zurückgegeben werde, zum anderen müsse Belgien auf die Abtretung von Bildchen-Süd, Leykaul und Hemmeres verzichten, wenn sie keine Volksbefragung wolle.

Alle Gesprächsteilnehmer teilten die Bedenken der Schaffung eines gefährlichen Präzedenzfalles, wenn so wenigen Einwohnern das Recht gegeben würde, über ihre Souveränität befinden zu können. Arnold signalisierte jedoch, er müsse darauf bestehen, wenn Belgien an seiner Position festhalte. Der Düsseldorfer Regierungschef deutete jedoch eine Lösung an, als er bemerkte, dass »sich in Eupen ein Stimmungswandel zugunsten Deutschlands vollzogen habe. Es bestünden Anhaltspunkte dafür, dass im Fall einer Volksbefragung sich die Bewohner von Eupen heute für eine Rückkehr zur Bundesrepublik entscheiden würden. Die Consultation [sic] im deutsch-belgischen Grenzraum könne daher auch Rückwirkungen in Eupen und Malmedy haben.« Damit machte sich Arnold eine Argumentation zu eigen, die man bis dato nur von »ewig Gestrigen« kannte, welche die Abtretung des Gebietes Eupen-Malmedy nach dem Ersten Weltkrieg immer noch nicht akzeptiert hatten. Adenauer sprang jedoch auf den Zug auf. Wohl wissend, dass die belgische Regierung, die sich nach 1945 der Loyalität der dortigen Bevölkerung nur durch eine rigide Assimilierungs- und Französisierungspolitik versichern zu können geglaubt hatte, niemals in die von Arnold beschriebene Situation geraten wollen würde, regte er an, Außenminister Spaak in einem direkten Kontakt »vorsichtig« auf die vermeintliche Situation in Eupen-Mamedy hinzuweisen.[64] Die Wiedergutmachung, die »etwa hundert wiedergutmachungsberechtigte deutsche Emigranten« beträfe, sei dagegen »nicht nur finanzieller, sondern moralischer Art«. Adenauer bestand hier auf Großzügigkeit, wie in allen Punkten, die mit der Grenzziehung nicht

64 Zur Situation im Gebiet deutscher Sprache in Belgien, vgl. Lejeune, Säuberung, Bd. 2; Kleu, *Neuordnung*; Brüll, Un passé mouvementé, S. 38–40; Cremer, Von den ›Inciviques‹, S. 101–111.

direkt zu tun hatten, damit die belgische Regierung zu mehr Kooperationsbereitschaft angeregt werden könne.

Am 4. Februar übermittelte die Bundesregierung der belgischen Delegation eine Stellungnahme »zu dem bisherigen Ergebnis«. Das in sehr nüchternem Ton gehaltene Dokument ließ, wie von Adenauer gewünscht, ein deutsches Entgegenkommen in fast allen Punkten erkennen, die die Grenzfrage nicht berührten. Für die Auftragsgebiete schlug man eine Befragung vor, die von einem Schweizer Vertreter neutral überwacht werden sollte. Der Ausnahme, welche die belgische Regierung für die Ortschaft Losheimergraben aufgrund des hohen Anteils von Ostflüchtlingen erbeten habe, könne die Bundesregierung jedoch nicht zustimmen.[65] Am selben Tag richtete Außenminister von Brentano einen persönlichen Brief an seinen Kollegen Spaak. Darin bekräftigte er die deutsche Forderung, Belgien möge auf eine Abtretung von Bildchen, Leykaul und Hemmeres verzichten. Dabei beschwor er den Geist des 14. November 1955: »Sollte Ihnen ein solcher Verzicht, der nach unserer Ansicht dem europäischen Gedanken und unserem Bündnisverhältnis am besten Rechnung tragen würde, nicht möglich sein, so bitte ich um Ihr Verständnis, dass meine Mitbürger über einen etwaigen Wechsel in der Souveränität über ihre Heimat gehört werden müssen.« Er sei sich der Gefahr der Agitation bewusst, die eine solche Konsultation mit sich bringe. Ein anderer wichtiger Punkt sei der so genannte grenzdurchschnittene Grundbesitz. Man könne den Bewohnern der Auftragsgebiete, die nunmehr seit sieben Jahren die Nutzungsrechte über ihre Güter besäßen, einen Rückkauf nicht zumuten. Die Bewohner müssten sonst den Eindruck gewinnen, dass sie für eine Rückkehr zur Bundesrepublik bestraft würden.[66] Bei einem Treffen Davignons mit von Brentano wurden diese Punkte nochmals wiederholt. Nunmehr war es der belgische Verhandlungsführer, der in einem Schreiben an Spaak bemerkte, der deutsche Minister sei wesentlich weniger »versöhnlich« als noch vor einigen Wochen. Dies führte er auf den negativen Einfluss Karl Arnolds zurück.[67]

Auf den Brief von Brentanos folgte dann noch in derselben Woche eine persönliche Unterredung mit Paul-Henri Spaak. Der Abschluss des Gesprächsprotokolls war bezeichnend: »Der Herr Bundesminister dankte Minister Spaak dafür, dass er seinen

65 AMAEB, 12888, Stellungnahme der Bundesregierung zu dem bisherigen Ergebnis der deutsch-belgischen Ausgleichsverhandlungen, 4.2.1956.

66 FPHS, *Allemagne*, F 117, D 2693, von Brentano an Spaak, 4.2.1956 [auch HStAD, NW 397, 245]; Auszüge bei: AMAEB, 12888, Gemeinsamer Bericht der Delegationsführer über das bisherige Ergebnis der deutsch-belgischen Ausgleichsverhandlungen, 28.3.1956, Anlage 2.

67 AMAEB, 12888, Davignon an Spaak, 8.2.1956 [auch FPHS, *Allemagne*, F 117, D 2692]; PAAA, B 24/137, Aufzeichnung Dr. Kordt, 7.2.1956.

Brief richtig verstanden habe.«[68] In den beiden zentralen Aspekten der nunmehr so genannten Grenzbereinigung kam Spaak den deutschen Standpunkten entgegen. Die deutschen Bauern könnten ihre Grundstücke zurückerhalten. Dies sei zwar vor dem Parlament nur schwer zu verteidigen, lasse sich aber durch ein geheimes Abkommen regeln. Außerdem sicherte er die Rückkehr der Auftragsgebiete ohne vorherige Konsultation zu. Wichtig seien konkrete deutsche Zugeständnisse, wie im Falle des Flussbettes der Vesdre (Weser), damit er vor dem Parlament dann doch etwas vorzuweisen habe. Er persönlich strebe nur nach dem »große[n] Ziel der Schaffung Europas«, dabei dürfe es keine Schwierigkeiten in solchen Dingen geben. Mit diesem Gespräch hatte sich die Lage schlagartig und vollständig verändert. Der von Arnold ins Spiel gebrachte und von Adenauer aufgenommene eventuelle deutsche Hinweis auf die Situation im deutschsprachigen Gebiet Belgiens hatte sich erübrigt. Spaak, der Pragmatiker, wischte mit diesem Gespräch auch die Hartnäckigkeit vom Tisch, mit der Davignon die belgische Position verteidigt hatte. Die deutsch-belgische Vertragsregelung sollte und durfte nicht an einigen Grenzsteinen scheitern. Es gab jedoch einen Haken. Spaak hatte im eigenen Namen gesprochen, ohne Rücksprache mit seinen Kollegen im Ministerrat. Auch im Außenministerium reagierte die Politische Abteilung in ihren Analysen vom Februar 1956 nur auf den Brief des deutschem Außenministers und keinesfalls auf das Vieraugengespräch der beiden Minister. Dabei wurde jedoch der Verzicht auf die Auftragsgebiete ebenfalls in Erwägung gezogen. Ablehnend standen die Diplomaten jedoch der Rückgabe des sequestrierten Grundsbesitzes gegenüber. Hingewiesen wurde ebenfalls auf den entstehenden Zeitdruck, da Theo Kordt wieder seinen Botschafterposten in Athen aufnehmen solle.[69]

Es dauerte jedoch noch bis Ende März, ehe beide Verhandlungsführer einen gemeinsamen Rapport zum Verhandlungsstand erstellten. Laut Davignon sei dieses Dokument notwendig, damit Spaak vor dem belgischen Ministerrat eine Lösung herbeiführen könne, wie er sie im Gespräch mit von Brentano skizziert habe.[70] In dem von Kordt und Davignon unterzeichneten Bericht wurden alle Punkte nochmals rekapituliert, über die Einverständnis erzielt werden konnte. Die Bundesregierung akzeptierte die Abtretung der Ortschaft Losheimergraben an Belgien. Dabei sollten die Bewohner jedoch die

68 PAAA, B 24/137, Aufzeichnung der Unterredung zwischen Herrn Bundesminister von Brentano und Herrn Minister Spaak in Brüssel, 12.2.1956.

69 FPHS, *Allemagne*, F 117, D 2694, Vermerk für den Minister, 16.2.1956; D 2696, Vermerk für den Minister, 28.2.1956.

70 HStAD, NW 397, 246, Aufzeichnung von Botschafter Theo Kordt, 26.2.1956. Vgl. HStAD, NW 397, 246, Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über das bisherige Ergebnis der deutsch-belgischen Ausgleichsverhandlungen, 26.3.1956.

deutsche Staatsangehörigkeit behalten können. Im Text war außerdem immer noch die Rede von einer Volksbefragung in Bildchen, Leykaul und Hemmeres.[71] Die deutschen Stellen waren sich jedoch sicher, dass es Spaak gelingen werde, die Skeptiker im Ministerrat zu überzeugen.[72] Mit diesem Abkommen schienen die Grundzüge der territorialen Neuordnung festgelegt zu sein. Das belgische Außenministerium erbat eine Verhandlungspause, um auf Basis des gemeinsamen Rapports im Mai 1956 in eine weitere Verhandlungsphase treten zu können.[73] Dies ermöglichte weitere technische Prüfungen durch die Unterkommissionen.[74] Botschafter de Gruben informierte einen Vertreter des Auswärtigen Amtes, dass Spaak zwar noch keine Zeit gefunden habe, das belgische Kabinett zu informieren, dass aber nur noch über drei Punkte zu verhandeln sei: die Vesdre (Weser), das Sozialversicherungsabkommen und der Grenzverkehr inklusive der Vennbahn.[75] Am 30. Juni 1956 gab Spaak seinem deutschen Kollegen zu verstehen, dass Belgien definitiv in einen Grenzverlauf einwilligen werde, der die Auftragsgebiete an die Bundesrepublik zurückgeben werde. Damit wurde zur Gewissheit, was in der Folge des Gesprächs im Februar jeder hatte ahnen können.[76] Außerdem wurde ein baldiger Besuch Adenauers in Brüssel ins Auge gefasst. Der Bundeskanzler sollte dort im Rahmen einer bekannten Vortragsreihe, den *Grandes Conférences Catholiques*, zum Thema »Warum müssen die Europäer sich vereinigen?« sprechen.[77]

In der Zwischenzeit befassten sich weiterhin die Experten des Landes Nordrhein-Westfalen, des Regierungspräsidiums Aachen und des Bezirkskommissariats in Malmedy mit der Konkretisierung der Vorgaben des Gemeinsamen Rapports der Verhandlungsführer. Es stellte sich mehr und mehr heraus, dass mit diesem Dokument der endgültige Durchbruch in den Verhandlungen erzielt worden war. In der noch verbliebenen Frage der Reinhaltung der Weser stand nunmehr eine Umleitung im Raum, die

71 AMAEB, 12888, Gemeinsamer Bericht der Delegationsführer über das bisherige Ergebnis der deutsch-belgischen Ausgleichsverhandlungen, 28.3.1956.

72 HStAD, NW 397, 246, Kordt an Arnold, 4.4.1956 [vertraulich].

73 HStAD, NW 397, 246, Belgische Botschaft, Bonn, an Auswärtiges Amt, 7.4.1956.

74 HStAD, NW 154, 338, Regierungs- und Baurat Geller (Aachen) an Regierungspräsidium Aachen, Dezernat I, 7.5.1956. Das Schreiben betraf u. a. eine Besprechung vom 24.03. mit dem Vorsitzenden des Grenzausschusses Schwering. Vgl. auch HStAD, NW 397, 246, Vermerk für die Landesregierung, 7.5.1956.

75 HStAD, NW 397, 246, Vermerk Erich Kordt, 15.5.1956.

76 AMAEB, 12888, Vermerk für den Minister, 26.7.1956. Der Minister bekam den an ihn adressierten Vermerk jedoch nicht zu Gesicht. Der Brief Spaaks an von Brentano ist in den Archiven nicht auffindbar.

77 AMAEB, 12877 (1956), de Gruben an Generaldirektion der Politischen Abteilung, 16.5.1956.

den gesamten Wasserlauf in belgisches Gebiet verlegt hätte. Die deutsche Seite hätte für die Umleitung und Reinhaltung des alten Weserbettes zu sorgen.[78]

Im Sommer 1956 befasste sich die Politische Abteilung in Brüssel mit den formalen Aspekten des Vertrags. Zunächst wurde eine letzte Bestandsaufnahme über die verhandelten Punkte erstellt, die bis auf das sehr technische Problem des Lastenausgleichs keine Schwierigkeiten mehr erkennen ließ.[79] In einem weiteren Vermerk ging es um Prozedurfragen. Der belgische Diplomat Charles Kerremans ging hier von einem Vertrag zur Grenzregelung aus, der einer Ratifizierung bedürfe. Dieser solle von einer Reihe von Brief- und Notenwechseln zwischen den Regierungen begleitet werden. Unsicherheit bestand noch in dem Komplex einer Änderung der deutschen Grenzen ohne einen Friedensvertrag. In jedem Fall müssten die USA, Großbritannien und Frankreich informiert werden, auch mit dem Verweis auf die Erlaubnis, welche die Hohen Kommissare im Juni 1950 zu bilateralen Grenzverhandlungen erteilt hatten.[80] Ein weiterer Vermerk wurde hier noch ausgreifender. Im Fall der getauschten Gebiete gebe es kein Problem. Hier würde Souveränitätswechsel vorgenommen. Anders schaute die Sache bei einer Rückgabe der Auftragsgebiete aus. Wer besaß eigentlich dort seit 1949 die Souveränität? Das Außenministerium tendierte zu einer Interpretation, welche die Souveränität bei Deutschland beließ und Belgien lediglich Verwaltungsrechte konzedierte, was Belgien ja auch mit der Einrichtung einer Militärregierung so gehandhabt habe. In Den Haag sah man dies anders. Die Entscheidung der sechs Mächte aus dem Frühjahr 1949 habe zumindest den Deutschen die Souveränität entzogen. Diese Auffassung hielt man in Brüssel für nicht zulässig, machte sie doch aus den Auftragsgebieten eine Art »no-man's-land«. Spaak machte hier kein Federlesen, als er seine Diplomaten nur lakonisch anwies, einen »Schritt nach vorne zu machen«.[81]

Solche Fragen waren die Spezialität des neuen deutschen Verhandlungsführers. Der Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, der Bonner Professor Erich Kaufmann, war für die Festlegung der formalen Aspekte des Vertrags zweifellos der geeignete Mann. Die Frage Davignons, ob der Grenzvertrag tatsächlich der Zustimmung der drei Mächte bedürfe, bejahte er sofort. Man einigte sich darauf, den Vertragsentwurf im Monat

78 HStAD, NW 397, 246, Vermerk der Belgischen Botschaft in Bonn, 23.7.1956; Aufzeichnung des Regierungspräsidiums in Aachen, 9.8.1956.

79 AMAEB, 12888, Vermerk für den Minister, 26.7.1956.

80 AMAEB, 12888, *Questions de procédure que le négociateur belge* doit *discuter avec le négociateur allemand*, 30.7.1956 [Hervorhebung im Text; C.B.].

81 AMAEB, 12888, *Problèmes juridiques que le négociateur belge peut envisager avec son collègue allemand*, 30.7.1956. Das Spaak-Zitat in einer handschriftlichen Randnotiz.

August 1956 fertig zu stellen.[82] Spaak hatte hierzu den logischen Wunsch geäußert, den Besuch Adenauers in Brüssel, der für den 25. September terminiert war, mit der Vertragsunterzeichnung zu verbinden.[83] Am 7. August 1956 lag im Auswärtigen Amt eine erste Fassung des Artikel bezüglich des Grenzverlaufs vor. In der Präambel hieß es, die »Streitpunkte« zwischen Belgien und Deutschland seien so zu regeln, dass die »künftigen […] Beziehungen dem Geiste des Bündnisses entsprechen, das die Nationen der freien Welt verbindet«.[84] Bevor diese schönen Worte jedoch Realität werden konnten, mussten noch einige Etappen genommen werden. Als einer der ersten Kommentatoren meldete sich Erich Kordt aus der Düsseldorfer Staatskanzlei zu Wort. Er bemängelte eine Bestimmung, die die Auftragsgebiete betraf, und nach der Belgien auf die »ihm übertragene Verwaltung« verzichte. Dies stelle eine retrospektive Anerkennung der alliierten Entscheidungen des Jahres 1949 dar, was das Land Nordrhein-Westfalen immer habe vermeiden wollen.[85] Zum Monatsende wies Kordt darauf hin, dass die Grenzsteine in den Gebieten unter Auftragsverwaltung damals ohne deutsche Mitwirkung aufgestellt worden seien, dies mache an manchen Stellen nunmehr eine Prüfung durch eine gemeinsame deutsch-belgische Kommission notwendig.[86] Am 28. August 1956 kamen die Delegationsführer zusammen, um die Schritte zur Information der Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens einerseits und der Regierungen Luxemburgs und der Niederlande andererseits abzustimmen. Für den folgenden Tag sollte der definitive Vertragsentwurf vorliegen. Davignon wollte Spaak den Text eine Woche später vorlegen.[87]

In Abwesenheit des Bundeskanzlers beriet das Kabinett am 15. August 1956 erstmals über die Verhandlungen.[88] Hallstein insistierte besonders auf dem niederländischen Widerstand gegen ein deutsch-belgisches Abkommen. Die Runde war sich einig, dass dem Vertrag allein aufgrund dieser Tatsache besondere Bedeutung zukomme. Der Vertreter des Finanzministeriums betonte, eine vorgesehene Überweisung von rund 6 Millionen DM dürfe in keinem Fall präjudiziell für das Londoner Schuldenabkommen

82 PAAA, B 24/137, Kurzprotokoll über die Sitzung der Delegationsleiter im Auswärtigen Amt, 3.8.1956.

83 AMAEB, 12877 (1956), X. Claeys de Boulaert an Spaak, 6.8.1956.

84 HStAD, NW 397, 246, Entwurf [mit dem handschriftlichen Vermerk: »Herrn Prof. Kaufmann am 7.8. übergeben«], s.d.

85 HStAD, NW 397, 246, Kordt an Kaufmann, 8.8.1956.

86 HStAD, NW 397, 246, Steinhoff an Kaufmann [gez. Kordt], 24.8.1956; Vermerk. Deutsch-belgische Ausgleichsverhandlungen, 24.8.1956

87 PAAA, B 24/137, Protokoll über die Sitzung der Delegationsführer am 28. August 1956, 29.8.1956; vgl. auch PAAA, B 24/143, Kaufmann an Bundesminister des Auswärtigen, 30.8.1956.

88 *Kabinettsprotokolle*, Bd. 9: 1956, München, 1998, S. 538–541.

wirken. Diese Sorge teilten im Übrigen weder das Auswärtige Amt noch die nordrhein-westfälische Staatskanzlei.[89] Anfang September 1956 präsentierte von Brentano dann die Klausel, die Zahlungen an Belgien vorsehe, »formell« für die Vennbahn und Investitionen im Grenzgebiet, tatsächlich jedoch zur Deckung von Lohn- und Rentenforderungen in den während des Krieges annektierten Gebieten von Eupen und Malmedy.[90] Im Bundesfinanzministerium waren außerdem Bedenken aufgetaucht, welche Folgen für die Zollkontrollen die Belassung unter belgischer Hoheit der auf deutschem Gebiet verlaufenden Vennbahn nach sich ziehen könnte. Hallstein versprach, sich bei den Belgiern für eine Lösung einzusetzen. Er wiederholte den Wunsch, die Vertragsunterzeichnung mit Adenauers Staatsbesuch in Belgien im September zu verbinden. Eine längere Diskussion entspann sich schließlich entlang der Frage, ob die Bundesregierung außerhalb des Rahmens eines Friedensvertrags endgültige deutsche Grenzen festlegen könne.[91] Nach den letzten Treffen der Verhandlungsführer verabschiedete das Kabinett am 19. September 1956 die Vorlage »nach kurzer Diskussion«.[92]

Mehr als sechs Jahre nach Beginn der bilateralen Gespräche, nach neun Monaten intensiver Verhandlungen war das Ziel einer »Generalbereinigung« in den deutsch-belgischen Beziehungen erreicht worden. Dass dies keineswegs evident gewesen war, zeigte nochmals im Sommer 1956 der Sturm der Entrüstung, den der Einstieg des deutschen Industriellen Friedrich Flick in einen wallonischen Montankonzern in Belgien provoziert hatte.[93] Nur mit Mühe und dank mancher Beschwichtigung der Bundesregierung gelang es der belgischen Regierung schließlich – wenn auch mit Bauchschmerzen – die Wogen zu glätten.[94]

Die Visite Adenauers in Belgien wurde durch die programmierte Unterzeichnung des Ausgleichsvertrags zu einem besonderen Ereignis. Mit Adenauer kam einer der wichtigsten Staatsmänner Westeuropas zum ersten Staatsbesuch eines deutschen Regierungschefs nach Belgien, um einen Akt der beiderseitigen Annäherung, ja Versöhnung zwischen den beiden Nachbarländern zu besiegeln. Auch die Auswirkungen des Ver-

89 HStAD, NW 397, 246, Aufzeichnung Kordt, 24.8.1956.

90 *Kabinettsprotokolle*, 1956, S. 584.

91 Ebenda, S. 538–541.

92 Ebenda, S. 598.

93 Günter Ogger, *Friedrich Flick der Große*, Bern u.a., 1971, S. 273–274. Für den Hinweis danke ich Dr. Jörg Ostlerloh.

94 So stellte Premierminister van Acker klar, die Regierung glaube »nicht, dass es im öffentlichen Interesse liegt, wenn Personen, die als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind, Beteiligungen an belgischen Unternehmen erwerben.« Es war schließlich Wirtschaftsminister Jean Rey, der verkündete, die Bundesregierung habe ihm Flick als Gegner des Hitler-Regimes dargestellt. Vgl. ebenda.

trags auf das im weiteren Ausbau befindliche europäische Gebäude sollten eine Würdigung erfahren.

4.3 Von Brüssel nach Bildchen: Unterzeichnung und Ratifizierungsprozess

Adenauer in Brüssel: Die Unterzeichnung des deutsch-belgischen Ausgleichsvertrags

Der Status des Ausgleichsvertrags als Generalbereinigung der deutsch-belgischen politischen Beziehungen wurde in den Wochen vor seiner Unterzeichnung immer wieder thematisiert. Dabei standen Betrachtungen des zurückgelegten Weges neben solchen, die den Vertrag in einen aktuellen europäischen Kontext einbetten wollten. In einem längeren im *Grenz-Echo* abgedruckten Artikel äußerte sich am 4. September Pierre Nothomb.[95] Der Senator ließ durchaus einen Gesinnungswandel erkennen, als er zugab, dass der Vertrag Belgien zwar Opfer auferlege, »die ich in meiner Einfluss- und Tätigkeitssphäre zu vermeiden bestrebt war«, dass aber die Grenze in Zukunft »nur noch die Stelle einer freundschaftlichen Berührung im Herzen des Landstrichs zwischen Maas und Rhein bedeuten [wird], dessen Bewohner dazu geschaffen sind, sich gegenseitig zu verstehen«. Damit versöhnte er wohl seine belgisch-nationalen Positionen mit seiner Burgund-Mittelreich-Ideologie, in die sich der bisherige Verlauf der europäischen Integration zu sechst ja durchaus einordnen ließ. Die Lösungen des Vertrags, über den er durch Verhandlungsführer Davignon persönlich unterrichtet worden war,[96] erschienen ihm deshalb »im neuen Geiste des Westens durchaus annehmbar«. Das *Grenz-Echo* versäumte keine Gelegenheit, seine Leser über den Inhalt des Vertrags aufzuklären, und berief sich dabei sowohl auf belgische Blätter wie die *Gazet van Antwerpen* als auch auf deutsche Blätter wie die *Kölnische Rundschau*.[97] Von deutscher Seite wurde besonders darauf hingewiesen, dass Belgien der erste Staat sei, der sich mit der Bundesrepublik um völkerrechtlich dauerhaft gültige Lösungen bemüht habe. Dazu titelte die *Aachener Volkszeitung* »Ein Schlussstrich und ein Beispiel« und hob die besonderen Verdienste der belgischen Regierung hervor.[98] Bundeskanzler Adenauer würdigte dies ebenso vor dem

95 *Grenz-Echo*, 4.9.1956, S. 3.
96 UCL, *Papiers Nothomb*, 5135, Davignon an Nothomb, 31.8.1956.
97 *Grenz-Echo*, 13.9.1956, S. 1; 14.9.1956, S. 1; 22.9.1956, S. 1.
98 *Aachener Volkszeitung*, 18.9.1956.

CDU-Bundesvorstand und betonte, der »Staatsbesuch in Belgien werde die staatspolitische Bedeutung dieser gutnachbarlichen Beziehungen unterstreichen«.[99]

Während die Presse schon die Vorbildlichkeit des deutsch-belgischen Verhältnisses lobte und ihren Lesern die Bestimmungen erläuterte, tauchten hinter den diplomatischen Kulissen in letzter Sekunde noch ernsthafte Schwierigkeiten auf. Zunächst waren es Briten und Amerikaner, welche die im Vertrag enthaltene Bezeichnung »endgültig« für den Grenzverlauf monierten. Dies sei völkerrechtlich nicht zulässig, da die Grenzen Deutschlands nur durch einen Friedensvertrag definitiv fixiert werden könnten. Man empfahl deshalb, einen Passus in den Text aufzunehmen, in dem beide Seiten sich verpflichteten, die nunmehr beschlossene Grenzziehung auch in einem Friedensvertrag anzuerkennen. Des Weiteren fragte man sich in Washington, in welche Form man die amerikanische Akzeptanz des Vertrags kleiden solle, schließlich wolle man keinesfalls einen Präzedenzfall für die Saar schaffen.[100] Die belgische Regierung wollte dies jedoch nicht so hinnehmen und insistierte aus »zahlreichen psychologischen Gründen«, um eine Zustimmung zum Vertrag in seiner ursprünglichen Form zu erwirken. Der französische Außenminister Christian Pineau markierte schließlich seine Zustimmung gegenüber seinem deutschen Kollegen von Brentano. Als man jedoch die Angelegenheit zu den Akten legen wollte, teilte die französische Botschaft in Brüssel dem Direktor der Politischen Abteilung Jacques Delvaux de Fenffe mit, Paris bestehe nun doch auf einer Änderung des besagten Abschnitts. Im Brüsseler Außenministerium sah man sich gezwungen, eine Demarche in Paris zu unternehmen, in der nochmals klargestellt würde, dass eine definitive Regelung der deutsch-belgischen Grenze selbstverständlich kein Präjudiz für zukünftige französische oder britische Regelungen mit Deutschland in einem Friedensvertrag seien. Die Politische Abteilung erklärte jedoch ebenso kategorisch, dass man gewillt sei, den Vertrag in seiner von deutscher und belgischer Seite akzeptierten Form zu unterzeichnen.[101] Letztlich stellten die Regierungen der »Drei Mächte« ihre Bedenken zurück und autorisierten den Ausdruck der psychologisch so wichtigen »Endgültigkeit« der Grenzziehung.

Adenauer würdigte schließlich nach der Unterzeichnung das »historische Ereignis« und dankte »der belgischen Regierung und vor allem dem belgischen Außenminister, die von Anfang an bestrebt waren, Deutschland in die Reihe der Nationen wieder einzuführen«. In seiner Replik bemerkte Spaak, er »messe dem […] Vertrag eine große Bedeutung bei, und zwar weniger wegen der Wichtigkeit der besprochenen Fragen als wegen

99 *Grenz-Echo*, 21.9.1956, S. 4. Die Zeitung übernahm ein amtliches Kommuniqué des Brüsseler Außenministeriums.

100 PRO/FO, 371/124579, C.M. Anderson, *Foreign Office*, an E.J.W. Barnes, Bonn, 14.9.1956.

101 *DDB*, II, Nr. 67, S. 196–197 (21.9.1956).

des Geistes, der die Verhandlungen beherrschte. Der Vertrag fügt sich in den Rahmen einer allgemeinen Politik und Zusammenarbeit und der Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien.«[102] Damit spielte der Außenminister natürlich auf den europäischen Integrationsprozess an, der neuen Schwung erhalten habe und der durch solche Annäherungsprozesse zwischen Staaten nur gewinnen könne.[103] Dieser Vertrag reihte sich somit ein in die Adenauersche Außenpolitik, in der »Europa« eine »neue Tradition« begründete und die es ermöglichte, solch bilaterales Handeln als »internationalistisch« zu werten.[104] Kaum zufällig hielt Adenauer eine seiner wichtigsten programmatischen Reden zur Außenpolitik im Anschluss an die Vertragsunterzeichnung in Brüssel, im Kontext dieses offenkundigen Erfolgs, der Saarfrage, aber auch der aufziehenden Suez-Krise. Dort wandte er sich gegen eine »absolute Notwendigkeit« von supranationalen Einrichtungen und betonte, die »Europäische Integration darf nicht starr sein, sie muss so dehnbar und so elastisch sein wie eben möglich. Sie darf kein einschnürender Panzer sein für die europäischen Völker, sie muss ihnen und ihrer Entwicklung ein gemeinsamer Halt, eine gemeinsame Stütze für eine gesunde, den berechtigten Eigenheiten jedes Einzelnen entsprechende Entwicklung sein.« Klar sei – und ein wenig ließ sich wohl auch der gerade unterzeichnete Vertrag in ein solches Narrativ einordnen –, dass zum Bau Europas »die Kräfte des Verstandes« nicht ausreichten. Der »große Gedanke Europa« müsse »aus dem Herzen kommen, wenn er sich verwirklichen soll. Nicht in dem Sinne, als ob die Einigung Europas eine Angelegenheit des Gemütsbedürfnisses, der Sentimentalität wäre. Aber in dem Sinne, dass nur ein festes der großen Aufgabe hingegebenes Herz uns die Kraft verleiht, das, was wir mit dem Verstand erkannt haben, entgegen allen Schwierigkeiten durchzuführen.«[105] Bei seiner Rückkehr lobte Adenauer die »gute Atmosphäre«, die er »sowohl bei der Regierung wie bei der Bevölkerung […] angetroffen hätte«. Er bestand darauf, das deutsch-belgische

102 *Grenz-Echo*, 25.9.1956, S. 1 und 5. Auch die Präsenz gleich dreier Journalisten des Eupener Blattes spiegelte die Bedeutung wider, die das selbsternannte Sprachrohr des Grenzgebietes dem Vertrag beimaß. Neben dem Brüsseler Parlamentsberichterstatter Kurt Grünebaum waren auch Direktor und Chefredakteur Henri Michel sowie der junge Journalist Heinrich Toussaint (Chefredakteur von 1965–1986) anwesend.

103 Vgl. *AdG*, (26), 1956, S. 5989–5990.

104 Hans-Peter Schwarz, Adenauer und Europa, in: *VfZ*, 1979 (27), S. 492 und 498. Vgl. Lejeune, *Kulturbezieungen*, S. 286–287.

105 Vgl. *AdG*, (26), 1956, S. 5990–5991; Konrad Adenauer, *Reden 1917–1967*, S. 330 f.; Schwarz, Adenauer und Europa, S. 522; Trunk, *Europa als Ausweg*, S. 138, 155–156. Im Kontext der Saar-Frage enthält auch der Bericht des französischen Botschafters in Bonn, Maurice Couve de Murville, für Außenminister Pineau einige interessante Elemente bezüglich der Brüsseler Rede; vgl. *DDF*, 1956, II, Nr. 233, S. 488–489 (2.10.1956).

Abkommen auch in der Presse höher zu gewichten.[106] Bei einem Rundfunkauftritt würdigte der Bundeskanzler nochmals die »europäische Hellsichtigkeit« der belgischen Regierung.[107]

Der lange Weg zur Ratifizierung

Wesentlich zurückhaltender als die Bundesregierung reagierte die nordrhein-westfälische Landesregierung auf die Unterzeichnung des Ausgleichsvertrags. Der neue sozialdemokratische Ministerpräsident Fritz Steinhoff äußerte zunächst seine Freude, »dass der größte Teil der Bewohner, die nach 1949 von uns getrennt unter fremder Verwaltung lebten, nunmehr wieder zurückkehren«. Der Adressat der Stellungnahme war jedoch eindeutig die niederländische Regierung, als Steinhoff in einem längeren Passus bemerkte, der deutsch-belgische Vertrag habe »eindeutig festgestellt«, dass »einseitig ergriffene territoriale Maßnahmen von Siegermächten auf Kosten der Besiegten […] nicht rechtens sind […]«. Außerdem erwarte er eine Beteiligung des Bundes an den finanziellen Lasten, die seinem Land durch das Abkommen entstünden.[108] Dies waren jedoch nur die öffentlich zu vernehmenden Worte des Ministerpräsidenten, der sich noch vor der Vertragsunterzeichnung mit einem Brief an Außenminister von Brentano gewendet hatte. Hierin bezeichnete er die deutschen Zugeständnisse als von »schwerwiegender Natur«. Die Referenz an die alliierten Entscheidungen von 1949 und den »Verzicht« auf die Auftragsgebiete waren so gar nicht nach dem Geschmack des Regierungschefs. Die Entschädigungen, die die Bundesregierung an die belgische Seite zum Ausgleich der Investitionen in den Auftragsgebieten zahlen sollte, belasteten zwar nicht den Haushalt Nordrhein-Westfalens, könnten aber niederländischen Forderungen Tür und Tor öffnen. Auch die Regelungen für die Grundstücke der Bauern an der Grenze seien nicht unbedingt vorteilhaft für die deutsche Seite, könnten hingegen, so räumte er ein, »zur Sicherung der Existenz […] und zur Verbesserung der Beziehungen unter der Grenzbevölkerung ganz allgemein beitragen«.[109]

Der Außenminister antwortete erst nach der Rückkehr aus Brüssel. Punkt für Punkt ging er auf die Anmerkungen Steinhoffs ein und konzedierte durchaus die Opfer, die Deutschland bringen müsse. Auf keinen Fall jedoch könne man aus den Formulierungen des Vertrags eine Anerkennung der alliierten Entscheidungen von 1949 heraus-

106 *Kabinettsprotokolle*, Bd. 9, 1956, S. 603.
107 AMAEB, 12877 (1956), de Gruben an Spaak, 2.10.1956.
108 HStAD, NW 397, 247, Stellungnahme zum deutsch-belgischen Vertragswerk. Landespressestelle Düsseldorf, 25.9.1956.
109 HStAD, NW 397, 247, Steinhoff an von Brentano, 19.9.1956.

lesen. Die deutschen Entschädigungen für die Investitionen in den Auftragsgebieten stünden »in keinem Verhältnis zu dem politischen Verhältnis«. Dasselbe träfe auf die Verlegung des Weserbettes zu. Generell dürfe man doch konstatieren, »dass wir sehr glücklich sein könnten, wenn wir auch andere Probleme des deutschen Volkes in ähnlicher Weise lösen könnten. Und ich glaube, dass wir bei der Wiedervereinigung und der Lösung der Grenzfragen im Osten vor Aufgaben gestellt werden, die wesentlich ernster und schwieriger sein werden als die Verlegung eines Baches im deutsch-belgischen Grenzgebiet.«[110] In seiner Antwort blickte Steinhoff nach vorne. Die Ausführungen des Auswärtigen Amtes hätten ihn zufrieden gestellt, demonstrierten jedoch auch, »wie wünschenswert und dringlich eine ähnliche Regelung mit unserem niederländischen Nachbarn ist«.[111] Im November 1956 informierte Steinhoff den Hauptausschuss des Landtages über das Saarabkommen, die Verhandlungen mit Belgien und diejenigen mit den Niederlanden.[112] Die Abgeordneten aller Parteien bedauerten, dass die deutschen Grenzgemeinden ihren Waldbesitz nicht zurückerlangt hätten. Leo Schwering, der Vorsitzende des Grenzausschusses, mahnte an, die »Gespräche mit Belgien nicht gänzlich einschlummern zu lassen«. Es sei notwendig, eine Form der Entschädigung zu finden. Der Grenzausschuss sollte sich mit allen Folgen, die sich aus dem Vertrag für die Grenzbevölkerung ergäben, befassen.[113] Dabei wurden immer häufiger Bedenken laut, die Bundesregierung könne sich in den Entschädigungsfragen aus ihrer Verantwortung stehlen und damit die Landesregierung allein die finanziellen Auswirkungen des Vertrags im Grenzgebiet schultern lassen.[114]

Auch in Belgien erhoben sich vereinzelte Stimmen, die einzelne Aspekte des Vertrages monierten. Dies erregte naturgemäß die Aufmerksamkeit des deutschen Botschafters in Brüssel. In einem Bericht für Bonn warnte Ophüls vor der Veröffentlichung einer Nummer der *Mitteilungen des Institutes für Auslandsbeziehungen* in Stuttgart, die »abträgliche Äußerungen« enthalte und »insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentsverhandlungen […] bedenklich« seien. Opühls regte vor der Auslieferung des Heftes, dessen Druckfahnen ihm »von dritter Stelle« zugeleitet worden waren, eine Überprüfung durch das Auswärtige Amt, das gemeinsam mit dem Land

110 HStAD, NW 397, 247, von Brentano an Steinhoff, 28.9.1956.
111 HStAD, NW 397, 247, Steinhoff an von Brentano, 10.10.1956.
112 HStAD, NW 397, 247, Entwurf einer Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in der Sitzung des Hauptausschusses des Landtags am 2. November 1956, 23.10.1956.
113 HStAD, NW 397, 247, Auszug aus dem Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Grenzausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen am 2.11.1956.
114 HStAD, NW 397, 247, Kurzprotokoll über die 14. Sitzung des Grenzausschusses am 15. Dezember 1956.

Hier die Datei »ausklapp-karte_s373.tif« als Ausklapper

Baden-Württemberg die Trägerschaft des Instituts ausübte, an.[115] Die Beibehaltung der »Anomalien« im Grenzverlauf bildeten indes den Hauptgegenstand der Kritik in Belgien. Vor allem der Vervierser CVP-PSC-Abgeordnete Albert Parisis äußerte sich mehrfach negativ. In der Kammer lehnte Außenminister Spaak jedoch jede Nachverhandlung ab. Auch wenn es Schwierigkeiten gebe, sei »die Zeit vorbei, in der ein Land, das den Krieg gewonnen hat, ganze Teile der Bevölkerung des Besiegten annektierte«.[116] Im Rat der WEU berichteten zum selben Zeitpunkt die Botschafter Deutschlands und Belgiens über den Ausgleichsvertrag und stellten dabei die bedeutende Rolle der Hauptprotagonisten für das Abkommen und die europäische Einigung heraus.[117]

Diese gemeinsame Präsentation des Vertrags konnte jedoch schon nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass der Ratifizierungsprozess keine schnelle Angelegenheit sein würde. Zwischen Auswärtigem Amt und Bundesfinanzministerium hatten sich Konflikte aufgetan, was die finanziellen Aspekte anging. Während man in von Brentanos Ministerium die politische Bedeutung des Vertrags höher gewichtete, sah das Ministerium Fritz Schäffers keine Rechtfertigung für manche der vorgesehenen Zahlungen. Im Februar 1957 vertagte man aus diesem Grund eine Kabinettsentscheidung zur Vorlage des Vertrags für den Bundestag.[118] In einer weiteren Sitzung meinte der Staatsekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, sich versichern zu müssen, dass das Abkommen »keine Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland enthält«. Einig war man sich, dass dies kein Thema für die Öffentlichkeit sei. Vizekanzler Franz Blücher, der die Sitzung leitete, wies jedoch auch auf die Zustimmung des Kabinetts zum Vertrag vom September 1956 hin.[119] Unterdessen nahm das Kabinett von Nordrhein-Westfalen den Vertrag am 21. Mai 1957 an. Es ermächtigte jedoch seine Vertreter im Bundesrat, eventuelle Anträge zu stellen, die aus den dortigen Diskussionen resultieren könnten.[120] Der Bundesrat beschloss eine Ergänzung zum Ratifikationsgesetz, das eine Entschädigung der Personen, die ihr Eigentum

115 PAAA, B 86/559, Ophüls an Auswärtiges Amt, 7.1.1957; Vermerk Dr. Dvorak, 11.1.1957. Aus dem dem Verfasser vorliegenden Exemplar *Mitteilungen des Institutes für Auslandsbeziehungen*, September-Dezember 1956, Jg. 6, Nummer 7 lässt sich jedoch nicht erschließen, welche Passagen als unangemessen hätten bewertet werden können. Weder im Archiv des IfA noch im PAAA lassen sich entsprechende Quellen ausmachen (Auskunft des PAAA, 8.11.2007; des IfA, 24.8.2007).

116 *Rheinische Post*, 30.1.1957. Vgl. HStAD, NW 397, 248, Velhagen an Auswärtiges Amt, 11.6.1957; Pabst, Holländisch für vierzehn Jahre, S. 173.

117 PAAA, B 86/559, Ritter, Deutsche Botschaft, London, an Auswärtiges Amt, 25.1.1957.

118 *Kabinettsprotokolle*, 1958, S. 131 (6.2.1957).

119 Ebenda, S. 239 (30.5.1957).

120 *Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1954–1958*, Teil 2, Siegburg, 1997, S. 951–952. Vgl. HStAD, NW 397, 248, Entwurf für einen Bericht des Vertreters von Nordrhein-

verloren hatten, durch den Bund vorsah. Dieses Gesetz stieß jedoch auf erheblichen Widerstand im Finanzministerium, wie Ministerialdirigent Féaux de la Croix bei einem Treffen des Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion für auswärtige, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen referierte.[121] Das Votum des Bundesrates und die Reaktion des Finanzministeriums sorgten für eine weitere Vertagung im Bundeskabinett.[122] Diese hatte Folgen: Außenminister von Brentano hielt am 2. Juli 1957 fest, dass vor dem Ende der Legislaturperiode nicht mehr mit einer Verabschiedung zu rechnen sei.[123]

Der Übernahme des Außenministerium durch Victor Larock, einen sozialistischen Parteikollegen von Paul-Henri Spaak, der nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge das Amt des NATO-Generalsekretärs angetreten hatte, brachte jedoch auch auf belgischer Seite Verzögerungen im Ratifizierungsprozess mit sich. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen des so genannten »Schulkampfes« trugen ebenfalls zur Verlangsamung der parlamentarischen Behandlung bei. So kam es erst im Januar 1958 in der Kammer zu den Debatten, die am 30. Januar mit der Abstimmung endeten. Das Ergebnis ließ jedoch an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Bei dem nominalen Votum stimmten 165 der 169 anwesenden Abgeordneten für das Abkommen, 3 dagegen, bei einer Enthaltung.[124] Nach kurzer Aussprache billigte auch der Senat am 27. März 1958 den Vertrag mit 152 Befürwortern und 4 Enthaltungen.[125] Der sozialistische Senator Fernand Dehousse hatte in der Diskussion den Vertrag in einem Klima der Beziehungen situiert, »die wir mit einem neuen Deutschland unterhalten, das sich, schon jetzt, tiefgreifend gewandelt hat und von dem wir hoffen, dass es sich weiterhin in diese Richtung entwickelt. Das Klima des Vertrags ist […] ein europäisches Klima. Es ist das Klima, das die wirklich neue Konzeption der Beziehungen zwischen den Mächten in Westeuropa beherrscht. Und unter allen Gründen, die meine Zustimmung begründen, werde ich niemanden überraschen, wenn ich sage, dass dieses Argument das entscheidende war.«[126]

Zu diesem Zeitpunkt nahm auch der deutsche Ratifizierungsprozess wieder an Fahrt auf. Am 12. März 1958 stimmte die Bundesregierung dem entsprechenden Gesetz zu, vierzehn Tage später war es die nordrhein-westfälische Landesregierung, die den Text

Westfalen im Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates am 23. Mai 1957 [gez. Erich Kordt], 21.5.1957.

121 PAAA, B 24/151, Protokoll über die Sitzung des Arbeitskreises vom 28. Mai 1957, 29.5.1957.

122 *Kabinettsprotokolle*, 1958, S. 299 (19.6.1957).

123 Ebenda, S. 310 (2.7.1957).

124 Vgl. *APC*, 1957–1958, S. 8 (30.1.1958); *Grenz-Echo*, 24.1.1958, S. 1; 31.1.1958, S. 1.

125 *APS*, 1957–1958, S. 1211 (27.3.1958).

126 Ebenda, S. 1150 (26.3.1958).

annahm.[127] Der Austausch der Ratifikationsurkunden nach der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat fand schließlich am 13. August 1958 in Bonn statt. Auf belgischer Seite war inzwischen ein christlichsozialer Außenminister, Pierre Wigny, im Amt, der die Bedeutsamkeit des Abkommens vor allem »am Geist, den es atme«, festmachte.[128]

Die Peripetien des knapp zwei Jahre andauernden Ratifizierungsprozesses hatten unterdessen vor allem Auswirkungen auf die Bewohner der Auftragsgebiete. Die vom Vertrag bestimmte Rückkehr zu Deutschland ließ auf sich warten.

Warten auf die Rückgabe

Der deutsch-belgische Ausgleichsvertrag brachte endgültige Klarheit über die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Gebiets von Eupen-Malmedy-St. Vith, das bis zum Versailler Vertrag zu Deutschland gehört hatte, während des Krieges jedoch durch Führererlass vom 18. Mai 1940 annektiert worden war. Die Zugehörigkeit zu Belgien wurde von deutscher Regierungsseite regulär anerkannt. Die Bundesrepublik hatte zwar schon am 24. Januar 1954 die belgische Regierung darüber in Kenntnis gesetzt, dass »sie nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes nicht berechtigt sei, zwischen 1938 und 1945 kollektiv eingebürgerte Personen als ihre Staatsangehörigen zu betrachten, wenn sie von ihrem früheren Heimatstaat als seine Staatsangehörigen in Anspruch genommen werden«,[129] was ein Gesetz zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen aus dem Jahr 1955 nochmals bestätigt hatte.[130] Politisch jedoch hätte Karl Arnold – wie berichtet – noch während der Verhandlungen zum Ausgleichsvertrag nicht gezögert, den deutschsprachigen Teil Belgiens als Druckmittel einzusetzen. Die deutsche Annexion hatte jedoch »in nur vier Jahren« geschafft, »was den belgischen Behörden in zwei Jahrzehnten Integrationspolitik nicht gelungen war […]: aus den Eupen-Malmedyern ›gute Belgier‹ zu machen«.[131]

Aus den Bewohnern der Auftragsgebiete hätten nach der Vertragsunterzeichnung rasch wieder »gute Deutsche« werden sollen. In der größten Ortschaft, Bildchen, stellte dies kein Problem dar. Die nach Aachen orientierte Bevölkerung hatte sich nie mit der Auftragsverwaltung abgefunden. Doch ausgerechnet in der kleinsten Ortschaft, die zurückgegeben werden sollte, dem Weiler Hemmeres, manifestierte sich die Sorge, dass

127 *Kabinettsprotokolle*, 1958, S. 171 (12.3.1958); *Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen*, S. 1149–1150.
128 *Grenz-Echo*, 13.8.1958, S. 3; 14.8.1958, S. 1. Dort auch das Zitat.
129 *Belgisches Staatsblatt*, 30.6.1954; vgl. Schärer, *Deutsche Annexionspolitik*, S. 272.
130 *BGBl.*, I, 1955, S. 65.
131 Cremer und Mießen, *Spuren*, S. 19.

»sie bei Rückgliederung in die Bundesrepublik ihren jetzigen hohen Lebensstandard nicht behalten« könne. Dies taten die Einwohner auch Bundeskanzler Adenauer in einem Telegramm kund.[132] Bürgermeister Hoffmann wies auf die belgischen Investitionen hin, äußerte jedoch hauptsächlich die Befürchtung, die Bauern könnten ihren auf belgischem Staatsgebiet liegenden Grundbesitz wieder verlieren.[133] Sowohl die Bundesregierung als auch die Regierung von Rheinland-Pfalz sicherten ihre Unterstützung zu.[134] Ähnlich wie sieben Jahre zuvor bei der »Revolte von Mützenich« riefen die Ereignisse jedoch die überregionale Presse auf den Plan. Die *Süddeutsche Zeitung* titelte: »In Hemmeres wollen sie nicht heim in die Bundesrepublik.« Vor der Vertragsunterzeichnung habe niemand, schon gar nicht Außenminister von Brentano, je etwas von Hemmeres gehört, seitdem aber erfreue sich der Ort »europäischer Bedeutung«. Der durchweg in ironischem Ton gehaltene Artikel beruhte auf Gesprächen mit der Bevölkerung, die vor allem deren »materialistische Einstellung« zutage förderte. So habe Belgien das Dorf ans Stromnetz angeschlossen, außerdem zahle man »Kindergeld vom ersten Kind an. In Deutschland zahlt der Staat erst beim dritten Kind.«[135] Auch in der Folge blieb das Thema in der deutschen Regionalpresse präsent, wobei die Interpretation der Ereignisse durchaus differierte.[136] Das belgische *Grenz-Echo* nahm die deutsche Berichterstattung zum Anlass, die »unbestreitbare Aufwärtsentwicklung« der Auftragsgebiete zu rühmen. Ein Hinweis auf die deutschen Proteste des Jahres 1949 mit »Phrasen von ›Landraub‹, ›Blutende Grenzen‹, ›Unzufriedene Grenzbevölkerung‹, ›Europäische Gefahr‹ und ›Erzwungene Minderheiten-Irredenta von morgen‹« durfte dabei nicht fehlen.[137]

In der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei insistierte Erich Kordt zum wiederholten Male auf der Notwendigkeit, den Bauern den Rückkauf der Sequestergrund-

132 *Rheinische Post*, 25.9.1956.

133 *Grenz-Echo*, 27.9.1956, S. 1.

134 Vgl. HStAD, NW 397, 247, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz an Auswärtiges Amt, 10.10.1956; Auswärtiges Amt an Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, 11.10.1956.

135 *Süddeutsche Zeitung*, 27.9.1956. Abdruck in: *Frankfurter Rundschau*, 28.9.1956; *Kölner Stadtanzeiger*, 28.9.1956.

136 *Aachener Volkszeitung*, 10.10.1956, »Nicht darum gebeten, bei Belgien bleiben zu dürfen«; *Rheinische Post*, 18.10.1956, »Jetzt Sympathien für Deutschland. Grenzdorf Hemmeres will in die Bundesrepublik heimkehren«; 25.10.1956, »Auch Losheimergraben will zu Deutschland«; *Neue Ruhrzeitung*, 27.10.1956, »Deutsche wollen nicht nach Deutschland zurück«; 30.10.1956, »Wir haben die Grenze satt«; 31.10.1956, »Bildchener wollen nach Aachen zurück«. Die drei letzten Artikel bildeten die Serie »Besuch bei den Heimkehrern aus dem Westen«.

137 *Grenz-Echo*, 29.9.2956, S. 1.

stücke zu finanzieren. Dabei sei die Intervention der Landesregierung unabdingbar. Ministerpräsident Steinhoff sicherte daraufhin zu, dass »die betreffenden Personen nicht schlechter als vorher stehen werden«.[138] Allerdings könne der Rückkauf nicht »lastenfrei« ermöglicht werden, so Kordt wenig später, da dies »zu Berufungen seitens anderer in ihrem Auslandsvermögen geschädigter Deutscher führen« würde.[139] Ein weiteres Problem bildete eine Gruppe von Vertriebenen, die sich in Losheimergraben niedergelassen hatten. Da dieser Ort jedoch zukünftig zu Belgien gehören sollte, sicherte die Düsseldorfer Landesregierung die Möglichkeit einer Umsiedlung zu.[140] Bei einer Versammlung mit Vertretern des Kreises Schleiden wurden die Folgen der Rückgliederung für die »Haltung der Bevölkerung in den übrigen unter Auftragsverwaltung stehenden Gebieten insbesondere an der holländischen Grenze« und die essentielle Rolle, die den Schulen hierbei zukam, diskutiert.[141] Auch äußerten einige Gemeinden ihre Skepsis bezüglich des vorgesehenen Grenzverlaufs und forderten die Behörden auf, Lösungen zu finden.[142]

Während die zuständigen Stellen sich mit der Organisation der Durchführung der Vertragsbestimmungen befassten, gab es auch in der Grenzregion fundamentale Kritik an dem Abkommen. So wandte sich der Aachener Domkapitular Nikolaus Jansen in zwei Schreiben an den Landtagsabgeordneten Josef Hofmann und an Außenminister von Brentano und forderte vehement eine Revision. Er berief sich auf seine Tätigkeiten als Pfarrer sowie als Gemeinderat in der Ortschaft Lammersdorf während der 1920er Jahre. Wer die damaligen »Kämpfe« erlebt habe, könne unmöglich einem Vertrag zustimmen, der alle Anomalien bestehen lasse. Auffallend war die Tatsache, dass sich Jansen als gebürtiger Eupener zu erkennen gab und anfügte: »Meine Heimat ist *z. Zt.* belgisch« [Hervorhebung C.B.].« Von Brentano hatte ihm jedoch in einem persönlichen Schreiben schon zu einem früheren Zeitpunkt zu verstehen gegeben, dass jede Revision aussichtslos und unwillkommen sei.[143]

138 HStAD, NW 397, 247, Vermerk Erich Kordt, 29.9.1956.

139 HStAD, NW 397, 248, Bemerkungen von Erich Kordt zu einem Vermerk von Dr. Pötter, 11.1.1957.

140 Vgl. HStAD, NW 397, 247, Schmitt-Degenhardt, Regierungspräsident von Aachen, an Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, 29.10.1956; Arbeits- und Sozialministerium an Minister für Wiederaufbau, 8.12.1956.

141 HStAD, NW 397, 248, Vermerk über die Rücksprache des Herrn Ministerpräsidenten mit Vertretern des Kreises Schleiden und des Ortes Losheim über Fragen der Rückgliederung, 10.1.1957.

142 PAAA, B 24/143, Resolution des Gemeinderates von Kalterherberg, 14.5.1957. Beklagt wurde die Tatsache, dass die Bewohner eines Ortsteils weiterhin für einige hundert Meter eine belgische Straße benutzen müssten, um zu ihren Grundstücken zu gelangen.

143 HStAD, NW 397, 248, Domkapitular Jansen, Päpstlicher Hausprälat, an Josef Hofmann, 22.2.1957; PAAA, B 86/559, Nikolaus Jansen an von Brentano, 27.2.1957.

Letztlich war es jedoch der schleichende Ratifizierungsprozess, der Raum für Gerüchte und Befürchtungen ließ. So antizipierte der Amtsdirektor einer Gemeinde im Frühling 1958 ein Scheitern der Ratifikation und forderte für etwaige Neuverhandlungen die Beteiligung der »örtlichen Stellen«.[144] Noch als sich im Sommer 1958 die parlamentarische Zustimmung anbahnte, liefen in Bildchen Gerüchte über Schwierigkeiten, die eine baldige Rückkehr verhindern würden.[145] Kurze Zeit später konnten solche Gedanken schnell verbannt werden.

K(l)eine politische Symbolik: die Rückgabe der Auftragsgebiete

In zwei Vermerken vom 21. Juli und vom 9. August 1958 befasste sich Erich Kordt mit der Organisation der Übergabe der Auftragsgebiete. Zunächst dachte er an »einen Staatsakt an Ort und Stelle seitens der Landesregierung«. Zwar sah er durchaus, dass auch die belgische Seite ein Wort mitzureden habe, erhoffte sich aber durch die von ihm vorgeschlagene Form einen positiven Effekt für die deutsch-niederländischen Verhandlungen.[146] Zwei Wochen später waren die Ausgangsbedingungen schon modifiziert. Die belgische Botschaft habe ohne Umschweife mitgeteilt, die Übergabe sollte »ohne jede Feierlichkeit vor sich gehen«. Dies betraf auch und vor allem die Anwesenheit des bisherigen Gouverneurs der Auftragsgebiete, General Bolle. Dieser hatte jedoch gegenüber dem Aachener Regierungspräsidenten zugesagt, sich einer persönlichen Einladung nicht entziehen zu wollen. Kordt entwickelte drei Szenarien. In einer ersten Konzeption sollte Ministerpräsident Meyers der auf den 28. August terminierten Übergabe fernbleiben und die Gebiete etwa drei Wochen später besuchen. Der zweite Vorschlag sah eine Übergabe zwischen Bolle und dem Aachener Regierungspräsidenten vor. Der Ministerpräsident sollte später eintreffen und an einem Festakt ohne belgische Beteiligung im Aachener Rathaus teilnehmen. Der dritte – von Kordt präferierte – Entwurf sah die persönliche Anwesenheit Bolles und Meyers' vor, die sowohl in Bildchen als auch in Losheim eine Übergabe durchführen sollten. Später solle dann in Aachen ein Empfang mit Bolle und anderen belgischen Persönlichkeiten stattfinden.[147]

Als am 28. August 1958 die tatsächliche Übergabe stattfand, wurde sie lediglich von General Bolle und Regierungspräsident Schmitt-Degenhardt vollzogen. Auch ein Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz – für Hemmeres – nahm an der Zeremonie in Bild-

144 HStAD, BR 1058, 111, Amtsdirektor Kalterherberg an Oberkreisdirektor Monschau, 21.4.1958.
145 HStAD, NW 397, 248, Hofmann an Meyers, 28.7.1958
146 HStAD, NW 397, 248, Vermerk Kordt, 21.7.1958.
147 HStAD, NW 397, 249, Vermerk Kordt, 9.8.1958.

chen teil. Es gab keine Fahnen und keinen »Jubel«. Schlichtheit war das Schlagwort.[148] Der deutsche Vertreter würdigte das Werk Bolles und den »Willen zu einer echten europäischen Gemeinschaft«.[149] Bolle hatte zuvor das Ende seiner »Mission« verkündet und die zurückhaltende belgische Politik in den Auftragsgebieten geschildert.[150] Die Presse lobte den Verzicht auf übertriebene Gesten und verwies wieder einmal auf den »europäischen Geist«.[151]

Die endgültige Grenzziehung sollte nunmehr von einer deutsch-belgischen Kommission unter der Leitung des Aachener Regierungspräsidenten Schmitt-Degenhardt und des beigeordneten Bezirkskommissars für die Ostkantone, Henri Hoen, festgelegt werden. Nach zweijähriger Arbeit, deren einzige Schwierigkeit in den technischen Aspekten lag, wurde am 6. September 1960 im Aachener Rathaus von Botschafter a. D. Jacques Davignon und Botschafter Günther Bock das Protokoll zur Festlegung des deutsch-belgischen Grenzverlaufs unterzeichnet.[152] Die Presse berichtete von »loyal[en], aber hartnäckig[en]«[153] Verhandlungen und von einer »Filigranarbeit«[154] an der Grenze.

Welchen Weg die deutsch-belgischen Beziehungen seit dem Kriegsende zurückgelegt hatten und welche Bedeutung den Verhandlungen um wenige Quadratkilometer dabei zukam, hatte sich jedoch schon am 28. August 1958 ermessen lassen. Am Tag des Inkrafttretens des Grenzvertrags hatte die *Aachener Volkszeitung* nämlich einen Artikel aus der Feder von Pierre Nothomb veröffentlicht. Er beschrieb dabei seinen Sinneswandel vom »Motor« und »Vorkämpfer einer Reihe territorialer Forderungen gegenüber Deutschland« hin zum Berichterstatter für das Bewilligungsgesetz des Vertrags, der dem Senat dessen »einstimmige Annahme empfohlen« habe. Er schloss mit seinem

148 Vgl. *Grenz-Echo*, 28.8.1958, S. 1.

149 HStAD, BR 1058, 85, Reden während der Rückgabe, 28.8.1958.

150 *Ibidem*; vgl. Alfred Bertha, *Vor 40 Jahren: das Ende »Bolleniens«*, in: *Im Göhltal*, August 1998, S. 29–62, hier: S. 59–60.

151 Vgl. *Grenz-Echo*, 29.8.1958, S. 1, »Bollenien besteht nicht mehr«; S. 5, »Im Geiste europäischer Zusammenarbeit«; *Ruhr-Nachrichten*, 29.8.1958, »Wieder deutsch«; *Grenz-Echo*, 30.9.1958, S. 3, »Ministerpräsident Meyers in Losheim und Bildchen«; Rudolf Breidenbach, Heimkehr ohne viel Jedöns. 600 Rheinländer sind wieder deutsch, in: *Neues Rheinland*, Oktober-November 1958, 4, S. 14–15.

152 HStAD, NW 397, 249, Belgische Botschaft, Bonn, an Auswärtiges Amt, 12.9.1958; HStAD, BR 1058, 174, Niederschrift über die Besprechung der deutschen Delegation der deutsch-belgischen Kommission, 25.1.1959; Niederschrift über die Sitzung der Unterkommission der deutsch-belgischen Grenzkommission, 13.3.1959; PAAA, B 86/566, Protokoll zur Festlegung des Verlaufs der belgisch-deutschen Grenze, 6.9.1960.

153 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.9.1960.

154 *Kölner Generalanzeiger*, 7.9.1960.

bekannten emphatischen Stil und dankte dem Aachener Blatt dafür, dass es »mir in dem Augenblick, wo zwischen uns die letzten Barrieren des Misstrauens fallen, und am Vorabend der Tagung des *Groupement européen des Ardennes et de l'Eifel* in Bouillon die Möglichkeit gibt, meine Stimme mit den deutschen Stimmen zu vereinigen, die das gleiche Empfinden einer täglichen Brüderlichkeit ausdrücken. Ich liebe diesen Gleichklang guter Worte und eines guten Willens angesichts einer Grenze, die ›durchlässig werden konnte, weil sie endgültig ist‹, und die nun nicht mehr die Herzen und die Geister trennt.«[155]

155 *Aachener Volkszeitung*, 28.8. 1958. Eine ähnliche Rhetorik konnte man ebenfalls ein Jahr später in einem Vorschlag vernehmen, der aus dem deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum einen europäischen Distrikt zur Ansiedlung der Institutionen gemacht hätte. Er blieb jedoch folgenlos. Vgl. Trunk, *Europa als Ausweg*, S. 128.

5. Fazit

Nach dem Willen der Beteiligten sollte der deutsch-belgische Ausgleichsvertrag von 1956 eine Generalbereinigung der bilateralen Beziehungen sein. Mit der Regelung der Grenzfrage gelangte man in jedem Fall für das dringlichste und komplexeste Problem zu einer Lösung. Durch das Kulturabkommen sollten nach der Schaffung eines vertrauensvollen politischen Verhältnisses auch zivilgesellschaftliche Annäherungsprozesse angeschoben werden.[1] Die Passivität und das demonstrative Desinteresse weiter Teile der belgischen Bevölkerung, die sich ja auch schon in den politischen Belangen geäußert hatten, stellten jedoch ein großes Hindernis dar. In der Grenzregion, die ja durch ihre gemeinsame Sprache günstigere Ausgangsbedingungen hätte haben können, verhinderten jedoch die Fortführung der rigorosen Assimilationspolitik der belgischen Regierung im deutschsprachigen Teil des Landes und eine zum Teil daraus resultierende Abgrenzung der Bevölkerung von allem »Deutschen« noch jahrzehntelang ein unverkrampfteres Miteinander.[2] Überhaupt schienen die belgischen Regierungen noch zu Beginn der 1950er Jahre ihrer eigenen Bevölkerung zu misstrauen, wenn es um das Verhältnis zu den Deutschen ging. Die Debatten um eine Lockerung des Fraternisierungsverbots und die Heiratserlaubnis bei den belgischen Soldaten in Deutschland illustrierte dies in besonderer Weise. Die Namensänderung von »Belgischer Besatzungsarmee« zu »Belgische Streitkräfte in Deutschland« spiegelte denn auch eigentlich weniger eine Anpassung an die deutsch-belgischen Gegebenheiten, als die Tatsache der Integration dieser Truppen in ein der NATO unterstehendes Geflecht wider. Somit wurde diese Konstellation nach ihrem Scheitern der Präsenzpolitik auf deutschem Boden zum Ausweg.

Schaut man sich die Breite der im Ausgleichsvertrag behandelten Themen an, fallen zwei große Lücken auf. Zum einen war die Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft nur minimal von den Vertragsregelungen berührt, wenn sie auch zumindest Gegenstand der Verhandlungen gewesen war. Hier dauerte es bis 1960, ehe nach langsamen, aber unkomplizierten Verhandlungen eine Einigung gefunden werden konnte.[3] Lange Zeit ungelöst blieb hingegen das Problem der ostbelgischen so genannten Zwangssoldaten in der deutschen Wehrmacht. Nachdem Frankreich diese Thematik schon 1954 mit der Bundesrepublik regeln konnte, zog Luxemburg 1967 nach.

1 Vgl. Lejeune, *Kulturbeziehungen*, S. 322–340.
2 Vgl. Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2, S. 217–245.
3 Vgl. Helmberger, »Ausgleichsverhandlungen«, S. 197–241, hier: S. 232–235.

Belgien schuf erst 1974 ein entsprechendes Statut. Letzteres führte dann schließlich seit dem 1. Juni 1989 zu einer finanziellen Entschädigung.[4]

Wenn man im Streben nach Gleichbehandlung in den internationalen Beziehungen eine der Hauptachsen der Außenpolitik der Bundesrepublik in der frühen Ära Adenauer erkennen will, so darf man zugestehen, dass die belgischen Regierungen gleich welcher Tendenz dem recht aufgeschlossen gegenüber standen. Dies lässt sich besonders aus dem Vergleich mit den niederländischen und französischen Nachbarn schließen, die sich mehr als einmal skeptisch gegenüber dem belgischen Willen, in den bilateralen Problemen relativ zügig zu einer Einigung kommen zu wollen, äußerten.

Deutlich wurde jedoch auch, wie eine solche zwischenstaatliche Annäherung erst in den Europadiskurs und in die europäische Integration eingebettet wurde. Nationale – im belgischen Fall durchaus auch sicherheitspolitische – Interessen ließen sich auch im deutsch-belgischen Verhältnis durch europapolitische Notwendigkeiten rechtfertigen. So spielen im Jahrzehnt nach dem Kriegsende auch nicht Argumente wie Vergebung und Versöhnung nach Jahren der Konfrontation die entscheidende Rolle, sondern die nur vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs zu verstehende Einsicht in die Notwendigkeit westeuropäischer Annäherung. Dies zeigte sich besonders an der Entwicklung des Deutschlandbildes in der belgischen Presse im Zuge der Wiederbewaffnungsdebatte.

Der Vertrauensvorschuss, den die belgische Seite gewährte, war jedoch auch in hohem Maße an die Einstellungen einzelner Akteure geknüpft. Adenauer wurde sowohl in der Presse als auch von den meisten belgischen Politikern als der einzige Garant für die Beibehaltung des Kurses der Westintegration angesehen. Neben persönlichen Affinitäten lag hier auch ein starker Grund für das Verhalten des Sozialisten Paul-Henri Spaak, der den Positionen der SPD ablehnend und mit Unverständnis gegenüber stand. Ob jedoch der Elan, den Spaaks Comeback als Außenminister 1954 in die zu diesem Zeitpunkt festgefahrenen Verhandlungen brachte, auch schon früher zu einem Ergebnis hätte führen können, muss dahin gestellt bleiben. Das Scheitern der EVG verzögerte einerseits die Verhandlungen, da es drängendere Probleme zu lösen galt. Andererseits führte es doch die Notwendigkeit einer Einbindung der Bundesrepublik nochmals eindringlich vor Augen.

Dass die neue Grenzziehung der alten weitestgehend entsprach und dies kaum mehr für Debatten sorgte, sprach für eine neue Basis der deutsch-belgischen Beziehungen und die Einsicht, dass die Grenze nach zwei kriegerischen Auseinandersetzungen in der ersten Jahrhunderthälfte keinen Anlass für überzogene politische Sensibilitäten mehr darstellte.

4 Vgl. Nicolas Dewald, *L'indemnisation des enrôlés de force dans l'armée allemande*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Lüttich, 2005; Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2, S. 208.

Schluss

Im Vergleich zu den deutsch-niederländischen und den deutsch-französischen Beziehungen nimmt sich die kurze Zeitspanne von nur elf Jahren, die zwischen dem Kriegsende und der Unterzeichnung des deutsch-belgischen Ausgleichsvertrags liegt, immer noch beeindruckend aus. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien gehören seit der Gründung der Bundesrepublik sicherlich zu den engsten in Westeuropa. Die Weichen für diese Entwicklungen zweifellos im Untersuchungszeitraum dieser Studie gestellt. Umso bemerkenswerter scheint dann die Erkenntnis zu sein, dass diese schnelle Versöhnung nur auf sehr gewundenen Wegen zustande kam, denen die Studie sich auf verschiedenen Ebenen zu nähern versucht hat.

1945

Im Herbst 1944 schlugen im gerade befreiten Belgien die politisch Wogen hoch. Wut und Aggression, die sich in vier Jahren Okkupation aufgestaut hatten, brachen sich ihre Bahn. Sie konnten sich noch nicht direkt gegen die deutschen Besatzer richten, die sich vor dem alliierten Vormarsch zurückgezogen hatten, sondern gegen diejenigen, die für die Folgen der zweiten Besatzung innerhalb eines Vierteljahrhunderts standen: Kollaborateure und die jeweils andere Seite in dem Konflikt, der Befürworter und Gegner des Königs Leopold III. spaltete. Für die aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Regierung war die Situation kaum zu bewältigen. Staatliche Autorität und ihre Durchsetzung waren in diesem Land, das zusätzlich den alliierten Truppen als Durchgangsstation und logistische Basis bei ihrem Vorrücken auf das Deutsche Reich diente, inexistent. Unter diesen Umständen gestaltete sich auch die Bildung einer Freiwilligenarmee schwierig, die neben den Soldaten, die die Kriegsjahre in Großbritannien verbracht hatten, eine belgische Präsenz bei der Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschland garantieren sollte. Die Planungen reichten bis in das Jahr 1942 zurück und erhielten ihre Form in einem Memorandum vom Dezember 1944, das beschönigend als Eden-Spaak-Abkommen bekannt wurde.

Die belgische Truppenführung hatte größte Mühe, die Rachegefühle der rekrutierten jungen Männer zu bändigen. Raub und Plünderung waren in verschiedenen Einheiten an der Tagesordnung, oft unter Verweis auf das Verhalten der deutschen Besatzer während des Krieges in Belgien. Auf Kollaborateure, die sich noch in Deutschland aufhielten, wurde regelrecht Jagd gemacht. Das britische Oberkommando musste bei Disziplinlosigkeit oftmals die Beteiligung von Offizieren registrieren. Die britische

Botschaft in Brüssel diagnostizierte noch im Jahr 1947, dass für viele Belgier »der beste Deutsche ein toter Deutscher« sei. Freiwillige führten sich vielfach als Besatzer auf, bei denen Demütigungen der deutschen Zivilbevölkerung keine Ausnahme bildeten. Erst der Einsatz von Wehrpflichtigen in der Besatzungsarmee seit 1947 leitete hier einen Wandel ein.

Die Verantwortlichen reagierten mit einer peniblen Auslegung des Fraternisierungsverbots. Dabei spielten moralische Rechtfertigungen eine bedeutendere Rolle als bei den anderen Besatzungsarmeen in den westlichen Besatzungszonen. Nach zwei Besatzungserfahrungen in kurzer Zeit wurde die Kontaktsperre zu »den Deutschen« zur Ehrensache erklärt. Vereinfacht wurde diese Vorgehensweise durch die Tatsache, dass die belgische Armee in Deutschland aufgrund alliierter Regelungen nicht die Aufgaben einer Militärregierung ausüben konnte. Dabei hatte die belgische Regierung hierbei das Argument der doppelten Besatzungserfahrung positiv gewendet und betont, niemand kenne »die Deutschen« so gut wie die Belgier. Dieses Überlegenheitsgefühl kann geradezu als charakteristisch für die Haltung der belgischen Streitkräfte und ihrer Offiziere bezeichnet werden. Die britische Weigerung, den belgischen Besatzungstruppen die Funktion der Militärregierung zu übertragen, verweist darauf, dass belgische Deutschlandpolitik im Kontext der Besatzung nur vor dem Hintergrund der belgisch-britischen Beziehungen betrachtet werden kann. Die Befürchtung, das nationale Prestige gegenüber der deutschen Bevölkerung nicht angemessen vertreten zu können, war der psychologische Ausdruck dieser besonderen politischen Konstellation.

Die mikrohistorische Sicht auf das Verhalten der Soldaten spiegelt die gesellschaftlichen Debatten über den Umgang mit den Besiegten wider. Liberalere Ansätze, die durchaus auch von höheren Offiziersebenen favorisiert wurden, hatten auf dem Terrain einen schweren Stand. Das Gefühl, Besatzungssoldat zweiter Klasse zu sein, war weit verbreitet. Quantitative Aussagen zu Zwischenfällen lässt die Quellenlage kaum zu, die qualitative Annäherung deutet auf sehr vielschichtige Motivlagen hin. Das Mindestmaß der Kontakte mit der deutschen Zivilbevölkerung schränkte jedoch auch die Möglichkeiten für soziokulturelles Engagement in Deutschland ein. Die belgische »Propaganda« tat sich schwer und fand erst mit der Schaffung eines »Belgischen Hauses« in Köln eine institutionalisierte Form, der zahlreiche Debatten um die politische Verantwortung vorangegangen waren. Überhaupt bildete die Stadt Köln so etwas wie das Epizentrum des belgischen Besatzungssektors, und dies, obwohl sich dort bis zur Errichtung des Hauptquartiers der belgischen Truppen im Vorort Weiden im Jahr 1949 keine obere Kommandostruktur befand. Die Metropole des Rheinlands hatte hohen symbolischen Wert für die Besatzung und galt als Brückenkopf nach Belgien. Diese Funktion konnte schwerlich den Besatzungsstandorten in Westfalen zukommen, die vielfach als außerhalb des belgischen Interessensbereichs liegend wahrgenommen wurden. Sie standen

ebenfalls vor allem für die Machtlosigkeit gegenüber dem Kommando der BAOR, welche die 2. DI in dieses Gebiet verlegt hatte, ohne dass die belgischen Stellen angehört worden wären.

Die Besatzungsarmee galt trotz aller Komplikationen als Instrument zur Sicherung der belgischen Interessen im besiegten Deutschland. Bis 1949 musste man jedoch die Erfahrung machen, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine schier unüberbrückbare Kluft bestand. Wunsch und Realität bildeten auch im Bereich der konkreten Forderungen gegenüber Deutschland ein Spannungsfeld. Bemerkenswert ist hier der Vergleich mit den Ereignissen von 1918. Dies gilt vor allem für die Akteure der belgischnationalen Seite, die mit Maximalforderungen in territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht hervortraten, die sehr stark an den »Großbelgischen Traum« erinnerten, den Pierre Nothomb schon während des Ersten Weltkriegs geträumt hatte. Ein Belgien bis zum Rhein oder zumindest die Nutzung der dortigen deutschen Industrieinfrastruktur gehörten zum Programm der Annexionsbefürworter, die sich im »Belgischen Rheinkomitee« zusammengeschlossen hatten. Trotz einiger prominenter Mitglieder aus fast allen Parteien und aus Kreisen der Industrie besaßen diese Forderungen in der belgischen Bevölkerung kaum Rückhalt. In Flandern hätte jede Konfrontation mit Deutschland eine heikle Konfrontation mit der eigenen schmerzvollen jüngsten Vergangenheit bedeutet. Die Französischsprachigen richteten ihren Blick zumeist nach Frankreich oder nach Großbritannien. Dominiert wurden die politischen Debatten der Zeit von der Königsfrage, die die gesellschaftlichen Trennlinien offen legte wie bis dato keine politische Auseinandersetzung seit Bestehen des belgischen Staates.

Als sehr schwierig gestaltete sich die Erarbeitung einer Regierungsposition. Die letztlich doch eher gemäßigte Position, wie sie in den Memoranden vom November 1946 und vom Januar 1947 dargelegt worden war, verlockt in der Retrospektive zu einer eher linearen Sichtweise – wie sie ja nicht zuletzt in der Selbstwahrnehmung der Beteiligten zu finden war. Die Schilderung der Entwicklung der Standpunkte im Außenministerium anhand der dortigen Studien und der Auseinandersetzungen mit den Nationalisten zeigte allerdings für den Zeitraum 1945–1946 vor allem eine zögernde Politik. Trotzdem lassen sich einige Aussagen machen, die über die allgemeine Feststellung hinausgehen, die »Deutschlandpolitik sei mehr als unklar« gewesen.[1] Die erfahrungsgeschichtliche Dimension des Exils in London verband die Entscheidungsträger in Brüssel und brachte sie häufig in Gegensatz zu denjenigen, die die Besatzungszeit nach der Niederlage von 1940 in Belgien erlebt hatten. Das noch in London vereinbarte Benelux-Bündnis zeigte sich stets bemüht, in der Frage der Zukunft Deutschlands gehört zu werden. Dabei gab

1 Coolsaet, *Politique extérieure*, S. 44.

es jedoch einige Hindernisse. Die unterschiedliche Bewertung der Zäsur von 1940 für das jeweilige Verhältnis zu Deutschland in Belgien und in den Niederlanden bildete hier den Hintergrund. Die Tendenz der Regierung in Brüssel, zwischen den oft antagonistischen Positionen der britischen und der französischen Regierungen vermitteln zu wollen, wurde in Den Haag argwöhnisch betrachtet. Dazu kam, dass die Niederlande nach langem Zögern schließlich darauf verzichtet hatten, Truppen nach Deutschland zu entsenden, da ihre Kolonien die verfügbaren militärische Kapazitäten erforderten. Obwohl Deutschlandpolitik für beide Seiten Wirtschaftspolitik war, musste dies in Brüssel oftmals gegenüber sicherheitspolitischen Bedürfnissen zurücktreten.

In fine führten diese Entwicklungen zu einem pragmatischen Kurs, was auch für den persönlichen Stil des belgischen Premier- und Außenministers Paul-Henri Spaak kennzeichnend war. Spaak war zweifellos der Hauptakteur der deutsch-belgischen Beziehungen der Nachkriegszeit. Sein Wort hatte in der Zeit bis 1949 das entscheidende Gewicht. Die damaligen Debatten zeigen deutlich, dass der sozialistische Politiker als einziger das Format besaß, den von ihm gewählten moderaten Kurs zu verteidigen und durchzusetzen. Dabei sticht auch hervor, wie sehr Außenpolitik eine Angelegenheit der Exekutive war. Entscheidungen wurden im Parlament und hier hauptsächlich vor dem stark belgischnational gefärbten Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten lediglich mitgeteilt und nicht diskutiert. Trotz heftiger Kritik ließ sich Spaak, nachdem er im Herbst 1946 endgültig auf weit reichende territoriale Reparationsforderungen verzichtet hatte, nicht mehr von dieser Ansicht abbringen. Belgien forderte letztlich die Eingliederung der deutschen Enklaven, die von der so genannten Vennbahn gebildet wurden. Dies hätte bedeutet, dem belgischen Staatsgebiet rund 35 km² mit 3.850 Deutschen einzuverleiben. Diese Enklaven waren das Resultat eines überaus verwirrenden Grenzverlaufs, der nach der Abtretung Eupen-Malmdeys von einer Völkerbundskommission und in verschiedenen deutsch-belgischen Verhandlungen festgelegt worden war. Dabei war das bizarre Ergebnis aus Protest gegen den Gebietsverlust von der deutschen Seite beabsichtigt worden.

Nachdem das Jahr 1947 mit der Bildung einer sozialistisch-christlichsozialen Regierung und der Neuorientierung der belgischen Außenpolitik in Richtung Washington einen langsamen Wandel bedeutet hatte, muss man auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik besonders die Ereignisse des Jahres 1948 hervorheben. Die Untersuchung erhärtet hierin einen Befund, den auch schon andere Studien zur belgischen Außenpolitik in jüngster Zeit erbracht haben.[2] Innerhalb weniger Wochen wurden entscheidende Weichen gestellt. Die Gründung des Brüsseler Paktes verdient dabei besondere Beachtung.

2 Vgl. Lanneau, *Où va la France?*

Die Benelux-Länder kämpften hier zu einem Zeitpunkt, als jedem klar sein musste, dass ein solches regionales Bündnis eigentlich nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, vergeblich um eine Nichterwähnung des deutschen Aggressionspotentials. Mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei verstärkte sich auch in Belgien das Gefühl der Bedrohung. Der Antikommunismus wurde mehr und mehr zum Fundament der westeuropäischen Beziehungen. Die Reaktionen der belgischen Bevölkerung auf die Berlin-Blockade scheinen dies zu belegen. Dazu gehörte jedoch vor allem die entschiedene Unterstützung der Gründung eines deutschen Weststaates auf föderaler Grundlage auf der Londoner Sechsmächtekonferenz. Erstmals war es den Benelux-Staaten gelungen, in der Frage der Zukunft Deutschlands mit den Alliierten am Verhandlungstisch zu sitzen – wenn sie auch nicht an allen Diskussionsrunden beteiligt waren. In London wurden alle wirtschaftlichen Reparationsforderungen von den USA und Großbritannien endgültig verworfen, was Belgien mittlerweile jedoch gut zu verkraften schien. Die Wirtschaft hatte die Kohleschlacht hinter sich gelassen und die überragende Bedeutung des Rhein-Ruhr-Gebiets für den Außenhandel war zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. In der Frage der territorialen Reparationen richtete die Konferenz jedoch eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit den Ansprüchen der Benelux-Länder sowie Frankreichs beschäftigen sollte.

Der Fokus der belgischen Deutschlandpolitik lag neben der Zerstörung jeglichen deutschen Aggressionspotentials vor allem auf dem deutsch-belgischen Grenzgebiet. Die Auswirkungen der diplomatischen Initiativen der Nachkriegszeit machten sich in dieser relativ kleinen Region besonders bemerkbar. Auch hier war der Bezug auf die Zeit nach 1918 deutlich erkennbar. Fixpunkt war das Gebiet von Eupen-Malmedy-St. Vith, das aufgrund des Versailler Vertrages von Deutschland abgetreten worden war. Die belgischen Behörden hatten die damalige Integrationspolitik als einen klaren Misserfolg verbucht, den sie nunmehr bei allen Diskussionen um die Zukunft des Gebietes und die eventuelle Eingliederung deutscher Gebiete im Hinterkopf hatten. So kam es zu einer Art Quadratur des Kreises, indem man nämlich auf eine Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen des Raums Aachen-Düren abzielte, gleichzeitig jedoch die Annexion »größerer deutscher Bevölkerungsteile« ausschloss. Allerdings blieb lange unklar, ob es sich um hunderte, tausende oder gar hunderttausende Deutsche handeln könnte. Insbesondere die Standpunkte von Außenministerium und Annexionsbefürwortern differierten erheblich.

Die Beurteilung der Haltung der deutschen Grenzbevölkerung demonstrierte dies auf anschauliche Weise. Die sehr stark ländlich geprägte Eifelregion schaute in dieser Zeit nicht ohne Neid über die belgische Grenze, wo das Nachbarland als hoch industrialisiert und reich wahrgenommen wurde. Die Assimilationspolitik im deutschsprachigen Teil Belgiens rückte demgegenüber nie in den Blick. Darüber hinaus machte sich die von

der belgischen Regierung verfügte Abriegelung der Grenze überaus negativ bemerkbar, da die Bauern nicht mehr zu ihren unter Sequesterverwaltung gestellten Grundstücken auf belgischem Gebiet gelangen konnten. Auch die Gemeinden bekamen dies zu spüren, da etliche Gemeindewaldungen ebenfalls jenseits der Schlagbäume lagen. Das Ergebnis waren zahlreiche Petitionen an das belgische Außenministerium, in denen eine Eingliederung durch Belgien gefordert wurde. Die belgischnationalen Kreise nutzten diese Bestrebungen, um den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Diskurs zu etablieren, nach dem alle Gebiete, die im Laufe der Jahrhunderte einmal zu Gebilden gehört hatten, die nunmehr zum belgischen Staatsgebiet zählten, belgisch werden sollten. Dies betraf vor allem Teile der Eifelkreise Schleiden und Monschau. Pro-belgische Propaganda schürten dabei auch einige belgische Besatzungsoffiziere, die in enger Verbindung zum Mentor der Annexionsbewegung, Senator Pierre Nothomb, standen. Die belgische Regierung stand solchen Umtrieben jedoch sehr skeptisch gegenüber und reagierte gar nicht erst auf die Petitionen. Die Einschätzung der Lage basierte stattdessen auf Berichten des Militärgeheimdienstes, in denen der Bevölkerung rein ökonomische Motivationen für den angestrebten Staatswechsel attestiert wurden. Die Ereignisse des Jahres 1949 in der kleinen Eifelgemeinde Mützenich sollten diese Sicht der Dinge im Wesentlichen bestätigen.

Die langsam mahlenden Mühlen der Diplomatie hatten durchaus erhebliche Folgen für das politische Leben der Grenzregion. Hauptgrund war der Wille Paul-Henri Spaaks, aber auch der Alliierten, die Forderungen auf deutsches Gebiet, so moderat sie auch seien, diskret, bisweilen geheim zu behandeln. Nachdem die Memoranden aus dem Frühjahr 1947 auch in Deutschland zumindest in Grundzügen bekannt wurden, formierte sich dort der Widerstand – in dessen Rhetorik nicht wenige nationalistische Töne zu verzeichnen waren. Antriebsfeder war der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold (CDU), der in dieser Sache jedoch die Unterstützung aller Parteien besaß. Dabei wurde immer wieder der Präzedenzfall im Osten ins Feld gerufen. So gering die Forderungen auf deutsches Gebiet auch seien, weitere Gebietsverluste an der Westgrenze aufgrund belgischer, niederländischer, luxemburgischer oder französischer Forderungen seien schlichtweg inakzeptabel. Der nordrhein-westfälische Landtag richtete einen Grenzausschuss ein, dem der CDU-Politiker Leo Schwering vorstand. Auch der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, trat gegen die Forderungen der westlichen Nachbarländer ein und mobilisierte seine Kontakte zu flämischen christlichsozialen Politikern wie Frans van Cauwelaert und Auguste de Schrijver, mit denen er schon in der Zwischenkriegszeit in Verbindung gestanden hatte.

Die durch die Pariser Verhandlungen festgelegten Grenzveränderungen brachten für Belgien die angestrebten territorialen Zugewinne, welche die deutschen Enklaven westlich der Eisenbahnstrecke Raeren-Kalterherberg verschwinden lassen sollten. Der

geheime Charakter dieser Gespräche nährte im Grenzgebiet und bei den deutschen Gegnern der Gebietsansprüche Spekulationen um den Umfang der Gebietsverluste. Presse und Politik vervielfachten ihre Interventionen, was zum Jahresbeginn 1949, als die Ankündigung der Beschlüsse näher rückte, hysterische Ausmaße annahm. Dabei hatte die Rhetorik sich jedoch gewandelt. Nunmehr war es die »europäische Einigung«, die als Hauptmotiv gegen territoriale Verschiebungen ins Feld geführt wurden. Ob aus strategischen Gründen oder aus Überzeugung, blieb unklar. Die Wirkung war jedoch durchschlagend, da sich alle Gegner diese Rhetorik zueigen machten. In diesem Sinne unternahm Karl Arnold in einem Telegramm vom März 1949 einen Verzweiflungsversuch, die Regierungen in Brüssel und in Den Haag vom Verzicht auf eine einseitige Konkretisierung ihrer Ansprüche zu überzeugen.

1949

Der Entscheidung der belgischen Regierung, auf die Angliederung der beiden größten Gemeinden der ihr zugesprochenen Gebiete, Roetgen und Mützenich, zu verzichten, kommt große Bedeutung zu. Der eigentliche Grund – die fehlende Rentabilität des Personenverkehrs auf der Vennbahntrasse – ging dank der Strategie des Außenministeriums in den nachfolgenden Ereignissen unter. Die »europäische Geste der Verständigung«, die von der deutschen Presse und der politischen Klasse gefeiert wurde, wurde allein Paul-Henri Spaak zugeschrieben. Dies erklärt die Sympathie vieler Deutscher für den Politiker und verlieh dessen europäischem Engagement in den folgenden Jahren besondere Glaubwürdigkeit. Ebenso wichtig war, dass die (vermeintliche) Entscheidung eines Mannes als die eines ganzen Landes wahrgenommen wurde; dies zeigt der mildere Ton, der in den bilateralen Knackpunkten gegenüber Belgien im Vergleich zu den Niederlanden angeschlagen wurde. Die Frage einer eventuellen Rückgabe der im April 1949 unter Auftragsverwaltung gestellten Gebiete lag jedoch gerade der nordrheinwestfälischen Landesregierung noch immer schwer auf dem Magen.

Die internationalen Entwicklungen mit der Gründung der NATO, dem Ende der Berlin-Blockade, dem Inkrafttreten des Ruhrstatuts und der Gründung der Bundesrepublik standen in singulärem Widerspruch zu den innerbelgischen Auseinandersetzungen, die den dortigen Wahlkampf dominierten. Die Politik des Grenzverzichts und die wenig später über der Räumung der Stadt durch die belgischen Besatzungstruppen aufkommende Bonn-Affäre demonstrierten in den Augen Pierre Nothombs und Paul Struyes die Schwächen einer Außenpolitik, die das nationale Prestige nur allzu oft für ein wenig internationalen Glanz beiseite legte. Darin manifestierte sich nicht zuletzt das tiefe Unwohlsein, das viele Belgier bei dem Gedanken an den deutschen Nachbarn befiel. Letztlich stützte sich auch Spaaks sicherheitspolitischer Ansatz auf ähnliche Ein-

schätzungen, nur sah er in der Integration Westdeutschlands in einen regionalen (westeuropäischen) Zusammenhang die einzig realistische Möglichkeit der Eindämmung.

Die Gründung der Bundesrepublik bot trotz des durch das Besatzungsstatut eingeengten Spielraums die Möglichkeit, den Blick nach vorne zu richten. Die Last der jüngsten Vergangenheit erhielt im politischen Verhältnis der beginnenden 1950er Jahre nur noch eine Nebenrolle – und war doch stets präsent. Markant äußerte sich dies in den Diskussionen um Eheschließungen zwischen belgischen Soldaten in Deutschland und deutschen Frauen. Auch wenn das Ende der Besatzungsarmee zumindest in deren Bezeichnung proklamiert worden war, blieb die Vorsicht der Armeeführung gegenüber Reaktionen der viel zitierten »öffentlichen Meinung« bestehen. Hier manifestierte sich auf symptomatische Art und Weise die Kluft zwischen dem langsamen politischen Annäherungsprozess – immerhin nahm Belgien zur Zeit der Ehe-Debatte gemeinsam mit Dänemark als erstes Land wieder die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik auf – und der gesellschaftlichen Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen. In den demoskopischen Untersuchungen jener Zeit offenbarte sich jedoch nur noch selten offene Feindseligkeit oder Rachsucht. Die Angst vor der sowjetischen Bedrohung dominierte. Solange die deutsche Rhetorik in den Bahnen der Westintegration verlief, blieben die Alarmglocken still. Vielmehr wurden Indifferenz und fast schon ostentatives Desinteresse zu den Kennzeichen der deutsch-belgischen Gesellschaftsbeziehungen. Der Befund ist eindeutig: Zivilgesellschaftliche Beiträge waren im deutsch-belgischen Annäherungsprozess kaum zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildeten Wirtschaftsvereinigungen wie die deutsch-belgisch-luxemburgische Handelskammer mit ihrer Außenstelle in Köln. Immerhin rafften sich die Historiker im Jahr 1954 in Braunschweig zu einer gemeinsamen Tagung auf, in der erstmals sine ira et studio die schmerzliche Erfahrung des Ersten Weltkriegs thematisiert wurde.[3] Auch der literarische Umgang mit den deutsch-belgischen Beziehungen gehörte in den 1950er Jahren nicht zu den großen Themen belgischer Schriftsteller.[4] Das Schweigen war transnational.[5] Ähnlich wie im deutsch-französischen Fall dauerte es einige Zeit, bis

3 Aus der Sicht eines belgischen Teilnehmers: Emile Lousse, Erste deutsch-belgische Historikertagung in Braunschweig, in: *Mitteilungen des Instituts für Auslandsbeziehungen*, September-Dezember 1956, S. 303–304. Die deutsche Delegation leitete Georg Eckert.

4 Vgl. Lut Missinne, Die niederländischsprachige Literatur, in: Koll, *Belgien*, S. 148–179, hier: 163–171; Anne Begenat-Neuschäfer, Die französischsprachige Literatur, in: *Ebd.*, S. 180–202, hier: S. 194–198; Phillippe Beck, Die deutschsprachige Literatur, in: *Ebd.*, S. 203–223, hier: S. 212–215.

5 Vgl. Norbert Frei und Sybille Steinbacher (Hg.), *Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust*, (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte), Göttingen, 2001; Ders. und Volkhard Knigge (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München, 2002 (Beiträge von Perz, Lagrou, Dimitrow, Sznaider, Arad).

Städtepartnerschaften in Gang kamen. Für die 1950er Jahre lassen sich nur sehr wenige Fälle ermitteln. Ab den 1960er Jahren waren es dann vor allem die deutschen Kommunen mit belgischen Besatzungsstandorten, die derartige Verschwisterungen eingingen.[6]

Die politischen Annäherungsprozesse waren jedoch ebenfalls von etlichen Phasen der Stagnation geprägt. Dem erklärten Willen der Regierungen zu einer Einigung in der Grenzfrage standen die innenpolitischen Verhältnisse in Brüssel und der deutsche Wille der Gleichbehandlung in den zwischenstaatlichen Beziehungen als Reibungspunkte entgegen. Von Diplomaten und Experten mühsam ausgehandelte technische Lösungen für den komplizierten Grenzverlauf scheiterten mehrfach. »Gebietsaustausch« und »Volksbefragung« wurden zu Stolperfallen parlamentarischer Ratifizierungsprozesse stilisiert. Es waren wohl die externen Faktoren – Kalter Krieg und europäische Integration –, die dafür sorgten, dass die Verhandlungen trotzdem immer wieder neu aufgenommen wurden.

Schon von den Zeitgenossen wurde auf den Umstand hingewiesen, dass in der Zeit zwischen 1949 und 1954 keine Einigung in der vordringlichsten Frage erreicht werden konnte, obwohl in beiden Staaten christlichsoziale bzw. christdemokratische Parteien die Regierungskonstellationen beherrschten bzw. alleine regierten. Die Untersuchung hat vor allem die Bedeutung der Personenkonstellationen herausgearbeitet. Das Verhältnis Spaak-Adenauer erwies sich als erfolgreicher als dasjenige zwischen van Zeeland und Adenauer. Van Zeelands Bestrebungen, keine Souveränitätsrechte aufzugeben und sein Zögern, seine Parteikollegen von einem Gebietsaustausch zu überzeugen, bildeten entscheidende Hindernisse auf dem Weg zu einer Einigung. Die Übernahme des Außenministeriums durch Spaak im Frühjahr 1954 dynamisierte auch nochmals jene Diplomaten, deren persönliche Beziehungen zu ihren deutschen Kollegen ohnehin als gut zu bezeichnen war. Zudem war es das Narrativ des Zweiten Weltkriegs, das den deutschen Vernichtungskrieg im Osten und die Vernichtungslager ausblendete und somit das Bild einer »ehrenvollen Auseinandersetzung« (Lagrou) schuf, welches in der Diplomatie vorherrschte.[7]

6 Derzeit verfügen 112 von 589 belgischen Gemeinden über eine deutsche Partnergemeinde. Davon sind nur einige wenige in den 1950er Jahren entstanden – die meisten im Rahmen von multinationalen Initiativen.
S. <www.diplomatie.be/berlinfr/default.asp?id=35&mnu=35>. Zu den deutsch-französischen Partnerschaften, vgl. Corine Defrance, Les premiers jumelages franco-allemands, 1950–1963, in: *Lendemains*, 84(1996), S. 83–95. Defrance konstatiert große Zurückhaltung bei den französischen Gemeinden in dieser Hinsicht. Zwischen 1950 und 1957 habe es nur 25 Verschwisterungen gegeben. Erst im Vorfeld der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags habe sich dies deutlich verändert.

7 Auf belgischer Seite ließe sich dies ebenfalls an den Debatten um die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus zeigen. Die *Résistance* drängte hierbei alles in den Schatten – auch das

1956

Das Ringen um die Ratifizierung der EVG und schließlich ihr Scheitern bewirkten zweifellos eine Verstärkung der deutsch-belgischen Regierungskontakte. Die Mittlerrolle, die Belgien im deutsch-französischen Verhältnis einnehmen wollte oder sollte, manifestierte sich deutlich. Die Pariser Verträge bedeuteten auch für die belgische Seite ein Stück mehr Sicherheitsempfinden. Man kann durchaus argumentieren, dass auch Adenauers Anliegen, den Deutschen dieses Gefühl zurückzugeben, ein starkes Motiv dafür war, nunmehr auch die bilateralen Probleme – zuvorderst die Grenzfrage – zu regeln. Die Wiedererlangung der Souveränität durch die Aufhebung des Besatzungsstatuts am 5. Mai 1955 markierte hier einen durchaus auch von belgischer Seite als solchen wahrgenommenen Meilenstein.[8] Einen weiteren Hintergrund bildete wohl die verstärkte Wahrnehmung der Schwäche Europas im Ost-West-Konflikt, die viele Beteiligte die Notwendigkeit der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit erkennen ließ.[9] Auch Konrad Adenauers Rede in Brüssel am Abend nach der Unterzeichnung des Ausgleichsvertrags lässt sich in diesem Sinn interpretieren – die Ereignisse in Ungarn und die Suez-Krise wirkten wie Verstärker dieser Empfindungen.

Auf der Mikroebene der direkt betroffenen Grenzbevölkerung setzte der im September 1956 geschlossene deutsch-belgische Ausgleichsvertrag der verbreiteten Ungewissheit ein Ende. Erstmals war der Grenzverlauf frei ausgehandelt worden. Für die deutsche Grenzbevölkerung brachte die anschließende Diskussion um die Freigabe ihrer Grundstücke nochmals die sozioökonomische Dimension der Grenzfrage zum Vorschein. Für ihre Nachbarn auf der belgischen Seite waren die Zeiten trotz deutsch-belgischer Annäherungsprozesse schwieriger. Die Grenze blieb »gläserner Vorhang« (Lejeune). Der unbefangene Blick auf Deutschland und die Deutschen blieb den deutschsprachigen Belgiern noch auf Jahrzehnte verwehrt. Eine Mittlerfunktion im deutsch-belgischen Verhältnis war undenkbar.

Auf der Ebene der politischen Beziehungen bekräftigte der Vertrag zumindest das Vertrauen, Probleme gemeinsam angehen und lösen zu können – was für den Fortgang der europäischen Integration wesentlich war. Die Untersuchung hat jedoch auch gezeigt, dass eine vorschnelle Verschmelzung der deutsch-belgischen Annäherung mit dem westeuropäischen Einigungsprozess zwar unzulässig ist, dass aber die Entstehung dieser Sicht der Dinge schon in der betrachteten Zeitspanne begründet liegt. Eine Kon-

Schicksal der Juden in Belgien. Vgl. Lagrou, *Mémoires patriotiques*, S. 203–237, hier: S. 214.

8 Vgl. aus deutscher Perspektive: Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: *VfZ*, 53(2005), 3, S. 357–380, hier: S. 368–370.

9 Vgl. Trunk, *Europa als Ausweg*, S. 154–171.

stante bildet jedoch die geradezu allergische Reaktion der kleinen Länder gegenüber jeder Konzeption, die in ihren Augen eine Dominanz Deutschlands in Westeuropa bewirken könnte.

Es mag eben auch die zeitliche Nähe zu den Römischen Verträgen sein, die das September-Abkommen in Vergessenheit geraten lassen. Einen zumindest oberflächlich im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerungen verankerten Symbolwert, wie ihn der Elysée-Vertrag für die deutsch-französischen Beziehungen besitzt[10], kommt ihm nicht zu – auch nicht im deutsch-belgischen Grenzland.

Annäherung durch Wandel

Intuitiv wäre man versucht, von einer Erfolgsgeschichte zu sprechen. Vertrauensbildung – wobei auch dafür Kriterien definiert werden müssten[11] – und Lösung der bilateralen Probleme plädieren sicherlich für diese Einschätzung. Jedoch wäre zu fragen, ob sich Erfolg nicht vielleicht über die gewandelten Bilder in den Köpfen der Bevölkerungen konstituiert. Dies würde für eine skeptischere Sichtweise sprechen. Einiges deutet schließlich darauf hin, die deutsch-belgischen Beziehungen in der Dekade nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als einen Lernprozess zu betrachten. Der Wille, es besser zu machen als in der jüngsten Vergangenheit, und die Einsicht, es aufgrund der Wahrnehmung des Ost-West-Konfliktes besser machen zu müssen, waren auf beiden Seiten vorhanden. Es war der profunde Wandel, dem Europa seit 1945 ausgesetzt war, der die Annäherung erst ermöglichte.

10 Zu Anspruch und Wirklichkeit des Elysée-Vertrags, vgl. Ulrich Pfeil und Corine Defrance (Hg.), *Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963-2003*, München, 2005.

11 Vgl. Ute Frevert (Hg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen, 2003.

Dank

Das vorliegende Buch ist die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Wintersemester 2008 von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommen wurde.

Am Ende einer solchen mehrjährigen Arbeit haben sich naturgemäß Dankesschulden angehäuft, derer sich der Verfasser nur allzu gerne entledigt – wenn er sich damit auch der Gefahr aussetzt, des Vergessens überführt zu werden.

Zunächst richtet sich mein Dank an meinen Doktorvater Norbert Frei, der es mir ermöglicht hat, durch eine Promotion in Deutschland eine andere Wissenschaftskultur kennen zu lernen, die trotz der Nachbarschaft zu Belgien so unbekannt schien. Er hat die Arbeit auch über die größere geographische Distanz zwischen Eupen und Jena in den letzten beiden Jahren immer mit großem Interesse begleitet und gefördert. Thomas Kroll übernahm freundlicherweise das Zweitgutachten. Ich verdanke ihm wichtige Hinweise im Hinblick auf die Schärfung des Profils der publizierten Arbeit.

Dank zu sagen habe ich auch meinem akademischen Lehrer an der Universität Lüttich, Francis Balace, auf dessen Anregung das Projekt überhaupt erst zustande kam, und der immer wieder ein offenes Ohr für meine Fragen und Auskunftswünsche hatte. Er hat es sich außerdem nicht nehmen lassen, als Korrekturleser zu fungieren.

Ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der Ruhr-Universität Bochum in den Jahren 2003–2005 hat es mir erlaubt, die Archivstudien unter bestmöglichen Bedingungen durchführen zu können. Der Empfang in allen von mir besuchten Archiven ist mir in bester persönlicher Erinnerung. Stellvertretend danke ich der Archivarin des Belgischen Außenministeriums Françoise Peemans, die mir die Durchsicht von Beständen ermöglichte, die eigentlich noch unter die Sperrfrist fielen.

Dem Klartext Verlag und seinem Leiter Ludger Claßen danke ich für die Aufnahme des Werks in sein Programm und die unkomplizierte Zusammenarbeit. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens unterstützte die Drucklegung auf unbürokratische Art und Weise.

Das Schreiben eines umfangreichen Textes ist nur mit Hilfe kompetenter Korrekturleser möglich. Hier danke ich besonders Freddy Cremer, sowie Thomas Miessen, Werner Mießen, Edie Kremer und Karl-Heinz Brüll. Auch den Freunden, die mich bei meinen Archivstudien beherbergt haben, gilt mein Dank: Fabrice Chantraine (damals Brüssel und Fribourg, heute Melbourne) und Heiko F. Marten (Berlin) seien stellvertretend genannt. Der Austausch mit meinem Mitdoktoranden Markus Roth war ein ständiger positiver Begleiter bei der Entstehung der Arbeit.

Auch wenn Privates sich eigentlich nicht für große Bekundungen in der Öffentlichkeit eignet, so sollen an dieser Stelle meine Eltern hervorgehoben werden. Ohne ihre Unterstützung hätte ich diesen Weg nicht gehen können. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Dorothée Mailleux hat die Entstehung der Arbeit fast täglich miterlebt und immer wieder Mut gemacht.

Eupen, im Oktober 2009

Quellenverzeichnis

Archive

Archiv des Belgischen Außenministeriums (AMAEB), Brüssel
12259 Occupation de l'Allemagne
12260 Occupation de l'Allemagne
12261 Zone d'occupation belge en Allemagne
12264 Cessation de l'état de guerre avec l'Allemagne
12302 Politique culturelle en Allemagne occupée
12402 Allemagne: Dossier général
12876 Occupation en Allemagne: correspondance anglo-belge
12877A Accords contractuels Alliés-Allemagne
12879 Frontières occidentales
12885 Frontières Belgique
12886 Frontières Belgique-Allemagne: requêtes de particuliers, députés, …
12887 Frontières Belgique-Allemagne: questions économiques, Bois, Chemin de fer Raeren-Kalterherberg, Douanes, Hydrographie
12888 Frontières Belgique-Allemagne: contentieux liés à Vesdre, Cheminots, sequestres, maison belge de Cologne, sécurité sociale, victimes des nazis, Lastenausgleich
12889 Frontières Belgique-Allemagne: Statut Général Bolle
12890 Frontières Belgique-Allemagne: commission de démarcation
12891 Frontières Belgique-Allemagne: Dossier général 1944–1956.
12896 Frais d'occupation
15936 Rapports de la Haute Commission Alliée pour l'Allemagne

Archiv der Katholischen Universität Neu-Löwen (UCL)
Papiers Baron Pierre Nothomb
Papiers Paul van Zeeland

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), München
ED 157: *Nachlass Theo und Erich Kordt*

Bundesarchiv (BA), Koblenz
Nachlass 174: Franz Thedieck

B 106/63260, B 106/77048, B 137/3837, B 137/16538, B 141/35546
Z 21/1249, Z 35/185, Z 35/186, Z 35/187

Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), Freiburg
BW 1/11395, BW 1/11402, BW 1/58581, BW 1/58582
BW 9/2116, BW 9/2297, BW 9/3442, BW 9/3443, BW 9/3560

Centre d'Etudes de Guerres et Sociétés contemporaines (CEGES), Brüssel
AA 620: *Papiers Devroye*
AA 699/75: *Papiers Baron Hervé de Gruben*
AA 920: *Papiers Vanwelde*
AA1445: *Papiers Duffoz*
Mikrofilme aus dem Public Record Office/Foreign Office:
FO 123/580, FO 123/591, FO 123/592, FO 123/606, FO 123/607
FO 371/38884A, FO 371/48980, FO 371/67651, FO 371/79031

Dokumentationszentrum des Königlichen Armeemuseums (MRAHM), Brüssel
Papiers Georges Goethals

Fondation Paul-Henri Spaak
Archives Paul-Henri Spaak: Allemagne

Generalstaatsarchiv des Königreichs Belgien (AGR), Brüssel
Papiers Jean de Lannoy

Historisches Archiv der Stadt Köln (HAStK), Köln
Nachlass 1193: Dr. Leo Schwering
Acc2 (Oberbürgermeister)/331a, Acc2/379, Acc2/412, Acc2/425, Acc2/745, Acc2/832, Acc2/1168, Acc2/1169, Acc2/1170, Acc2/1171, Acc2/1172, Acc2/1178, Acc2/1279, Acc2/1428, Acc2/1674, Acc2/2554
Acc5 (Oberstadtdirektor)/156, Acc5/670, Acc5/884, Acc5/960, Acc5/974, Acc5/1062, Acc5/1085, Acc5/1105
Acc148 (Nachrichtenamt)/495, Acc148/496
Acc347 (Besatzungsamt)/9, Acc347/10, Acc347/11, Acc347/12, Acc347/13
Acc871 (Sportamt)/583, Acc871/818

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (HStAD), Düsseldorf
NW (Staatskanzlei) 22, Nr. 409, 410, 411, 514

NW 53, Nr. 156, 183, 352, 353, 358, 359, 360/1, 360/2, 361, 362, 363, 398/1, 398/2, 398/3, 399/1, 399/2, 400/1, 400/2, 401/1, 401/2, 402, 403, 560, 567, 572, 1015, 1016, 1017
NW 72, Nr. 467, 468, 469, 472, 473, 493, 494, 497
NW 154, Nr. 338
NW 179, Nr. 77, 78, 245, 725, 1355
NW 182, Nr. 141
NW 190, Nr. 433/1, 433/2, 442/1, 442/2, 445, 446, 447, 448, 455, 469, 471, 472, 473, 474, 475, 478, 479, 480, 481, 482, 487, 488, 630, 632
NW 370, Nr. 292/1, 292/2, 293, 299, 300
NW 397, Nr. 184, 185, 186, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 252
BR (Regierungspräsidium Aachen) 1030, Nr. 297
BR 1038, Nr. 389
BR 1047, Nr. 299
BR 1050, Nr. 174, 175, 508, 509
BR 1058, Nr. 13, 16, 37, 85, 86, 87, 94, 111, 117, 130, 131, 132, 133
RWN 74: *Dr. Leo Schwering*
RWN 95: *Rudolf Amelunxen*
RWN 139: *Sammlung Peter Hüttenberger*
RWN 157: *Dr. Erich Kordt*
RWN 210: *Dr. Josef Hofmann*

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Berlin
B2, Bd. 19
B10, Bd. 245, 384, 385
B24, Bd. 25, 26, 27, 28, 29, 30, 137, 138, 139, 140, 143, 144, 145, 146, 148, 149, 150, 151, 153, 154
B80, Bd. 2, 60, 240, 1097
B86, Bd. 264, 559, 560, 561, 564, 565, 566, 569, 936, 938, 945, 953, 1049

Privatarchiv Prof. Dr. Francis Balace, Universität Lüttich
Papiers Baron Holvoet

National Archives (ehem. Public Record Office), Kew
FO 371/55726, FO 371/55728, FO 371/55729, FO 371/55730, FO 371/55731, FO 371/55912, FO371/59925, FO 371/64333, FO 371/64470, FO 371/70565, FO 371/70567, FO 371/76750, FO 371/76751, FO 371/76752, FO 371/76757, FO 371/79008, FO 371/95979, FO 371/103695, FO 371/124579

FO 1030/79
FO 1049/356
FO 1050/283
FO 1086/31

Service Général Renseignement et Sécurité/Section Archives, Evere
Ministère de la Défense Nationale: *Fonds Cabinet*,
1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956
Papiers Rootsaert

Stadtarchiv Bonn (StABN), Bonn
Go 9678
Staatsarchiv Eupen, Eupen
Nachlass Max Mockel

Gedruckte Quellen

Konrad Adenauer, *Teegespräche 1950–1954, 1955–1948*, berab. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin, 1984, 1986.

Konrad Adenauer, *Briefe 1949–1951, 1951–1953*, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin, 1985, 1987.

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, 5 Bde., bearb. von Walter Vogel, Christoph Weisz, Wolfram Werner, Günter Plum, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger, München/Wien, 1976–1981.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer und die Hohen Kommissare, Bd. 1: 1949–1951, Bd. 2: 1952, bearb. von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München, 1989, 1990.

Annales Parlementaires Chambre, 1944–1958.

Annales Parlementaires Sénat, 1944–1958.

Archiv der Gegenwart (Keesing's), 1945–1956.

Belgische Ministerratsprotokolle, 1944–1949 (<http://arch.arch.be/http://arrow.arch.be/ddd/conseilF.htm>).

Deutscher Bundestag. Sitzungsprotokolle, Bonn, 1949 ff.

Documents Diplomatique Belges 1941–1960, Bd. 2: Défense, bearb. von Luc de Vos, Etienne Rooms, Pascal Deloge und Jean-Michel Sterkendries, Brüssel, 1998.

Documents Diplomatique Belges 1941–1960, Bd. 6: Le Statut de l'Allemagne, bearb. von Paul De Visscher und Yves Lejeune unter Mitwirkung von Thierry Grosbois und Jean-Luc Vandenbrouck, Brüssel, 2009.

Documents Diplomatiques Français, 1944–1959, Paris, 1988–2007.
Documents on Germany under Occupation, 1945–1955, hg. von Beate Ruhm von Oppen, Royal Institute of International Affairs, London u.a., 1955.
Documents on international affairs 1947–48, hg. von Margaret Carlyle, London, 1952.
Documents on the History of European Integration, Bd. 2, hg. von Walter Lipgens, Berlin/New York, 1986.
Europa-Archiv, 1945–1956.
Foreign Relations of the United States, 1944–1956.
Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949, hg. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 1951.
Die Gesamtverfassung Deutschlands, hg. von Dietrich Rauschning, Berlin, 1972.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1: 1949, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rhein, 1982, Bd. 2: 1950, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rhein, 1984, Bd. 8: 1955, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena, München, 1997, Bd. 9: 1956, bearb. von Ursula Hüllbüsch, München, 1998, Bd. 10: bearb. von Ulrich Enders und Josef Henke, München, 2000, Bd. 11: 1958 bearb. von Ulrich Enders und Christoph Schawe, München, 2001.
Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 1946–1950, 1950–1954, 1954–1958, Düsseldorf, 1992–1997.
Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Bd. 5/II: Ausschuss für Grundsatzfragen, bearb. von Eberhart Pikart und Wolfram Werner, Boppard am Rhein, 1993.
La Pensée atlantique et européenne de Paul-Henri Spaak. Textes réunis par Paul-F. Smets, 2 Bde., Brüssel, 1980.
Popular Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys 1945–1949, hg. von Anna J. Merritt, Indiana, 1970.
Quellen zur staatlichen Neuordnung Deutschlands 1945–1949, hg. von Hans Dieter Kreikamp, (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. 35), Darmstadt, 1994.

Erinnerungsliteratur und zeitgenössisches Schrifttum

Adenauer, Konrad: *Erinnerungen*, Bd. 1: 1945–1953, Bd. 2: 1953–1955, Bd. 3: 1955–1959, Bd. 4: 1959–1963, Stuttgart, 1965–1968.
Champion, Lucien: *La chronique des 53000*, Brüssel, 1973.
Churchill, Winston S.: Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Sonderauflage, Bern/München, 1998.

Créange, Henri [Pseudonym für Nothomb, Pierre], *Le Prince d'Olzheim*, Brüssel, 1944.
De Briey, Renaud: *Le sens de la guerre*, Brüssel, 1946.
De Mérode, Louis: Le point de vue national dans la question du Rhin, in: L'*Actualité Politique*, nº2 (August 1945), S. 5–19.
De Pinchart, Henry: Les opérations du 21e Groupe d'Armée britannique 1944–1945, in: *Le Combattant 1940–1945*, X–XII, 1978, S. 1–11.
De Staercke, André: *Tout cela a passé comme une ombre*, hg. von Jean Stengers und Ginette Kurgan-van Hentenryck, Brüssel, 2003.
Drion du Chapois, François: *La vocation européenne des Belges*, Paris/Brüssel, 1958.
Halkin, Léon.-E.: *A l'ombre de la mort*, Gembloux, 1965.
Kroll, Hans: *Mémoires d'un ambassadeur*, Paris, 1969.
Lensen, Raymond: *La roue du destin*, Lüttich, 1981.
Muûls, Fernand: *Quarante ans au service de l'Etat*, o.O., o.D. [1994].
Nothomb, Pierre: La Belgique et le problème allemand, in: *Revue générale belge*, 1946–1947 (13–18), S. 656–666.
Padover, Saul K.: *Lügendetektor. Vernehmungen im besetzten Deutschland 1944/45*, München, 2001.
Pasquasy, René: *La fraternisation en Allemagne*, Liège, 1948.
Rothschild, Robert: *Un phénix nommé Europe. Mémoires 1945–1995*, Brüssel, 1997.
Spaak, Paul-Henri: *Combats inachevés*, 2 Bde., Paris, 1969, dt. *Memoiren eines Europäers*, Hamburg, 1969.
Truman, Harry S.: *Years of Trial and Hope*, Bd. II, New York, 1965.
Van Ussel, Michel: *Het woord is an België. De rol van de kleine naties in de internationale politiek*, Zellik, 1992.
Vanwelde, Armand: *Histoire de la création de la Police Militaire Belge (CMP) au sein du 21st Army Group British Liberation Army (BLA 1945)*, Brüssel, 1983.

Periodika
(verzeichnet sind nur die systematisch durchgesehenen Presseorgane)

Aachener Volkszeitung, Aachen
Gazette du Soldat, Brüssel
Grenz-Echo, Eupen
L'Armée, la Nation, Brüssel
La Libre Belgique, Brüssel
Le Soir, Brüssel
Pourquoi pas, Brüssel
Vici, Brüssel

Insoc, 1946 (avril-juin), nº2, S. 35–40 (L'entente des nations occidentales).
Insoc, 1946 (juillet-octobre), nº3, S. 64–73 und 74–79 (La paix et la politique des Grandes Puissances) (Le Verdict de Nuremberg).
Insoc, 1950, nº3, S. 39–45 (Le relèvement économique de l'Allemagne).
Insoc, 1950, nº5, S. 21–23 und 25–31 (L'armée européenne) (Le réarmement de l'Allemagne)
Insoc, 1950, nº6, S. 61–64 (Questions de politique internationale)

Zeitzeugenbefragungen

Léon Jacobs, Amel, Belgien, 18.8.2004.
Marcel Raeven, Lüttich, Belgien, 2.7.2004.
René Vincent, Lüttich, Belgien, 20.8.2004.
Robert George, Lüttich, Belgien, 20.8.2004.

Literaturverzeichnis

Adam, Alfred: *Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen*, Bonn, 1971.

Ahrens, Hanns D.: *Demontage. Nachkriegspolitik der Alliierten*, München, 1982.

Alexander, Lewis M.: Recent changes in the Benelux-German boundary, in: *The Geographical Review* (New York), 1953, vol. XLIII, 2, S. 69–76.

Alter, Peter: Die Briten am Rhein. Die frühen Besatzungsmonate in Köln, in: Dülffer (Hg.), »*Wir haben schwere Zeiten hinter uns*« …, S. 88–104.

Annan, Noel: The Work of the British Control Commission. A Personal View, in: Adolf M. Birke und Eva A. Mayring, *Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder*, London, 1992, S. 1–16.

Balace, Francis u.a. (Hg.): *Pierre Nothomb et le nationalisme belge de 1914 à 1930*, (= coll. Les cahiers de l'Académie luxembourgeoise), Arlon, 1980.

Balace, Francis: Psychologie de l'officier belge face à la défaite. Juin 1940 – Automne 1941, in: *Actes du Colloque d'Histoire Militaire Belge (1830–1980). Bruxelles, 26–28 mars 1980*, hg. Musée Royal de l'Armée et d'Histoire Militaire, Brüssel, 1981, S. 339–361.

Balace, Francis: Les militaires belges en Grande-Bretagne, in: *Jours de Londres*, Brüssel, 2000, S. 109–119.

Balace, Francis: »La nuit la plus courte … La libération de Bruxelles«, in: *Jours libérés*, (Jours de Guerres 19–20), Brüssel, 2000, S. 54–79.

Bariéty, Jacques: La décision de réarmer l'Allemagne, l'échec de la Communauté Européenne de Défense et les accords de Paris du 23 octobre 1954 vus du côté français, in: *RBPH*, 1993, 354–383.

Baumann, Roland: Kurt Grünebaum, entre l'Allemagne et la Belgique, in: Ders. und Hubert Roland (Hg.), *Carl Einstein in Brüssel: Dialoge über Grenzen. Carl-Einstein-Kolloquium 1998*, Frankfurt a.M.u.a., 2001, S. 277–292.

Bauduin, Fernand: *Histoire économique de la Belgique 1945–1956*, Brüssel, 1958.

Beaufays, Jean: Aspects du nationalisme belge au lendemain de la Grande Guerre, in: *Annales de la Faculté de Droit de Liège*, 1971, S. 105–174.

Becker-Döring, Claudia: *Die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1952–1960: Die Anfänge einer europäischen Außenpolitik?*, (= Studien zur modernen Geschichte, 57), Stuttgart, 2003.

Becker-Jakli, Barbara: *Das jüdische Krankenhaus in Köln. Die Geschichte des Israelischen Asyls für Kranke und Altersschwache 1869–1945*, Köln, 2004.

Benz, Wolfgang: Erzwungenes Ideal oder zweitbeste Lösung? Intentionen und Wirkungen der Gründung des deutschen Weststaates, in: Herbst (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955* …, S. 135–146.

Benz, Wolfgang, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, 3. Aufl., München, 1994.

Benz, Wolfgang, *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*, 5. Aufl., München, 1999.

Berge, Frank und Grasse, Alexander: *Belgien – Zerfall oder föderales Zukunftsmodell? Der flämisch-wallonische Konflikt und die Deutschsprachige Gemeinschaft*, Opladen, 2003.

Bernardo y Garcia, Luis Angel: Tenby ou la genèse des Forces de Terre belges en Grande-Bretagne, in: *Jours de Londres*, S. 78–107.

Bertha, Alfred: Vor 40 Jahren: Das Ende »Bolleniens«, in: *Im Göhltal*, 1998/8, S. 29–62.

Birke, Adolf M. und Mayring, Eva A.: *Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder*, London, 1992.

Birke, Adolf M. und Mayring, Eva A.: Einleitung, in: Dies. (Hg.), *Britische Besatzung in Deutschland* …, S. iii–xi.

Blank, Bettina: *Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland*, München, 1995.

Blank, Ralf: Kriegsendphase und »Heimatfront« in Westfalen, in: *Westfälische Forschungen*, nº55, 2005, S. 361–421.

Bloch, Marc: *Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers*, hg. von Peter Schöttler, Stuttgart, 2002.

Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, München, 2001.

Bott, Klemens: Die Europa-Diskussion in Belgien, in: Wilfried Loth (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, Bonn, 1990, S. 69–85.

Boxhoorn, Abraham: *The Cold War and the rifts in the governments of national unity*, (= Amsterdamsche Historische Reeks, 25), Amsterdam, 1993.

Brouwer, Jan Willem: La Belgique dans la politique européenne des Pays-Bas de 1945 à nos jours, in: Dumoulin, Duchenne, Van Laer (Hg.), *La Belgique* …, S. 213–229.

Brüll, Christoph: Annexion, réparation, rectification? Le problème de la frontière belgo-allemande après la Seconde Guerre mondiale (1945–1949), in: *Cahiers d'Histoire du Temps Présent/Bijdragen tot de Eigentijdse Geschiedenis*, 16 (2005), S. 91–131.

Brüll, Christoph: Un passé mouvementé: L'histoire de la Communauté germanophone de Belgique, in: Stangherlin, Katrin (Hg.): *La Communauté germanophone de Belgique – Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens*, Brügge, 2005, S. 17–47.

Brüll, Christoph: Entre intégration et méfiance. Les germanophones dans l'armée belge 1920–1955, in: *Cahiers Belges d'Histoire Militaire*, 4 (2006), S. 135–163.

Brüll, Christoph: Liège et l'Allemagne au XXe siècle. Quelques réflexions à propos d'un voisinage compliqué, in: Lanneau Catherine, Raxhon Philippe und Colignon Alain (Hg.), *Radicalités, identités, patries. Hommage au professeur Francis Balace*, Lüttich, 2009 (im Erscheinen).

Brunn, Gerhard: Köln in den Jahren 1945 und 1946. Die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens, in: Otto Dann (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus* …, S. 35–72.

Buch, Pierre und Vanderlinden, Jacques: *L'Uranium, la Belgique et les Puissances. Marché de dupes ou chef d'œuvre diplomatique?,* Brüssel, 1995.

Budde, Gunilla, Conrad, Sebastian und Janz, Oliver (Hg.): *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen, 2006.

Buffet, Cyril: La Sage Aventure. Les conditions de la réconciliation franco-allemande 1944–1963, in: Schuker (Hg.), *Deutschland und Frankreich* …, S. 249–268.

Busemann, Wilfried: Wiedergutmachung als Pflichtübung? Zur Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946, in: Hudemann (Hg.), *Grenz-Fall* …, S. 401–412.

Bussière, Eric: La politique européenne de la Belgique vue de France à l'époque de la CECA et de la CED (1950–1954), in: Dumoulin, Duchenne, Van Laer (Hg.), *La Belgique* …, S. 199–212.

Byl, Philippe: *La Belgique et la C.E.C.A. La phase des négociations (9 mai 1950–18 avril 1951)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Katholische Universität Neu-Löwen, 1986.

Carlier, Philippe: Fernand Dehousse et le projet d'Union Politique, in: Gilbert Trausch (Hg.), *Die Europäische Integration* …, S. 365–377.

Charles, Jean-Léon: *Les forces armées belges 1940–1945*, (Notre passé), Brüssel, 1970.

Chenaux, Philippe: L'Europe des catholiques: principes et projets, in: Michel Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre* …, S. 199–213.

Conway, Martin und Gotovitch, José (Hg.): *Europe in Exile. European Exile Communities in Britain 1940–45*, New York/Oxford, 2001.

Conway, Martin: *Degrelle. Les années de collaboration*, [2]Brüssel, 2005.

Conze, Eckart: »Moderne Politikgeschichte«. Aporien einer Kontroverse, in: Müller (Hg.), *Deutschland und der Westen* …, S. 19–30.

Conze, Eckart: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte, in: Loth und Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte* …, S. 117–140.

Conze, Eckart: Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: *VfZ*, 53 (2005), 3, S. 357–380.

Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München, 2009.

Conze, Vanessa: Die Grenzen der Niederlage. Kriegsniederlagen und territoriale Verluste im Grenz-Diskurs in Deutschland (1918–1970), in: Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Dieter Langewiesche und Friedrich Lenger (Hg.), *Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen*, Berlin, 2004, S. 163–184.

Conze, Vanessa: *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, (= Studien zur Zeitgeschichte, 69), München, 2005.

Coolsaet, Rik: *Histoire de la politique étrangère de la Belgique*, Brüssel, 2001.

Cramer, Alan und Horne, John: *German Atrocities 1914. A History of Denial*, New Haven/London, 2001.

Cremer, Freddy: Annexion Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in *I&M* [Informationen und Meinungen], 1994, nº3, S. 3–13.

Cremer, Freddy und Mießen, Werner (Hg.): *Spuren. Materalien zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*, Eupen, 1995.

Cremer, Freddy: »Verschlusssache« Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: Ders., Carlo Lejeune und Andreas Fickers, *Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert*, Sankt-Vith, 2001, S. 9–26.

Cremer, Freddy: Als man den aufrechten Gang wieder lernen musste. Von den »Incivique« zu den »Modellbelgiern«, in: *Spuren in die Zukunft* …, S. 99–116.

Creutzberger, Stefan: *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*, Düsseldorf, 2008.

Dann, Otto: Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus*, Wuppertal, 1981, S. 7–14.

De Bellefroid, Diane: La Commission pour l'Etude des Problèmes d'Après-Guerre », in: *Jours de Londres*, (Jours de Guerre 16–18), Brüssel, 2000, S. 337–349.

De Callataÿ, Valentine: *Anton Pfeiffer. Premier Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne en Belgique (27 juin 1951–1er décembre 1954)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Katholische Universität Neu-Löwen, 2000.

Defebvre, Denis: Les socialistes et l'Europe, in: Michel Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947*, Brüssel u.a., S. 233–246.

Defrance, Corine: Les premiers jumelages franco-allemands, 1950–1963, in: *Lendemains*, 84 (1996), S. 83–95.

Defrance, Corine und Pfeil, Ulrich (Hg.): *Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003*, München, 2005.

Deighton, Anne: Cold-War Diplomacy: British Policy towards Germany's Role in Europe 1945–9, in: Turner (Hg.), *Reconstruction in Post-War Germany* …, S. 15–34.

Deloge, Pascal: La défense commune dans l'opinion militaire belge: Europe et interdépendance, 1945–1955, in: *RBHM*, XXX-8, 1994 (Dezember), S. 613–636.

Deloge, Pascal: Enthousiasme ou réticence? Analyse de la conscience européenne des décideurs militaires belges durant la négociation CED (1950–1954), in: *RBHM*, XXXI-7/8, 1996 (September-Dezember), S. 171–183.

Deloge, Pascal: Belgium, The Benelux Countries, the German Question and the Geneva Summit (July 1955), in *RBHC*, XXVII, 1997, 1–2, S. 187–210.

Deloge, Pascal: Economie et sécurité extérieure. L'implication britannique dans l'armée belge au lendemain de la Seconde Guerre mondiale, in: *CHTP*, nº7, 2000, S. 239–263.

Deloge, Pascal: *Une coopération difficile: Belgique et Grande-Bretagne en quête de sécurité à l'aube de la guerre froide*, Brüssel, 2000.

Deloge, Pascal: L'armée belge et la CED, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La CED – leçons pour demain?,* (Euroclio nº15), Brüssel, 2000, S. 161–169.

Deloge, Pascal: Les plans militaires de l'après-guerre, in *Jours de Londres* …, S. 315–335.

Deloge, Pascal: Belgique et Grande-Bretagne en quête de sécurité, in: *Jours de Paix*, Bruxelles, 2001, S. 293–327.

Deloge, Pascal: La Belgique – petite puissance – et la sécurité de l'Europe au XXe siècle, in: Dumoulin, Duchenne, Van Laer (Hg.), *La Belgique* …, S. 93–117.

Deloge, Pascal: Quelques clés de la politique belge de sécurité extérieure depuis 1945, in: *Revue d'histoire diplomatique*, 2003 (117), 4, S. 317–344.

Delwit, Pascal: Les conceptions de l'Europe dans le mouvement communiste entre 1940 et 1947, in: Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre* …, S. 215–231.

De Pinchart, Henry: *Historique des Bataillons de Fusiliers belges du plan SHAEF 1944–1945*, édition revue et augmentée, s.l., [1995].

De Pinchart, Henry: *Historique des unités belges du plan SHAEF 1941–1945*, Brüssel, 1975.

Depoortere, Rolande: *La question des réparations allemandes dans la politique étrangère de la Belgique après la première guerre mondiale, 1919–1925*, Brüssel, 1997.

Derbaudrenghien, Florence: *De la conspiration du silence à la propagande. Trente-six ans de lutte antivénérienne à Liège (1912–1948)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1998.

Devleeshouwer, Robert: L'opinion publique et les revendications territoriales belges à la fin de la Première Guerre mondiale, in: *Mélanges offerts à G. Jacquemyns*, Brüssel, 1968, S. 207–238.

Devos, Elisabeth: *Le patronat belge face au Plan Schuman (9 mai 1950–5 février 1952)*, Neu-Löwen, 1989.

De Vos, Luc: Ein kleines Land in der großen Politik: Belgiens behutsamer Beitrag zum Entstehen einer militärischen Integration Westeuropas, in: Norbert Wiggershaus und Roland G. Foerster (Hg.), *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950*, Boppard, 1988, S. 71–89.

De Vos, Luc: La Communauté européenne de Défense, une occasion manquée?, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts …*, S. 103–117.

De Vos, Luc und Vandamme, Thibault: Der Verzicht Belgiens auf die Ostkantone im Jahre 1940, in: *Zwischen Venn und Schneifel*, 1995/7, S. 119–122.

De Waele, Maria: *Naar en groter België! De belgische territoriale eisen tijdens en na de Eerste Wereldoorlog*, unveröffentlichte Diss., Universität Gent, 1989.

De Waele, Maria: België en Nederland tussen twee Wereldoorlogen. Nationale gevoelens en botsende ambities, in: *CHTP/BEG*, nº1, 1996, S. 193–212.

De Waele, Maria: Politieke Kameleon of ultime overlever? Michel Dumoulins biografie van Paul-Henri Spaak, in: *Brood en Rozen*, 1999, nº4, S. 93–101.

Dewald, Nicolas: *L'indemnisation des enrôlés de force dans l'armée allemande*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Lüttich, 2005.

De Wever, Bruno: *Oostfronters. Vlamingen in het Vlaams legioen en de Waffen SS*, Tielt, 1984.

Doepgen, Heinz: *Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahr 1920*, Bonn, 1966.

Dorfey, Beate: *Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945–1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung*, Köln, 1993.

Dorfey, Beate: *Die Benelux-Länder und die internationale Ruhrbehörde. Kontrolle oder Integration?*, Essen, 1999.

Döscher, Hans-Jürgen: *Verschworene Gesellschaft: das Auswärtige Amt unter Adenauer – zwischen Neubeginn und Kontinuität*, Berlin, 1995.

Dülffer, Jost (Hg.): »*Wir haben schwere Zeiten hinter uns*«. *Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit*, Vierow (bei Greifswald), 1996.

Dujardin, Vincent: *Pierre Harmel*, Brüssel, 2004.

Dumoulin, Michel: Opinion publique et politique extérieure en Belgique de 1945 à 1962, in: *Res Publica*, 1985, nº1, S. 3–29.

Dumoulin, Michel: La Belgique et les débuts de la construction européenne: zones d'ombre et de lumière, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts de la construction européenne. De la guerre aux traités de Rome*, Louvain-la-Neuve, 1987, S. 9–38.

Dumoulin, Michel: La Belgique et les débuts du Plan Schuman (mai 1950 – février 1952), in: Klaus Schwabe (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/1951*, Baden-Baden u.a., 1988, S. 271–285.

Dumoulin, Michel: L'Europe de quelques Belges au XXe siècle, in: René Girault und Gérard Bossuat (Hg.), *L'Europe des Européens*, Paris, 1993, S. 97–111.

Dumoulin, Michel: Les paradoxes de la politique belge en matière de Communauté Politique Européenne (septembre 1952–juin 1954), in: Gilbert Trausch (Hg.), *Die Europäische Integration …*, S. 349–363.

Dumoulin, Michel: La politique étrangère, in: Ders. u.a. (Hg.), *Un parti dans l'histoire 1945–1995. 50 ans d'action du Parti Social Chrétien*, Brüssel, 1995, S. 378–383.

Dumoulin, Michel: En guise d'introduction, in: Michel Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947*, Brüssel u.a., 1995, S. 7–11.

Dumoulin, Michel: L'Allemagne et l'Europe vue par les Belges: de la défiance à la méfiance constructive (1949–1957), in: Guido Müller (Hg.), *Deutschland und der Westen* …, S. 193–202.

Dumoulin, Michel (Hg.): *La CED – leçons pour demain?,* (Euroclio nº15),Brüssel, 2000.

Dumoulin, Michel: Paul-Henri Spaak et Paul van Zeeland, in: Smets (Hg.), *Les Pères* …, S. 161–173.

Dumoulin, Michel: La Belgique et la construction europénne: un essai de bilan historiographique, in: Michel Dumoulin, Geneviève Duchenne, Arthe Van Laer (Hgg.), *La Belgique, les petits Etats et la construction européenne*, Brüssel/Bern/Frankfurt a.M., 2003, S. 15–37.

Dumoulin, Michel: *Spaak*, Brüssel, 1999.

Dumoulin, Michel und Dujardin, Vincent: *Paul van Zeeland*, Brüssel, 1997.

Dumoulin, Michel, Dujardin Vincent, Gerard, Emmanuel und Van den Wijngaert, Marc (Hg.), *Nouvelle Histoire de Belgique*, Bd. 2: 1905–1950, Brüssel, 2006.

Du Réau, Elisabeth (Hg.): *Europe des élites? Europe des peuples? La construction de l'espace européen 1945–1960*, Paris, 1998.

Echternkamp, Jörg und Martens, Stefan (Hg.): *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn, 2007.

Emmery, Rien: *Charles de Belgique 1903–1983*, Brüssel, 2007.

Engelbel, Anne-Marie: La Belgique et les débuts du Conseil de l'Europe, in: Marie-Thérèse Bitsch (Hg.), *Jalons pour une histoire du Conseil de l'Europe (Actes du colloque de Strasbourg, 8–10 juin 1995)*, Bern, 1997, S. 53–75.

Eschenburg, Theodor (Hg.): *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart, 1983 (= Bracher K.-D., Eschenburg T., Fest J. und Jäckel E. (Hg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, en 5 vol., Stuttgart, 1983).

Fagnoul, Kurt: *Die annulierte Annexion. Vom Wiener Kongress bis zum Ende Bolleniens. Ein Beitrag zur Grenzgeschichte von Eupen-Malmedy-St. Vith unter Berücksichtigung der belgischen Gebietsforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg*, St. Vith, 1985.

Fagnoul, Kurt: Belgiens Ostgrenze und das Ende »Bolleniens«, in: *ZVS*, 1983/11, S. 168–173.

Fillot, Serge: A l'origine des brigades d'Irlande. Septembre – décembre 1944, in: *Cahiers Belges d'Histoire Militaire*, 2001, nº1, S. 139–168.

Fisch, Jörg: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München, 1992.

Fitzmaurice, John: Belgium an Germany: An Enigmatic Relationship, in: Dirk Verheyen und Christian Søe (Hg.), *The Germans and Their Neighbors*, Boulder/San Francisco/Oxford, 1993, S. 83–104.

Foschepoth, Josef und Steininger, Rolf: Einleitung, in: Dies. (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn, 1985, S. 7–12.

Foschepoth, Josef: Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/1947, in: Foschepoth und Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik* …, S. 65–85.

Foschepoth, Josef: Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung, in: Herbst (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955* …, S. 151–165.

Franck, Christian: Monnet, Spaak, Pompidou: de quelques paradoxes, in: Smets (Hg.), *Les Pères* …, S. 209–226.

Frank, Robert: Les Pères de l'Europe: une typologie difficile, in: Smets (Hg.), *Les Pères* …, S. 13–26.

Frei, Norbert und Friedlaender, Fr:anziska: *Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946–1950*, München/Wien, 1982.

Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, [2]München, 1996.

Frei, Norbert und Steinbacher Sybille (Hg.): *Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust*, (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, 1), Göttingen, 2001.

Frei, Norbert und Knigge, Volkhard (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München, 2002.

Frevert, Ute (Hg.): *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen, 2003.

Gauzy, Florence: Le réarmement de la République fédérale d'Allemagne et la CED (1951–1954), in: Dumoulin (Hg.), *La CED* …, S. 31–50.

Gengler, Isabelle: *La Belgique et le relèvement de l'Allemagne fédérale dans le cadre de la construction européenne*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, UCL, 1990.

Geppert, Dominik (Hg.): *The Postwar Challenge, 1945–1958*, (= Studies of the German Historical Institute. London Series), Oxford, 2004.

Gérard-Libois, Jules und Lewine, Rosine: *La Belgique entre dans la guerre froide et l'Europe 1947–1953*, Brüssel, 1992.

Gerardus, Felix: Änderungen der Westgrenze, in: *Eifeljahrbuch* (Düren), 1960, S. 5–13.

Ghenne, Jean-Christophe: *Le rapatriement des prisonniers politiques belges des camps de concentration*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Lüttich, 2002.

Gillingham, John: Die Europäisierung des Ruhrgebietes. Von Hitler bis zum Schuman-Plan, in: Kurt Düwell (Hg.), *NRW im Industriezeitalter*, Wuppertal, 1983, S. 179–189.

Gomart, Thomas: La relation bilatérale: un genre de l'histoire des relations internationales, in: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, 2002 (Januar-Juni), S. 65–68.

Görtemaker, Manfred: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt, 2004.

Goschler, Constantin: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, III), Göttingen, 2005.

Gotovitch, José und Gérard-Libois, Jules: *L'an 40. La Belgique occupée*, [3]Brüssel, 1971.

Gotovitch, José (Hg.): *Isabelle Blume. Entretiens*, Brüssel, 1976.

Gotovitch, José: Perspectives européennes dans la résistance et à Londres durant la guerre, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts …*, S. 39–50.

Gotovitch, José und Gérard-Libois, Jules: *Léopold III. De l'an 40 à l'effacement*, Brüssel, 1991.

Gotovitch, José und Kesteloot, Chantal (Hg.): *Collaboration, répression. Un passé qui résiste*, Brüssel, 2002.

Govaerts, Frans: Belgium, Holland and Luxembourg, in: Omer de Raeymaeker (Hg.), *Small Powers in Alignment*, Leuven, 1974, S. 293–389.

Griffiths, Richard T.: Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen, in: Ludolf Herbst, Bührer, Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG …*, S. 263–278.

Grondal, Guillaume: La nouvelle frontière belgo-allemande, in: *Le canton d'Eupen: notices historiques*, (= Bulletin de la société verviétoise d'archólogie et d'histoire, 1955, vol.42), S. 5–82.

Grosbois, Thierry: La naissance du Benelux (1941–1944), in: *Cahiers du CREHSGM*, nº15, 1992, S. 53–100.

Grosbois, Thierry: Les négociations de Londres pour une union douanière (1941–1944), in: A. Postma u.a. (Hg.), *Regards sur le Benelux. 50 ans de coopération*, Brüssel, 1994, S. 39–68.

Grosbois, Thierry: *L'idée européenne en temps de guerre 1940–1944*, Louvain-la-Neuve, 1994.

Grosbois, Thierry: Les projets des petites nations de Benelux pour l'après-guerre 1941–1945, in: Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre …*, S. 95–125.

Grosbois, Thierry: La Belgique et le Benelux: de l'universalisme au régionalisme », in: Dumoulin, Duchenne, Van Laer (Hg.), *La Belgique …*, S. 59–91.

Grosbois, Thierry: *Pierlot*, Brüssel, 2007.

Grosser, Alfred: Das Saarland in Europa vor und nach der deutschen Einheit, in: Hudemann (Hg.), *Grenz-Fall …*, S. 33–43.

Gruner, Wolf D.: Deutschlandproblem und europäische Einigung zwischen der Jaltakonferenz und dem Marshallplan 1945–1947, in: Michel Dumoulin (Hg.), *Plans des temps de guerre* …, S. 589–615.

Gysemberg, Maurice: *L'évolution des forces armées belges de juin 1940 au pacte de Bruxelles (mars 1948)*, Bd. 1, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Freie Universität Brüssel, 1990.

Hammerich, Helmut R.: *Jeder für sich und Amerika gegen alle? Die Lastenteilung der NATO am Beispiel des Temporary Council Committee 1949–1954*, München, 2003.

Haupt, Heinz Gerhart und Frevert, Ute (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt, 2005.

Hege, Ingrid: Köln am Ende der Weimarer Republik und während der Herrschaft des NS, in: Otto Dann (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus*, Wuppertal, 1981, S. 15–34.

Heideking, Jürgen: Die Amerikaner am Rhein: Kriegsende und frühe Besatzungszeit in amerikanischer Perspektive, in: Jost Dülffer (Hg.), »*Wir haben schwere Zeiten hinter uns*«. *Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit*, Vierow (bei Greifswald), 1996, S. 71–87.

Heinze, Horstwalter: *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949*, Düsseldorf, 1988.

Helmberger, Peter: »Ausgleichsverhandlungen« der Bundesrepublik mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, in: Hans Günter Hockerts, Claudia Moisel und Tobias Winstel (Hg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000*, Göttingen, 2006, S. 197–241.

Helmreich, Jonathan E.: *Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy*, Mouton/Den Haag/Paris, 1976.

Helmreich, Jonathan E.: *Gathering Rare Ores. The Diplomacy of Uranium Acquisition, 1943–1954*, Princeton, 1986.

Hemblenne, Bernard: *La candidature de la ville de Liège au siège de la CECA (1951–1955)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Lüttich, 1989.

Henau, Brigitte: Shaping a new Belgium: the CEPAG 1941–1944, in: M.L. Smith und P.M.R. Stirk (Hg.), *Making the new Europe. European unity and the Second World War*, London/New York, 1990, S. 112–132.

Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besatzung Deutschlands*, [2]München, 1996.

Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Franreichs* …, S. 49–89.

Henkel, Peter und Kühn, Andreas: »Befreiung vom preußischen Joch«. Die Rheinische Volkspartei 1945–1954, in: *GiW*, 21 (2006), S. 43–62

Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn, 1999.

Herbert, Ulrich (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, (= Moderne Zeit, 1), ²Göttingen, 2003.

Herbert, Ulrich und Schildt, Axel (Hg.): *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948*, Essen, 1998.

Herbst, Ludolf: Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung Kontrolle, Integration*, München, 1986, S. 9–25.

Herbst, Ludolf: Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: Ludolf Herbst, Werner Bührer und Hannes Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der BRD in die westliche Welt*, München, 1990, S. 3–18.

Hoebink, Hein: Katalysatoren auf europäischem Feld. Zur Rolle der Benelux-Staaten auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz 1948, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, n°5/6, 1994/95, S. 71–83.

Hoebink, Hein: Blick über die Grenze. Der Wiederbeginn der deutsch-belgischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, in *Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das alte Erzbistum Köln*, 198 (1995), S. 183–199.

Hudemann, Rainer: Französische Besatzungszone 1945–1952, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Franreichs* …, S. 205–248.

Hudemann, Rainer: Neue Erkenntnisse über die Besatzungszonen, in: *Revue d'Allemagne*, t.XXI, n°3, 1989, S. 385–394.

Hudemann, Rainer (Hg.): *Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960*, St. Ingbert, 1997.

Hudemann, Rainer u.a. (Hg.): *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch,* Saarbrücken, 2007.

Hüser, Dietmar: Das Rheinland in der französischen Deutschlandpolitik. Realität und Rhetorik der Abtrennungsforderung 1943–1948, in: Tilman Koops und Martin Vogt (Hg.), *Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919–1930 und 1945–1949*, Koblenz, 1995, S. 103–128.

Hüser, Dietmar: Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld«, in: Hudemann (Hg.), *Grenz-Fall* …, S. 99–120.

Hüser, Dietmar: Druckmittel Deutschland? – Französische Sicherheit und amerikanisches Engagement in Europa. 1945–1950, in: Schuker (Hg.), *Deutschland und Frankreich* …, S. 179–195.

Hüttenberger, Peter: *NRW und die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie*, Siegburg, 1973.

Hüttenberger, Peter: Deutschland unter britischer Besatzungsherrschaft. Gesellschaftliche Prozesse, in: Birke und Mayring (Hg.), *Britische Besatzung* …, S. 61–79.

Hüttenberger, Peter und Molitor, Hansgeorg (Hg.), *Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1815-1945,* Essen, 1989.

Hüwel, Detlev: *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal, 1980.

Ikenberry G.J.: *After victory. Institutions, strategic restraint, and the rebuilding of order after major wars*, Princeton, 2001.

Janssen, P.: *Les Dinasos wallons 1936–1941*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 1982.

Jarausch, Konrad H.: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, Stuttgart, 2004.

Jungling, Pierre: *L'opinion publique belge et la CED 1950–1954*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, ULg, 1984.

Jürgensen, Kurt: Elemente britischer Deutschlandpolitik: Political Re-education, Responsible Government, federation of Germany, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens* …, S. 103–127.

Kaelble, Hartmut: Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Einleitende Bemerkungen, in: Winkler und Kaelble (Hg.), *Nationalismus* …, S. 189–206.

Kaiser-Lahme, Angela: Control Commission for Germany (British Element). Bestandsbeschreibung und Forschungsfelder, in: Birke und Mayring, *Britische Besatzung* …, S. 149–164.

Kanther, Michael Alfred: Nordrhein-Westfalen und die Weststaatsbildung. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Arnold im Sommer und Herbst 1948, in: *GiW*, 2/88, S. 218–236.

Kersten, Albert E.: *Maken drie kleinen een grote? De politiek invloed van de Benelux 1945–1955*, Bussum, 1982.

Kersten, Albert E.: Die Niederlande und die Westintegration der Bundesrepublik, in: Herbst, Bührer und Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG* …, S. 119–138.

Kessel, Martina: *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München, 1987.

Kettenacker, Lothar: Britische Besatzungspolitik im Spannungsverhältnis von Planung und Realität, in: Birke und Mayring, *Britische Besatzung* …, S. 17–34.

Kettenacker, Lothar: Großbritannien und die zukünftige Rolle Deutschlands, in: Foschepoth und Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik* …, S. 27–46.

Klessmann, Christoph, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 5. Aufl., Bonn, 1991.

Klessmann, Christoph und Friedemann, Peter (Hg.): *Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948*, Franfurt/M, 1977.

Kleu, Gerd: *Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945–1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith*, Essen, 2007.

Knipping, Franz: *Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas*, (= 20 Tage im 20. Jahrhundert), München, 2004.

Köhler, Henning: Französische Besatzungspolitik 1918–1923, in: Hüttenberger und Molitor (Hg.), *Franzosen und Deutsche* …, S. 113–126.

Koll, Johannes: Geschichtlicher Überblick, in: ders. (Hg.), *Belgien. Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft*, Münster, 2007, S. 5–44.

Koop, Volker: *Besetzt. Französische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin, 2005.

Kowalski, Hans Günter: Die »European Advisory Commission« als Instrument alliierter Deutschlandplanung (1943–1945), in: *VfZ*, 19 (1971), S. 261–293.

Kramer, Alan: British Dismantling Politics, 1945–9: A Reassessment, in: Turner (Hg.), *Reconstruction in Post-War Germany* …, S. 125–153.

Kreikamp, Hans-Dieter: Einleitung, in: *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 5., S. 47.

Krieger, Wolfgang: Die Ursprünge der langfristigen Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa 1945–1951, in: Herbst, Bührer und Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG* …, S. 373–398.

Krüger, Dieter: *Sicherheit durch Integration. Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/1958*, München, 2003.

Krumeich, Gerd: Der Rhein als strategische Grenze, in: Hüttenberger und Molitor (Hg.), *Franzosen und Deutsche* …, S. 67–79.

Kugler, Liselotte: Saarländer, Deutsche, Franzosen, oder: Politische Geschichtsdarstellung als Identifikationsanker in einer Grenzregion, in: Hudemann (Hg.), *Grenz-Fall* …, S. 121–132.

Kühlen, Kornelia: *Hans Kroll (1898–1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert*, (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 53), Düsseldorf, 2007.

Kurgan-Van Hentenryck, Ginette: La Belgique et le relèvement économique de l'Allemagne 1945–1948, in: *Relations internationales*, nº51, 1987 (automne), S. 343–363.

Kurgan-Van Hentenryck, Ginette: La Belgique et le Plan Marshall, in: *RBPH*, Bd. LXXI, 1993, S. 290–353.

Küsters, Hanns Jürgen: Zwischen Vormarsch und Schlaganfall. Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951–1954), in: Trausch (Hg.), *Die Europäische Integration* …, S. 259–293.

Küsters, Hanns Jürgen: *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, (= Dokumente zur Deutschlandpolitik, 9), München, 2000.

Lademacher, Horst: Deutschland und Belgien, in: Walter Först (Hg.), *Beiderseits der Grenzen*, Köln, 1987, S. 81–120.

Lademacher, Horst und Mühlhausen, Walter (Hg.): *Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation*, Melsungen, 1985

Lademacher, Horst: Belgien als Objekt und Subjekt europäischer Außenpolitik. Historische Fallstudie zu den politischen Determinanten und Möglichkeiten eines kleinen europäischen Landes, in: *RBHC*, 2005, Nr. 4, S. 457–502.

Lagrou, Pieter: De terugkeer van de weggevoerde arbeiders in België en Nederland, 1945–1955. Myten en taboes rond de verplichte tewerkstelling, in: CEGES (Hg.), *Le travail obligatoire en Allemagne 1942–1945. Actes du symposium tenu à Bruxelles les 6 et 7 octobre 1992*, Brüssel, 1993, S. 191–242.

Lagrou, Pieter: US Politics of Stabilization in Liberated Europe. The View from the American Embassy in Brussels, 1944–6, in: *European History Quarterly*, 1995 (25), nº2, S. 209–246.

Lagrou, Pieter: La résistance et les conceptions de l'Europe, 1945–1965. Anciens résistants et victimes de la persécution face à la guerre froide, au problème allemand et à l'intégration européenne, in: *CHTP*, nº2, 1997, S. 155–197.

Lagrou, Pieter: *Mémoires patriotiques et Occupation nazie. Résistants, requis et déportés en Europe occidentale 1945–1965*, Brüssel, 2003.

Lagrou, Pieter: Eine Frage der moralischen Überlegenheit? Kriegsverbrecherprozesse gegen Deutsche in Belgien, 1944–1951, in: Norbert Frei (Hg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, 4), Göttingen, 2006, S. 326–350.

Lanneau, Catherine: *La question sarroise devant l'opinion francophone belge (septembre 1953-décembre 1956)*, unveröffentlichte Diplomarbeit in Internationalen Beziehungen und Europäischer Integration, Universität Lüttich, 2001.

Lanneau, Catherine: La Belgique francophone face au référendum sarrois, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 35 (2003), 4, S. 525–546.

Lanneau, Catherine: *Où va la France? L'image de la France et de sa puissance en Belgique francophone, 1944–1951*, Diss. Phil., 8 Bde., Universität Lüttich, 2006.

Lanneau, Catherine: *L'inconnue française. La France et les Belges francophones 1944–1945*, Frankfurt a.M./Brüssel, 2008.

Lappenküper, Ulrich: Primat der Außenpolitik! Die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963, in: ders., Eckart Conze und Müller, Guido (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln/Weimar/Wien, 2004, S. 45–63.

Leboutte, René: Die Borinage in Belgien oder das Ende der Zechen (1945–1980), in: *GiW*, 2002 (2), S. 135–149.

Leclercq, Eric: *L'opinion publique belge et l'alliance atlantique*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Lüttich, 1993.

Legoll, Paul: *Konrad Adenauer et l'idée d'unification euopéenne janvier 1948 – mai 1950*, Bern u.a., 1989.

Lejeune, Carlo, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980. Wege zur europäischen Integration?, Köln, 1992.

Lejeune, Carlo: Der gläserne Vorhang. Die Grenze zwischen deutscher und belgischer Eifel, in: Ders., Freddy Cremer und Andreas Fickers (Hg.), *Mut zur eigenen Geschichte: Der 8. Mai 1945. Anmerkungen zur ostbelgischen Vergangenheit*, St. Vith, 1995, S. 64–68.

Lejeune, Carlo: »Des Deutschtums fernster Westen«. Eupen-Malmedy und die deutschen Dialekt redenden Gemeinden um Montzen und Arlon und die Westforschung, in: Dietz, Burkhard u.a. (Hg.), *Griff nach dem Westen. Die Westforschung und die völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*, Bd. 1, Münster, 2003, S. 493–538.

Lejeune, Carlo: *Die Säuberung*, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920–1944), Büllingen, 2005.

Lejeune, Carlo: *Die Säuberung*, Bd. 2: Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilation (1945–1952), Büllingen, 2007.

Lejeune Carlo und Klauser, Klaus-Dieter: *Die Säuberung*, Bd. 3: *Verdrängte Erinnerungen – 340 Zeitzeugen berichten*, Büllingen, 2008.

Lengereau, Marc: *La frontière allemande (1919–1989)*, Frankfurt/M u.a., 1990.

Longue, Mathieu: *Massacres en Ardenne. Hiver 1944–1945*, Brüssel, 2006.

Loth, Wilfried: Die Schwäche-Situation Italiens, Belgiens und der Niederlande/Die westeuropäischen Regierungen und der Anstoß durch Marshall, in: Walter Lipgens (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1947–1950*, Stuttgart, 1977, S. 241–263.

Loth, Wilfried: Die Franzosen und die Deutsche Frage 1945–1949, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs* …, S. 27–48.

Loth, Wilfried: Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, in: Herbst, Bührer und Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG* …, S. 63–77.

Loth, Wilfried: Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen, in: Ders. (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, Bonn, 1990, S. 103–128.

Loth, Wilfried: *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1943–1957*, Göttingen, 1991.

Loth, Wilfried: Der saarländische Sonderweg im Licht der neueren Forschung, in: Hudemann (Hg.), *Grenz-Fall* …, S. 81–95.

Loth, Wilfried und Osterhammel, Jürgen (Hg.): *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München, 2000

Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Kriegs 1941–1955, 10. Aufl., München, 2002.

Loth, Wilfried: Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration, in: ders. und Wolfgang Wessels (Hg.), *Theorien europäischer Integration*, (= Grundlagen für Europa, 7), Opladen, 2001, S. 87–106.

Loth, Wilfried: L'Allemagne et les petits Etats dans la construction européenne », in: Dumoulin, Duchenne, Van Laer (Hg.), *La Belgique …*, S. 247–258.

Lüders, Carsten: *Das Ruhrkontrollsystem. Entstehung und Entwicklung im Rahmen der Westintegration Westdeutschlands 1947–1953*, Frankfurt, 1988.

Mabille, Xavier: Histoire de la Belgique. Facteurs et acteurs de changements, 4. Aufl., Brüssel, 2000.

Mabille, Xabier: *La Belgique depuis la Seconde Guerre mondiale*, Brüssel, 2003.

Maccatory, Bénédicte: *Le Comité belge du Rhin et les problèmes européens en 1945–1949*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Katholische Universität Neu-Löwen, 1990.

Majerus, Benoît: Von von Falkenhausen (Ludwig) zu von Falkenhausen (Alexander). Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen – Brüche, Kontinuitäten und Lernprozesse, in: Günter Kronenbitter, Markus Pöhlmann und Dierk Walter (Hg.), *Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn u. a., 2006, S. 131–133.

Majerus, Benoît: Vorstellungen von der Besetzung Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande (1933–1944), in: Jörg Echternkamp und Stefan Martens (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn, 2007, S. 35–43.

Majerus, Bemoît: »Eupen-Malmédy. Of een ambivalent expansiegebied«, in: Jo Tollebeeck u. a. (Hg.), *België. Een parcours van herinnering. Plaatsen van geschiedenis en expansie*, Amsterdam, 2008, p. 349–359.

Marks, Sally: The Belgo-German Border, 1914–1956, in: Christian Baechler und Carole Fink (Hg.), *L'établissement des frontières en Europe après les deux guerres mondiales*, Bern u. a., 1996, S. 117–132.

Martin, Dirk: Belgien und Deutschland: Zwei Neuankömmlinge in der internationalen Politik (1830–1955)«, in: Klaus Schwabe und Francesca Schinzinger (Hgg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, Teil 2: *Deutschland und Westeuropa*, (= HMRG Beihefte, Bd. 11), Stuttgart, 1994, S. 195–211.

Martin, Dirk: Belgian-German relations, in: Dieter K. Buse und Juergen C. Doerr (Hgg.), *Modern Germany. An Encyclopedia of History, People and Culture, 1871–1990*, New York/London, 1998, S. 90–91.

Maß, Sandra: *Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964*, Köln/Weimar/Wien, 2006.

Massem, Isabelle: *La participation de la Belgique à la tentative d'édification de la CED: 1950–1954*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Freie Universität Brüssel, 1985.

Mayring, Eva A.: Control Commission for Germany (British Element). Vorgehensweise bei der Aktenerschließung, in: Birke und Mayring, *Britische Besatzung* …, S. 133–147.

Meier, Klaus A.: Die Auseinandersetzungen um die EVG als europäisches Unterbündnis der NATO 1950–1954, in: Herbst, Bührer und Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG* …, S. 448–474.

Mensing, Hans Peter: Frühe Westdiplomatie und landespolitische Weichenstellung. Neue Quellenfunde zu den Nachkriegsaktivitäten Konrad Adenauers, in: *GiW*, 1986/2, S. 79–92.

Mensing, Hans Peter: L'orientation européenne et atlantique de Konrad Adenauer avant 1933 et à partir de 1949, in: Smets (Hg.), *Les Pères* …, S. 69–80.

Mertens, Kurt Vor 25 Jahren: die Gebietsansprüche Belgiens, in: *Monschauer Land*, Jahrbuch 1974, S. 82–98.

Mertens, Kurt: Die Mützenicher ›Los-vom-Reich‹-Bewegung. Eine Dokumentation der Ereignisse von 1949 in Presseberichten, in: *Monschauer Land*, Jahrbuch 1979, S. 82–90.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik*, 4 Bde., München, 1982.

Milward, Allan S.: *The reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London, 1984.

Milward, Allan S.: Belgium and Western European interdependence in the 1950s: some unexplained problems«, in: Michel Dumoulin (Hg.), *La Belgique et les débuts* …, S. 145–152.

Milward, Allan S.: *The European Rescue of the Nation-State*, Berkeley/Los Angeles, 1992.

Mittag, Jürgen und Wessels, Wolfgang (Hg.), *»De kölsche Europäer«. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung*, Münster, 2005.

Moeller, Robert G. (Hg.): *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, Ann Arbor, 4. Aufl., 2000.

Moltmann, Rainer: Reinhold Heinen (1894–1969). *Ein christlicher Politiker, Journalist und Verleger*, (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 48), Düsseldorf, 2005.

Morsey, Rudolf (Hg.): *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, [2]Bonn, 1986.

Müller, Guido (Hg.): *Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe*, Stuttgart 1998.

Müller, Manfred: *Die Kommunalverwaltung der Stadt Eupen und des Amtes Eupen-Land während des Zweiten Weltkriegs*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Universität Neu-Löwen, 1997.

Müller, Michael G. und Petri, Rolf (Hg.): *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion von Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*, (= Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, 16), Marburg, 2002.

Naumann, Klaus (Hg.): *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg, 2001.

Nefors, Patrick: *Breendonk 1940–1945. De Geschiedenis*, Antwerpen, 2004.

Nefors, Patrick: Les officiers de liaison belges et les missions de rapatriement, in *Jours de Londres*, S. 285–313.

Niedhart, Gottfried: Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: Loth und Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte* …, S. 141–157.

Noack, Paul: Der Einfluss der Intellektuellen in der Frühphase der europäischen Bewegung,, in: Raymond Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (1948–1950)*, Brüssel, 1986, S. 225–240.

Noethen, Stefan: *Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in NRW 1945–1953*, Essen, 2003.

Pabst, Klaus: Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*, Bd. 76, 1964, (Sonderdruck), S. 205–515.

Pabst, Klaus: Das Problem der belgisch-deutschen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*, Bd. 77, 1966 (Sonderdruck).

Pabst, Klaus: Holländisch für vierzehn Jahre, in: Walter Först (Hg.), *Entscheidungen im Westen*, Köln/Berlin, 1979, S. 147–176.

Pabst, Klaus: Grenzkorrekturen im Westen, in: *Im Göhltal*, 1982/8, S. 48–63.

Pabst, Klaus: Ein Stück Deutschland als Reparation«, in: *Monschauer Land*, Jahrbuch 1983, S. 141–143.

Pabst, Klaus: Belgien und Rheinland-Westfalen seit dem 19. Jahrhundert, in: *GiW*, 1990/1, S. 26–37.

Pabst, Klaus u.a. (Hg.), *Zwischen Hammer und Amboss. Eupen-Malmedy und die »zehn Gemeinden« 1940–1944*, Eupen, 1996.

Pabst, Klaus: »Jetzt sind wir wieder Demokraten«. Erfahrungen aus der Eifel, in: Dülffer (Hg.), »*Wir haben schwere Zeiten hinter uns*« …, S. 44–70.

Pabst, Klaus: Paul Henri Spaak und die Deutschen, in: Walter Mühlhausen u.a. (Hg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster, 1998, S. 249–264.

Peters, Arnaud: *Lucien Jottrand et l'Europe médiane. Les théories européennes de deux Belges*, 2 Bde., unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, Lüttich, 2001.

Pfau, Dieter: Kriegsende 1945 in Siegen – Bilanz einer Ausstellung, in: *Westfälische Forschungen*, nº55, 2005, S. 519–534.

Pietsch, Hartmut: Der Neubeginn städtischer Verwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1945–1948, in: Kurt Düwell (Hg.), *NRW im Industriezeitalter*, Wuppertal, 1983, S. 199–213.

Piontkowitz, Herbert: *Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das deutsche Büro für Friedensfragen*, Stuttgart, 1978.

Poidevin, Raymond: Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 – aus einer Zwangslage geboren?, in: Herbst, Bührer und Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG* …, S. 254–262.

Poidevin, Raymond: Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Franreichs* …, S. 15–25.

Poidevin, Raymond:Aux origines de la CED, in: Dumoulin (Hg.), *La CED* …, S. 19–28.

Polus, Stijn: *Generaal G. Goethals: een biografische studie*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Königliche Militärschule Brüssel, 1999.

Pommerin, Reiner: *Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945*, Köln/Wien, 1989.

Quadfllieg, Peter M.: *»Zwangssoldaten« und »Ons Jongen«. Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg*, (= Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5), Aachen, 2008.

Ramscheid, Birgit: *Herbert Blankenhorn (1904–1991). Adenauers außenpolitischer Berater*, (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 49), Düsseldorf, 2006.

Reimer, Klaus: *Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933)*, Frankfurt, 1979.

Reimer, Klaus: Die Rheinische Volkspartei/Rheinisch-Westfälische Volkspartei, in: Richard Stöss (Hg.), *Parteihandbuch. Die Parteien der BRD*, Bd. 4, Opladen, 1986, S. 2011–2024.

Reusch, Ulrich: Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone, in: Birke und Mayring, *Britische Besatzung* …, S. 35–59.

Rombeck-Jaschinski, Ursula: *Nordrhein-Westfalen, die Ruhr und Europa. Föderalismus und Europapolitik 1945–1955*, Essen, 1990.

Rombeck-Jaschinski, Ursula: *Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg*, München, 2005.

Rothstein, Siegmar: *Die Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 und ihre Bedeutung für die Gründung der BRD*, Freiburg, 1968.

Ruge, Undine: *Die Erfindung des »Europa der Regionen«. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts*, Frankfurt/M, 2003.

Rupieper, Hermann-Josef: *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*, Opladen, 1991.

Rupieper, Hermann-Josef: Kommentar zu V. Die Supermächte und die westeuropäische Sicherheit, in: Schuker (Hg.), *Deutschland und Frankreich …*, S. 269–272.

Rusinek, Bernd-A.: *Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive*, (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, 4), Göttingen, 2004.

Rüss, Gisela: *Anatomie einer Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970*, München, 1973.

Rydel, Jan: *Die polnische Besatzung im Emsland 1945–1948*, Osnabrück, 2003.

Schad, Robert: Werl als Garnisonsstadt nach dem Zweiten Weltkrieg: Besatzungszeit – NATO-Zeit, in: Amalie Rohrer (Hg.), *Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt*, Paderborn, 1994, S. 895–915.

Schärer, Martin R.: *Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg*, [2]Frankfurt, 1978.

Scharf, Claus und Schröder, Hans-Jürgen (Hg.): *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949*, Wiesbaden, 1989.

Schildt, Axel und Sywottek, Arnold (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn, 1998.

Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München, 1999.

Schissler, Hanna (Hg.): *The Miracle Years. A Cultural History of West Germany 1949–1968*, Princeton/Oxford, 2001.

Schneider, Ulrich: Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung 1945, in: Foschepoth und Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik …*, S. 47–64.

Schuker, Stephan A. (Hg.) *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, München, 2000.

Schulte, Heinz: Besatzung und Kalter Krieg – britische Verteidigung am Rhein 1947–1949, in: Foschepoth und Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik …*, S. 87–98.

Schwabe, Klaus: Vorgriff auf die Nachkriegszeit: Kriegsende und Besatzungsbeginn in Aachen 1944/45, in: Dülffer (Hg.), *»Wir haben schwere Zeiten hinter uns« …*, S. 105–128.

Schwarz, Hans Peter: Adenauer und Europa, in: *VfZ*, 1979 (27), 4, S. 471–522.

Schwarz, Hans Peter: *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart, 1986.

Schwarz, Hans Peter: *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart, 1991, S. 307–309.

Scriverius, Dieter: Die britische Demontagepolitik im Spiegel der Überlieferung des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens …*, S. 93–101.

Simon, Marie-Christine: *Les réactions belges face au blocus de Berlin (24 juin 1948–12 mai 1949)*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Katholische Universität Neu-Löwen, 1987.

Simon, Michel: *L'industrie du bois sous l'occupation allemande*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Wirtschaftswissenschaften, Universität Lüttich, 1985.

Smets, Paul-F. (Hg.): *Les Pères de l'Europe. 50 ans après*, Brüssel, 2001.

Soutou, Georges-Henri: La politique française à l'égard de la Rhénanie 1944–1947, in: Hüttenberger und Molitor (Hg.), *Franzosen und Deutsche …*, S. 47–66.

Später, Jörg: *Die Anklage einer Nation. Lord Vansittart, der Vansittartismus und die deutsche Frage*, Göttingen, 2003.

Stadtarchiv Bonn (Hg.), *Bonn 1949–1974. Ein Vierteljahrhundert Bundeshauptstadt*, Bonn, 1974.

Steinert, Marlis G., Die Europäisierung der Saar: eine echte Alternative?, in: Hudemann (Hg.), *Grenz-Fall …*, S. 63–79.

Steininger, Rolf: Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Heinrich-August Winkler (Hg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland*, Göttingen, 1979, S. 111–166.

Steininger, Rolf: Großbritannien und die Gründung Nordrhein-Westfalens, in: Kurt Düwell (Hg.), *NRW im Industriezeitalter*, Wuppertal, 1983, S. 214–231.

Stengers, Jean: *Léopold III et le gouvernement. Les deux politiques belges de 1940*, überarbeitete Neuauflage, Brüssel, 2003 (Erstausgabe: Paris/Gembloux, 1980).

Stengers, Jean: Une enquête d'histoire orale sur la question royale, in: *Acta historica Bruxellensia. Travaux de l'Institut d'Histoire de l'Université libre de Bruxelles*, 4: *Histoire et méthode*, Brüssel, 1981, S. 445–471 [Wiederabdruck in: Jean-Marie Duvosquel, Alain Dierkens und Guy Vanthemsche (Hg.), *Belgique. Europe. Afrique. Deux siècles d'histoire contemporaine. Méthodes et réflexions. Recueil d'articles de Jean Stengers*, Brüssel, 2005, S. 377–403].

Stengers, Jean: Paul-Henri Spaak et le traité de Bruxelles de 1948, in: Raymond Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (1948–1950)*, Bruxelles, 1986, S. 119–142.

Stengers, Jean: La genèse du premier organisme européen (février 1948), in: André Miroir (Hg.), *Pensée et construction européenne. Hommage à Georges Goriely*, Brüssel, 1990, S. 147–154.

Stengers, Jean: *L'action du Roi en Belgique. Pouvoir et influence*, [2]Brüssel, 1996.

Stephany, Pierre: *Les dessous de la Régence 1944–1950*, Brüssel, 2003.

Sterkendries, Jean-Michel: *Les répercussions de la politique internationale sur la politique militaire belge 1944–1949*, unveröffentlichte Lizenzarbeit, Freie Universität Brüssel, 1988.

Sterkendries, Jean-Michel: *La Belgique et la sécurité de l'Europe occidentale 1944–1955*, Diss. Phil., 3 Bde., Freie Universität Brüssel, 2002.

Stötzel, Georg: Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch, in: Gertrude Cepl-Kaufmann u.a. (Hg.), *»Stets wird die Wahrheit hadern mit dem Schönen«. Festschrift für Manfred Windfuhr zum 60. Geburtstag*, Köln/Wien, 1990, S. 421–444.

Sunou, Philippe: *Les prisonniers de guerre allemands en Belgique et la bataille du charbon, 1945–1947*, (= Travaux du Centre d'Histoire Militaire, 15), Brüssel, 1980.

Thies, Jochen: What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens* …, S. 29–50.

Tiedau, Ulrich: Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Kittel, Horst Möller, Jiří Pešek, Oldřich Tůma (Hg.), *Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich*, München, 2007, S. 435–522.

Tilly, Pierre: *André Renard*, Brüssel, 2005.

Trachtenberg, Marc: The United States, France, and the Question of German Power, 1945–1960, in: Schuker (Hg.), *Deutschland und Frankreich* …, S. 235–248.

Trausch, Gilbert (Hg.): *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Baden-Baden u.a., 1993.

Trees, Wolfang: *Schmuggler, Zöllner und Kaffeepanzer. Die wilden Nachkriegsjahre an der deutschen Westgrenze*, Aachen, 2002.

Treiß, Heribert: Britische Besatzungspolitik in Köln, in: Otto Dann (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus* …, S. 73–92.

Trunk, Achim: *Europa, ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren*, (= Studien zur Internationalen Geschichte, 18), München, 2007.

Turner, Ian D.: British Policy towards German industriy, 1945–9: Reconstruction, Restriction or Exploitation?«, in: Ders. (Hg.), *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones 1945–55*, Oxford/New York/München, S. 67–91.

Turner, Ian D.: The British Occupation and its impact on Germany, in: Ders. (Hg.), *Reconstruction in Post-War Germany* …, S. 3–14.

Van Alstein, Maarten: Wat betekende de Koude Oorlog? Belgische diplomaten en de vijandige bipolarisering: Edouard Le Ghait en baron Hervé de Gruben, in: *Bijdragen tot de Eigentijdse Geschiedenis*, 20(2008), S. 103–143.

Van Banning, Johannes P.D.: *Gebiedsovergang en zijn gevolgen getoetst an de praktijk van de inlijving van Eupen-Malmedy door Belgie*, Schaesberg, 1949.

Van den Wijngaert, Mark und Beullens, Lieve (Hg.), *Oost West West best. België onder de Koude Oorlog*, Tielt, 1997.

Van Doorslaer, Rudy und Verhoeyen, Etienne: *L'assassinat de Julien Lahaut. Une histoire de l'anticommunisme en Belgique*, Antwerpen, 1987.

Van Goethem, Herman und Velaers, Jan: *Leopold III. De Koning, het land, de oorlog*, Tielt, 1994.

Vanlandschoot, Romain: Art. Verdinaso, in: *Encyclopedie van de Vlaamse Beweging*, Tielt, 1998, S. 3192–3204.

Vanlangenhove, Fernand: *La Sécurité de la Belgique. Contribution à l'histoire de la période 1940–1950*, Bruxelles, 1971.

Vanthemsche, Guy: *La Belgique et le Congo. Empreintes d'une colonie 1885–1980*, (= Nouvelle Histoire de Belgique, 4), Brüssel, 2007.

Vanwelkenhuyzen, Jean: *Les avertissements qui venaient de Berlin (septembre 1939-mai 1940)*, Paris/Gembloux, 1981.

Vanwelkenhuyzen, Jean: *Quand les chemins se séparent. Aux sources de la Question Royale*, [2]Brüssel, 2001.

van Yperseele, Laurence: Belgien und die Ruhrbesetzung: Wagnisse und Erwartungen, in: Gerd Krumeich und Joachim Schröder (Hg.), *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 69), Essen, 2004, S. 99–118.

Verbeeck, Georgi: België en het »andere Duitsland«, in: Van den Wijngaert und Beullens (Hg.), *Oost West West best* …, S. 106–109.

Verbeeck, Georgi: In de Spiegel van de internationale politiek. België en het »Duitse Vraagstuk«, in: Van den Wijngaert und Beullens (Hgg.), *Oost West West best* …, S. 86–91.

Verhoeyen, Etienne: *La Belgique occupée. De l'an 40 à la libération*, Brüssel, 1994.

Viktorin, Dorothea: Der Wiederaufbau nach dem Untergang. Versuch einer Bilanz, in: Georg Mölich und Stefan Wunsch (Hg.), *Köln nach dem Krieg: Facetten der Stadtgeschichte*, Köln, 1995, S. 138–162.

Vogt, Helmut: *Wächter der Bonner Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955*, Paderborn, 2004.

Von der Dunk, Hermann: *Der deutsche Vormärz und Belgien 1830/48*, Wiesbaden, 1966

Watt, D. Cameron: Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland, in: Foschepoth und Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik* …, S. 15–25.

Watt, Donald C.: Hauptprobleme der britischen Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Scharf und Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens* …, S. 15–28.

Weisz, Christoph (Hg.): *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, München, 1994.

Werner, Wolfram: Überlieferungen zur britischen Besatzungszeit in deutschen Archiven, in: Birke und Mayring, *Britische Besatzung* …, S. 121–131.

Wiebes, Cees und Zeeman, Bart: *Belgium, the Netherlands and Alliances 1940–1949*, Diss. Phil., Universität Leiden, 1989.

Wielenga, Frieso: Les lignes directrices de la politique allemande des Pays-Bas 1945–1955, in: *Relations internationales*, nº52, hiver 1987, S. 431–449.

Wielenga, Frieso: *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster, 2000.

Wiggershaus, Norbert: Zur Frage einer militärischen Integration Westdeutschlands (bis Mai 1950), in: Raymond Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (1948–1950)*, Brüssel, 1986, S. 343–366.

Willequet, Jacques: Belgique et Allemagne 1914–1945, in: Centre national d'étude des problèmes de sociologie et d'économie euopéennes (Hg.), *Sentiment national en Allemagne et en Belgique (XIXe – XXe siècles)*, Brüssel, 1963, S. 59–75.

Willequet, Jacques: *Paul-Henri Spaak. Un homme des combats*, Brüssel, 1975.

Winkler, Heinrich August: Einleitende Bemerkungen, in: Heinrich August Winkler und Hartmut Kaelble (Hg.), *Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität*, ²Stuttgart, 1995, S. 9–11.

Winkler, Heinrich August: Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: Winkler und Kaelble (Hg.), *Nationalismus* …, S. 12–33.

Witte, Els und Craeybeckx, Jan: *La Belgique politique de 1830 à nos jours. Les tensions d'une démocratie bourgeoise*, Bruxelles, 1987

Woelk, Wolfgang: Die niederländischen Grenzkorrekturen 1949–1963 in der Politik des Landes NRW und in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung der Auftragsgebiete, in: *GiW*, 1994, 1, S. 32–51.

Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart, 2006.

Woyke, Wichard: *Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten 1947–1969*, Bochum, 1985.

Wynants, Jacques: La situation des cantons de l'est 1940–1944, in: *Bulletin d'information du Centre Liégeois d'Histoire et Archéologie Militaires*, Bd. IX, Heft 1, 2004, S. 15–26.

Wynants, Jacques: Les germanophones de la province de Liège entre l'enclume belge et le marteau du Reich, in: *Bulletin d'Information du Centre Liègeois d'Histoire et d'Archéologie Militaires*, Bd. IX, Heft 8, 2005, S. 5–16.

Ziebura, Gilbert: Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration. Der Fall Frankreich, in: Winkler und Kaelble (Hg.), *Nationalismus* …, [2]Stuttgart, 1995, S. 34–55.

Personenverzeichnis

Abkürzungen

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABO	Armée belge d'occupation
AGR	Archives générales du Royaume (Brüssel)
AMAEB	Archives du Ministère des Affaires étrangères de Belgique (Brüssel)
APC	Annales Parlementaires Chambre
APS	Annales Parlementaires Sénat
AVBRD	Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland
BAKob	Bundesarchiv Koblenz
BAM	Bundesarchiv-Militärarchiv (Freiburg im Breisgau)
BAOR	British Army On the Rhine
BEM	breveté d'état-major (dt. i. G.: im Generalstab)
BGBl.	Bundesgesetzblatt
CAMTO	Centre d'administration militaire des territoires occupés
CCG	Control Commission Germany
CBHM	Cahiers belges d'histoire militaire (Brüssel)
CDU	Christlich-Demokratische Union
CEGES	Centre d'études guerres et sociétés contemporaines (Brüssel)
CHTP/BEG	Cahiers d'Histoire du Temps Présent/Bijdragen tot de Eigentijdse Geschiedenis (Brüssel)
CVP-PSC	Christelijke Volkspartij – Parti Social-Chrétien
DDB	Documents Diplomatiques Belges
DDF	Documents Diplomatiques Français
DI	Infanteriedivision
DP	Displaced People
dpa	Deutsche Presseagentur
dpd	Deutscher Pressedienst
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FBA	Forces Belges en Allemagne
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Relations of the United States of America
GiW	Geschichte im Westen
HAStK	Historisches Archiv der Stadt Köln

HQ_	Headquarter
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
IfZ	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (München)
MDN	Ministère de la Défense Nationale
MilGov	Military Government
MilReg	Militärregierung
MRAHM	Musée Royal de l'Armée et d'Histoire Militaire (Brüssel)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin)
PC	Parti Communiste
PRO	Public Record Office/National Archives (Kew)
PSB	Parti Socialiste de Belgique
RBHC	Revue Belge d'Histoire Contemporaine (Gent)
RBPH	Revue Belge de Philologie et d'Histoire (Brüssel)
SACEUR	Supreme Allied Command in Europe
SAE	Staatsarchiv Eupen
SGR/SA	Service Général de Renseignements/Section Archives (Evere)
SHAPE	Supreme Headquarter of Allied Power in Europe
SLMB	Service de Liaison Militaire belge
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StABN	Stadtarchiv Bonn
UCL	Archiv der Katholischen Universität Louvain-la-Neuve (Neu-Löwen)
UNO	Vereinte Nationen
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WEU	Westeuropäische Union
WO	War Office

Über den Autor

Christoph Brüll, geb. 1979, Studium der Geschichte und der Internationalen Beziehungen in Lüttich. Promotion an der Universität Jena. Postdoc-Stipendiat des Nationalfonds für Wissenschaftliche Forschung (FRS-FNRS) an der Universität Lüttich.